UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

urn:nbn:de:hbz:466:1-73546

Visual Library

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

EK 10144/b
HK 1555/b IV b

Diplomatische Aktenstücke
zur
Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre

Herausgegeben von

B. von Siebert
ehemaliger Sekretär der Kaiserlich Russischen Botschaft
in London

Staatsbauschule Höxter a. d. Weser
Fachschule für Hoch- und Tiefbau
Bücherei

Berlin und Leipzig 1925

Walter de Gruyter & Co.
vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung: J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung:
Georg Reimer : Karl J. Trübner : Veit & Comp.

EK 90
K A/I

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn
21 w
03
M
16796

Elftes Kapitel.

Italiens Stellung im Dreibund und sein Verhältnis zu den drei Ententemächten.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 9./22. Juni 1909.

Seit der Abreise unseres Botschafters habe ich nicht mehr Gelegenheit gehabt, Tittoni zu sprechen, der diese ganze Zeit über im Parlamente beschäftigt gewesen ist. Dagegen habe ich mich mit Bollati über verschiedene Fragen unterhalten, über die ich mich verpflichtet halte einen Bericht zu erstatten, wenn auch die von uns besprochenen Ereignisse schon der Vergangenheit angehören.

Vor allem muß ich Ihnen das Bedauern Tittonis übermitteln, Sie nicht in Venedig gesprochen zu haben, wohin Sie, wie er glaubte, nach Ihrem Münchener Aufenthalt kommen würden. Als er sich in Mailand befand, hatte er alle seine Anordnungen getroffen, um Ihnen ganz privatim in Venedig zu begegnen, da die Presse sonst Ihr Zusammentreffen zu allen möglichen Kommentaren benutzt hätte.

Man hat mir weiter nicht angedeutet, worüber er sich mit Ihnen besprechen wollte. Ich glaube mich nicht zu irren, daß es sich um seine Verhandlungen mit Aehrenthal hinsichtlich des Artikels 29 des Berliner Traktates und um Ihre diesbezüglichen Versicherungen handelte.

Ich zweifle auch nicht, daß Tittoni Ihnen genaue Einzelheiten über die letzte Zusammenkunft der Könige von Italien und England in Bajä gemacht hätte. Wie mir Sir Renell Rodd selbst mitgeteilt hatte, war die Abmachung getroffen worden,

daß im Laufe dieser Begegnung keine politischen Fragen besprochen werden sollten. König Eduard hat anders entschieden und hat zwei Unterredungen, die eine mit König Viktor Emanuel, die andere mit Tittoni gehabt und hierbei jedesmal über dasselbe Thema gesprochen, nämlich über das Gleichgewicht in der Adria und über die Haltung Italiens im Falle eines englisch-deutschen Krieges. Der englische Botschafter hat mir versichert, daß sowohl der König als auch Tittoni keine Antwort auf die ihnen gestellten Fragen gegeben haben, daß aber die besagte Unterredung auf beide augenscheinlich einen großen Eindruck gemacht hat. König Viktor Emanuel hat hieraus kein Geheimnis vor Sir Renell gemacht, als er ihn acht Tage nach der Abreise König Eduards im Quirinal gesprochen hat. Sir Renell war seinerseits erstaunt, daß der König diese Gelegenheit nicht benutzt hat, um irgendwelchen Bedenken Ausdruck zu verleihen, die die Zusammenkunft in Bajä bei ihm hervorgerufen haben könnte, und um in einen Meinungsaustausch einzutreten. Was den Eindruck Tittonis anbelangt, so hat mir der französische Botschafter gestern erzählt, der Minister scheine vor allem erstaunt gewesen zu sein, daß König Eduard von der Wahrscheinlichkeit eines baldigen Konfliktes zwischen England und Deutschland gesprochen habe, einer Wahrscheinlichkeit, die Tittoni bis jetzt als eine rein theoretische Frage betrachtet habe und die ihm plötzlich als unmittelbar bevorstehend erschienen sei. Gegenüber Barrère hat er sich aller Kommentare enthalten; hat ihm aber zu verstehen gegeben, wie schwer es für Italien sein werde, in einem Konflikte Partei zu ergreifen, da es nicht einfacher Zuschauer werde bleiben können.

Wenn Tittoni vor einem Monate derartige Bedenken gehabt hat, so scheinen sie sich beim Empfange der Nachricht, daß die Kaiser Rußlands und Deutschlands sich in den finnischen Gewässern treffen werden, erneuert zu haben, denn in Abwesenheit Barrères hat er Legrand gefragt, ob das Pariser Kabinett nicht befürchte, daß die Politik Rußlands eine neue Richtung einschlagen könne. Legrand hat mit einer einfachen Verneinung geantwortet.

Ich habe mit Bollati nicht über alle diese Einzelheiten gesprochen. Er schloß die Unterredung ungefähr mit den Wor-

ten: „Wir stehen in ständiger Fühlung mit den Engländern. Hauptsächlich anläßlich der Verhandlungen über Artikel 29 des Berliner Traktates; so ist es auch jetzt, und nach Bajä sprechen wir mit ihnen ebenso wie vorher." Diese Erklärung weicht von der Schilderung Sir Renells bedeutend ab, doch habe ich keinen Grund, an der Aufrichtigkeit des letzteren zu zweifeln.

Bericht des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 14./27. Oktober 1909.

Die Begegnung unseres Kaisers mit dem italienischen König und der Umstand, daß Seine Majestät einen Umweg gemacht hat, um nicht österreichisch-ungarisches Territorium zu berühren, hat in hiesigen Kreisen außerordentlich verstimmt. Die Regierung hat jedoch, einem Gefühl von Eigenliebe nachgebend, ihrer Enttäuschung keinen Ausdruck verliehen und auch auf die Presse eingewirkt, welche anläßlich der Monarchenzusammenkunft mehr Mäßigung und Takt gezeigt hat, als man hätte erwarten können. Immerhin ist in den Gesprächen mit politischen Führern und Vertretern der Presse dieses Gefühl des Gekränktseins deutlich fühlbar.

Die offiziösen Organe mit dem Fremdenblatt an der Spitze sprechen dem Ereignis politische Bedeutung ab, andere, mehr oder weniger unter der Kontrolle des Ministeriums des Auswärtigen, betonen sogar, daß dies Ereignis ein günstiges sei, da die Annäherung zwischen Rußland und Italien eine diplomatische Garantie für die Erhaltung des allgemeinen Friedens bedeute.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 14./27. Oktober 1909.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen hat mir von der großen Befriedigung gesprochen, mit der die Nachricht von dem Besuche unseres Kaisers in Racconigi von der Regierung und der öffentlichen Meinung in England begrüßt worden ist. Diese Reise sei außerordentlich zeitgemäß gewesen und ist sowohl für Rußland als auch für England und Frankreich, aber ganz besonders für Italien ein bedeutsames Ereignis, da die Beziehungen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Italiens zu Österreich sich merklich verschlechtern. In der Abberufung des österreichischen Botschafters, des Grafen Lützow, der angeblich mit den politischen Ansichten Aehrenthals nicht übereinstimmt, erblickt man hier einen weiteren Beweis der Trübung in den österreichisch-italienischen Beziehungen.

Einzelheiten über die Zusammenkunft in Racconigi sind natürlich in London noch nicht bekannt, doch nach den begeisterten Presseberichten glaubt man mit einem günstigen Resultate rechnen zu können.

Hardinge hat mir erklärt, er teile die Ansicht eines Teiles der europäischen Presse über die merkwürdige Lage, die Italien hinsichtlich der Mächtegruppierung eingenommen hat. Hauptsächlich im Falle von Verwicklungen im nahen Osten müßte Italien entweder seinen Bundesgenossen untreu werden oder gegen seine eigenen nationalen Interessen handeln. Diese Worte bestätigen den großen Eindruck, den die Zusammenkunft in Racconigi auf hiesige Regierungskreise gemacht hat, welche der Ansicht zuzuneigen scheinen, daß Italien in Zukunft der Entente näher steht als dem Dreibunde.

Bericht des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 16./29. Oktober 1909.

Die Urteile der russischen und italienischen Presse, die in der Zusammenkunft von Racconigi eine gegen den Dreibund und hauptsächlich gegen Österreich gerichtete Manifestation erblicken, sind hier nicht unbemerkt geblieben. Sowohl Regierung als auch offizielle Presse schlagen jedoch bis jetzt einen ruhigen und gemäßigten Ton an.

Baron Schön hat erklärt, daß das Berliner Kabinett keine Beunruhigung wegen der russisch-italienischen Freundschaft empfinde. Sowohl die Reden als auch alle Einzelheiten des Besuches in Racconigi bekräftigen ihn in dieser Ansicht. Ebenso äußert sich auch die Kölnische Zeitung, wobei jedoch ein leichter Unmut zutage tritt, daß die italienische Presse anläßlich dieses Besuches vieles geschrieben hat, was besser ungesagt geblieben wäre.

Aber trotz aller dieser Erklärungen scheint in den Regierungskreisen Deutschlands doch eine gewisse Sorge zu herrschen, da

man nicht weiß, wie die neuen russisch-italienischen Beziehungen auf die Stellung Italiens im Dreibunde und auf den allgemeinen Gang der europäischen Politik zurückwirken werden.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 17./30. Okt. 1909. — Nr. 213.

Mich hat soeben der serbische Minister des Auswärtigen Milowanovitch besucht. Er rechnet bestimmt damit, daß der Besuch in Racconigi für Serbien günstige Folgen haben werde. Aus seinen Unterredungen mit Grey und Hardinge hat er denselben Eindruck gewonnen, über den ich in meinem Briefe vom 14. Oktober hinsichtlich der zukünftigen Haltung Italiens dem Dreibund gegenüber berichtet habe. Milowanovitch zweifelt, daß Österreich-Ungarn sich zu irgendeinem neuen Schritte entschließen wird, um die Bedeutung der Zusammenkunft in Racconigi abzuschwächen, wie Grey zu befürchten scheint.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 30. Oktober/12. November 1909.—Nr. 218.

Im hiesigen Auswärtigen Amte sind aus Rom Nachrichten erhalten worden, denen zufolge Tittoni beabsichtige, allen Großmächten vorzuschlagen, eine formelle Deklaration über die Erhaltung des status quo auf dem Balkan zu unterzeichnen. Auf die Frage Hardinges, ob ein derartiges Projekt in Racconigi erörtert worden sei, habe ich auf Grund Ihres Briefes an unseren Botschafter in Berlin vom 22. Oktober geantwortet, daß das genannte Prinzip gewiß festgelegt worden sei, daß ich aber von dem Projekt einer Erklärung nichts gehört habe. Hardinge fügte hinzu, daß ein derartiger Schritt hier für unzeitgemäß, unnütz und sogar herausfordernd gehalten werde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 1./14. November 1909. — Nr. 1946.

Ihr Telegramm 218 erhalten. Sie können kategorisch erklären, daß in Racconigi von einem derartigen Schritte keine Rede gewesen ist; wir halten ihn unsererseits für durchaus unzeitgemäß.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Berlin vom 22. Oktober/4. November 1909.

Die Zusammenkunft unseres Kaisers mit dem König von Italien in Racconigi hat zu verschiedenen Kommentaren Anlaß gegeben, von denen einige geeignet sind, den Charakter der Zusammenkunft zu entstellen und Argwohn hinsichtlich unserer Politik hervorzurufen. Ich halte es für nützlich, Ihnen einige Einzelheiten mitzuteilen, von denen Sie in Ihren Gesprächen mit Herrn v. Bethmann Hollweg und Baron Schön Gebrauch machen können.

Es ist bekannt, daß die Reise Seiner Majestät eine Antwortvisite auf den Besuch des Königs von Italien in Peterhof im Jahre 1902 ist. Es ist immerhin klar, daß die Zusammenkunft in Racconigi keine einfache Etikettenfrage ist und daß sie aus den heutigen Umständen eine wichtige politische Bedeutung schöpft. Diese Bedeutung geht schon aus den gewechselten Reden und aus der offiziösen Mitteilung hervor, die ich im Einverständnis mit Tittoni in der Presse veröffentlicht habe. Der Kaiser von Rußland und der König von Italien haben nicht nur ihre persönliche Freundschaft beteuert, sondern auch die vollkommene Gemeinsamkeit der Ansichten und Interessen der beiderseitigen Regierungen. Die Mitteilung in der Presse vervollständigt und ergänzt diesen Gedanken, indem in derselben festgestellt wird, daß Rußland und Italien in ihrer Balkanpolitik dasselbe Ziel verfolgen, d. h. die Kräftigung des politischen status quo der Türkei, ebenso wie die Unabhängigkeit und die normale und friedliche Entwicklung der Balkanstaaten.

Ernste und gemäßigte Organe der europäischen Presse haben nicht gezögert zuzugeben, daß die russisch-italienische Annäherung, so dargestellt, niemanden beunruhigen kann und als eine weitere Garantie der Erhaltung des Friedens betrachtet werden muß. Unglücklicherweise haben einige andere, weniger gemäßigte Zeitungen in dieser Annäherung eine gegen Österreich-Ungarn oder gegen den ganzen Dreibund gerichtete Spitze erblicken wollen.

Eine derartige Interpretation muß aufs entschiedenste zurückgewiesen werden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Gedanke einer Gemeinsamkeit der Ansichten und der Interessen Rußlands und Italiens in Balkanfragen ist nicht neu. Er hat schon vor zwei Jahren in politischen Reden, die von Tittoni und mir gehalten wurden, Ausdruck gefunden und niemand hat damals daran gedacht, eine derartige Auffassung für unvereinbar mit den Verpflichtungen Rußlands und Italiens ihren Bundesgenossen gegenüber zu halten. In der Tat könnten sowohl Rußland als auch Italien sich nur in einem einzigen Falle im Gegensatze zu einer dritten Macht befinden: in dem Falle nämlich, wenn sie es mit Bestrebungen zu tun hätten, die den beiden zwischen ihnen vereinbarten Grundsätzen widersprechen, nämlich der Kräftigung des jetzigen politischen status quo in der Türkei und der normalen und friedlichen Entwicklung der Balkanstaaten.

Diese beiden Punkte bilden jedoch einen wichtigen Bestandteil des gemeinsamen politischen Programmes aller Mächte und wir sind überzeugt, daß auch Deutschland und Österreich ebenso bereit wie Rußland und Italien sind, diesen Grundsatz mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu stützen

Indem ich also bestreite, daß unsere Annäherung an Italien eine gegen Deutschland oder Österreich-Ungarn gerichtete Spitze enthält, drücke ich den Gedanken des Petersburger Kabinetts noch nicht vollkommen aus: ich gehe noch weiter und zögere nicht zu erklären, daß unserer Ansicht nach jeglicher Versuch, das System der Allianzen, auf denen der Friede Europas so lange geruht hat, zu stürzen, eine ernste Bedrohung dieses Friedens bedeuten müßte.

Dies ist eine Überzeugung, die ich dem Deutschen Reichskanzler und Baron Schön gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, und ich kann diesen Punkt nicht stark genug betonen. Ich bin aber auch fest überzeugt, daß das in Frage kommende System uns nicht daran hindern soll, zu den Mächten des Dreibundes die allerfreundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten. Wir bestätigen mit Befriedigung, daß die zweifache Zusammenkunft zwischen unserem Kaiser und Kaiser Wilhelm dazu beigetragen hat, alle Mißverständnisse zwischen uns und Deutschland zu beseitigen. Leider können wir nicht dasselbe von Österreich-Ungarn sagen, da nicht wir es sind, die diese Beziehungen ge-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

stört haben. Wenn wir die sich uns heute bietende Gelegenheit benutzen, um uns Italien zu nähern, so will es uns scheinen, daß die Sache des Friedens und der allgemeinen Harmonie nur gewinnen kann, und wir sind der festen Überzeugung, daß dies auch die Ansicht des Berliner Kabinettes sein wird.

Zwei Worte will ich noch hinzufügen. Man hat viel über die Reiseroute des Kaisers gesprochen. Seine Majestät hat in der Tat österreichisch-ungarischen Boden vermeiden wollen. Sie werden hierüber nicht erstaunt sein, wenn ich Ihnen sage, daß Österreich-Ungarn bis jetzt keinen Versuch gemacht hat, den Eindruck seiner Politik während der letzten Krise Rußland gegenüber abzuschwächen.

Instruktionen des russischen Außenministers Iswolsky an die Vertreter Rußlands in Sofia, Belgrad und Cettinje anläßlich der Monarchenbegegnung in Racconigi vom 22. Oktober/4. November 1909.

Die Zusammenkunft unseres Kaisers mit dem König von Italien hat als ein bedeutsames Ereignis die Aufmerksamkeit der ganzen politischen Welt auf sich gelenkt und dies ganz besonders im Hinblick auf die Beziehungen zwischen den Regierungen Europas, wie sie von der Politik der letzten Jahre bestimmt worden sind.

Da es keinem Zweifel unterliegt, daß die Balkanstaaten in dieser Zusammenkunft einen wichtigen Faktor der weiteren Entwicklung der Balkanpolitik erblicken werden, halte ich es für nötig, Ihnen einige erklärende Instruktionen zukommen zu lassen.

Der Kaiser hat es für nötig erachtet, im vergangenen Herbst seine Absicht auszuführen, dem italienischen Hof einen Gegenbesuch zu machen, nachdem König Viktor Emanuel ihn vor einigen Jahren in Peterhof aufgesucht hatte. Die Bande aufrichtiger Freundschaft, welche die beiden Höfe und die beiden Regierungen verbinden, sind in dem Empfange, der unserem Kaiser zuteil geworden ist, deutlich zum Ausdruck gekommen. Aus dem Wortlaut der Reden, die in Racconigi gewechselt worden sind, werden Sie ersehen, daß die immer enger werdenden Beziehungen zwischen beiden Ländern sowohl vom König von Italien als auch vom Kaiser hervorgehoben worden sind, wobei gleich-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zeitig auf die beiderseitigen Bestrebungen hingewiesen wurde, den allgemeinen Frieden zu erhalten.

Dieser Grundgedanke, auf Balkanfragen angewandt, soll Ihnen zur Richtlinie in allen Ihren Gesprächen mit den örtlichen politischen Führern dienen. Hierbei werden Sie nicht aus dem Auge lassen, daß während der Beratungen in Racconigi über Balkanfragen sowohl Rußland als auch Italien auf das bestimmteste erklärt haben, daß sie es für durchaus nötig halten, den augenblicklichen status quo in der Türkei und die Unabhängigkeit und die normale friedliche Entwicklung der übrigen Balkanstaaten zu schützen. Beide Regierungen werden alle ihre Anstrengungen auf die Erreichung dieses Zieles richten.

Sie geben sich wohl vollkommen Rechenschaft, wie wichtig die soeben angeführte Erklärung ist. Die Balkanstaaten müssen davon überzeugt sein, daß eine Verletzung der augenblicklichen politischen Lage auf dem Balkan weder die Zustimmung noch die Unterstützung Rußlands oder Italiens finden wird, aber daß gleichzeitig die Politik der beiden Großmächte das Ziel verfolgt, das künftige Schicksal der Balkanstaaten und ihre unabhängige Existenz zu sichern. Dies kann natürlich die genannten Balkanstaaten nur in dem Bewußtsein bekräftigen, daß sie vor irgendwelchen äußern Angriffen sicher sind und daß sie alle ihre Kräfte auf die ruhige Entwicklung ihres staatlichen Lebens konzentrieren können.

Als Beschützer aller slawischen Interessen auf dem Balkan hat Rußland stets versucht, in den Balkanvölkern das Bewußtsein zu wecken, daß sie sich zum allgemeinen Wohl so eng wie möglich zusammenschließen müssen. Dies wird auch in Zukunft unser Bestreben sein; doch kann dies in vollem Maße nur dann erreicht werden, wenn die Balkanstaaten selbst uns in diesen Bestrebungen unterstützen, und deshalb begrüßen wir mit der größten Befriedigung jeden Beweis einer Annäherung zwischen ihnen. Die Zusammenkunft in Racconigi ist diesen Bestrebungen unbedingt günstig und wird zur weiteren Entwicklung des Grundprinzipes unserer Politik im nahen Osten beitragen. Dies Prinzip kann kurz ausgedrückt werden: „Der Balkan für die Balkanstaaten."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bericht des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 24. Oktober/6. November 1909.

Die Zusammenkunft unseres Kaisers mit dem König von Italien ist zuerst von der türkischen Regierung und der öffentlichen Meinung als ein für die Türkei günstiges Ereignis aufgefaßt worden. Die offiziöse Zeitung Tanin hatte in Erfahrung gebracht, daß die Basis der Einigung zwischen Rußland und Italien die Erhaltung des status quo auf dem Balkan sei, und hat in einem Artikel vom 19. Oktober die Meinung ausgedrückt, daß in diesem Falle die Türkei in der genannten Zusammenkunft ein wichtiges Ereignis erblicken könne.

Diese Ansicht entspricht vollkommen der Mitteilung, die der hiesige italienische Botschafter im Auftrage Tittonis gemacht hat, ebenso meinen Gesprächen mit türkischen politischen Persönlichkeiten. In einem Gespräche mit dem Großwesir sagte mir dieser mit offensichtlicher Befriedigung, daß die Zusammenkunft in Racconigi ein bedeutender Erfolg sei, den die russische Diplomatie über Österreich-Ungarn davongetragen habe.

In diesen Tagen werden jedoch auch andere Betrachtungen laut. Aus irgendeiner vertraulichen Quelle, wahrscheinlich einer österreichisch-ungarischen, hat die türkische Regierung in Erfahrung gebracht, daß man in Racconigi auch den Fall ins Auge gefaßt habe, wenn es unmöglich werden sollte, den status quo auf dem Balkan zu erhalten, und daß in diesem Falle Rußland und Italien sich Kompensationen auf Kosten der Türkei zugesichert hätten. In diesem für die Türkei ungünstigen Sinne soll man in Racconigi auch über Kreta gesprochen haben. Der gleichzeitige Besuch des bulgarischen Königs in Serbien und Gerüchte über die Nichterneuerung des Dreibundes haben diese Beunruhigung nur gesteigert. . . . Ich bin der Ansicht, man müßte dem hiesigen Großwesir einige Mitteilungen über die Unterhandlungen in Racconigi machen und ihn zu überzeugen suchen, daß das Wort „Kompensation" in Racconigi nicht gefallen ist und daß überhaupt keine für die Türkei ungünstigen Beschlüsse gefaßt wurden. Auch scheint es mir, daß einige den türkischen Botschaftern in Rom und Petersburg gemachten vertraulichen Mitteilungen hier einen günstigen Eindruck hervor-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

rufen würden. Der italienische Botschafter ist der Ansicht, daß derartige Mitteilungen um so beruhigender wirken würden, wenn sie durch Vermittlung des Londoner Kabinetts erfolgen könnten. Ich schließe mich dieser Ansicht vollkommen an.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 25. Oktober/7. November 1909.

Ich will Rom nicht verlassen, ohne Ihnen einige Eindrücke mitzuteilen, die ich bei meiner Rückkehr hierher empfangen habe. Es handelt sich allerdings nur um Andeutungen, doch werden sie vielleicht dazu beitragen, Ihnen ein Bild von der Stimmung in hiesigen Kreisen zu geben. Der so glückliche Eindruck, den der Besuch unseres Kaisers in Italien hervorgerufen hat, wirkt immer weiter. Dieser Eindruck hat die Erwartung, ich möchte sagen die Hoffnung Tittonis weit übertroffen. In der politischen Welt betont man immer wieder die Freude über die Annäherung an Rußland. Jetzt wünscht man hier einen direkten Kontakt zwischen Rußland und Italien ohne die Vermittlung Frankreichs, welche man früher als einen wichtigen Faktor betrachtete.

Als die französische Flotte in Neapel ankam, empfand der italienische Außenminister eine gewisse Beunruhigung, daß das Zusammentreffen der beiden Ereignisse in Österreich und in Deutschland einen ungünstigen Eindruck hervorrufen könne. Da Tittoni vermeiden will, den Argwohn dieser beiden Mächte zu wecken, forderte er die Vertreter der Presse auf, sich aller Kommentare über die Anwesenheit der französischen Flotte in Neapel zu enthalten. Es scheint, daß ähnliche Instruktionen auch den Vertretern der ausländischen Presse in Rom gegeben worden sind. Die italienischen Zeitungen sind diesen Anweisungen gefolgt und haben nur ganz kurze Berichte über die Festlichkeiten in Neapel gebracht.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 9./22. Juli 1911.

Persönlich. Ich ersehe aus Ihrem Telegramm Nr. 921, daß zwischen uns und Österreich-Ungarn ein Meinungsaustausch

über Albanien begonnen hat. Aus diesem Anlasse richte ich Ihre besondere Aufmerksamkeit auf meinen vertraulichen Brief über meine Unterredung mit dem hiesigen italienischen Botschafter, welchen Sie morgen erhalten werden. Dieser Brief wird Ihnen in Erinnerung bringen, daß Tittoni und ich uns in Racconigi gegenseitig verpflichtet haben, kein neues Übereinkommen über Albanien abzuschließen, ohne uns vorher verständigt zu haben. Ich bitte Sie, mir Instruktionen für den Fall zukommen zu lassen, daß der italienische Botschafter sich mit einer neuen Anfrage an mich wendet.

Schluß eines Briefes des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 14./27. September 1911 [1]).

Ich habe meine Unterredung mit Tittoni dazu benutzt, um ihn daran zu erinnern, unter welchen Bedingungen wir unsererseits versprochen hatten, die Handlungsfreiheit Italiens in Tripolis anzuerkennen. Ich fragte ihn von mir aus persönlich, ob er nicht glaube, daß Italien, welches augenblicklich zur Ausführung seines Programmes in Tripolis schreitet, uns jetzt Garantien geben solle, daß es in Zukunft nicht vergessen wird, die übernommenen parallelen Verpflichtungen hinsichtlich unserer Rechte auf die türkischen Meerengen einzulösen. Tittoni hat bejahend geantwortet und geäußert, es werde leicht sein, die diesbezüglichen Verpflichtungen in einer passenden Formel niederzulegen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. Oktober/7. November 1911. — Nr. 1724.

Ich telegraphiere nach Konstantinopel: Der hiesige italienische Botschafter hat mich gefragt, wie wir uns zu den Mitteilungen der „Reichspost" über die in Racconigi getroffenen Abmachungen verhalten. Da es möglich ist, daß an Sie in dieser Beziehung Fragen gestellt werden, teile ich Ihnen den Sinn

[1]) Der vollständige Text des Briefes befindet sich in dem Kapitel über Tripolis.

meiner dem italienischen Botschafter gegebenen Antwort mit: Ich sehe keinen Grund, in Abrede zu stellen, daß in Racconigi bei der Erörterung der allgemeinen europäischen Lage auch die uns, wie allgemein und selbst den Türken bekannt, interessierende Frage der türkischen Meerengen und der speziellen Interessen Italiens in Tripolis besprochen worden ist. Es liegt jedoch keine Veranlassung vor, diesem Gedankenaustausch den Charakter eines absichtlichen, gegen die Türkei gerichteten agressiven Vertrages beizulegen. Ich bitte Sie, obiges zur Richtlinie zu nehmen, da der Artikel der Reichspost wahrscheinlich den Zweck verfolgt, in der Türkei Mißtrauen gegen uns hervorzurufen.

Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 13./26. April 1910.

Unser Ministerium hat mir Mitteilungen zukommen lassen, die uns von seiten Deutschlands und Österreichs in der persischen Frage gemacht worden sind. Da hierbei ein gewisser Unterschied in der Handlungsweise des italienischen Botschafters in Petersburg und des italienischen Geschäftsträgers in London zutage getreten ist, so habe ich Bollati gefragt, welcher von den beiden italienischen Vertretern die wirkliche Ansicht seiner Regierung zum Ausdrucke gebracht hat. Bollati stellt auf das entschiedenste in Abrede, daß die italienischen Vertreter beauftragt worden seien, uns irgendeine Mitteilung hinsichtlich der persischen Anleihe zu machen, sondern daß sie der italienischen Regierung nur Informationen über die Bedingungen der geplanten Finanzoperation zukommen lassen sollten. . . . . .

Daß die Anfrage des italienischen Geschäftsträgers in London mit den Mitteilungen des deutschen und österreichischen Botschafters zeitlich zusammenfiel, ist einem bloßen Zufalle zuzuschreiben und die italienische Regierung besteht darauf, daß wir in diesem Zusammentreffen nicht eine Verabredung zwischen den Mitgliedern des Dreibundes erblicken sollen. Der Wirkungskreis des Dreibundes ist geographisch genau umschrieben. Wie mir Bollati sagte, hat man während der hiesigen Anwesenheit des Deutschen Reichskanzlers über Persien und die persische Anleihe gar nicht gesprochen. Ich glaube, man kann die Erklärung Bol-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

latis für um so befriedigender halten, als sie sich auf eine Frage bezieht, die vor dem Amtsantritt San Giulianos entstanden ist. Der hiesige englische Botschafter hat es immerhin für nötig befunden, in seiner ersten Unterredung mit dem neuen Minister auf die persische Frage zurückzukommen. San Giuliano hat ihm auf das bestimmteste erklärt, daß Italien durch den Dreibundvertrag nur in genau festgesetzten Fragen gebunden sei, und daß es in allen übrigen vollkommene Handlungsfreiheit besitzt, wobei es ausschließlich seine eigenen nationalen Interessen in Berücksichtigung zieht.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 25. August/7. September 1910.

San Giuliano ist soeben aus Österreich zurückgekehrt, nachdem er, wie festgesetzt, zuerst Salzburg und dann Ischl aufgesucht hat. Der ihm zuteil gewordene Empfang hat ihn durchaus befriedigt und er hat von seiner Reise den allerbesten Eindruck gewonnen. Was die politischen Resultate anbelangt, so sagte der Minister, daß sie seinen Erwartungen durchaus entsprechen. Er hat sich überzeugen können, daß das Wiener Kabinett aufrichtig nur das eine Ziel verfolgt, den Frieden und die jetzige Lage auf dem Balkan zu erhalten. Anders könne dies augenblicklich auch gar nicht sein, da die Interessen einer jeden Macht am besten durch den jetzigen Zustand auf dem Balkan geschützt werden und da sich nur auf diese Weise das neue Regime in der Türkei entwickeln könne. Auf meine Bemerkung, daß das Journal des Débats die Sympathien Österreichs zu den Balkanstaaten sehr geistreich als „bis zur Annexion gehend" bezeichnet hat, erwiderte der Minister, daß er für die nächste Zukunft keine Befürchtungen hege und daß man über entferntliegende Ereignisse jetzt noch nicht sprechen könne.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 12./25. März 1912.

Ich habe in letzter Zeit öfters auf die in hiesigen Kreisen herrschende Unzufriedenheit mit Frankreich hingewiesen. Die Zwischenfälle der „Carthage" und „Manuba" und eine ganze Reihe von Reden im französischen Parlamente haben die hiesige

öffentliche Meinung ganz außerordentlich erregt. Ganz besonders beleidigt der hochtrabende Ton der französischen Presse Italien gegenüber. Der jetzige Krieg hat in den Italienern das Gefühl des nationalen Selbstbewußtseins ganz besonders erhöht und, wie sie sagen, werden sie keinerlei ausländische Bevormundung zulassen.

Unglücklicherweise scheint die französische Presse nur Öl ins Feuer zu schütten. Wie mir der hiesige französische Botschafter mitgeteilt hat, steht sie im Dienste der französischen Versicherungsgesellschaften, welche gegen 300 Millionen in hiesigen Lebensversicherungen angelegt haben und die einen Verlust zu erleiden fürchten, wenn in Italien ein Staatsmonopol für Lebensversicherungen eingeführt wird. Der deutsche Botschafter nützt die Fehler der Nebenbuhler Deutschlands geschickt aus und hat den deutschen Journalisten Mühling beauftragt, die deutsche Presse zugunsten Italiens umzustimmen.

Im Ministerium des Auswärtigen sieht man wohl ein, daß die gespannten Beziehungen zwischen Italien und der benachbarten Republik die internationale Stellung des Königreiches sehr ungünstig beeinflussen, da Italien hierdurch seinen Bundesgenossen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wird. Dies sehen sogar die hiesigen Anhänger des Dreibundes ein. Die wirklichen Bedürfnisse Italiens weisen auf die drei Ententemächte hin, da diese politische Kombination eher die Möglichkeit hat, die italienischen Interessen zu befriedigen. Die Abhängigkeit Italiens von Frankreich und England ist durch seine Festsetzung in Libyen nur noch erhöht worden. Zwischen den genannten Mächten an der nordafrikanischen Küste eingezwängt, braucht Italien mehr denn je offene freundschaftliche Beziehungen zu ihnen. Die Verlängerung seiner Seeküste wird ihm weniger denn je erlauben, die starken englisch-französischen Streitkräfte im Mittelmeere unbeachtet zu lassen. Die Hoffnung, ihnen seine eigne Flotte, vielleicht im Bunde mit Österreich, entgegenstellen zu können, müßte zu einer großen Enttäuschung führen. Die Gemeinsamkeit oder wenigstens die Ähnlichkeit der italienischen Bestrebungen mit denen der Entente-mächte auf dem Balkan kann selbst von den überzeugtesten Anhängern des Dreibundes nicht in Abrede gestellt werden.

Die Ereignisse haben sich jedoch so gestaltet, daß man hier keinen Ausweg aus der jetzt geschaffenen Lage sieht. Im Auswärtigen Amte hat man mir die Hoffnung ausgedrückt, daß, nachdem es Ihnen gelungen sein wird, Italien mit der Türkei zu versöhnen, Sie versuchen werden, die Beziehungen zwischen den beiden lateinischen Nationen zu bessern, denn, wie man mir gesagt hat, „der Weg von Rom nach Paris führt über Petersburg".

Sehr vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 8./21. Mai 1912.

Die Erkaltung der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich ist ein für unsere Interessen außerordentlich bedauerliches Ereignis. Seit den Zwischenfällen „Manuba" und „Carthage" werden diese Beziehungen zusehends schlechter. Im Auswärtigen Amte sagte man mir, daß die italienische Regierung durchaus berechtigt sei, sich über Frankreich zu beklagen, welches keine Maßregeln ergreift, um die Durchfuhr von Kriegskonterbande durch Tunis nach Tripolis zu verhindern.

Der hiesige französische Botschafter hat seinerseits sehr abfällig über die Politik des jetzigen italienischen Kabinettes gesprochen, vor allem über die Besetzung der Ägäischen Inseln durch die Italiener. Er ist der Ansicht, daß diese Besetzung nur als eine vorübergehende Maßregel geduldet werden kann und daß eine endgültige Besitzergreifung den Interessen Frankreichs im Mittelmeere direkt zuwiderläuft. Die französische Republik habe seit Jahren die größten Anstrengungen gemacht, um ihre Interessen in diesem Meere zu wahren und sicherzustellen. Diese Worte beziehen sich direkt auf das im Jahre 1902 zwischen Frankreich und Italien abgeschlossene Abkommen, dessen Wortlaut uns nie mitgeteilt worden ist, dessen Inhalt wir aber kennen, da es Barrère seinerzeit für nötig gehalten hat, unsern damaligen Botschafter Nelidow von dem Abschlusse dieses Vertrages in Kenntnis zu setzen. Auch jetzt hat Barrère mir gegenüber das Abkommen vom Jahre 1902 erwähnt und ich schließe aus seinen Worten, daß die zehnjährige Dauer dieses Vertrages den französischen Botschafter veranlaßt hat, der italienischen Regierung vorzuschlagen, durch einen Notenaustausch zu erklären, daß dieser Vertrag seine Gültigkeit auch weiter beibehält. Augen-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

scheinlich hat die italienische Regierung formell keine Einwendungen gegen die Erneuerung des Vertrages erhoben, stellt jedoch einzelne Bedingungen, die den Botschafter sehr zu erregen scheinen. Letzterer verhehlt seine Unzufriedenheit mit der Tätigkeit des italienischen Botschafters in Paris Tittoni nicht länger, da dieser angeblich den jetzigen Augenblick für die Erneuerung des Vertrages des Jahres 1902 in seiner jetzigen Form und Fassung nicht für wünschenswert hält.

Außerdem beschuldigt die öffentliche Meinung Italiens eine französische Finanzgruppe, der Türkei eine bedeutende Anleihe gegen die Garantie der Seezölle von Smyrna und Beirut gewähren zu wollen. Sollte dieses Gerücht sich bewahrheiten, so würde man hierin eine Verletzung der Neutralität erblicken. Alle obigen Umstände schaffen hier eine Atmosphäre, die Deutschland und Österreich leicht zu ihren Gunsten ausnutzen können, und diese Möglichkeit beunruhigt vor allem den hiesigen französischen Botschafter.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 17./30. Mai 1912.

Die in letzter Zeit bemerkbare Verschlechterung in den französisch-italienischen Beziehungen kann uns nicht gleichgültig lassen. Wie Ihnen gut bekannt, halten wir es nicht für nützlich, auf den formalen Austritt Italiens aus dem Bestande des Dreibundes hinzuarbeiten, aber indem die jetzige Lage der Dinge äußerlich weiterbestehen bleibt, halten wir es für sehr wünschenswert, die Beziehungen des Königreiches zu uns und zu Frankreich in Wirklichkeit möglichst eng zu gestalten.

Da wir selbst augenblicklich in dieser Hinsicht eine besonders günstige Position einnehmen, sind wir natürlich bereit, diese günstige Lage zu benutzen, um, wenn Frankreich dies wünschen sollte, ihm unsere tatkräftige Unterstützung zur Beilegung seiner Schwierigkeiten mit Italien zuteil werden zu lassen. Eine dieser Schwierigkeiten ist augenscheinlich das weitere Schicksal des französisch-italienischen Abkommens vom Jahre 1902.

Dieses Abkommen ist uns nie mitgeteilt worden und bezog sich, soweit bekannt, hauptsächlich auf eine Abgrenzung der französischen und italienischen Interessen im Mittelmeere und müßte

daher eigentlich zeitlich unbegrenzt sein. Da es aber immerhin möglich ist, daß dieses Abkommen auch andere Bestimmungen enthält, die an einen gewissen Termin gebunden sind, so wird vielleicht jetzt nach zehnjähriger Dauer die Frage der Erneuerung dieses Abkommens aufgeworfen. Soviel wir wissen, wünschen die Franzosen die Erneuerung des Abkommens, während die Italiener, wohl unter dem Einflusse ihres Botschafters in Paris, der für Handlungsfreiheit eintritt, sich nicht beeilen wollen, sich durch neue Verpflichtungen zu binden, ehe die jetzige verworrene politische Lage eine Klärung erfahren hat.

In England fängt man an sich zu beunruhigen, da man dort die Befürchtung hegt, daß im Falle einer Veruneinigung Italiens und Frankreichs ersteres sich wieder enger an den Dreibund anschließen wird: in diesem Falle könnte Tripolis in italienischen Händen eine bequeme maritime Operationsbasis für den Dreibund im Mittelmeere werden.

Ich richte daher an Sie die vertrauliche Bitte, die soeben erwähnten Informationen nachzuprüfen und wenn möglich festzustellen, ob jetzt wirklich die Rede von der Erneuerung des Abkommens vom Jahre 1902 ist, welches seine Bestimmungen sind und wie sich die französische Regierung zu dieser Frage stellt. Endlich möchten wir auch wissen, ob Frankreich unserer Vermittlung zur Verbesserung seiner Beziehungen zu Italien bedarf.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 22. Mai/4. Juni 1912.

In den französisch-italienischen Beziehungen scheint in letzter Zeit eine gewisse Besserung eingetreten zu sein. San Giuliano und Barrère haben mir fast gleichzeitig mitgeteilt, daß Tittoni eine erschöpfende Aussprache mit Poincaré gehabt hat. Ich begrüßte diese Mitteilung und drückte die Hoffnung aus, daß weitere Reibungen und Mißverständnisse zwischen den beiden Staaten, die für unser aller Interessen so schädlich wären, in Zukunft vermieden werden würden.

Im hiesigen Ministerium des Auswärtigen scheint man in dieser neuen Wendung der Dinge etwas wie einen italienischen Sieg erblicken zu wollen und man glaubt, daß nun ein für allemal alle Mißverständnisse ausgeschlossen seien. Der weitsichtigere

und ruhigere französische Botschafter ist etwas anderer Meinung und hat kein besonderes Zutrauen zu dem Meinungsaustausch zwischen Tittoni und Poincaré. Er betrachtet dies Ereignis vom Standpunkte der realen Politik aus und sagte mir, er werde erst dann ganz ruhig sein, wenn das Abkommen vom Jahre 1902 ohne jegliche Einschränkung verlängert sein wird. Die Verzögerung dieser Erneuerung schreibt er der Nervosität der öffentlichen Meinung zu, welche dazu führt, daß die italienische Regierung sich blindlings nach allen Seiten wendet, um einen Ausweg aus ihrer jetzigen schwierigen Lage zu finden.

Sodann erblickt Barrère ein weiteres Hindernis für die Erneuerung der früheren vertrauensvollen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien in der Persönlichkeit Tittonis, des jetzigen Botschafters in Paris, der sich durch kleine politische Intrigen kompromittiert habe.

Ich kann nicht beurteilen, ob diese Meinung die persönliche Ansicht Barrères ist oder den Standpunkt der französischen Regierung zum Ausdruck bringt. Ich weiß nur aus sicherer Quelle, daß er in seinen Unterredungen mit San Giuliano ziemlich deutlich auf die Unbeliebtheit Tittonis in Paris angespielt hat. Mir gegenüber hat Barrère offen erklärt, daß erst nach der Abberufung Tittonis die früheren herzlichen Beziehungen zwischen beiden Regierungen wiederhergestellt werden können.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Mai/6. Juni 1912.

Nach Empfang Ihres vertraulichen Briefes vom 17./30. Mai habe ich Poincaré zu einer Aussprache über die französisch-italienischen Beziehungen veranlaßt. Ich habe versucht festzustellen, ob das Gerücht, daß das Abkommen vom Jahre 1902 abgelaufen ist und zwischen Frankreich und Italien Schwierigkeiten hinsichtlich der Erneuerung dieses Abkommens entstanden sind, der Wirklichkeit entspricht. Ich habe hierbei darauf hingewiesen, wie wenig eine Erkaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien und die Rückkehr des letzteren zum Dreibund den Interessen der drei Ententemächte entspricht, und auch angedeutet, daß wir bereit wären, Frankreich unsere guten Dienste anzubieten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Poincaré hat auf das bestimmteste erklärt, daß das Abkommen des Jahres 1902 an keine Frist gebunden ist. Wenn uns der Wortlaut dieses Abkommens nicht mitgeteilt worden ist, so ist es nur deshalb nicht geschehen, weil Frankreich es ohne Einwilligung Italiens nicht tun kann. Aber der Inhalt des Abkommens sei uns bekannt. Es enthält eine Abgrenzung der französischen und italienischen Interessen im Mittelmeere. Seiner Natur nach ist also das Abkommen ein unbefristetes. Eine praktische Folge dieses Abkommens ist ferner der Verzicht der Konzentrierung der französischen und italienischen Armee an der französisch-italienischen Grenze. Sollte Italien aus irgendeinem Anlasse eine Änderung in der bestehenden Lage herbeiführen wollen, so würde dies einen unfreundlichen Akt Italiens Frankreich gegenüber bedeuten. Aber glücklicherweise ist hiervon keine Rede. Sodann zum allgemeinen Charakter der jetzigen Beziehungen zwischen Italien und Frankreich übergehend, hat Poincaré auf das bestimmteste betont, daß die Regierungen beider Länder durchaus nicht von der öffentlichen Meinung beeinflußt wären und daß die letzten Ereignisse das gute Einvernehmen zwischen ihnen in keiner Weise gestört hätten. Barrère habe in letzter Zeit diesbezügliche Zusicherungen von seiten der italienischen Regierung erhalten. Dies gelte auch für die französische Regierung, und wenn Frankreich, durch die Pflichten der Neutralität gebunden, nicht immer die Möglichkeit habe seine freundschaftlichen Gefühle Italien gegenüber zum Ausdruck zu bringen, so werde es doch nicht verfehlen, Italien die tatkräftigste Unterstützung zuteil werden zu lassen, sobald die Friedenskonferenz zusammengetreten sein wird.

„Übrigens", fügte er hinzu, „habe ich Grund zur Annahme, daß Italien von der Freundschaft Frankreichs fest überzeugt ist und daß gerade jetzt die italienische Regierung Rußland und Frankreich für seine besten Freunde hält und von ihnen viel mehr als von seinen Bundesgenossen Hilfe erwartet."

Was die Frage des formalen Austrittes Italiens aus dem Dreibund anbelangt, so ist Poincaré mit Ihnen ganz einverstanden, daß kein Grund vorliege, ein solches Resultat zu erstreben, da dieses nur gefährliche Verwicklungen hervorrufen könne. Am besten wäre es, die jetzige Lage beizubehalten, da

Italien ein hemmendes Element im Dreibunde sei. Immerhin dürfe Frankreich nicht vergessen, daß Italien der uns gegenüberstehenden politischen Kombination angehört. Deshalb müsse die französische Regierung darauf bedacht sein, daß Italien im Mittelmeere nicht die Vorherrschaft zufällt. Bei dem jetzigen Kräfteverhältnis der Flotte genügt eine einfache Mobilisation der französischen Seestreitkräfte, um einen jeglichen feindlichen Versuch von seiten Italiens unmöglich zu machen. „Sie können überzeugt sein," sagte er mir mit besonderer Betonung, „daß Frankreich fest entschlossen ist, auch in Zukunft das Übergewicht über Italien im Mittelmeere zu behaupten." Diese Erklärungen Poincarés entsprechen nicht ganz den von unserem Geschäftsträger in Rom mitgeteilten Informationen. Ich habe aber keinen Grund, an der Aufrichtigkeit Poincarés zu zweifeln, welcher, wenn er auch oft eine unnötige Schroffheit und Geradlinigkeit an den Tag legt, mir jedoch niemals Anlaß gegeben hat, an seiner Wahrheitsliebe zu zweifeln. Außerdem scheint mir, daß in letzter Zeit sich die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen, und persönlich zwischen Poincaré und Tittoni, bedeutend gebessert haben.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 5./18. Juli 1912.

Im Laufe einer Unterredung mit Paléologue fragte ich ihn, ob das von einer englischen Zeitung erwähnte Gerücht von Verhandlungen zwischen Frankreich, England und Italien über ein Einvernehmen hinsichtlich des Mittelmeeres der Wirklichkeit entspreche oder nicht. Er erklärte mir, daß dieses Gerücht jeder Begründung entbehre. Wahrscheinlich habe ein zufälliges Gespräch zwischen Cambon und Grey zu diesen Mutmaßungen Anlaß gegeben. Auf die Frage Cambons, was die englische Regierung über die neue Lage im Mittelmeere denke, die sich aus dem italienisch-türkischen Kriege ergeben könne, antwortete Grey, daß diese Frage von ihm noch nicht ernstlich geprüft worden sei, daß sie in Zukunft Bedeutung erlangen könne und daß man sich mit ihr wahrscheinlich werde ernstlich befassen müssen. Der Bericht Cambons über dieses Gespräch ist den französischen Botschaftern in gewöhnlicher Weise mitgeteilt worden und aus

diesem Anlaß ist ein rein akademischer Meinungsaustausch zwischen Cambon, Barrère und Bompard erfolgt. Seinerseits teilt das französische Außenministerium die Ansicht Greys, daß es verfrüht sei, vor Beendigung des Krieges an diese Frage heranzutreten. Was Italien anbelangt, so hat mir Paléologue nochmals bestätigt, daß das französisch-italienische Abkommen unbefristet sei und daß kein Grund zu seiner Erneuerung oder zu irgendwelchen Modifikationen vorliege. Er erklärte mir, daß im Grunde genommen das Abkommen auf folgender gegenseitiger Erklärung beruhe: „Italien hat keine Einwendungen gegen das französische Vorgehen in Marokko, wie Frankreich keine Einwendungen gegen das italienische Vorgehen in Tripolis und Cyrenaika." Das Abkommen enthält keine anderen nennenswerten Bestimmungen. Es stellt sogar nicht fest, daß Frankreich und Italien sich gegenseitig zur Erreichung ihrer Ziele unterstützen müssen. Die durch die englische Zeitung hervorgerufene Polemik kann der französischen Regierung nur unangenehm sein, da sie Verstimmung bei den Dreibundmächten hervorruft und die Ausübung eines Druckes ihrerseits auf Italien nach sich ziehen könne.

Auszug aus einem vertraulichen Briefe des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 31. Juli/13. August 1912.

. . . Im Laufe dieser Unterredung erklärte Contarini, daß das französisch-italienische Abkommen des Jahres 1902 in keiner Weise dem Dreibundvertrage widerspricht, daß aber in den zwischen Frankreich und Italien im Jahre 1902 gewechselten Noten der Satz enthalten ist, daß alle zwischen Italien und Frankreich das Mittelmeer betreffenden Streitfragen nicht mit den Waffen, sondern auf diplomatischem Wege geregelt werden sollen. „Diese Redaktion", sagte mir Contarini, „erlaubt vielleicht Personen, die sich nicht deutlich ausdrücken, von einer Verpflichtung Italiens, mit Frankreich nicht Krieg zu führen, zu sprechen."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 31. Juli/13. August 1912.

Unser Botschafter in Paris berichtet in seinem interessanten Briefe vom 5./18. Juli, daß die Gerüchte von Verhandlungen zwischen Frankreich, England und Italien über Mittelmeerfragen jeglicher Grundlage entbehren. Dieselbe Zusicherung ist mir auch im hiesigen Ministerium des Auswärtigen gemacht worden, wobei jedoch Befürchtungen geäußert wurden, daß zwischen Frankreich und England diesbezügliche Verhandlungen stattfinden, die u. a. auch bezwecken, die Handlungsfreiheit Italiens im Ägäischen Meere einzuschränken. Bollati hat deshalb den französischen Geschäftsträger über diese Angelegenheit direkt befragt. Laroche hat derartige Verhandlungen in Abrede gestellt; es besteht jedoch kein Zweifel, daß die italienische Regierung nicht mit einer uneigennützigen Haltung Englands und Frankreichs in der Mittelmeerfrage rechnet. Deutschland und Österreich wissen wahrscheinlich von diesen Zweifeln Italiens und werden diesen Umstand gewiß zu ihren Gunsten ausnutzen.

Laroche erzählte mir, der deutsche und österreichische Vertreter in Paris hätten im Auftrage ihrer Regierungen Fragen über folgende zwei Punkte gestellt: erstens über ein Übereinkommen der drei Ententemächte hinsichtlich des türkisch-italienischen Krieges und der Lage der Türkei überhaupt, und zweitens über die russisch-französische Marinekonvention.

Auf die erste Frage ist ihnen geantwortet worden, „daß zwischen den drei Ententemächten ein Meinungsaustausch über Balkanfragen stattgefunden haben kann, daß aber von einem besonderen Abkommen nicht die Rede war". Was die Marinekonvention anbelangt, so hat Paléologue in allgemeinen und unbestimmten Ausdrücken ausweichend geantwortet, daß das augenblickliche Verhältnis der Land- und Seestreitkräfte der verbündeten Staaten einen persönlichen Meinungsaustausch zwischen den leitenden Persönlichkeiten notwendig mache, besonders wenn sie zusammentreffen.

Ich kann nicht umhin zu bemerken, daß die Bedeutung der italienischen Verpflichtungen Frankreich gegenüber immer übertrieben worden ist, was hauptsächlich der großen Einbildungs-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

kraft meines hiesigen französischen Kollegen zuzuschreiben ist, obwohl ich seinen großen Fähigkeiten und seiner erfolgreichen Tätigkeit durchaus Gerechtigkeit widerfahren lassen muß. Unser Botschaftsrat hat mir einen Brief unseres früheren Botschafters Murawjew vom 11./24. November 1908 gezeigt, in dem direkt behauptet wird, Italien habe sich verpflichtet, „erstens, im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und anderen nicht genannten Mächten neutral zu bleiben, wenn Frankreich angegriffen wird, und zweitens, ebenfalls neutral zu bleiben, wenn Frankreich sich in der Zwangslage befindet, zur Wahrung seiner Ehre und Würde einer dritten Macht den Krieg zu erklären". Ich glaube nicht, daß ein derartiges Dokument besteht. Es würde den Bestimmungen des Dreibundes direkt widersprechen und mit dem allgemeinen Charakter der italienischen Politik überhaupt nicht in Einklang zu bringen sein. Ich will jedoch durchaus nicht behaupten, daß Italien Frankreich mündlich nicht sehr beruhigende Erklärungen abgegeben hat, und es ist auch sehr möglich, daß die Leiter der italienischen Politik dem französischen Botschafter und seiner Regierung die Möglichkeit gegeben haben, mit der italienischen Neutralität im Falle eines unprovozierten Angriffes von seiten Deutschlands auf Frankreich zu rechnen, um so mehr als eine neue Schwächung Frankreichs für Italien sehr unvorteilhaft wäre.

Nicht nur jetzt, sondern auch während meiner Tätigkeit als Botschaftsrat habe ich bemerkt, daß, wenn es den Anschein hat, als ob Italien sich der einen oder andern Macht nähern will, es sich immer wieder zurückzieht, wenn man von einem bestimmten Abkommen spricht. So z. B. habe ich nach meiner Ankunft in Rom öfters Gelegenheit gehabt zu glauben, daß die italienische Regierung das Übereinkommen von Racconigi zu erweitern wünscht. Dies ist jedoch bis jetzt nicht der Fall gewesen und ich muß mich darauf beschränken, die platonische Liebenswürdigkeit der hiesigen leitenden Persönlichkeiten über mich ergehen zu lassen. Es ist mir sogar nicht geglückt, den Wortlaut des italienisch-österreichischen Abkommens über Albanien und des italienisch-französischen Vertrages vom Jahre 1902 kennenzulernen. Allerdings hat auch die uns verbündete fran-

zösische Regierung sich darauf beschränkt, unserem Botschafter den allgemeinen Inhalt dieses Abkommens mitzuteilen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 7./20. November 1912. — Nr. 376 [1]).

Ich habe den Inhalt Ihres Telegrammes Poincaré mitgeteilt, der hierauf über denselben Gegenstand mit den Botschaftern von Italien, Deutschland und Österreich Unterredungen hatte. Tittoni bestätigte ihm den in den Telegrammen 374 und 375 dargelegten Plan und ergänzte ihn dadurch, daß Diakowo, Ipek und Prisren den Serben bleiben müssen. Tittoni sagte ihm auch, daß infolge der erregten öffentlichen Meinung Rußlands Sie genötigt wären, ihren ursprünglichen Standpunkt zu ändern, und daß Sie die Forderungen Serbiens, einen territorialen Ausgang zum Adriatischen Meer zu erhalten, unterstützen müssen. Das macht ihm, Tittoni, Sorgen, denn Italien hat sich verpflichtet, das Prinzip der Integrität Albaniens zu verteidigen, und im Falle eines Krieges wegen dieser Frage muß Italien Österreich bewaffnete Unterstützung leisten. Poincaré bemerkte, das stehe schwerlich im Einklang mit dem, was ihm über das russisch-italienische Abkommen in Racconigi bekannt sei, und widerspreche durchaus dem französisch-italienischen Abkommen von 1902, kraft dessen Frankreich das Recht habe, für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die Neutralität Italiens zu rechnen.

Tittoni antwortete, daß das Abkommen mit Österreich über Albanien der Verständigung mit Frankreich und Rußland vorausgegangen und für die italienische Regierung unbedingt verpflichtend sei. Das bringt Italien in eine äußerst schwierige Lage und deshalb sucht es mit allen Kräften eine friedliche Lösung der Lage zu erreichen. Im Laufe des Gespräches sagte Poincaré zu Tittoni, daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führe, Rußland auf bewaffnete Hilfe von seiten Frankreichs vollkommen rechnen könne. Das machte, sagt Poincaré, auf Tittoni einen sichtbaren Eindruck.

[1]) Siehe dasselbe Telegramm S. 589.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Auszug aus einem streng vertraulichen Briefe des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 11./24. Oktober 1911.

Die Ereignisse des letzten Sommers müssen überall ernste Sorge hervorrufen. Ein anscheinend unbedeutendes Ereignis, wie das Erscheinen des „Panthers" in Agadir, hat den europäischen Frieden in Frage stellen können. Wenn es Frankreich und Deutschland gelungen ist, den Frieden zu erhalten, so ist in Italien die öffentliche Meinung stärker als die Regierung gewesen und wer kann dafür bürgen, daß in Zukunft das Erscheinen eines Kanonenbootes in irgendwelchen strittigen Gewässern nicht ein Ereignis nach sich zieht, dessen Eintreten hinauszuschieben alle Mächte, wenn auch nicht immer ganz aufrichtig, bemüht sind.

Das Bestreben Deutschlands, sich für den Fall eines Krieges ein möglichst günstiges Terrain zu schaffen, verdient entschieden Nachahmung. Ich habe in diesen Tagen mit Barrère über dieses Thema gesprochen. Er hat mir Mitteilung über die Pläne gemacht, die jetzt im französischen Generalstabe ausgearbeitet werden und deren technische Einzelheiten uns wahrscheinlich bereits bekannt sind. Er behauptet, daß Deutschland aus Mangel an Zutrauen zu der „wohlwollenden Neutralität Belgiens" sich eine Umgehung des rechten französischen Flügels von Schweizer Seite her zu sichern sucht. In dem Bestreben, die Schweiz zum Kampfe heranzuziehen, muß man eine Enttäuschung über die von Italien zu erwartende Hilfe erblicken. Die von Italien mit Frankreich abgeschlossenen Verträge bleiben nach wie vor ein Geheimnis. Doch ist man immerhin über deren Inhalt unterrichtet. Es hat der Aufmerksamkeit der Bundesgenossen Italiens nicht entgehen können, daß die nach Tripolis aus dem Norden Italiens geschickten Regimenter von der französischen und nicht von der schweizerischen oder österreichischen Grenze genommen worden sind. . . . Um die gegenüberstehende Seite zu schwächen, werden Frankreich und England ein Mittel finden müssen, um Italien zu einem aktiveren Übereinkommen zu bewegen. Sowohl Barrère als auch Rodd sehen diese Notwendigkeit ein und suchen nach einem Mittel, dies zu erreichen. Die veränderte geographische Lage Italiens, die Sorgfalt, mit der die Vorbereitungen zur Expedition nach Tripolis getroffen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

worden sind, die Deutschland nicht wohlgesinnte öffentliche Meinung, die Befürchtungen, die die Politik der Schweiz erregt — alles dieses läßt es England und Frankreich ganz besonders wünschenswert erscheinen, sich den Beistand Italiens für den Fall eines Krieges zu sichern.

Wenn nach Beendigung des tripolitanischen Krieges Frankreich und England die erwähnten Abmachungen getroffen haben werden, werden auch wir erwägen müssen, welche Vorteile wir aus einer Annäherung an Italien ziehen könnten. Der Sinn unserer Abmachungen mit Italien müßte folgender sein: man muß versuchen, von unserer Grenze einen Teil der österreichischen Kräfte abzulenken, die sonst gegen uns Verwendung finden würden.

Wie ich bereits in meinen Berichten erwähnt habe, ist das heutige Italien nicht mehr jener Faktor, dessen Verbleiben im Dreibund uns als ein totes Gewicht für seine Bundesgenossen wünschenswert erscheint.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 12./25. März 1912.

Ihre beständigen Bemühungen, den italienisch-türkischen Konflikt zu beendigen, sind hier vollauf gewürdigt worden und ich beobachte das Bestreben der italienischen Regierung, mit uns möglichst enge Beziehungen herzustellen, wie dies schon im Jahre 1908 und im vorigen Herbste der Fall war. Sie wissen, welche Eröffnungen meinem Vorgänger unmittelbar vor dessen Ableben gemacht worden sind. Damals war der Grund der italienischen Annäherungsversuche in dem Gefühl der Mißstimmung zu suchen, die die Annexion Bosniens in Rom hervorgerufen hatte. Im vorigen Herbste waren die Italiener mit Österreich unzufrieden, weil dieses seine militärischen Maßnahmen im Adriatischen und Jonischen Meer einzuschränken versuchte. In diesem Falle haben wir es nicht mit den Folgen irgendeiner Unzufriedenheit zu tun, sondern mit dem Wunsche, uns zu beweisen, daß das Gefühl der Dankbarkeit den Italienern zum Bewußtsein gebracht hat, daß unsere Bestrebungen und Ziele viel Gemeinsames haben.

Der Minister des Auswärtigen hat mir mitgeteilt, daß die

italienischen Vertreter in Peking und Teheran beauftragt worden sind, unsere Gesandtschaften, und zwar nicht nur bei offiziellen Schritten, in jeder Weise zu unterstützen. Er betonte hierbei, er habe diese beiden Städte gewählt, weil unsere Aufmerksamkeit augenblicklich durch chinesische und persische Fragen in Anspruch genommen sei. In einer ganzen Reihe von Unterredungen hat man mich zu überzeugen versucht, daß die italienische Regierung bereit sei, Ihren Wünschen entgegenzukommen, und daß man die allgemeine Richtung der auswärtigen Politik beider Staaten möglichst in Einklang zu bringen sucht, soweit diese nicht durch bestehende Verträge gebunden sind. In China und Persien, sagte man mir vertraulich, besitzt Italien völlige Handlungsfreiheit. Obwohl ich diesen Erklärungen keine übertriebene Bedeutung beilegen will, so halte ich es doch für nötig, dies zu Ihrer Kenntnis zu bringen. Wir wissen nicht, welche Bedingungen Italien bei der Erneuerung des Dreibundes im Jahre 1914 gestellt werden sollen. Infolge der Ihnen bekannten Rückversicherungen kann Deutschland im Falle eines Konfliktes zwischen den beiden feindlichen Lagern Europas nicht mehr ganz auf Italien zählen, und muß man nicht annehmen, daß es versuchen wird, sich in andern Ländern Kompensationen zu schaffen, in denen es bis jetzt nur untergeordnete Interessen besaß? Die jetzige Stimmung des italienischen Ministeriums gibt uns die Möglichkeit, aus den italienischen Sympathien Vorteil zu ziehen, wenn dies Ihren Plänen und Berechnungen entspricht.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 7./20. Juni 1912.

Ich habe heute dem Könige mein Beglaubigungsschreiben überreicht und es ist mir hierbei ein äußerst liebenswürdiger Empfang zuteil geworden. Der König ging auf politische Fragen über und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Italien so ausgezeichnete seien; nur bedauerte er, daß die Herzlichkeit der Beziehungen, welche zwischen Italien und Frankreich geherrscht haben, infolge des mangelnden Wohlwollens der öffentlichen Meinung Frankreichs stark gelitten habe. Der König gab immerhin zu, daß jetzt in dieser

Hinsicht eine gewisse Besserung eingetreten sei. Er betonte mehrere Male den großen Patriotismus, den alle Parteien Italiens seit Beginn des Krieges bekundeten, und dieser Umstand erlaube der Regierung, das begonnene Werk ohne Bedenken zu Ende zu führen.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 5./18. Juni 1912.

San Giuliano hat mich eben aufgesucht. Im Laufe einer einstündigen Unterredung sagte ich dem Minister, ich hätte gehört, daß er die Absicht habe, den Meinungsaustausch mit uns im Sinne der in Racconigi übernommenen Verpflichtungen weiter fortzusetzen. Der Minister erwiderte, daß er in Anbetracht der ausgezeichneten Beziehungen zwischen Rußland und Italien stets bereit sei, einen Meinungsaustausch zu beginnen, daß er selbst aber bis jetzt diesen Gedanken noch nicht gehabt habe. „Aber", sagte er, „ich freue mich stets, mit Ihnen zu sprechen." Ich habe hierauf meinerseits dieses Thema fallen lassen und nur hinzugefügt, daß, wenn er uns irgendeine Mitteilung machen wolle, er keinen besseren Vermittler als Torretta wählen könne, der sowohl in Rom als auch in Petersburg völliges Vertrauen genießt. Was den Dreibund anbelangt, dessen Erneuerung der Minister für sehr wahrscheinlich hält, sagte ich, daß wir das Verbleiben Italiens im Dreibunde für eine ernste Garantie des Friedens halten, aber nur unter der Bedingung, daß die von Italien hierbei übernommenen Verpflichtungen sich nicht gegen uns richten, wie dies wahrscheinlich früher der Fall war. Der Minister erwiderte, er hätte niemals gehört, daß Italien jemals mit irgend jemand ein gegen Rußland gerichtetes Bündnis eingegangen sei, und er gäbe mir jetzt sein Ehrenwort, daß auf alle Fälle jetzt weder in den Bestimmungen des Dreibundes noch in dem besonderen Abkommen zwischen Österreich und Italien sich irgendeine Bestimmung finde, die gegen uns gerichtet sei, und daß die genannten Verträge sich bloß auf die Erhaltung des status quo beziehen. Er könne mir diese Akten nicht zeigen, da die Kabinette sich gegenseitig verpflichtet hätten, sie geheimzuhalten — er persönlich bedauere

dieses, da die Veröffentlichung der Akten zur Beruhigung der Gemüter und zur Erhaltung des Friedens beitragen würde.

Bericht des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 19. Juni/2. Juli 1912. — Nr. 19.

Seit ich Ihnen zuletzt geschrieben habe, hatte ich öfters Gelegenheit, den Ministerpräsidenten Giolitti und auch den Außenminister San Giuliano zu sprechen. Beide Minister bestätigen mir den patriotischen Aufschwung, der alle Kreise der Bevölkerung ergriffen habe und welcher der Regierung nicht erlauben würde, mit der Türkei unter anderen Bedingungen Frieden zu schließen, als der Anerkennung der vollen und unbedingten Souveränität Italiens über Libyen. Beide Minister drückten wiederholt ihre Sympathien zu Rußland aus, welches allein Italien habe zu Hilfe kommen wollen. Ich benutzte diese Gelegenheit, um die beiden Minister daran zu erinnern, daß wir unsere Versprechungen selbstlos gehalten hätten, daß aber Italien bis jetzt noch keine Gelegenheit gehabt hätte, uns den entsprechenden Gegendienst zu erweisen. „Wir haben keine Geheimnisse für Sie; wir kennen aber nicht nur nicht den Dreibundvertrag, sondern auch nicht das französisch-italienische Abkommen des Jahres 1902 und das italienisch-österreichische Abkommen hinsichtlich Albaniens. Wir sind sogar nicht einmal sicher, daß Italien seinen Vertrag mit Frankreich erneuern wird." Alle beide antworteten mir, daß das Abkommen des Jahres 1902 nicht erneuert zu werden brauche; es sei zeitlich unbegrenzt und kann, wie in dem Vertrage bestimmt wird, nur dann erlöschen, wenn in den Akten des Dreibundes sehr bedeutende Veränderungen vorgenommen werden und zwar erst, nachdem die französische Regierung von der italienischen hiervon offiziell in Kenntnis gesetzt worden sein wird Folglich kann man nicht von einer Erneuerung des Abkommens des Jahres 1902 sprechen und Frankreich, dem dies sehr gut bekannt sei, brauche keine Befürchtungen zu hegen.

Was das Abkommen mit Österreich anbelangt, so sagte mir Golitti, er könne sich dessen Wortlautes nicht genau entsinnen und wisse nicht, ob Italien und Österreich sich verpflichtet hätten, dieses Abkommen geheimzuhalten. Wenn eine solche Bestim-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

mung nicht getroffen worden ist, so werde mir der Text mitgeteilt werden. Übrigens sei dies Abkommen nichts anderes als ein acte de désintéressement und verfolge keine geheimen Ziele. San Giuliano hat mir direkt gesagt: „Wir sind zur Geheimhaltung verpflichtet und würden unser Wort brechen, wenn wir den Text mitteilten. Ich bedauere außerordentlich dies nicht tun zu können, denn es ist ein Übereinkommen, welches die Erhaltung des status quo in Albanien garantiert und unsere gegenseitige Selbstlosigkeit feststellt. Sonst enthält der Vertrag nichts und abgesehen von Interpunktionszeichen ist dieses Übereinkommen der ganzen Welt bekannt." Wir brauchen Albanien nicht, sagte der Minister, und wenn man es uns anbieten würde, würden wir ein derartiges Geschenk zurückweisen. Wir wünschen bloß, uns mit Italienern zu vereinigen, die bisher noch nicht zum Bestande des Königreichs gehören, und dann wünschen wir koloniale Erwerbungen: eine Vergrößerung unseres Staates auf Kosten anderer Völker ist uns durchaus unerwünscht.

Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 29. Juni/11. Juli 1912.

Der mir von allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung erwiesene Empfang, angefangen vom Könige bis zum letzten Staatsbürger, von der Regierung bis zur Presse, hat nicht nur alle meine Erwartungen übertroffen, sondern flößt mir sogar eine gewisse Furcht ein. Obwohl mir gesagt wird, daß man sich über meine Rückkehr nach Italien freue, so weiß ich sehr wohl, daß diese Demonstrationen auf die freundschaftliche Politik Rußlands im türkisch-italienischen Konflikte zurückzuführen sind. Das leicht beeinflußbare Italien ist uns aufrichtig dankbar und erwartet von uns noch andere Dienste. So z. B. erwartet man, daß meine Ernennung nach Rom einen neuen Versuch Rußlands bedeutet, den Frieden mit der Türkei zu vermitteln. Von uns und von mir persönlich erwartet man das Unmögliche. Jedes politische Ereignis in Europa wird von der hiesigen öffentlichen Meinung mit dem Kriege in Verbindung gebracht So ist man hier überzeugt, daß während der bevorstehenden Zusammenkunft der Monarchen Rußlands und Deutschlands unser Kaiser versuchen wird, den deutschen Souverän von der

Notwendigkeit zu überzeugen, einen Druck auf die Türkei auszuüben. Den besetzten Ägäischen Inseln legt man hier jeden Tag immer größere Bedeutung bei und schon jetzt hält es die italienische Presse und vielleicht auch die Regierung für unmöglich, die Sporadischen Inseln der Türkei bedingungslos zurückzuerstatten, und man bringt die verschiedenen Fermane, angefangen vom Jahre 1552 bis zum 23. Juni 1908, in Erinnerung, welche diesen Inseln eine gewisse Autonomie verliehen haben. Selbst wenn Italien die Inseln den Türken zurückgeben könnte, müßten alle diese Rechte sichergestellt werden. Man hofft auch auf die Wirkung der Meutereien in der türkischen Armee, welche angeblich bedeutenden Umfang angenommen hätten. Aus allem diesem ziehe ich den Schluß, daß man hier den Frieden wünscht, selbst wenn man es nicht zugeben will.

Vertraulicher Bericht des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 17./30. Juli 1912.

Ich habe die kurze Anwesenheit San Giulianos in Rom dazu benutzt, um ihm mitzuteilen, daß „die russische Regierung mit dem römischen Kabinett in einen Meinungsaustausch über Balkanfragen zu treten wünscht und seine Aufmerksamkeit auf die kriegerische Stimmung in Montenegro lenkt". Ich habe dem Minister vertraulich mitgeteilt, wir hätten sichere Informationen, die montenegrinische Regierung sei der Ansicht, „es werde ihr unter den obwaltenden politischen Verhältnissen in nächster Zeit schwer sein, den Frieden mit der Türkei zu halten". Ich habe hinzugefügt, daß unserer Ansicht nach Italien die montenegrinische Regierung darauf hinweisen könnte, wie unerwünscht irgendwelche Verwicklungen auf dem Balkan seien. Endlich habe ich noch gesagt, daß „nach unseren Informationen auch Österreich-Ungarn in Cettinje zur Mäßigung geraten hat".

San Giuliano antwortete, er werde sofort in dem gewünschten Sinne nach Cettinje telegraphieren. Übrigens habe er stets den König Nikolaus vor unbesonnenen Schritten gewarnt. Er glaube nicht besonders an kriegerische Absichten des Königs. Nur einmal, während der Annexionskrise, habe er einen verzweifelten Schritt befürchtet, aber damals habe der König ein

direktes Übereinkommen mit Österreich-Ungarn auf finanzieller Grundlage getroffen . . .

Ich entgegnete dem Minister, daß nicht nur in Montenegro, sondern auch in Bulgarien und Serbien die kriegerische Stimmung zunehme, daß die Versuchung, die jetzigen Schwierigkeiten und die Schwäche des türkischen Reiches auszunutzen, groß sei, und daß nur ein gemeinsamer Druck der Mächte das Großfeuer auf der Balkanhalbinsel verhindern könne. Der Minister entgegnete, daß wir auf den beruhigenden Einfluß Italiens auf die Balkanstaaten zählen könnten.

Hinsichtlich unseres Wunsches, mit dem römischen Kabinette in enger Fühlung zu bleiben, sagte er mir: „Sie können Ihrem Minister versichern, daß ich seinen Wunsch teile und ihn erfüllen werde."

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 27. Oktober/9. November 1912. — Nr. 351.

Fortsetzung meiner Telegramme Nr. 349 und 350. Im Laufe der Unterredung berührte Poincaré die Frage, welche Stellung Italien im Falle eines österreichisch-serbischen Konfliktes einnehmen werde, und fragte mich, ob ich ihm den genauen Inhalt unserer Abmachungen mit Italien mitteilen könne. Ich erwiderte ihm, ich könne ihm nur in allgemeinen Umrissen sagen, daß in Racconigi festgestellt worden ist, daß sich sowohl Rußland als auch Italien der Ausbreitung einer dritten Macht auf dem Balkan widersetzen werden, daß aber hierbei nur diplomatische Schritte in Aussicht genommen wurden, und daß keine Verpflichtungen hinsichtlich eines aktiven Eingreifens eingegangen worden sind. Ich bemerkte meinerseits, daß auch wir den genauen Inhalt der zwischen Frankreich und Italien gültigen Abmachungen nicht kennen. Poincaré beeilte sich zu sagen, daß für die beiden Bundesgenossen der Augenblick gekommen sei, sich mit voller Offenheit über die gegenseitigen Beziehungen zu Italien zu unterrichten; Italien sei berufen, bei den jetzigen Ereignissen eine große Rolle zu spielen, und diese müsse im voraus klargestellt werden. Er fügte hinzu, daß, wenn Sie seine Ansicht teilen, man vielleicht bei Italien anfragen und seine Zustimmung erhalten könnte.

Auszug aus einem vertraulichen Briefe des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 22. Mai/4. Juni 1912.

. . . Contarini, mit dem ich im italienischen Auswärtigen Amte öfters über die Beziehungen Italiens zu Österreich gesprochen habe, bedauerte, mir nicht den Wortlaut des italienisch-österreichischen Abkommens über Albanien mitteilen zu können; jedoch gab er mir in allgemeinen Zügen Kenntnis von diesem keiner anderen Macht mitgeteilten und auch uns noch völlig unbekannten Dokumente. Der Inhalt ist folgender: 1. Gegenseitige Anerkennung der Interessen Österreichs und Italiens in Albanien. 2. Gegenseitige Verpflichtung, den bestehenden status quo in Albanien aufrechtzuerhalten. 3. Gegenseitige Verpflichtung, sich den Eroberungsplänen irgendeiner anderen Macht zu widersetzen. 4. Gegenseitige Verpflichtung, im Falle der Liquidierung des türkischen Reiches keine Einwendungen gegen die Bildung eines autonomen albanischen Staates zu erheben.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Rom vom 18./31. Oktober 1912. — Nr. 676.

Im Auftrage seiner Regierung hat mir der hiesige italienische Geschäftsträger Mitteilungen über den Meinungsaustausch zwischen San Giuliano und Berchtold in San Rossore gemacht.

Der italienische Minister hat sich von der friedlichen Stimmung des Wiener Kabinettes anläßlich der jetzigen Balkankrise überzeugen können.

Beide Minister haben beschlossen, den Dreibund ohne jegliche Änderung zu erneuern.

In der Albanischen Frage hat man gleicherweise beschlossen, auf dem Boden des früheren Abkommens zu bleiben, nämlich die gegenseitigen Interessen anzuerkennen und auf einseitige Schritte Italiens oder Österreichs in dieser Frage zu verzichten.

Ich habe dem italienischen Geschäftsträger meine Befriedigung über diese Mitteilung geäußert.

Was Albanien anbelangt, so halte ich es für nötig, Ihnen mitzuteilen, daß ich aus gut informierter Quelle gehört habe,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Berchtold habe die Absicht gehabt, San Giuliano vorzuschlagen, Österreich und Italien sollten sich über eine Abgrenzung ihrer Interessensphären in Albanien einigen und ein gemeinsames Reformprogramm ausarbeiten.

Aus einer anderen, sehr geheimen Quelle habe ich erfahren, daß der englische Botschafter in Wien aus einer Unterredung mit Berchtold den Eindruck gewonnen hat, daß der österreichische Minister den Gedanken einer Bildung eines kleineren oder größeren autonomen albanischen Staates unter türkischer Souveränität nicht von sich weist. Berchtold hat hierbei erklärt, daß sowohl Griechenland als auch Montenegro nach Beendigung des Krieges eine Gebietserweiterung auf Kosten Albaniens zugestanden werden könne.

Auf die Frage, ob Österreich der Annexion Skutaris durch Montenegro und einer Angliederung des Sandschaks an ein autonomes Albanien zustimmen werde, hat Berchtold eine ausweichende Antwort gegeben.

Indem ich obiges nur zu Ihrer eignen Information mitteile, möchte ich hinzufügen, daß es für uns sehr wünschenswert ist, ohne den sehr geheimen Charakter dieser Informationen preiszugeben, mehr über den wahren Charakter der Beziehungen zwischen Wien und Rom anläßlich der jetzigen Balkankrise und der albanischen Frage zu erfahren.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 7./20. November 1913.

. . . Pichon hat nicht geleugnet, daß der französische Botschafter in Rom Barrère von ihm nach Paris gerufen worden ist, um die zwischen Frankreich und Italien bestehende Lage und die weitere Politik Frankreichs diesem Lande gegenüber zu besprechen. Ich weiß, daß man sich im französischen Ministerium des Auswärtigen ernstlich gefragt hat, ob nicht der Augenblick gekommen sei, von Italien eine kategorische Antwort zu verlangen, ob die Bestimmungen des Dreibundes, in seiner neuesten Form, mit den besonderen Abmachungen zwischen Frankreich und Italien vereinbar sind. Ich habe Grund anzunehmen, daß Barrère, obwohl er die Abschwenkung Italiens zum Dreibunde nicht leugnet, doch in beruhigendem Sinne

auf die französische Regierung einwirkt; er glaubt, daß in kurzer Zeit das jetzige Kabinett zurücktreten und durch eine neue Regierung ersetzt werden wird, welche nicht so sehr unter dem Einfluß Berlins und Wiens stehen dürfte.

Auf meine Frage, wie er den Widerspruch erkläre, daß Italien einerseits Verhandlungen über ein neues Abkommen mit Frankreich führen wolle und seine Politik andererseits sich so geändert habe, erwiderte Pichon, daß dieser Widerspruch ihm durchaus unverständlich sei und nur durch die traditionelle Zwiespaltigkeit der italienischen Diplomatie erklärt werden könne. „Auf alle Fälle", sagte er, „werden wir aus unserer abwartenden Stellung nicht heraustreten."

Da ich keine direkten Informationen über die italienische Politik besitze, kann ich natürlich über die objektive Richtigkeit der Ansicht Pichons und seiner Kollegen nicht urteilen; ich weiß, daß unser Botschafter in Rom, der sich augenblicklich in Paris befindet, das römische Kabinett entschuldigt und seine Politik damit erklärt, daß Italien Österreich fürchtet und es für nötig hält, gemeinsam mit ihm zu handeln, um ein gefährliches einseitiges österreichisches Vorgehen auf dem Balkan zu verhindern. Wie dem auch sei, ich muß Ihre ernste Aufmerksamkeit auf das unbefriedigende Verhältnis zwischen Frankreich und Italien lenken. Dieser Umstand ist für uns von großer Bedeutung: er ist ein weiteres Element von Unbeständigkeit in der allgemeinen europäischen Lage und kann zu Verwicklungen führen; außerdem könnte sich die französische Regierung veranlaßt sehen, eine Annäherung an Österreich, als die geheime Rivalin Italiens, zu suchen. Sie kennen die Versuche Österreichs, das Wohlwollen der französischen Regierung und hauptsächlich der französischen finanziellen Kreise zu gewinnen. Diese Versuche werden immer wieder fortgesetzt und es steht zu befürchten, daß sie jetzt einen günstigeren Boden finden könnten.

P. S. Bei meiner letzten Begegnung mit Pichon habe ich ihn in bezug auf Italien viel optimistischer gefunden. „Barrère ist der Ansicht," sagte er, „daß wir die jetzige Strömung mit Geduld und Kaltblütigkeit überwinden werden; ich teile seine Hoffnung."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 21. November/4. Dezember 1913.

Ich habe die hiesige Anwesenheit unseres Botschafters beim Quirinal dazu benutzt, um ihm den Inhalt meines Briefes vom 7./20. November mitzuteilen. Wie Ihnen bekannt, bestreitet A. N. Krupensky die Richtigkeit des französischen Urteils über die auswärtige Politik Italiens und gibt im besonderen nicht zu, daß bei der letzten Erneuerung des Dreibundes irgendwelche Veränderungen oder Zusätze, die sich auf das Gleichgewicht im Mittelmeere beziehen, gemacht worden sind. Seine Entgegnungen hat A. N. Krupensky in einem beigefügten Berichte niedergelegt; in demselben wird auf die von Giolitti und San Giuliano abgegebenen kategorischen Erklärungen hingewiesen, daß der genannte Vertrag ohne jede Veränderungen — die Interpunktionszeichen inbegriffen — erneuert worden ist und daß alle gegenteiligen Gerüchte der Grundlage entbehren.

Bei einer meiner letzten Unterredungen mit Pichon habe ich ihm von der Meinung unseres Botschafters Mitteilung gemacht. Pichon antwortete mir, ebensolche kategorische Erklärungen seien von den italienischen Ministern auch dem französischen Botschafter gegeben worden. Nichtsdestoweniger, fügte Pichon hinzu, haben wir sichere Informationen, die wir nicht aus italienischen, sondern aus deutschen Quellen geschöpft haben, denen zufolge bei Erneuerung des Dreibundes ein besonderes Protokoll oder eine besondere Marinekonvention, das Mittelmeer betreffend, unterzeichnet worden ist. Aus den Worten Pichons habe ich nicht ganz deutlich verstehen können, von welcher Informationsquelle er spricht, und ich muß annehmen, daß es sich hier wieder um jene „geheime" Art der Information handelt, über die die französische Regierung verfügen will und die ich bereits in meinen Briefen erwähnt habe. Wie dem auch sei, für mich besteht kein Zweifel, daß Pichon von dem Bestehen eines besonderen Mittelmeerabkommens zwischen Italien, Deutschland und Österreich fest überzeugt ist; dieser Umstand ist an und für sich wichtig, denn er wird entscheidenden Einfluß auf die Stellungnahme Frankreichs zur italienischen Politik ausüben.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Im Laufe der Unterredung gab Pichon zu, daß in letzter Zeit der Ton der italienischen Presse sich gebessert habe und daß die italienische Regierung augenscheinlich bestrebt ist, ihre Beziehungen zu Frankreich freundschaftlicher zu gestalten.

Brief des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 8./21. April 1914.

Der französische Botschafter in Rom leidet, wie Ihnen bekannt, seit mehr als einem Jahre an den Folgen eines Automobilunfalles, welcher eine Gehirnerschütterung hervorgerufen und eine bedeutende Verminderung seiner Arbeitsfähigkeit nach sich gezogen hat. Er gibt sich daher viel weniger mit Geschäften ab und trifft den italienischen Außenminister viel seltener; er hat mich daher schon öfters gebeten, ihm alles mitzuteilen, was San Giuliano mir über die italienisch-französischen Beziehungen sagen würde.

Ich habe Ihnen seinerzeit ausführlich über meine Unterredungen mit dem italienischen Minister berichtet und, dem Ersuchen San Giulianos selbst Folge leistend, habe ich diese Unterredungen auch Barrère mitgeteilt.

Am Tage seiner Abreise nach Paris versuchte Barrère mich zu sprechen, traf mich jedoch nicht zu Hause an und wir verabredeten telephonisch, uns auf dem Bahnhofe zu treffen. Hier hat mich der französische Botschafter gebeten, ihm noch einmal alles zu sagen, was mir San Giuliano mitgeteilt habe, da ihn sein Gedächtnis im Stiche lasse. Da wir nur wenige Minuten bis zum Abgange des Zuges hatten und es schwer war, eine so wichtige Frage kurz darzulegen, so zog ich es vor, Barrère ein kurzes vertrauliches Memorandum nach Viareggio zu schicken, wo er ein paar Tage bleiben wollte. Eine Abschrift dieser kleinen Denkschrift erlaube ich mir Ihnen zuzustellen.

Beilage zu obigem Briefe vom 8./21. April 1914.

San Giuliano hat dem russischen Botschafter erklärt, daß die französische Regierung vorschlägt, die Meistbegünstigungsklausel nicht nur auf ökonomische, sondern auch auf alle politischen Fragen anzuwenden. Das römische Kabinett erhebt keine

Einwendungen, jedoch unter der Bedingung absoluter Gegenseitigkeit. Dies scheint jedoch nicht die Absicht der französischen Regierung zu sein: denn das Pariser Kabinett beruft sich jedesmal auf diese Formel, wenn deren Anwendung für Frankreich günstig ist, und lehnt sie ab, wenn sie Italien nützen könnte.

Von dem Wunsche beseelt, die vertraulichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien wiederherzustellen, tut San Giuliano alles in seinen Kräften Stehende, um dieses Ziel zu erreichen. Aus politischer Überzeugung und aus Freundschaft für Barrère, dessen Stellung er kräftigen wolle, ist der italienische Außenminister bereit, den gerechten Wünschen Frankreichs entgegenzukommen und ihm sogar gewisse Zugeständnisse zu machen, welche eine Annäherung zwischen den beiden Regierungen und den beiden Ländern erleichtern würden. Aber er wirft Frankreich vor, zu vergessen, daß das heutige Italien nicht mehr dasselbe wie vor 50 Jahren ist. Vor einem halben Jahrhundert, als Frankreich eine sehr große Macht und Italien fast eine quantité négligeable war, hatte man sich in Paris daran gewöhnt, Italien nicht als gleichberechtigt anzusehen. Heute nimmt das Königreich eine andere Stelle in der Welt ein und spielt eine andere Rolle im Mittelmeere. Diese Tatsache allein genügt, um den Abstand zwischen den beiden Ländern zu verkürzen und um Italien zu erlauben, mit Frankreich als gleichberechtigt zu sprechen. San Giuliano behauptet, daß die französische öffentliche Meinung sich diese Veränderung noch nicht zu eigen gemacht habe, und solange sie nicht anerkannt sein wird, werden die aufrichtigen Bestrebungen der italienischen Regierung, die herzlichen Beziehungen zu Frankreich wiederherzustellen, resultatlos bleiben müssen.

Aber der Minister ist überzeugt, daß an dem Tage, an dem Frankreich anerkennt, daß die Großmacht Italien aufgehört hat, eine Frankreich untergeordnete Stellung einzunehmen, die Hindernisse zu einer Annäherung der beiden Nationen beseitigt sein werden. Was die beiden schwebenden Fragen anbelangt, die Gerichtsbarkeit in Tunis und die Kapitulationen in Marokko, so sei die erstere beinahe gelöst, und die zweite, obwohl recht schwierig, habe jetzt ebenfalls eine gute Wendung genommen.

Diese Gelegenheit benützend, hat der russische Botschafter,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

obwohl er natürlich nicht kompetent ist, auf die von San Giuliano angeführten Erwägungen näher einzugehen, die Aufmerksamkeit des italienischen Ministers darauf gelenkt, daß, wenn man in Frankreich nicht mehr dasselbe Vertrauen zu Italien hegt, dieses seine Ursache darin hat, daß das Pariser Kabinett den Verdacht hegt, der Dreibundvertrag sei verändert worden oder enthalte neue, gegen Frankreich und seine Stellung im Mittelmeere gerichtete Bestimmungen. Der Minister hat erwidert, daß er im Parlament und Barrère selbst erklärt habe — auch Tittoni sei beauftragt worden, dieselbe Erklärung in Paris abzugeben —, der Dreibund sei erneuert worden, ohne daß auch nur ein Komma verändert worden sei. Keine Zusatzbestimmung sei zwischen Italien und seinen Bundesgenossen verabredet worden und die Vereinbarungen zwischen Frankreich und Italien hätten noch immer dieselbe Gültigkeit. Der Minister hat hinzugefügt, daß der französische Verdacht sich auf gewisse Beweise berufe, die man in Händen zu haben glaube. Diese sogenannten Beweise können aber nichts anderes als ganz gewöhnliche Fälschungen sein. Wenn diese Erklärungen nicht genügten und wenn die französische Regierung es wünsche, so sei der Minister bereit, sie im Parlamente zu wiederholen und eine Interpellation zu diesem Zwecke zu veranlassen.

Der russische Botschafter hat sich darauf beschränkt zu erwidern, daß man dies alles in Paris augenscheinlich schon wisse, daß man aber die Erklärungen des italienischen Außenministers nicht für kategorisch genug halte.

Vertrauliches Schreiben des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 11./24. Februar 1914.

Bei einem gesellschaftlichen Zusammentreffen mit dem Generalsekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten di Martino hatte ich Gelegenheit, eine sehr interessante Unterhaltung mit ihm zu führen. Unser Gespräch behandelte die Politik Italiens Österreich und Rußland gegenüber. Ich verhehlte ihm nicht, daß meine persönliche Ansicht seit meiner Ankunft in Italien leider eine andere Wendung genommen hat, als ich es gewünscht hätte. Hier angekommen, hatte ich gehofft, daß in der Frage der Annäherung zwischen Rußland und Italien

der erste Schritt schon getan sei, und daß ich nur brauche, den im Jahre 1908 eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Die in Racconigi erreichte Verständigung bezüglich der Haltung Rußlands im Falle eines Krieges Italiens mit der Türkei war wohlwollend aufgenommen worden und ich wurde in meiner Hoffnung durch verschiedene Äußerungen der öffentlichen Meinung bestärkt. Meine Erwartungen haben sich aber nicht erfüllt und fast in allen Fragen politischer Natur hat sich Italien nicht auf Rußlands Seite gestellt, sondern beständig Österreich unterstützt. Dies konnte natürlich in Petersburg nicht unbemerkt bleiben, wo man mit Recht eine ausgesprochen freundliche Haltung uns gegenüber erwartet hatte und zwar besonders in den Fällen, in denen die italienischen Interessen nicht direkt berührt wurden.

Martino erwiderte, daß in der Tat, zum großen Leidwesen auch des römischen Kabinetts, in den Beziehungen zwischen Rußland und Italien eine Änderung wahrgenommen worden sei. Dies könnte jedoch nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Er wies auf die Beziehungen Italiens zu England hin und zweifelt nicht — diese Überzeugung teilt auch San Giuliano —, daß, wenn einmal die Frage der albanischen Grenzen und der albanischen Anleihe geregelt sein wird, eine noch größere Annäherung Italiens an Rußland stattfinden wird — und zwar besonders im Falle eines Krieges. Wir konnten, fuhr Martino fort, Valona und die Meerenge von Korfu nicht Griechenland überlassen. Wenn auch gegen unsern Wunsch und ungern, so mußten wir doch gemeinsam mit Österreich vorgehen, sowohl wegen unseres Bündnisses, als auch vor allem deshalb, weil Italien Österreich unmöglich völlige Handlungsfreiheit überlassen konnte. Wir verfolgten das Ziel, durch eine mäßigende Einwirkung auf Österreich-Ungarn einen Bruch mit diesem und dadurch einen Krieg zu vermeiden, welcher für uns die größte Gefahr bedeutet hätte, ganz unabhängig davon, ob wir in einen solchen eingetreten wären oder nicht. Unser Krieg mit der Türkei und die sich aus demselben ergebenden Fragen haben unsere Aufmerksamkeit völlig in Anspruch genommen und zwar um so mehr, als wir wußten, daß Österreich sich zu einem Kriege entschlossen hätte, wenn seine Wünsche hinsichtlich der Grenzen Montenegros, Albaniens und Serbiens nicht erfüllt worden

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wären. Unsere ganze Politik verfolgte das Ziel, auf Österreich mäßigend einzuwirken und dadurch einen Krieg zu vermeiden.

Aber Sie wissen, daß wir in vielen Fragen nicht mit Österreich übereinstimmen. Wir wünschten eine Internationalisierung Albaniens. Dies ist eigentlich auch heute noch der Fall und ich wiederhole, daß, nachdem die albanische Frage endgültig geregelt ist, auch unser Verhältnis zu Rußland einen andern Charakter annehmen wird. Auf meine Bemerkung, ich müsse mir Vorwürfe machen, Italien auf den Weg gewiesen zu haben, den es in Racconigi beschritten habe, erwiderte er, es läge für mich kein Grund vor, mich zu entschuldigen; nicht ich, sondern die Verhältnisse seien hieran schuld; im Grunde genommen habe Italien seine Politik nicht geändert und wünsche nach wie vor aufrichtig eine Annäherung an uns; wie San Giuliano, könne auch er nur wiederholen, daß nach der Lösung der albanischen Frage sich von selbst ein innigeres Zusammengehen zwischen Rußland und Italien in allen politischen Fragen ergeben wird.

Di Martino, ein äußerst vorsichtiger Mensch, spricht im allgemeinen sehr wenig und ich habe gewöhnlich mehr durch San Giuliano als durch ihn etwas über italienische Politik erfahren können. Um so mehr war ich über seine Gesprächigkeit bei dieser Gelegenheit erstaunt und ich glaube deshalb Eurer Exzellenz den Inhalt unserer Unterredung mitteilen zu müssen.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 19. Juni/2. Juli 1914.

Der hiesige italienische Botschafter Tittoni, den ich im Laufe des letzten Jahres nur selten gesehen habe, hat mich aufgesucht und folgende Mitteilung gemacht:

Als Teilnehmer des russisch-italienischen Abkommens von 1909 in Racconigi sei er, Tittoni, allerdings von der Notwendigkeit überzeugt, daß Italien im Verbande des Dreibundes bleiben müsse; aber gleichzeitig sei er auch überzeugt, daß dies kein Hindernis für enge Beziehungen zwischen Italien und Rußland sein müsse, da ihre Balkaninteressen völlig übereinstimmten; deshalb habe er anläßlich der letzten Verwicklungen auf dem Balkan nicht immer der Politik San Giulianos beistimmen können, da der Minister seiner Politik eine allzu große öster-

reichisch-deutsche Orientierung gegeben habe. Tittoni sei überzeugt, daß Italien richtig gehandelt habe, der Bildung eines unabhängigen Albaniens zuzustimmen, da nur auf diese Weise Österreich-Ungarn von einem aktiven Vorgehen gegen Belgrad und Saloniki hat zurückgehalten werden können; in der jetzigen Phase wäre es jedoch nicht gerechtfertigt, die italienischen Interessen in Albanien mit denen Österreich-Ungarns zu identifizieren: Tittoni glaubt, daß in albanischen Fragen die italienische Regierung einerseits eine Internationalisierung anstreben und andererseits möglichst viele Berührungspunkte mit Rußland suchen müsse. Während seines letzten Aufenthaltes in Rom hat Tittoni die Möglichkeit gehabt, diese Ansicht dem neuen Ministerpräsidenten, seinem Freunde und politischen Gesinnungsgenossen Salandra, mitzuteilen, und er hat feststellen können, daß der italienische Ministerpräsident seine Ansicht vollkommen teilt. Tittoni überlegt sich, welche Berührungspunkte zwischen Italien und Rußland in der albanischen Frage gefunden werden könnten, und ist zu der Erkenntnis gekommen, daß die adriatische Eisenbahn ein solcher Berührungspunkt sei. Diese Frage, von der Londoner Konferenz im Prinzip beschlossen, ist unter dem Einfluß der albanischen Wirren in Vergessenheit geraten. Tittoni glaubt, Rußland und Italien könnten eine neue Initiative ergreifen und auf diese Weise ihre Solidarität in albanischen Fragen betonen. Dies ist Tittonis persönlicher Gedanke, den er in Rom noch nicht zur Sprache gebracht hat; sollte er aber in Petersburg gebilligt werden, so habe er keinen Zweifel, daß Salandra ihm gerne entgegenkommen wird.

In meiner Antwort bin ich absichtlich möglichst vorsichtig gewesen und habe Tittoni keinerlei Urteil über die italienische Politik und die Annehmbarkeit seines Vorschlages geäußert. Ich habe mich darauf beschränkt, ihm zu versprechen, Sie von obigem zu verständigen.

Zwölftes Kapitel.

Tripolis.

Sehr vertraulicher Brief des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in Rom vom 13./26. August 1911. — Nr. 550.

Der italienische Botschafter hat mir vertraulich mitgeteilt, seine Regierung beabsichtige den beständigen Unannehmlichkeiten, die von der Türkei in Tripolis hervorgerufen werden, ein Ende zu setzen. Aus dieser Erwägung und hauptsächlich unter dem Drucke der öffentlichen Meinung beabsichtige San Giuliano die allerentschiedensten Maßregeln zu ergreifen, um die normale Ordnung in Tripolis wiederherzustellen und die Türkei zu zwingen, die italienischen Interessen in Berücksichtigung zu ziehen.

Auf meine Frage, wie die italienische Regierung ein solches Resultat erzielen wolle und ob sie nicht den Widerstand der Pforte befürchte, sagte mir Melegari, alles sei vorhergesehen und Italien für alle Ereignisse gerüstet.

Im Laufe der Unterredung habe ich erfahren, daß sowohl Frankreich und England als auch Deutschland und Österreich-Ungarn nicht nur über die Absichten Italiens unterrichtet sind, sondern keine Einwendungen gegen dieselben erheben.

Indem ich obiges zu Ihrer Kenntnis bringe, bitte ich Sie, der italienischen Regierung für diese Mitteilung zu danken und dem Gedanken Ausdruck zu verleihen, daß der Umstand, daß Melegari uns gegenüber keine neuen Abmachungen zwischen Italien und Österreich-Ungarn hinsichtlich der Balkanfrage erwähnt hat, uns annehmen läßt, die tripolitanische Frage habe keinerlei Veränderung in der gegenwärtigen Lage nach sich gezogen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Auszug aus einem vertraulichen Brief des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 30. August/12. September 1911.

. . . . . Torretta teilte mir vertraulich mit, daß Aehrenthal die Mitteilung des Herzogs von Avarna entgegengenommen habe und keinerlei Verhandlungen über diese Frage erfolgt seien. Des weiteren erfuhr ich, daß Italien die tripolitanische Frage überhaupt ganz getrennt behandelt und absichtlich mit der allgemeinen politischen Lage nicht in Verbindung bringt; deshalb ist die Handlungsfreiheit Italiens weder durch irgendwelche Bedingungen, noch durch irgendwelche Verpflichtungen eingeschränkt. Dies ist Italiens Stellung allen Mächten gegenüber, ganz besonders aber gegenüber Österreich-Ungarn. Noch vertraulicher fügte Torretta hinzu, daß das römische Kabinett sich zur endgültigen Regelung der tripolitanischen Frage im jetzigen Augenblicke deshalb entschlossen habe, weil es, ehe eine Änderung der jetzigen Lage auf dem Balkan eintritt, die afrikanische Frage lösen will, um später die Möglichkeit zu haben, die italienischen Interessen jenseits des Adriatischen Meeres zu wahren.

Kann ich aus Ihren Worten schließen, fragte ich, daß Sie uns offen von Ihren weiteren Absichten Kenntnis geben werden, wenn der Zeitpunkt hierfür eintritt? Er erwiderte, daß das von mir soeben Gehörte eine kurze Zusammenfassung seiner Unterredungen mit dem Minister sei: bei Erörterung der tripolitanischen und der Balkanfragen werde Italien nie seine Abmachungen und Übereinkommen mit Rußland aus dem Auge verlieren.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 31. August/13. September 1911. — Nr. 843.

San Giuliano hat mir gestern die in meinem Briefe vom 30. d. M. wiedergegebenen Äußerungen Torrettas bestätigt und kategorisch erklärt, daß die tripolitanische Frage unabhängig von allen andern geregelt wird. Auf weitere Einzelheiten ist der Minister nicht eingegangen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 13./26. September 1911.

Ich habe öfters mit Tittoni über Tripolis gesprochen, da seine Ansicht ein um so größeres Interesse bietet, als er mit der italienischen Politik genau bekannt ist und auf Viktor Emanuel einen unbestreitbaren Einfluß ausübt. Er sagte mir, er persönlich halte die Aufrollung dieser Frage nicht für zeitgemäß, doch glaube er, daß die Regierung unter dem Drucke der öffentlichen Meinung genötigt sei, aktive Maßnahmen zu ergreifen. Auf meine Frage, welches die Haltung der beiden Bundesgenossen Italiens sein würde, antwortete mir Tittoni, daß, wie er mir schon vertraulich vor drei Jahren in Racconigi mitgeteilt habe, die Akten des Dreibundes eine besondere Bestimmung, oder besser gesagt, einen besonderen Zusatz enthielten, dem zufolge Deutschland und Österreich verpflichtet sind, Italien Handlungsfreiheit in Tripolis zu lassen. Diese Bestimmung ist von Italien bei der letzten Erneuerung des Dreibundes verlangt worden. Deshalb wird Italien von dieser Seite kein Widerstand geleistet werden. Was speziell Österreich anbelange, so glaube Tittoni nicht, daß es irgendeine Kompensation, z. B. in der albanischen Frage verlangen könne, da über Albanien ein besonderes Abkommen zwischen Italien und Österreich besteht, welches die tripolitanische Frage nicht berühre. Meinerseits habe ich Tittoni meine Befürchtungen nicht verhehlt, daß militärische Maßnahmen Italiens in Tripolis auf die allgemeine Lage im nahen Osten zurückwirken werden. Im besonderen müsse man befürchten, daß sich das jetzige Regime in Konstantinopel nicht werde halten können und daß der eine oder andere Balkanstaat eingreifen werde — was zu einem neuen Schritt vorwärts von seiten Österreich-Ungarns führen könne. Tittoni erwiderte, das jungtürkische Regime habe sich als so unzulänglich erwiesen, daß man sein Verschwinden kaum bedauern könne — übrigens würde dies wahrscheinlich auch ohne Tripolis eintreten. Was die Balkanstaaten anbelangt, so ist Serbien an der Unterstützung der Türkei interessiert; Montenegro würde man immer zurückhalten können; es bleibe also nur Bulgarien. Es sei ihm jedoch bekannt, daß Rumänien sich verpflichtet habe, einen bulgarischen

Angriff auf die Türkei nicht zuzulassen. Übrigens, fügte er hinzu, ist die italienische Flotte stark genug, um die Entsendung türkischer Truppen nach Tripolis zu verhindern. Deshalb wird die Türkei ihre militärische Stellung auf dem Balkan nicht schwächen und in dieser Hinsicht wird keine Veränderung der allgemeinen Lage eintreten. Was endlich Österreich anbelangt, so wird es kaum selbständig vorgehen und ein Vordringen von dieser Seite könne nur im Zusammenhang mit den allgemeinen Ereignissen auf dem Balkan stattfinden. Deshalb hält es Tittoni für wünschenswert, daß unter den obwaltenden Verhältnissen ein beständiger Meinungsaustausch zwischen Rom, Petersburg und Wien stattfindet, da man nur auf diese Weise ein unvorhergesehenes Vorgehen Österreichs vermeiden könne.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 14./27. September 1911.

Der vorhergehende Brief war schon geschrieben, als ich von Tittoni erfuhr, daß der italienische Geschäftsträger in Konstantinopel beauftragt worden wäre, der Türkei zu erklären, daß Italien zur Besetzung Tripolis schreiten müsse, und daß von der Konstantinopeler Regierung eine Antwort binnen 24 Stunden erwartet werde. Hierbei hat Tittoni zugegeben, im Widerspruch zu seinen früheren Erklärungen, daß der König und Giolitti, ehe sie den diesbezüglichen Entschluß gefaßt haben, ihn um seine Ansicht befragt hätten und daß er, Tittoni, nach reiflicher Prüfung seine Zustimmung zu diesem Schritte gegeben habe.

Seinen Worten zufolge ist der Schritt Italiens die direkte und unausbleibliche Folge der Politik Kiderlens. Wenn Deutschland, unter Verzicht auf die Algeciras-Akte, die Erklärung des französischen Protektorates über Marokko beschleunigt und hierbei für sich selbst Kompensationen verlangt hat, so blieb Italien nichts anderes übrig, als die von ihm ausbedungenen Rechte auf Tripolis jetzt zu verwirklichen, da es befürchten mußte, daß in Zukunft und bei einem etwaigen Regierungswechsel in Frankreich die Rechte Italiens in Vergessenheit geraten oder als erloschen erklärt werden könnten. Ich habe meine Unterredung mit Tittoni dazu benutzt, ihn daran zu erinnern, unter welchen

Bedingungen wir unsererseits versprochen haben, die Handlungsfreiheit Italiens in Tripolis anzuerkennen. Ich fragte ihn von mir aus persönlich, ob er nicht glaube, daß Italien, welches augenblicklich zur Ausführung seines Programmes in Tripolis schreitet, uns jetzt Garantien geben solle, daß es in Zukunft nicht vergessen wird, die von ihm übernommenen parallelen Verpflichtungen hinsichtlich unserer Rechte auf die türkischen Meerengen einzulösen. Tittoni hat bejahend geantwortet und geäußert, es werde leicht sein, die diesbezüglichen Verpflichtungen in einer passenden Formel niederzulegen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 18. September/1. Oktober 1911. — Nr. 1357.

Ich telegraphiere nach Rom: Der hiesige türkische Botschafter hat mir die Bitte seiner Regierung übermittelt, wir sollten Italien zur Annahme der türkischen Vorschläge, die in Beantwortung des italienischen Ultimatums erfolgt sind, zu bewegen suchen. Ich entgegnete, daß als Grundlage etwaiger Verhandlungen zwischen den beiden Kriegführenden nur die durch die Kriegserklärung geschaffene Lage dienen könne, d. h. die Okkupation von Tripolis durch Italien.

Wenn in Konstantinopel eine Formel gefunden wird, die diesem Umstande Rechnung trägt, so sind wir bereit, einen Meinungsaustausch zu vermitteln, ebenso auch jede Maßregel zu erörtern, die dazu beitragen könnte, den Konflikt auf Tripolis zu beschränken. Ein solches Programm entspricht auch den Interessen der Türkei und die Bemühungen der Mächte werden augenscheinlich auf dieses Ziel gerichtet sein. Wir sind überzeugt, daß dies auch den Interessen Italiens entspricht.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 17./30. September 1911.

Wenn bis zum Augenblicke der Besetzung von Tripolis durch die Italiener die kleinste Anspielung auf eine Vermittlung hier die entschiedenste Ablehnung hervorrufen muß und uns nur die Unzufriedenheit Italiens zuziehen kann, so scheint

es mir, daß ein Angebot unserer guten Dienste nach der Festsetzung Italiens in Nordafrika durchaus möglich ist. Es ist wünschenswert, daß unsere diesbezüglichen freundschaftlichen Schritte Deutschland zuvorkommen, um dieses zu verhindern, eine gute Gelegenheit zu benutzen, um seinen Einfluß in Konstantinopel noch zu kräftigen. Ich bitte um Instruktionen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 25. September/8. Oktober 1911.

Der französische Außenminister ist mit Ihnen ganz einverstanden, daß eine Vermittlung erst n öglich sein wird, wenn man in Konstantinopel die Notwendigkeit, sich auf den Standpunkt des italienischen Ultimatums zu stellen, erkannt haben wird, d. h. wenn die Türkei dem Prinzip der Okkupation von Tripolis zustimmt. Andererseits glaubt er, daß es nicht im Interesse Rußlands, Frankreichs und Englands sei, Deutschland die Vermittlerrolle zu überlassen, und daß die drei Ententemächte die erste Gelegenheit benutzen müssen, um gemeinsam in der genannten Rolle aufzutreten. Aus den Berichten Bompards ist jedoch zu ersehen, daß unser Botschafter einseitig Friedensverhandlungen vorgeschlagen hat, wobei die Möglichkeit der Erhaltung türkischer Garnisonen in Tripolis ins Auge gefaßt wird. In Paris ist man überzeugt, daß Italien einen derartigen Vorschlag unbedingt ablehnen wird. Der französische Außenminister schlägt vor, daß der russische, französische und englische Botschafter in Konstantinopel beauftragt werden, sich stets gemeinsam zu beraten und ohne vorheriges Einvernehmen keine Schritte zu unternehmen. Ich bitte um Instruktionen, um de Selves eine Antwort geben zu können.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Rom vom 9./22. Oktober 1911. — Nr. 1557.

Der deutsche Geschäftsträger hat mir den Inhalt eines Telegrammes des deutschen Botschafters in Konstantinopel an Kiderlen mitgeteilt, in dem Baron Marschall, anscheinend in vollem Einvernehmen mit Pallavicini, sich über die innere Lage der Türkei sehr pessimistisch äußert und einen unabwendbaren

Bedingungen wir unsererseits versprochen haben, die Handlungsfreiheit Italiens in Tripolis anzuerkennen. Ich fragte ihn von mir aus persönlich, ob er nicht glaube, daß Italien, welches augenblicklich zur Ausführung seines Programmes in Tripolis schreitet, uns jetzt Garantien geben solle, daß es in Zukunft nicht vergessen wird, die von ihm übernommenen parallelen Verpflichtungen hinsichtlich unserer Rechte auf die türkischen Meerengen einzulösen. Tittoni hat bejahend geantwortet und geäußert, es werde leicht sein, die diesbezüglichen Verpflichtungen in einer passenden Formel niederzulegen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 18. September/1. Oktober 1911. — Nr. 1357.

Ich telegraphiere nach Rom: Der hiesige türkische Botschafter hat mir die Bitte seiner Regierung übermittelt, wir sollten Italien zur Annahme der türkischen Vorschläge, die in Beantwortung des italienischen Ultimatums erfolgt sind, zu bewegen suchen. Ich entgegnete, daß als Grundlage etwaiger Verhandlungen zwischen den beiden Kriegführenden nur die durch die Kriegserklärung geschaffene Lage dienen könne, d. h. die Okkupation von Tripolis durch Italien.

Wenn in Konstantinopel eine Formel gefunden wird, die diesem Umstande Rechnung trägt, so sind wir bereit, einen Meinungsaustausch zu vermitteln, ebenso auch jede Maßregel zu erörtern, die dazu beitragen könnte, den Konflikt auf Tripolis zu beschränken. Ein solches Programm entspricht auch den Interessen der Türkei und die Bemühungen der Mächte werden augenscheinlich auf dieses Ziel gerichtet sein. Wir sind überzeugt, daß dies auch den Interessen Italiens entspricht.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 17./30. September 1911.

Wenn bis zum Augenblicke der Besetzung von Tripolis durch die Italiener die kleinste Anspielung auf eine Vermittlung hier die entschiedenste Ablehnung hervorrufen muß und uns nur die Unzufriedenheit Italiens zuziehen kann, so scheint

es mir, daß ein Angebot unserer guten Dienste nach der Festsetzung Italiens in Nordafrika durchaus möglich ist. Es ist wünschenswert, daß unsere diesbezüglichen freundschaftlichen Schritte Deutschland zuvorkommen, um dieses zu verhindern, eine gute Gelegenheit zu benutzen, um seinen Einfluß in Konstantinopel noch zu kräftigen. Ich bitte um Instruktionen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 25. September/8. Oktober 1911.

Der französische Außenminister ist mit Ihnen ganz einverstanden, daß eine Vermittlung erst n öglich sein wird, wenn man in Konstantinopel die Notwendigkeit, sich auf den Standpunkt des italienischen Ultimatums zu stellen, erkannt haben wird, d. h. wenn die Türkei dem Prinzip der Okkupation von Tripolis zustimmt. Andererseits glaubt er, daß es nicht im Interesse Rußlands, Frankreichs und Englands sei, Deutschland die Vermittlerrolle zu überlassen, und daß die drei Ententemächte die erste Gelegenheit benutzen müssen, um gemeinsam in der genannten Rolle aufzutreten. Aus den Berichten Bompards ist jedoch zu ersehen, daß unser Botschafter einseitig Friedensverhandlungen vorgeschlagen hat, wobei die Möglichkeit der Erhaltung türkischer Garnisonen in Tripolis ins Auge gefaßt wird. In Paris ist man überzeugt, daß Italien einen derartigen Vorschlag unbedingt ablehnen wird. Der französische Außenminister schlägt vor, daß der russische, französische und englische Botschafter in Konstantinopel beauftragt werden, sich stets gemeinsam zu beraten und ohne vorheriges Einvernehmen keine Schritte zu unternehmen. Ich bitte um Instruktionen, um de Selves eine Antwort geben zu können.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Rom vom 9./22. Oktober 1911. — Nr. 1557.

Der deutsche Geschäftsträger hat mir den Inhalt eines Telegrammes des deutschen Botschafters in Konstantinopel an Kiderlen mitgeteilt, in dem Baron Marschall, anscheinend in vollem Einvernehmen mit Pallavicini, sich über die innere Lage der Türkei sehr pessimistisch äußert und einen unabwendbaren

Krieg auf dem Balkan vorhersagt, „wenn der italienisch-türkische Krieg noch einige Monate oder Wochen dauern sollte". Auf meine Frage, wer denn den Krieg auf dem Balkan beginnen sollte, da Italien versprochen habe, keine kriegerische Aktion auf der Halbinsel zu unternehmen, erwiderte Lucius, die Regierung Said Paschas werde kaum imstande sein, die Ausweisung der Italiener aus der Türkei zu verhindern, was die Italiener zwingen würde, entweder Albanien anzugreifen oder eine Insel des Archipels zu besetzen. Der italienische Botschafter hat mir mitgeteilt, seine Regierung habe aus den slawischen Balkanstaaten beunruhigende Nachrichten erhalten, und er betonte, daß Ratschläge zur Besonnenheit angebracht erscheinen. Auf meine Frage, wie Italien die Ausweisung der Italiener beantworten würde, antwortete er, als persönliche Ansicht, daß Italien sich wahrscheinlich darauf beschränken würde, eine Insel zu besetzen, daß es aber schon jetzt bereit sei, unter der Bedingung eines religiösen Bandes zwischen Tripolis und dem Kalifat und einer materiellen Entschädigung der Türkei Frieden zu schließen. Die Erklärung Melegaris zusammen mit den Befürchtungen Marschalls lassen die Besetzung einer Insel nicht unmöglich erscheinen und wir müssen die weiteren Schritte der Türkei genau überwachen, um sie von einer Provokation, wie es die Ausweisung der Italiener wäre, zurückzuhalten.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 24. Oktober/6. November 1911.

Ich habe seinerzeit Ihre Aufmerksamkeit auf die öffentliche Stimmung in England anläßlich des plötzlichen Entschlusses Italiens, Tripolis zu besetzen, gelenkt. Diese Stimmung, ebenso wie die Presseäußerungen, war im ganzen für Italien nicht günstig. Die bedeutendsten Zeitungen, mit der Times an der Spitze, haben in dem italienischen Vorgehen einen Mißbrauch der brutalen Gewalt gesehen und nicht ohne Ironie betont, daß die italienischen Klagen gegen die türkische Administration zur rechten Zeit mitten in der Marokkokrise zur Reife gekommen seien.

Die öffentliche Meinung ging noch weiter als die Zeitungen und diese Tendenz ist stets zum Ausdruck gekommen.

Die politischen Tendenzen der Regierung und der einflußreichsten Kreise haben sich jedoch eher in der entgegengesetzten Richtung bewegt. Die Türkei und die jungtürkische Partei haben ihre frühere Popularität in England eingebüßt und der Regierung ist daran gelegen, zukünftigen guten Beziehungen zu Italien kein Hindernis in den Weg zu legen.

In der Tat hat sich die erste Kritik, die sich eher gegen das italienische Vorgehen richtete, als daß sie türkenfreundlich gewesen wäre, in der Presse bald beruhigt. Seit der letzten Woche jedoch ist das erste Gefühl wieder erwacht; es gründet sich auf Zeitungsmitteilungen über sogenannte Greueltaten, die während und nach den letzten Kämpfen von den Italienern verübt worden sein sollen. Wenn auch die Berichte der Zeitungen, wie ich gerne annehmen möchte, übertrieben sind, so handelt es sich hier um eine Frage, die das englische Publikum stets in Erregung versetzt. Man braucht sich nur daran zu erinnern, was für eine Rolle die „bulgarischen Greuel" anläßlich der Christenverfolgungen durch die Türken vor unserem letzten Balkankriege gespielt haben.

Wenn die Wahrheit durchdringt, so wird sich wohl auch die Erregung der öffentlichen Meinung beruhigen. Heute unterbreite ich Ihnen eine Berichtigung, die der hiesige italienische Botschafter, vielleicht in nicht sehr glücklicher Weise, zu veröffentlichen für nötig gefunden hat, und gleichzeitig eine Kampfansage von seiten des Korrespondenten der Times aus Malta. Dieser Korrespondent hatte Tripolis verlassen, da die italienischen Behörden seine Berichte allzu streng zensuriert hatten. Ich glaube, daß die italienische Regierung in ihren Bemühungen, die Pressefreiheit einzuschränken, zu weit gegangen ist. Gewiß können Korrespondenten in Kriegszeiten gefährlich werden. Aber ein völliges Schweigen ist auch schädlich. Die Türken werden in allen diesen Gerüchten eine neue Quelle des Widerstandes finden und hierzu werden gewiß auch die Gerüchte über italienische Niederlagen beitragen. Dadurch wird namentlich im Osten die Aufgabe Italiens nicht erleichtert werden, um so weniger da letztere viel schwieriger ist, als man in Rom ursprünglich angenommen zu haben scheint.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 19. Oktober/1. November 1911. — Nr. 158.

Tittoni zufolge ist Italien der vollen und unbedingten Unterstützung Frankreichs sicher; doch schwankten die Sympathien Englands zwischen Italien und der Türkei. Er glaubt, es liegt im Interesse der Wiederherstellung des Friedens, daß Rußland, Frankreich und England gemeinsam in Konstantinopel zu verstehen geben, daß sie keinen andern Ausweg als die Annexion sehen. Auf seine inständige Bitte, Ihnen dies mitzuteilen, erklärte ich mich hierzu bereit, fügte jedoch hinzu, daß ich nicht glaubte, Sie würden sich entschließen, im jetzigen Augenblicke eine derartige Initiative zu ergreifen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 22. Oktober/4. November 1911.

Alle Nachrichten aus Rom lassen darauf schließen, daß Italien sich entschlossen hat, die kriegerischen Maßnahmen ins Rote oder Ägäische Meer zu tragen, wodurch vielleicht der Wunsch Italiens erklärlich wird, uns, Frankreich und England zu energischeren Schritten in Konstantinopel zu veranlassen. Man muß jedoch nicht vergessen, daß ein derartiger Schritt der drei genannten Mächte für Deutschland und Österreich sehr vorteilhaft wäre, da das Gefühl der Enttäuschung und Entrüstung in der Türkei sich gegen die drei Ententemächte richten würde. Sollen wir nicht in den Worten Tittonis den Wunsch Italiens erblicken, möglichst schnell Frieden zu schließen? In diesem Falle könnten wir vielleicht durch Tittoni erfahren, zu welchen Abmachungen Italien zur Erreichung dieses Zieles bereit sei. Eine derartige Lösung der Frage könnten die drei Ententemächte mit Erfolg versuchen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 17./30. April 1912. — Nr. 111.

Der italienische Botschafter hat mich gestern aufgesucht und mir gesagt, er habe Grey über die Ereignisse in Konstantinopel sehr besorgt gefunden und zwar sei er dies ganz besonders

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in Anbetracht der langen Dauer des Krieges. Grey sagt, er halte einen Meinungsaustausch der Mächte für nötig, um so bald wie möglich einen neuen Schritt zu unternehmen. Ich glaube, Imperiali will den Frieden mehr denn je und seine persönliche Ansicht geht dahin, daß er das Zugeständnis der religiösen Suprematie des Sultans für möglich halte.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 17./30. April 1912. — Nr. 112.

Nachdem ich aus den Zeitungen erfahren hatte, daß die türkische Regierung sich weigere, die Meerengen zu öffnen, habe ich Greys besondere Aufmerksamkeit auf die Bedeutung dieser Weigerung für Rußland gelenkt. Ich sagte ihm, die russische Regierung könne eine Verlängerung des jetzigen Zustandes nicht zulassen; die russische öffentliche Meinung werde nicht über die Verantwortlichkeit der Türkei oder Italiens oder über vertragliche Rechte streiten, sondern werde einfach einstimmig verlangen, daß die Meerengen dem russischen Handel wieder geöffnet werden, und die Regierung werde diesem Gefühl sicher nachgeben müssen. Ich sagte außerdem, daß es sich im jetzigen Augenblicke weniger um eine Rechtsfrage als um eine Tatsache handele und daß eine weitere Entwicklung der Streitfrage ungeahnte Größe annehmen könne. Grey antwortete mir, er habe soeben eine Abordnung englischer Kaufleute empfangen; ungefähr eine Million Tonnen Weizen sei auf englischen Schiffen zurückgehalten und er sei ganz meiner Ansicht, daß die Lage unhaltbar geworden sei. Er sagte mir, er werde Lowther telegraphieren, um die sofortige Öffnung der Meerengen für 15 Tage zu verlangen. Ich entgegnete, daß dies nur eine provisorische Maßregel sei. Er antwortete mir, daß wir dann jedenfalls 15 Tage für Verhandlungen hätten, daß diese Frist auch Italien annehmbar erscheine und daß wir auf diese Weise der Gefahr eines sofortigen Krieges vorbeugten. Auf diese Weise könnte keine der beiden Regierungen sich darüber beklagen, daß die Rechte der Kriegführenden verletzt worden wären, und die Neutralität würde durch dieses Mittel aufrechterhalten werden. Grey sagte mir, er denke an einen parallelen Schritt in Rom, um zu verlangen, daß die italienische Flotte während

dieser 15 Tage sich jeden Angriffes enthalten solle. Er habe sich jedoch zu diesem Schritte noch nicht entschlossen. Ich antwortete, daß Rußland ebenso wie England den Frieden erhalten wolle; daß ich nicht sagen könne, welchen Eindruck die Lowther gegebenen Instruktionen in Petersburg machen würden und daß ich nicht wüßte, ob unser Botschafter beauftragt werden würde, diesen Schritt zu unterstützen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 18. April/1. Mai 1912. — Nr. 790.

Der englische Botschafter hat mich gefragt, ob wir uns an Italien wenden wollen, um von diesem das Versprechen zu erhalten, wenigstens während eines bestimmten Zeitraumes keine kriegerischen Aktionen gegen die Dardanellen zu unternehmen, damit die neutralen Schiffe während dieser Zeit die Meerengen passieren könnten. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß ich einem solchen Schritte in Rom nicht zustimmen kann, da ich auf Grund offizieller Informationen weiß, daß Italien sich entschieden weigern wird, ein derartiges Versprechen zu geben. Der in Aussicht genommene Schritt würde daher von vornherein ein Mißerfolg sein und eine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten nicht herbeiführen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. April/2. Mai 1912. — Nr. 115.

Nicolson sagte mir, Lowther habe telegraphiert, die türkische Regierung sei entschlossen, die Dardanellen zu öffnen, sobald die Minen entfernt sein würden, behalte sich jedoch das Recht vor, die Meerengen im Falle militärischer Notwendigkeit wieder zu schließen. Grey hat angefragt, wie lange es dauern wird, bis die Minen entfernt sein werden.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. April/2. Mai 1912. — Nr. 116.

Nr. 2. Nachdem Nicolson mir die in meinem Telegramm Nr. 115 enthaltene Mitteilung gemacht hatte, fügte er als persönliche Beobachtung hinzu, daß es schwer sein werde zu be-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

stimmen, in welchem Augenblicke eine militärische Notwendigkeit eintrete, da die Türkei über keine Beobachtungsschiffe verfüge. Auch erinnert er daran, daß der englische Standpunkt bezüglich des Meerengenvertrages mit dem unserigen nicht ganz identisch sei. Auf diese letzte Bemerkung antwortete ich, gleichfalls persönlich, daß wir der Türkei nicht das absolute Recht absprechen, die Meerengen zu schließen; stillschweigend scheint dies Recht anerkannt zu werden, aber nur im Falle einer absoluten Notwendigkeit und unter der Bedingung, daß die freie Durchfahrt gestattet wird, sobald die Gefahr abgewendet ist. Nicolson sagte mir, daß die Möglichkeit eines neuen Vordringens der italienischen Flotte ernste Schwierigkeiten hervorrufen werde; wenn z. B. Italien Mytilene besetze, so werde es schwer sein zu behaupten, daß der Türkei keine Gefahr drohe. Nicolson bat mich, diese Unterredung als persönlich zu betrachten.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 26. April/9. Mai 1912.

Ich halte es für nötig, meine Telegramme, in denen ich Ihnen über die Haltung der französischen Regierung in der Frage der Schließung der Dardanellen berichtet habe, durch einige Einzelheiten zu ergänzen. Ich habe aus diesem Anlasse mehrere Unterredungen mit Poincaré gehabt, sowohl vor als nach dem Entschlusse der Pforte, die Meerengen für den internationalen Handel zu öffnen. Aus diesen Unterredungen habe ich den bestimmten Eindruck gewonnen, daß Poincaré einerseits alles getan hat, um eine faktische Lösung dieser Frage zu unsern Gunsten durchzusetzen, daß er aber andererseits von der Berechtigung der von uns aufgestellten juristischen These nicht ganz überzeugt ist, daß nämlich die Türkei verpflichtet ist, die neutrale Schiffahrt durch die Meerengen sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten zuzulassen. Poincaré hat mir nicht verheimlicht, daß in seinen Unterredungen mit dem türkischen Botschafter und in seinen Instruktionen an Bompard die Seite der praktischen Notwendigkeit, nicht die rechtliche Seite der Frage betont worden ist. Auch hat er mir gestanden, daß er nach einem aufmerksamen Studium der Texte zu einer Verneinung der juristischen Berechtigung hinneigt; doch habe er

sich nicht mit dem persönlichen Studium dieser wichtigen Frage begnügt und habe die Absicht gehabt, sie dem Urteil internationaler Rechtsgelehrter zu unterbreiten, als die Nachricht eintraf, daß die Pforte sich entschlossen habe, unsere Forderung zu erfüllen. Poincaré will nicht leugnen, daß die Meerengen durch die bestehenden Verträge sich in einer besonderen Lage befinden und daß auf der Türkei ein gewisses Servitut zugunsten des internationalen Handels liegt. Aber da keine direkten Bestimmungen über die Internationalisierung der Meerengen vorliegen, wie dies z. B. beim Kanal von Suez der Fall ist, so kann man kaum der türkischen Regierung das Recht absprechen, im Falle einer unmittelbaren militärischen Gefahr die nötigen Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen. Auf meine Bemerkung, daß unserer Ansicht nach die Verteidigung der Dardanellen auch ohne deren völlige Schließung möglich ist, erwiderte er, daß er meine Ansicht teile, doch handle es sich hier wieder um eine Tatsache, nicht um eine Rechtsfrage. Im weiteren Gespräche hat Poincaré sozusagen flüchtig einen Gedanken angedeutet, auf den ich Ihre besondere Aufmerksamkeit lenken will, daß nämlich, wenn unsere Ansicht die Oberhand gewinnen sollte, daß die Türkei verpflichtet sei, die Meerengen sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten für den neutralen Handel offen zu halten, dies letzten Endes zu einer formalen Neutralisierung der Meerengen führen müsse, um so mehr, als ein solcher Standpunkt der allgemeinen Entwicklung des modernen Völkerrechtes entsprechen würde. Diesen Umstand müßten wir seiner Ansicht nach im Auge behalten, um nicht einmal später selbst in Widerspruch mit unseren eigenen politischen Interessen und Bestrebungen zu geraten.

Was die spezielle Frage anbelangt, Entschädigung für die neutrale Schiffahrt zu verlangen, so hängt dies von der prinzipiellen Frage der Berechtigung der Türkei, die Meerengen zu schließen, ab.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 2./15. Mai 1912. — Nr. 126.

Grey hat mir vertraulich mitgeteilt, er habe guten Grund zu glauben, daß Italien den Frieden wünsche und daß es be-

reit sei, nicht nur die religiöse Suprematie des Kalifen anzuerkennen, sondern auch als äußern Ausdruck dieser Suprematie dem Scheich ul Islam eine jährliche Rente auszusetzen. Grey fügte jedoch hinzu, er wolle nicht die Initiative eines neuen Vorschlages ergreifen. Er hält das obige Zugeständnis für ungenügend, doch wolle er Sie avon verständigen, damit Sie von diesem Umstande Gebrauch machen können, wenn die Mächte es möglich finden werden, ihre Anstrengungen zur Herbeiführung des Friedens zu erneuern.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 28. April/11. Mai 1912. — Nr. 58.

In einer langen Unterredung hat der hiesige französische Botschafter darauf hingewiesen, daß die Ententemächte sich ernstlich mit der Frage einer Vermittlung beschäftigen müssen, um Deutschland und Österreich zuvorzukommen, welche eine passende Formel zu finden suchen. Barrère hat mir nicht verheimlicht, daß seine Regierung durch die Stimmung unter den mohammedanischen Untertanen Frankreichs sehr beunruhigt sei und eine möglichst schnelle Beendigung des Krieges wünsche.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. Mai 1912.

In meinem gestrigen Telegramm, das sich auf Samos bezieht, habe ich Ihnen über die Beunruhigung berichtet, die in hiesigen Kreisen durch die italienische Besetzung so vieler Inseln des Ägäischen Meeres hervorgerufen worden ist. Im Anfange des Krieges hat Poincaré eine derartige Besetzung stets als ein geeignetes Mittel bezeichnet, um auf die Türkei einen Druck auszuüben. In den letzten Tagen jedoch, unter dem Eindruck der italienischen Operationen im Archipel und vielleicht auch unter dem Einflusse Londons, scheint Poincaré seine Ansicht geändert zu haben. Er gibt zu, daß die Besetzung der Inseln ein Mittel sei, die Türkei zum Nachgeben zu zwingen, aber andererseits befürchtet er, daß, wenn auch Italien nicht die Absicht hat, sich auf ihnen endgültig festzusetzen, bei der Rückerstattung dieser Inseln an die Türkei die Frage ihrer Au-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

tonomie und der Sicherstellung der örtlichen Bevölkerung gegen türkische Grausamkeiten aufgeworfen werden wird. Wie mir bekannt, hat Tittoni Poincaré versichert, daß Italien durchaus nicht die Absicht habe, sich auf den Inseln festzusetzen, doch hat er nicht geleugnet, daß die italienische Regierung verschiedene Reformen und Verbesserungen auf diesen Inseln einzuführen gedenke und daß dieses in der Tat geeignet ist, die Frage des weiteren Schicksales der Bevölkerung unter türkischer Herrschaft zur Diskussion zu stellen. Gestern teilte Poincaré mir mit, daß der Gedanke einer Konferenz sowohl in Rom als auch in Konstantinopel die Gemüter beschäftigt. Türkischerseits scheint man zu befürchten, daß auf einer solchen Konferenz außer Tripolis auch andere Fragen erörtert werden könnten. Poincaré glaubt persönlich, daß es möglich sein werde, der Türkei in dieser Hinsicht gewisse Versprechungen zu machen. Er hat hierbei nochmals dem Gedanken Ausdruck verliehen, daß, wenn die tripolitanische Frage einer Konferenz unterbreitet werden sollte, Frankreich in diesem Falle durch die Verpflichtungen der Neutralität viel weniger gebunden wäre und auf Grund des Abkommens des Jahres 1902 die italienischen Forderungen aufs entschiedenste unterstützen wird.

In Bestätigung des oben Gesagten füge ich zwei Artikel des Temps bei. Der Verfasser dieser Artikel ist der bekannte Tardieu, der eine zeitlang, unter Pichon, sich mit dem französischen Außenministerium entzweit, sich ihm jetzt aber wieder genähert hat und dessen Artikel die Anschauungen Poincarés wiedergeben. Während des Zwischenfalles mit dem französischen Botschafter in Petersburg George Louis hatte er sich beeilt, mir seine Feder zur Verfügung zu stellen. In beiden Artikeln finden die Befürchtungen Poincarés hinsichtlich der Besetzung der Inseln durch Italien, als auch seine Gedanken über die Bedingungen einer Konferenz deutlich Ausdruck.

P. S. Aus Wien wird den hiesigen Zeitungen die tendenziöse Nachricht mitgeteilt, als ob Rußland im Falle des Zusammenkommens der Konferenz die Frage der Dardanellen und die persische Grenzfrage aufwerfen wolle. Mir scheint es notwendig, diese Gerüchte so schnell wie möglich zu widerlegen, da sie geeignet sind, hier und in London Mißtrauen gegen uns hervorzurufen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 15./28. Mai 1912. — Nr. 69.

Der Außenminister hat mir erklärt, daß Italien augenblicklich nicht beabsichtige, Mytilene zu besetzen, daß es sich aber für die Zukunft nicht binden könne, namentlich wenn der Krieg noch lange dauern würde. Ich bat den Minister, mir das bestimmte Versprechen zu geben, daß wir rechtzeitig benachrichtigt werden würden, wenn der italienische Generalstab es für nötig halten sollte, Operationen gegen diese Insel zu unternehmen. San Giuliano hat mir diese Zusicherung gegeben.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 15./28. Mai 1912. — Nr. 70.

Der Außenminister hat mir mit Bestimmtheit erklärt, daß er Tittoni nicht beauftragt hat, mit Poincaré über eine Konferenz zu sprechen. Wenn sich das römische Kabinett zu einem solchen Schritt entschlossen hätte, so wären wir hiervon zuerst verständigt worden. Wenn Tittoni hierüber mit Poincaré gesprochen hat, so hat er nur seine persönliche Ansicht geäußert. Er glaubt, daß Frankreich diese Frage selbst aufgeworfen hat. Sodann hat der Minister die italienischen Vertreter im Auslande telegraphisch benachrichtigt, daß Italien den Gedanken einer Konferenz weder direkt noch indirekt angeregt habe. Italien könne sich an einer derartigen Konferenz nur beteiligen, wenn ihr Programm vorher festgestellt wird.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 16./29. Mai 1912. — Nr. 1013.

Ich erfahre aus ganz sicherer Quelle, Sir R. Rodd habe nach einer Unterredung mit Grey Imperiali erklärt, die englische Regierung werde keine Initiative zur Beendigung des Krieges ergreifen, doch sei sie sehr geneigt, sich mit Deutschland zu verständigen, wenn ein solcher Schritt von Berlin aus erfolgen sollte. Ich bitte Sie, ganz vertraulich feststellen zu wollen, ob diese Nachricht richtig ist.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1912. — Nr. 143.

Ihr Telegramm 1013 erhalten. Ich werde versuchen, das Gewünschte in Erfahrung zu bringen. Mein Eindruck ist folgender: Grey wünscht immer mehr, daß der Friede bald geschlossen wird. Wie er mir aber schon gesagt hat, will er keine Initiative ergreifen. Andererseits nimmt man hier allgemein an, daß Baron Marschall diese Frage anregen und vielleicht eine Verhandlungsbasis in Vorschlag bringen wird. Grey hat vielleicht Rodd gesagt, daß er nicht die Initiative ergreifen wird, um diese Frage mit dem deutschen Botschafter zu besprechen, daß er aber etwaige Eröffnungen des letzteren gern entgegennehmen wird. Ich glaube, daß die Mittelsperson, deren sich Rodd bedient hat, den Worten Greys größere Bestimmtheit beigelegt hat, als sie in Wirklichkeit besaßen. Unter den englischen Botschaftern ist Rodd nicht einer derjenigen, die Einfluß haben. Meine Ansicht ist die, daß man damit rechnen muß, daß das Berliner Kabinett diese Frage erwähnen und vielleicht eine Initiative ergreifen wird. Wie Sie wissen, hat Grey mir gesagt, er zweifle an der Möglichkeit einer Konferenz, da es schwer sein werde, deren Programm einzuschränken.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1912. — Nr. 90.

Poincaré hat mir gesagt, daß man aus den Telegrammen Barrères und den Worten Tittonis schließen kann, daß die italienische Regierung sich zwar nicht zugunsten einer Konferenz ausspricht, die Möglichkeit einer solchen jedoch nicht ausschließt. Bompard telegraphiert aus Konstantinopel, der türkische Ministerrat habe beschlossen, nur dann seine Zustimmung zu einer Konferenz zu geben, wenn deren Ergebnis im voraus festgelegt sein wird, wobei die Türkei die Zurückerstattung von Cyrenaika fordern und in Tripolis nur ein Zivilprotektorat Italiens zulassen wird. Poincaré glaubt, daß man unter diesen Umständen nicht einen formellen Vorschlag machen könne. Immerhin ist er der Ansicht, daß Rußland, Frankreich und England diese Frage untereinander besprechen müssen, um sich über alle Einzel-

heiten zu einigen und bereit zu sein, im günstigen Augenblicke mit ihrem Konferenzvorschlag hervorzutreten, da er vor allem befürchtet, daß Kaiser Wilhelm eine solche Initiative unerwartet ergreifen wird. Er persönlich glaubt, daß das Programm der Konferenz sich auf den italienisch-türkischen Konflikt beschränken müßte und daß sogar die Inselfrage ausgeschaltet werden sollte. Er gibt die gefährlichen Seiten des Zusammentritts einer Konferenz zu, sieht jedoch keinen anderen Ausweg. Er ist sehr besorgt, daß Italien in nächster Zeit Mytilene und Chios besetzen wird, was die ganze Lage erschweren und die Türkei veranlassen würde, die Dardanellen wieder zu schließen. Er hat deshalb Tittoni gesagt, Italien sollte in einem solchen Falle von sich aus den Mächten erklären, daß es keine Aktion gegen die Dardanellen beabsichtige, um auf diese Weise der Türkei jeden Vorwand zu nehmen, die Meerengen zu schließen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 18./31. Mai 1912. — Nr. 144.

Die Botschafter Italiens und der Türkei haben mir gegenüber nie einen Wunsch ihrer Regierung angedeutet, eine Konferenz zusammenzuberufen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Rom an den russischen Außenminister vom 18./31. Mai 1912.

Barrère hat nicht geleugnet, daß der Gedanke einer Konferenz von Frankreich selbst ausgegangen ist. Seiner Ansicht nach liegt es im Interesse Frankreichs und Rußlands, dem Kriege möglichst bald ein Ende zu setzen. Infolge des Versagens einer Vermittlung kann nur die Konferenz Ersatz bieten. Es ist nun durchaus notwendig, daß die Ententemächte Italien und die Türkei zur Teilnahme an der Konferenz bewegen, was nicht schwer fallen dürfte, wenn man den Grundsatz aufstellt, daß der politische Status von Tripolis nicht erörtert werden wird. Nachdem die italienische und türkische Einwilligung erfolgt sein wird, muß ein Waffenstillstand vorgeschlagen werden; dies wird den Frieden erleichtern. Über die Souveränität Italiens in Tripolis braucht man gar nicht zu sprechen, ebenso

wie die Pforte bis jetzt die Souveränität Frankreichs in Algier noch nicht anerkannt hat.

Auszug aus einem Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 24. Mai/6. Juni 1912.

. . . Wie ich Ihnen bereits telegraphisch berichtet habe, hat Georges Louis hierher mitgeteilt, daß Sie dem Konferenzgedanken nicht zustimmen. Dies hat wahrscheinlich auf Poincaré einen ungünstigen Eindruck gemacht. Ich habe deshalb alles versucht, um ihm Ihren Standpunkt in dieser Frage zu erklären. Ich habe hierbei besonders betont, Sie befürchteten, auf der Konferenz könnten auch noch andere Fragen aufgeworfen werden, und habe ihn davon in Kenntnis gesetzt, daß Sie dem türkischen Botschafter in Petersburg erklärt haben, es läge durchaus nicht in den Absichten Rußlands, die jetzigen Umstände zu benutzen, um die Meerengenfrage aufzuwerfen.

Was diesen letzten Punkt anbelangt, so will ich Ihnen mitteilen, was mir der französische Botschafter in London, der auf ein paar Tage nach Paris gekommen war, gesagt hat.

Paul Cambon glaubt, daß die Konferenz, wenn sie zusammentritt, sich unbedingt mit der allgemeinen Lage der Dinge auf dem Balkan wird befassen müssen. In diesem Falle müßten Frankreich und England sich nicht nur der Erörterung der Meerengenfrage nicht widersetzen, sondern müßten in ihrem eigenen Interesse diese Frage zur Diskussion bringen und sie zugunsten Rußlands lösen. Diese Ansicht begründet Cambon damit, daß man nur auf diese Weise das Gleichgewicht der Kräfte im Mittelmeere wiederherstellen könne, welches als Resultat dieses Krieges zugunsten Italiens und folglich auch des Dreibundes verschoben worden sein wird. Diesen Gedanken hat Cambon Poincaré entwickelt, welcher jedoch die Ansicht des französischen Botschafters nicht zu teilen scheint, da er nach wie vor glaubt, die Konferenz müsse sich nur mit dem türkisch-italienischen Konflikte befassen. Hierbei hat mir jedoch Poincaré gesagt, daß er vom Standpunkt der allgemeinen Politik aus und in Anbetracht der neuen Lage im Mittelmeer es für durchaus wünschenswert hält, daß Frankreich und England den russischen Seestreitkräften den Ausgang aus dem Schwarzen Meere öffnen, und daß er

bereit ist, bei sich bietender Gelegenheit uns bei der Lösung dieser Frage mit allen seinen Kräften beizustehen.

Ihnen ist bereits bekannt, daß Poincaré seine Beunruhigung hinsichtlich der italienischen Operationen im Ägäischen Meere nicht verheimlicht. Trotz der Erklärungen Tittonis, Italien beabsichtige nicht, sich auf diesen Inseln endgültig festzusetzen, befürchtet er, daß die öffentliche Meinung in Italien der Regierung nicht erlauben wird, der Türkei die Inseln zurückzuerstatten. Die Möglichkeit der Besetzung von Mytilene, Lemnos und Chios beunruhigt ihn ebenfalls. Nach seinen Informationen widersetzen sich auch Deutschland und Österreich einer derartigen Besetzung und dies beruhigt ihn bis zu einem gewissen Grade.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 27. Mai/9. Juni 1912.

Poincaré schlägt vor, Rußland, Frankreich und England sollten sich über ein gemeinsames Vorgehen zwecks Beendigung des italienisch-türkischen Krieges einigen. Ich habe geantwortet, daß ich diesem Gedanken zustimme.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. Mai/10. Juni 1912. — Nr. 158.

Ihr Telegramm vom 27. Mai erhalten. Habe dessen Inhalt Grey mitgeteilt. Cambon hat den Auftrag, hier eine ähnliche Erklärung abzugeben. Grey hat geantwortet, daß, wenn es sich darum handele, in einen Meinungsaustausch einzutreten, um die Frage gemeinsam zu prüfen, er hierzu bereit sei. Er glaubt jedoch, daß eine Aktion, die den Zweck verfolgt, dem Kriege ein Ende zu setzen, von allen fünf Mächten unternommen werden muß, da ein Vorgehen von drei Mächten den Nachteil einer Gruppierung der Mächte des Dreiverbandes und der zwei Mächte des Dreibundes zur Folge haben wird; dies könnte nur dazu dienen, die Bande Italiens mit Deutschland und Österreich enger zu knüpfen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. Mai/10. Juni 1912. — Nr. 159.

Nachdem ich Grey gesprochen, setzte ich die Unterredung vertraulich mit Nicolson fort. Dieser sprach in demselben Sinne wie Grey. Seiner Ansicht nach ist es wichtig, daß, wenn Deutschland, sei es durch Kaiser Wilhelm, sei es durch Baron Marschall, Vorschläge macht, die russische und englische Regierung antworten, daß sie sich untereinander und mit Frankreich beraten wollen, ehe sie eine Antwort erteilen. Ich fragte ihn, warum er glaube, daß von deutscher Seite Vorschläge erfolgen werden. Er antwortete, daß die Sache an und für sich sehr wahrscheinlich sei und daß man folglich mit einer solchen Möglichkeit rechnen müsse. Wir kamen dann auf die Fragen zu sprechen, die anläßlich des Friedensschlusses aufgeworfen werden könnten. Er erwähnte die schwierige Frage der Zurückerstattung der Inseln an die Türkei und die Meerengen. Was letztere anbelangt, so erklärte er, daß England dem von Grey im Jahre 1908 gegebenen Versprechen treu bleibe. Ich sagte ihm, daß mir nicht bekannt sei, daß die russische Regierung diese Frage zur Diskussion stellen werde, daß ich aber glaubte, daß die Frage der Schließung der Meerengen durch eine Minensperre für den neutralen Handel in Kriegszeiten gelöst werden müsse. Nicolson teilt diese Ansicht.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. Mai/11. Juni 1912. — Nr. 160.

Vertraulich. Cambon hat mir vertraulich einige Einzelheiten über seine gestrige Unterredung mit Grey hinsichtlich des Poincaréschen Vorschlages mitgeteilt, die Grey mir gegenüber nicht erwähnt hatte. Unter anderem ist ein sogenanntes „Protocole de désintéressement" erwähnt worden. Grey hat hiergegen Einwendungen erhoben, indem er erklärte, Rußland sei die am meisten interessierte Macht; es sei durchaus unwahrscheinlich, daß irgendeine Macht an territoriale Erwerbungen denke; man könne jedoch nicht von Rußland verlangen, sich im voraus zu binden, keine Frage zur Diskussion zu stellen, wie z. B. die Schließung der Meerengen für den neutralen Handel

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in Kriegszeiten oder sogar die Frage der Meerengen selbst, hinsichtlich deren das Londoner Kabinett im Jahre 1908 gewisse Verpflichtungen übernommen hat, durch die es sich auch jetzt noch gebunden betrachtet. Der zweite Einwand Greys ist der von mir schon erwähnte.

Cambon sagte mir, er teile die Ansicht Greys und werde sie Poincaré gegenüber vertreten. Er meint, daß der Umschwung in England zugunsten Italiens deutlich erkennbar sei; auch in Frankreich mache sich ein solcher fühlbar; es sei außerordentlich wichtig, Folgen eines Schrittes der drei Ententemächte zu vermeiden, die zu einer Annäherung Italiens an den Dreibund führen könnten, hauptsächlich wenn es sich darum handelt, die Wirkung des Dreibundes auf das Mittelmeer auszudehnen; diese Frage habe nicht nur für Frankreich und England besonderes Interesse, sondern, wie er annähme, auch für Rußland; und es sei endlich sehr wünschenswert, Rußlands Einfluß auf die Mittelmeerfragen zuzulassen. Cambon glaubt persönlich, daß Frankreich und Italien sich über diese letzte Frage verständigen müssen, was durch eine Ausdehnung des Dreibundes auf das Mittelmeer unmöglich gemacht werden würde.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 1./14. Juni 1912. — Nr. 102.

Um alle Mißverständnisse zu vermeiden, glaube ich erklären zu müssen, daß Poincaré keine Besorgnisse hinsichtlich der Beständigkeit der russisch-französischen Beziehungen geäußert hat, von deren Unerschütterlichkeit er überzeugt ist, sondern er befürchtet nur den Eindruck, den die bevorstehende Zusammenkunft zwischen den Monarchen Rußlands und Deutschlands auf die öffentliche Meinung in Frankreich machen kann; auch befürchtet er Versuche von seiten Deutschlands, diesen Eindruck zu seinen Gunsten auszunutzen. Vor allem befürchtet er einen unerwarteten Schritt Kaiser Wilhelms in der tripolitanischen Frage, um den Frieden wiederherzustellen. Das beste Mittel, diesem vorzubeugen, erblickt er in einem vorhergehenden Einvernehmen zwischen Rußland, Frankreich und England. Hierbei legt er dem Umstande besondere Bedeutung bei, daß die Möglichkeit der Erweiterung des Konferenzprogramms im

voraus ausgeschlossen wird. Deshalb haben Ihre Einwendungen gegen die in Frage kommenden Worte hier einen außerordentlich unangenehmen Eindruck gemacht. Sollten Sie diese Worte für unannehmbar halten, so würden Sie vielleicht eine andere Redaktion vorschlagen, aber unter Beibehaltung der Grundidee Poincarés. Ihre Ansicht, man müsse die Trennung der drei Ententemächte von den beiden anderen nicht noch besonders unterstreichen, entspricht auch der Meinung Poincarés. Dies ist in dem heutigen inspirierten Artikel des Temps deutlich zum Ausdruck gebracht worden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 31. Mai/13. Juni 1912.

Ich beeile mich, Ihnen einige Erwägungen hinsichtlich des Vorschlages zukommen zu lassen, den mir der französische Botschafter gemacht hat. Wir finden die von Poincaré vorgeschlagene Formel annehmbar mit Ausnahme der Worte: „Die Mächte müssen vor allem . . . ihre Uneigennützigkeit schriftlich bestätigen". Dies ist kaum praktisch durchführbar und könnte von Deutschland und Österreich als ein beleidigendes Mißtrauen ihnen gegenüber aufgefaßt werden. Wir finden überhaupt, daß Rußland, Frankreich und England natürlich gemeinsam vorgehen müssen, daß sie aber ihre Absonderung von den beiden genannten Mächten nicht betonen sollten, da wir uns doch an ihre Mitwirkung werden wenden müssen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 4./17. Juni 1912. — Nr. 174.

Ihr Standpunkt stimmt mit dem Greys überein. Da Marschall Dienstag oder Mittwoch hier ankommt, bitte ich Sie, mich zu benachrichtigen, ob Sie mit der Antwort einverstanden sind, die Grey auf einen eventuellen deutschen Vorschlag zu geben gedenkt: „Ehe ein Beschluß gefaßt wird, muß er die andern Mächte befragen, damit eine Einigung zwischen den fünf Mächten behufs einer gemeinsamen Aktion hergestellt wird."

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 4./17. Juni 1912. — Nr. 107.

Das Londoner Kabinett hat bereits die von Poincaré vorgeschlagene Formel mit einigen unbedeutenden Änderungen angenommen. Poincaré ist mit ihnen einverstanden und schlägt jetzt folgenden endgültigen Text vor: „Die Regierungen Frankreichs, Rußlands und Englands sind über die Bedingungen einig, unter denen sie im gegebenen Zeitpunkte eine wirksame Aktion zugunsten des Friedensschlusses zwischen Italien und der Türkei unternehmen können, und sind der Ansicht, daß eine freundschaftliche Intervention der Mächte nur dann Erfolg haben kann, wenn diese Intervention nur die Streitfrage zum Gegenstand hat, die den jetzigen Konflikt hervorgerufen hat. Die vermittelnden Mächte sollten daher, ehe sie in eine Beratung eintreten, ihre Uneigennützigkeit schriftlich bekräftigen. Außerdem geben die drei Regierungen der Meinung Ausdruck, daß, um ihr friedliches Ziel zu erreichen, die fünf Mächte sich verständigen müssen, ehe ein gemeinsamer Schritt unternommen wird."

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 5./18. Juni 1912. — Nr. 1146.

Der französische Botschafter hat mir die neue Formel Poincarés mitgeteilt. Ich habe geantwortet, daß ich nach wie vor die Worte, die sich auf die Uneigennützigkeit beziehen, nicht annehmen kann. Rußland hat bereits in der Tat bewiesen, daß es den jetzigen Krieg nicht zur Erreichung irgendwelcher eigennütziger Ziele benutzen will, aber die Unterzeichnung eines internationalen Aktes würde sowohl von der russischen öffentlichen Meinung, als auch in den slawischen Staaten so aufgefaßt werden, als ob Rußland in Zukunft auf seine jahrhundertealte Politik auf dem Balkan verzichtet. Außerdem verstehe ich nicht, weshalb der französische Außenminister glaubt, daß ein derartiges Vorgehen einen Friedensschluß erleichtern wird. Mir scheint im Gegenteil, daß die Mächte durch einen solchen Schritt in zwei entgegengesetzte Gruppen gespalten werden, während es durchaus wünschenswert erscheint, daß sich alle

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

fünf Mächte an der Versöhnung Italiens mit der Türkei beteiligen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 10./23. Juni 1912. — Nr. 1177.

Ich habe soeben gemeinsam mit dem hiesigen französischen Botschafter folgende Änderungen in der Poincaréschen Formel ausgearbeitet: Der erste Absatz bleibt unverändert; der zweite wird durch folgende Redaktion ersetzt: „. . . sind der Ansicht, daß die Mächte, welche nur die allgemeinen Interessen Europas im Auge haben und ausschließlich vom Wunsche beseelt sind, den Frieden wiederherzustellen, sich bereit erklären müssen, zu einer freundschaftlichen Intervention zu schreiten, deren Gegenstand ausschließlich die Streitfrage, welche den Konflikt hervorgerufen hat, bildet." Der dritte Absatz bleibt ohne Veränderung. Georges Louis hofft, daß seine Regierung diese Redaktion annehmen wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. Juni 1912. — Nr. 176.

Grey nimmt die von Ihnen vorgeschlagenen Modifikationen an. Seiner Ansicht nach ist es unnütz, die Formel zum Gegenstand eines formellen Notenaustausches zu machen. Es genügt, wenn die drei Kabinette sie mündlich annehmen. Grey hat sich namentlich gegen jede Veröffentlichung geäußert, da das Bekanntwerden dieser Übereinkunft zu dritt das gewünschte Vorgehen der fünf Mächte in Frage stellen könnte.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. Juni 1912.

. . . Grey hat mir sofort gesagt, daß er keine Einwendungen gegen Ihre Redaktion erhebe. Was die Worte anbelangt „. . . . sind der Ansicht, daß die Mächte . . .", so glaubt er, daß es sich hierbei um die fünf Mächte handelt. Ich erwiderte, daß auch ich diese Ansicht teile.

. . . . . .

Er sagte mir, es läge in unserem gemeinsamen Interesse,

daß die gemeinsame Aktion von allen fünf Mächten ausginge; dies sei das Ziel, das wir im Auge hätten; unter diesen Bedingungen sei ein unzeitgemäßes Bekanntwerden des von den drei Mächten getroffenen Übereinkommens nur geeignet, von Anfang an eine Mächtegruppe der andern entgegenzusetzen, was zum entgegengesetzten Resultat führen würde. Ich erwiderte, daß ich persönlich glaube, daß die russische Regierung diese Ansicht teilt.

Wenn Grey darauf hinweist, daß es seiner Ansicht nach unnötig ist, zu einem formellen Notenaustausch zu schreiten, so wird er hierbei wahrscheinlich von dem Gedanken geleitet, daß offizielle Noten in England stets Schwierigkeiten wegen ihrer Veröffentlichung in den Blue Books hervorrufen.

Im Laufe der Unterredung kam Sir Edward auf die französische Klausel der Uneigennützigkeit zurück. Er sagte mir, er habe geglaubt, sich ihr widersetzen zu müssen: Rußland wäre im Besitz einer englischen Erklärung hinsichtlich der Meerengen; diese Erklärung hat sich damals auf die Zukunft bezogen, wenn die Umstände sich geändert haben würden. Sir Edward fügte hinzu, daß die Umstände sich heute geändert haben und daß er daher keiner Formel habe zustimmen wollen, durch die wir gebunden worden wären. Sir Edward sagte, er wolle nicht den Wunsch ausdrücken, Rußland solle diese Frage zur Diskussion stellen, er wolle uns nicht hierzu veranlassen, er wolle aber auch keine Schwierigkeiten in den Weg legen, wenn wir dies zu tun beabsichtigten.

Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 30. Juni/13. Juli 1912. — Nr. 34.

Die Zeitungen haben in diesen Tagen eine ganz kurze Mitteilung veröffentlicht, der zufolge man in nächster Zeit die Beendigung des italienisch-türkischen Krieges erwarten könne. Ich habe den stellvertretenden Staatssekretär gefragt, inwieweit diese Gerüchte begründet seien.

Zimmermann hat mir geantwortet, es wäre verfrüht, von einem nahen Friedensschlusse zu sprechen, aber nach vorhandenen Informationen bemühten sich die beiden Kriegführenden in unoffizieller Weise, direkte Verhandlungen miteinander zu

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

führen; dieser beiderseitige Wunsch, sich zu verständigen, sei an und für sich ein beruhigendes Symptom. Auf meine Frage, wer die Persönlichkeiten seien, die mit einem solchen Meinungsaustausch beauftragt worden wären, sagte mir Zimmermann nur, es handle sich wahrscheinlich um Bank- und Finanzleute, so z. B. von italienischer Seite Volpi, der sogar neulich nach Konstantinopel gekommen sei.

Näheres konnte oder wollte mir Zimmermann nicht mitteilen. Ich will nur hinzufügen, daß aus seinen Worten deutlich hervorging, daß er den „direkten Meinungsaustausch zwischen den Kriegführenden" einem Vermittlungsvorschlage dritter Mächte entschieden vorzieht.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 5./18. August 1912. — Nr. 583.

Persönlich. Die Mitteilung der ottomanischen Agentur über die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen ist mit Zustimmung der italienischen Regierung von Noradungian und dem Ingenieur Nogara ausgearbeitet worden. Die Italiener haben auf Bitte der Türkei die kriegerischen Maßnahmen im Ägäischen Meere während der Verhandlungen eingestellt. Sollten diese in ungefähr 10 Tagen zu keinem Resultat geführt haben, so werden die Italiener den Großmächten ihre der Türkei gestellten Bedingungen mitteilen. Wenn die Großmächte sich weigern werden, die Türkei zur Annahme der italienischen Bedingungen zu bewegen, so wird der Krieg seinen Fortgang nehmen, wobei Italien sich keinerlei weitere Einschränkungen gefallen lassen wird. Ich habe diese Nachricht aus italienischer Quelle und bitte Sie, aus diesem Grunde obiges streng geheimzuhalten.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 20. August/2. September 1912. — Nr. 222.

Grey glaubt, daß der Gedanke einer Konferenz, über den Buchanan telegraphiert, jetzt vor Beendigung des Krieges unzeitgemäß sei und unliebsame Folgen in Konstantinopel haben könne, da die dortigen politischen Parteien die Einmischung Europas bereits in ihre Berechnungen einstellen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Grey hält das Zustandekommen der Konferenz nur dann für möglich, wenn zwischen allen Mächten und besonders zwischen Rußland und Österreich völliges Einvernehmen hinsichtlich des Programmes und der Ziele der Konferenz herrscht, da die Konferenz sonst die Beziehungen der Mächte zueinander nur noch schwieriger gestalten würde.

Die Türkei und Italien sind einem Konferenzgedanken augenscheinlich abgeneigt: die Türkei, weil sie befürchtet, ganz vom Balkan verdrängt zu werden; Italien, weil es augenscheinlich wünscht, allein über das Los der von ihm besetzten Inseln zu bestimmen, was man hier übrigens für unzulässig hält.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 7./20. September 1912. — Nr. 90.

Der Außenminister hat mir gesagt, daß die Friedensverhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen und daß der freundschaftliche Rat einer oder mehrerer Mächte in Konstantinopel zu einem unmittelbaren Abschlusse derselben führen könnte. Die italienischen Delegierten sind noch einmal beauftragt worden, kategorisch zu erklären, daß Italien in der Frage der Souveränität keine Zugeständnisse machen könne.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. Oktober 1912. — Nr. 262.

Der hiesige italienische Botschafter hat angefragt, ob die Mächte die Annexion von Tripolis und der Cyrenaika anerkennen würden, sobald die Türkei diese Gebiete evakuiert haben würde. Nicolson hat mir vertraulich mitgeteilt, Grey habe noch keine endgültige Antwort gegeben, da er es für nötig halte, die vorherige Zustimmung des Ministerpräsidenten einzuholen. In Anbetracht der äußersten Wichtigkeit, den Frieden so bald wie möglich abzuschließen, glaubt Nicolson, daß England seine Zustimmung geben wird, aber unter gewissen Vorbehalten hinsichtlich der Handelsrechte ähnlich wie in Tunis und Marokko, und daß außerdem erklärt werden wird, daß die Frage der Inseln des Ägäischen Meeres von den Mächten entschieden werden wird.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Dreizehntes Kapitel.

Die Lage auf dem Balkan vor Ausbruch des ersten Balkankrieges*).

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 28. April/11. Mai 1912. — Nr. 54.

Die in meinen früheren Berichten erwähnten Gerüchte über Vorbereitungen eines albanischen Aufstandes bestätigen sich. Nach hiesigen Informationen findet die Bewegung in Montenegro Unterstützung und von dort aus werden viel Waffen und Geld verteilt. Die serbische Regierung hat die Bitte der arnautischen Führer um Hilfe zurückgewiesen und ist sehr beunruhigt, daß dieses Mal der Aufstand im Wilajet von Kossovo, in nächster Nähe der serbischen Einflußsphäre, organisiert wird.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 24. Juli/6. August 1912. — Nr. 536.

Der Außenminister hat mir mitgeteilt, daß die Angriffe der Montenegriner hier starke Erregung hervorgerufen haben, und daß es ihm schwerfällt, seine Kollegen im Ministerium von scharfen Gegenmaßregeln zurückzuhalten. Ich habe dem Minister entgegnet, daß unsere Informationen aus Montenegro seiner Behauptung zuwiderlaufen, daß die Montenegriner und nicht die Türken die Grenze überschreiten und daß er daher die Mitteilungen der türkischen Grenzbehörden genau nachprüfen möge. Ich fügte hinzu, daß bei der jetzigen inneren Lage der Türkei die Pforte alle Zwischenfälle an der mon-

---

*) Siehe auch Kapitel III u. XIV.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

tenegrinischen Grenze vermeiden müsse. Es läge im türkischen Interesse, auch den letzten Zwischenfall auf diplomatischem Wege zu regeln. Zu diesem Zwecke müßten sofortige Verhandlungen mit Montenegro aufgenommen werden, um weiteren Verwicklungen vorzubeugen. Der Minister gab mir von einem an den türkischen Vertreter in Cettinje gesandten Telegramm Kenntnis, in dem die Pforte versichert, sie sei überzeugt, die Regierung König Nikolaus' sei an dem Zwischenfall nicht schuld, und vorgeschlagen wird, eine gemeinsame Untersuchung einzuleiten, um weiteren Verwicklungen vorzubeugen.

Telegramm des russischen Gesandten in Cettinje an den russischen Außenminister vom 6./19. August 1912. — Nr. 125.

Der Zwischenfall von Berana droht zu Verwicklungen zu führen. Unser hiesiger Militäragent telegraphiert heute an den Generalstab, daß Montenegro die Aufständischen mit Waffen, Patronen und Soldaten unterstützt. Dieselben Nachrichten habe ich von dem österreichischen Gesandten Giesl, der befürchtet, daß Montenegro noch zu weiteren aktiven Maßnahmen greifen wird. Ich teile diese Befürchtungen, da Montenegro in den letzten Tagen unbestreitbar militärisch rüstet und der montenegrinische Thronfolger mir neulich unzweideutige Anspielungen auf die kriegerische Stimmung der montenegrinischen Regierung gemacht hat. In einer persönlichen vertraulichen Aussprache hat Giesl der Meinung Ausdruck verliehen, daß nur eine sofortige gleichzeitige Einwirkung Rußlands und Österreichs auf König Nikolaus, der sich völlig unter dem Einfluß einiger seiner Minister befindet, ihn von einem unbedachten Schritt zurückhalten kann. Giesl teilte mir mit, daß er heute um diesbezügliche Instruktionen gebeten habe. Ich eile, dies zu Ihrer Kenntnis zu bringen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. September/8. Oktober 1912. — Nr. 2102.

Ich telegraphiere nach Sofia, Belgrad und Athen: Privaten Informationen zufolge hat der montenegrinische Ver-

treter Konstantinopel verlassen, nachdem er der Pforte eine Kriegserklärung übergeben hat. Wenn dieser Schritt nicht im Einvernehmen und mit der Zustimmung der andern Balkanstaaten erfolgt ist, so nehmen wir an, daß letztere nicht verpflichtet sind diesem Beispiele zu folgen, um so mehr als der Abbruch der diplomatischen Beziehungen nicht als ein unabwendbarer Ausbruch des Krieges zwischen der Türkei und Montenegro aufgefaßt zu werden braucht. Sogar kriegerische Zusammenstöße zwischen beiden Staaten können durch die Einwirkung der Mächte auf beide Seiten zum Stehen gebracht werden, ohne daß hierbei für die vitalen Interessen Montenegros und der Türkei eine ernste Gefahr entsteht. Wenn es sich bewahrheitet, daß Montenegro selbständig vorgegangen ist, weisen Sie die Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, auf die große Verantwortung hin, welche auf sie fallen würde, wenn sie entgegen den Vorstellungen der Mächte handeln würde, welche sich ja bereit erklären, die Frage der Reformen in der Türkei in ihre eigenen Hände zu nehmen. Gleichzeitig beauftragen wir unseren Botschafter in Konstantinopel, auf die Türkei in beruhigendem Sinne einzuwirken.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Sofia vom 17./30. Mai 1912.

Die Ankunft einer besonderen bulgarischen Mission, an deren Spitze sich Danew befand, nach Jalta hat mir die Möglichkeit gegeben, mich mit ihm über die hauptsächlichsten internationalen, Bulgarien berührenden Fragen auszusprechen.

Danew hat die Unterredung mit ziemlich unversöhnlichen Ausführungen begonnen. Er wies darauf hin, wie schwer es die große Finanzlast für Bulgarien mache, sich in beständiger Kriegsbereitschaft zu befinden, ohne die Möglichkeit zu haben, die jetzigen Schwierigkeiten der Türkei auf diplomatischem Wege auszunutzen. Um so nötiger wird für Bulgarien die sofortige Lösung der mazedonischen Frage. Als Folge der türkischen Verwaltung dieses Gebietes verliert das bulgarische Element an Boden. Diese Lage führt viele Kreise in Bulgarien zu dem Glauben, man müsse die zu Bulgarien strebenden türkischen

Gebietsteile mit Waffengewalt an sich bringen. Es ist mir nicht schwergefallen, Danew zu beweisen, wie wenig ein aktives Vorgehen Bulgariens und die sich hieraus ergebenden Verwicklungen auf dem Balkan der russischen öffentlichen Meinung und unserer Regierung gefallen würden und wie unwahrscheinlich es sei, daß die Ereignisse im Falle eines allgemeinen Zusammenstoßes eine für Bulgarien günstige Wendung nehmen. In den folgenden Unterredungen habe ich Danew in dieser Beziehung beruhigt gefunden.

Was die unmittelbaren russisch-bulgarischen Beziehungen anbelangt, speziell den Abschluß einer Militärkonvention zwischen Rußland und Bulgarien, so versuchte Danew mich davon zu überzeugen, wie wünschenswert es sei, das Wilajet von Adrianopel in die Bulgarien zugewiesene Interessensphäre mit einzubeziehen. Ich erwiderte, daß Adrianopel nicht zum Gebiet Bulgariens, wie es im Vertrage von San Stefano bestimmt wurde, gehöre und daß außerdem im Falle der Verwirklichung der bulgarischen nationalen Bestrebungen Adrianopel seine jetzige Bedeutung eines türkischen Vorpostens verlieren werde, da in diesem Falle die Türkei selbst zu einer Macht zweiten Ranges hinabsinken werde.

Sodann bat Danew, wir sollten möglichst bald unsere Zustimmung zur Abänderung der Kapitulationen geben, wobei es wünschenswert wäre, daß Österreich uns in dieser Frage nicht zuvorkomme. Ich habe mich enthalten, eine bestimmte Antwort zu geben, und habe nur angedeutet, daß eine günstige Lösung dieser Frage teilweise von Bulgarien selbst abhängt.

Sodann hat Danew gebeten, wir sollten den Abschluß eines Zollverbandes mit Serbien begünstigen; ebenso eine enge Verbindung zwischen den Offizieren der russischen und bulgarischen Armee zulassen. Ich habe die Erfüllung dieser beiden Wünsche in Aussicht gestellt. Danew beklagte sich über angebliche Unaufrichtigkeit französischer Regierungs- und Finanzkreise in der Frage einer bulgarischen Anleihe in Paris. Ich habe versprochen, die bulgarischen Bestrebungen durch unseren Botschafter in Paris unterstützen zu lassen, und seither haben in der Tat die Erklärungen Iswolskys günstige Resultate für Bulgarien gezeitigt. Sodann besprachen wir die Beziehungen

Bulgariens zu den andern Balkanstaaten. Hinsichtlich Rumäniens betonte Danew mit Unwillen, daß alle Versuche, die gegenseitigen Beziehungen freundschaftlicher zu gestalten, erfolglos geblieben sind, und daß Bulgarien zu zweifeln anfange, ob es je möglich sein wird, ein solches Resultat zu erzielen. Immerhin werden zwischen beiden Königreichen Verhandlungen in der speziellen Frage der Schiffahrt auf der Donau geführt, um zu versuchen, den beständigen österreichischen Einmischungen vorzubeugen. Übrigens erwähnte Danew, daß Österreich bereit sei, einen bulgarischen Vertreter in die Donaukommission zuzulassen, der Zulassung eines serbischen Vertreters jedoch seine Einwilligung verweigere.

Mit Griechenland führt Bulgarien schon seit einiger Zeit Verhandlungen über den Abschluß eines defensiven Bündnisses, welches sich jedoch nicht auf die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen Griechenland und der Türkei, Kretas wegen, bezieht. Danew gab zu, daß es außerordentlich schwerfalle, sich auf eine Teilung der gegenseitigen Interessensphären in Mazedonien zu einigen; ebenso biete die Kirchenfrage Schwierigkeiten. Er fügte hinzu, daß Bulgarien diese Verhandlungen geheimhält und daß Griechenland seinerseits keine Kenntnis von dem Bestehen eines serbisch-bulgarischen Bündnisses hat. Ich habe natürlich diese Zurückhaltung unter den obwaltenden Verhältnissen gebilligt.

Hinsichtlich Montenegros besprachen wir die Möglichkeit, dieses Land an dem serbisch-bulgarischen Bündnisse teilnehmen zu lassen. Ich betonte, daß ich ein solches Vorgehen für einen Fehler halten würde, da zwischen Montenegro und Serbien offene Feindschaft besteht und ein jeder politische Vertrag unaufrichtig sein würde, abgesehen davon, daß ein derartiges Bündnis sofort Österreich bekannt werden würde.

Sehr interessant war für mich die kategorische Behauptung Danews, daß Österreich im Jahre 1908 versucht habe, Bulgarien auf seine Seite hinüberzuziehen und zwar durch das Versprechen der Überlassung Mazedoniens und die Hoffnung einer Teilung Serbiens. Die Bulgaren hätten diese Eröffnungen zurückgewiesen und in dieser Beziehung sei das bulgarische Volk mit dem König durchaus einig. Überhaupt hätte König Ferdinand

in letzter Zeit seine Gefühle zu Serbien und König Peter verändert.

Auszug aus einem sehr vertraulichen Briefe des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 24. Mai/6. Juni 1912.

Der bulgarische Finanzminister Todorow hat hier einige Tage zugebracht, um mit der französischen Regierung und den französischen Banken über die bevorstehende Anleihe zu verhandeln. Auf Grund der von mir erhaltenen Instruktionen habe ich ihn hierbei tatkräftig unterstützt und hat Todorow Paris, über die erzielten Resultate sehr befriedigt, verlassen. . . .

Todorow ist überzeugt, und diese Überzeugung wird auch von den übrigen Mitgliedern der bulgarischen Regierung geteilt, daß eine schnelle Beendigung des italienisch-türkischen Krieges durchaus nicht im Interesse Bulgariens liege. Der jetzige Kampf muß letzten Endes alle beiden Staaten aufs äußerste schwächen und diese beiden Staaten gehören zu denjenigen Mächten, die dem Slawentum und den slawischen Balkanstaaten im Prinzip feindlich gegenüberstehen. Die Führer aller politischen Parteien in Bulgarien sind der Ansicht, daß eine derartige Konjunktur sich lange nicht mehr wiederholen wird, und daß deshalb Bulgarien einen unverzeihlichen Fehler begehen würde, wenn es nicht den Versuch machte, dieselbe zur Erreichung seiner historischen Bestrebungen auszunützen. Von diesem Standpunkte aus steht die bulgarische Regierung dem Gedanken einer Konferenz zur Beendigung des italienisch-türkischen Konfliktes in seinem jetzigen Stadium ablehnend gegenüber. Eine Konferenz wird nötig werden, aber erst wenn die Ereignisse sich weiter entwickelt haben werden und Fragen entstehen, deren Lösung von Europa abhängt. Eine derartige Stellungnahme Bulgariens zum Kriege müsse, wie Todorow sagt, in Rußland keine Beunruhigung hervorrufen. Die Regierung Geschows ist stark genug, um in ihrer abwartenden Haltung zu verharren, bis der günstige Augenblick eintritt. Ihre nächste Aufgabe erblicke die bulgarische Regierung in der Feststellung eines gemeinsamen Aktionsplanes mit den andern Balkanstaaten. Das Bündnis mit Serbien ist der erste günstige

Schritt in dieser Richtung. Nun muß man alles daran wenden, um Rumänien zu veranlassen, sich nicht dem Vordringen Bulgariens nach dem Süden zu widersetzen, und Todorow glaubt, daß dies um den Preis einer Grenzberichtigung bei Silistria möglich sein wird.

Endlich finden jetzt Verhandlungen mit Griechenland statt, welche wahrscheinlich zur Gemeinsamkeit der Interessen Bulgariens und Griechenlands führen werden. Die bulgarische Regierung ist fest entschlossen, keine Versuche zu machen, die russische Regierung gegen ihren Willen in aktive militärische Maßnahmen hineinzuziehen, aber andererseits müsse Rußland Bulgarien freie Hand lassen, je nach dem Gang der Ereignisse und dem Eintreten günstiger Bedingungen den einen oder andern Entschluß zu fassen, wobei die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens mit Italien nicht ausgeschlossen sei, welch letzteres angeblich bereits Andeutungen in diesem Sinne gemacht habe.

Bulgarien gibt zu, daß Konstantinopel und die Meerengen die spezielle Sphäre der russischen Interessen bilden, und rechnet mit der Möglichkeit, daß wir uns abseits halten werden, bis diese Interessen berührt werden. Dies wäre für Bulgarien sogar insofern vorteilhaft, als eine Zurückhaltung Rußlands Österreich an einer Einmischung verhindern wird, und die allgemeine Liquidierung wird dann von Europa vorgenommen werden, wahrscheinlich auf einem Kongreß oder einer Konferenz, wobei Rußland nicht nur von Frankreich und England, sondern auch von Italien unterstützt werden würde.

Obiges gibt die langen Erklärungen Todorows möglichst genau wieder. Nachdem ich ihm aufmerksam zugehört, erwiderte ich, daß ich mich eines sachlichen Urteiles enthalte, daß ich ihn aber darauf aufmerksam machen müsse, wie schwer es fallen würde, seinen Plan auszuführen, namentlich was Österreich anbelangt, welches selbst im Falle unserer Passivität sich kaum einer aktiven Einmischung enthalten wird. Auf meine Frage, was König Ferdinand von diesem Plane halte, erwiderte Todorow, daß der König in letzter Zeit die wirklichen historischen Aufgaben Bulgariens verstehe und mit seinem Volk und seiner Regierung solidarisch sei. Ein Beweis sei seine Zustimmung

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zu dem bulgarisch-serbischen Bündnis. Andererseits müssen wir im Auge behalten, daß er im kritischen Augenblicke jede Hand, die ihm Hilfe anbietet, ergreifen wird.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 7./20. Juni 1912.

Poincaré hat mit mir über den Besuch des bulgarischen Königs in Wien und Berlin gesprochen und seine Beunruhigung über die Ziele und den Charakter dieser Besuche geäußert. Die dem Könige erwiesenen Ehrenbezeigungen haben ihn überrascht und er hegt unwillkürlich den Verdacht, daß dieselben auf irgendwelche geheime, von König Ferdinand Österreich und Deutschland gegenüber übernommene Verpflichtungen hinweisen. „Sie wissen," sagte er, „daß die französische Regierung nur deshalb bereit gewesen ist, die bulgarische Anleihe in Paris zu erleichtern, weil die russische Regierung ihr erklärt hat, daß Bulgarien nach Abschluß eines geheimen Bündnisses mit Serbien fest entschlossen ist, sich auf die Seite der drei Ententemächte zu stellen. In Anbetracht des entscheidenden Einflusses, den König Ferdinand auf die bulgarische Politik, hauptsächlich die ausländische, ausübt, glauben Sie nicht, daß, ehe wir Bulgarien bedeutende Mittel zur Verfügung stellen, wir die wirklichen Absichten des Königs genau feststellen und von ihm in der einen oder andern Form eine Garantie verlangen sollten, daß er den obenerwähnten Entschluß der bulgarischen Regierung seinerseits gutheißt?" Sodann lenkte Poincaré meine Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß das Gerücht von der Unterzeichnung eines geheimen bulgarisch-serbischen Abkommens bereits in die Presse gelangt sei. Er weiß nichts über die Quelle dieser Gerüchte. Der „Temps" behauptet, daß er diese Nachricht von seinem Petersburger Korrespondenten erhalten habe. In anderen Redaktionen behauptet man, daß ein französischer Korrespondent den Wortlaut des Abkommens in Petersburg gesehen habe. Der frühere französische Gesandte in Sofia Paléologue nimmt an, daß dieses Gerücht aus dem Palais ausgehe und irgendwelchen verwickelten Plänen König Ferdinands dienen solle.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. Juni/8. Juli 1912. — Nr. 1266.

Nr. 1. Wir erhalten aus Sofia Nachrichten über die kriegerische Stimmung, die in einigen bulgarischen Kreisen zutage tritt. Wir erteilen unserem Gesandten in Sofia die Ihnen unter Nr. 2 mitgeteilten Instruktionen.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Sofia vom 25. Juni/8. Juli 1912.

Nr. 2. Alles von Ihnen Mitgeteilte wird in unsere Berechnung eingestellt werden. Ich bitte Sie, Ihre Aufmerksamkeit nach wie vor der Entwicklung der kriegerischen Stimmung in Sofia zuzuwenden. Es erscheint jedoch wünschenswert, den Bulgaren zu verstehen zu geben, daß nach unsern sehr geheimen Informationen die Möglichkeit unmittelbarer Friedensverhandlungen zwischen Italien und der Türkei nicht ausgeschlossen ist. Dieser Umstand würde einem bulgarischen Vorgehen die praktische Grundlage entziehen und müßte die jetzige Konjunktur sehr zuungunsten Bulgariens verändern: Bulgarien würde sich der Türkei gegenüber allein sehen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 7./20. September 1912. — Nr. 115.

Auf meine Frage über das Bestehen einer Militärkonvention zwischen Bulgarien und Montenegro hat Geschow ausweichend geantwortet, daß „die bulgarische Regierung bestimmte Vorschläge von König Nikolaus erhalten hat", daß sie aber noch nicht endgültig geantwortet habe. Ich bin jedoch überzeugt, daß die Militärkonvention fertiggestellt, wenn auch noch nicht unterzeichnet ist. Der sich ausbreitende Aufstand der Malissoren ist ein Beweis, daß Bulgarien sich die Möglichkeit geschaffen hat, in allerkürzester Zeit einzugreifen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 7./20. Juli 1912. — Nr. 494.

Der hiesige englische Geschäftsträger ist von Grey benachrichtigt worden, der serbische Geschäftstäger in Berlin habe

dem deutschen Unterstaatssekretär kriegerische Erklärungen abgegeben, worauf ihm zu Ruhe und Besonnenheit geraten worden ist. Ich habe dem englischen Geschäftsträger gesagt, daß mir über kriegerische Absichten Serbiens nichts bekannt sei.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den russischen Außenminister vom 8./21. Juli 1912. — Nr. 89.

Ich beziehe mich auf das Telegramm unseres Botschafters in Konstantinopel Nr. 494. Der serbische Vertreter in Berlin hat augenscheinlich nur seiner persönlichen Ansicht Ausdruck verliehen, denn, wie aus meinen Berichten ersichtlich, ist Serbien irgendwelchen kriegerischen Plänen durchaus abgeneigt. Der beste Beweis: der König ist nach Koseiljatch zur Kur gefahren; Pasitch hat das Übergangsministerium beibehalten, ist in die Provinz gefahren und begibt sich sodann nach Marienbad; der Ministerpräsident Trifkovitch fährt Mittwoch nach Deutschland zur Kur. Bei alledem muß ich jedoch zugeben, daß die allgemeine Beunruhigung sich hier nicht gelegt hat, sondern im Gegenteil noch gewachsen ist, da von allen Seiten beunruhigende Nachrichten eintreffen. In England scheint man die Ansicht zu haben, daß eine Revolution und Blutvergießen in der Türkei unausbleiblich sind. Bulgarische und andere Informationen bestätigen diese Gerüchte. Österreich veranstaltet ganz offen Angriffsmanöver bei Ostrowa gegen die Morawa, in der Gegend der Matchva und der Drina. Ohne Zweifel werden die Serben gezwungen sein, einige Vorsichtsmaßregeln zu treffen, um durch die Ereignisse nicht überrascht zu werden und um wenigstens teilweise ernsten politischen Verwicklungen auf dem Balkan vorbeugen zu können.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den russischen Außenminister vom 10./23. Juli 1912. — Nr. 91.

Der serbische Außenminister ist von den Erklärungen des serbischen Vertreters in Berlin sehr überrascht, da sie durch nichts hervorgerufen worden seien. Er hat alles bestätigt, was ich Ihnen gestern telegraphiert habe, und hinzugefügt, daß auch der Kriegsminister seiner Gesundheit wegen ins Ausland ge-

fahren sei. Heute hat man hier sehr beunruhigende Nachrichten aus Konstantinopel erhalten, denen zufolge die Entthronung des Sultans am Jahrestage des 10. Juli geplant sei.

Telegramm des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 16./29. Juli 1912. — Nr. 54.

Der österreichisch-ungarische Außenminister stellt aufs entschiedenste die Richtigkeit der Mitteilung des serbischen Konsuls in Budapest in Abrede. Bis jetzt hat Österreich keine eigentlichen militärischen Maßnahmen getroffen, man weiß aber wohl, welche Nervosität in Belgrad herrscht.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Belgrad an das russische Außenministerium vom 7./20. August 1912. — Nr. 108.

Der serbische Außenminister hält den Vorschlag Österreichs, soweit er sich auf eine Dezentralisierung der türkischen Gewalt bezieht, für eine Fortsetzung der Politik Aehrenthals, der bestrebt war, ein autonomes Albanien aus den Wilajets von Kossovo, Monastir, Janina und Skutari zu schaffen, welche sich zu den vier Nachbarstaaten hingezogen fühlen. Deshalb können letztere dem Vorschlage Berchtolds nicht zustimmen, welcher gegen ihre albanischen Interessen gerichtet und kaum geeignet ist, eine Beruhigung herbeizuführen. In diesem Sinne hat sich der Außenminister dem österreichischen Geschäftsträger gegenüber ausgesprochen. Er hofft in dieser Frage eine Einigung mit den Bulgaren zu erzielen. Ich bitte um Instruktionen. Ich begnüge mich fürs erste darauf hinzuweisen, daß Rußland nach wie vor der Beschützer der Slawen überhaupt ist und die ihm so nahen Interessen und Bedürfnisse Serbiens genau kennt. Presse und öffentliche Meinung drücken ihr völliges Mißtrauen zu den angeblich selbstlosen Absichten Österreichs aus, welches durch sein jetziges Auftreten einen neuen Beweis liefert, daß es an der Erhaltung der Wirren auf dem Balkan Interesse findet.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 14./27. September 1912. — Nr. 141.

Die türkische Mobilisation ruft immer noch Erregung hervor. Die Erklärung der Türkei, bestimmte Truppenteile seien

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wegen der schon früher in Aussicht genommenen Manöver zu den Fahnen gerufen worden, findet hier natürlich gar keinen Glauben, denn es werden fast alle Truppen der europäischen Türkei zusammengezogen, was aus verschiedenen Quellen bestätigt wird. Meine Aufgabe war es, die hiesige Regierung zu bewegen, sich nicht mit Repressivmaßregeln zu beeilen. Pasitch hat meinem Standpunkt beigepflichtet und hat der bulgarischen Regierung, die eine sofortige serbisch-bulgarische Mobilisation verlangte, telegraphiert, man solle den Beginn und die Ausführung dieser Maßnahme so lange als möglich hinausschieben. Augenscheinlich haben Serbien und Bulgarien verabredet, daß ihre allgemeine Mobilisation am 16. September beginnen und bis zum 25. oder 26. September dauern wird, wobei Serbien Manöver als Vorwand gebrauchen wird. Auf diese Weise haben wir 20 Tage vor uns, während deren es uns vielleicht möglich sein wird, die Türken zu zwingen, von der Mobilisation abzusehen; denn stehen sich einmal beide Armeen gegenüber, so wird ein Gewehrschuß genügen, um den Brand zu entfachen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 17./30. September 1912. — Nr. 731.

Dringend. Der hiesige serbische Gesandte hat mir mitgeteilt, er sei von Pasitch beauftragt worden, von der Pforte Erklärungen über die Einberufung der Reservedivision von Üsküb und Mitrovitza zu verlangen; ebenso die Freigabe des zurückgehaltenen Kriegsmaterials oder dessen Rücksendung nach Marseille. Der serbische Vertreter hat der Pforte erklärt, daß er zwei Tage auf eine Antwort warten werde, worauf er werde abreisen müssen. Die Festsetzung einer zweitägigen Frist wird bei der jetzigen erregten Stimmung der Türken die allgemeine Erbitterung nur noch steigern.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 17./30. September 1912. — Nr. 734.

Der serbische Vertreter teilt mir über seine Verhandlungen hinsichtlich des zurückgehaltenen Kriegsmaterials folgendes mit:

In Beantwortung seines Protestes und der Erklärung, daß die Politik Serbiens der Türkei gegenüber freundschaftlich geblieben sei, hat der türkische Außenminister geantwortet, daß, sobald die Erklärungen des serbischen Vertreters in schriftlicher Form wiederholt werden, das Kriegsmaterial durchgelassen werden wird. Sonnabend hat der Gesandte der Pforte mitgeteilt, daß er eine derartige schriftliche Erklärung nicht geben könne, worauf der türkische Außenminister ihn nochmals gebeten hat, Pasitch telegraphisch um die Ermächtigung zu einer solchen Erklärung zu bitten. Bis jetzt ist keine Rede davon gewesen, das Kriegsmaterial nach Marseille zurückzuschicken.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 4./17. Juli 1912.

Ich habe mit Berchtold eine lange Unterredung gehabt, in deren Verlauf er sich bemüht hat, seine freundschaftlichsten Gefühle Rußland gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Er ist mit dem Gespräch des österreichischen Botschafters mit Ihnen über die Kaiserzusammenkunft in Baltischport außerordentlich zufrieden, sowie mit dem mit dem Deutschen Reichskanzler stattgefundenen Meinungsaustausche über alle laufenden Fragen. Auch Bethmann Hollweg hat ihm vertraulich über die verschiedenen politischen Unterredungen Mitteilung gemacht. Wie mir Berchtold sagte, wünscht auch Österreich das Seinige zur Erhaltung des Friedens beizutragen.

Die Nachrichten von einer republikanischen Bewegung auf dem Balkan, über die unser Gesandter in Sofia angeblich berichtet, sind auch bis zu ihm gedrungen, aber Berchtold hofft, daß diese Nachrichten übertrieben sind. Immerhin hält er die Lage in der Türkei und in Albanien für sehr gefahrdrohend. Alles wird davon abhängen, wie weit die türkische Armee dem Sultan treu bleiben und nicht zu Albanien übergehen wird. Die letzten Berichte der österreichischen Agenten in Albanien sind beunruhigend. Berchtold denkt, man müßte auf die Regierungen Bulgariens und Serbiens einwirken, um ihnen jede Lust zu einer Einmischung zu nehmen; sollte aber der Brand entfacht werden, so müßten die Mächte sich bemühen, den Kampf zu lokalisieren, und sich jeder Einmischung enthalten. Aus diesen Worten schließe

ich, daß Berchtold seine Regierung gegen den Vorwurf eines Vordringens auf dem Balkan hat rechtfertigen wollen, da wahrscheinlich das Berliner Kabinett ihm von unseren Befürchtungen vertraulich Mitteilung gemacht hat. Der Minister verläßt in diesen Tagen Wien, behält aber die Leitung des Ministeriums bei.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in Wien vom 5./18. August 1912.— Nr. 1566.

Wird den russischen Vertretern in Paris, London, Berlin, Rom und Konstantinopel mitgeteilt. Der österreichisch-ungarische Botschafter hat uns ein Memorandum überreicht, in dem das Wiener Kabinett den Mächten vorschlägt, in einen Meinungsaustausch über die Lage auf dem Balkan einzutreten. Die österreichische Regierung begrüßt die Absicht der Pforte, den Albaniern gewisse Privilegien zuzugestehen, und findet, daß die übrigen Nationalitäten der europäischen Türkei mit diesem ersten Schritte zu einer administrativen Dezentralisation sehr zufrieden sein müßten, da sie in Zukunft dieselben Vorteile für sich verlangen könnten. Bulgarien, Griechenland und sogar Serbien sind aber geneigt, in den den Albaniern gemachten Zugeständnissen eine Bedrohung der Interessen der anderen Nationalitäten zu erblicken, und die Stimmung in Bulgarien scheint derart zu sein, daß für die friedliche Politik des Ministeriums Geschow ernstliche Schwierigkeiten entstehen könnten.

Die österreichisch-ungarische Regierung schlägt deshalb vor, einerseits die neue Richtung der inneren Politik in Konstantinopel zu unterstützen und andererseits bei den Balkanstaaten Vorstellungen zu erheben, um ihnen zu zeigen, daß die jetzige Politik der Türkei den Interessen der ihnen verwandten Nationalitäten in der Türkei entspricht und daß sie sich daher aller Schritte zu enthalten haben, die die Ruhe auf dem Balkan bedrohen könnten.

Der Minister Sasonow hat dem Botschafter geantwortet, daß er mit Ratschlägen in Konstantinopel einverstanden ist, solange sie sich nicht auf allzu weitgehende Autonomie beziehen, doch müssen diese Ratschläge nicht den Charakter von kollektiven Vorstellungen annehmen, da diese der türkischen Regierung unangenehm sein könnten. Was jedoch die Schritte bei den

Balkanstaaten anbelangt, so hätten sie unserer Ansicht nach, nachdem wir bereits zur Ruhe und Besonnenheit geraten haben, keine praktische Bedeutung und könnten unter gewissen Bedingungen sogar das entgegengesetzte Resultat haben, indem sie die Stellung der Regierung schwächen würden. Deshalb muß dieser Teil des österreichischen Vorschlages sehr reiflich erwogen werden. Zum Schluß hat der Minister mit Befriedigung festgestellt, daß das Wiener Kabinett in Balkanfragen auf dem im Jahre 1910 vereinbarten Standpunkte steht, d. h. der Beruhigung auf dem Balkan, der Erhaltung des status quo und des Prinzips der friedlichen Entwicklung der Balkanstaaten.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an die russischen Vertreter in Paris und London vom 5./18. August 1912. — Nr. 1564.

Der bulgarische und serbische Vertreter haben uns im Auftrage ihrer Regierungen gebeten, die Initiative zu ergreifen, um der christlichen Bevölkerung der europäischen Türkei dieselben Rechte zu sichern, wie sie jetzt die Albanier als Ergebnis ihrer Verhandlungen mit der Türkei erhalten sollen. Diese Bitte ist durch die schwierige Lage ihrer Regierungen infolge der in diesen Ländern herrschenden Erregung an uns gerichtet worden. Diese Erregung würde noch zunehmen, wenn es sich herausstellen sollte, daß die Albanier, nachdem sie zu den Waffen gegriffen, bedeutende Resultate erzielt haben, während die übrigen Nationalitäten dem Willen der Mächte nachgebend unter den früheren unleidlichen Bedingungen weiterleben müssen.

Unsererseits glauben wir, daß der Schritt Bulgariens und Serbiens in Petersburg in Anbetracht der Vorschläge des Grafen Berchtold nicht ohne Beachtung bleiben darf. Obwohl dieser annimmt, daß die Reformen in Albanien natürlicherweise auch auf die andern Nationalitäten ausgedehnt werden, so steht doch zu befürchten, daß Ansichten und Ratschläge nicht genügen werden, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Wir glauben, es wäre das richtigste, die Wünsche der bulgarischen und serbischen Regierung bis zu einem gewissen Grade zu erfüllen. Zu diesem Zwecke muß man die den Albaniern gewährten Vorrechte nach Möglichkeit einschränken und von der

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

türkischen Regierung das Versprechen erhalten, dieselben Vorrechte auch den übrigen Nationalitäten zu bewilligen. Die Initiative in letzterer Hinsicht könnte den Türken überlassen bleiben, nachdem die Botschafter in Konstantinopel ein Einvernehmen mit der Türkei erzielt haben werden.

Diese unsere Meinung befindet sich, wie uns scheint, nicht im Widerspruch mit den Vorschlägen Berchtolds.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. August 1912. — Nr. 152.

In Beantwortung des österreichischen Vorschlages hat Poincaré an den französischen Botschafter in Wien ein Telegramm folgenden Inhaltes gerichtet: Frankreich würde der Türkei gerne raten, die Vorrechte, die sie den Albaniern zugestehen will, auch auf die anderen christlichen Nationalitäten auszudehnen. Frankreich kann es jedoch nicht auf sich nehmen, eine Veränderung des status quo herbeizuführen. Unter dieser Bedingung ist es bereit, in einen Meinungsaustausch einzutreten. Selbstverständlich wird es keinen Beschluß fassen, ohne sich vorher mit Rußland und England verständigt zu haben.

Vertraulicher Bericht des russischen Geschäftsträgers in Wien an den russischen Außenminister vom 2./15. August 1912.

Ich habe es nicht unterlassen, Berchtold so bald wie möglich über seine Ansicht über die Vorgänge auf dem Balkan zu befragen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß er nicht weniger als wir den Konflikt zu lokalisieren wünscht. Die Gefahr dieses Konfliktes erblickt er nicht nur in dem letzten montenegrinischen Grenzzwischenfall, sondern in Ereignissen in der Art der Metzeleien von Kotschan, welche ein aktives Eingreifen Bulgariens hervorrufen könnten. Den Schlüssel zu der politischen Lage erblickt er in Konstantinopel: gelingt es der Regierung sich zu halten, so besteht Hoffnung, den Konflikt zu lokalisieren, während es unmöglich ist, die Folgen einer Anarchie oder sogar längerer Wirren vorherzusehen.

Zu obigem erlaube ich mir folgende Erwägungen hinzuzufügen: Obwohl hier ohne Zweifel eine unruhige Militär-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

partei besteht und obwohl Österreich vorbereitende Maßregeln getroffen hat, über die ich in meinem Bericht Nr. 29 Einzelheiten mitteile, so bin ich doch überzeugt, daß kein ernster Grund zur Befürchtung vorliegt, daß Österreich im jetzigen Zeitpunkte agressive Ziele auf dem Balkan verfolgt. Man weiß hier wohl, zu welchen Folgen eine solche Politik führen kann: sie wäre das Signal zum europäischen Kriege. Und ein solcher Krieg ist für Österreich zu gefährlich, als daß es, ebenso wie irgendein anderes Land, mit vollem Bewußtsein eine solche Katastrophe hervorrufen würde.

Für Österreich ist der Krieg vielleicht noch weniger wünschenswert als für eine andere Großmacht, in Anbetracht sowohl seiner finanziellen als auch seiner militärischen Unvorbereitetheit.

Obwohl ich überzeugt bin, daß Österreich augenblicklich keine aggressiven Ziele verfolgt, so bin ich nicht weniger überzeugt, daß Österreich, trotz seiner jetzigen militärischen Schwäche, der Versuchung nicht widerstehen wird, sich aktiv zur Verteidigung derjenigen Ziele einzumischen, welche es als seine historische Mission auf dem Balkan betrachtet, wenn diese Ziele bedroht sein sollten. Eine solche Bedrohung würde man in jeder Veränderung des status quo auf dem Balkan erblicken. Ich kann nicht beurteilen, wie die hiesige Regierung eine Verletzung des status quo in den türkischen Meerengen betrachten würde, aber ich kann nicht leugnen, daß, als die Nachricht von dem Abschlusse der russisch-französischen Marinekonvention bekannt und die Meerengenfrage hiermit in Verbindung gebracht wurde, die hiesige Presse deutlich von einer Bedrohung des berüchtigten status quo zu sprechen anfing. Für den Fall, daß Österreich in die Balkanwirren hineingezogen würde, was aber, wie gesagt, nicht gewünscht wird, trifft man gewisse militärische Maßnahmen, allerdings in bescheidenem Umfange, wie dies der friedlichen Stimmung der Regierung entspricht. Aber diese Maßnahmen werden immerhin getroffen. In Verbindung mit ihnen steht wahrscheinlich auch die Reise Berchtolds nach Rumänien und seine bevorstehende Zusammenkunft mit dem Deutschen Reichskanzler in Buchlau, wo wahrscheinlich über das Maß und die Art der gegenseitigen Unterstützung gesprochen werden

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wird, falls die Entwicklung auf dem Balkan eine solche nötig machen sollte.

Zum Schlusse will ich bemerken, daß der allgemeine Ton der hiesigen Presse den Gedanken kaum zuzulassen scheint, daß die Bevölkerung sich in jener erhöhten Stimmung befindet, in der allein man zu einem Angriffsfeldzuge rüsten kann.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 16./29. August 1912.

Wie mir Paléologue mitteilt, habe Georges Louis telegraphiert, in Petersburg gehe das Gerücht, Berchtold wolle eine Konferenz vorschlagen und Sie hätten den Wunsch geäußert, daß die Entente ihm zuvorkomme. Sie wären der Ansicht, daß Frankreich die Initiative ergreifen solle. Dieser Gedanke hat ihm augenscheinlich sehr gefallen. Während ich bei Paléologue war, beriet Poincaré über diese Frage mit dem englischen Botschafter.

Telegramm des russischen Botschafters in Rom an den russischen Außenminister vom 8./21. August 1912.

Bollati erblickt in dem österreichischen Vorschlage den bemerkenswerten Umstand, daß das Wiener Kabinett sich auf den Standpunkt der Vereinbarung des Jahres 1910 gestellt hat, d. h. der Erhaltung des status quo und des Grundsatzes der friedlichen Entwicklung. Im Prinzip dem österreichischen Vorschlage oder vielmehr dessen zweitem Teile zustimmend, da ja der erste Italien nicht betrifft, glaubt die italienische Regierung ebenso wie wir, daß die von Österreich vorgeschlagenen Schritte in den Balkanhauptstädten gefährlich werden könnten. Er ist der Ansicht, daß die österreichische Initiative ein toter Buchstabe bleiben wird. Heute haben mich die Vertreter der Balkanstaaten besucht und mir erklärt, daß ihre Regierungen durch den österreichischen Vorschlag außerordentlich beunruhigt worden seien. Ich habe sie zu beruhigen versucht, indem ich erklärte, daß die russische Regierung auf ihre politische Klugheit zählt und kaum neue Ratschläge erteilen wird. Der bulgarische Gesandte erklärte, daß, wenn die Türkei sich weigert, augenblick-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

lich Reformen in Mazedonien einzuführen und einen christlichen Gouverneur zu ernennen, seine Regierung gezwungen sein wird, der Türkei sofort den Krieg zu erklären, da sonst eine Revolution in Bulgarien ausbrechen würde.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 19. August/1. September 1912.

Paléologue hat mir vertraulich mitgeteilt, daß die englische Regierung mit einem Meinungsaustausche unter den Ententemächten einverstanden sei, daß sie aber darauf bestehe, daß etwaige Schritte zusammen von allen fünf Mächten unternommen werden. England denkt an das europäische Konzert und fürchtet alles, was eine Rivalität zwischen den beiden Mächtegruppen hervorrufen könne, vor allem eine neue Verschärfung der österreichisch-russischen Beziehungen.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 16./29. August 1912.

Ich brauche nicht mehr auf die gefahrdrohenden Nachrichten hinzuweisen, die aus den Balkanstaaten hierher dringen. Durch den geheimen Abschluß von Bündnissen ermutigt und von ihrer Übermacht überzeugt, haben die Balkanstaaten nur den einen Gedanken, den günstigen Zeitpunkt nicht vorübergehen zu lassen und so bald als möglich sich in den Kampf zu stürzen. Diese Bestrebungen haben unter meinen Augen fast stündlich in der immer größer werdenden Nervosität meiner hiesigen Balkankollegen Bestätigung gefunden. Sie alle, und besonders der bulgarische Gesandte, richten beständig die Frage an mich: „Wann wird Rußland endlich zu handeln anfangen?" Sie werden zugeben, daß eine derartige Stimmung äußerst gefährlich ist. Unter diesen Umständen können die kleinsten Unruhen in Konstantinopel kriegerische Verwicklungen auf dem Balkan nach sich ziehen. Andererseits sind solche Unruhen um so wahrscheinlicher, als der Kampf der politischen Parteien in Konstantinopel wieder eingesetzt hat. Es ist möglich, daß die allgemeine Spannung so groß werden wird, daß man sich nicht mehr die Frage stellen wird, ob sich auch Rußland in Bewegung

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

setzt, und daß man wider dessen Willen zu den Waffen greift. Ich glaube, daß das Eintreten dieses Augenblickes von Zufälligkeiten abhängt, nicht von irgendwelchen vorher bestimmten Terminen, und wir müssen daher unverzüglich unsere Maßnahmen treffen. Dies um so mehr, als wir, soviel ich weiß, keine Garantien haben, daß die Ansprüche der Bulgaren sich mit der Errichtung eines Groß-Bulgarischen Reiches in den Grenzen des Vertrages von San Stefano begnügen werden. Ich persönlich bin der Ansicht, daß sie bei den geringsten Hoffnungen auf Erfolg sich nicht nach Süden, sondern nach Osten gegen die Hauptstadt des türkischen Reiches wenden werden. Ich glaube, daß der Umstand, daß wir unvorbereitet sind, nur ein weiterer Beweggrund für sie sein wird, dieses längst ersehnte Ziel zu erreichen, in der Überzeugung, daß wir nicht die Möglichkeit haben, sie daran zu hindern.

Die Möglichkeit, daß wir in so unzeitgemäße Verwicklungen hineingezogen werden können, sowie die Bedrohung unserer historischen Ideale veranlassen mich zu wiederholen, daß wir gerüstet sein müssen, da die von uns befürchteten Ereignisse nur abgewendet werden können, wenn bei uns und bei den Balkanvölkern kein Zweifel darüber besteht, daß wir uns durch dieselben nicht überraschen werden lassen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 7./20. September 1912. — Nr. 114.

Da ein bewaffnetes Vorgehen Bulgariens in allernächster Zeit nicht mehr abzuwenden ist, so erlaube ich mir, Ihnen folgende Erwägung zu unterbreiten: Wenn wir in unserem Interesse nicht zulassen wollen, daß Varna und Burgas von der türkischen Flotte beschossen, türkische Truppen längs des ganzen Ufers Bulgariens gelandet, die Kabelverbindung Odessa-Varna und unser Handel mit Bulgarien unterbrochen werden — so muß unsere Schwarzmeer-Flotte in weniger als zwei Wochen zum Auslaufen bereit sein. Ich wiederhole den in meinem Briefe vom 24. August ausgedrückten Gedanken, Rußland müsse erklären, daß es keine Störung auf dem ganzen Westufer des Schwarzen Meeres zulassen werde. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Pforte nachgeben und sich verpflichten wird, ihre Flotte

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

lich Reformen in Mazedonien einzuführen und einen christlichen Gouverneur zu ernennen, seine Regierung gezwungen sein wird, der Türkei sofort den Krieg zu erklären, da sonst eine Revolution in Bulgarien ausbrechen würde.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 19. August/1. September 1912.

Paléologue hat mir vertraulich mitgeteilt, daß die englische Regierung mit einem Meinungsaustausche unter den Ententemächten einverstanden sei, daß sie aber darauf bestehe, daß etwaige Schritte zusammen von allen fünf Mächten unternommen werden. England denkt an das europäische Konzert und fürchtet alles, was eine Rivalität zwischen den beiden Mächtegruppen hervorrufen könne, vor allem eine neue Verschärfung der österreichisch-russischen Beziehungen.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 16./29. August 1912.

Ich brauche nicht mehr auf die gefahrdrohenden Nachrichten hinzuweisen, die aus den Balkanstaaten hierher dringen. Durch den geheimen Abschluß von Bündnissen ermutigt und von ihrer Übermacht überzeugt, haben die Balkanstaaten nur den einen Gedanken, den günstigen Zeitpunkt nicht vorübergehen zu lassen und so bald als möglich sich in den Kampf zu stürzen. Diese Bestrebungen haben unter meinen Augen fast stündlich in der immer größer werdenden Nervosität meiner hiesigen Balkankollegen Bestätigung gefunden. Sie alle, und besonders der bulgarische Gesandte, richten beständig die Frage an mich: „Wann wird Rußland endlich zu handeln anfangen?" Sie werden zugeben, daß eine derartige Stimmung äußerst gefährlich ist. Unter diesen Umständen können die kleinsten Unruhen in Konstantinopel kriegerische Verwicklungen auf dem Balkan nach sich ziehen. Andererseits sind solche Unruhen um so wahrscheinlicher, als der Kampf der politischen Parteien in Konstantinopel wieder eingesetzt hat. Es ist möglich, daß die allgemeine Spannung so groß werden wird, daß man sich nicht mehr die Frage stellen wird, ob sich auch Rußland in Bewegung

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

setzt, und daß man wider dessen Willen zu den Waffen greift. Ich glaube, daß das Eintreten dieses Augenblickes von Zufälligkeiten abhängt, nicht von irgendwelchen vorher bestimmten Terminen, und wir müssen daher unverzüglich unsere Maßnahmen treffen. Dies um so mehr, als wir, soviel ich weiß, keine Garantien haben, daß die Ansprüche der Bulgaren sich mit der Errichtung eines Groß-Bulgarischen Reiches in den Grenzen des Vertrages von San Stefano begnügen werden. Ich persönlich bin der Ansicht, daß sie bei den geringsten Hoffnungen auf Erfolg sich nicht nach Süden, sondern nach Osten gegen die Hauptstadt des türkischen Reiches wenden werden. Ich glaube, daß der Umstand, daß wir unvorbereitet sind, nur ein weiterer Beweggrund für sie sein wird, dieses längst ersehnte Ziel zu erreichen, in der Überzeugung, daß wir nicht die Möglichkeit haben, sie daran zu hindern.

Die Möglichkeit, daß wir in so unzeitgemäße Verwicklungen hineingezogen werden können, sowie die Bedrohung unserer historischen Ideale veranlassen mich zu wiederholen, daß wir gerüstet sein müssen, da die von uns befürchteten Ereignisse nur abgewendet werden können, wenn bei uns und bei den Balkanvölkern kein Zweifel darüber besteht, daß wir uns durch dieselben nicht überraschen werden lassen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 7./20. September 1912. — Nr. 114.

Da ein bewaffnetes Vorgehen Bulgariens in allernächster Zeit nicht mehr abzuwenden ist, so erlaube ich mir, Ihnen folgende Erwägung zu unterbreiten: Wenn wir in unserem Interesse nicht zulassen wollen, daß Varna und Burgas von der türkischen Flotte beschossen, türkische Truppen längs des ganzen Ufers Bulgariens gelandet, die Kabelverbindung Odessa-Varna und unser Handel mit Bulgarien unterbrochen werden — so muß unsere Schwarzmeer-Flotte in weniger als zwei Wochen zum Auslaufen bereit sein. Ich wiederhole den in meinem Briefe vom 24. August ausgedrückten Gedanken, Rußland müsse erklären, daß es keine Störung auf dem ganzen Westufer des Schwarzen Meeres zulassen werde. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Pforte nachgeben und sich verpflichten wird, ihre Flotte

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nicht in das Schwarze Meer zu schicken; aber um dies zu erreichen, muß sowohl die Türkei als auch Europa wissen, daß unsere Flotte bereit ist und ein Landungskorps an Bord nehmen kann.

Sehr geheimes Schreiben des stellvertretenden russischen Außenministers an den Vorsitzenden des Ministerrats Staatssekretär Kokowzew vom 10./23. Oktober 1912.

Vor einiger Zeit regte das Kriegsministerium die allgemeine Frage darüber an, welche Aufgaben das Ministerium des Auswärtigen dem Militärressort mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage seinerseits als zweckmäßig zuerkennen würde.

Da diese Frage mit der Festsetzung allgemeiner, von der Regierung zu lösender Aufgaben eng zusammenhängt, halte ich es für meine Pflicht, folgende Erwägungen zu Ihrer Kenntnis zu bringen, die das Ministerium des Auswärtigen bei ihrer Beurteilung für notwendig halten würde.

In dem soeben begonnenen Balkankriege müssen folgende zwei Umstände beachtet werden: erstens die Beschränktheit der Hilfsmittel der beiden kriegführenden Teile, insbesondere der Balkanstaaten, und zweitens die Notwendigkeit, mit dem möglichen Erfolge sowohl der Balkanstaaten wie auch der Türkei zu rechnen.

Diese beiden Bedingungen müssen bei der Bestimmung unserer nächstliegenden politischen Aufgaben und militärischen Möglichkeiten notwendig im Auge behalten werden. Das Ministerium des Auswärtigen setzt sich zum Ziele, wenn es möglich erscheint die Mächte zu dem Zwecke zu vereinigen, sich nach den ersten entscheidenden Aktionen in den Krieg einzumischen, bevor die Kräfte der Gegner erschöpft sind. Die Möglichkeit einer solchen Wendung des Krieges in nächster Zukunft ist vorauszusehen.

Da zweierlei Ergebnisse der kriegerischen Aktionen möglich sind, so müssen wir zweierlei für uns gefährliche Schwierigkeiten in Erwägung ziehen.

Falls die Balkanstaaten die Oberhand gewinnen und durch das Ergebnis des Krieges die Unverletzlichkeit des territorialen

status quo in der Türkei bedroht werden sollte, ist sowohl ein diplomatisches wie auch militärisches aktives Vorgehen Österreichs und Rumäniens nicht ausgeschlossen. Auf diese Möglichkeit deuten die kriegerischen Vorbereitungen beider Staaten hin, die geräuschlos und vorsichtig ausgeführt werden und von denen die Berichte unserer militärischen Agenten in Wien und Bukarest zeugen. Vom politischen Standpunkt aus erscheint es zweckmäßig, diesen Maßnahmen unsererseits ebensolche gegenüberzustellen, die ebenfalls mit größter Vorsicht und möglichst geräuschlos durchzuführen sind.

Über den seitens des Militärressorts erfolgten Beschluß, solche Maßnahmen zu treffen, hat das Kriegsministerium bereits am 4. d. M. in der Sitzung des Ministerrats Mitteilung gemacht.

Es muß aber auch die zweite Möglichkeit vorausgesehen werden, nämlich, daß die türkische Armee das Übergewicht erhält, oder jedenfalls, daß die Türkei auf eine Verschleppung des Krieges rechnen wird, wodurch die Balkanstaaten in eine kritische Lage kommen würden. Darauf, daß die Türkei nur dem diplomatischen Druck der Mächte nachgeben und auf Bedingungen, die für ihre Gegner annehmbar sind, eingehen würde, ist kaum zu rechnen, ganz abgesehen von der Schwierigkeit, die Mächte zu einem gemeinsamen Druck zu vereinigen.

Die Vorstellungen unserer Diplomatie werden insoweit ins Gewicht fallen, als sie sich auf eine reale Kraft stützen werden. Es muß als wesentlich erachtet werden, daß es uns möglich ist, im nötigen Moment an unserer kaukasischen Grenze über eine solche Kraft zu verfügen, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß die Türken einen Teil ihrer Truppen von unserer Grenze auf den Kriegsschauplatz zu bringen scheinen.

Es dürften daher, um vorzubeugen, daß wir von den Ereignissen überrascht werden, auch in unseren an die Türkei grenzenden Gebieten vorsichtige, aber planmäßige Vorbereitungen zur Zeit ebenso zweckmäßig erscheinen wie die obenerwähnten Maßnahmen gegenüber Österreich und Rumänien.

Ich fühle mich verpflichtet hinzuzufügen, daß, wenn jede unnötige Verlautbarung und jeder Lärm äußerst unerwünscht sind, es noch in größerem Maße für unsere Aufgabe der Wahrung

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

der Interessen Rußlands bei Erhaltung des Friedens als wesentlich erscheint, daß wir und unsere Rivalen das Bewußtsein haben, daß unsere diplomatischen Vorstellungen in gehöriger Weise durch militärische Kräfte unterstützt werden können.

In gleicher Weise dürfen wir auf eine reale Unterstützung Frankreichs und Englands höchstwahrscheinlich nur in dem Maße rechnen, als diese beiden Mächte mit dem Grade unserer Bereitschaft zur Übernahme von Risikos rechnen können.

Zur persönlichen Kenntnisnahme Eurer Exzellenz füge ich eine Abschrift des Telegramms unseres Gesandten in Sofia vom 4. Oktober d. J. — Nr. 175 — bei.

Bericht des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an das russische Außenministerium vom 10./23. Oktober 1912.

Indem ich bei Tag und bei Nacht verschiedene Eventualitäten, die eintreten könnten, in Erwägung ziehe, bleibe ich unwillkürlich bei folgenden drei Möglichkeiten stehen: ein entscheidender Sieg der Balkanstaaten; ein ebensolcher Sieg der Türkei; eine Verschleppung der kriegerischen Aktionen und als deren Folge Unruhen und Gemetzel der Christen in Konstantinopel oder anderen Orten des türkischen Reiches.

Die erstere von diesen Möglichkeiten, die meines Erachtens am wenigsten wahrscheinlich ist, wäre zugleich in ihren Folgen am bedrohlichsten für den allgemeinen Frieden; sie würde die Frage über den Kampf des Slawentums nicht nur mit dem Islam, sondern auch mit dem Germanismus sofort in ihrer ganzen historischen Größe in den Vordergrund rücken. In diesem Falle kann man kaum Hoffnung auf irgendwelche Palliativmittel setzen und man muß sich auf einen großen und entscheidenden allgemeinen europäischen Krieg vorbereiten.

Etwas weniger gefährlich, vom allgemeinen europäischen Standpunkt aus, jedoch äußerst beschwerlich für uns würde ein entscheidender Sieg der Türkei sein. Ein solcher Sieg würde eine starke Erregung unserer öffentlichen Meinung hervorrufen und uns die Pflicht auferlegen, den slawischen Staaten zu Hilfe zu kommen. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich mich, daß zur Zeit meiner Verwaltung des Ministeriums des Auswärtigen die damals nicht zustande gekommene Militärkonvention mit

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bulgarien beraten wurde (ob sie später zustande kam, weiß ich nicht). Die Bulgaren erklärten, daß sie, im Falle eines Krieges mit der Türkei allein, von uns keine andere Hilfe verlangten, als die Mobilmachung des kaukasischen Militärbezirks. Ich erinnere mich auch, daß Ende 1906 oder Anfang 1907 der damalige Chef des Generalstabes General Palizyn aus eigenem Antriebe fast einen Krieg mit der Türkei an unserer kaukasischen Grenze angestiftet hätte. Er glaubte naiv, daß ein solcher „kleiner Krieg" lokalisiert bleiben könnte. Mit Hilfe des verstorbenen Stolypin gebot ich diesen Versuchen schroff Einhalt, wobei ich als Hauptargument darauf hinwies, daß jeder Zusammenstoß zwischen uns und der Türkei, selbst an der kaukasischen Grenze, sofort als Signal zum Vorgehen der Balkanstaaten gegen die Türkei dienen würde. Zur Zeit fällt dieses Argument fort und mir scheint, daß schon jetzt notwendigerweise vorauszusehen ist, daß die Ereignisse uns veranlassen können, zu dem obengenannten verhältnismäßig gefahrlosen, aber gleichzeitig wirksamen Mittel eines Druckes auf die Türkei zu greifen. Da ich fast täglich mit Poincaré zusammenkomme und in vertraulichen Unterredungen mit ihm die verschiedensten Gegenstände berühre, hielt ich es für möglich, auch diese Frage anzurühren mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß ich lediglich meine persönlichen Ansichten zum Ausdruck bringe und sozusagen laut denke. Zunächst erschreckte ihn mein Gedanke sichtlich. Er erwiderte mir, daß ein solch einseitiges Vorgehen Rußlands die einheitliche Art der Tätigkeit der Mächte verletzen und Österreich zu einem parallelen Vorgehen veranlassen würde. Dieses würde nach seiner Überzeugung eine starke Erregung in England gegen Rußland erwecken und zur Spaltung des Dreiverbandes führen. Ich erwiderte ihm, daß ich nur den Fall eines entscheidenden Erfolges der Türkei im Auge hätte. Österreich sei nicht an der Verstärkung des türkischen Reiches interessiert, sondern nur an der Schwächung der slawischen Staaten; es werde daher im Falle einer Niederlage der letzteren kaum einen Grund zur Einmischung suchen und werde sich zu den Verwickelungen zwischen uns und der Türkei auf dem asiatischen Kriegsschauplatz wahrscheinlich ruhig verhalten. Für Deutschland seien solche Verwickelungen, die uns von unseren westlichen Grenzen abziehen,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nur vorteilhaft und wünschenswert. Was England betreffe, so liege es in seinem Interesse, keinen Zusammenstoß zwischen uns und der Türkei zuzulassen und als Vermittler und Friedensstifter aufzutreten. Heute konnte ich mich davon überzeugen, daß meine Unterredung nicht umsonst gewesen war und daß Poincaré sich zu meiner Idee nicht allein mit großer Ruhe, sondern mit einem gewissen Interesse (ich will nicht sagen, mit einiger Sympathie) verhält, als zu einer solchen Form unserer uns aufgezwungenen Einmischung, die für den allgemeinen Frieden am wenigsten gefährlich sein würde.

Ich hoffe, daß Sie mich nicht tadeln werden, weil ich eine so wichtige und heikle Frage eigenmächtig Poincaré gegenüber berührt habe. Es erscheint mir für uns günstig, ihm die Überzeugung von der Unvermeidlichkeit unserer unter gewissen Umständen notwendigen aktiven Einmischung beizubringen. Wenn wir uns einer solchen Einmischung enthalten werden, machen wir uns dadurch der Dankbarkeit Frankreichs verdient. Tritt aber die Einmischung ein, so wird Poincaré darauf vorbereitet sein und uns eine wertvolle diplomatische Mitwirkung zu ihrer Lokalisierung gewähren können. Ich erlaube mir zu bemerken, daß, wenn wir uns je nach dem Gang der Ereignisse entweder zur Mobilmachung oder auch nur zur Translozierung unserer kaukasischen Truppen entschließen werden müssen, es notwendig erscheint, Poincaré davon rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, damit er uns in entsprechender Weise helfen kann, die Wege in London zu ebnen.

Die dritte Möglichkeit, die Verschleppung der kriegerischen Aktionen ohne entscheidende Erfolge auf der einen oder anderen Seite, dürfte für eine kollektive Vermittlung der Mächte besonders günstig sein und wird uns wahrscheinlich von der Notwendigkeit einer einseitigen aktiven Einmischung befreien. Andererseits kann eine solche Konjunktur entweder in Konstantinopel oder in anderen Orten des türkischen Reiches innere Unruhen und ein Gemetzel der Christen hervorrufen. Es ist sehr schwer, Umfang und Charakter solcher Ereignisse vorauszusehen und die etwa notwendig erscheinenden Maßnahmen vorher zu bestimmen. Ich halte es jedoch für nützlich, Sie bei dieser Gelegenheit an die Verhandlungen zu erinnern, die im Jahre 1896 anläßlich

des armenischen Gemetzels und der in Konstantinopel erwarteten Unruhen zwischen den Mächten stattfanden.

Auf Initiative des französischen Ministers des Auswärtigen Hanotaux wurde der Vorschlag gemacht, in der Nähe der Dardanellen eine Anzahl Kriegsschiffe, mir scheint je zwei von jeder Macht, zu konzentrieren. Die Antwort der russischen Regierung wurde in Form einer sehr geheimen Denkschrift dem französischen Botschafter in Petersburg ausgehändigt und dem Baron Mohrenheim in Paris streng geheim zur persönlichen Kenntnisnahme mitgeteilt. Leider konnte ich diese Denkschrift im Archiv der Botschaft nicht finden, und bisher ist sie auch in dem französischen Ministerium des Auswärtigen nicht aufgefunden worden. Ich erinnere mich, daß, indem wir uns mit dem Vorschlage Hanotaux's einverstanden erklärten, wir einen Vorbehalt bezüglich etwa notwendig erscheinender besonderer Aktionen unserer Schwarzmeer-Flotte machten, wobei, wenn ich nicht irre, die Möglichkeit einer von uns zu erfolgenden Besetzung einiger Punkte des Bosporus vorgesehen wurde. Auf diesen Präzedenzfall habe ich zur Zeit der Konstantinopeler Revolution im Jahre 1908, als dort ebenfalls Unruhen erwartet wurden, aufmerksam gemacht.

Glauben Sie nicht, daß es auch heute nützlich wäre, jenen Präzedenzfall ins Gedächtnis zurückzurufen? In den Gesprächen mit mir erkannte Poincaré wiederholt die Möglichkeit an, unter gewissen Umständen nicht nur rein diplomatische Aktionen vorzunehmen, sondern auch kollektive Demonstrationen entweder aller Mächte oder auch einzelner Gruppen zu veranstalten. Es ist sehr wünschenswert, die Art und Weise solcher Schritte vorher festzustellen und die Kabinette für den Fall ihrer plötzlichen Notwendigkeit darauf vorzubereiten.

Indem ich von einer ruhigen Beurteilung, sogar von einem gewissen Interesse schrieb, das Poincaré für den Gedanken der Möglichkeit eines Druckes Rußlands auf die Türkei durch Mobilmachung oder Translozierung der Truppen im Kaukasus zeigte, habe ich vergessen hinzuzufügen, daß Poincaré mich dennoch sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinwies, vor Beschlußfassung derartiger Maßnahmen alle Mittel einer kollektiven Einwirkung der Mächte auf die Türkei im Falle

ihres siegreichen Vorgehens gegen die Balkanstaaten zu erschöpfen. Poincaré drückte mir dabei die Zuversicht aus, daß eine solche Einwirkung, wenn sie mit der nötigen Einmütigkeit durchgeführt werde, sich wirksam erweisen müsse. Er glaubt auch nach wie vor, daß die Mächte im Falle des Erfolges der türkischen Waffen ihre Vorstellungen bei der Pforte zugunsten ernstlicher Reformen in Mazedonien mit Erfolg fortsetzen könnten. Ich verhehlte ihm nicht, daß ich an eine solche Möglichkeit sehr wenig glaube, und daß nur eine besiegte und erschöpfte Türkei eine Einmischung der Mächte in diese Frage zulassen würde.

Auszug aus dem Berichte des russischen Außenministers Sasonow an den Zaren über seine Auslandsreise im September—Oktober 1912.

. . . Die Lage auf dem Balkan, die schon seit einiger Zeit sehr unbefriedigend war, hat sich während meines Aufenthalts im Auslande weiter zugespitzt. Demgemäß sind die damit verbundenen Fragen an die erste Stelle gerückt und haben in meinen Verhandlungen mit den Staatsmännern in England, Frankreich und Deutschland den bedeutendsten Platz eingenommen.

Allen war es klar, daß die Verhältnisse auf dem Balkan, wenn man sie sich auswachsen ließe, eine so bedrohliche Wendung annehmen könnten, daß auch die Großmächte unvermeidlich in äußerst gefahrvolle Verwicklungen verstrickt werden würden. In gleicher Weise war es auch klar, daß man die anrückende Gefahr nur durch gemeinsame schnelle Einwirkung aller Großmächte abwenden könne.

In dieser Beziehung erschien meine Anwesenheit in den wichtigsten europäischen Residenzen in einem so ernsten Augenblick äußerst zeitgemäß, da der persönliche Meinungsaustausch mit den Leitern der auswärtigen Politik Englands, Frankreichs und Deutschlands diejenigen Verhandlungen erleichterte und beschleunigte, die auf die Einigung der Mächte hinzielten und ihr Vorgehen in Einklang bringen sollten.

Noch während meiner Anwesenheit in Balmoral erfolgte der Euerer Majestät bekannte Vorschlag Poincarés, der vier Punkte enthielt, zu deren Annahme Rußland, Frankreich und England, nach der Meinung des Verfassers des Projekts, Österreich und Deutschland bewegen sollten. Der dritte der bezeich-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

neten Punkte, der die Möglichkeit von Zwangsmaßnahmen gegenüber der Türkei erwähnte, fand nicht die Billigung des Kabinetts von St. James, das sogar eine Anspielung auf eine solche Möglichkeit nicht wünschte.

Unterdessen gelang es unserem Botschafter in Paris, in meinem Auftrage Poincaré klarzumachen, daß sich der Schlüssel zur Lage in Wien befinde, da das Vorgehen der übrigen Mächte erfolglos bleiben würde, wenn Österreich sich behufs friedlicher Beilegung der Unruhen den Mächten nicht anschließen sollte und irgendwelche einseitige Schritte unternehmen würde und wir selbst gezwungen werden könnten, die Politik des Nichteinmischens, an der wir aufrichtig festhalten wollen, zu verlassen. In Anbetracht dessen trat die französische Regierung mit einem neuen Vorschlage hervor, die Mächte sollten Rußland und Österreich beauftragen, als die an der Aufrechterhaltung der Ruhe auf dem Balkan am meisten interessierten Staaten, im Namen der Großmächte in den Balkanresidenzen Erklärungen abzugeben, die die Eröffnung der Feindseligkeiten verhindern sollen. Dieser Vorschlag wurde bekanntlich mit der von England eingebrachten dahingehenden Korrektur von allen angenommen, daß die entsprechende Erklärung in Konstantinopel von den Vertretern aller fünf Großmächte gemacht werden sollte.

Meinerseits habe ich, noch bevor die Antwort aus Wien eintraf, eine Zusammenkunft mit dem österreichischen Botschafter bei meiner Rückreise in London benutzt, um ihn zu bitten, die Aufmerksamkeit seiner Regierung auf die Bedeutung zu richten, die wir der Mitarbeit Österreichs zusammen mit den anderen Mächten im gegenwärtigen beunruhigenden Augenblick beimessen. Dabei gab ich dem Grafen Mensdorff zu verstehen, daß die Nichteinmischung Rußlands in die Balkanwirren durch ein ebensolches Verhalten Österreich-Ungarns bedingt sei. Was den Vorschlag Poincarés über das gemeinsame Vorgehen Rußlands und Österreichs im Auftrage der übrigen Mächte betrifft, so erachte ich es für angängig, mich dazu wohlwollend zu verhalten, da er in gewissem Maße die Handlungsfreiheit Österreichs bindet und gleichzeitig uns einen Anlaß zu lebhaftem Meinungsaustausch mit dem Wiener Kabinett bietet, ohne daß die Initiative dazu von uns ausgeht.

Während meines dreitägigen Aufenthalts in Paris bildeten die Balkanangelegenheiten die größte Sorge der europäischen Kabinette und umfaßten den größten Teil meiner Verhandlungen mit Poincaré.

Nachdem der französische Minister des Auswärtigen sich mit mir beraten hatte, arbeitete er die Formel für die Erklärung in den Balkanresidenzen aus und bemühte sich, dazu das Einverständnis der Mächte schnellstens zu erlangen.

Während ich in London, Paris und Berlin die Vertreter der Pforte und der Balkanstaaten empfing, erteilte ich ihnen eindringliche Mahnungen zur Einsicht. In Paris haben Poincaré und ich einmal sogar zusammen die Vertreter Bulgariens, Serbiens und Griechenlands empfangen, um unseren Vorhaltungen mehr Gewicht beizulegen.

Den türkischen Botschafter in London Tewfik Pascha wies ich wiederholt darauf hin, daß es für die Pforte wünschenswert sei, mit Italien Frieden zu schließen, da Hoffnung vorhanden sei, daß dies den Eifer der übrigen Gegner der Pforte mäßigen werde und die Eröffnung der Feindseligkeiten dadurch verhindert werden könnte. Tatsächlich ist der Einfluß des italienisch-türkischen Krieges im Sinne der Begünstigung der Balkanvölker, ihre chronischen Streitigkeiten durch Waffengewalt zu lösen, jetzt für alle unbezweifelbar geworden und ich mußte unter dem Ausdruck des Bedauerns anhören, daß die Mächte seinerzeit sich nicht genügend aufmerksam zur Aufforderung Rußlands verhalten hatten, dem Krieg um Tripolis ein Ende zu machen, bevor die Feuersbrunst auf dem Balkan entstand.

Die durch die dargelegten Umstände verursachten nacheinanderfolgenden Verhandlungen in England, Paris und Berlin ermöglichen es mir, auf Grund persönlicher Eindrücke eine ziemlich klare Vorstellung über das unterschiedliche Verhalten der drei Großmächte in den Balkanfragen zu bilden.

Alle Handlungen Englands sind gegenwärtig von einer wichtigsten Sorge beherrscht, nämlich sich nicht den Unwillen der muselmanischen Welt zuzuziehen, um zur notwendigen Sicherung der englischen Herrschaft in Indien sich dort auf den mohammedanischen Teil der Bevölkerung stützen zu können. Daher resultiert die scheinbare Gleichgültigkeit gegenüber dem

Schicksal der unter der Botmäßigkeit der Türkei befindlichen Christen, die dem früheren Verhalten Englands widerspricht, daher die unentschlossene Politik in Persien und in Zentralasien.

Abgesehen davon wird England von dem Wunsch geleitet, die jetzige ottomanische Regierung nicht zu schwächen, in der ein Parteigänger Englands, Kiamil Pascha, eine bedeutende Rolle spielt, sowie zu verhindern, daß die Jungtürken mit Ferid Pascha an die Regierung kommen, der als Anhänger Deutschlands betrachtet wird.

Diese Erwägungen erklären es, daß England bei allem Verlangen, gemeinsam mit den anderen Mächten zur Beruhigung des Balkans beizutragen, nicht weniger oft die gemeinsame Sache verhindert hat, indem es aus Befürchtungen vor dem Eindruck, den dieses Verhalten in Konstantinopel machen könnte, schwankte, dieser oder jener Maßnahme zuzustimmen.

Indem man das oben Gesagte in Betracht zieht, kann man mit Bestimmtheit erklären, daß man auf die Unterstützung Englands nicht rechnen darf, wenn die weitere Zuspitzung der Ereignisse irgendeinen energischen Druck auf die Pforte erforderlich machen sollte.

In Frankreich erweckten die Verwickelungen auf dem Balkan zweierlei Arten von Besorgnissen, durch die das Verhalten unseres Verbündeten zu den gegenwärtigen Ereignissen bestimmt wird.

Erstens flößt Frankreich der Gedanke Besorgnisse ein, daß die Balkanereignisse auf diese oder jene Art die Einmischung der meistinteressierten Mächte, nämlich Rußlands und Österreichs, hervorrufen könnten und dadurch wiederum Frankreich in den Krieg verwickeln könnten. Eine derartige Befürchtung hat insbesondere Poincaré bewogen, uns im vergangenen Sommer durchaus freundschaftlich und vertraulich daran zu erinnern, daß nach dem Buchstaben des Bündnisvertrages nur ein Angriff Deutschlands auf Rußland als Anlaß zur Verwirklichung der Verpflichtungen Frankreichs uns gegenüber dienen könnte.

Zweitens hat Frankreich in verschiedenen Unternehmungen auf dem Balkan bedeutende Kapitalien investiert und kann infolgedessen den sich dort entwickelnden Wirren, durch die es materielle Verluste erleidet, nicht gleichgültig zuschauen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Darum erstrebt die französische Regierung mit solchen Anstrengungen eine friedliche Lösung der entstandenen Zusammenstöße und hat zu einer Reihe von Vorschlägen, die auf dieses Ziel gerichtet waren, die Initiative ergriffen.

Wie es mir in Berlin gelang festzustellen, erregt der Krieg unter den Balkanstaaten an und für sich Deutschland wenig, aber nach dem Beispiel Frankreichs fürchtet Deutschland infolge seiner Bündnisverpflichtungen in einen europäischen Krieg verwickelt zu werden und ist darum bereit, alles mögliche zur Lokalisierung eines Balkankrieges zu tun, falls ein solcher sich nicht vermeiden lassen sollte. Von diesem Gesichtspunkt aus wurde der Vorschlag Poincarés, Rußland und Österreich mit der Verkündigung des Willens Europas in Sofia, Belgrad, Cettinje und Athen zu beauftragen, in Berlin sehr sympathisch begrüßt, um so mehr, als man jetzt dort anscheinend an der Neigung des Wiener Kabinetts, auf die Ratschläge des nördlichen Verbündeten zu hören, zweifelt und man daher vorzieht, seinen Einfluß in Wien nicht einer Belastungsprobe zu unterwerfen, weil man befürchtet, dort den früheren gehorsamen Widerhall nicht mehr zu finden. Eine solche Sachlage erklärt sich, wie es mir scheint, in gewissem Maße dadurch, daß Österreich nicht abgeneigt ist, seine Unabhängigkeit von Deutschland hervorzuheben, indem es die Notwendigkeit für Deutschland, am Bündnis mit Österreich festzuhalten, und seine Furcht, von allen Großmächten isoliert dazustehen, ausnutzt.

Jedenfalls hat man mir in Berlin mehrfach wiederholt, daß man im voraus bereit sei, alle Maßnahmen gutzuheißen, über die eine Verständigung zwischen Rußland und Österreich erfolgt sei.

Dieselben Schattierungen, die im Verhalten der erwähnten Mächte gegenüber der allgemeinen Lage auf dem Balkan vorhanden sind, machen sich auch in ihren Ansichten über die einzelnen Fragen, die mit dem nahen Orient verknüpft sind, bemerkbar.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vierzehntes Kapitel.

Die Großmächte während des Balkankrieges*).

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Oktober 1912. — Nr. 267.

Persönlich. Sehr vertraulich. Man fürchtet hier immer mehr den Krieg und die Möglichkeit von Komplikationen; zu dem durch die Poincaréschen Formeln eingeschränkten Programm hat man nur wenig Zutrauen. Die Aufmerksamkeit lenkt sich auf die österreichisch-russischen Beziehungen. Immer mehr macht sich die Meinung geltend, daß, wenn ein Einvernehmen zwischen Wien und uns erzielt werden könnte, dieses überall mit Befriedigung aufgenommen werden würde. Die Rolle der am meisten interessierten Mächte würde als gerechtfertigt anerkannt werden und außerdem würde das Zusammengehen Rußlands mit Österreich eine absolute Garantie der Uneigennützigkeit bieten, welche vielleicht allein geeignet wäre, den Versuchen, Zwietracht zu säen, zu begegnen. Das vollkommene Zutrauen der englischen Regierung zu der unsrigen würde nicht genügen. Immerhin ist dies Zutrauen so groß, daß jede russische Initiative im angedeuteten Sinne eine tatkräftige Unterstützung Englands finden würde. Vielleicht könnte eine derartige Initiative das französische Programm folgendermaßen ersetzen: Rußland und Österreich würden von Europa ein neues Mandat erhalten, um im geeigneten Augenblicke bei den Balkanstaaten zu intervenieren, und dieser Schritt würde sofort von allen Mächten in Konstantinopel unterstützt werden. Folgendes wären ungefähr die Grundlagen der Friedensbedingungen, die den Kriegführenden im Augenblicke der Intervention mitzuteilen wären:

---

*) Siehe auch Kapitel III und XIII.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vollkommene Erhaltung der Türkei in Konstantinopel und dessen Distrikt. Nominale türkische Souveränität in allen übrigen Provinzen der europäischen Türkei mit Einführung organischer Reformen unter der gemeinsamen Kontrolle und Garantie der Großmächte. Keine territorialen Veränderungen für die Kriegführenden.

Meiner Ansicht nach hat dieser Plan folgende Vorzüge: die wirklichen Interessen Rußlands werden geschützt; sein internationales Prestige und seine Autorität für die Zukunft werden gestärkt; eine Garantie der Erhaltung des Friedens zwischen Rußland und Österreich; alle Intrigen, welche die jetzige Lage vergiften, werden gelähmt; endlich ein viel wirksameres und schnelleres Programm als das der Franzosen.

Ich kann nicht beurteilen, ob ein so festes Einvernehmen zwischen uns und Österreich möglich ist. Immerhin scheint mir die jetzige Haltung Österreichs hierzu günstig, vor allem, wenn das Wort Autonomie nicht ausgesprochen wird. Ich weiß auch nicht, ob Schwierigkeiten ganz anderer Art in Rußland erhoben werden würden, aber ich glaube, die Unterstützung Englands wäre Ihnen gesichert. Ich habe guten Grund, dies anzunehmen.

Um die Empfindlichkeit der Franzosen nicht zu verletzen, glaube ich, daß es richtig wäre, Grey zuerst ganz vertraulich zu befragen. Sind Sie damit einverstanden, so kann ich es von mir aus persönlich tun. Seiner Verschwiegenheit sind wir sicher. Ich bitte um Antwort.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Oktober 1912. — Nr. 268.

Ich habe seinerzeit Nicolson ganz vertraulich von dem Abschlusse des serbisch-bulgarischen Bündnisses Kenntnis gegeben. Nicolson wußte bereits davon, wahrscheinlich durch das Pariser Kabinett. Er hat damals diese Konvention als gegen die Möglichkeit österreichischer Übergriffe gerichtet betrachtet. Er hat keine Bemerkung hinzugefügt und nur gesagt, daß er kein Zutrauen zu der Diskretion König Ferdinands habe und nicht erstaunt sein würde, wenn letzterer im geheimen dem Wiener Kabinett irgendwelche Mitteilungen hierüber zukommen ließe.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Oktober 1912. — Nr. 269.

Grey hat mir das Telegramm Buchanans zu lesen gegeben, in dem dieser über sein Gespräch mit Ihnen vom 5./18. Oktober berichtet. Sie haben auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Mächte, und vor allem Rußland, England und Frankreich, sich möglichst genau über diejenigen Vorschläge verständigen, welche bei sich bietender Gelegenheit die Grundlage für eine Intervention bilden könnten. Grey teilt vollkommen Ihren Standpunkt. Er will heute auf diese Vorschläge nicht weiter eingehen und nur eine Bemerkung machen: er ist der Ansicht, daß in jedem Falle, selbst wenn die Türkei einen entscheidenden Sieg davontragen sollte, die Ordnung in den von Christen bewohnten türkischen Provinzen von Grund aus geändert werden muß; daß radikale Reformen mit direkter Einmischung der Mächte notwendig geworden sind; wenn das türkische nationale Gefühl hierdurch verletzt würde, so gäbe es kein anderes Mittel, als so gut wie möglich eine rein nominale türkische Souveränität aufrechtzuerhalten; er stimmt für die Erhaltung des territorialen status quo; und endlich dürfe die Türkei in keinem Falle einen Vorteil gewinnen. Grey hat gewisse Zweifel hinsichtlich Kretas. Er glaubt, daß das Schicksal dieser Insel gemeinsam von allen Großmächten, die Türkei inbegriffen, bestimmt werden muß. Er persönlich werde sich nur der Besitzergreifung Kretas durch eine andere Großmacht widersetzen, dasselbe beziehe sich auch auf die griechischen Inseln, die von Italien besetzt worden sind. Ich schaltete ein, daß ich wohl anzunehmen berechtigt sei, daß England selbst kein Auge auf diese Inseln geworfen habe. Grey hat mir geantwortet: „Keineswegs", und hinzugefügt, daß die Cartwright zugeschriebenen Worte eine reine Erfindung seien. Ich fragte Grey vertraulich, ob er dagegen sei, daß diese Insel einfach von Griechenland annektiert werde. Er antwortete, daß er keine Einwendungen erheben werde, wenn die Mächte ihre Zustimmung geben.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 8./21. Oktober 1912. — Nr. 270.

Ich beziehe mich auf das Telegramm Nr. 269. Grey setzte hierauf die Unterredung ganz vertraulich fort und sagte, er habe zu seinem Bedauern gehört, die russische Presse beschuldige ihn, Obstruktion gegen die russische Politik in der Türkei zu machen, um die mohammedanischen Gefühle zu schonen. Grey sagte mir, er halte diesen Vorwurf für ungerechtfertigt und er habe nur hinsichtlich Persiens anläßlich solcher Zwischenfälle wie z. B. in Meschhed darauf hingewiesen, daß es für England von Wichtigkeit sei, diese Gefühle zu schonen. Das, was er mir soeben über das Resultat dieses Krieges, soweit die Türkei in Betracht kommt, gesagt habe, müsse beweisen, daß die Schonung dieser Gefühle nur eine ganz untergeordnete Rolle spiele. Er hofft, daß die russische Regierung ihm dafür in Persien Erleichterungen schaffen wird, da die türkischen Fragen ihm, Grey, gewiß Schwierigkeiten bereiten werden; sie würden jedoch die Haltung Englands gewiß nicht beeinflussen.

Die ganze Unterredung mit Grey ist ein Beweis, daß bei ihm im Interesse der Erhaltung der Entente ein Meinungsumschwung stattgefunden hat und daß er entschlossen ist, der Entente zuliebe viel größere Zugeständnisse auf Kosten der Türkei zuzulassen als die, zu denen er bis jetzt bereit war. Ich halte diese Unterredung mit Grey für sehr wichtig.

Persönlicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 9./22. Oktober 1912.

Ich habe Ihnen gestern mehrere Telegramme von besonderer Bedeutung geschickt, vor allem dasjenige, in dem Grey Ihren Vorschlag bezüglich eines sofortigen Meinungsaustausches annimmt. Ich habe ihn hierauf gefragt, ob er irgendwelche Vorschläge zu machen habe. Grey ist zuerst auf den Vorwurf zu sprechen gekommen, daß er den Kalifen zu sehr schone. Sodann besprach er die Punkte, die in Paris festgelegt worden sind: Verbleiben des Sultans in Konstantinopel, Reformen, territoriale Integrität. Über den ersten Punkt hat er nichts gesagt;

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sein Schweigen läßt aber voraussetzen, daß er ihn aufrechterhält. Ganz besonders ausführlich hat er über die Reformen gesprochen. Er will, daß sie durchaus radikal seien, unter Kontrolle und Garantie der Mächte, wobei selbst ein endgültiger türkischer Sieg der Türkei keinen Vorteil bringen dürfe. Ich will keine voreiligen Schlüsse hinsichtlich des dritten Punktes der Integrität ziehen. Grey hatte schon territoriale Vorteile zugunsten der Türkei ausgeschlossen; im umgekehrten Sinne schien er weniger bestimmt zu sein. Dies ist alles, was ich sagen kann. Was die nominale türkische Souveränität anbelangt, so bedeuteten seine Worte, daß er ein Minimum zulassen werde: „so viele Formen einer türkischen Souveränität sind bereits gefunden worden, daß es leicht sein sollte, sich zu verständigen". Wie Sie sehen, er hat eigentlich nichts hinzugefügt, aber er hat die Frage in einem proslawischen oder vielmehr prochristlichen Sinne umschrieben und die ganze Situation geklärt. Dies wäre in jedem Falle wichtig gewesen, ist es um so mehr, als Greys Standpunkt wohl überlegt war. Ich habe manches über die geistige Arbeit innerhalb des Kabinettes gehört. Der Einfluß und der scharfe Verstand Nicolsons haben viel dazu beigetragen; wahrscheinlich auch der eine oder andere Brief Buchanans; manche behaupten auch, ohne daß ich dessen gewiß bin — der König. Sie können sich vorstellen, daß ich mich dem Auswärtigen Amte gegenüber nicht zum Verteidiger der russischen Presse aufgeworfen habe. Immerhin habe ich auf die vielen Fragen, die mir von parlamentarischer Seite gestellt worden sind: „Handelt es sich wirklich um eine sehr starke Strömung in Rußland, stärker als man erwartete?", bejahend geantwortet. Ich habe klar gesehen, daß folgendes Dilemma gelöst werden mußte: weitere Schonung des Kalifen in einem Maße, das mit der Entente mit Rußland unvereinbar war, oder aber Erhaltung der Entente und nur ein Minimum an Schonung des Kalifen, d. h. Verbleib des Sultans in Konstantinopel. Die Entente hat den Sieg davongetragen.

Dies wußte ich vor meiner Unterredung mit Grey und deshalb habe ich Ihnen mein vertrauliches Telegramm Nr. 267 geschickt.

Ich bin Grey dankbar, daß er heute endgültig Stellung

genommen hat, während der Kampf in seiner eigenen Partei noch andauert und während die Sache des Sultans hier noch starke Sympathien hat. Diese Evolution Greys beweist Mut.

Zum Schlusse — solange der Sultan in Konstantinopel bleibt, wird Grey allem zustimmen, was den Frieden erhalten wird, folglich wird jede Lösung, die für uns und Österreich annehmbar ist, auch für ihn annehmbar sein. Er hat aber keine Sympathie mit den österreichischen Absichten auf dem Balkan und in dem soeben angedeuteten Maße wird unser Programm und nicht dasjenige Österreichs, wenn es ein solches gibt, von ihm im Interesse der Entente unterstützt werden. Was mich nun vor allem beschäftigt, ist die Frage: Werden wir uns mit Österreich über radikale und dauerhafte Reformen verständigen können? Man kann jetzt voraussehen, daß bestimmte Reformen Österreich den Weg mehr noch als ein großserbisches Königreich verlegen werden. Ich sage Österreich, da ich wirklich keine andere Gefahr erblicke, denn es erscheint mir erwiesen, daß keine andere Macht den Krieg wünschen kann.

Wenn in persönlicher Hinsicht zwischen Grey und Ihnen das Ergebnis Ihres Besuches ein sehr befriedigendes gewesen ist, so steht zwischen Paris und London nicht alles zum besten. Es hat keine besondere Bedeutung, aber es steht nicht zum besten. Ich kenne nicht Paléologue. Man liebt ihn hier nicht besonders und man schreibt ihm eine bedeutende Rolle zu.

Die Ernennung Lichnowskys ist gut aufgenommen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. Oktober 1912. — Nr. 275.

Vertraulich. Cambon teilt mir mit, Nicolson habe die Meinung geäußert, daß eine der Großmächte ein Reformprojekt ausarbeiten müsse, und wenn es auch nicht vollständig sei, so sollte es doch in den Hauptlinien fest umrissen sein, um den andern Mächten vorgeschlagen zu werden. Nicolson glaubt, daß Rußland am besten hierzu geeignet sei. Und zwar wäre es am besten, wenn Rußland, ehe es seine Vorschläge den andern Mächten unterbreitet, sich zuerst mit Österreich verständigt.

Mein Eindruck ist der, daß man Formeln, die beständig ergänzt werden, hier nicht für praktisch hält.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 11./24. Oktober 1912. — Nr. 2314.

Ihr Telegramm Nr. 267 erhalten. Die in demselben enthaltenen Grundlagen halten wir für durchaus annehmbar und haben wir nach Paris zu einer redaktionellen Umarbeitung mitgeteilt. Wir würden es für möglich halten, die Garantie der Reformen durch die Mächte nicht zu erwähnen, da der Begriff einer Konferenz auch eine Garantie bedeutet. Gleichzeitig wollen wir uns mit der Ausarbeitung eines konkreten Reformprogramms befassen, über welches wir jederzeit verfügen könnten, selbst wenn, je nach den Ereignissen des Krieges, bedeutende Veränderungen in demselben vorgenommen werden müßten.

Wir würden gerne wissen, ob die von Ihnen angeführten Grundlagen von Grey formuliert worden sind oder ob sie sich aus Ihren allgemeinen Beobachtungen an Ort und Stelle ergeben. Wir lenken Ihre Aufmerksamkeit darauf, daß ein gemeinsames Vorgehen Rußlands mit Österreich allein, selbst wenn dies im Namen aller andern Mächte geschehen sollte, in keinem Falle stattfinden kann. Die Besserung in unseren Beziehungen zu Wien hat uns die Möglichkeit gegeben, den Krieg zu lokalisieren, aber wenn es sich um positive Aufgaben handelt, sowohl bei der Intervention als auch bei der Liquidierung des Krieges, so rechnen wir auf ein möglichst enges Einvernehmen mit Frankreich, England und Italien.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. Oktober 1912. — Nr. 282.

Nicolson hat mir gestern mit bezug auf Ihr Reformprogramm gesagt, daß, wenn der Erfolg der Alliierten anhält und sich weiter entwickelt, Ihr Projekt den neuen Bedingungen nicht mehr entsprechen dürfte. Als persönliche Ansicht wiederholte er mir, daß es schwer sein würde, das Prinzip der territorialen Integrität aufrechtzuerhalten. Er wies auf die Meinung hin, die fast in der ganzen englischen Presse zum Ausdruck gebracht wird. Ich versicherte ihm, Sie hätten sich die Möglichkeit vorbehalten, das Programm je nach den Bedürfnissen des

Augenblickes umzuändern, und deshalb seien territoriale Erwerbungen zugunsten der Alliierten nicht ausgeschlossen. Ich glaube, daß die Worte Nicolsons die Ansicht der englischen Regierung wiedergeben. Ich kann nur bestätigen, was Nicolson über die englische Presse sagt. Die Evolution ist ebenso schnell wie deutlich. In militärischen Kreisen schließt man jedoch noch nicht die Möglichkeit völlig aus, daß eine bei Konstantinopel konzentrierte türkische Armee eine Änderung in der Lage herbeiführe — wenn nur diese Armee nicht völlig demoralisiert ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 16./29. Oktober 1912. — Nr. 283.

Meine heutige Unterredung mit Nicolson bezog sich wieder auf Ihr Reformprojekt. Ich fragte ihn, ob er es kenne. Er antwortete: Nicht vollkommen. Ich habe es für nötig gehalten, ihm den Inhalt Ihres Telegrammes 2358 mitzuteilen. Nicolson antwortete ungefähr dasselbe wie gestern und zeigte ein besonderes Interesse, als ich ihm die für den Sultan reservierte Zone beschrieb. Ferner sagte ich ihm, ich könne ihm auch vertraulich Ihre Ansicht über die Erhaltung des status quo mitteilen. Ich sagte ihm, Sie gäben sich völlig Rechenschaft, daß für uns die Erhaltung des status quo ante nicht als Prinzip gelten könne, so daß, wenn die eine oder andere Macht sich für eine Veränderung desselben zugunsten der Alliierten aussprechen würde, es für Rußland psychologisch unmöglich sein würde, Einwendungen zu erheben. Nicolson sagte, daß er dies vollkommen verstünde. Ich teilte ihm mit, daß Sie sich deshalb so vorsichtig in dieser Hinsicht ausgesprochen hätten, weil Sie befürchteten, daß territoriale Vergrößerungen der Balkanländer entsprechende Kompensationsforderungen von seiten anderer Mächte hervorrufen könnten. Ich nannte zuerst Rumänien. Ich wolle in keiner Weise eine Meinung über die Absichten Österreichs äußern, doch seien Sie durch den plötzlichen und unerwarteten Umschwung in Wien überrascht worden; man müsse nicht zulassen, daß die Frage des Sandschaks aufgeworfen werde; übrigens braucht es sich nicht um territoriale Kompensationen zu handeln — irgendein anderes Projekt, als Be-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

dingung auferlegt, könnte Österreich einen vorherrschenden Einfluß auf dem Balkan sichern. Dies wäre für uns unannehmbar. Ich sagte Nicolson, daß Rußland sich im Falle einer Vermittlung gegen eine derartige Möglichkeit schützen müsse. Nicolson sagte mir, das eben Gehörte habe auf ihn einen großen Eindruck gemacht. Er fragte, ob er die gesamte Lage folgendermaßen zusammenfassen könne: Unser Reformprojekt hängt von Ereignissen ab, die territoriale Veränderungen notwendig machen können.

Notwendigkeit einer Uneigennützigkeits-Erklärung von seiten der vermittelnden Mächte.

Die Maritza als Grenze der der unverminderten Autorität des Sultans unterstellten Zone.

Ich antwortete, daß ich mit dieser Darlegung einverstanden sei, und fügte hinzu, Sie glaubten, es wäre nötig, die Vermittlung unter französischer Initiative zu beschleunigen.

Nicolson sagte, er werde mit niemand als mit Grey über das eben Gehörte sprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 17./30. Oktober 1912. — Nr. 284.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 283. In meiner Unterredung mit Nicolson habe ich absichtlich nicht gesagt, welche Art Abmachungen oder Vertrag zwischen Österreich und Serbien von uns befürchtet werde. Meine Beweisführung ging dahin, daß eine Uneigennützigkeits-Erklärung in jedem Falle nötig sei, vor allem aber, weil der Umschwung des Standpunktes Österreichs hinsichtlich des territorialen status quo darauf hindeuten könne, daß Österreich eine Kompensation anderer Art suche und zwar mittels eines Abkommens oder eines Bündnisses oder eines Handelsvertrages, und zwar als Bedingung auferlegt — was eine sehr bedeutende und mit russischen Interessen unzuvereinbarende Kompensation wäre. In diesem Falle würde Österreich nicht eine uneigennützige, sondern eine bedingte Haltung einnehmen, indem es vor allem seine eignen Interessen im Auge behalten würde. Ich glaube, dies ist wichtig, denn wenn wir schon heute voraussehen lassen würden, daß wir in Zukunft zu verhindern suchen werden, daß Öster-

reich sich in ökonomischer Hinsicht mit den vergrößerten Balkanstaaten verständigt, wären die Rollen ausgewechselt. Ich zweifle, daß wir in diesem Falle eine wirkliche Unterstützung bei den Westmächten finden würden. Denn wenn eine ökonomische Verständigung zwischen souveränen Staaten und entsprechend ihren gegenseitigen Interessen in Zukunft der Gefahr eines europäischen Krieges vorbeugen kann, so scheint mir, daß eine derartige Verstandigung sowohl von der öffentlichen Meinung, als auch von den Regierungen der Westmächte gebilligt werden wird. Andererseits jedoch kann man uns nicht verwehren, uns jeder Verständigung, wenn sie von Österreich im voraus als eine aufzuerlegende Bedingung aufgefaßt wird, zu widersetzen. Dies ist meiner Ansicht nach ein unanfechtbares Prinzip, ganz ebenso wie es nötig sein wird, ein gewisses Gleichgewicht zwischen den territorialen Erwerbungen der kriegführenden Balkanstaaten, besonders zwischen Bulgarien und Serbien herzustellen.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 18./31. Oktober 1912. — Nr. 675.

In letzter Zeit hat der französische Außenminister in seinen Gesprächen mit Iswolsky wiederholt darauf hingewiesen, daß es ihm durchaus wünschenswert erscheine, Grey ausführlichere Mitteilungen über den Inhalt des serbisch-bulgarischen Bündnisses und über die Haltung Rußlands in dieser Frage zu machen. In Anbetracht des Umstandes, daß die in Aussicht genommene Vermittlung der Mächte ein möglichst enges Einvernehmen zwischen Petersburg, Paris und London nötig macht, halten wir es für wünschenswert, daß Sie mit Grey auf diese Fragen, die Sie schon im Frühling mit ihm besprochen haben, jetzt nochmals zurückkommen.

Sie können ihm sagen, die russische Reigerung habe gewußt, daß Geschow seinerzeit durch Vermittlung des englischen Gesandten in Sofia dem Londoner Kabinekt hierüber Mitteilung gemacht habe; es habe deshalb für Sie nicht die Notwendigkeit bestanden, mit Grey ausführlich über diesen Vertrag zu sprechen, um so weniger als der letztere auf Wunsch der beiden interessierten Regierungen sehr geheim gehalten werden sollte.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Was nun den Vertrag zwischen Bulgarien und Serbien selbst anbelangt, so lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Standpunkt, den Rußland von Anfang an in dieser Angelegenheit eingenommen hat.

Die Kaiserliche Regierung ist seinerzeit über den Gang der Verhanolungen zwischen Sofia und Belgrad unterrichtet worden. Diese Verhandlungen sind von der Erwägung ausgegangen, daß dem Bruderkriege zwischen ihnen dadurch ein Ende gesetzt werden muß, daß ihre gegenseitigen Interessen abgegrenzt und die Sphäre ihres Einflusses in den Gebieten der europäischen Türkei genau bestimmt werden.

Unter dieser Bedingung hat das Abkommen zwischen den beiden Staaten unsere völlige Billigung gefunden. Denn in dem Zwiespalt zwischen Serbien und Bulgarien haben wir stets ein Hindernis zur Beruhigung des Balkans erblickt. Es bestand infolge des gegenseitigen Mißtrauens eine ungesunde und schwere Atmosphäre von Intrigen und Politisieren, die es unmöglich machte, die wirklichen nationalen Interessen beider Staaten zu vertreten. Alles, was dazu beitragen konnte, diese Atmosphäre zu reinigen, wurde von uns lebhaft begrüßt.

Da wir annahmen, daß die neuen Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien um so dauerhafter sein werden, als von dritter Seite kein Druck ausgeübt wird, haben wir uns in die direkten Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Sofia und Belgrad nicht eingemischt. Als der Vertrag unterschrieben war und uns mitgeteilt wurde, haben wir vieles in ihm gesehen, was über die oben beschriebenen Ziele hinausging und was uns ernstliche Bedenken einflößen mußte. Aber das hauptsächlichste Ziel, den unnormalen Beziehungen zwischen zwei benachbarten und blutsverwandten Völkern ein Ende zu setzen, war erreicht. Dieses Resultat wollten wir durch Entgegnungen und Proteste nicht in Frage stellen. In diesem Vertrage war auch die Rolle Rußlands als des höchsten Schiedsrichters im Falle von Meinungsverschiedenheiten festgelegt worden. Man hat uns nicht gefragt, ob wir damit einverstanden sind, daß Rußland in einem bulgarisch-serbischen Vertrage erwähnt wird, aber wenn wir einen derartigen Vorschlag ablehnten, so mußten wir befürchten, die weitere Entwicklung der Politik der beiden

Länder in einem unerwünschten Sinne zu beeinflussen. Diese Erwägungen haben uns veranlaßt, uns aller Entgegnungen zu enthalten.

Dies ist von Anfang an unser Standpunkt hinsichtlich des bulgarisch-serbischen Abkommens gewesen. Im jetzigen Augenblicke ist derjenige Teil des Vertrages von besonderer praktischer Bedeutung, welcher sich auf eine bestimmte Abgrenzung im Falle eines siegreichen Krieges mit der Türkei bezieht.

Auf Grund dieses Vertrages werden alle Gebiete, die gemeinsam erobert worden sind, den beiden vertragschließenden Mächten als Kondominium gehören und diese Eroberungen werden sofort und nicht später als innerhalb dreier Monate nach Friedensschluß folgendermaßen verteilt werden: (es folgt hier eine genaue Bestimmung der geographischen Grenzen zwischen Serbien und Bulgarien).

Indem ich obiges zu Ihrer Kenntnis bringe, lenke ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß die genaue Abgrenzung dieser Territorien in unseren Augen nicht eine endgültige Festsetzung der Grenzen bedeutet, sondern bloß einen Hinweis auf das gegenseitige Verhältnis der Interessen beider Staaten; dieses Verhältnis ist also von ihnen beiden anerkannt worden und innerhalb desselben wollen wir das richtige Gleichgewicht anläßlich eventuell nötig werdender Kompensationen hergestellt sehen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 18./31. Oktober 1912. — Nr. 2403.

Ich telegraphiere nach Sofia: Man muß in nächster Zeit mit neuen Erfolgen Bulgariens rechnen und durch eine Belagerung der Linie von Chataldja würde eine gefährliche Lage geschaffen werden. Wir befürchten in diesem Falle einen für Bulgarien ungünstigen Umschwung in der öffentlichen Meinung Europas und die Möglichkeit einer internationalen Besetzung der türkischen Hauptstadt, um der Gefahr großer Unruhen daselbst vorzubeugen und die Interessen der Gläubiger der Türkei zu schützen. Unter letzteren nehmen Frankreich und England

die erste Stellung ein. Man kann nicht annehmen, daß diese beiden Staaten ihre Interessen zum Opfer bringen werden, selbst wenn Rußland versuchen sollte, sie von irgendwelchen Handlungen zurückzuhalten. Wenn nun in Paris und London ein für den Balkanblock ungünstiger Umschwung eintreten sollte, so besteht kein Zweifel, daß dies in Wien und Bukarest benutzt werden würde, und wir haben wenig Hoffnung, daß es uns dann wie bisher gelingen würde, Österreich und Rumänien von einem Eingreifen zurückzuhalten. Alle diese Erwägungen veranlassen uns, der bulgarischen Regierung freundschaftlich aber ernstlich zu raten, die Notwendigkeit der Besonnenheit einzusehen und rechtzeitig stehenzubleiben. Wir nehmen an, daß in diesem Falle, und ehe ein möglicher Mißerfolg vor Chataldja eintritt, die Balkanstaaten auf territoriale Erwerbungen rechnen können. Auf alle Fälle ist ihnen die volle Unterstützung unserer Diplomatie zugesichert, unter der Bulgarien gut bekannten Bedingung, daß alle Kompensationen in der Gestalt von Reformen oder territorialen Erwerbungen durch eine Linie, die von der Mündung der Maritza über Adrianopel nach dem Schwarzen Meer führt, begrenzt werden. Von dieser Linie an muß das ganze Territorium, das zu Konstantinopel gehört, unter der wirklichen Souveränität des Sultans bleiben. In dieser Frage sind keinerlei Kompromisse möglich. Wir hoffen, daß Bulgarien sich und Rußland nicht in die schwierige Lage versetzen wird, daß wir dies in Sofia mit größerem Nachdruck betonen müssen. Ich bitte Sie, uns das Resultat Ihrer Unterredung mit Geschow mitteilen zu wollen.

Telegramm des russischen Außenministers an die russischen Botschafter in Paris und London vom 18./31. Oktober 1912. — Nr. 2405.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 2403. Persönlich. Freundschaftliche aber ernstliche Vorstellungen Frankreichs und Englands in Sofia und Belgrad wären uns sehr erwünscht, doch müßten dieselben nicht den Charakter eines vereinbarten Schrittes haben und von unserer Initiative nichts merken lassen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. Oktober/1. November 1912. — Nr. 290.

Ihr Telegramm 2405 erhalten. Persönlich. Ich bitte Sie zu beachten, daß die letzten Ereignisse hier einen so starken Eindruck hervorgerufen haben, daß jedes Interesse für die Sache der Türkei geschwunden ist. Ich kann noch nicht beurteilen, wie weit diese Stimmung gehen wird, aber es kann sehr weit sein. Grey wird im Parlament starkem Widerstand gegen die Erhaltung der Türkei auf dem Balkan, außer Konstantinopel, begegnen. Ich will mich jedoch nicht äußern, welchen Eindruck hier die Besetzung Konstantinopels durch die Bulgaren hervorrufen würde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 20. Oktober/2. November 1912.

Wir haben die folgenden Vorschläge Frankreichs angenommen: 1. Die Mächte werden einen Kollektivschritt bei den kriegführenden Staaten unternehmen, um die Feindseligkeiten einzustellen. 2. Die Souveränität des Sultans wird in Konstantinopel und dem angrenzenden Bezirke ohne Einschränkung aufrechterhalten. 3. In den anderen Teilen der europäischen Türkei wird die nationale, politische und administrative Ordnung je nach den entsprechenden Gebieten verändert werden, und zwar in der Art, daß die Interessen aller interessierten Staaten in das richtige Gleichgewicht gebracht werden. 4. Um diese verschiedenen Fragen gemeinschaftlich zu lösen, werden sich die Mächte zu einer Konferenz versammeln, zu der auch die kriegführenden Staaten und Rumänien eingeladen werden sollen. Unsern Standpunkt entwickle ich in dem Telegramm Nr. 2423.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 20. Oktober/2. November 1912. — Nr. 2423.

Unserer Ansicht nach kann ein Eingreifen der Mächte in den Krieg nur Erfolg haben, wenn dieser Schritt sofort geschieht. Das allgemeine Interesse der Sicherung Konstantinopels erfordert die Schaffung einer Verteidigungszone, die der wirklichen Souveränität des Sultans unterstellt sein würde. Die Grenze dieses Gebietes wird durch die Ihnen schon bekannte

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Linie von der Mündung der Maritza unter Einschluß von Adrianopel bis zum Schwarzen Meere bestimmt. Der ganze übrige Teil der europäischen Türkei muß unserer Ansicht nach auf Grund des Rechtes der faktischen Besitzergreifung zwischen den Alliierten geteilt werden. In dieser Hinsicht sind wir bereit, das Höchstmaß des Erreichbaren zu vertreten. Auf diese Weise würde auf dem Balkan ein dauerhafter Friede gesichert und das schwierige Verfahren einer Vermittlung vereinfacht werden. Nur eine schnelle und einmütige Zustimmung der Mächte zu diesen Bedingungen kann der Gefahr einer Besetzung Konstantinopels durch die Balkan-Alliierten vorbeugen, was europäische Verwicklungen zur Folge haben könnte, denn wenn die Alliierten nicht eine bestimmte Zusage hinsichtlich der Erfüllung ihrer Wünsche von den Mächten erhalten, so werden sie nicht imstande sein, noch länger zuzuwarten, und sie können zur Besetzung Konstantinopels schreiten, um sich ein Faustpfand zu sichern. Natürlich müßte man gleichzeitig auch verschiedene andere Nebenfragen prüfen. Im Prinzip halten wir es für möglich, die Bildung eines autonomen Albaniens unter der Souveränität des Sultans zuzulassen, wobei die Notwendigkeit nicht vergessen werden darf, Serbien einen Zugang zum Adriatischen Meere zu geben. Zwischen Bulgarien und Rumänien muß eine Grenzverbesserung vorgenommen werden, um letzteres für seine loyale Haltung während des Krieges zu belohnen. Wir sind bereit, diesbezügliche Schritte in Sofia zu unterstützen. Wir würden es zulassen, daß zwischen Österreich und Serbien ein Abkommen getroffen wird, um ersterem einige Erleichterungen für den freien Transit der österreichischen Waren durch das neue serbische Territorium zu geben. Rußland, als orthodoxe Großmacht, hält sich für berechtigt, für die unabhängige Stellung des ökumenischen Patriarchen einzutreten.

Sie können diesen Standpunkt der englischen Regierung gegenüber vertreten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 20. Oktober/2. November 1912. — Nr. 295.

Ihre Telegramme 2403 und 2405 erhalten. Ich habe mit Grey gesprochen. Er sagt, es wäre unmöglich, von den Bul-

garen zu verlangen, vor den Linien von Chataldja stehenzubleiben, da dies ein Opfer bedeuten könnte, welches vielleicht den Türken die Möglichkeit gäbe, sich zu sammeln und das bisherige Ergebnis des Krieges umzustoßen. Er sagt, daß die öffentliche Meinung in England sich so kategorisch zugunsten Bulgariens äußern würde, daß er eine derartige Forderung nicht stellen könne. Er glaubt annehmen zu können, daß Ihr Telegramm abgeschickt worden ist, bevor die Nachricht von dem letzten Siege der Bulgaren, der entscheidend zu sein scheint, eingetroffen war. Grey las mir ein Telegramm des englischen Gesandten in Sofia vor. Es enthielt die Nachricht von dem völligen Zusammenbruch der türkischen Armee und dem bulgarischen Vormarsch auf Chataldja mit der Absicht, bis Konstantinopel vorzudringen. Grey glaubt, daß es jetzt zu spät sei, und fragt sich, ob Sie jetzt nicht derselben Ansicht wären. Ich erwiderte, daß ich, was Konstantinopel anbelangt, Ihrer Meinung sicher sei, und ich berief mich auf die vitale Bedeutung, die die Frage Konstantinopels für Rußland habe. Grey sagte mir, er sehe das Schwierige der Lage ein und werde mir seinen Entschluß später mitteilen.

Heute morgen zeigte mir Grey eine autorisierte bulgarische Mitteilung in der Times. Dieselbe besagt: „Wenn die bulgarischen Truppen in Konstantinopel eindringen, so geschieht es, um dort den Frieden zu diktieren und sich dann sofort aus der Hauptstadt zurückzuziehen.“ Grey sagte, er werde diese Mitteilung zum Ausgangspunkt einer Unterredung mit dem hiesigen bulgarischen Gesandten nehmen. Nachdem letztere stattgefunden hatte, erzählte mir Grey folgendes: Er habe den Gesandten zuerst gefragt, welches der Ursprung dieser Mitteilung sei. Madjarow erwiderte, daß sie von ihm stamme und seine persönliche Ansicht wiedergäbe. Grey antwortete, daß er als ein Freund Bulgariens spreche und sich auf die Sympathiebezeigungen der Engländer für die bulgarische Sache berufe; er brauche an die Sympathien Rußlands nicht zu erinnern; er könne aber nur sagen, daß seit Beginn der Krise Rußland seinen Standpunkt hinsichtlich Konstantinopels festgelegt habe. Es sei deshalb von äußerster Wichtigkeit, daß Bulgarien die russische Regierung so bald wie möglich hinsichtlich seiner Ab-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sichten auf Konstantinopel beruhige, denn im entgegengesetzten Falle könnte Bulgarien, bereits durch einen Druck von seiten Rumäniens und vielleicht auch Österreichs bedroht, auch die Sympathien Rußlands verlieren und in eine äußerst schwierige Lage geraten. Madjarow versprach, obiges sofort nach Sofia zu telegraphieren.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 22. Oktober/4. November 1912. — Nr. 2455.

Unserer Meinung nach kann man die Alliierten nur dann von der Besetzung Konstantinopels zurückhalten, wenn die Mächte den Balkanstaaten einmütig erklären, daß die ganze europäische Türkei bis zu der ihnen bekannten Linie über Adrianopel zum Schwarzen Meere zwischen ihnen aufgeteilt werden wird, und wenn die Großmächte den in meinem Telegramm 2423 dargelegten Standpunkt annehmen, d. h. wenn die ökonomischen Interessen Österreichs in Berücksichtigung gezogen werden. Wir halten es für sehr wünschenswert, daß Frankreich unverzüglich den Mächten einen derartigen Vorschlag macht. Wir glauben, daß der Schlüssel zur ganzen Lage sich in Berlin befindet, und von der Einwirkung der deutschen Regierung auf Wien wird der Erfolg des französischen Vorschlages in hohem Maße abhängen.

Ich bitte Sie, Poincaré vertraulich mitzuteilen, daß die Besetzung Konstantinopels durch die Balkan-Alliierten zu dem gleichzeitigen Erscheinen unserer ganzen Schwarzmeer-Flotte in der türkischen Hauptstadt führen würde. Um die große Gefahr allgemeineuropäischer Verwicklungen, die mit einem solchen Schritte verbunden wäre, zu vermeiden, ist es wichtig, daß Frankreich seinen ganzen ihm in Berlin und Wien zur Verfügung stehenden Einfluß aufbietet. Wir lenken die Aufmerksamkeit unseres Bundesgenossen darauf, daß die russische öffentliche Meinung, die die Ereignisse auf dem Balkan mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgt, die Regierung in eine äußerst schwierige Lage versetzen kann. Zu Ihrer persönlichen Information füge ich hinzu, daß unsere militärischen Behörden es jetzt für möglich halten, ihren ursprünglichen Standpunkt zu verändern, und

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

einige Zugeständnisse, wie z. B. Adrianopel, zugunsten Bulgariens zu machen bereit sind.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 22. Oktober/4. November 1912. — Nr. 298.

Ihr Telegramm 2423 erhalten. Als ich den Inhalt Grey mitteilen wollte, las er mir ein sehr ausführliches Telegramm Buchanans über denselben Gegenstand vor. Ich sagte ihm hierauf, ich hätte nichts hinzuzufügen, da das Telegramm Buchanans noch größere Einzelheiten enthalte. Grey sagte, er habe keine Einwendungen zu erheben; er halte die Information über den Sandschak für sehr wichtig [1]). Er erblicke hierin einen wertvollen Hinweis auf die österreichischen Absichten. Serbien werde vielleicht Schwierigkeiten machen, die aber nicht unüberwindlich sein dürften; überhaupt sähe er keine Einwendungen von irgendeiner Seite voraus, jedoch sei die Frage eines serbischen Zuganges zum Meere recht heikel. Er billigt ganz besonders das Projekt hinsichtlich Salonikis. Er ist Ihrer Ansicht, daß man sehr schnell handeln muß, denn es sei schwer, die bulgarische Armee zum Stehen zu bringen, ohne den Alliierten ernstliche Garantien zu geben.

Er kam auf seinen Gedanken zurück, daß, um handeln zu können, man die österreichischen Bedingungen kennen müsse. Er überläßt es Ihnen, den besten Weg hierzu zu wählen. Er sieht nicht ein, warum Österreich nicht ebenso wie Rußland seine Wünsche deutlich ausdrücken könnte. Ich zweifle nicht, daß Buchanan Ihre weiteren Erwägungen, mit denen Grey einverstanden ist, richtig wiedergegeben hat.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 22. Oktober/4. November 1912. — Nr. 299.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 298. Sodann sagte mir Grey vertraulich, daß weder das Telegramm von Buchanan noch das an mich adressierte Telegramm die durch Griechenland im Ägäischen Meere besetzten Inseln erwähne.

---

[1]) Das Wiener Kabinett hatte einer eventuellen Aufteilung des Sandschaks von Nowibasar unter Serbien und Montenegro zugestimmt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Er meine, daß, wenn Griechenland diese Inseln behalten würde, dies nur unter ganz bestimmten Bedingungen der Fall sein könne. Es würde den allgemeinen Interessen entsprechen, wenn eine Macht zweiten Ranges nicht die Möglichkeit hätte, die Meerengen nach ihrem Gutdünken schließen zu können. Diese Frage berühre die russischen Interessen mehr noch als die englischen, und wenn er von russischen Interessen sprechen zu können glaube, so geschähe es, weil die englische Regierung ihren Standpunkt in der Meerengenfrage nicht geändert habe und weil diese Frage eine für Rußland günstige Lösung finden müsse, sobald wir es für nötig finden, diese Frage zur Diskussion zu stellen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 24. Oktober/6. November 1912. — Nr. 2474.

Wir wünschen nicht, uns der zeitweiligen Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten zu widersetzen. Aber wir wollen die Aufmerksamkeit darauf lenken, wie schwierig weitere Verhandlungen in diesem Falle werden würden. Wenn die türkische Regierung Konstantinopel verläßt und sich nach Kleinasien zurückzieht, so würde sie keine weiteren Verluste zu befürchten haben, die türkische Armee würde sich von den letzten Schlägen erholen können, und für die Pforte würde keine Notwendigkeit vorliegen, Nachgiebigkeit zu zeigen, da die Lage sich nicht noch mehr verschlimmern könnte. Ähnliches hat sich im Jahre 1900 in Peking ereignet, als die Flucht der Regierung die Verhandlungen nach der Besetzung der chinesischen Hauptstadt in die Länge zog. Aber eine Verzögerung der Friedensverhandlungen könnte jetzt, da die Balkan-Alliierten nur über ungenügende Mittel verfügen und in Europa kein absolutes Einvernehmen herrscht, die Interessen der ersteren schädigen und den europäischen Frieden auf eine harte Probe stellen. Andererseits kann eine längere Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten uns zwingen, unsere Flotte ebenfalls dorthin zu schicken, und würde dieselbe ebensolange dort bleiben wie die Alliierten. Wir sind deshalb der Ansicht, daß die Mächte jetzt beschließen müssen, ob sie der Bitte der Türkei Folge leisten und die nötigen Maßnahmen zu einer Vermittlung ergreifen wollen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 25. Oktober/7. November 1912. — Nr. 307.

Ihr Telegramm 2474 erhalten. Habe dessen Inhalt Grey mitgeteilt. Er sagt, daß, wenn auch der Entschluß der russischen Regierung überraschend komme, er wohl wisse, was Konstantinopel für Rußland bedeute, und daß er sich deshalb über unseren Entschluß nicht wundere. Da ich das Wort „Eskader" gebraucht hatte, fragte mich Grey, ob dies bloß die Flotte bedeute. Ich erwiderte, daß Ihr Telegramm keine weiteren Andeutungen enthielte. Er gab mir hierauf Kenntnis von einem Telegramm von Lowther, das von einer gewissen Beruhigung in Konstantinopel spricht; die Pforte scheine wieder die Oberhand gewonnen zu haben, und die Ansicht mehrerer ausländischer Militäragenten, u. a. auch des deutschen, geht dahin, daß die Truppen von Konstantinopel, besser ausgerüstet, in der Lage wären, die Linie von Chataldja längere Zeit zu halten. Lowther fügt hinzu, daß die Militäragenten übrigens nicht alle derselben Ansicht seien. Ich erwiderte Grey, daß der Zeitpunkt und auch die Umstände, unter denen unsere Flotte erscheinen würde, von uns deutlich bestimmt worden seien.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 25. Oktober/7. November 1912. — Nr. 308.

Persönlich. Grey denkt, daß die Lage bedeutend entspannt wäre, wenn das Telegramm Lowthers richtig vorausgesehen habe. Das Verbleiben des Sultans in Konstantinopel sei die einzige befriedigende Lösung. Wenn er aber die Hauptstadt verlasse, so würde seine Rückkehr ernsten Schwierigkeiten begegnen, u. a. würde die öffentliche Meinung in mehreren Ländern, ganz besonders in England, Einwendungen erheben. Da eine Lösung zugunsten Bulgariens augenscheinlich nicht zugelassen werden könne, hauptsächlich wegen Rußlands, so habe er an eine besondere Kombination — Neutralisierung und freie Stadt — als das geringste von andern Übeln gedacht, doch wolle er Sie zuerst über Ihre Ansicht befragen. Ich erwiderte, daß ich sehr daran zweifele, daß ein derartiges Projekt Ihre Zustimmung finden könne, da sich zu große internationale, ethnologische, religiöse und geographische Schwierigkeiten er-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

geben würden. Grey sagte, er gäbe sich natürlich hierüber Rechenschaft, auch habe er diesen Gedanken nur für den Fall geäußert, daß es unmöglich werden sollte, die türkische Herrschaft über Konstantinopel aufrechtzuerhalten. Ich sagte ihm, daß ich meinen Standpunkt nicht verändern könne, daß ich ihm jedoch dankbar sei, daß er dieses Projekt Ihnen gegenüber zuerst erwähnt habe, da keine andere Macht in demselben Maße wie Rußland in dieser Frage interessiert sei. Ich fügte hinzu, daß ich den einzigen Vorzug seines Vorschlages darin erblicke, daß er weniger als irgendein anderer die nationalen und religiösen Gefühle verletzen würde; es gäbe hierbei zwei Fragen zu beachten, den Bosporus und die Dardanellen, und in dieser doppelten Hinsicht müsse Rußland ganz besondere Garantien erhalten — denn eine einfache Veränderung des Pariser Traktates würde in diesem Falle nicht genügen.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den russischen Außenminister vom 27. Oktober/9. November 1912. — Nr. 276.

Aus allen von mir erhaltenen und sorgfältig geprüften Informationen ergibt sich folgendes: Zwischen den vier Verbündeten ist ein Übereinkommen erzielt — sozusagen ein Block gebildet — worden, um die Annexion der eroberten Gebiete auf alle Fälle durchzusetzen. Was Serbien und Bulgarien anbelangt, ist das Übereinkommen ein festes, gegenseitiges und vollständiges. Aber beide Staaten beargwöhnen Griechenland, welches hauptsächlich den Besitz von Saloniki und sogar Bitoli im Auge hat. Diesem werden sich die Bulgaren widersetzen, wobei sie von den Serben unterstützt werden werden. Die Haltung Montenegros, die wenig Vertrauen erweckt, beunruhigt hauptsächlich die Serben. Einen besonders unangenehmen Eindruck macht das Streben Montenegros, den Serben die Erreichung ihrer historischen Ansprüche zu erschweren. Ein Beweis hierfür: die unerwartete Besitzergreifung des unbefestigten Klosters von Detchan; das Einrücken in das von serbischen Truppen bereits besetzte Prizrend und das offene Streben, den Serben in San Giovanni zuvorzukommen. Die Verbündeten sind jedoch geneigt, alle diese Reibungen zu verheimlichen, um

den Vermittlungsversuchen der Mächte gegenüber einig zu erscheinen. Die Forderungen der Verbündeten, welche mit den Waffen in der Hand bis zum äußersten zu verteidigen sie sich geeinigt haben, sind die folgenden: 1. Alle die durch ihre Heere eroberten Gebiete bilden ein Kondominium, welches später nach gegenseitiger Vereinbarung geteilt werden soll. 2. Die Verbündeten lassen nicht einmal den Gedanken eines autonomen Albaniens oder Mazedoniens zu und werden sich einem solchen Plane gemeinsam widersetzen. 3. Mazedonien wird zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland geteilt; Albanien zwischen Montenegro, Serbien und Griechenland. 4. Die besonderen Forderungen Bulgariens erstrecken sich in der Richtung von Konstantinopel bis zu einer Linie von der Mündung der Maritza nach Lüle-Burgas—Bunar-Hissar bis zum Schwarzen Meere. Es kann keine Rede davon sein, Adrianopel und Kirk-Kilisse, die so viele Opfer gekostet haben, wieder zurückzugeben. 5. Die besonderen Forderungen Serbiens: der Sandschak von Nowibasar, wobei ein schmaler Streifen Montenegro überlassen werden soll; ganz Alt-Serbien und der nördliche Teil Albaniens mit dem Ufer von Medua bis Sameni oder Skumbia, je nach dem Übereinkommen mit Griechenland, dem der übrige Teil dieser Provinz zufällt. Die Verbündeten haben beschlossen, diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 23. Oktober/5. November 1912. — Nr. 2461.

Ich telegraphiere nach Paris: Heute hat mir der österreichische Botschafter erklärt, daß seine Regierung von jedem Gedanken einer territorialen Kompensation zu ihren Gunsten absieht. Auf meine Frage, warum in diesem Falle das Wiener Kabinett die französische Formel der Uneigennützigkeit nicht angenommen hat, erwiderte Thurn, daß in derselben nicht bestimmt wird, daß die Uneigennützigkeit sich nur auf territoriale Erwerbungen bezieht. Ich nehme an, daß Frankreich eine diesbezügliche Berichtigung Wien zukommen lassen könnte. Ich wies Thurn darauf hin, daß man mit dem Lebensinteresse Serbiens, einen Zugang zum Adriatischen Meere zu erhalten, rechnen müsse und daß Österreich sich diesem nicht widersetzen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

solle, um ein gutes nachbarliches Verhältnis zu Serbien herstellen zu können. Der Botschafter antwortete, daß er meine Antwort nach Wien weitergeben wird, daß seine Regierung aber die öffentliche Meinung berücksichtigen müsse. Sich auf ökonomische Interessen beziehend, wies Thurn darauf hin, daß es wünschenswert sei, sie durch mehr als einen einfachen Handelsvertrag mit Serbien zu schützen, worauf ich erwiderte, daß es meiner Ansicht nach nichts gäbe, was diesem Zwecke besser dienen könne, als ein Handelsvertrag. Aus meiner Unterredung mit dem deutschen Botschafter habe ich den Eindruck gewonnen, daß von Berlin aus der Versuch gemacht werden wird, Wien zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Ich nehme an, daß die Anstrengungen der französischen und englischen Diplomatie sich einstweilen parallel mit unseren Schritten auf ein freundschaftliches Einwirken in diesem Sinne in Wien richten müssen, ohne irgendwelche kategorische Erklärungen abzugeben, die den Charakter einer Drohung haben könnten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 24. Oktober/6. November 1912. — Nr. 302.

Der französische Geschäftsträger hat mir von einem Telegramm Kenntnis gegeben, in dem der französische Botschafter in Berlin über eine Unterredung mit dem italienischen Außenminister berichtet. Letzterer hat als seine persönliche Ansicht geäußert, daß die Dreibundmächte durchaus einig seien und daß deshalb keine Bedrohung des Friedens zu erwarten sei. Im Laufe dieser Unterredung hat San Giuliano, trotz der Einwendungen Cambons, darauf bestanden, daß Italien und Österreich, welche die Schaffung eines albanischen Staates wünschen, auf dem Ausschluß Serbiens von der adriatischen Küste bestehen, und er hat zu verstehen gegeben, daß die Wünsche Serbiens, einen Zugang zum Meere zu erhalten, im Ägäischen Meere Befriedigung finden könnten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 25. Oktober/7. November 1912. — Nr. 306.

Ihr Telegramm 2461 erhalten. Grey sagt mir, daß er sich vollkommen Rechenschaft gibt, wie ernst diese beiden Öster-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

reich und Serbien betreffenden Fragen sind. Er befürchtet, daß der serbische Zugang zur Adria leichter einen akuten Charakter annehmen könne als die Frage der österreichischen ökonomischen Interessen, für die man seiner Ansicht nach leichter eine befriedigende Lösung finden können wird. Ich erwiderte, daß man auch diese Frage nicht allzu leicht einschätzen dürfe, sie könne sich in eine Absorption verwandeln, was die österreichische Hartnäckigkeit, Serbien vom Meere auszuschließen, erklären würde. Ich sagte ihm, daß Serbien mit der größten Energie Widerstand leisten würde, so daß Österreich wieder das Projekt einer Annexion in Erwägung ziehen könnte. Grey sagte, daß der serbische Gesandte gestern in der Tat von einer sehr energischen Erklärung gesprochen habe. Dies rufe seine Befürchtung wach, daß es jetzt vielleicht nicht mehr möglich sein werde, die Wünsche der beiden Länder in Einklang zu bringen, und deshalb halte er es für zweckmäßiger, die Lösung dieser Frage bis zur allgemeinen Regelung aufzuschieben.

Aus diesem Grunde sollten auch die Mächte die Balkan-Alliierten fragen, ob sie geneigt wären, eine Vermittlung anzunehmen und selbst ihre Wünsche zu formulieren. Da Österreich sich heute außerhalb des europäischen Konzertes befindet, wird man von ihm nicht erreichen können, daß es einem Schritte der Mächte beitritt, welcher einen Versöhnungsversuch auf der von Ihnen angegebenen Basis darstellt; es liege aber kein Grund vor, daß Österreich sich an dem von ihm in Aussicht genommenen Schritte nicht beteiligt. Ich erfahre durch Mensdorff, daß Grey ihm gegenüber die Notwendigkeit betont hat, die österreichischen Wünsche zu mäßigen, deren Berechtigung er vom ökonomischen Standpunkte aus durchaus anerkennt.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Rom vom 26. Oktober/8. November 1912. — Nr. 2500.

Weisen Sie den italienischen Außenminister darauf hin, daß es äußerst wünschenswert sei, daß Österreich in der Frage der Zulassung Serbiens zum Adriatischen Meere nachgibt. Es ist gefährlich, Tatsachen keine Rechnung tragen zu wollen. Serbien wird sich mit nichts anderem zufrieden geben und rechnet auf die gemeinsame Unterstützung des Balkanblockes, was der

kriegerischen Stimmung der betreffenden Völker durchaus entspricht. Eine serbische Seemacht braucht Österreich keine Bedenken einzuflößen. Wir sind bereit, die ökonomischen Interessen Österreichs ebenso wie die Wünsche Österreichs und Italiens hinsichtlich der Gründung eines autonomen Albaniens in ernstliche Erwägung zu ziehen. Wir wollen, daß auf dem Balkan ein dauernder Friede gesichert sei. Dies ist unmöglich, wenn die gerechten Interessen Serbiens nicht befriedigt werden. Ich nehme an, daß es auch den Interessen Italiens entspricht, seine zukünftigen Beziehungen zu Rußland und den mit ihm solidarischen Mächten genau zu regeln, und daß es deshalb jetzt auf seinen Bundesgenossen einwirken wird. Auf diese Weise würde Italien auch seine Stellung in den Balkan-Hauptstädten wieder befestigen, welche durch den Friedensschluß mit der Türkei, der im Augenblicke der Kriegserklärung auf finanzieller Basis erfolgt ist, stark erschüttert erscheint. Indem Sie diese Fragen mit dem italienischen Außenminister besprechen, müssen Sie versuchen, Ihre Erklärungen in eine möglichst freundschaftliche Form zu kleiden, um das Selbstgefühl der Italiener nicht zu verletzen.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister Sasonow vom 25. Oktober/7. November 1912.

Was den Vorschlag Poincarés anbelangt, der Möglichkeit territorialer Erwerbungen von seiten Österreichs auf dem Balkan vorzubeugen, so halte ich es für nötig, Ihnen den genauen Wortlaut der Mitteilung Poincarés zu übersenden, da ich die Möglichkeit von Fehlern in meinem chiffrierten Telegramm befürchte. Ich habe Ihnen soeben telegraphiert, daß ich es für wünschenswert halte, diese Mitteilung sachlich und in schriftlicher Form zu beantworten. Der französische Vorschlag ist erfolgt, nachdem die Frage vom Kabinett beraten worden war, und in ihm wird ein ganz neuer Standpunkt Frankreichs in der Frage der territorialen Vergrößerung Österreichs auf dem Balkan zum Ausdruck gebracht. Während bis jetzt Frankreich erklärt hatte, daß örtliche, sozusagen rein balkanische Ereignisse es zu keinem aktiven Handeln veranlassen könnten, scheint die

französische Regierung jetzt zuzugeben, daß eine territoriale Erwerbung von seiten Österreichs auf dem Balkan das allgemeine europäische Gleichgewicht und folglich auch die eigentlichen Interessen Frankreichs berührt. Ich habe nicht verfehlt, die Aufmerksamkeit Poincarés darauf zu lenken, daß, indem er vorschlägt, gemeinsam mit uns und England über die Mittel zu beraten, die dazu dienen könnten, einer derartigen Erwerbung vorzubeugen, er damit die Frage der praktischen Folgen des von ihm in Aussicht genommenen Übereinkommens aufwirft. Aus seiner Antwort habe ich ersehen können, daß er sich vollkommen Rechenschaft darüber gibt, daß Frankreich auf diese Weise in eine kriegerische Aktion verwickelt werden kann. Einstweilen unterbreitet er diese Frage natürlich nur unserer Beratung, aber in einem Gespräche mit mir hat Paléologue deutlich zugegeben, daß das vorgeschlagene Übereinkommen zu diesen oder jenen aktiven Schritten führen kann. Er hat mir gesagt, daß bei Erwägung der verschiedenen möglichen Folgen er seinen Vorgesetzten auf das Beispiel des Jahres 1832 hingewiesen habe, als Frankreich nach der Besetzung Ferraras durch die Österreicher seinerseits Ancona eingenommen und dieses erst evakuiert hat, nachdem die Österreicher sich aus der erstgenannten Stadt zurückgezogen hatten. Es scheint mir, daß wir alles oben Dargelegte ernstlich prüfen und diese Gelegenheit benutzen müssen, um den neuen Standpunkt der französischen Regierung im Falle einer möglichen Ausdehnung Österreichs auf dem Balkan festzulegen und für die Zukunft eine gemeinsame Aktion Rußlands, Frankreichs und Englands vorzubereiten, wenn Österreich im Laufe der weiteren Entwicklung seinen jetzigen Standpunkt des Verzichtes auf alle territoriale Kompensationen aufgeben sollte.

Eigenhändiger Brief Poincarés an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 22. Oktober/4. November 1912.

Wie ich Ihnen soeben gesagt habe, flößt die rätselhafte Haltung Österreichs der französischen Regierung ebensolche Bedenken ein wie der russischen. In Übereinstimmung mit dem Ministerrate halte ich es für zweckmäßig, uns schon jetzt auf ein gemeinsames Programm zu einigen, wenn Österreich versuchen sollte, eine territoriale Vergrößerung zu verwirklichen. Sie

haben die Güte gehabt mir zu sagen, daß ein solcher Fall in den in Racconigi getroffenen Abmachunggen vorhergesehen worden ist und daß Italien ebenso wie Rußland erklärt habe, sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen. Auch die französische Regierung ist der Ansicht, daß ein derartiges Unternehmen allen möglichen Bestrebungen Zugang verschaffen würde. Ich möchte deshalb wissen, ob die Kaiserlich russische Regierung ebenso wie die unserige eine jede Annexion türkischen Territoriums durch eine Großmacht deutlich ablehnt, und ob sie geneigt wäre, zusammen mit Frankreich und England zu beraten, welche Mittel zu ergreifen wären, um einer solchen Gefahr vorzubeugen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 27. Oktober/9. November 1912. — Nr. 2513.

Die Frage eines Zuganges Serbiens zum Adriatischen Meere hat in den letzten Tagen eine Entwicklung genommen, die uns ernstliche Bedenken einflößt. Wie früher, sind wir auch jetzt bereit, zusammen mit Frankreich und England Serbien unsere tatkräftige diplomatische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Verläßlichen Informationen zufolge sind Deutschland und Italien bereit, sich zusammen mit Österreich territorialen Erwerbungen Serbiens im Adriatischen Meere zu widersetzen. Man kann den Konflikt aus diesem Anlasse nicht bis zur Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges verschärfen. Um so unangebrachter erscheint uns die Haltung einiger serbischer Vertreter im Auslande. Wir erfahren, daß der serbische Vertreter in Berlin Kiderlen erklärt hat, die Alliierten hätten bereits die ganze adriatische Küste unter sich geteilt, und Serbien sei der Unterstützung nicht nur Bulgariens, sondern auch Rußlands sicher. Was uns betrifft, halten wir eine solche Erklärung für unzulässig. Der Bündnisvertrag gibt Serbien kein Recht, auf die militärische Unterstützung Bulgariens in der Frage des serbischen Zuganges zum Meere zu rechnen. Die Verluste Serbiens und Bulgariens während des letzten Krieges lassen ihren Zusammenstoß mit Österreich von Anfang an als hoffnungslos erscheinen. Die Entsendung von serbischen Truppen in der Richtung Durazzo, mit dessen Besetzung Österreich sich nicht

einverstanden erklären wird, ist auch ein Zeichen, daß sich Serbien hinreißen läßt. Sagen Sie Pasitch, daß die Serben uns unsere Rolle ihres Advokaten nicht erschweren dürfen. In der Frage des Zuganges Serbiens zum Adriatischen Meer unterscheiden wir das Ziel und die Mittel. Das Ziel ist die möglichst volle Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit dieses Landes; die Mittel der Zugang zum Adriatischen Meere, entweder als Folge einer territorialen Festsetzung am Ufer oder mittels einer Eisenbahnverbindung mit dem einen oder anderen Hafen unter denselben Bedingungen, die Österreich eventuell für den Transit seiner Waren nach Saloniki zugestanden werden würden. Ein Nachgeben Serbiens in der Frage der Erwerbung eines eigenen adriatischen Hafens wird es möglich machen, auf den andern Bedingungen, wie z. B. der territorialen Ausdehnung Serbiens nach Süden oder einer größtmöglichen Verringerung des albanischen Territoriums, zu bestehen. Wenn Österreich nicht versteht, daß es in seinem Interesse liegt, einen dauernden Frieden auf dem Balkan zu sichern, so nehmen wir an, daß Serbien, welches aus dem kurzen Kriege mit Eroberungen hervorgeht, auf die es früher kaum hoffen durfte, jetzt verstehen muß, daß es durch allzu große Forderungen das Erreichte nur in Frage stellen kann. Es liegt im Interesse Serbiens, seine Forderungen nicht zu hoch zu spannen, da deren Nichterfüllung die serbische Eigenliebe dann um so fühlbarer verletzen wird.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 29. Oktober/11. November 1912. — Nr. 2526.

Der Beschluß Österreichs, sich der Erwerbung eines adriatischen Hafens durch Serbien zu widersetzen, ist unseren Informationen zufolge unumstößlich und wird von den Bundesgenossen Österreichs gebilligt. Andererseits erklären Frankreich und England ganz offen, daß sie nicht gesonnen sind, den Konflikt mit dem Dreibunde aus diesem Anlasse zu verschärfen. Unsererseits warnen wir Serbien, darauf zu rechnen, uns nach sich ziehen zu können. Wir werden mit dem Dreibunde wegen der Frage eines serbischen Hafens an der Adria nicht Krieg führen. Was den angeblichen Entschluß der Alliierten anbe-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

langt, die ganze europäische Türkei unter sich aufzuteilen, ohne die Interessen Österreichs und Italiens zu berücksichtigen, so warnen wir gleicherweise vor den Folgen, zu denen eine derartig unbesonnene Politik führen kann, da Serbien auf diese Weise die Sympathien Frankreichs und Englands verlieren würde. Es ist gefährlich, nicht mit Tatsachen zu rechnen. Deshalb kann man sich der Einsicht nicht verschließen, daß es nötig sein wird, einen Uferstaat Albanien zu bilden. Wenn die Serben mehr Nachgiebigkeit zeigen, wird es leichter sein, bei der Bestimmung der Grenzen und der Organisation dieses albanischen Staates auf für Serbien günstige Bedingungen zu bestehen und ökonomische Vorteile zu erzielen. Je schroffer die Haltung Serbiens ist, um so größer die Gefahr, isoliert zu werden. Ich bitte Sie, mit Pasitch offen Rücksprache zu nehmen und ihn vor einer Expedition nach Durazzo zu warnen. Die Serben sollten uns nicht in die Notlage versetzen, uns von ihnen loszusagen, wenn wir offen zugeben müssen, daß sie in dieser Frage zu weit gegangen sind.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 28. Oktober/11. November 1912. — Nr. 2540.

Wir haben den Eindruck gewonnen, daß Österreich fest entschlossen ist, Serbien zur Adria nicht zuzulassen, und daß es sich die Unterstützung seiner Bundesgenossen gesichert hat. In Anbetracht dieser Solidarität der Dreibundmächte ist es für uns sehr wichtig zu wissen, wie Frankreich und England sich verhalten würden, wenn es nicht gelingen sollte, einem aktiven Vorgehen Österreichs vorzubeugen.

Ich habe versucht, den österreichischen Botschafter davon zu überzeugen, daß ein derartiger Schritt gefährlich und unzweckmäßig wäre. Ich habe Thurn gebeten, in Wien telegraphisch anzufragen, ob man es für möglich halten würde, Serbien einen Hafen an der Adria zu überlassen, wobei dieser einen ausschließlich kommerziellen Charakter erhalten würde. Der Botschafter zweifelt, daß dies möglich sein werde, und weist andererseits auf die Bereitwilligkeit seiner Regierung hin, einer völlig gleichwertigen Sicherung der serbischen ökonomischen Interessen und des Eisenbahntransites nach der Adria und nach Saloniki zuzu-

stimmen. Ich nehme an, daß es in allernächster Zeit nötig sein wird, ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Bestrebungen Österreichs und den Interessen Serbiens, sowohl ökonomischer als politischer Natur, herzustellen. Sehr wichtig ist es, das albanische Territorium möglichst zu verkleinern und gewisse Garantien hinsichtlich der zukünftigen Organisation dieses Landes zu erhalten. Diese Fragen können den Gegenstand eines vorbereitenden Meinungsaustausches bilden, aber ein endgültiger Entschluß kann nur von den Mächten gemeinsam nach reiflicher Prüfung aller einschlägigen Fragen gefaßt werden. Deshalb erscheint es uns unrichtig, daß Österreich jetzt die Frage des serbischen Zuganges zur Adria in endgültiger Weise lösen will.

Auszug aus einem Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. Oktober/11. November 1912. — Nr. 315.

. . . Ich fragte Grey, ob er in der serbischen Frage diese oder jene Lösung vorziehe. Er antwortete, daß er die Interessen Österreichs und diejenigen Serbiens für analog halte und daß sowohl für Serbien als auch für Österreich eine Eisenbahn unter serbischer Verwaltung und Kontrolle zu einem näher zu bestimmenden Hafen führend den berechtigten Forderungen Serbiens entsprechen dürfte, ebenso wie dadurch den Forderungen der allgemeinen internationalen Lage Genüge geleistet werden würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 30. Oktober/12. November 1912. — Nr. 316.

Paul Cambon hat mir sehr vertraulich zwei Telegramme Jules Cambons an Poincaré über die bekannte Unterredung zwischen Kiderlen und dem serbischen Geschäftsträger vorgelesen. Das eine enthält die Version Kiderlens, das andere die des serbischen Vertreters. In letzterer ersehe ich eine wichtige Auslassung. Da ich nicht weiß, ob Poincaré unserem Botschafter in Paris beide Telegramme mitgeteilt hat, will ich dies nachholen. Der serbische Geschäftsträger hat gefragt, ob Deutschland gegebenenfalls einen Krieg zwischen Rußland und Öster-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

reich wegen des jetzigen österreichisch-serbischen Konfliktes als casus foederis auffassen würde, und nachdem hierauf eine bejahende Antwort erfolgt war, hat er gefragt, ob der casus foederis auch eintreten würde, wenn Frankreich sich an dem Kriege nicht beteiligen sollte. Kiderlen hat geantwortet, daß selbst in diesem Falle Deutschland zu den Waffen greifen würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. November 1912. — Nr. 319.

Grey hat mir folgende Mitteilung über seine Unterredung mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter Mensdorff gemacht. Letzterer hat ihm zuerst im Auftrage Berchtolds erklärt, daß der Minister ganz wie Sir Edward militärische Operationen Serbiens in Albanien als kriegerische Maßnahmen betrachten würde, deren Berechtigung nicht bestritten werden könne; doch teile er nicht die Ansicht Sir Edwards, daß ein Meinungsaustausch zwischen Österreich und Serbien hätte vermieden werden können: erstens, weil Serbien die Initiative ergriffen hat, und zweitens, weil Österreich es hat verhindern wollen, daß Serbien mit Waffengewalt sich ein Faustpfand sichert, welches die Frage des territorialen Umfanges Albaniens zu beeinflussen geeignet wäre. Grey las Mensdorff das von ihm nach Belgrad geschickte Telegramm vor und fügte hinzu, er wisse, daß Rußland in Belgrad ebenso deutliche Ratschläge erteilt habe; er nähme mit lebhafter Befriedigung von dem österreichischen Standpunkt hinsichtlich der serbischen Operationen Kenntnis, und er glaube hieraus folgern zu können, daß das Wiener Kabinett sich jeder Drohung enthalten werde. Mensdorff antwortete, daß dies ganz seine Ansicht sei. Grey hat die Gefahr und das Unzweckmäßige einer derartigen Drohung Mensdorff gegenüber ganz besonders betont.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. November 1912. — Nr. 320.

Ihr Telegramm 2540 erhalten. Habe dessen Inhalt Grey mitgeteilt. Er bleibt auf seinem Standpunkte hinsichtlich der serbischen Bestrebungen in Albanien und der Gefahr einer öster-

reichischen militärischen Aktion gegen Serbien. Diese beiden Punkte hat er in seiner Unterredung mit Mensdorff berührt, über die ich in meinem Telegramm Nr. 319 berichte. Ihrem Wunsche gemäß hat er in Belgrad zur Mäßigung geraten. Als ich Grey auf die Solidarität des Dreibundes hinwies und ihn fragte, ob er mir etwas über die Haltung Englands sagen könne, im Falle unsere Anstrengungen, eine österreichische Aktion zu verhindern, keinen Erfolg haben sollten, erwiderte Grey nach einiger Überlegung, daß es ihm unmöglich sei, auf eine Frage eine direkte Antwort zu geben, welche eine Möglichkeit betrifft, deren Eintreten ihm seit seiner Unterredung mit Mensdorff nicht mehr wahrscheinlich scheint, und auch weil die Haltung Englands vor allem von der Haltung der andern Mächte abhängen werde. Die solidarische Haltung gibt uns in dieser Hinsicht wertvolle Hinweise, aber keine positiven Tatsachen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. November 1912. — Nr. 321.

Zur Vervollständigung meines Telegramms Nr. 320. Persönlich. Ich habe die Frage einer eventuellen englischen Haltung mit einer gewissen Vorsicht behandelt und habe mich aus verschiedenen Gründen nicht näher ausgesprochen. Erstens, weil Cambon diesen Punkt mit Grey bereits besprochen hatte. Grey hat ihm gesagt, daß uns die diplomatische Unterstützung Englands zugesichert sei, daß ihn aber heute eine direkte Frage hinsichtlich der Eröffnung von Feindseligkeiten in eine schwierige Lage versetzen würde. Meiner Ansicht nach wird es von den Ereignissen abhängen, wie diese Frage gelöst werden wird. Übrigens ist heute die öffentliche Meinung mit den für die slawische Sache erreichten Resultaten zufrieden und denkt nicht an Krieg. Hierzu kommt leider der Umstand einer Ministerkrise, die zwar wahrscheinlich vertagt ist, aber die Stellung des Kabinetts erschüttert hat. In dieser Hinsicht hat Bonar Law immerhin bei Eröffnung der gestrigen Debatten noch einmal wiederholt, daß er zu der auswärtigen Politik des Kabinetts Vertrauen habe und daß dieses Vertrauen auch in Krisenzeiten aufrechterhalten werden würde. Grey selbst hat mir von der Ministerkrise gesprochen und gesagt, sie würde keine Wirkung

auf die ausländische Politik haben. Ganz vertraulich hat er hinzugefügt, daß er sich in dieser Hinsicht in beständigem Kontakt mit Lansdowne befindet. Es muß bemerkt werden, daß Grey nichts gesagt hat, was darauf hindeuten könne, daß England sich eines Eingreifens enthalten wird. Unter diesen Umständen ist Greys Antwort alles, was ich erwarten konnte. Die Erwähnung der Rolle der andern Mächte bringt die Antwort Greys in Verbindung mit der Erklärung, die Nicolson Cambon gemacht hat und die ich sonst nicht erwähnt hätte, da Nicolson nur seine persönliche Antwort geäußert hat und nicht die Kompetenz besitzt, eine derartige Frage zu beantworten: Nicolson hat Cambon mit allem Vorbehalt gesagt, daß, wenn der Dreibund im Kampfe gegen den Zweibund stände, seiner Ansicht nach England sich am Kriege beteiligen würde. Ich muß jedoch hinzufügen, daß die Ansicht Nicolsons nicht immer die Ansichten Greys genau wiedergibt. Ich glaube, Grey hält den Augenblick nicht für gekommen, diese Frage dem Ministerrate zu unterbreiten.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 1./14. November 1912.

In Anbetracht der Bedeutung der Erklärungen, die Ihnen vom französischen Außenminister gemacht worden und in Ihrem Briefe vom 25. Oktober/7. November enthalten sind, bin ich ganz Ihrer Ansicht, daß es wünschenswert ist, den neuen Standpunkt der Regierung der französischen Republik hinsichtlich einer eventuellen Ausbreitung Österreichs auf dem Balkan festzulegen. Ich bin daher damit einverstanden, daß der Brief Poincarés von uns ebenfalls schriftlich beantwortet wird, und da der Brief des französischen Ministers an Sie gerichtet war, so wäre es am besten, wenn auch unsere Antwort durch Ihre Vermittlung erfolgen würde. Beiliegend das Projekt eines solchen Briefes, und ich halte es nur für nötig, folgende Erwägungen hinzuzufügen:

Alle uns zur Verfügung stehenden Informationen weisen darauf hin, daß wenigstens im jetzigen Zeitpunkt Österreich nach keinen territorialen Erwerbungen auf dem Balkan strebt. Immerhin könnte sich Österreich je nach Entwicklung der Dinge und vor allem in Anbetracht des Konfliktes mit Serbien wegen

des Zuganges zur Adria zur Annexion türkischen oder sogar serbischen Territoriums entschließen. In beiden Fällen wäre es für uns sehr wichtig, die Gewißheit zu haben, daß im Falle einer Einmischung von unserer Seite Frankreich nicht teilnahmlos bleiben wird. Andererseits muß man in Betracht ziehen, daß die Lage auf dem Balkan sich sehr schnell verändert und wir nicht alle Zufälligkeiten voraussehen können, die uns zu der Ergreifung dieser oder jener Maßregeln veranlassen könnten, und ich halte es deshalb für notwendig, in unsern Verhandlungen mit den ausländischen Kabinetten alles zu vermeiden, was unsere Aktionsfreiheit in Zukunft einschränken könnte. In dieser Hinsicht scheint es mir wünschenswert, in Ihrer in Aussicht genommenen schriftlichen Erklärung an Poincaré allzu kategorische Erklärungen zu vermeiden, wie sie sich z. B. aus den Worten des französischen Ministers ergeben: „sich der territorialen Ausbreitung einer jeden Großmacht auf dem Balkan zu widersetzen". Denn dieses könnte sich auch auf Rußland im Gebiete der Meerengen beziehen. Letztere Erwägung teile ich natürlich ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information mit.

Projekt eines Briefes des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den französischen Außenminister Poincaré.

Ich habe nicht verfehlt, dem russischen Außenminister den Inhalt Ihres Briefes vom 4. November zu unterbreiten. Herr Sasonow ermächtigt mich, Ihnen zu erklären, daß ebenso wie Frankreich auch Rußland einer territorialen Vergrößerung Österreichs auf dem Balkan nicht gleichgültig gegenüberstehen könne. Er nimmt mit Vergnügen von der Ansicht der französischen Regierung Kenntnis, daß Frankreichs Interesse durch eine solche Möglichkeit berührt werden würde. Die russische Regierung ist in dieser Hinsicht bereit, sich gemeinsam mit den Kabinetten von Paris und London über die Handlungsweise zu verständigen, die in einem solchen Falle nötig werden würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 3./16. November 1912. — Nr. 323.

Wie mir Grey vertraulich mitteilt, hat der italienische Botschafter erklärt, daß, wenn es sich um eine Garantie für Albanien

handeln werde, er glaube, daß seine Regierung eine Garantie aller Mächte der Garantie Österreichs und Italiens allein vorziehen würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 5./18. November 1912. — Nr. 324.

Nicolson hat mir ein Telegramm Buchanans vorgelesen, welches über Ihre letzten Unterredungen mit den Vertretern Deutschlands und Österreichs berichtet. Er hat mir den Inhalt der Antwort mitgeteilt, die Grey Buchanan zu geben gedenkt. Grey legt der prinzipiellen Klärung der albanischen Frage die größte Bedeutung bei. Nicolson hat diesen Punkt betont, da er glaubt, es wäre nicht möglich, mit Erfolg auf Österreich einzuwirken, wenn man ihm nicht gleichzeitig beruhigende Erklärungen über den Standpunkt der Mächte, Rußland einbegriffen, in der albanischen Frage geben könne. Ich habe geantwortet, daß Sie bereits die Möglichkeit eines albanischen autonomen Uferstaates zugegeben hätten. Nicolson antwortete, man müsse dies in Wien erklären und er hoffe, daß Sie keine Einwendungen dagegen erheben würden. Ich glaube in der Tat, daß dieses im Hinblick auf Ihr Telegramm 2540 sehr wünschenswert ist. Der Standpunkt: „Der Balkan für die Balkanvölker" wird sicherlich auch den Albaniern gegenüber angewandt werden. Die Unnachgiebigkeit der Serben macht hier keinen guten Eindruck. In Anbetracht der schweren Folgen, die die jetzige Lage nach sich ziehen kann, ist der wichtigste, vielleicht der entscheidende Punkt, was England anbelangt, der, daß, abgesehen von der größten Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen, alles vermieden wird, was als eine serbische Provokation ausgelegt werden könnte, und daß unsere Unterstützung nur unter dieser Bedingung erfolgt; auf diese Weise würden wir die Verantwortlichkeit für eine aggressive Politik ausschließlich auf Österreich zurückfallen lassen. Der Ton Serbiens und Montenegros ruft schon den Eindruck hervor, daß die österreichische Regierung sich ruhig, sogar geduldig zeigt. Diesem Umstande lege ich die größte Bedeutung bei. Diese Erwägung wird in meinem Briefe, den Sie mit dem Kurier erhalten werden, weiter entwickelt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 4./17. November 1912. — Nr. 369.

Im Laufe einer Unterredung bezüglich der Antwort Frankreichs auf meine den österreichisch-serbischen Konflikt betreffenden Mitteilungen hat mir Poincaré erklärt, es sei ihm unmöglich, selbst privatim, die Richtlinien der französischen Politik im Falle einer aktiven Einmischung Österreichs festzulegen, bevor die russische Regierung ihm nicht ihre eigenen Absichten mitgeteilt haben wird. Es ist Sache Rußlands, sagte er mir, die Initiative in einer Frage zu ergreifen, an welcher es in erster Linie interessiert ist; Frankreichs Aufgabe ist es, ihm in tatkräftigster Weise beizustehen; wenn die französische Regierung die Initiative selbst ergreifen würde, so würde sie Gefahr laufen, entweder über die Absichten ihres Verbündeten hinauszugehen oder ihnen nicht gerecht zu werden. Um die Möglichkeit jeden Zweifels auszuschließen, wie weit wir in unserer Unterstützung Serbiens gehen würden, hielt ich es für nötig, eine Stelle aus den Instruktionen des Außenministers an unsern Gesandten in Belgrad hervorzuheben, in der es heißt, Frankreich und England hätten offen erklärt, sie seien keineswegs gesonnen, eine Zuspitzung des Konfliktes mit dem Dreibunde zuzulassen.

Alles in allem, fügte Poincaré hinzu, bedeutet dies, daß, wenn Rußland Krieg führt, auch Frankreich Krieg führen wird, da wir wissen, daß Deutschland in dieser Frage hinter Österreich stehen wird. Auf meine Frage, ob er den Standpunkt Englands in der gegenwärtigen Angelegenheit kenne, antwortete mir Poincaré, daß nach seinen Informationen das Londoner Kabinett sich für den Augenblick darauf beschränken würde, Rußland seine ganze diplomatische Unterstützung zu versprechen, aber daß dies gegebenenfalls einen tatkräftigeren Beistand nicht ausschlösse.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 5./18. November 1912. — Nr. 372.

Um jedes Mißverständnis zu vermeiden und in Anbetracht der großen Wichtigkeit der Frage habe ich mein Telegramm 369 Poincaré vorgelesen, der mit dem Text vollkommen ein-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

verstanden ist. Er hat mich nur gebeten, seinen Gedanken hinsichtlich eines Punktes näher zu entwickeln, nämlich was die Bedingungen anbelangt, unter denen Frankreich Krieg führen würde. „Es muß wohl verstanden sein, sagte er, daß Frankreich in dem bestimmten Falle Krieg führen würde, wenn der in dem Bündnis vorhergesehene casus foederis eintritt, nämlich wenn Deutschland Österreich mit den Waffen gegen Rußland unterstützen würde."

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 7./20. November 1912.

Meine in den letzten 14 Tagen abgeschickten Telegramme haben Ihnen über meine verschiedenen Unterredungen mit Grey berichtet und ich halte es heute für notwendig, ganz besonders auf Ihr Telegramm 2540 zurückzukommen, durch welches ich beauftragt wurde, Grey zu fragen: Welches wird die Haltung Englands sein, wenn Österreich zu militärischen Maßnahmen gegen Serbien schreitet?

Wie ich Ihnen bereits telegraphiert habe, hat Grey erwidert, er könne mir keine bestimmte Antwort geben, ehe er nicht wisse, was die andern Mächte tun würden. Sie werden bemerken, daß der Minister, ohne bei der bestimmten Form meiner Frage zu bleiben, ohne weiteren Übergang die letzte Folge in Betracht gezogen hat. Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß, indem Grey von der Haltung der andern Mächte sprach, er damit nicht meinte, daß er wissen wolle, welches unser Programm sein würde. Er stellte sich auf den Standpunkt eines konkreten Konfliktes. Es handelt sich also darum, festzustellen, welches die Haltung Frankreichs, Deutschlands und auch Italiens sein würde.

Sie werden sich erinnern, daß während der bosnischen Krise Grey mir gegenüber erwähnt hatte, daß die Möglichkeit einer deutschen Hegemonie den Frieden bedrohen würde. In letzter Zeit, nämlich während der Verhandlungen zwischen England und Deutschland, zu denen der Besuch Lord Haldanes geführt hatte, waren diese Verhandlungen infolge der Formel gescheitert, daß England, obwohl es an keiner Gruppierung der Mächte teilnahm oder teilzunehmen gedachte, welche aggressive Ziele

gegen Deutschland verfolgte, sich dennoch seine Handlungsfreiheit im Falle einer aggressiven Politik Deutschlands wahren wollte. Ich glaube, daß auch jetzt die englische Regierung sich auf diese beiden Prinzipien stützen wird.

Euere Exzellenz hat aus meinem Telegramm ersehen, daß ich auf dieser Frage weiter nicht bestanden habe. Ich glaube, es wäre unnütz gewesen. Er hatte mir genug gesagt, um uns zu beweisen, daß unter gewissen speziellen Bedingungen England in den Krieg eintreten würde. Meiner Ansicht nach sind hierzu zwei Bedingungen nötig: erstens, daß durch ein aktives Eingreifen Frankreichs dieser Krieg zu einem allgemeinen wird; zweitens ist es durchaus notwendig, daß die Verantwortung für den Angriff auf unsere Gegner falle. Ich glaube, es ist für uns dringend notwendig, diese letzte Bedingung im Auge zu behalten. Sie zieht vor allem die Notwendigkeit der bedingungslosen Aufrechterhaltung des Prinzips unserer Uneigennützigkeit nach sich.

Durch dieses Prinzip erlangen wir einen Einfluß, der gegebenenfalls entscheidend sein kann. Wenn wir Fragen aufwerfen, wie z. B. die der Dardanellen oder andere in Kleinasien, wo die Interessen Rußlands allein auf dem Spiele stehen, so würden wir uns gewiß dieses Einflusses berauben. Ganz wie Euere Exzellenz bin ich mir der ungeheuren Wichtigkeit bewußt, die für uns im Falle eines Krieges die Teilnahme Englands bedeutet, und wenn es sich um ein Opfer unsererseits handelt, so glaube ich, daß wir dies Opfer bringen müssen. Ich wiederhole, in den Augen der öffentlichen Meinung Englands und folglich auch in den Augen der englischen Regierung wird bei der jetzigen Stimmung dieses Landes der Angreifer unrecht haben. Es wird nötig sein, diesen aggressiven Charakter der österreichischen oder deutschen Politik möglichst klar hervortreten zu lassen. Dies wird uns um so leichter fallen, wenn wir dem Standpunkte, auf den wir uns seit Beginn der Krise gestellt haben, treu bleiben. Wir müssen nur konsequent mit uns selber handeln.

Was die englische öffentliche Meinung anbelangt, so hat sich während der letzten 14 Tage keine Änderung vollzogen. Immerhin ist das Publikum, welches den Frieden wünscht,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

hinsichtlich der Zukunft der Balkanvölker beruhigt. Man zweifelt in England nicht, daß sie die Sieger sind. Die lebhaften Sympathien Englands für diese Völker sind befriedigt. Daraus ergibt sich ein Optimismus, der für uns nicht ganz vorteilhaft ist.

Da das genannte Ziel erreicht ist, wird die öffentliche Meinung Englands nur schwer einsehen, daß Ursachen, die in ihren Augen nur nebensächliche Bedeutung haben, wie z. B. ein serbischer Hafen an der Adria oder die Größe des albanischen Territoriums, schrittweise zu einem Kriege führen können. Dasselbe, wenn auch unter gewissen Einschränkungen, will ich von der Zukunft Konstantinopels sagen.

Aber dieser Optimismus und diese Zuversicht haben noch eine andere Folge. Die öffentliche Meinung Englands läßt die unbestreitbare Tatsache zu, daß Österreich infolge seiner geographischen Lage sehr wichtige ökonomische Interessen auf dem Balkan besitzt, und das Recht, letztere zu verteidigen, wird ihm zugestanden. Die öffentliche Meinung geht nicht weiter und kümmert sich nicht um die verborgenen Ursachen. Aber auch hier, glaube ich, wird die Frage, wer der Angreifer ist, von der größten Bedeutung sein. Nur in diesem Falle wird die englische Regierung die Unterstützung der öffentlichen Meinung finden, deren sie bedarf, um energisch handeln zu können. Derartige Erwägungen beschäftigen gewiß Grey und seine Ministerkollegen. Ich sehe den Widerhall in der Antwort, die er auf die von mir gestellte Frage gegeben hat.

Ich werde nicht verfehlen, ihn bei passender Gelegenheit auf diese Frage nochmals zurückzubringen und Ihnen möglichst ausführlich zu berichten.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 7./20. November 1912. — Nr. 376 [1]).

Ich habe den Inhalt Ihres Telegramms Poincaré mitgeteilt, der hierauf über denselben Gegenstand mit den Botschaftern von Italien, Deutschland und Österreich Unterredungen

---

[1]) Siehe dasselbe Telegramm S. 473.

hatte. Tittoni bestätigte ihm den in den Telegrammen 374 und 377 dargelegten Plan und ergänzte ihn dadurch, daß Diakowo, Ipek und Prizrend den Serben bleiben müssen. Tittoni sagte ihm auch, daß infolge der erregten öffentlichen Meinung Rußlands Sie genötigt wären, Ihren ursprünglichen Standpunkt zu ändern, und daß Sie die Forderung Serbiens, einen Ausgang zum Adriatischen Meere zu erhalten, unterstützen müssen. Das macht ihm, Tittoni, Sorgen, denn Italien hat sich verpflichtet, das Prinzip der Integrität Albaniens zu verteidigen, und im Falle eines Krieges wegen dieser Frage muß Italien Österreich bewaffnete Unterstützung leisten. Poincaré bemerkte, das stehe schwerlich im Einklang mit dem, was ihm über das russisch-italienische Abkommen von Racconigi bekannt sei, und widerspreche durchaus dem französisch-italienischen Abkommen von 1902, kraft dessen Frankreich das Recht habe, für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die Neutralität Italiens zu rechnen.

Tittoni antwortete, daß das Abkommen mit Österreich über Albanien der Verständigung mit Österreich und Rußland vorausgegangen und für die italienische Regierung unbedingt verpflichtend sei. Das bringt Italien in eine äußerst schwierige Lage und deshalb sucht es mit allen Kräften eine friedliche Lösung der Lage zu erreichen. Im Laufe des Gespräches sagte Poincaré zu Tittoni, daß, wenn der österreichisch-serbische Konflikt zu einem allgemeinen Kriege führe, Rußland auf bewaffnete Hilfe von seiten Frankreichs vollkommen rechnen könne. Das machte, sagte Poincaré, auf Tittoni einen sichtbaren Eindruck.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1912. — Nr. 383.

Poincaré hat mir ein Telegramm aus Wien vorgelesen, in dem der französische Botschafter berichtet, daß die Stimmung in Wien eine äußerst gespannte sei und daß die österreichische Regierung erfahren habe, Sie hätten in den letzten Tagen Ihren Standpunkt hinsichtlich der serbischen Forderungen verändert und wären jetzt bereit, diese Forderungen zu unterstützen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Außerdem habe das Wiener Kabinett erfahren, daß wir umfangreiche militärische Maßnahmen an der österreichischen Grenze treffen. Seinerseits mobilisiert Österreich drei Armeekorps in Galizien und hat seine militärischen Vorbereitungen gegen Serbien beendigt. Der französische Geschäftsträger fügt hinzu, der deutsche Botschafter erkläre offen, daß Deutschland Österreich unterstützen wird, daß Deutschland im Falle eines Krieges nur eine geringe Truppenmacht gegen Rußland stellen und seine Hauptkräfte gegen Frankreich richten werde und daß „Deutschland Rußland erst in Paris unterwerfen wird". Andererseits erwartet Poincaré, daß Ismail Kemal Pascha, der augenscheinlich schon in Durazzo eingetroffen ist, in diesen Tagen die Unabhängigkeit Albaniens ausrufen und von der österreichischen Flotte unterstützt werden wird. Deshalb droht der serbische Vormarsch nach Durazzo, Verwicklungen nicht nur mit den Albaniern, sondern auch mit den Österreichern herbeizuführen, was seinerseits den Einfall der Österreicher in Serbien zur Folge haben würde. Dies alles beunruhigt die französische Regierung, und Poincaré fragt, ob Sie noch immer auf dem Standpunkt der von Ihnen unserm Gesandten in Belgrad gegebenen Instruktionen stehen, oder ob in dieser Hinsicht wirklich eine Änderung eingetreten ist. Poincaré ist überzeugt, daß sowohl Österreich wie Italien fest entschlossen sind, die Serben nicht nach Durazzo zuzulassen, und wenn Sie daher wirklich beschlossen haben, das Vordringen Serbiens bis zu diesem Hafen zu unterstützen, so muß dieses zu einem Konflikte zwischen Rußland und Österreich mit allen seinen Folgen führen. Als Antwort habe ich Poincaré mit dem Inhalt Ihres Telegramms 2687 bekannt gemacht, aus welchem hervorgeht, daß Sie bestrebt sind, Mittel zu einer friedlichen Lösung dieser Frage zu finden, und daß deshalb kein Grund zur Annahme vorliegt, daß wir die Serben zu irgendwelchen gefährlichen Schritten zu veranlassen suchen. Auf seine Bemerkung, daß von verschiedenen Seiten behauptet wird, unser Gesandter in Belgrad, Hartwig, fahre fort, die Serben aufzustacheln, erwiderte ich, daß mir aus der Erfahrung des Jahres 1908 gut bekannt sei, wie leicht ungerechtfertigte Anklagen gegen Rußland und die russischen Diplomaten erhoben würden. Zum Schlusse betonte Poincaré,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

daß es im jetzigen kritischen Augenblicke äußerst wichtig sei, daß Serbien sich nicht auf Ratschläge von seiten Rußlands berufen könne, und daß es für alle klar sein müsse, daß Serbien, wenn es auf seinem Marsche nach Durazzo besteht, auf seine eigne Gefahr hin handelt. Poincaré bittet, obiges zu Ihrer Kenntnis zu bringen.

Fünfzehntes Kapitel.

Die Londoner Botschafterkonferenz 1912.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1912. — Nr. 332.

Persönlich. Nicolson ist ziemlich skeptisch hinsichtlich der Aufnahme, die der Poincarésche Vorschlag bezüglich eines serbischen Hafens an der Adria in Deutschland und Österreich finden wird. Er glaubt, daß Österreich entschlossen ist, sich nicht dem Zugange Serbiens zum Mittelmeere, wohl aber einer territorialen Erwerbung zu widersetzen. Er glaubt, daß der Ausdruck „neutraler Hafen" näher bestimmt werden muß. Er glaubt auch, daß viel von der Zusammenkunft des Erzherzogs mit Kaiser Wilhelm abhängen wird. Die Reise Schemuas nach Berlin macht auf ihn Eindruck, ebenso Nachrichten über eine russische Mobilisation, die aus der Wiener Reichspost geschöpft sind. Man fürchtet hier, daß die von uns getroffenen militärischen Maßnahmen größeren Umfang als die österreichischen haben. Man gibt zu, daß dies nötig sein kann. Aber dieser Eindruck ist bedauerlich, wie ich Ihnen in meinem letzten Brief berichtete. Wenn, wie ich glaube, die Haltung Englands hauptsächlich von der Handlungsweise Deutschlands abhängen wird, so urteilt man über die Politik Österreichs in dieser Krise nicht so streng wie bei uns. Man vergleicht, was man über seine jetzigen Forderungen weiß, mit seinen Plänen vor dem Kriege. Die Folgerung fällt zugunsten Österreichs aus. Man findet auch, daß Serbien zu viel von der Unterstützung der Mächte verlangt, die ihrer Sympathie mit diesem Lande Ausdruck verliehen haben. Ich teile dies alles zu Ihrer Information mit.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 11./24. November 1912. — Nr. 333.

Aus meinen während der letzten Tage gemachten Beobachtungen ergibt sich, daß Österreich kein territoriales Zugeständnis zugunsten Serbiens in Albanien machen wird. Ich glaube, daß das äußerst Erreichbare ein neutraler Hafen auf dem Territorium eines autonomen Albaniens sein würde. Welches immer die Stellungnahme Frankreichs sein mag, welche durch unsern Bündnisvertrag bedingt wird, so glaube ich, daß, wenn wir Serbien noch weiter gehende Unterstützung zuteil werden lassen, wir die moralische Unterstützung nicht nur Englands, sondern auch Frankreichs verlieren würden. Wenn ich mich nicht irre, so will mir scheinen, daß die öffentliche Meinung in Rußland sich vor allem von dem Gedanken einer Revanche für 1909 leiten läßt; ich selbst hege dies Gefühl zu sehr, als daß es mir erlaubt wäre, ein derartiges Gefühl in Rußland abfällig zu beurteilen. Aber es scheint mir auch, daß wir diese Revanche schon in weitgehendem Maße erreicht haben, und zwar dank der Politik des Kaisers, dessen berufener Vertreter Sie sind. Nicht die Befürchtung eines Konfliktes mit den Balkan-Alliierten und ihren Armeen hält Österreich im jetzigen Zeitpunkte zurück. Rußland allein und die Stellung, die es einnimmt, haben Österreich veranlaßt, auf sein Programm, wie es nach 1909 bestand, zu verzichten: auf jede territoriale Ausdehnung, auf den Sandschak und auf Saloniki; auch ist Österreich gleichzeitig veranlaßt worden, der Aufteilung des Balkans zwischen den Alliierten und der Schaffung eines albanischen Staates unter dem Protektorate aller Mächte zuzustimmen. Es ist mir wenigstens nicht bewußt, daß Österreich gegen einen solchen Gedanken Einspruch erhoben hat. Im Grunde genommen bedeutet dies einen völligen Umschwung der österreichischen Politik. Außerdem hat, dank der weisen und uneigennützigen Politik Rußlands, die ganze Balkanfrage eine unerhoffte Lösung gefunden, ohne daß es zu einem europäischen Kriege gekommen wäre. Ich glaube, daß, wenn die russische öffentliche Meinung eines Tages die Dinge in diesem Lichte erblicken wird, keine einzige Epoche der neueren Geschichte Rußlands ruhm-

voller erscheinen wird. Unsere weise und uneigennützige Politik hat uns die Unterstützung Frankreichs und Englands und im Anfang auch Italiens gewonnen. Dieses Resultat in Frage zu stellen, und zwar wegen einer sekundären Erwägung, die mehr den Ehrgeiz als das berechtigte Interesse Serbiens betrifft, bedeutet meiner Ansicht nach, den bis jetzt so erfolgreich betretenen Weg zu verlassen. Und wir würden vielleicht auf diese Weise unserem Gegner eine günstige Gelegenheit zum Angriff bieten, wenn sich die internationale Situation durch eine letzte Forderung unsererseits, deren absolute Notwendigkeit wir nicht beweisen können, zu unsern Ungunsten verändert haben wird.

Ich bitte Sie, die Offenheit dieses Telegramms zu entschuldigen. Was ich Ihnen sage, ist das Resultat der Beobachtungen, die ich hier jeden Tag machen kann. Ich glaube, daß eines Tages die öffentliche Meinung in Rußland sich zu den erzielten Resultaten wird beglückwünschen müssen, und zwar sind diese Resultate ohne Krieg, nur infolge der Autorität und des Prestiges Rußland, erzielt worden.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1912. — Nr. 385.

Heute hat der hiesige österreichische Botschafter Poincaré mitgeteilt, daß das Wiener Kabinett einen territorialen Zugang Serbiens nach San Giovanni di Medua, selbst wenn dieser Hafen neutralisiert werden sollte, nicht zulassen könne. Er hat hinzugefügt, daß Österreich auf alle Forderungen außergewöhnlicher kommerzieller Vorzüge für sich selbst verzichtet und bereit ist, Serbien eine Eisenbahnverbindung mit einem neutralen Hafen auf albanischem Territorium zuzugestehen, mit der Berechtigung, durch diesen Hafen in Friedenszeiten Waffen und Munition einzuführen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1912. — Nr. 386.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm 376. Im Gespräche mit mir hat Tittoni seine Erklärungen Poincaré gegenüber

einigermaßen abgeschwächt. Er erklärt, daß Italien verpflichtet sei, Österreich nur in den genau umschriebenen Grenzen Albaniens zu unterstützen. Wenn daher Serbien auf der Besitzergreifung eines Teiles Albaniens besteht, so ist Italien verpflichtet, gemeinsam mit Österreich zu handeln und sogar zu einer gemeinsamen Besetzung Albaniens zu schreiten. Seiner Ansicht nach würde dies zu keinen ernstlichen Verwicklungen führen, da alle Mächte zugeben, daß die albanische Frage allgemeineuropäische und nicht serbische Bedeutung hat. Ich erwiderte Tittoni, daß Serbien trotz der beruhigenden Ratschläge Rußlands vielleicht einen Zusammenstoß mit Österreich in der albanischen Frage herbeiführen könne. Wenn Österreich dies mit einem Einfall in Serbien beantworten würde, so könne ein allgemeiner Krieg entstehen, im Laufe dessen, wie aus den von ihm Poincaré abgegebenen Erklärungen ersichtlich, Italien sich in der Reihe der bewaffneten Gegner Rußlands und Frankreichs befinden würde. Tittoni erwiderte, daß seiner persönlichen Meinung nach kriegerische Maßnahmen Österreichs gegen Serbien außerhalb Albaniens Italien nicht zu einer Unterstützung Österreichs verpflichten; er wolle jedoch San Giuliano hierüber befragen. Tittoni erklärt, Berchtold habe Italien die kategorische Zusicherung gegeben, daß er im jetzigen Zeitpunkte nicht beabsichtigt, irgendwelche Forderungen an Serbien zu stellen, daß Österreich auf alle ökonomischen Vorrechte für sich selbst verzichtet und mit einer doppelgleisigen Eisenbahnverbindung Serbiens mit Antivari und einem neutralen Hafen auf albanischem Territorium einverstanden ist; daß Österreich sich aber einem territorialen Ausgange Serbiens zur Adria widersetzen wird. Im allgemeinen habe ich aus meiner Unterredung mit Tittoni den Eindruck gewonnen, daß ein Mittel, einer weiteren Verschärfung des Konfliktes vorzubeugen, darin bestehen würde, daß Österreich und Italien Albanien zeitweilig gemeinsam besetzen und daß die endgültige Regelung der albanischen Frage hierauf in die Hände Europas gelegt wird, da Italien durchaus nicht ein beständiges Kondominium mit Österreich wünscht. Ich habe den Inhalt dieser Unterredung Poincaré mitgeteilt, welcher dieser Frage das größte Interesse entgegenbringt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. November 1912. — Nr. 388.

Persönlich. Ich lenke Ihre besondere Aufmerksamkeit auf Tittonis Gedanken einer zeitweiligen österreichisch-italienischen Besetzung Albaniens. Ein solcher Plan könnte, wie mir scheint, weiter entwickelt werden und zu einer kollektiven Besetzung Albaniens durch die europäischen Staaten führen, wobei wir dem Beispiel Deutschlands in der kretischen Frage folgen und uns der Teilnahme an einer solchen Okkupation enthalten könnten, unsere Teilnahme an der endgültigen Regelung der albanischen Frage vorbehaltend. Auf diese Weise würde die albanische Frage sofort aus dem österreichisch-serbischen oder österreichisch-balkanischen Konflikte ausgeschaltet, und für Serbien wäre es leichter, sich vor Kollektivschritten Europas als vor einer alleinigen Einmischung Österreichs zu beugen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 390.

Der französische Botschafter telegraphiert aus Rom, San Giuliano halte sich zur Annahme berechtigt, daß Österreich von allen aktiven Maßnahmen gegen die Serben absehen wird, selbst wenn sie Durazzo besetzen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 342.

Obwohl Grey mich niemals gefragt hat, ob Sie Ihren Standpunkt hinsichtlich der serbischen Forderungen verändert haben, so wußte ich, daß die in Paris gehegten Zweifel auch bis zu ihm gedrungen waren, obwohl die Telegramme Buchanans das Gegenteil beweisen. Ich habe es deshalb für nötig gefunden, Grey Ihre Antwort an Iswolsky mitzuteilen. Er hat nur geantwortet, daß seiner Ansicht nach alle diese Mißverständnisse zum großen Teil infolge der Haltung und namentlich der Sprache, wenn nicht von Pasitch selbst, so doch der serbischen politischen Führer entstanden sind und daß diese Sprache in Wien Nervosität hervorrufen müsse.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 345.

Grey hat Buchanan beauftragt, Ihnen seine Ansicht über die Veröffentlichung Pasitchs in der Times mitzuteilen und Ihre Zustimmung zu seiner beabsichtigten Erklärung in Belgrad zu erbitten. Grey ist von Lichnowsky und Mensdorff über diese Mitteilung befragt worden, und er hat sich darauf beschränkt, ihnen zu erklären, daß er diese Veröffentlichung unzeitgemäß und bedauerlich finde, da die Lösung dieser Frage von den Mächten abhänge. Er fügte mir gegenüber hinzu, er wolle mir nicht verheimlichen, daß diese Veröffentlichung der Form und dem Inhalt nach sehr verhängnisvoll sei und so sehr geeignet, den Dingen eine schlimme Wendung zu geben, daß er es für nötig halte, seine Ansicht in Belgrad deutlich zum Ausdruck zu bringen. Grey hat weiter nichts gesagt, aber er hofft augenscheinlich, daß Sie diesen Zwischenfall Ihrerseits nicht unbemerkt vorübergehen lassen werden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 14./27. November 1912. — Nr. 2738.

Ich habe Hartwig am 7./20. November sub Nr. 2659 folgendes telegraphiert: Die Regierung neigt immer mehr einer friedlichen Lösung der Frage des serbischen Zuganges zur Adria zu, da diese Frage in unsern Augen rein örtliche Bedeutung hat. Die jetzige Haltung Serbiens schließt jedoch einen friedlichen Ausgang aus. Unser Eindruck ist der, daß die Serben nicht ernstlich auf eine Unterstützung von seiten der Balkan-Alliierten rechnen können, da deren Kräfte durch den noch nicht beendeten Krieg erschöpft sind.

Infolgedessen ist Ihr Interview und die Erklärung Pasitchs eine Herausforderung, und sie können den Serben nur schaden und uns eine weitere Unterstützung bei der allgemeinen Liquidation des Krieges nur erschweren. Ich bitte Sie, Pasitch unter Beobachtung der nötigen Vorsicht zu ernüchtern und Interviews zu vermeiden, welche zu ungerechtfertigten Kommentaren und Anschuldigungen gegen Ihre Tätigkeit führen, die angeblich nicht im Einklang mit unserer allgemeinen Politik steht.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 10./23. November 1912. — Nr. 330.

Da Kiderlen die Meinung geäußert hat, es sei zweckmäßig, daß die Mächte ohne Verzug erklären, welche Fragen sie bei Friedensschluß zur Diskussion gestellt sehen wollen, so hat sich zwischen der von Jules Cambon nach Paris übermittelten Version und dem hier von Lichnowsky gemachten Schritte ein Mißverständnis ergeben. Die Zahl der von Kiderlen erwähnten Punkte ist nicht dieselbe, noch ist ihr Inhalt der gleiche.

Aus diesem Grunde und auch um die Verhandlungen selbst möglichst zu beschleunigen, hat Poincaré bei Grey angefragt, ob es nicht nützlich wäre, den telegraphischen Meinungsaustausch durch eine Konferenz der Botschafter zu ersetzen, die bevollmächtigt wären, die von Kiderlen aufgeworfenen Fragen zu regeln. Grey hat geantwortet, daß er diesem Vorschlage zustimme und mit der Wahl von Paris einverstanden sei.

Grey zufolge müßten die Mächte sich die Lösung folgender Fragen vorbehalten: 1. Albanien, 2. Zugang Serbiens zur Adria, 3. die griechischen Inseln.

Jede der Mächte könnte diejenige Frage zur Sprache bringen, an der sie besonders interessiert sei.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 392.

Poincaré teilt Ihre Ansicht. Der Gedanke einer Konferenz ist von Poincaré mehrere Male London, Berlin und Wien gegenüber erwähnt worden. Poincaré erinnert daran, daß er schon am 15. Oktober eine derartige Konferenz in Vorschlag gebracht hat. Dieser Vorschlag bestehe auch jetzt noch und mache daher eine neue Initiative unnötig. Da Deutschland und Österreich erklärt haben, daß sie sich an einer Konferenz nur beteiligen werden, wenn zwischen den Mächten ein Einvernehmen über die wichtigsten Punkte des Programms erzielt sein wird, glaubt Poincaré, daß die von Ihnen in Vorschlag gebrachten Vorberatungen der Botschafter das einzige praktische Mittel seien, um einer langen Verzögerung, die bei telegraphischen Verhandlungen zwischen den Kabinetten unvermeidlich ist, vorzu-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

beugen. Andererseits fällt es Poincaré schwer, eine Initiative zu ergreifen, da diese Vorberatungen wahrscheinlich in Paris stattfinden werden. Er fragt daher, ob Sie es nicht für möglich halten, daß das Londoner Kabinett eine derartige Initiative ergreift, da Grey das Zustandekommen einer Konferenz für nützlich hält.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1912. — Nr. 393.

Im Gespräch mit dem französischen Botschafter hat Kiderlen die Meinung geäußert, daß nur die Großmächte an der Konferenz teilnehmen sollten. Poincaré hat Cambon beauftragt, Kiderlen daran zu erinnern, daß in dem Vorschlage des 15. Oktober von der Teilnahme der Balkanstaaten und Rumäniens die Rede war und daß die französische Regierung auch heute auf diesem Standpunkte stehe. Poincaré glaubt, daß Ihr Vorschlag die Frage insofern vereinfacht, als an den Vorberatungen sich nur die sechs Botschafter der Großmächte beteiligen werden, während die Balkanstaaten unter gewissen Bedingungen an der Schlußkonferenz teilnehmen könnten. In London denkt man an die Ernennung von besonders bevollmächtigten Botschaftern, doch wäre dies Poincarés Ansicht zufolge nicht notwendig.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. November 1912. — Nr. 348.

Grey gibt mir von einem Telegramm Buchanans Kenntnis, dem zufolge Sie auf Ihren Gedanken einer Alternative für den Zugang Serbiens zur Adria zurückzukommen scheinen. Grey glaubt nicht, daß Österreich das Projekt selbst eines neutralisierten Hafens, dessen Territorium serbisch wäre, annehmen werde. Grey zufolge würde eine solche Entscheidung den Erfolg der in Aussicht genommenen Konferenz in Frage stellen. Grey hält es für sehr wünschenswert, daß diese Frage auf Grund einer Initiative Rußlands in einer für Österreich annehmbaren Form gelöst wird. Grey gibt sich vollkommen Rechenschaft, wie schwer dies sein wird; andererseits erinnert er vertraulich an die Ereignisse des Jahres 1909, als die diplomatische Unter-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

stützung von seiten Rußlands und Englands Serbien keine Kompensationen für die Annexion Bosniens verschaffen konnte; heute hätte dagegen die moralische und diplomatische Unterstützung Rußlands die Annexion des Sandschaks durch Serbien ermöglicht. Grey folgert hieraus, daß Serbien heute nicht das Recht hätte, mehr von Rußland zu verlangen als Unterstützung, um die serbischen ökonomischen Interessen in der Adria unter für Österreich annehmbaren Bedingungen zu wahren. Grey hat mich gebeten, diese Unterredung als vertraulich zu betrachten. Ich fragte Grey, ob diese Erwägung eine Bedingung bedeute, unter der allein er eine Konferenz einberufen wolle. Grey hat geantwortet, daß es keine Bedingung sei, daß er aber eine derartige Regelung der Frage für sehr wünschenswert halte, da auf diese Weise vielleicht das Ergebnis der Konferenz im voraus bestimmt werde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. November 1912. — Nr. 347.

Grey wäre bereit, die Initiative zu ergreifen, will aber zuerst Kiderlen bitten, Berchtolds Ansicht einzuholen. Er hält dies für vorsichtiger, da er nicht weiß, ob Österreich annehmen wird, und da eine Absage oder selbst eine bedingte Annahme von seiten Österreichs den Erfolg der Konferenz in Frage stellen könnte. Grey wird Paris vorschlagen, glaubt jedoch, daß das Berliner Kabinett vielleicht eine ganz neutrale Hauptstadt, wie z. B. den Haag, vorziehen wird. Grey bleibt bei seiner Ansicht, daß diese Versammlung sich nur mit Fragen, die mit der Liquidation des Balkankrieges zusammenhängen, zu befassen haben wird. Er hat bereits mit den Botschaftern Italiens und Deutschlands gesprochen. Diesem letzteren gegenüber hat er eine wichtige Bemerkung gemacht: er hat ihm gesagt, daß wenn augenblicklich alle Mächte ernstliche Anstrengungen machten, um den Frieden zu erhalten, England und Deutschland diejenigen Staaten seien, welche in Balkanfragen am wenigsten und deshalb an der Erhaltung des Friedens am meisten interessiert seien, denn wenn der Krieg ausbräche, so läge der wahre Grund so viel tiefer als die sekundären Ursachen, die den Krieg hervorrufen könnten, daß er keine ernstliche Garantie erblicke,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

daß England und Deutschland nicht auch alle beide in den Krieg hineingezogen werden würden.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 15./28. November 1912. — Nr. 349.

Paul Cambon hat Grey mitgeteilt, Kiderlen habe Jules Cambon erklärt, es wäre gut, wenn die Mächte ohne Verzug mitteilten, welche Punkte sie bei Friedensschluß erörtert zu sehen wünschten. Kiderlen hat Jules Cambon gegenüber folgende Fragen erwähnt: Albanien, Konstantinopel — in dieser Frage sei Deutschland nicht sehr interessiert —, Adrianopel, Berg Athos, Kompensationen für Rumänien, Ägäische Inseln.

Gleichzeitig hat Lichnowsky einen ähnlichen, aber doch nicht ganz identischen Schritt gemacht. Was Albanien anbelangt, so erklärt die deutsche Regierung, daß sie die militärische Okkupation von seiten Serbiens nicht als eine definitive politische Lösung betrachte. Was den Zugang Serbiens zur Adria betrifft, schlägt Deutschland eine Eisenbahn und einen Hafen vor, aber nicht auf serbischem Territorium. Konstantinopel, Adrianopel und Berg Athos werden nur als weitere Beispiele, die Ägäischen Inseln gar nicht erwähnt.

Grey findet, daß diese beiden Schritte nicht genügend übereinstimmen, und zieht daraus den Schluß, daß telegraphische Verhandlungen Mißverständnisse herbeiführen könnten. Diese Erwägung hat ihn zur Annahme des Poincaréschen Vorschlages geführt, eine Konferenz einzuberufen, auf der jede Macht die sie interessierenden Fragen angeben würde. Was ihn anbelangt, so schlägt Grey die drei in meinem Telegramm 330 erwähnten Punkte vor. Auf meine Frage hat er erklärt, daß noch andere Punkte dem Programm beigefügt werden könnten, wie z. B. die türkische öffentliche Schuld.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 16./29. November 1912. — Nr. 351.

Nicolson hat mir gestern abend gesagt, daß die von Grey kürzlich Lichnowsky gemachte Mitteilung in einem Telegramm an den englischen Botschafter in Berlin wiederholt worden ist.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die versöhnliche und freundschaftliche Form, die Grey dieser Mitteilung gegeben hat, ändert nichts an der Wichtigkeit dieser Warnung.

Ich muß jedoch hinzufügen, daß Grey mir gegenüber seinen Worten nicht den Sinn einer bestimmten Verpflichtung uns gegenüber gegeben hat. Ich glaube, Grey wollte vor allem verhindern, daß das Berliner Kabinett die Lage so beurteile, als ob es auf alle Fälle auf die Neutralität Englands rechnen könne. Ich hatte Grey darauf hingewiesen, wie gefährlich eine derartige Annahme in Berlin werden könne. Grey hat meiner Anregung Folge geleistet.

Obwohl meine Zuversicht bedeutend gestärkt worden ist, so bin ich doch überzeugt, daß die Umstände, die die Eröffnung der Feindseligkeiten begleiten würden, einen besonderen Einfluß auf den endgültigen Beschluß der englischen Regierung ausüben werden. Ich halte es für durchaus notwendig, daß an dem Tage, an dem Rußland zu den Waffen greifen würde, es für die öffentliche Meinung ganz klar sein müßte, daß Rußland nicht anders handeln kann und daß es im Interesse des Friedens zu allen andern Mitteln gegriffen hat — unter anderm auch in der heute so bedeutsamen Frage eines serbischen Zuganges zur Adria.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 17./30. November 1912. — Nr. 2762.

Der hiesige englische Botschafter hat mir ein Memorandum überreicht, in dem im Auftrage Greys vorgeschlagen wird, Rußland solle im Laufe der Pariser Vorberatungen mit einer eigenen Initiative hervortreten und Serbien und Montenegro überreden, sich mit der Aufteilung des Sandschaks von Nowibasar zu begnügen und nicht auf einer territorialen Erwerbung an der Adria zu bestehen. Wir haben den Botschafter darauf hingewiesen, daß ein derartiges Vorgehen Rußlands eine entschiedene Ablehnung von seiten unserer öffentlichen Meinung finden und für Serbien eine ungünstige Lage schaffen würde, indem das Zugeständnis, zu dem Österreich sich schon im Anfange des Krieges gezwungen sah, jetzt den Charakter eines neuen von uns erzielten Erfolges annehmen würde. Überhaupt kann man das

Jahr 1909 mit den jetzigen Ereignissen nicht vergleichen, denn sowohl die allgemeinen Bedingungen als auch das Verhältnis der gegenseitigen Interessen und Kräfte sind andere als früher. Wir tun alles mögliche, um die Serben zur Nachgiebigkeit zu bewegen, aber unsere Anstrengungen können nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn die Serben überzeugt sind, daß wir unsererseits alles tun, um auf friedlichem Wege ihre Interessen zu schützen, und daß unsere diesbezüglichen Bemühungen von Frankreich und England unterstützt werden. Anläßlich der in Aussicht genommenen Vorberatung in Paris ziehen wir es vor, keine Initiative zu ergreifen, sondern Berichtigungen in den von andern Mächten gemachten Vorschlägen anzubringen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 18. November/1. Dezember 1912. — Nr. 355.

Ihr Telegramm Nr. 2762 erhalten. Persönlich. Ihre Einwendungen gegen den Greyschen Vorschlag sind durchaus berechtigt, und ich habe hier von ihnen bereits Gebrauch gemacht. Grey wird uns verstehen.

Ich bitte Sie aber, im Auge zu behalten, daß Grey vor allem an die Möglichkeit eines Krieges denkt. In dieser Hinsicht bitte ich Sie, zu beachten, daß es äußerst wichtig ist, daß der Vorwurf der Unnachgiebigkeit in der schwierigsten Frage auf der Konferenz ganz allein auf Österreich fällt. Dies zu erreichen, wird nicht leicht sein, und doch kann alles davon abhängen. Im kritischen Augenblicke wird Grey nur in dem Falle die öffentliche Meinung auf seiner Seite haben, wenn Rußland, soweit es seine Stellung zuläßt, alles getan haben wird, um den Frieden zu erhalten. Grey hält die Möglichkeit eines Hafens auf serbischem Territorium für ausgeschlossen. Es widersteht ihm, dieser Forderung in einer in England nicht populären Weise seine Unterstützung zuteil werden zu lassen. Anders steht er der Lösung der Frage eines Hafens auf albanischem Territorium gegenüber: er ist volikommen bereit, uns seine diplomatische Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Ich halte es nicht für nötig, alle speziellen Punkte aufzuzählen, die wir oer Konferenz unterbreiten möchten, indem wir uns darauf beschränken, die von andern Mächten aufge-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

worfenen Fragen zu prüfen. Immerhin glaube ich, daß, wenn wir unseren endgültigen Entschluß in der wichtigsten Frage im dunkeln lassen, sich hieraus für den englischen und vielleicht auch französischen Vertreter eine unklare und unbestimmte Haltung ergeben wird, während die Vertreter des Dreibundes solidarisch sein werden. Ich höre hier, daß man befürchtet, daß Sie in dieser Hinsicht Ihre ursprüngliche Ansicht geändert haben. Ohne den serbischen Interessen oder dem Frieden zu dienen, könnte dies die eigenen Interessen Rußlands später ernstlich gefährden.

Greys Vergleich der jetzigen Lage mit dem Jahre 1909 soll nichts anderes als ein Argument sein, welches man in Belgrad benutzen könnte, wie auch der öffentlichen Meinung Rußlands und Englands gegenüber. Dies Argument ist folgendes: wenn Rußland nicht seine jetzige Haltung eingenommen und keine Sympathien für die slawische Sache bekundet hätte, wäre der Sieg der Alliierten nicht möglich gewesen. Dies ist übrigens ganz richtig.

Es scheint mir nicht erwiesen, daß Österreich einer Konferenz zustimmen wird, wenn diese Frage nicht genügend geklärt ist. Wenn aus diesem Grunde eine österreichische Weigerung erfolgen sollte, so würde dies für uns unvorteilhafte Folgen nach sich ziehen. Auf alle Fälle scheint es mir nötig, wenigstens in Frankreich und England unsere äußersten Zugeständnisse bekanntzugeben. Ich sehe kein anderes Mittel, um die Haltung dieser beiden Mächte zu beeinflussen. Im entgegengesetzten Falle könnte die Konferenz statt eines Ausweges nur eine Gefahr für unsere eigenen Interessen bedeuten.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 21. November/4. Dezember 1912. — Nr. 2781.

Wir haben im Prinzip keine Einwendungen dagegen, London statt Paris für die in Aussicht genommenen Vorberatungen zu wählen. Wir erfahren jedoch, Grey wäre der Wahl Londons nicht günstig gestimmt, da er das Französische nicht genügend beherrscht. Andererseits fürchten wir, daß die Eigenliebe Poincarés verletzt würde, was ungünstig auf den Grad der Unterstützung zurückwirken könnte, welche wir während der Verhandlungen von unseren Bundesgenossen erwarten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich bitte Sie, sich mit Grey hierüber auszusprechen, und wenn Sie bemerken, daß er persönlich Paris vorzieht, bitten Sie ihn, auf der Wahl von Paris zu bestehen, da andernfalls das Zustandekommen der Vorberatungen in Frage gestellt werden könnte.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 21. November/4. Dezember 1912. — Nr. 2791.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm 2781. Persönlich. Die Österreicher fürchten augenscheinlich Iswolsky, und Kiderlen hat kein besonderes Zutrauen zu Schön. Diese Erwägungen persönlichen Charakters werden unserer Ansicht nach durch den Umstand aufgewogen, daß die Initiative der Teilnehmer an den Vorberatungen durch genaue Instruktionen ihrer Regierungen bestimmt werden wird.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 21. November/4. Dezember 1912. — Nr. 412.

Persönlich. Im Gespräche mit mir hat Poincaré erklärt, der Wunsch der Österreicher, die Vorberatungen der Botschafter sollten in London stattfinden, sei ihm persönlich gegenüber nicht sehr liebenswürdig. Er gab aber gleichzeitig zu verstehen, daß er die Wahl Londons nicht bedauern würde, da das Resultat der Beratungen im besten Fall „Stückwerk" sein würde. Meinerseits muß ich erklären, daß das tiefe Mißtrauen und der Mangel an Wohlwollen zu mir von seiten Berlins und Wiens, im Falle meiner Teilnahme an der Konferenz, ein für uns ungünstiger Faktor wäre. In London werden der farblose Mensdorff und Lichnowsky, der noch nicht Zeit gehabt hat, sich eine Stellung zu schaffen, natürlich nicht gegen den Einfluß Benckendorffs und Cambons aufkommen können. Es scheint mir daher, daß es uns keinen besonderen Vorteil bieten würde, auf der Wahl von Paris zu bestehen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 22. November/5. Dezember 1912. — Nr. 365.

Ihr Telegramm 2781 erhalten. Ich werde Grey erst morgen sprechen können. Das Londoner Kabinett hat noch keinerlei

Antwort hinsichtlich der Botschafterkonferenz erhalten. Kiderlen hat Goschen geantwortet, daß er dem Vorschlage sympathisch gegenüberstehe und die Ansicht des Wiener Kabinettes einholen werde. Berchtold hat nur gesagt, er werde den Vorschlag prüfen und seine Antwort durch die Vermittlung von Mensdorff geben. Letzterer gibt als persönliche Ansicht zu verstehen, daß Berchtold einige Bedingungen stellen wird. Kiderlen und Berchtold haben London als Sitz einer eventuellen Konferenz bezeichnet. Sie haben ganz recht, was Sie über Greys Haltung sagen. Er würde London sehr ungern annehmen und nur, wenn sich kein anderer Ausweg finden ließe. Ganz wie Sie will er Poincaré auf keinen Fall verletzen; aus diesem Grunde zieht er Paris vor. Er kennt die Schwierigkeiten; er wird aber allen Ihren Erwägungen Rechnung tragen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 22. November/5. Dezember 1912. — Nr. 366.

Ihr Telegramm 2791 erhalten. Persönlich. Wie man mir sagt, nehmen Lichnowsky und Mensdorff sehr energisch Stellung gegen Paris, und zwar aus demselben Grunde, wobei man auch noch Tittoni nennen muß. Der italienische Botschafter Imperiali teilt diese Ansicht, aber ich glaube aus persönlichen Gründen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 23. November/6. Dezember 1912. — Nr. 368.

Der österreichische Botschafter hat heute morgen Grey eine mündliche Antwort bezüglich der Konferenz gegeben. Sie enthält die Zustimmung der österreichischen Regierung zu einer Botschafterkonferenz, bezeichnet London als Versammlungsort und stellt eine Bedingung hinsichtlich eines serbischen Hafens. Da Mensdorff sagt, daß ein ähnlicher Schritt in Petersburg und Paris erfolgt ist, glaube ich auf diese Bedingung nicht weiter eingehen zu brauchen. Grey wünscht Ihre Ansicht möglichst bald zu erhalten. Er hat Mensdorff nur in allgemeinen Ausdrücken geantwortet.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 23. November/6. Dezember 1912. — Nr. 369.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 368. Nicolson hat mir anvertraut, Grey habe Mensdorff geantwortet, es wäre seiner Ansicht nach besser gewesen, wenn die Frage eines serbischen Hafens an der Adria den Gegenstand der Instruktionen des österreichischen Vertreters auf der Konferenz gebildet hätte, statt wie jetzt eine besondere Bedingung darzustellen, unter der Österreich an der Konferenz teilnehmen wird.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 25. November/8. Dezember 1912. — Nr. 2829.

Der österreichische Botschafter hat mir von der Zustimmung seiner Regierung zu der Botschafterkonferenz in London Mitteilung gemacht und hinzugefügt, daß in der albanischen Frage das italienisch-österreichische Abkommen zum Ausgangspunkte der Beratungen gemacht werden sollte. Ich habe entgegnet, daß das geheime italienisch-österreichische Abkommen nur für die beiden vertragschließenden Mächte Bedeutung habe und die völlige Freiheit der übrigen Mächte in keiner Weise binden könne. Hinsichtlich eines serbischen Hafens hat der Botschafter keinerlei einschränkende Bedingungen gestellt.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 26. November/9. Dezember 1912. — Nr. 2836.

Wir halten es für äußerst wünschenswert, daß die Frage der Botschafterkonferenz möglichst bald einer Lösung zugeführt wird. Dies würde die jetzige Lage entspannen, welche für den europäischen Frieden eine große Gefahr bedeutet. Wenn es daher Grey schwerfallen sollte, Österreich und Deutschland zu veranlassen, ihren Standpunkt aufzugeben, so halten wir es unsererseits nicht für richtig, auf der Wahl von Paris zu bestehen. In diesem Sinne habe ich mich dem französischen Botschafter gegenüber geäußert und hinzugefügt, daß wir lebhaft bedauern, daß die Konferenz nicht in Paris stattfinden wird, daß ich aber andererseits überzeugt sei, daß Poincaré unsere Ansicht teilen und die Notwendigkeit eines möglichst baldigen Zusammentrittes

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

der Konferenz einsehen wird. Auf die Frage des Botschafters, wie ich mir erkläre, daß London vorgezogen wird, antwortete ich, daß ich hierin nicht so sehr den Widerstand Österreichs erblicke, als einen Versuch Deutschlands, sich England zu nähern, in der Hoffnung, letzteres von dem befreundeten Rußland und Frankreich zu trennen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 26. November/9. Dezember 1912. — Nr. 2838.

Von der Meinung ausgehend, daß die Botschafterkonferenz einen vorbereitenden Meinungsaustausch der Großmächte hinsichtlich der Liquidierung des Krieges bedeutet, sind wir der Ansicht, daß der Vertreter Rumäniens, wie Berlin vorschlägt, nur in den Fällen zugelassen werden kann, wenn die zur Beratung stehenden Fragen die Interessen Rumäniens direkt berühren. Der Vertreter Rumäniens kann in allen diesen Fällen auf einstimmigen Beschluß der Botschafter zur Abgabe von Erklärungen und Darlegung seiner Wünsche aufgefordert, aber nicht zur Teilnahme an der allgemeinen Beratung zugelassen werden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 26. November/9. Dezember 1912. — Nr. 2837.

Wir halten es für notwendig, unverzüglich in einen Meinungsaustausch mit Paris und London einzutreten, um ein möglichst volles Einvernehmen mit ihnen über die auf der Botschafterkonferenz zu erörternden Fragen zu erzielen. Die allerwichtigsten Fragen sind Albanien und der Zugang Serbiens zur Adria.

Wie Ihnen bekannt, besteht unser Hauptziel darin, die politische und ökonomische Emanzipation Serbiens zu gewährleisten. Gleichzeitig streben wir danach, dieser Frage den ihr irrtümlich zugeschriebenen Charakter eines österreichisch-serbischen oder sogar österreichisch-russischen Gegensatzes zu nehmen.

Der beste Ausweg aus dieser Schwierigkeit würde unserer Ansicht nach darin bestehen, daß zuallererst über die Organisation Albaniens beraten wird, wobei die Grenzen dieses Staates erst später festzusetzen wären. Albanien sollte unserer Ansicht

nach eine autonome Provinz unter der Souveräniät des Sultans bilden, wobei die Türkei das Recht hätte, eine bestimmte Truppenanzahl daselbst zu unterhalten. Nähere Erwägungen erhalten Sie mit der Post.

Das allgemeine Prinzip, das wir angenommen zu sehen wünschen, besteht darin, daß Albanien und seine Küsten neutralisiert werden in dem Sinne, daß keine andere Macht das Recht hätte, sich daselbst einen besonderen Einfluß zu verschaffen. Serbien muß das Recht haben, eine direkte und zollfreie Verbindung durch Albanien mit dem Meere zu besitzen, und zwar auf allen den Eisenbahnen, die Serbien mit den albanischen Häfen verbinden werden. Auch die militärischen Güter Serbiens müssen diese Freiheit genießen. Die Verbindung der serbischen Eisenbahnen mit den albanischen Häfen, welche von einem internationalen Syndikat erstellt werden kann, muß alle Garantien der Sicherheit und Ungestörtheit des Verkehrs durch Albanien gewährleisten. Wir sind der Ansicht, daß die Verhandlungen über die Grenzen Albaniens von der Bereitschaft Österreichs abhängig gemacht werden müssen, die berechtigten Interessen Serbiens zu erfüllen. Unserer Ansicht nach würden die Grenzen dieses Gebietes im Norden durch eine Linie vom Adriatischen Meere den Fluß Drin entlang bis zu seiner Mündung mit dem Weißen Drin gebildet werden, im Osten von diesem Punkt den Drin entlang bis zum See von Okhrida und weiter am Westufer dieses Sees direkt nach Süden, etwas östlicher als Onitza, von wo aus die südliche Grenze in gerader Linie nach Delvinjo zum Meere führen würde. Sie werden aus dem Laufe der Verhandlungen und im Einvernehmen mit den Vertretern Frankreichs und Englands ersehen, ob es nicht zweckmäßig ist, Österreich die Initiative bei der Abgrenzung Albaniens zu überlassen und unsere Berichtigungen anläßlich der österreichischen Vorschläge vorzubringen. Ich bitte Sie, sich hierüber mit Grey zu beraten, um eine gemeinsame Handlungsweise zu erzielen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 27. November/10. Dezember 1912. — Nr. 2845.

Identisch nach Paris. Ich telegraphiere an unsern Gesandten in Belgrad: Der serbische Gesandte hat mir im Auf-

trage seiner Regierung mitgeteilt, man müsse befürchten, Österreich werde im Laufe einer Woche einen entscheidenden Schritt tun, um Serbien zu zwingen, auf einen adriatischen Hafen zur verzichten. Die militärischen Maßnahmen Österreichs sind, wie das Belgrader Kabinett glaubt, hierauf zurückzuführen. Auch wünsche Österreich einen Vorwand zur Einmischung zu haben, um die Grenzen der territorialen Neuerwerbungen Serbiens so weit als möglich nach Osten zurückzudrängen und um Prizrend Albanien einzuverleiben. Der Gesandte behauptet, Österreich beabsichtige die ökonomische und politische Unterwerfung Serbiens. Die Erklärungen des serbischen Gesandten in Verbindung mit der unzweifelhaft ernsten allgemeinen politischen Lage veranlassen uns, die Politik, welche wir auch in Zukunft zu verfolgen gedenken, deutlich zu präzisieren.

Alle Mächte, Österreich inbegriffen, haben beschlossen, die sich aus dem Kriege ergebenden Fragen gemeinsam zu prüfen. In Belgrad ist unser Standpunkt hinsichtlich der Serbien interessierenden Fragen bekannt. Wir sind bereit, die politische und ökonomische Emanzipation Serbiens zu unterstützen, ebenso seinen Zugang zum Adriatischen Meer durch albanisches Territorium, wobei ihm reale Garantien für die freie Durchfuhr militärischer und kaufmännischer Güter gegeben werden müssen; ebenso sind wir bereit, darauf zu bestehen, daß die Grenze Albaniens so weit wie möglich nach Westen verlegt wird; aber wir sind der Ansicht, daß es nicht möglich ist, für Serbien souveräne Rechte auf einen Teil der adriatischen Küste zu erlangen. Wir haben einem Meinungsaustausch der Botschafter zugestimmt mit dem Wunsche, Serbien in dem soeben geschilderten Umfange alle mögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Im Interesse Serbiens teilen wir dem Wiener Kabinett unser Programm nicht mit, sondern erklären nur, daß die unserem Vertreter erteilten Instruktionen versöhnlich seien und die Interessen Österreichs berücksichtigen.

Wir müssen aber die Gewißheit haben, daß Serbien sich einem Beschlusse, der gemeinsam von Rußland, Frankreich und England getroffen werden wird, unterwerfen will, denn im entgegengesetzten Falle kann Serbien nicht auf unsere Unterstützung zählen, da weder Frankreich noch England es in dieser

Frage unterstützen werden. Weder wir noch die uns befreundeten Mächte können zulassen, daß die Entscheidung bezüglich eines europäischen Krieges der serbischen Regierung überlassen bleibt. Wir glauben daher, daß das beste Mittel, Verwicklungen zu vermeiden, eine möglichst baldige Erklärung von seiten Serbiens wäre — diese Erklärung könnte z. B. dem englischen Vertreter in Belgrad gemacht werden —, daß Serbien sich in der Frage des Zuganges zum Adriatischen Meere der Entscheidung und den Ratschlägen der Ententemächte unterwerfen wird. Auf diese Weise würde Serbien der Gefahr eines österreichischen Ultimatums vorbeugen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 27. November/10. Dezember 1912. — Nr. 429.

Ihr Telegramm 2838 erhalten. Poincaré ist nach wie vor der Ansicht, daß kein Grund vorliegt, den Vertreter Rumäniens, selbst unter den von Ihnen bezeichneten Bedingungen, zu den Beratungen der Botschafter zuzulassen, da die Vertreter der übrigen Balkanstaaten sich nicht beteiligen werden. Dies um so mehr, als seinen Informationen zufolge Rumänien diese Gelegenheit benutzen wird, um den österreichischen Standpunkt in der albanischen Frage aufs energischste zu unterstützen. Ihnen ist bekannt, daß Grey Österreich und Deutschland in diesem Sinne geantwortet hat.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 27. November/10. Dezember 1912. — Nr. 431.

Ihr Telegramm 2837 erhalten. Poincaré ist im allgemeinen mit Ihnen einverstanden, möchte jedoch folgendes hervorheben: Albanien unter der direkten Souveränität des Sultans ohne Kontrolle von seiten der Mächte zu lassen, ist seiner Ansicht nach unvorteilhaft. Poincaré zieht entweder die völlige Unabhängigkeit Albaniens vor oder suzeräne Rechte des Sultans wie in Ägypten. Besondere Bedeutung legt er aber einer allgemeinen europäischen Kontrolle bei, da im entgegengesetzten Falle Albanien unvermeidlich unter den Einfluß Österreichs fallen würde. Er ist mit Ihrem Gedanken einer Neutralisierung Albaniens und seiner Küsten einverstanden, glaubt aber, man müsse noch

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

ganz besonders auf der Neutralisierung der Eisenbahnlinien zwischen Serbien und den albanischen Häfen bestehen. Was die Grenzen Albaniens anbelangt, so will er sie möglichst eingeengt sehen und glaubt, daß die von Ihnen vorgeschlagene Linie ungefähr mit der von Italien zugelassenen Grenze übereinstimmt. Poincaré wird sich noch näher äußern, sobald er die von Ihnen versprochenen Einzelheiten erhalten haben wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. November/11. Dezember 1912. — Nr. 384.

Ihr Telegramm 2837 erhalten. Habe dessen Inhalt Grey mitgeteilt und hinzugefügt, ich sei überzeugt, daß auf dieser Grundlage nicht bloß die drei Ententemächte sich gegenseitig unterstützen könnten, sondern daß auf derselben auch ein Einvernehmen aller Mächte erzielt werden müßte. Grey sagte mir, er müsse sich über die geographischen Grenzen Albaniens auf einer Karte Rechenschaft geben, finde aber auf alle Fälle unsere Vorschläge „ausgezeichnet". Er sagte mir, daß, wenn wir uns auf dieser Grundlage mit Österreich nicht einigen könnten, dieses seinen bisherigen Standpunkt geändert haben müsse; Ihre Vorschläge zögen die österreichischen Bedingungen in Erwägung und enthielten sogar teilweise die österreichischen Wünsche. Hinsichtlich der Ausschaltung des vorherrschenden Einflusses einer einzelnen Macht in Albanien sagte mir Grey vertraulich, er habe Grund zur Annahme, daß Italien diese Ansicht teile. Grey sagte mir ferner, daß er mehr denn je glaube, daß die Organisation Albaniens zuallererst von der Botschafterkonferenz beraten werden müsse, und daß, wenn einmal dieses Problem sowie der serbische Zugang zur Adria gelöst worden wäre, man das erreichte Resultat vielleicht veröffentlichen könne. Er glaubt, daß hierdurch eine allgemeine Entspannung erzielt werden würde und daß dann über die andern Fragen in aller Ruhe beraten werden könnte.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. November/12. Dezember 1912. — Nr. 387.

Ich erfahre von Cambon, daß Grey Mensdorff und Imperiali gesagt hat, er sei gegen die direkte Zulassung des ru-

mänischen Vertreters zur Botschafterkonferenz. Man ist allgemein der Ansicht, es wäre unmöglich, eine derartige Begünstigung Rumäniens zuzulassen, ohne auch Bulgarien desselben Vorteils teilhaftig werden zu lassen, was den ganzen Charakter der Konferenz verändern würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. Dezember 1912. — Nr. 393.

Grey nimmt Ihren Vorschlag hinsichtlich Rumäniens an, doch ist er der Ansicht, daß die Botschafter sich nur dann mit dieser Frage zu befassen hätten, wenn ein direktes Einvernehmen zwischen Rumänien und Bulgarien unmöglich ist. Grey hat die Kabinette benachrichtigt, daß er seinen ursprünglichen Standpunkt geändert habe.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Sechzehntes Kapitel.

Die Lage auf dem Balkan Anfang 1914.

Sehr geheimer Brief des russischen Gesandten in Bukarest Poklewski-Koziell an den russischen Außenminister vom 11./24. Januar 1914.

Nachdem ich mit den hervorragendsten politischen Führern Rumäniens Fühlung genommen habe, möchte ich in vorliegendem Schreiben meine ersten Eindrücke zusammenfassen und gewisse Folgerungen ziehen, wobei ich mich im voraus wegen einer gewissen Flüchtigkeit entschuldigen muß, die sich aus dem Umstande ergibt, daß ich nur kurze Zeit in Bukarest bin.

Wie Euerer Exzellenz bekannt, ist mir in hiesigen Regierungskreisen ein äußerst warmer Empfang zuteil geworden, und man hat mir gegenüber immer wieder die Gefühle aufrichtiger Freundschaft zu Rußland hervorgehoben. Denselben Empfang habe ich auch in der hiesigen Gesellschaft gefunden; ich habe mit früheren Ministern, Senatoren, Deputierten und verschiedenen Führern der rumänischen Armee gesprochen, wobei die Unverantwortlichkeit all dieser Personen es ihnen möglich gemacht hat, ihren Gedanken und ihren Gefühlen noch deutlicher Ausdruck zu verleihen.

Dies alles bestätigt meiner Ansicht nach die von meinem Vorgänger hervorgehobene und auch von meinen französischen und englischen Kollegen betonte Tatsache, daß in der hiesigen öffentlichen Meinung ein bedeutender, ja vielleicht ein entscheidender Umschwung zugunsten Rußlands eingetreten ist.

Außerdem muß man beachten, daß die Ereignisse des letzten Jahres, welche den Rumänen, hauptsächlich den militärischen Führern, das Gefühl des Vertrauens in ihre eigne Kraft ge-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

geben haben, gleichzeitig auch die irredentistischen Bestrebungen gestärkt haben. Diese letzteren richten sich natürlich nicht so sehr gegen Rußland als auf Transsylvanien mit seinen drei Millionen Rumänen. Dieser letztere Umstand erhöht natürlich auch die Sympathien Rumäniens zu Rußland.

Wenn man in Betracht zieht, daß Rumänien schon längst als Teilnehmer am Dreibunde gilt, so haben die Erklärungen der hiesigen Minister, daß Rumänien völlige Aktionsfreiheit in seiner auswärtigen Politik besitzt und diese in Zukunft nur rumänische Interessen verfolgen wird, für uns eine entschieden günstige Bedeutung.

Man muß sich jedoch fragen: Sind derartige Erklärungen aufrichtig und ist Rumänien wirklich Österreich gegenüber durch keinerlei Vertrag gebunden? Es will mir scheinen, daß man bei der Beantwortung dieser Frage folgende Gesichtspunkte im Auge behalten muß: 1. Die alte und sehr herzliche Freundschaft zwischen dem österreichischen Monarchen und König Karl. 2. Der große Einfluß Deutschlands auf den König und die rumänische Regierung. Diese Großmacht wird hier von vielen als ein selbstloser Freund Rumäniens betrachtet. Zu ihr wendet man sich um Rat in schwierigen Augenblicken, und sie läßt immer die nötigen Informationen und Ratschläge hierher gelangen. So ist es z. B. bekannt, daß Kiderlen bis zu seinem Tode in einem privaten Briefverkehr mit König Karl gestanden hat, welcher durch ihn schon im April 1912 den Abschluß des Bündnisses zwischen Bulgarien und Serbien erfahren hat. Man kann nicht daran zweifeln, daß ein derartiger Einfluß Deutschlands auf die rumänische Regierung besteht, und dieser Einfluß wird entschieden dazu benutzt, um Rumänien im Fahrwasser der österreichischen Politik zu erhalten. 3. Obgleich die rumänische Regierung stets geleugnet hat, daß ein Bündnis mit Österreich besteht, so darf man doch kaum zweifeln, daß ein solches seinerzeit wirklich abgeschlossen worden ist, und viele geben diese Tatsache hier zu. Wenn dem aber so ist, so fragt man sich, zu welchem Zeitpunkte ein derartiges Bündnis zu bestehen aufgehört hat, und es ist außerordentlich schwierig, diese Frage zu beantworten, denn man kann in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf keine Periode hinweisen, in der eine gegenseitige Entfrem-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

dung zu bemerken ist, welche zweifelsohne die Folge des Erlöschens des Bündnisses gewesen wäre. 4. Mir ist von mehreren Mitgliedern der hiesigen Regierung gesagt worden, Rumänien müsse gute Beziehungen zu Österreich unterhalten, da von letzterem das Schicksal der transsylvanischen Rumänen abhängt. Wir sehen andererseits, daß auf den Posten eines österreichischen Gesandten in Bukarest Graf Czernin berufen worden ist, kein Diplomat, sondern der Vertrauensmann des Erzherzogs Franz Ferdinand, welcher während des letzten Besuches in Rumänien mit den hiesigen Vertretern der transsylvanischen Rumänen gesprochen und, sich nach ihren Wünschen erkundigend, die ungarische Regierung offen wegen ihrer jetzigen Politik den Rumänen gegenüber kritisiert hat. Graf Czernin selbst hat vor einigen Jahren eine Schrift verfaßt, in der er für die Rechte der von den Ungarn unterdrückten Nationalitäten eintrat, und neulich hat er in einem Zeitungsinterview der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die ungarische Regierung den Rumänen Zugeständnisse machen wird.

Wenn man noch in Betracht zieht, daß die österreichischen und ungarischen Zeitungen das Lob König Karls und Majorescus singen und auch dem neuen Ministerpräsidenten Bratianu sympathisch gegenüberstehen, so kann man kaum von einer Entfremdung zwischen diesen beiden Staaten sprechen. Es wäre meiner Ansicht nach daher richtiger, anzunehmen, daß Österreich alles versucht, Rumänien davon abzuhalten, den Bündnisvertrag zu kündigen, was von seiten der rumänischen Regierung bloß eine Bestätigung des vollzogenen Umschwunges der öffentlichen Meinung bedeuten würde.

Alles Obige, zusammen mit einigen persönlichen Eindrücken und Beobachtungen, führt mich zu dem Schlusse, daß die rumänische Regierung einstweilen den Vertrag mit Österreich nicht kündigen will oder kann und daß das Bündnis daher auch jetzt noch besteht. Diese meine persönliche Ansicht habe ich einem Rumänen mitgeteilt, mit dem ich schon seit Jahren in freundschaftlichen Beziehungen stehe. Diese Persönlichkeit hat lange Zeit eine führende Stellung in der rumänischen Diplomatie eingenommen und ist stets ein überzeugter Freund Rußlands gewesen. Bei meiner Ankunft in Bukarest hat sie mir viel nütz-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

liche Hinweise geben können und meine ersten Schritte bedeutend erleichtert.

Die genannte Persönlichkeit hat mir geantwortet, daß sie mit Bestimmtheit wisse, daß in früheren Zeiten ein Bündnis zwischen Österreich und Rumänien bestanden hat, und daß sie annimmt, daß dieser Vertrag bis jetzt nicht abgeändert worden ist. Gleichzeitig versprach sie, möglichst genaue Erkundigungen einziehen zu wollen. Nach einigen Tagen teilte mir mein Freund mit, daß der Vertrag in der Tat seine frühere Kraft besitzt und daß er in allgemeinen Zügen darin besteht, daß jede Seite sich verpflichtet, seinem Bundesgenossen im Falle eines Angriffes von seiten Rußlands mit allen militärischen Kräften zu Hilfe zu eilen. Dieser Vertrag ist von dem verstorbenen Bratianu auf zehn Jahre geschlossen worden, wurde darauf für eine gleiche Dauer erneuert, aber während eines der Ministerien Karps wurde die Erwähnung einer Frist weggelassen und die Bestimmung hinzugefügt, daß der Vertrag ein Jahr nach der offiziellen Kündigung der einen Seite erlischt.

Indem mir mein Freund diese Mitteilungen machte, gab er seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß schon jetzt das rumänische Volk in keinem Falle einen bewaffneten Zusammenstoß mit Rußland zulassen würde, und er drückte die Hoffnung aus, daß es der russischen Diplomatie bald gelingen wird, die rumänische Regierung zu einer Kündigung des Bündnisses mit Österreich zu bewegen.

Vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in Bukarest an den russischen Außenminister vom 4./17. Februar 1914. — Nr. 9.

Wie ich die Ehre hatte, Euerer Exzellenz in meinem geheimen Telegramm Nr. 24 zu berichten, hat der Präsident des rumänischen Ministerrates Bratianu den hiesigen türkischen Gesandten gebeten, seiner Regierung mitzuteilen, daß Rumänien im Falle eines kriegerischen Vorgehens der Türkei gegen Griechenland, welches zur Zeit nicht anders als zu Lande erfolgen könnte, d. h. mit aktiver oder passiver Hilfe Bulgariens, nicht teilnahmloser Zuschauer bleiben könne, sondern einen solchen Schritt für eine Verletzung des Bukarester Friedensvertrages

ansehen müßte, dessen Unverletzlichkeit zu schützen es nicht vor den äußersten Mitteln zurückschrecken wird.

In dieser Weise hat die rumänische Regierung, nachdem sie lange unentschlossen war, ihre Haltung in einem etwaigen griechisch-türkischen Konflikte jetzt unter dem ständigen Einfluß Griechenlands und Serbiens in eindrucksvoller Weise präzisiert, was ohne Zweifel in der Türkei ernüchtern und jedenfalls die Gefahr neuer Erschütterungen auf dem Balkan abwenden wird.

Der auswärtige Minister hat, indem er den obenerwähnten Schritt Rumäniens mitteilte, mir gegenüber bemerkt, daß das Bukarester Kabinett sich hierzu wegen des völligen Mangels an Vertrauen zu der Aufrichtigkeit der friedlichen Versicherungen Bulgariens entschlossen habe, welches, nach der dort herrschenden Stimmung zu urteilen, schwerlich die günstige Gelegenheit eines türkischen Überfalles auf Griechenland versäumen wird, um auf die eine oder andere Weise seine Revanchegelüste zu verwirklichen.

„In einem Zweikampfe zwischen Griechenland, mit welchem wir kein Bündnis haben, und der Türkei, die den Bukarester Frieden nicht unterzeichnet hat," fuhr Parumbaro fort, „können wir unbeteiligt bleiben, wenn er sich zur See abspielen würde. Aber jetzt, da die Türkei die Bestellungen für ihre Flotte aus England noch nicht erhalten hat, kann ein Krieg nur zu Lande geführt werden, d. h. unter der Bedingung, daß die türkische Armee durch bulgarisches Gebiet vordringt. Wenn wir die Überzeugung hätten, daß Bulgarien seine militärischen Kräfte dem Einmarsch der türkischen Armee entgegenstellen würde, brauchten wir uns in keiner Weise in diese Frage einzumischen, aber diese Überzeugung haben wir nicht. Im Gegenteil, wir haben alle Ursache, anzunehmen, daß Bulgarien im Falle des Einmarsches der türkischen Truppen in griechisches Territorium seine Armee auch mobilisieren wird — nicht um den türkischen Einfall abzuwehren, sondern im Gegenteil, um auf türkische Seite überzugehen, was unvermeidlich eine Störung des Gleichgewichtes auf dem Balkan nach sich ziehen würde, welches durch die Bukarester Konferenz mit so großen Schwierigkeiten hergestellt worden ist. Die Bestimmungen dieser Konferenz sind auf unsere allgemeine Politik gegründet. Ein Ab-

gehen davon ist mit unseren Gesichtspunkten unvereinbar, und wir hoffen, daß die der türkischen Regierung erteilte Warnung den gewünschten Erfolg haben wird."

Bericht des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den russischen Außenminister vom 11./24. Februar 1914. — Nr. 7.

Während des Aufenthaltes Venizelos' und Pasitchs in Bukarest waren in der Balkanpresse und in den europäischen Zeitungen Nachrichten über den erfolgten Beitritt Rumäniens zum serbisch-griechisch-montenegrinischen Bunde verbreitet worden.

Wie mir Pasitch ganz offen mitteilt, sind diese Nachrichten völlig unzutreffend. Weder ist ein formales Bündnis noch irgendeine schriftliche Vereinbarung in Bukarest unterzeichnet worden. Dagegen ist in den freundschaftlichen Erklärungen, sowohl der rumänischen Staatsmänner, als auch der Vertreter Griechenlands und Serbiens, zweifellos die ernste Neigung zum Abschlusse eines Vertrages zutage getreten; Rumänien ist fest entschlossen, die Bestimmungen des Bukarester Friedensvertrages vom 28. Juli 1913 aufrechtzuerhalten, und wird in keinem Falle eine Änderung zulassen, ebenso jeden Versuch, den status quo zu ändern, zurückweisen. Diese Absicht wird auch von allen politischen Führern und dem jetzigen Kabinette Bratianu unterstützt.

Nach den Worten des serbischen Ministerpräsidenten hat in Bukarest niemand eine so richtige Auffassung der politischen Lage auf dem Balkan als König Karl selbst, welcher während der Pasitch gewährten Audienz, das sinnlose Beginnen der Türkei und Bulgariens verurteilend, mit dem Ausrufe schloß: „Wer sollte noch jetzt glauben, daß Rumänien in die Notwendigkeit versetzt werden könnte, dafür einzutreten, daß gewisse ägäische Inseln dem Besitzstande der Türkei erhalten bleiben mögen?" Dieser Ausruf des ehrwürdigen Königs hat auf Pasitch großen Eindruck gemacht, welcher daraus den Schluß zog, daß der König im Ernstfalle seine Armee zum Schutze der griechischen Interessen in Bewegung setzen wird.

Ohne Zweifel ist ein solcher Ausspruch aus dem Munde des Königs ein Beweis dafür, daß sich in den politischen An-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sichten des Monarchen ein bedeutender Wechsel vollzogen hat, da er bisher stets die Anweisungen aus Berlin und Wien befolgt hatte.

Aus den Unterhandlungen mit den rumänischen Ministern zieht Pasitch den Schluß, daß die Verhandlungen beider Staaten über Handels- und wirtschaftliche Fragen gute Fortschritte machen und daß der Abschluß derselben zu politischen Vorteilen für Serbien und Rumänien führen wird.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Sofia vom 17. Februar/2. März 1914. — Nr. 129.

Die von Ihnen nach Ihrer Ankunft in Sofia erhaltenen Briefe und Berichte schildern die schweren Verhältnisse, die seit dem letzten Kriege in Bulgarien herrschen und die zu überwinden ihm bis jetzt noch nicht gelungen ist. Seine Geschicklichkeit macht es König Ferdinand möglich, zwischen den zahlreichen schwierigen Verwicklungen der inneren Lage und dem Wunsche zu lavieren, zu Rußland in ein möglichst günstiges Verhältnis zu gelangen, ohne sich Österreich gegenüber zu kompromittieren, auf dessen Sympathien seine Regierung gegenwärtig angewiesen ist.

Bei dieser verwickelten politischen Lage kann die Rolle des russischen Vertreters im wesentlichen nur eine abwartende sein. Dies schließt natürlich einen wohlwollenden Meinungsaustausch mit dem Könige oder den leitenden Persönlichkeiten nicht aus. Aber diese Aussprachen können, wie Sie in Ihrem Briefe vom 5. Februar erwähnten, bei uns kein besonderes Vertrauen erwecken. Sie geben uns keine Gewähr für die Zukunft, denn selbst Danew ist seinerzeit, obwohl die Losung „Russophil" gegeben wurde, nicht daran verhindert worden, mit Österreich zu spielen, statt sich auf unsere Seite zu stellen. Ich darf infolgedessen Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, daß das gegenwärtige Kabinett bei uns kein Vertrauen genießt, um so weniger als der Ruf der einzelnen Persönlichkeiten, die es bilden, ein sehr zweifelhafter ist.

Die bevorstehenden Wahlen werden vielleicht dem Kabinette Radoslawow eine Majorität bringen. Wie würden

Sie sich in diesem Falle verhalten? Vielleicht könnten wir Bulgarien in einigen konkreten Fällen unterstützen, wenn wir die Sicherheit erhalten, daß Bulgarien unabhängig von den einzelnen Persönlichkeiten des jetzigen oder eventuellen zukünftigen Kabinetts handelt. Es ist aber schwierig, eine Annäherung Rußlands an Bulgarien und Bulgariens unter russischer Vermittlung an Serbien herbeizuführen, wenn nicht ein völliger Umschwung in der öffentlichen Meinung und ein Wechsel in der bulgarischen Regierung eintritt. Denn solange die jetzigen Minister am Ruder bleiben, ist für uns Zurückhaltung und äußerste Vorsicht geboten. Wie wenig zuverlässig die gegenwärtige Regierung ist, ergibt sich aus einer uns aus ganz geheimer Quelle zugegangenen Mitteilung, daß die bulgarischen Minister ausländischen Vertretern gegenüber erklärt haben, Ihre langen Unterredungen mit dem Könige machen den Eindruck, als wenn der König hinter dem Rücken seiner Minister Politik treiben wolle, doch werde seine persönliche Politik nicht ausgeführt werden.

Wenn das jetzige Kabinett durch ein Koalitionsministerium mit Malinow an der Spitze ersetzt werden würde, so würden wir ein derartiges Ereignis mit dem Bewußtsein begrüßen, Bulgarien vor dem Verfalle bewahren zu können. Ein derartiger Ministerwechsel würde zu tatkräftiger Unterstützung von unserer Seite führen. Es würde uns z. B. möglich sein, den Abschluß der bulgarischen Anleihe in Paris zu fördern und eine Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien in die Wege zu leiten. Aber auch dann werden wir äußerste Vorsicht beobachten und nur ganz allmählich vorgehen können, weil wir sonst Gefahr laufen würden, das Vertrauen Serbiens zu uns zu erschüttern und uns Rumänien zu entfremden, wenn es uns nicht gelingen sollte, Bulgarien gleichzeitig ganz fest an uns zu binden.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 21. März/3. April 1914.

. . . . . .

So beklagenswert auch der zweite Balkankrieg vom Standpunkte des Slawentums gewesen ist, so kann man doch nicht

leugnen, daß das Resultat dieses Krieges, soweit die speziellen russischen Interessen in Frage kommen, für uns vorteilhaft gewesen ist.

In der Tat — was wäre geschehen, wenn in Sofia beim Abschlusse des Waffenstillstandes mit der Türkei die Stimme der Vernunft gesiegt hätte und die bulgarische Regierung bereit gewesen wäre, die berechtigten Forderungen Serbiens hinsichtlich der Abänderung des zwischen ihnen bestehenden Vertrages und die völlig unberechtigten, aber verhältnismäßig bescheidenen Forderungen Rumäniens anzunehmen? Bulgarien wäre, was Ausdehnung seines Territoriums und Stärke seiner Bevölkerung anbelangt, der größte Balkanstaat geworden; Rumänien hätte sich beeilt, sich ihm zu nähern, wahrscheinlich auch die Türkei; und wenn schließlich auch noch eine Annäherung mit Österreich stattgefunden hätte — was ich stets für möglich gehalten habe, sogar noch vor dem Kriege mit Serbien —, so würde sich auf dem Balkan ein uns feindlicher Block gebildet haben, der aus Österreich, Bulgarien, Rumänien und der Türkei bestanden hätte.

Jetzt aber ist unter den obwaltenden politischen Bedingungen Österreich auf dem Balkan völlig isoliert, und jeder Versuch seinerseits, den status quo zu ändern, würde einen entschiedenen Widerstand von seiten des Blockes Rumänien, Serbien und Griechenland auslösen.

Aus diesem Anlasse muß man alles vermeiden, was Rumänien mit Serbien und Griechenland entzweien könnte, was zu erreichen die österreichische Diplomatie wahrscheinlich versuchen wird. In dieser Hinsicht besitzt Österreich in Albanien ein wirksames Mittel. In Belgrad und Athen muß man verstehen, daß jede Unvorsichtigkeit ihrerseits Österreich nur nützen kann, da hierdurch die Unzufriedenheit Rumäniens hervorgerufen werden würde, während Österreich und Italien, sich selbst in Albanien überlassen, sich letzten Endes entzweien werden.

Diese Lage und die Erkenntnis, daß das Wiener Kabinett einen Fehler begangen hat, indem es Bulgarien während der letzten Krise unterstützt hat, rufen in Österreich-Ungarn jene allgemeine Nervosität hervor, die sich in letzter Zeit bemerkbar macht.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Zum Schluß möchte ich mein Bedauern aussprechen, daß unsere und besonders die französischen Zeitungen ihrer Freude anläßlich der neuen Richtung der rumänischen Politik so geräuschvoll Ausdruck verleihen. Dieser Lärm ist ganz unnütz; denn für uns ist die Tatsache bedeutsam, daß wir Rumänien von der uns gegenüberstehenden Koalition losgelöst haben, nicht aber der errungene diplomatische Erfolg. Dieser Lärm regt aber unsere Gegner auf und veranlaßt sie, alles zu tun, um das Verlorene wieder gutzumachen. In Rumänien wird dieser Umstand von den uns feindlich gesinnten Elementen dazu benutzt werden, um die Sache so darzustellen, als ob die Ententemächte Rumänien kompromittieren und jeden Rückzug abschneiden wollen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Cettinje an den russischen Außenminister vom 13./26. März 1914. — Nr. 17.

König Nikolaus hat in diesen Tagen nach langem Zögern den Befehl erteilt, sein schon vor einiger Zeit nach Belgrad gesandtes eigenhändiges Schreiben König Peter zu übergeben. In diesem Schreiben wird Serbien eingeladen, unverzüglich mit Montenegro eine Abmachung über die Vereinigung beider Nationen auf militärischem, diplomatischem und finanziellem Gebiete zu treffen, unter „dem Vorbehalte der Unabhängigkeit und Eigenart beider Staaten und ihrer Dynastien". Am Schlusse des Schreibens hebt König Nikolaus hervor, daß eine derartige Vereinbarung „für das noch nicht befreite Serbentum sehr nützlich sein werde" und im Sinne des ewigen Beschützers der Slawen — Rußlands — sei.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Cettinje an den russischen Außenminister vom 13./26. März 1914. — Nr. 18.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 17. Da wir die wirkliche Stimmung des Königs von Montenegro kennen und wir andererseits den Standpunkt Italiens und Österreichs in dieser Frage in Betracht zu ziehen haben, von denen letzteres sich gegenüber einer sofortigen Verschmelzung der beiden serbischen Reiche unverhohlen besorgt und feindselig verhält, könnte meiner

Ansicht nach ein Einigungsvertrag zwischen den beiden Brudervölkern nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn die erwähnten Bedingungen des Königs von Montenegro berücksichtigt werden, d. h. wenn die Selbständigkeit Montenegros gewährleistet wird. Das beste Mittel, die friedliche Entwicklung der serbischen und montenegrinischen Verschmelzung zu fördern, ist meiner Ansicht nach die Wiederaufnahme der Tätigkeit unserer Militär instrukteure in Montenegro, und zwar im Rahmen des serbischen Militärprogramms. Hierbei kann man jedoch keine serbischen Instrukteure zu einer Tätigkeit in Montenegro zulassen, da eine solche Maßnahme zu einer vorzeitigen, auf Verschmelzung gerichteten Agitation Anlaß geben würde, welche ihrerseits zu gefährlichen Verwicklungen bis zur Besetzung des Sandschaks durch Österreich und einem bewaffneten Konflikte zwischen Serbien und Österreich führen könnte.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 16./29. März 1914. — Nr. 602.

Ich beziehe mich auf die Telegramme aus Cettinje Nr. 17 und 18. Der Versuch Serbiens, militärische Instrukteure nach Montenegro zu schicken, scheint augenblicklich politischen Schwierigkeiten zu begegnen. Ich bitte Sie, Pasitch hiervon vertraulich in Kenntnis zu setzen.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 17./30. März 1914. — Nr. 104.

Ihr Telegramm Nr. 602 erhalten. Von der Sendung serbischer militärischer Instrukteure nach Montenegro ist nach der Meinung Miuschkovitchs nicht die Rede, und Pasitch hält diesen Plan unter den gegenwärtigen Umständen für unausführbar. Er ist der Ansicht, daß, wenn derartige Erwägungen in Cettinje in Betracht gezogen worden sind, dies ausschließlich den Zweck verfolge, die Frage der Entsendung russischer Instrukteure in Verbindung mit der Bewilligung von weiteren Subsidien nach Möglichkeit zu beschleunigen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 17./30. März 1914. — Nr. 104.

Ich beziehe mich auf die Telegramme aus Cettinje Nr. 17 und 18. Das in Frage kommende Schreiben des Königs von Montenegro ist mir von Pasitch vorgelesen worden, welcher mich in diesen Tagen zusammen mit Miuschkovitch besucht hat. Aus den klaren und aufrichtigen Äußerungen des ersteren ersehe ich, daß das Anerbieten des Königs von Montenegro schon längst erwartet und als ein weiterer Schritt zur herzlichen Versöhnung und Annäherung beider Staaten betrachtet wird, jedoch keine Verschmelzung bedeutet, an welche man unter den jetzigen Verhältnissen hier gar nicht denkt. Die Erhaltung der Dynastie und der vollen staatlichen Unabhängigkeit ist eine Grundbedingung. Das Abkommen soll kulturellen Charakter tragen und die Finanz-, Handels-, Zoll-, Verkehrs-, diplomatischen und teilweise auch die militärischen Behörden betreffen, lediglich vom Gedanken eines gegenseitigen Schutzes der beiden Staaten ausgehend. Die Frage der Instrukteure wird nicht berührt Die Euerer Exzellenz bekannte staatsmännische Erfahrung und Vorsicht Pasitchs sind eine Bürgschaft, daß kein unvorsichtiger Schritt getan werden wird und daß das beabsichtigte Übereinkommen, von dem wir rechtzeitig Nachricht erhalten haben, nicht die von unserem Geschäftsträger in Cettinje befürchteten Verwicklungen nach sich ziehen wird. Die in Aussicht genommene Antwort an König Nikolaus ist in friedlichem Sinne gehalten. Ich erwarte die Abreise unseres Kuriers, um Ihnen eine Abschrift dieser beiden Dokumente und einen ausführlicheren Bericht zuzustellen.

Geheimer Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Gesandten in Belgrad vom 20. Februar/5. März 1914. — Nr. 130.

Ich halte es für nützlich, Sie von dem Inhalte einer Unterredung in Kenntnis zu setzen, welche ich unlängst mit dem neuen österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Czapari hatte. Das Gespräch betraf die Folgen, die im Falle einer Störung des europäischen Friedens eintreten könnten. Mit der Bemerkung,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

daß er von seiner Regierung zu diesem Meinungsaustausche nicht beauftragt worden sei, erwähnte Czapari, daß die in Montenegro und Serbien bemerkbare Neigung zu einer beiderseitigen Annäherung oder Vereinigung überall die größte Beunruhigung hervorrufe. „Wenn eine solche Vereinigung stattfindet, so würde Österreich nicht stiller Zuschauer bleiben können. Die Interessen der Monarchie im Adriatischen Meere lassen keine Verschiebung des Gleichgewichtes zu. Das Adriatische Meer bedeutet für Österreich-Ungarn dasselbe, was das Schwarze Meer für Rußland." Ich erwiderte meinem Besucher, daß die von ihm geschilderten Ereignisse in nächster Zukunft kaum eintreffen würden. Zu Lebzeiten des alten Königs wird niemand ernstlich daran denken, daß er seinen Thron jemals aufgeben wird. Was Rußland anbelangt, bemerkte ich, so können wir kaum in den Verdacht kommen, eine Beeinträchtigung des monarchischen Prinzips in Montenegro zu begünstigen. Trotzdem verschließen wir uns nicht der Möglichkeit, daß nach dem Tode des Königs Nikolaus sein Nachfolger kaum dasselbe Ansehen im Lande genießen wird wie sein Vater. Da wir uns aber in die inneren Angelegenheiten Montenegros nicht einmischen wollen, so können wir die einen oder andern Bestrebungen nicht begünstigen, obwohl es den Anschein hat, daß diese Ansicht sich in Österreich-Ungarn verbreitet. Es ist schwer, auf ein aufgeregtes Volk einzuwirken, wenn man des Erfolges nicht sicher ist. Andererseits kann ich nicht einsehen, warum man mit solcher Bestimmtheit annimmt, daß eine Vereinigung Montenegros mit Serbien die Interessen Österreich-Ungarns in Mitleidenschaft ziehen würde. Man kann die Zukunft nicht voraussehen, doch kann man darüber sprechen, was unter gewissen Bedingungen eintreten könnte. So z. B. galt noch vor einigen Jahren in der österreichischen Monarchie das Axiom, daß Österreich-Ungarn auf den Sandschak nicht verzichten könne. Aehrenthal hat es jedoch getan, als andere Ereignisse an den benachbarten Grenzen zugunsten Serbiens und Montenegros eingetreten waren. Ist hierdurch für die Monarchie irgendein Nachteil entstanden? Der Hinweis auf die Analogie der Interessen Österreichs und Rußlands im Adriatischen und im Schwarzen Meere ist für mich nicht überzeugend. Bis jetzt war man der Ansicht, daß es

nur eine russische und eine türkische Seemacht im Schwarzen Meere geben könne; heute sehen wir, daß die Küstenstaaten Rumänien und Bulgarien ebenfalls danach streben, eine Flotte zu haben. Und was geschieht: Rußland bekämpft in keiner Weise diese Bestrebungen und ersieht in ihnen auch keine Nachteile für seine eigenen Interessen. Könnte es in Österreich irgendwie beunruhigen, wenn es in Zukunft in der Adria anstatt montenegrinischer Häfen serbische Häfen gäbe? Alle diese Betrachtungen, so schloß ich, beweisen, daß man zukünftige Ereignisse nicht im voraus bestimmen kann, sondern daß man sich mit der Lage, so wie sie sich von selbst ergibt, in der einen oder andern Weise abfinden muß.

Damit war unsere Unterhaltung beendigt. Ich kann nicht beurteilen, ob die Behauptung des Botschafters, er spreche aus eigener Initiative, zutrifft oder nicht. Ich nehme aber wohl mit Recht an, daß die von Czapari erwähnte Beunruhigung tatsächlich in Österreich besteht.

Ich teile obiges nur zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme mit. Sollten Sie mit Pasitch über diese Frage sprechen, so bitte ich Sie, den ganz vertraulichen Charakter meines Gespräches mit dem Botschafter zu betonen und ihm zur äußersten Vorsicht in der für Serbien so wichtigen Frage zu raten.

Bericht des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den russischen Außenminister vom 25. März/7. April 1914. — Nr. 18.

Ich erlaube mir, Ihnen meinen besten Dank für die Mitteilung Ihres Gespräches mit dem neuen österreichisch-ungarischen Botschafter auszusprechen, welches sich auf die vitale Frage einer engen Vereinigung zwischen Serbien und Montenegro bezieht. Ich habe die erste Gelegenheit benutzt, um Pasitch Ihren Standpunkt in dieser Frage mitzuteilen, und habe mich hierbei überzeugen können, daß er die Gefahr einer künstlichen Beschleunigung einer normalen Entwicklung vollkommen einsieht und von der Notwendigkeit, die größte Vorsicht zu beobachten, durchdrungen ist.

Natürlich sieht man sowohl in Serbien als auch in Montenegro allerseits deutlich ein, daß nach den letzten Ereignissen auf dem Balkan eine Vereinigung beider Staaten früher oder

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

später stattfinden muß. Es steht zu wünschen, daß diese Vereinigung erst später erfolgt, damit beide Regierungen Zeit haben, die nötigen vorbereitenden Maßnahmen zu treffen. Und dann kann man wohl annehmen, daß es in der ganzen Welt keine Macht geben wird, welche diese historische Entwicklung hemmen kann. Das jetzt in Aussicht genommene serbisch-montenegrinische Übereinkommen wird die nötige Grundlage bilden, und man kann im voraus behaupten, daß die serbische Regierung keinen einzigen unvorsichtigen Schritt unternehmen wird.

Ich will zu Ihrer Information folgendes hinzufügen: Ich hatte unlängst eine ähnliche Unterredung mit dem hiesigen österreichischen Vertreter über die Möglichkeit einer Verschmelzung Montenegros mit Serbien. Ich bemerkte, daß ich einstweilen keine derartigen Anzeichen erblicke und daß ihm, der so lange Jahre in Cettinje gewesen sei, das Gefühl des Mißtrauens, das der König von Montenegro zu Serbien hegt, wohl bekannt sein müßte und daß daher herzliche Beziehungen zwischen beiden Ländern ausgeschlossen erscheinen. Giesl erwiderte hierauf, daß dies in der Tat zutreffe, daß es sich aber nicht um den König handele, denn dieser sei alt und ernstlich krank; seine Söhne seien im Volke nicht beliebt und würden wahrscheinlich mit einer guten Abfindungssumme ins Ausland abreisen; und dann würde die psychologische Minute eintreten und die Frage einer Vereinigung Montenegros mit Serbien von selbst aufgeworfen werden. Giesl fügte hinzu, daß er dieses nicht im Auftrage seiner Regierung, sondern nur als seine persönliche Ansicht mir gegenüber erwähnt habe. Die völlige Analogie der Erklärungen der beiden österreichischen Vertreter ist so deutlich, daß man wohl mit Recht annehmen darf, daß sie im Auftrage ihrer Regierung gehandelt haben.

Streng vertraulicher Bericht des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 6./19. Mai 1914. — Nr. 26.

Nachdem die Monarchen Serbiens und Montenegros rührende eigenhändige Briefe gewechselt hatten, schien die Frage der Vereinigung der beiden verwandten Länder ganz in Vergessenheit zu geraten. Da er längere Zeit ohne jegliche Nachricht aus Cettinje geblieben war, begann der hiesige Vertreter Mon-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

tenegros sich ernstlich zu beunruhigen und befürchtete, daß König Nikolaus seine Haltung Serbien gegenüber wieder geändert habe.

Entgegen allen Erwartungen hat jedoch Miuschkovitch vor zwei Wochen den dringenden Auftrag erhalten, sobald als möglich in einen endgültigen Meinungsaustausch mit Pasitch über das in Aussicht genommene Übereinkommen zu treten und mit einem fertigen Programm nach Cettinje zu kommen.

Natürlich hat sich Pasitch wohlweislich enthalten, ein Programm auszuarbeiten, aber mit Vergnügen dem montenegrinischen Vertreter mündlich bestätigt, daß er zu den von mir schon früher erwähnten Grundlagen eines Übereinkommens bereit sei, nämlich: Erhaltung der Dynastie und der Unabhängigkeit beider Staaten; Verschmelzung der beiden Armeen, wobei die beiden Monarchen die Kommandogewalt über die in den Grenzen eines jeden Königreiches befindlichen Truppen beibehalten; Gründung eines gemeinsamen Generalstabes, welcher gemeinsam die militärischen Pläne ausarbeiten wird; gemeinsame Orientierung der auswärtigen Politik und gemeinsame Auslandsvertretung; gleichartige gerichtliche und administrative Behörden; Vereinigung der Finanzen, der Zölle, der Post und Telegraphen.

Miuschkovitch hat von diesen Wünschen Kenntnis genommen und sich nach Cettinje begeben. Man besitzt hier keine offiziellen Nachrichten über den Erfolg seiner Mission, aber aus geheimen Informationen geht hervor, daß König Nikolaus seinem Gesandten einen sehr ungnädigen Empfang bereitet hat und in eine nähere Besprechung über den ihm gegebenen Auftrag nicht eingetreten ist. Ebenso ablehnend ist der Empfang von seiten der Minister gewesen. Unter diesen Bedingungen ist schwer damit zu rechnen, daß die serbischen und montenegrinischen Verhandlungen in nächster Zeit zu einem günstigen Resultate führen werden.

Unterdessen habe ich den geheimen Brief des Unterstaatssekretärs Neratow vom 17. April Nr. 289 erhalten, durch den ich beauftragt werde, mit dem serbischen Ministerpräsidenten über die militärische Lage in Montenegro in Verbindung mit der innern und finanziellen Politik zu sprechen.

Nachdem Pasitch von mir erfahren hatte, daß wir prinzipiell bereit seien, die Frage der russischen Militärinstrukteure

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

im Einklange mit den serbischen Plänen in Montenegro zu lösen, bat mich Pasitch, Ihnen seine aufrichtigste Dankbarkeit für unser beständiges Interesse für Serbien auszudrücken. Er bittet mich, Sie zu versichern, daß in dem in Aussicht genommenen serbisch-montenegrinischen Übereinkommen die russischen Wünsche hinsichtlich der militärischen Fragen berücksichtigt werden sollen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 24. Juni/7. Juli 1914. — Nr. 1351.

Vertraulich. Die letzten Ereignisse in Serajewo, die zu einer Verschärfung der antiserbischen Stimmung in Wien geführt haben, veranlassen uns, der serbischen Regierung zu raten, alle Fragen, die diese Stimmung noch verschärfen und eine gefährliche Lage hervorrufen können, mit der größten Vorsicht zu behandeln. Infolgedessen sind wir der Ansicht, daß es ratsam wäre, die Verhandlungen über die serbisch-montenegrinische Annäherung etwas hinauszuschieben, denn diese Verhandlungen haben bereits die Aufmerksamkeit Österreich-Ungarns und selbst Deutschlands auf sich gezogen. Ich bitte Sie, diese Ansicht Pasitch vertraulich mitzuteilen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 9./22. April 1914. — Nr. 69.

Verschiedenen Nachrichten zufolge verhandelt man in Berlin über eine bulgarische Anleihe von ungefähr 250 Millionen Franken. Die deutsche Regierung hat bis jetzt angeblich infolge rumänischer Einwendungen ihre Einwilligung nicht gegeben. Jetzt ist es augenscheinlich gelungen, Rumänien zur Aufgabe seiner ablehnenden Haltung zu bewegen, und man nimmt in Sofia an, daß die Anleihe unter der Bedingung abgeschlossen werden wird, daß keine Ausgaben für militärische Rüstungen gemacht werden. Für das Kabinett Radoslawow ist es eine Lebensfrage, eine solche Anleihe im Laufe des nächsten Monates zu erhalten, und es wird daher auf alle Bedingungen eingehen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 13./26. April 1914. — Nr. 72.

Es erscheint immer wahrscheinlicher, daß die Anleihe zustande kommen wird. Zusammen mit dem hiesigen französischen Gesandten bemühe ich mich, dem Könige und der hiesigen öffentlichen Meinung zu beweisen, daß die Finanzpolitik der jetzigen bulgarischen Regierung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht für das Land verhängnisvoll ist. Meinen Nachrichten zufolge steht anzunehmen, daß englisches und belgisches Geld zur Anleihe verwandt werden wird. Halten Sie es nicht für möglich, dies zu verhindern? Der französische Gesandte behauptet, seine Regierung tue alles mögliche, um das französische Kapital nicht nach Bulgarien zuzulassen. Der hiesige Finanzminister hat dem französischen Gesandten gegenüber offen zugegeben, daß diese Anleihe unbedingt notwendig sei, um die Stellung des jetzigen Kabinetts zu befestigen. Um letzteres zu vermeiden, müssen wir die größten Anstrengungen machen und die Pläne von Radoslawow und Toutschew hintertreiben.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 16./29. April 1914. — Nr. 106.

Doumergue hat mir soeben bestätigt, daß er den französischen Banken die kategorische Weisung erteilt hat, Bulgarien keine Mittel in der Form einer bulgarischen Anleihe in Deutschland zur Verfügung zu stellen. Den Informationen der französischen Regierung aus Berlin zufolge sind die Verhandlungen in Berlin ergebnislos verlaufen, was Doumergue der Weigerung der französischen Banken zuschreibt.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 23. April/6. Mai 1914.

Ich halte es für äußerst wichtig, die Absicht Bulgariens, eine Anleihe in Deutschland aufzunehmen, zu vereiteln, und bitte die englische Regierung, ihrem Vertreter in Sofia vorzuschreiben, unsern Gesandten bei der Erfüllung des Auftrages zu unterstützen, Bulgarien von einer unvorteilhaften finanziellen Operation zurückzuhalten, welche zur vollen wirtschaftlichen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Unterwerfung Bulgariens unter Deutschland führen müßte. Der französische Gesandte in Sofia hat bereits mit Erfolg Schritte in dieser Hinsicht unternommen.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 30. April/13. Mai 1914. — Nr. 84.

Dringend. Nach den in Paris und London unternommenen Schritten haben wir alle Mittel, das Zustandekommen der Anleihe zu verhindern, erschöpft. Aber die Notwendigkeit einer Anleihe macht sich hier immer mehr fühlbar. Infolge dieser Erwägung und um der Erstarkung des hiesigen österreichisch-deutschen Einflusses vorzubeugen, entschließe ich mich, Ihnen ein letztes Mittel vorzuschlagen, nachdem ich mich heute ausführlich mit meinem französischen Kollegen und den Vertretern der französischen Banken ausgesprochen habe: Wir könnten zur Kenntnis des Königs bringen, daß Rußland, welches zwar der jetzigen Regierung nicht traut, aber nach wie vor um Bulgarien und seine politische und finanzielle Unabhängigkeit besorgt ist, ihm jetzt folgenden Vorschlag macht: Frankreich wird veranlaßt werden, den für das Land notwendigen Vorschuß, ungefähr 100 Millionen, dem Könige persönlich vorzustrecken, ohne die schweren Bedingungen zu stellen, über die jetzt in Berlin beraten wird. Gleichzeitig muß man erklären, daß bis zum Abschlusse einer Anleihe Frankreich auf die Bezahlung der 75 Millionen Schatzscheine und Rußland auf 45 Millionen Schatzscheine für militärische Lieferungen verzichtet. Der Vertreter der französischen finanziellen Interessen in Sofia ist überzeugt, daß eine derartige Operation der Realisation der Anleihe gleichkommt und es den Berliner Banken unmöglich machen wird, die Anleihe zu erhalten. Abgesehen davon, daß wir Bulgarien dem österreichischen Einflusse in Zukunft entziehen, wird auf diese Weise auch der hiesige Einfluß Österreichs und Deutschlands geschwächt, und früher oder später wird auch der Sturz des jetzigen Kabinettes eintreten, während eine unmittelbare Entfernung der uns mißliebigen Minister große Schwierigkeiten nach sich ziehen würde. Hiervon habe ich mir völlig Rechenschaft gegeben, als ich gestern durch die Vermittlung von Dobrovitch dem König riet, das Ministerium zu wechseln, und

ich habe deshalb die Möglichkeit eines Kompromisses und die Bildung eines Koalitionsministeriums angedeutet. Ich darf annehmen, daß die französische Regierung wie früher, so auch diesmal auf unsere Wünsche eingehen wird, wobei man natürlich im Auge behalten muß, daß Paris viel günstigere Bedingungen als Berlin für eine eventuelle Anleihe stellen muß, wovon übrigens der hiesige Vertreter der französischen Banken überzeugt ist. Es ist dies ein sehr erfahrener Mensch, der jederzeit alle Einzelheiten nach Paris übermitteln kann. Wenn dieser, ich gebe allerdings zu, nicht ganz gewöhnliche Plan Ihre Billigung findet, so müssen wir uns ohne Verzug mit Paris verständigen, da der Finanzminister die Anleihe jeden Tag unterzeichnen kann und dann die ganze Frage wegen der deutschen Regierung verwickelter werden würde. Ich habe mir diesen Schritt lange überlegt, bin aber zur Einsicht gekommen, daß uns kein anderer Ausweg bleibt, wenn wir die Interessen sowohl Bulgariens als auch Rußlands wahren wollen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 5./18. Mai 1914. — Nr. 122.

Die französische Regierung ist der Ansicht, daß es im Interesse sowohl Rußlands als auch Frankreichs liegt, nicht zuzulassen, daß Bulgarien sich dem finanziellen und folglich auch politischen Einflusse Deutschlands und Österreichs unterwirft; deshalb ist sie bereit, dem von unserem Gesandten in Sofia vorgeschlagenen Plane zuzustimmen. Man nimmt an, daß ein Kompromiß durch die Bildung eines Koalitionskabinetts Malinow-Gennadiew gefunden werden könne. Die unverzügliche Gewährung eines Vorschusses schließt die Möglichkeit einer Anleihe an einem anderen Orte aus; die Gewährung einer Anleihe kann dann von der Änderung des politischen Kurses abhängig gemacht werden. Wenn Rußland hiermit einverstanden ist und sein Veto zurückzieht, glaubt die französische Regierung die französischen Banken bewegen zu können, Bulgarien einen Vorschuß von 80 oder 90 Millionen Franken zu gewähren und auf der Bezahlung der 75 Millionen Schatzscheine nicht weiter zu bestehen. Die Anleihe kann dann gegen Ende des Jahres erfolgen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. Mai 1914. — Nr. 125.

Margerie hat mir soeben gesagt, daß die Kreditinstitute, die bis jetzt die bulgarischen Anleihen übernommen haben, nämlich Banque de Paris et des Pays Bas, Crédit Lyonnais, Société Générale, Comptoir National d'Escompte und andere, sich hartnäckig weigern, Bulgarien einen Vorschuß zu gewähren, indem sie sich auf den unbefriedigenden Zustand des Geldmarktes berufen. Margerie hat die Absicht, sich noch heute an andere Finanzgruppen zu wenden, die zu Creuzot und der Regie Générale Beziehungen haben und die an bulgarischen Lieferungen und Eisenbahnbauten interessiert sind; er hofft, mir morgen eine Antwort geben zu können.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. Mai 1914. — Nr. 126.

Die Verhandlungen des französischen Außenministeriums mit den Banken stoßen immer noch auf Hindernisse. Margerie sagte mir, daß eine gewisse Beteiligung der russischen Banken an dem Bulgarien zu gewährenden Vorschusse die Verhandlungen erleichtern könnte. Ich bitte um dringende Instruktionen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1914. — Nr. 134.

Die Verhandlungen mit den Banken sind immer noch nicht beendet. Margerie hofft auf einen günstigen Ausgang, wird aber die Antwort kaum vor Dienstag erhalten, da Montag ein Pfingstfeiertag ist. Was den Text der dem Könige zu machenden Mitteilung anbelangt, so ist die französische Regierung der Ansicht, daß diese Mitteilung einen durchaus freundschaftlichen Charakter haben muß und die traditionellen Gefühle Rußlands zu Bulgarien zum Ausdruck bringen soll. Deshalb glaubt man hier, es wäre unzweckmäßig, jetzt schon, namentlich ehe die deutsche Anleihe endgültig ausgeschlossen ist, vom Könige eine bestimmte Verpflichtung zu verlangen, das Ministerium Radoslawow durch ein anderes zu ersetzen. Die französische Regierung schlägt folgenden Text vor, welchen unser

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Gesandter dem Könige mitteilen könnte: „Eure Majestät wissen, daß die bulgarische Regierung auf Grund privater Informationen es nicht für nötig gehalten hat, sich an die französische Regierung zu wenden, um den Pariser Geldmarkt zur Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse Bulgariens zu benutzen. Die bulgarische Regierung hat sich an deutsche Banken gewandt, und man ist im Begriffe, ein Übereinkommen unter für Bulgarien besonders schweren Bedingungen abzuschließen. Ein derartiges Übereinkommen droht die ökonomische und bis zu einem gewissen Grade auch die politische Unabhängigkeit des Landes für eine ziemlich lange Zeit in Frage zu stellen. Die Regierungen Rußlands und Frankreichs, vom Wunsche beseelt, Bulgarien den Beweis ihrer uneigennützigen Freundschaft zu geben, haben sich an Pariser und Petersburger Banken gewandt, um sich zu vergewissern, ob es nicht möglich sei, der bulgarischen Regierung diejenigen Mittel zur Verfügung zu stellen, deren sie augenblicklich bedarf, bis günstigere Umstände es nach Ablauf einiger Monate erlauben werden, eine definitive Anleihe abzuschließen. Die französischen und russischen Banken sind diesem Ansuchen entgegengekommen und sind bereit, unverzüglich ungefähr 60 Millionen Franken vorzustrecken. Außerdem sind sie damit einverstanden, daß die Einlösung der Schatzscheine bis zum Abschlusse der Anleihe aufgeschoben wird. Ich bin beauftragt, Euerer Majestät diese Mitteilung zu machen, die die Teilnahme Rußlands und Frankreichs für Bulgarien beweist. Meine Regierung hofft, daß Euere Majestät die Bedeutung dieses Schrittes richtig einschätzen wird."

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1914. — Nr. 135.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 134. Die französische Regierung ist überzeugt, daß eine derartige Mitteilung die von Rußland und Frankreich beabsichtigte Wirkung haben und dem König die Möglichkeit geben würde, einen Wechsel des Ministeriums vorzubereiten. Solange wir uns auf einen Vorschuß beschränken und die Anleihe nicht abgeschlossen ist, werden Rußland und Frankreich die Möglichkeit haben, in wirksamer Weise auf die Richtung der bulgarischen Politik einzuwirken;

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

was das definitive Verlangen anbelangt, der König solle sich verpflichten, ein anderes Kabinett zu ernennen, so können wir dieses später vorbringen, nachdem Bulgarien, nach Empfang eines bedeutenden Vorschusses, nicht mehr die Möglichkeit haben wird, sich in finanzieller Beziehung freizumachen, und nur in dem Falle, wenn der König bis Ende des Jahres, d. h. bis zum Abschlusse der Anleihe, keine günstige Gelegenheit gefunden haben wird, die Regierung andern Ministern zu übergeben. Margerie fügt hinzu, daß ein schrofferes Vorgehen im jetzigen Augenblicke den König beleidigen und das entgegengesetzte Resultat hervorrufen könne.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Mai/6. Juni 1914. — Nr. 143.

Die Verhandlungen mit den Banken sind immer noch nicht beendet, doch hofft Margerie, morgen eine endgültige und zwar günstige Antwort zu erhalten. Hier ist man auch der Ansicht, daß es nicht gelingen wird, die Unterzeichnung der Anleihe in Berlin zu verhindern, daß es einstweilen zwecklos sein würde, dem Könige den genannten Vorschlag zu machen, und daß alle unsere Anstrengungen darauf gerichtet sein müssen, zu verhindern, daß das Parlament die Anleihe annimmt. Margerie ist mit der Meinung unseres Gesandten in Sofia einverstanden, daß die Nachricht, Frankreich habe sich geweigert, Bulgarien Geld zu leihen, kategorisch dementiert werden müsse.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 6./19. Juni 1914. — Nr. 163.

Eine Finanzgruppe, an deren Spitze die Bank Périer steht, hat die Absicht, Bulgarien nicht einen Vorschuß, sondern eine sofortige Anleihe von 200 Millionen Franken zu gewähren. Sie rechnet hierbei auf die Teilnahme der russischen Banken, und zwar würde diese darin bestehen, daß unsere Banken ihre bulgarischen Schatzscheine gegen Obligationen der neuen Anleihe eintauschen, so daß sie keine neuen Auslagen haben werden. Ich bitte Sie, mich zu benachrichtigen, ob ein derartiger Plan von der russischen Regierung gebilligt wird.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 16./29. Juni 1914. — Nr. 121.

Die Katastrophe in Serajewo hat natürlich nicht bloß auf der Wiener und Berliner, sondern auch auf der Pariser Börse einen großen Eindruck gemacht. Infolgedessen hat mir Bauer, der hiesige Vertreter der Bank Périer, gesagt, daß er an die Pariser und belgischen Banken, die sich an der Anleihe beteiligen, telegraphieren müsse. Infolgedessen sind die Einzelheiten, die ich Ihnen heute mitteilen kann, nicht endgültig.

Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 17./30. Juni 1914. — Nr. 122.

Bauer hat heute Radoslawow gesehen, und obgleich er infolge der letzten Ereignisse keine bestimmten Vorschläge hat machen können, ist er mit der Unterredung zufrieden. Radoslawow hat ihm zu verstehen gegeben, daß nach der Ermordung des Erzherzogs wenig Aussicht vorhanden sei, die Anleihe in Berlin abzuschließen, und daß die bulgarische Regierung sich an Périer wenden wird, daß dies aber erst nach einiger Zeit wird erfolgen können. Bauer fährt morgen nach Konstantinopel und von da nach Paris. Er ist bereit, hierher zurückzukehren, sobald dies nötig sein sollte. Er hat mir aufs entschiedenste wiederholt, daß ohne die Beteiligung der russischen Staatsbank sein Plan keinen Erfolg haben kann, und obwohl er im Einvernehmen mit der französischen Regierung handelt, würde er zu seinem großen Leidwesen in einem solchen Falle lieber auf die ganze Operation verzichten. Abgesehen von allen anderen nicht wünschenswerten Folgen wird man dann die Berechtigung haben, uns den Vorwurf zu machen, daß es uns nur daran liegt, die Verhandlungen in Berlin zum Scheitern zu bringen, daß wir selbst aber keine Anleihe gewähren wollen. In Anbetracht dieser Erwägung ist es durchaus notwendig, uns der moralischen Beteiligung der russischen Staatsbank zu versichern; Périer erblickt hierin eine Beruhigung für das französische Publikum insofern, als es Aussichten auf die Erhaltung des Friedens erwecken würde; unsere materielle Beteiligung braucht nur eine minimale zu sein.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Siebzehntes Kapitel.

Rußland und die Militärmission General Liman von Sanders.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 8./21. November 1913.

Meine Telegramme Nr. 264 und 271 enthalten einen kurzen Bericht über die hiesigen Verhandlungen des Staatssekretärs Kokowzew hinsichtlich der Entsendung deutscher militärischer Instrukteure in die Türkei. Ich erlaube mir, Einzelheiten hinzuzufügen, die ich in meinen Telegrammen nicht habe erwähnen können.

Kaiser Wilhelm hat dem Staatssekretär die sich aus den letzten Ereignissen auf dem Balkan ergebende politische Lage ausführlich geschildert, welche der Ansicht Seiner Majestät nach noch zu weiteren Verwicklungen namentlich von seiten Bulgariens — und der Staatssekretär hat hinzugefügt „und Griechenlands" — führen könne. Der Kaiser bestand auf der Notwendigkeit, das türkische Reich in seinem jetzigen Bestande zu erhalten, womit sowohl der Kaiser von Rußland als auch der König von England während ihrer letzten Anwesenheit in Berlin einverstanden gewesen wären. Sodann erwähnte Kaiser Wilhelm die an Deutschland und England gerichtete Bitte der türkischen Regierung, die nötigen Beamten und Instrukteure in die Türkei zu entsenden, um die Verwaltung zu reorganisieren.

König Georg hat eine derartige Bitte abgelehnt und nur eingewilligt, englische Marineoffiziere nach Konstantinopel zu schicken, „während ich", sagte der Kaiser, „gezwungen gewesen bin, meine Zustimmung zur Entsendung von Armee-Instrukteuren zu geben. Anders habe ich nicht handeln können, schon aus dem Grunde nicht, weil unsere frühere zwanzigjährige Tätigkeit

keinen Erfolg gehabt und Deutschland viele Vorwürfe zugezogen hat, auch schon deshalb nicht, weil die Türkei sich sonst an eine andere Macht gewandt hätte, welche ohne Zweifel die Bitte der türkischen Regierung erfüllt haben würde".

Der Kaiser fügte hinzu, daß es für Rußland vielleicht vorteilhafter gewesen wäre, wenn französische Offiziere diese Aufgabe übernommen hätten, für Deutschland hätte dies jedoch eine allzu deutliche moralische Niederlage bedeutet. Hierauf erwiderte Kokowzew, daß eine derartige moralische Niederlage Deutschlands den Interessen Rußlands nicht entsprochen hätte, da es mit Deutschland durch Bande traditioneller Freundschaft verbunden sei. Der Kaiser hat für diese Worte seinen aufrichtigsten Dank ausgesprochen.

Sodann hat Staatssekretär Kokowzew versucht, den Kaiser davon zu überzeugen, daß der beste Ausweg aus der jetzigen schwierigen Lage der wäre, daß man zum früheren Gedanken einfacher Instrukteure zurückgreife, worauf der Kaiser lebhaft erwiderte, daß dies schon deshalb unmöglich sei, weil derartige frühere Versuche vollkommen erfolglos gewesen wären. Im jetzigen Zeitpunkte müßten die Instrukteure die nötige Macht haben, um die türkischen Offiziere umzuerziehen und sie aus dem politischen Sumpfe zu reißen, in dem sie ihre Dienstpflichten vergessen und sich nur mit Politik beschäftigen. Dies kann aber nur eine Kommandogewalt. Ihnen sind bereits die Argumente unseres Staatssekretärs gegen die Konzentrierung eines vorbildlichen Truppenteiles in Konstantinopel bekannt, ebenso auch die ganz aufrichtige Erklärung des Kaisers, daß er diese ganze Frage von einem völlig anderen Standpunkte aus aufgefaßt habe und daß ihm nichts ferner liege, als Rußland irgendwelche Schwierigkeiten bereiten zu wollen.

Als Staatssekretär Kokowzew erwähnte, daß die deutsche Militärmission sich vielleicht in Adrianopel niederlassen könne, erlaubte ich mir, ihn darauf hinzuweisen, daß dieses wahrscheinlich große Erregung in Bulgarien hervorrufen und uns dieses Land noch mehr entfremden würde; deshalb wäre Smyrna oder irgendeine andere Stadt in Kleinasien in einer gewissen Entfernung von der armenischen Grenze ein passender Aufenthaltsort für die deutschen Offiziere.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Geschäftsträger in London vom 12./25. November 1913. — Nr. 3220.

Da wir die Nachricht erhalten haben, daß Deutschland darauf besteht, daß dem deutschen Generalinstrukteur in der Türkei das Kommando über ein Armeekorps und eine Division in Konstantinopel übertragen wird, haben wir die ernstliche Aufmerksamkeit der deutschen Regierung darauf gelenkt, wie schwer es für uns sein würde, zuzulassen, daß unsere Botschaft sich in einer Hauptstadt befindet, in der sozusagen eine deutsche Garnison untergebracht ist. Gleichzeitig haben wir darauf hingewiesen, daß wir keine Einwendungen erheben würden, wenn die deutschen Offiziere in andern Gebieten Kleinasiens, nicht zu nahe von unserer Grenze, Kommandogewalt hätten. Auf unsere freundschaftliche Anregung hat das Berliner Kabinett bis jetzt ausweichend geantwortet. Infolgedessen halten wir es für sehr wünschenswert, festzustellen, ob die französische und englische Regierung eine derartige Lage mit ihren Interessen für vereinbar halten. Wenn es unangebracht erscheint, in Berlin weitere Vorstellungen zu erheben, so könnte man vielleicht einen gemeinsamen Schritt in Konstantinopel unternehmen und die Pforte darauf hinweisen, daß die Deutschland gemachten Zugeständnisse die Frage gleichwertiger Kompensationen für die andern Mächte aufwerfen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1913. — Nr. 790.

Ihr Telegramm Nr. 3220 erhalten. Nicolson persönlich ist ebenfalls der Ansicht, daß die Unterstellung der Konstantinopeler Garnison unter einen deutschen General nicht wünschenswert sei. Die Antwort der englischen Regierung wird Ihnen morgen nach Rückkehr Greys mitgeteilt werden.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 13./26. November 1913. — Nr. 555.

Ihr Telegramm Nr. 3220 erhalten. Habe den Inhalt Pichon mitgeteilt, der ganz Ihrer Ansicht ist und bereits die nötigen Vorstellungen in Konstantinopel erhoben hat. Er hat

Rifaat Pascha gesagt, daß, wenn die Pforte nicht auf die Verwirklichung dieses Planes verzichtet, Frankreich für sich außerordentliche Kompensationen sowohl moralischer als auch politischer Natur verlangen wird. Im Gespräche mit mir hat Pichon nochmals betont, daß Frankreich nicht damit einverstanden sein könne, daß die Deutschen in Smyrna oder Beirut befehlen und daß er der Pforte gegenüber Adrianopel erwähnt habe. Pichon sagt, seine Erklärung habe augenscheinlich großen Eindruck auf Rifaat gemacht, der seiner persönlichen Überzeugung Ausdruck verliehen habe, daß diese Frage werde geregelt werden können.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 15./28. November 1913. — Nr. 795.

Ihr Telegramm 3220 und das aus Paris 555 erhalten. Grey hat gestern O'Beirne telegraphiert, daß er Ihre Ansicht teile, wir könnten die Unterstellung der Konstantinopeler Garnison unter einen deutschen General nicht zulassen. Aus den Worten Nicolsons und Cambons habe ich geschlossen, daß der Minister im Prinzip die Möglichkeit von Kompensationen für uns zugibt, daß es aber in Wirklichkeit schwer sein dürfte, derartige Kompensationen zu finden. Den ersten Vorschlag Pichons, auch die Offiziere anderer Staaten sollten derartige Kommandostellen erhalten, hält er für undurchführbar und unseren Interessen nicht entsprechend, denn unser Hauptziel — die Deutschen aus Konstantinopel zu entfernen — wäre dadurch nicht erreicht. Außerdem würde dies den ersten Schritt zur Aufteilung der Türkei bedeuten. Cambon ist derselben Ansicht. Beide bezweifeln, daß ein gemeinsamer Druck auf die Pforte ein Ergebnis haben wird, denn letztere ist augenscheinlich durch Versprechungen Kaiser Wilhelm gegenüber gebunden, dessen Eigenliebe man in Betracht ziehen müsse. Grey hält es für das beste, die freundschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen, um es zu einer Änderung des ursprünglichen Planes zu bewegen, z. B. einem deutschen Offizier die Leitung der Kriegsschule zu übertragen, worauf ein heutiges Agenturtelegramm aus Berlin anspielt. Grey glaubt, daß sowohl Kaiser Wilhelm als auch der Reichskanzler nach einem

Vorwand suchen, um aus dieser nicht reiflich überlegten Lage herauszukommen, daß aber ein Kommando außerhalb Konstantinopels, z. B. Adrianopel, keinen Ausweg bedeuten würde. Hier befürchtet man, daß der feindselige Ton der russischen Presse, z. B. der Nowoje Wremja, zum entgegengesetzten Resultat führen müsse, da Kaiser Wilhelm sich verletzt fühlen könne und augenscheinlich den Wunsch hege, sich wegen der gegen von der Goltz Pascha gerichteten Kritik zu rechtfertigen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 19. November/2. Dezember 1913. — Nr. 798.

Die Verhandlungen zwischen den Kabinetten von London und Paris haben dahin geführt, daß beide Regierungen beschlossen haben, ihre Vertreter in Konstantinopel zu beauftragen, bei der Pforte offiziell anzufragen, ob tatsächlich die Absicht besteht, das Kommando über die türkischen Truppen in Konstantinopel deutschen Offizieren zu übertragen. Alles Weitere wird von der Antwort der Pforte abhängen. Grey und Asquith teilen die Ansicht Pichons, daß ein derartiges Kommando die Botschaften in eine ungebührende Lage stellen würde und daß die souveränen Rechte des Sultans und die Unabhängigkeit der Türkei in Mitleidenschaft gezogen werden würden. Sie sind der Ansicht, daß Rußland sich darauf beschränken müßte, die freundschaftlichen Verhandlungen mit der deutschen Regierung fortzusetzen, besonders aber mit dem deutschen Hofe, wobei die Eigenliebe und Empfindlichkeit des letzteren ganz besonders zu berücksichtigen wären.

Falls dies zu keinem Resultate führen sollte, geben Frankreich und England die Notwendigkeit von Garantien für alle Mächte zu, ganz besonders für Rußland hinsichtlich der Dardanellen, der Einfahrt und der Ausfahrt in den Bosporus. Man sieht hier voraus, daß Deutschland sich der Gewährung von Kompensationen an die anderen Mächte nicht widersetzen wird; doch hält man es für richtiger, diese Frage einstweilen noch nicht aufzuwerfen, da es fast unmöglich ist, derartige Kompensationen zu finden.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 19. November/2. Dezember 1913. — Nr. 799.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 798. Beim Telegrammwechsel zwischen Paris und London ist ein Mißverständnis entstanden. Grey ist mit Pichon einverstanden, daß die betreffende Anfrage in Konstantinopel von allen drei Botschaftern Rußlands, Englands und Frankreichs an die Pforte gerichtet wird. Grey glaubt, die Noten müssen identisch sein, aber nicht gleichzeitig übergeben werden. Grey glaubt, daß es besser sei, wenn die Verhandlungen in Berlin einstweilen von uns allein geführt werden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 24. November/7. Dezember 1913. — Nr. 3309.

Dringend. Identisch nach Paris. Wir halten es für wünschenswert, daß die drei Botschafter sich unverzüglich mit folgender identischer Note, die auf Grund des englischen Vorschlages abgefaßt worden ist, an die türkische Regierung wenden. Wir haben davon abgesehen, die Meerengen zu erwähnen, da aus dem Irade hervorgeht, daß sie dem deutschen General nicht unterstellt sind. Was die Kompensationen anbelangt, so wollen wir sie erst anläßlich weiterer Schritte erwähnen, nachdem wir uns über deren Natur geeinigt haben werden. Bitten Sie den Minister, dem Botschafter in Konstantinopel die nötigen Instruktionen zukommen zu lassen. Text der Note: „Die Tatsache, daß das Kommando über das türkische Armeekorps in Konstantinopel einem deutschen General anvertraut wird, würde diesem eine Stellung geben, welche bis jetzt weder ein deutscher noch ein anderer Offizier in Konstantinopel jemals eingenommen hat. Die Folge würde sein, daß das ganze diplomatische Korps sich in der Gewalt Deutschlands befinden würde. Außerdem wäre der deutsche General in der Lage, militärische Maßnahmen zu ergreifen, welche die Souveränität des Sultans in Frage stellen könnten. Die wirkliche Garantie der Integrität des türkischen Reiches, welche in dem Gleichgewicht der Mächte besteht, wäre verschwunden. In der Tat, wenn Deutschland eine solche Vormachtstellung in Konstanti-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

nopel erlangen sollte, würden die andern Mächte sich gezwungen sehen, ihre eignen Interessen in der Türkei wahrzunehmen."

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 26. November/9. Dezember 1913. — Nr. 802.

Grey ist der Ansicht, daß die in Ihrem Telegramm 3309 vorgeschlagene gemeinsame Note verfrüht sei und gewisse Nachteile zur Folge haben würde; er glaubt, man müsse auf das erste Projekt zurückkommen, ohne zum Schluß irgendwelchen Drohungen Ausdruck zu geben. Die drei Botschafter müßten sich über eine gemeinsame Erklärung verständigen, welche ihre Übereinstimmung zum Ausdruck bringt, und dann einer nach dem andern eine mündliche Vorstellung machen, um den Inhalt des Irades kennenzulernen; sie könnten bei dieser Gelegenheit ernstliche Erwägungen hinsichtlich der Erhaltung der Souveränität des Sultans, des Regimes der Meerengen und der ganzen Lage in Konstantinopel hinzufügen, doch müßten sie sich fürs erste auf einen derartigen Schritt beschränken, welcher die Möglichkeit weiterer Verhandlungen offen läßt. Grey hat versprochen, mir den Inhalt eines derartigen Telegramms mitzuteilen. Ich habe Grey gesagt, daß die russische Regierung dieser Frage die allergrößte Bedeutung beilegt, daß sie auf die feste Unterstützung Englands rechne, daß es aber auch ihre Absicht sei, nur mit der größten Vorsicht zu handeln, um eine Sackgasse zu vermeiden und der deutschen Regierung einen Rückzug zu ermöglichen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 26. November/9. Dezember 1913. — Nr. 803.

Grey sagt mir, Kühlmann habe heute morgen die Initiative ergriffen, um ihm zu erklären, daß ein deutsches Kommando über das Konstantinopler Armeekorps nur deshalb ins Auge gefaßt worden sei, weil von der Goltz Pascha nicht die Möglichkeit gehabt habe, seine Anordnungen zur Ausführung bringen zu lassen, da die türkische Gleichgültigkeit alle seine Anstrengungen zunichte gemacht habe. Ihm zufolge handelt es sich vor allem darum, die richtige Schulung der Truppen zu

gewährleisten, und das Konstantinopler Armeekorps ist deshalb gewählt worden, weil sich alle Militärschulen in der Hauptstadt und ihrer Umgebung befinden; es handele sich um eine Mission, die der des englischen Admirals analog sei. Kühlmann hat hinzugefügt, er sei beauftragt worden, die ganze Sache aufzuklären, weil die Zeitungen die wahre Sachlage entstellt und eine sehr bedauerliche Preßfehde hervorgerufen hätten. Grey hat geantwortet, daß letzteres nicht zutreffe; es handle sich um mehr als eine Preßfehde; daß alles, was Konstantinopel anbelange, die Mächte interessiere und daß das in Frage kommende Irade, dessen Einzelheiten er nicht kenne, die souveränen Rechte des Sultans verletzten und die Lage der Meerengen und Konstantinopels selbst in Frage stellen könne. Was den englischen Admiral anbelangt, so erklärte Grey, daß dies eine andere Frage sei, da dieser ein Nichtkombattant wäre. Grey wolle den Kontrakt zwischen dem Admiral und der türkischen Regierung nachprüfen, und deshalb könne er jetzt nichts mehr hinzufügen. Grey sagte mir, Kühlmann sei über die Mitteilung des beabsichtigten Schrittes in Konstantinopel nicht erstaunt gewesen und habe nur hinzugefügt, er sei überzeugt, daß auch der deutsche General, ebenso wie der englische Admiral, Nichtkombattant sei.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 26. November/9. Dezember 1913. — Nr. 804.

Vertraulich. Cambon hat Grey mitgeteilt, seine Regierung habe Ihren Vorschlag angenommen. Persönlich ist Cambon der Ansicht, daß Greys Standpunkt der richtige sei, da dieser die Stellung der türkischen Regierung erleichtere, um so mehr, als das deutsche Projekt in Konstantinopel nichts weniger als populär sei. Das deutsche Projekt sei in Berliner militärischen Kreisen entstanden, die eine Wiederholung der Stellung, die von der Goltz Pascha innegehabt hat, für unmöglich halten. Cambon befürchtet im jetzigen Augenblicke die Wirkung einer drohenden Note. Er sagt mir, daß der erste Vorschlag von Frankreich ausgegangen und dann von Grey angenommen worden sei. Der englische Ausdruck war „Mitteilung". Es will mir scheinen, daß wir den Greyschen Vorschlag annehmen sollten,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

da er gewisse Vorteile bietet und Grey sich nicht entschließen wird, jetzt darüber hinauszugehen.

Paraphrase eines Telegramms Sir E. Grey's an den englischen Botschafter in Konstantinopel vom 9. Dezember 1913.

Ich habe den russischen Botschafter gesehen, der mir mitteilt, Sasonow wünsche an die Pforte eine Mitteilung über das deutsche Militärkommando gelangen zu lassen. Ich bin der Ansicht, daß jeder Botschafter diese Mitteilung getrennt und mündlich machen und daß diese Mitteilung folgenden Inhalt haben sollte: „Wir haben gehört, daß ein deutscher General ein sehr wirksames und weitgehendes Kommando in Konstantinopel erhalten hat; wir hören, daß dieses Kommando ihm eine Stellung geben würde, die bis jetzt kein einziger ausländischer Offizier in der Türkei innegehabt hat. Wir nehmen an, daß die Türkei nichts tun würde, wodurch die Unabhängigkeit der türkischen Regierung oder die Sicherheit der Meerengen und Konstantinopels in Frage gestellt werden würde. Andere Mächte sind jedoch in dieser Frage sehr interessiert, und wir würden gern sehen, daß uns die Pforte Mitteilungen über den mit dem deutschen General abgeschlossenen Vertrag zukommen läßt, um bestimmen zu können, welche Funktionen er erfüllen und welche Stellung er einnehmen wird."

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 27. November/10. Dezember 1913. — Nr. 3334.

Dringend. Ihr Telegramm 802 erhalten. Der englische Geschäftsträger hat uns das neue Projekt mitgeteilt, welches von dem ersten englischen Vorschlage bedeutend abweicht. Letzteres hatten wir zur Grundlage unserer Note gemacht, ohne die Möglichkeit von Kompensationen und die Frage der Meerengen zu erwähnen. Dieser Wechsel in der Haltung Englands in einer für uns so wichtigen Frage berührt uns um so unangenehmer, als gerade wir es sind, die zur Vorsicht geraten haben. Die Folge ist ein sehr bedauerlicher Zeitverlust. Der Vorschlag eines identischen Schrittes der drei Mächte in Konstantinopel ist ebenfalls von England ausgegangen. Was uns anbelangt,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

so können wir dem neuen englischen Vorschlage nicht zustimmen; denn unserer Ansicht nach wäre eine derartige nichtssagende Mitteilung eher schädlich als nützlich. Teilen Sie Grey diese Erwägungen mit und fragen Sie ihn, ob er zu folgenden Veränderungen des in meinem Telegramm Nr. 3309 wiedergegebenen Textes bereit ist: Der letzte Satz, der mit den Worten anfängt: „In der Tat, wenn Deutschland", käme in Wegfall und würde durch einen andern Satz ersetzt, der gleichfalls dem ersten englischen Projekte entnommen ist: „Die Türkei muß zugeben, wie wichtig die obigen Erwägungen für seine eigenen Interessen sind, Erwägungen, die auch mehr oder weniger alle andern Mächte betreffen, welche in dem türkischen Reiche Interessen besitzen." Ich bitte Sie, Grey gegenüber zu bemerken, daß unserer Ansicht nach ein derartiger Schritt in Konstantinopel nicht als gegen Deutschland gerichtet betrachtet werden kann, da letzteres von demselben verständigt worden ist und keinerlei Einwendungen erhoben hat. Andererseits würde jede neue Verzögerung einen Erfolg des Schrittes in Frage stellen, namentlich nachdem der Wortlaut gemildert worden ist.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 27. November/10. Dezember 1913. — Nr. 3335.

Ich beziehe mich auf mein Telegramm Nr. 3334. Wenn die englische Regierung darauf besteht, daß eine mündliche Mitteilung einer schriftlichen vorzuziehen sei, können Sie sich einem derartigen Schritte anschließen und den Wortlaut der mündlichen Erklärung der Pforte vorlesen. Auf alle Fälle ist es jedoch wünschenswert, sich auf einen identischen Text zu einigen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. November/11. Dezember 1913. — Nr. 806.

Ihr Telegramm 3334 erhalten. Nach einer erschöpfenden Prüfung der Frage hat mir Grey gesagt, er werde uns seine Antwort so bald wie möglich zukommen lassen. Ich glaube jedoch nicht, daß sie anders ausfallen wird. Seiner Ansicht nach wäre ein Schritt zu dreien ein so wichtiges Ereignis und würde solches Aufsehen hervorrufen, daß, ganz abgesehen von dem

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Wortlaut der Mitteilung, die ganze Lage sehr zugespitzt werden würde, ohne daß sich die drei Mächte darüber verständigt hätten, welches die weitere Handlungsweise sein müßte. Deshalb besteht er darauf, daß der erste Schritt vor allem eine Anfrage ist, dazu bestimmt, den Kontrakt zwischen der türkischen Regierung und dem deutschen General kennenzulernen, damit die drei Mächte sich auf diese Weise Rechenschaft geben können, welches der Unterschied der Stellung dieses Generals in der türkischen Armee und der früheren Stellung von der Goltz Paschas sein werde. Grey glaubt, daß eine derartige Anfrage an und für sich eine ernste Sache sei und eine Warnung bedeute. Je nach der Antwort werden die drei Mächte beschließen müssen, was weiter zu tun ist. Allein eine türkische Antwort könne den Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen bieten. Dies war übrigens durchaus der erste Gedanke Greys, wie er in den Telegrammen 798 und 799 zum Ausdruck kommt und dann teilweise durch die französischen Vorschläge abgeändert worden ist. Grey kommt nun auf diesen Gedanken zurück und wird fürs erste nicht weitergehen. Cambon sagt mir, er sei hiervon überzeugt. Frankreich hat den letzten Vorschlag Greys angenommen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 27. November/10. Dezember 1913. — Nr. 1039.

Es ist schwer zu sagen, welche Kompensationen uns befriedigen könnten, denn unser eigentlicher Zweck besteht ausdrücklich darin, den deutschen General aus Konstantinopel zu entfernen, und keine Kompensation könnte den Schaden ersetzen, der aus einem Kommando in der Hauptstadt erwächst. In einer persönlichen Aussprache hat der deutsche Botschafter der Ansicht Ausdruck verliehen, daß wir vielleicht damit einverstanden sein werden, daß der deutsche Offizier nicht die in Konstantinopel stehende Division des ersten Armeekorps befehlige, sondern die zweite, außerhalb stehende; ich glaube jedoch, dies hätte für uns keine Bedeutung, da die Konstantinopeler Division sich dennoch unter dem deutschen Armeekorpskommandanten befinden würde. Wangenheim betont, es sei Deutschland unangenehm, einen deutschen Armeekorpskommandanten

aus der Hauptstadt zu entfernen, während sich in derselben ein englischer Admiral, dem die ganze türkische Flotte unterstellt ist, aufhalten darf. Dies ist allerdings ein schwieriger Umstand, der vielleicht beseitigt werden könnte, wenn England damit einverstanden ist, daß der englische Admiral aus Konstantinopel nach Ismid übergeführt wird, wo man augenblicklich das Dock baut, wobei dieser Admiral an der Spitze der ganzen türkischen Flotte bleiben würde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 28. November/11. Dezember 1913. — Nr. 3346.

Ich beziehe mich auf das Telegramm unseres Botschafters in Konstantinopel Nr. 1039. Wir teilen die Ansicht unseres Botschafters, daß England eine Lösung der Frage erleichtern könnte, indem es in Berlin erklärt, daß es bereit sei, seinen Admiral aus Konstantinopel nach Ismid überzuführen, wenn Deutschland seinerseits einwilligt, General Sanders nach Adrianopel zu berufen. Damit würde der Eigenliebe Deutschlands Genüge geleistet. Ich bitte Sie, diese Frage mit Grey zu besprechen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 29. November/12. Dezember 1913. — Nr. 3349.

Abschrift nach Paris. Sehr vertraulich. Ich erfahre aus einer sehr geheimen Quelle, daß Grey dem französischen Botschafter erklärt hat, er wolle in Konstantinopel nicht zu weit gehen, da er eine Änderung meiner Haltung befürchtet, was zu einem diplomatischen Mißerfolge führen könne. Ich möchte bemerken, daß es sich in der Frage des Instrukteurs nicht um einen Wechsel unserer Haltung, sondern um einen bedauernswerten Wechsel in der Haltung Englands handelt. Denn Grey hat sich von einer Note losgesagt, die einem Telegramm Greys an den englischen Botschafter entnommen worden war. Wenn wir nun letzten Endes gezwungen sind, unsere Haltung in dieser wie in schon mehreren andern Fragen zu ändern, so ist dies nur dem Mangel an Zutrauen zu der Wirksamkeit der englischen Unterstützung zuzuschreiben, und zwar wird dieses Zutrauen durch derartige Handlungen Englands nur noch mehr erschüttert.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Dieser Mangel an Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen den drei Mächten der Entente erregt unsere ernstliche Besorgnis, denn er bildet einen organischen Fehler der Tripelentente, welcher uns dem festen Blocke des Dreibundes gegenüber stets in Nachteil versetzen wird. Eine derartige Sachlage kann gegebenenfalls schwerwiegende Folgen nach sich ziehen und vitale Interessen einer jeden Macht der Tripelentente aufs ernstlichste gefährden.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 29. November/12. Dezember 1913. — Nr. 3353.

Da Grey seinen Standpunkt verändert hat und wir gezwungen sind, unsere Schritte mit dem Maße von Unterstützung in Einklang zu bringen, auf das wir von seiten unserer Freunde und Bundesgenossen rechnen können, so müssen wir uns mit dem Greyschen Standpunkte einverstanden erklären. Nachdem Sie sich mit Ihrem französischen und englischen Kollegen verständigt haben, bitte ich Sie, den in Frage kommenden Schritt zu unternehmen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. November/12. Dezember 1913. — Nr. 807.

Grey kannte bis jetzt nicht genau die Einzelheiten des Kontraktes des englischen Admirals. Er sagte mir gestern, daß der Kontrakt vor ein paar Jahren abgeschlossen worden sei und die Stellung der verschiedenen englischen Admirale, auch des jetzigen, bestimme. Dieser ist jetzt in der Tat der Befehlshaber der ganzen Flotte, aber unter der Autorität des Marineministers; auch ist er Nichtkombattant. Die Stellung des englischen Admirals ist in der Tat ein Argument Deutschlands, das hier Schwierigkeiten bereitet. Nicolson hat mit mir mehrere Male hierüber gesprochen.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 30. November/13. Dezember 1913. — Nr. 1050.

Ich habe heute um 5 Uhr nachmittags dem Großwesir die vorgeschriebene Mitteilung gemacht. Nach einigem Zögern

und dem sichtlichen Bestreben, den Vertrag mit einem deutschen General als eine innere türkische Angelegenheit darzustellen, erwiderte der Großwesir, daß er mir Montag die erbetene Auskunft zukommen lassen wird; er könne mir früher keine Antwort geben, da er zuerst über möglichst genaue Informationen verfügen will. Nach mir ist der französische und dann der englische Botschafter zum Großwesir gekommen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. Dezember 1913. — Nr. 813.

Persönlich. Nicolson hat mir ein langes Telegramm vorgelesen, in dem O'Beirne über seine Unterredung mit Ihnen berichtet. Ich glaube, daß dies Telegramm Grey sehr schmerzlich berührt hat und ihn allzu sehr entmutigen könne. Ich habe Nicolson gefragt, aus welchem Grunde Grey seinen ursprünglichen Standpunkt verändert habe. Er hat mir geantwortet, daß man inzwischen von dem englischen Botschafter in Konstantinopel Einzelheiten über die Stellung des englischen Admirals in Konstantinopel erhalten habe, was Grey jede Möglichkeit, der von Ihnen vorgeschlagenen Redaktion zuzustimmen, genommen habe.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. Dezember 1913. — Nr. 814.

Nicolson hat mir ein Telegramm des englischen Botschafters in Konstantinopel über seine Unterredung mit dem Großwesir vorgelesen. Dieser erhebt Einwendungen gegen unsere Befürchtungen hinsichtlich der souveränen Rechte des Sultans, deren Wahrung ihm, dem Großwesir, obliege. Er vergleicht die Stellung des deutschen Generals, der der türkischen Regierung unterstellt sei, mit derjenigen des englischen Admirals. Zum Schlusse hat der Großwesir dasselbe wie auch Giers gesagt.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 1./14. Dezember 1913. — Nr. 1054.

Es ist für uns natürlich durchaus notwendig, jederzeit zu einem bewaffneten Konflikte mit der Türkei bereit zu sein,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in den wir gegen unsern Willen hineingezogen werden können. Doch halte ich es nicht für zweckmäßig, augenblicklich unsere Truppen an der Grenze zu konzentrieren, um dadurch einer Drohung Ausdruck zu verleihen, ohne daß wir fest entschlossen sind, zu kriegerischen Handlungen überzugehen, wenn die Drohung allein nicht genügt. Denn im entgegengesetzten Falle würde unser Ansehen hier sehr erschüttert werden. Andererseits kann man nicht sicher sein, daß eine Drohung genügen wird, denn das Selbstgefühl der Türken hat nach der für sie günstigen Lösung der Adrianopler Frage stark zugenommen. Ich sehe jedoch keinen Einwand gegen andere Maßregeln militärischen Charakters, wobei man den Türken keinerlei Erklärungen abzugeben braucht, die leicht den Charakter einer derartigen Drohung annehmen könnten. Andererseits bin ich ganz der Ansicht Eurer Exzellenz und des Statthalters, daß es nicht in unserm Interesse liegt, unter den Armeniern den Eindruck hervorzurufen, daß wir ihnen in ihrem Kampfe gegen die Türken helfen, was sie nur aufregen würde. Deshalb müßte es genügen, wenn wir fortfahren, durch die gerichtlichen Institutionen Waffen über die Grenze zu schaffen, und dies nur in dem Falle auf administrativem Wege tun, wenn die Waffen in großen Mengen hinübergebracht werden und dies als eine Provokation der Türkei ausgelegt werden könnte. Wir müssen hierbei den Führern der armenischen Bewegung klarmachen, daß unsere Haltung nicht so aufgefaßt werden muß, als ob wir sie zu einem Aufstande ermutigen, der für uns sehr ungelegen wäre und den Türken nur den Vorwand liefern würde, die Armenier mit bewaffneter Gewalt niederzuhalten.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 2./15. Dezember 1913. — Nr. 1055.

Der Großwesir hat mir heute folgende Antwort gegeben: General Liman ist als Chef der Militärmission, Mitglied des Kriegsrates mit dem Recht bloß auf eine Stimme, als Inspektor der Schulen und Kommandeur des I. Armeekorps angestellt worden. Das I. Armeekorps ist gewählt worden, weil der Kriegsminister in demselben vorbildliche Truppenkörper schaffen will, zu denen die Offiziere der andern Armeekorps kommandiert

werden sollen; unter diesen Bedingungen ist es bequemer, diese Schulabteilungen in der Hauptstadt zu vereinigen. Das Kommando über das Armeekorps wird ein rein technisches sein. Die Meerengen, die Befestigungen und die Sicherung der Ordnung in der Hauptstadt gehören nicht zur Kompetenz des Generals. Diese, wie auch die Verhängung des Belagerungszustandes, hängen unmittelbar vom Kriegsminister ab. In dem Kontrakt des Generals wird nicht bestimmt, daß er im Falle der Verhängung des Kriegszustandes zum Kommandanten der Stadt ernannt wird. Eine solche Ernennung wird vom Kriegsminister abhängen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 3./16. Dezember 1913. — Nr. 818.

Nicolson hat mir von der gestrigen Unterredung zwischen Grey und Lichnowsky gesprochen, über die Sie Einzelheiten durch O'Beirne erfahren werden. Grey hat versucht Lichnowsky darzulegen, wie wichtig die ganze Angelegenheit sei. Seitdem er im Amte sei, habe kein anderes Ereignis einen so ernsten Eindruck in Rußland hervorgerufen. Er hat den Botschafter daran erinnert, eine wie bedeutende Rolle Konstantinopel in den Beziehungen zwischen England und Rußland gespielt hat zur Zeit, als diese Beziehungen noch schlechte waren. Er hat betont, wie sehr England daran gelegen sei, die jetzigen guten Beziehungen zu Rußland aufrechtzuerhalten. Da man von dem Standpunkte ausgehen muß, daß der Kontrakt nicht zwischen den Regierungen Deutschlands und der Türkei abgeschlossen worden ist, sondern zwischen der Pforte und den deutschen Generalen, kommt es der türkischen Regierung zu, die nötigen Erklärungen zu liefern, die man kennen muß, ehe man über die Frage urteilen kann.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 3./16. Dezember 1913. — Nr. 819.

Persönlich. Der allgemeine Eindruck des Schrittes der drei Mächte in Konstantinopel ist so groß, daß die Stellung der deutschen Regierung eine schwierige werden kann. Dies bestärkt mich in meiner Ansicht, daß es nötig ist, die Verhand-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

lungen nach Berlin zu verlegen. Alles hängt letzten Endes von der deutschen Regierung ab, und es erscheint mir angebracht, dem Berliner Kabinett möglichst große Aktionsfreiheit zu lassen, welche durch einen Druck der Mächte auf die türkische Regierung beeinträchtigt werden würde. Die Erklärungen, die Grey Lichnowsky über den Grund unseres Schrittes in Konstantinopel gegeben hat, scheinen mir dies bedeutend zu erleichtern.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 4./17. Dezember 1913. — Nr. 3388.

Ich beziehe mich auf das Telegramm unseres Botschafters in Konstantinopel Nr. 1055. Ich bitte Sie, Grey von der Antwort des Großwesirs in Kenntnis zu setzen und ihm zu sagen, daß, da wir den Schritt in Konstantinopel den Wünschen der englischen Regierung angepaßt haben, wir jetzt von letzterer eine weitere Initiative erwarten, da die Antwort der türkischen Regierung nichts Neues enthält. Ich bitte Sie, in Erfahrung zu bringen, ob die englische Regierung irgendwelche Schritte unternimmt, um sich mit Deutschland hinsichtlich der Abänderung der Kontrakte des englischen Admirals und des deutschen Generals zu verständigen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 4./17. Dezember 1913. — Nr. 3404.

Ihr Telegramm 819 erhalten. Persönlich. Ich würde gern eine weitere Erläuterung Ihres Gedankens erhalten, da derselbe wahrscheinlich infolge der Übergabe auf chiffriertem Wege entstellt worden ist. Was den Vorschlag anbelangt, die Verhandlungen nach Berlin zu verlegen, so halte ich es nicht für möglich, dieselben fortzusetzen, nachdem alle unsere Anstrengungen, zu einer freundschaftlichen Verständigung zu gelangen, erfolglos geblieben sind. Es scheint mir, daß die englische Regierung mehr Erfolg in Berlin haben könnte.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 4./17. Dezember 1913. — Nr. 821.

Ihr Telegramm Nr. 3388 erhalten. Nicolson meint, daß verschiedene Punkte der türkischen Antwort noch unklar seien,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

u. a. der Unterschied zwischen von der Goltz und Liman und auch zwischen der Stellung von Liman und Admiral Limpus. Nicolson hält die dem englischen Botschafter gegebene Antwort als vorbereitend. Man denkt hier natürlich daran, die Stellung des englischen Admirals zu modifizieren, um diesen Umstand bei den Verhandlungen in Berlin benutzen zu können.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 5./18. Dezember 1913. — Nr. 822.

Ihr Telegramm 3404 erhalten. Grey und Nicolson sind heute abwesend. Wie Sie, glaube auch ich, daß die englische Regierung in Berlin mehr Erfolg haben kann. Grey hat die Verhandlungen mit Lichnowsky bereits aufgenommen, und er hat ohne Zweifel die Absicht, diese fortzusetzen, um so mehr, als er allein eine Modifikation der Stellung des englischen Admirals in Vorschlag bringen kann. Es handelt sich nur darum, ob er allein verhandeln kann, während wir abseits bleiben. Das beste wäre, wenn Sie sich hierüber mit Buchanan verständigen würden. Der letzte Schritt der drei Mächte in Konstantinopel hat einen großen Eindruck gemacht; eine Wiederholung in Konstantinopel würde sicherlich einem Zwange der deutschen Regierung gegenüber gleichkommen, was man jetzt, wie auch im Anfange der Verhandlungen, vermeiden muß.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 5./18. Dezember 1913. — Nr. 591.

Persönlich. Die französischen Minister, die Führer der politischen Parteien und die Vertreter der Presse fragen mich stündlich und mit Nachdruck, was Rußland in der Frage der deutschen Instrukteure weiter zu tun gedenke, da man uns in dieser Angelegenheit für am meisten interessiert hält. Der Außenminister versichert uns seiner vollen Solidarität und erklärt sich bereit, uns energisch zu unterstützen. Ich habe keinen Grund, an seiner Aufrichtigkeit zu zweifeln, aber das jetzige Kabinett ist seiner ganzen Natur nach zu einer aktiven Politik wenig geneigt, und seine Tätigkeit muß von uns sorgfältig geleitet und belebt werden. Man fürchtet ganz besonders, daß wir uns auf

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

den Standpunkt von Kompensationen stellen werden, da dies leicht zur Liquidierung der asiatischen Türkei führen könnte. Im großen und ganzen ist uns die Presse bis jetzt günstig; nur einige Organe beginnen unter dem Einfluß von Finanzgruppen eine Pressekampagne gegen uns, und zwar wegen des Zwischenfalles mit der Bank Périer und unserer Einwendungen gegen die Finanzierung der Türkei durch Frankreich. Die uns ergebenen Zeitungen, wie der „Matin", verlangen von mir Instruktionen, und wenn wir Ihnen keine Richtlinien angeben, könnten sie vielleicht auf einen falschen Weg geraten. Infolgedessen ist es für mich ganz besonders wichtig, möglichst bald und ausführlich über Ihre Pläne und Absichten unterrichtet zu sein.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 7./20. Dezember 1913. — Nr. 3426.

Identisch nach Paris. Ich beziehe mich auf die Telegramme unseres Botschafters in Konstantinopel Nr. 1069 und 1072. Vertraulich. Ich bitte Sie, den Inhalt dieser Telegramme sehr vertraulich zur Kenntnis der englischen Regierung zu bringen. Wir nehmen an, daß wir vor Empfang weiterer Erklärungen von seiten des deutschen Botschafters in Konstantinopel eines günstigen Ausganges dieser Angelegenheit nicht sicher sein können. Jedenfalls ist es sehr wünschenswert, daß keine unzeitgemäßen Gerüchte in die Presse dringen. Irgendeine Indiskretion wie die, welche in Deutschland so große Unzufriedenheit hervorgerufen hat, könnte alles verderben.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 7./20. Dezember 1913. — Nr. 1069.

Wangenheim hat mir gestern abend sehr vertraulich mitgeteilt, er habe gestern abend in Berlin angefragt, ob er mir folgenden Vorschlag machen könne. Da er aber noch keine Antwort erhalten habe, bitte er mich, von dieser Mitteilung einstweilen noch keinen Gebrauch zu machen. Infolgedessen bitte ich Sie inständigst, dieses Telegramm als streng persönlich und vertraulich zu betrachten. Nach Beratung über die geschaffene Lage sind Wangenheim und Liman zu der Überzeugung ge-

kommen, daß keine Notwendigkeit vorliegt, daß der General das Armeekorps befehligt, wenn er nur eine genügende Anzahl Truppen zu seiner Verfügung hat, um den Kriegsschulen Gelegenheit zu praktischen Übungen zu geben; ein deutscher General würde das Armeekorps in Adrianopel befehligen. Die technischen Einzelheiten eines derartigen Kompromisses könnten vom russischen Militäragenten zusammen mit seinem deutschen Kollegen oder dem Stabschef General Limans geregelt werden. Wangenheim bittet nur, ihm eine gewisse Zeit zu lassen, ungefähr einen Monat, damit die öffentliche Meinung in Deutschland und in der Türkei nicht den Eindruck gewinnt, als ob Deutschland uns nachgeben müsse. Er behauptet außerdem, den Türken einen solchen Kompromiß zweimal vorgeschlagen zu haben, doch wäre er auf eine türkische Weigerung gestoßen und es werde eine gewisse Zeit vergehen, bis es ihm gelingen werde, sie umzustimmen. Ich entgegnete dem deutschen Botschafter, daß man versuchen müsse, möglichst schnell zu einer Lösung zu kommen, da sonst die Erregung der öffentlichen Meinung noch wachsen und zu neuen Verwicklungen führen könne. Ich glaube nicht, was der Botschafter über die zweimalige Weigerung der Türken sagt. Persönlich halte ich den vorgeschlagenen Ausweg für annehmbar, wenn die Zahl der Liman zur Verfügung gestellten Truppen möglichst eingeschränkt wird. Wenn Wangenheim ermächtigt werden sollte, uns einen derartigen Vorschlag zu machen, halte ich es für wünschenswert, daß unsere Presse sich während der Verhandlungen allzu heftiger Angriffe auf Deutschland enthält.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 7./20. Dezember 1913. — Nr. 1072.

Wangenheim hat mich heute aufgesucht und mir mitgeteilt, daß er keine Antwort von seiner Regierung erhalten habe, daß er sich aber für ermächtigt halte, mit mir im Sinne seiner gestrigen Erklärungen zu sprechen, um so mehr, als ihm die Absichten des Berliner Kabinetts gut bekannt seien, welches bestrebt ist, das zwischen Rußland und Deutschland entstandene Mißverständnis beizulegen. Er hat mir die zwei von ihm nach Berlin

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

geschickten Telegramme vorgelesen. In dem ersten Telegramme berichtet er, daß Liman nach seiner Ankunft dem türkischen Kriegsminister erklärt hat, er sei, wenn sein Kommando über das I. Armeekorps Schwierigkeiten für die Türkei hervorruft, damit einverstanden, daß ein deutscher Offizier das Armeekorps von Adrianopel befehligt. Izzet Pascha hat eine Antwort versprochen. Im zweiten Telegramm berichtet Wangenheim, daß Liman zum zweitenmal eine derartige Anfrage an den Kriegsminister gerichtet hat, wobei er bloß die Bedingung stellte, daß er eine genügende Anzahl Linientruppen zu seiner Verfügung in Konstantinopel haben muß, um praktische Übungen für die Zöglinge der Kriegsschulen und die jungen Offiziere des Generalstabs veranstalten zu können. Izzet Pascha hat abgelehnt und erklärt, er ziehe es vor, wenn Liman das Kommando über das I. Armeekorps beibehält, wie dies in dem von ihm unterschriebenen Kontrakte ausbedungen ist. Wangenheim bittet seine Regierung, ihn zu ermächtigen, mir die Erklärung abzugeben, daß er und Liman alles tun, um den türkischen Kriegsminister zu veranlassen, Limans Vorschlag anzunehmen, daß aber hierzu Zeit nötig sein wird. Ich nehme an, daß die Türken, wenn sie einsehen, daß zwischen uns und den Deutschen ein Einvernehmen erzielt worden ist, auf ihrer Weigerung nicht weiter bestehen werden. Einstweilen werden sie wahrscheinlich nur versuchen, das zwischen uns und Deutschland bestehende Mißverständnis auszubeuten.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 7./20. Dezember 1913. — Nr. 1073.

Ich erfahre aus einer privaten aber sicheren Quelle, daß der deutsche Botschafter soeben die Nachricht aus Berlin erhalten hat, Kaiser Wilhelm habe seinen Vorschlag gebilligt und ermächtige ihn, sich mit mir in diesem Sinne auszusprechen um zu einem Übereinkommen zu gelangen. Wangenheim wird mir wahrscheinlich den Inhalt des Telegrammes mitteilen. Ich bitte Sie dringend, mir Instruktionen zukommen zu lassen.

lich, daß die Worte Crowes der wirklichen Meinung Greys entsprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Dezember 1913. — Nr. 607.

Dringend. Ich habe gestern abend den Inhalt Ihrer Telegramme dem Außenminister mitgeteilt und, um alle Mißverständnisse zu vermeiden, ihm den Sachverhalt auf Grund der früheren Telegramme von Giers dargelegt. Heute hat mir der Minister folgende schriftliche Antwort gegeben: „Der Minister des Auswärtigen hat die Note des russischen Botschafters vom 29. Dezember mit der größten Aufmerksamkeit geprüft. Herr Doumergue versichert Herrn Iswolsky, daß die Regierung der Republik fest entschlossen ist, allen Schritten beizutreten, die die russische Regierung anläßlich der Mission des deutschen Generals Sanders in Konstantinopel unternommen hat. Es scheint der französischen Regierung, daß augenblicklich die Dinge so liegen: Es geht aus der oben angeführten Note hervor, daß der deutsche Botschafter in Konstantinopel sich augenblicklich in Berlin befindet, um auf die Notwendigkeit hinzuweisen, den berechtigten Forderungen der russischen Regierung und der russischen öffentlichen Meinung nachzugeben. Andererseits geht aus einem Telegramm, das gestern abend vom französischen Botschafter in Petersburg erhalten worden ist, hervor, daß Herr Sasonow gewisse Erklärungen von der deutschen Regierung verlangt hat. Glaubt die russische Regierung nicht, daß es zweckmäßiger wäre, abzuwarten, bis auf Grund der auf diese Weise erhaltenen Erklärungen eine weitere Beurteilung der Lage möglich sein wird? Befürchtet sie nicht, daß eine sofortige Intervention der Ententemächte trotz ihres freundschaftlichen Charakters dem direkten Meinungsaustausche schaden könnte, der augenblicklich noch zwischen Petersburg und Berlin stattfindet? Die französische Regierung ist trotzdem bereit, schon jetzt zusammen mit der russischen Regierung die dilpomatischen Schritte zu erwägen, zu denen die Ententemächte eventuell sich entschließen müßten, um in Berlin oder in Konstantinopel mit ihrer Ansicht durchzudringen. Infolgedessen bittet der Außenminister den russischen Botschafter, ihm mitzuteilen, welches

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 8./21. Dezember 1913. — Nr. 3436.

Wir halten es für zulässig, daß unser Militäragent sich mit dem deutschen Militäragenten in Verbindung setzt, um ein Abkommen auszuarbeiten. Wenn die einfache Tätigkeit der Instrukteure nicht genügt, so wären wir einverstanden, daß ein deutscher Offizier ein Armeekorps in Adrianopel befehligt. Wir verstehen nicht, warum es der deutsche General für nötig befindet, eine bestimmte Anzahl Linientruppen in Konstantinopel zu befehligen. Es scheint uns, daß sowohl die Zöglinge der Militärschule als auch die Offiziere des Generalstabes zu Lagerübungen nach Adrianopel hinüberfahren könnten. Wir überlassen es jedoch Ihnen, zusammen mit dem Militäragenten an Ort und Stelle annehmbare Bedingungen zu erreichen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 16./29. Dezember 1913. — Nr. 833.

Grey kehrt erst am 5. Januar nach London zurück, und ich habe heute mit Crowe gesprochen. Goschen telegraphiert am 27. Dezember, daß er mit Jagow eine Unterredung gehabt habe, wobei letzterer der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß es möglich sein werde, ein Kompromiß zu finden, doch werde dies mit bedeutenden Schwierigkeiten verbunden sein. Er fügte hinzu, daß er die Ankunft Wangenheims erwartet, um die Lage mit ihm ausführlicher zu besprechen. Crowe glaubt, daß man auf alle Fälle das Resultat dieser Besprechung abwarten müsse, ehe man weitere Schritte in Berlin unternimmt. Was einen weiteren Schritt in Konstantinopel anbetrifft, so glaubt Crowe, daß Grey es für nötig halten wird, zuerst folgende Punkte aufzuklären: 1. Worin werden unsere minimalen Forderungen bestehen, Abänderung des deutsch-türkischen Kontraktes oder Kompensation? 2. Welche Zwangsmaßregeln haben wir in Aussicht genommen, wenn die Türkei sich unsern Forderungen nicht unterwirft? 3. Zu welchen äußersten Mitteln sind wir zu greifen bereit, wenn die Türkei sich hartnäckig weigert und hierbei von Deutschland unterstützt wird?

Crowe hat mir dies ganz persönlich mitgeteilt. Grey hätte sich vielleicht nicht so deutlich ausgedrückt, doch ist es wahrschein-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

lich, daß die Worte Crowes der wirklichen Meinung Greys entsprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Dezember 1913. — Nr. 607.

Dringend. Ich habe gestern abend den Inhalt Ihrer Telegramme dem Außenminister mitgeteilt und, um alle Mißverständnisse zu vermeiden, ihm den Sachverhalt auf Grund der früheren Telegramme von Giers dargelegt. Heute hat mir der Minister folgende schriftliche Antwort gegeben: „Der Minister des Auswärtigen hat die Note des russischen Botschafters vom 29. Dezember mit der größten Aufmerksamkeit geprüft. Herr Doumergue versichert Herrn Iswolsky, daß die Regierung der Republik fest entschlossen ist, allen Schritten beizutreten, die die russische Regierung anläßlich der Mission des deutschen Generals Sanders in Konstantinopel unternommen hat. Es scheint der französischen Regierung, daß augenblicklich die Dinge so liegen: Es geht aus der oben angeführten Note hervor, daß der deutsche Botschafter in Konstantinopel sich augenblicklich in Berlin befindet, um auf die Notwendigkeit hinzuweisen, den berechtigten Forderungen der russischen Regierung und der russischen öffentlichen Meinung nachzugeben. Andererseits geht aus einem Telegramm, das gestern abend vom französischen Botschafter in Petersburg erhalten worden ist, hervor, daß Herr Sasonow gewisse Erklärungen von der deutschen Regierung verlangt hat. Glaubt die russische Regierung nicht, daß es zweckmäßiger wäre, abzuwarten, bis auf Grund der auf diese Weise erhaltenen Erklärungen eine weitere Beurteilung der Lage möglich sein wird? Befürchtet sie nicht, daß eine sofortige Intervention der Ententemächte trotz ihres freundschaftlichen Charakters dem direkten Meinungsaustausche schaden könnte, der augenblicklich noch zwischen Petersburg und Berlin stattfindet? Die französische Regierung ist trotzdem bereit, schon jetzt zusammen mit der russischen Regierung die dilpomatischen Schritte zu erwägen, zu denen die Ententemächte eventuell sich entschließen müßten, um in Berlin oder in Konstantinopel mit ihrer Ansicht durchzudringen. Infolgedessen bittet der Außenminister den russischen Botschafter, ihm mitzuteilen, welches

die Ansicht der russischen Regierung über die in Frage kommende Intervention ist, worauf sich die Reklamationen der drei Mächte beziehen sollen, endlich welche Entschlüsse Rußland der französischen und englischen Regierung vorschlagen zu müssen glaube, falls ihre gemeinsame Aktion in Berlin und Konstantinopel nicht die versöhnliche Lösung gefunden haben sollte, die sie herbeizuführen wünschen."

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Dezember 1913. — Nr. 608.

Dringend. Fortsetzung meines Telegramms Nr. 607. Doumergue hat seine Antwort gegeben, nachdem er die Lage mit den beiden sich gerade in Paris befindlichen Brüdern Cambon besprochen und ein Telegramm des französischen Geschäftsträgers in London über seine Unterredung mit Crowe erhalten hatte. Aus den persönlichen Gesprächen mit Doumergue konnte ich schließen, daß man hier befürchtet, daß eine Anfrage von seiten der drei Ententemächte in Berlin, selbst wenn sie in ganz freundschaftlicher Form erfolgt, die Lage noch weiter verschärfen würde, und daß ganz besonders die Beteiligung Frankreichs an einem solchen Schritte die Eigenliebe Deutschlands verletzen könnte. In Anbetracht des Telegramms von Delcassé, unser Botschafter in Berlin sei beauftragt worden, die Verhandlungen mit Jagow wiederaufzunehmen, glaubt man sowohl hier als auch in London, daß man das Resultat dieses Meinungsaustausches und des Berichtes Wangenheims nach seiner Ankunft in Berlin abwarten sollte. Doumergue betont ganz besonders die Notwendigkeit, daß Petersburg, Paris und London sich über alle möglichen Folgen verständigen und die Maßnahmen beraten, zu denen man greifen müsse, wenn die Schritte in Berlin und Konstantinopel zu keinem Ergebnis führen sollten.

Telegramm des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 17./30. Dezember 1913. — Nr. 308.

Heute besuchte mich der hier auf Urlaub angekommene Wangenheim, und wir besprachen in freundschaftlicher Unterhaltung die Möglichkeit, wie aus der gegenwärtigen schwierigen Lage hinsichtlich der Militärmission herauszukommen sei. Der

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

deutsche Botschafter, welchen ich friedliebend und nachgiebig fand, sagte mir, daß das Berliner Kabinett aufrichtig wünsche, mit uns zu einem annehmbaren Kompromiß zu kommen, und ein hierzu geeignetes Mittel suche. Er selbst, Wangenheim, sei immer bereit, in diesem Sinne in Konstantinopel zu arbeiten. Rußland müsse aber Deutschland seine Aufgabe erleichtern, indem es ihm kein Ultimatum stelle und nicht die Festsetzung irgendwelcher Fristen verlange. Nach Ansicht Wangenheims ist es ferner notwendig, die Frage bezüglich des Limanschen Kommandos nicht in Zusammenhang mit der Stellung des englischen Admirals zu bringen, da eine solche Behandlung der Sache, wie auch jeder Druck auf das Berliner Kabinett, eine für Rußland günstige Entscheidung der Frage nicht nur nicht erleichtern, sondern umgekehrt sehr erschweren würde, weil in diesem Falle die deutsche Presse einen zu großen Lärm erheben und verlangen würde, daß man überhaupt nicht nachgibt, und auf ihrer Seite ganz Deutschland stehen würde. Die Lage, die dann entstehen würde, verglich Wangenheim sogar mit der Kandidatur des Hohenzollern in den 70er Jahren. Hierauf entgegnete ich, daß das Berliner Kabinett dennoch etwas zur Beruhigung unserer öffentlichen Meinung tun müsse, womit er sich ganz einverstanden erklärte. Er versprach, eine Formel vorzuschlagen, um das von uns gewünschte Resultat zu erreichen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 18./31. Dezember 1913. — Nr. 837.

Ihr Telegramm 3489 erhalten. Grey hat durchaus nicht die Absicht, die Verhandlungen mit Berlin abzubrechen, und hat noch gestern Goschen beauftragt, auf der Notwendigkeit zu bestehen, „zu einem Einvernehmen zu gelangen, um ernstliche Verwicklungen zu vermeiden, da diese Frage hauptsächlich für Rußland ganz besondere Bedeutung besitze".

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 18./31. Dezember 1913. — Nr. 838.

Fortsetzung meines Telegramms 833. In einem an Crowe gerichteten Briefe bestätigt Grey den Inhalt meines obigen Telegramms.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 19. Dezember 1913/1. Januar 1914.

Nachdem das neue französische Ministerium mehrere Wochen die Regierung geführt hat, kann man mit ziemlicher Sicherheit folgern, daß das Kabinett Doumergue und Cailleaux, so schädlich es vom Standpunkte der innern Politik Frankreichs sein mag, keinen Vorwurf verdient, soweit unsere direkten Interessen in Frage kommen. In der Frage der kleinasiatischen Eisenbahnbauten ist uns das Kabinett weit entgegengekommen, wozu einiger Mut gehört, denn die Opposition hat es gerade in dieser Frage von Anfang an angegriffen. In der Frage der türkischen Schatzscheine ist die frühere Regierung schuld gewesen, da sie die Operation der Bank Perrier nicht rechtzeitig beachtet hat: die Presse beschuldigt in dieser Hinsicht die französische Botschaft in Konstantinopel. Man versichert mir jedoch, daß Bompard hierüber rechtzeitig berichtet hatte, daß aber dieser Bericht noch vor Ausbruch der Ministerkrise absichtlich durch den Ihnen seit der internationalen Finanzkommission bekannten Herrn Hou verlegt worden ist. Was Cailleaux anbelangt, so hat er in dieser Frage eine allerdings verspätete, aber hier immerhin ungewöhnliche Energie an den Tag gelegt.

In der wichtigsten Frage, die die deutschen Offiziere in Konstantinopel betrifft, kann ich mich ebenfalls bis jetzt über Doumergue nicht beklagen; er versichert uns augenscheinlich ganz aufrichtig seiner vollen Unterstützung. Immerhin sehe ich voraus, daß wir in dieser Frage nicht nur mit seiner Unerfahrenheit und diplomatischen Ungeschultheit rechnen müssen, sondern auch mit der Furcht des jetzigen Ministeriums vor Verwicklungen. In allen meinen Beziehungen mit Doumergue greife ich, um Mißverständnissen und Ungenauigkeiten vorzubeugen, zum Schriftwechsel; ich erhalte nie anders eine Antwort, als nachdem über dieselbe im Ministerrate beraten worden ist, und in der Mehrzahl der Fälle setzt man sich zuerst mit London in Verbindung. Dies alles hemmt die Verhandlungen. Außerdem gelangen auf diese Weise untergeordnete Stellen des Ministeriums zu ausschlaggebender Bedeutung, und zwar führen diese ihre eigene und uns oft feindliche Politik. Endlich kann

man von Persönlichkeiten wie Doumergue und Cailleaux noch weniger als von ihren Vorgängern die Wahrung des diplomatischen Geheimnisses erwarten.

Wie ich Ihnen telegraphiert habe, hat mich Doumergue nachdrücklich gefragt, welche Zwangsmaßregeln wir in Vorschlag zu bringen gedenken, wenn die Verhandlungen in Berlin und Konstantinopel zu keinem Resultate führen. In Verbindung hiermit will ich Ihnen über ein interessantes Gespräch mit Paléologue berichten. Der augenblicklich in Paris anwesende Bompard hat ihm als seine persönliche Meinung gesagt, daß, wenn wir unser Ziel nicht auf friedlichem Wege erreichen, wir vom Sultan einen Ferman zur Durchfahrt eines Panzerschiffes unserer Schwarzmeer-Flotte durch die Meerengen verlangen, dasselbe in den Bosporus schicken und dann erklären sollten, daß unser Kriegsschiff nur zurückgezogen werden soll, nachdem der Kontrakt mit General Liman und seinen Offizieren abgeändert sein wird. Auf meine Frage, ob ich dieses nach Petersburg mitteilen könne, antwortete Paléologue, daß er nichts dagegen habe, daß es sich aber natürlich nur um eine persönliche Meinung Bompards handele und die Initiative eines solchen Schrittes nicht Frankreich zugeschrieben werden solle. Als ich bemerkte, daß der Sultan kaum einen derartigen Ferman bewilligen würde, sagte Paléologue, daß das russische Kriegsschiff auch ohne einen solchen in den Bosporus einfahren könne und daß die türkischen Batterien sich kaum entschließen würden, das Feuer zu eröffnen.

Ich will mich nicht darüber äußern, wie weit wir eine derartige Ansicht in Betracht ziehen können, aber es erscheint mir bedeutsam, daß man im hiesigen Ministerium des Auswärtigen die Möglichkeit einer solchen scharfen Wendung der Dinge zuläßt. Ich will auch hinzufügen, daß, wenn wir uns zu einem derartigen energischen Handeln entschließen würden, die öffentliche Meinung in Frankreich unsere Partei ergreifen würde, da sie für alles empfänglich ist, was die nationale Würde berührt, und die Unzulässigkeit des deutschen Einflusses in der Türkei lebhaft empfindet.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 19. Dezember 1913/1. Januar 1914. — Nr. 311.

Ich sah Wangenheim zum zweiten Male und hatte mit ihm eine lange Unterredung. Er reist morgen auf zwei Wochen nach London. Mit Jagow werde ich kaum die Möglichkeit haben, meine Gespräche mit Wangenheim zu erörtern, da der Minister des Auswärtigen ohne die Befehle des Kaisers, die er nicht kennt und den er, wie er sagt, seit seiner Rückkehr aus dem Urlaube nicht gesehen hat, keine Entscheidungen trifft.

Wie der Kanzler, so sagte mir auch der Staatssekretär des Auswärtigen beim Neujahrsempfange, daß sie die Möglichkeit voraussehen, mit uns zu einem befriedigenden Abschluß zu gelangen. Jagow berührte sonst keine politischen Fragen. Ich verabredete mit ihm, morgen, vor der Abreise des Kuriers, zusammenzutreffen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris vom 20. Dezember 1913/2. Januar 1914. — Nr. 3513.

Wir können nicht umhin, die Aufmerksamkeit der französischen Regierung darauf zu lenken, daß Frankreich der Türkei periodisch finanzielle Unterstützung zuteil werden läßt, entweder als Vorschüsse der Privatbanken oder als Darlehen, die ihr durch die Vermittlung des französischen Delegierten bewilligt werden. Augenblicklich läßt sich ein solches Vorgehen in keiner Weise damit rechtfertigen, daß die Türkei vor dem Bankerott gerettet werden muß, denn die Pforte hat soeben in England ein Panzerschiff gekauft, was bei der jetzigen politischen Lage nicht nur auf die Frage bezüglich der Inseln, sondern auch auf jene Zwangsmaßregeln zurückwirken könnte, die wir eventuell anwenden müssen, wenn die Verhandlungen in Berlin resultatlos verlaufen. Ich bitte Sie, eine günstige Gelegenheit zu benutzen, um die französischen Minister, ohne sie unnützerweise zu erregen, darauf hinzuweisen, daß man jetzt der Pforte keine finanzielle Beihilfe gewähren darf, um die Türken in ihrer Unnachgiebigkeit nicht noch weiter zu bestärken.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 22. Dezember 1913/4. Januar 1914. — Nr. 3541.

Ich nehme an, daß die Reise Wangenheims nach London in Verbindung mit der Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel steht. Der deutsche Botschafter verfolgt wahrscheinlich das Ziel, England und Rußland in dieser Frage zu entzweien. Richten Sie hierauf die ernste Aufmerksamkeit Greys und setzen Sie ihm auseinander, wie schädlich derartige Bestrebungen der deutschen Diplomatie das Gleichgewicht in Europa beeinflussen können.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 23. Dezember 1913/5. Januar 1914. — Nr. 840.

Nachdem Tyrell sich mit dem Vertreter Armstrongs, Vere, in Verbindung gesetzt hat, teilt er mir mit, daß der Dreadnought „Rio" nicht früher als im Spätherbst zur Ablieferung an die Türkei fertiggestellt sein wird. Er stellt entschieden in Abrede, daß die Türkei die Absicht habe, ein Panzerschiff von der chilenischen Regierung zu kaufen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 23. Dezember 1913/5. Januar 1914. — Nr. 841.

Ihr Telegramm Nr. 3541 erhalten. Crowe ist nichts über die Absicht Wangenheims bekannt, London zu besuchen. Ich habe ihm immerhin die Hoffnung ausgedrückt, daß, wenn seine Ankunft erfolgen sollte, der durch die Presse verbreitete Eindruck nicht noch weiter verstärkt werden würde, als ob zwischen Rußland, Frankreich und England nicht völliges Einvernehmen besteht. Crowe wird mit Grey hierüber sprechen, der morgen auf der Durchreise in London sein wird. Ein Besuch Wangenheims wäre seiner Ansicht nach eine Taktlosigkeit Lichnowsky gegenüber, und er glaubt nicht, daß er erfolgen wird. Auf alle Fälle würde er zu keinem Resultate führen, weder was die Beziehungen Englands zu Deutschland anbelangt, noch hinsichtlich einer möglichen Wirkung auf die öffentliche Meinung Europas.

Crowe hat mir den Inhalt eines von Goschen erhaltenen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramms mitgeteilt, dem zufolge General Liman die Absicht habe, nach einiger Zeit auf das Kommando über das I. Armeekorps zu verzichten unter dem Vorwand, daß dieser Truppenteil seinem persönlichen hohen Range nicht entspricht. Er würde dann dieselbe Stelle einnehmen wie früher von der Goltz Pascha.

Goschen drückt die Hoffnung aus, daß wir uns jeden Druckes auf die empfindliche deutsche Regierung enthalten werden, bis man wird sehen können, zu welchen Resultaten die jetzigen Verhandlungen, die eine passende Formel finden sollen, geführt haben werden.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 23. Dezember 1913/5. Januar 1914. — Nr. 843.

Fortsetzung meines Telegramms 841. Gestern spät abends hat mir Crowe telephoniert, es habe sich herausgestellt, daß der englische Botschafter in Konstantinopel in diesen Tagen ganz privat an Tyrell telegraphiert habe, um ihn zu benachrichtigen, daß Wangenheim nach Irland fährt, um dort für sich Pferde zu kaufen, und daß er ihn bittet, ihm Empfehlungsbriefe an Personen zu geben, die Pferdekenner sind. Crowe fügt hinzu, daß die Reise rein privaten Charakter habe. Nicolson kommt Donnerstag zurück; ich werde mit ihm hierüber sprechen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 23. Dezember 1913/5. Januar 1914. — Nr. 617.

In einer langen Unterredung bezüglich der Mission Liman von Sanders hat mir der Präsident der Republik gesagt, Cambon habe nach seiner Rückkehr nach Berlin eine sehr freundschaftliche Aussprache mit Jagow gehabt, der ihm erklärte, er wünsche aufrichtig, den Zwischenfall beizulegen; wenn aber dieser Angelegenheit ein „europäischer Charakter" beigelegt wird, so wird Deutschland nicht imstande sein, Nachgiebigkeit zu zeigen. Ähnliches hat Jagow auch dem englischen Botschafter gesagt. Poincaré zieht hieraus den Schluß, daß jeder gemeinsame Schritt Rußlands, Frankreichs und Englands in Berlin auf starken Widerstand stoßen und die Lage bedeutend verschärfen wird;

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wenn wir es trotzdem für nötig halten, einen derartigen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, so wird sich Frankreich uns natürlich anschließen, aber in diesem Falle muß man den weitern Gang der Ereignisse voraussehen und sich über die weiteren gemeinsamen Schritte einigen. Aus diesem Anlasse hat Poincaré auf das allerbestimmteste die Erklärung Doumergues, die in meinem Telegramm Nr. 607 enthalten ist, bestätigt, daß nämlich Frankreich fest entschlossen ist, in dieser Angelegenheit zusammen mit uns zu handeln. Aus den Worten Poincarés habe ich schließen können, daß die Ausdrücke der genannten Antwort von ihm selbst und seinen Ministern auf das sorgfältigste erwogen worden sind und daß trotz der aufrichtigen Friedensliebe Frankreichs in diesen Worten mit vollem Vorbedacht die ruhige Entschlossenheit ausgedrückt wird, sich unter den obwaltenden Verhältnissen nicht den Verpflichtungen zu entziehen, die ihm das Bündnis mit uns auferlegt. In Anbetracht dieser Tatsache berührt es hier ganz besonders unangenehm, daß einige unserer Zeitungen Frankreich der Passivität in der Frage der deutschen Militärmission beschuldigen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 25. Dezember 1913/7. Januar 1914. — Nr. 847.

Grey hat ein Telegramm von Buchanan erhalten, in dem über seine Unterredung mit Ihnen berichtet wird. Der Minister hat mit Vergnügen von Ihrem Entschlusse gehört, das Projekt eines formellen Schrittes der drei Ententemächte in Berlin um eine Woche aufzuschieben. Grey hat seine Abreise um einen Tag verschoben, um sich noch einmal mit Lichnowsky ernstlich aussprechen zu können und ihn auf die gefährlichen Folgen aufmerksam zu machen, welche eintreten müßten, wenn nicht bald eine Einigung erzielt wird. Im besonderen wird er darauf hinweisen, daß man möglichst bald die Basis eines derartigen Übereinkommens festlegen muß, um die öffentliche Meinung zu beruhigen. Da das Gerücht immer hartnäckiger auftritt, daß diese ganze Frage von Kaiser Wilhelm im Mai in Berlin besprochen worden sei, hat Grey den König gebeten, ihm mitzuteilen, ob dieses Gerücht begründet sei, woran er per-

sönlich zweifele, da Seine Majestät nie eine derartige Unterredung mit Kaiser Wilhelm erwähnt habe. Grey hofft, daß der deutsche Generalstab sich von der Notwendigkeit überzeugen wird, zu einem Übereinkommen mit Rußland zu kommen. Was einen finanziellen Druck auf die Türkei anbelangt, so zweifelt er, daß eine derartige Maßregel für Frankreich praktisch durchführbar wäre, da sie die große Masse der französischen Besitzer türkischer Werte schädigen würde.

Über die Reise Wangenheims nach Irland hat er nur von mir und Buchanan gehört und er glaubt sogar nicht, daß der Botschafter den Wunsch äußern wird, ihn zu sprechen. Lichnowsky war gleichfalls nichts über diese Reise bekannt.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 26. Dezember 1913/8 Januar 1914. — Nr. 849.

Fortsetzung meines Telegramms 847. In meinem gestrigen Telegramme habe ich die Bemerkung Greys nicht angeführt, er sei aus dem Grunde früher bereit gewesen, sich zu dritt mit einer Anfrage an die Pforte zu wenden, weil er überzeugt war, daß Liman von Sanders in seiner Eigenschaft als Kommandeur der Garnison von Konstantinopel in seinen Händen auch die Verteidigung des Bosporus und der Dardanellen vereinigt; seiner Ansicht nach habe sich jedoch die ganze Lage verändert, als sich herausstellte, daß die Meerengen außerhalb der Kompetenz der deutschen Offiziere liegen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 30. Dezember 1913/12. Januar 1914. — Nr. 850.

Die Agenturtelegramme berichten, daß General Liman das Kommando über das I. Armeekorps verläßt und nur Inspektor der Armee und Direktor der Militärschulen bleibt. Der englische Botschafter telegraphiert dasselbe aus Konstantinopel. Ich ersehe aus den Worten Nicolsons, daß man hier hofft, wir werden uns mit diesem Zugeständnis zufrieden geben, welches für uns auf jeden Fall eine moralische Genugtuung bedeutet.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Konstantinopel vom 30. Dezember 1913/13. Januar 1914. Nr. 3582.

Ich bitte Sie, uns mitzuteilen, ob wir Sie richtig verstehen, daß die Ernennung des deutschen Generals zum Inspektor der Armee im Grunde bedeutet, daß er oberster Instrukteur wird, und daß Ihnen dieses deshalb annehmbar erscheint, während seine Ernennung zum Inspektor des I. Militärbezirkes das Kommando über die Konstantinopler Truppen faktisch in seine Hände legen würde und Ihnen daher unannehmbar erscheint.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister Sasonow vom 3./16. Januar 1914.

Wie Ihnen aus meinen letzten Telegrammen bereits ersichtlich, steht die Frage der deutschen Militärmission vor ihrer Lösung, und wenn das von den Abendzeitungen erwähnte Gerücht richtig ist, daß General Sanders zum türkischen Feldmarschall und Generalinspektor der türkischen Armee ernannt worden ist, so ist sein Verzicht auf das Kommando des I. Armeekorps bereits eine vollzogene Tatsache. Jetzt handelt es sich darum, festzustellen, ob wir uns mit diesem Zugeständnis zufrieden geben wollen. Ich habe den Staatssekretär des Auswärtigen gefragt, ob die in Skutari stehende Division von einem türkischen General befehligt werden wird, und auf die Bemerkung Jagows, er habe sich mit dieser Einzelheit nicht beschäftigt, die außerdem eine neue Forderung von seiten Rußlands bedeuten würde, habe ich ihm entgegnet, daß ich ihn schon früher auf die Unmöglichkeit aufmerksam gemacht habe, das Kommando eines so bedeutenden Teiles des Armeekorps, wie es eine Division ist, einem deutschen Offizier zu überlassen, und daß ich wohl nicht fehlgehe, wenn ich sage, daß dies auch die Ansicht der russischen Regierung ist. Der Staatssekretär erwiderte mir mit einiger Lebhaftigkeit, daß, nachdem das Berliner Kabinett so deutlich gezeigt hat, daß es den Forderungen Rußlands entgegenkommen will, und hierbei alle sich ihm entgegenstellenden Schwierigkeiten beseitigt hat, er, Jagow, nicht imstande sei, noch etwas zu dem schon gemachten bedeutenden

Zugeständnis hinzuzufügen. Übrigens sei ihm über die Division in Skutari nichts bekannt.

Es ist möglich, daß mit der Ernennung eines türkischen Korpskommandanten auch die genannte Division von einem türkischen Offizier befehligt werden wird. Vielleicht jedoch will die deutsche Regierung uns in dieser Frage nicht gleich nachgeben, nachdem sie uns in der Frage des Korpskommandanten schon Genugtuung gegeben hat. Auf alle Fälle wird es uns kaum gelingen, hier in Berlin mehr zu erreichen, und wenn die russische Regierung trotzdem darauf bestehen sollte, den deutschen Divisionskommandeur zu entfernen, so wiederhole ich meine Ansicht, daß wir uns einstweilen mit der in Berlin gezeigten Nachgiebigkeit begnügen müßten und später versuchen könnten, unser Ziel in Konstantinopel selbst zu erreichen. Ich kann nicht umhin zu erklären, daß das Berliner Kabinett in der Tat alles ihm Mögliche getan hat, um unsere berechtigten Wünsche zu erfüllen, und daß ihm dies wegen der gegen die Regierung gerichteten Zeitungskampagne nicht leicht gewesen ist. Die Ernennung General Sanders' zum General der Kavallerie ist, wie mir der Staatssekretär sagte, ein ganz ungewöhnliches Ereignis, da er vor Ablauf eines Jahres keinerlei Ansprüche auf eine Rangerhöhung hatte. Jagow bat mich, Ihnen dies streng vertraulich mitzuteilen, da er nicht wünscht, daß seine Erklärungen in die Presse gelangen.

Man muß jedoch nicht aus dem Auge verlieren, daß der Verzicht General Limans auf das Kommando des I. Armeekorps nur ein formelles Zugeständnis ist. Der General behält seinen entscheidenden Einfluß auf die militärischen Fragen der Türkei bei. Doch dies war von Anfang an klar, denn meiner Ansicht nach handelt es sich jetzt darum, daß zur Zeit von der Goltz Paschas niemand in der Türkei ernstliche militärische Reformen wünschte, während jetzt, nach den Mißerfolgen des letzten Krieges, alle die Notwendigkeit erkannt haben, die türkische Armee zu reorganisieren, um die Türkei in Zukunft vor weiteren Eroberungen und dem endgültigen Verfalle zu schützen. Ist dies aber die wirkliche Stimmung der Türkei, so wird es natürlich General Liman gelingen, was immer für eine Stellung er einnimmt, die ganze Militärgewalt in seinen Händen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zu vereinigen. Andererseits muß man, wie mir scheint, mit der Unbeständigkeit der Türken und ihrem angeborenen Haß den Europäern gegenüber rechnen. Alle türkischen Generale und Offiziere, die mit der bevorzugten Stellung der Deutschen unzufrieden sind — und ihre Zahl ist seit Enver Pascha bedeutend gewachsen —, werden sich kaum mit der neuen Lage der Dinge abfinden, und vielleicht in allernächster Zeit schon werden sich in der Türkei Ereignisse abspielen, die nicht nur die Stellung der deutschen Militärmission, sondern das Bestehen des türkischen Reiches aufs Spiel setzen werden.

Achtzehntes Kapitel.

Die Grundzüge der russischen Meerengen-Politik[1]).

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 10./23. Oktober 1911. — Nr. 245.

Ihren persönlichen Brief erhalten. Da Cambon den Auftrag erhalten hat, Grey in der Meerengenfrage zu sondieren, und in der Presse Gerüchte über die Verhandlungen in Konstantinopel bekanntgeworden sind, habe ich es für nötig gefunden, von der mir gegebenen Ermächtigung Gebrauch zu machen. Ich habe Grey erklärt, die russische Regierung halte den Augenblick für gekommen, mit der Pforte engere und freundschaftlichere Beziehungen herzustellen, und infolgedessen habe unser Botschafter in ganz persönlicher Weise Said Pascha folgende Eröffnung gemacht: Rußland verpflichtet sich, bei den Balkanstaaten energische Schritte zu unternehmen, um sie zu veranlassen, dauerhafte friedliche Beziehungen mit der Pforte zu unterhalten. Rußland schließt die Möglichkeit einer russischen Garantie für die Stadt Konstantinopel und das umliegende Gebiet nicht aus. Seinerseits würde dann der Sultan aus eigenem Ermessen den russischen Kriegsschiffen freie Durchfahrt durch die Meerengen gewähren. Ich habe diese Bedingung mit den baldigen bedeutenden Veränderungen im Mittelmeere begründet und erklärt, daß die Form, in die wir diese Abmachung kleiden, es unserer Ansicht nach nicht nötig machen würde, zu einer sofortigen Revision der Verträge zu schreiten. Hierzu habe ich Erwägungen über die Vorteile hinzugefügt, die sich

[1]) Siehe auch Kapitel VII, XI, XII und XIV.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in einem solchen Falle für die Mächte der Entente ergeben würden. Ich habe erklärt, daß die Ungewißheit über den Ausgang der Ministerkrisis in Konstantinopel Euere Exzellenz veranlaßt hätte, einstweilen nicht weiterzugehen. Ich habe hinzugefügt, daß die russische Regierung im Interesse der Verwirklichung unseres Planes und aus Erwägungen der allgemeinen Politik hoffe, auf die Unterstützung Frankreichs und Englands in Konstantinopel rechnen zu können.

Ich habe Grey gebeten, meine Mitteilung als streng vertraulich zu betrachten, mit Ausnahme Frankreich gegenüber. Die Möglichkeit irgendwelcher Kompensationen für England habe ich nicht erwähnt. Grey hat mir geantwortet, daß er in der Meerengenfrage bereit sei, die in seinem Memorandum vom 18. Oktober 1908 erwähnte Lösung in Konstantinopel zu unterstützen. Was die neue von uns vorgeschlagene Form anbelangt, so hat er seine Antwort vorbehalten, da er sie vom Standpunkte der Verträge aus prüfen und die ganze Frage der Verträge selbst dem Kabinett unterbreiten müsse. Er sagte mir, er sehe ein, wie wichtig diese Angelegenheit sei, und er müsse sie daher reiflich prüfen. Ich habe nur über diese Frage gesprochen. Grey wird O'Beirne telegraphieren.

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 10./23. Oktober 1911.

Nach seiner Rückkehr aus Paris hat mir Cambon mit gewohnter Liebenswürdigkeit einen Bericht Bompards mitgeteilt, der Einzelheiten über den Beginn der Verhandlungen unseres Botschafters in Konstantinopel enthält. Er hat mir gleicherweise von einem Berichte des französischen Geschäftsträgers in Petersburg über eine Unterredung mit Eurer Exzellenz Kenntnis gegeben.

Er schien fast ebenso genau wie ich über die Lage der Dinge unterrichtet zu sein. Auch sagte er mir, er sei von dem französischen Außenminister beauftragt worden, die Ansicht der englischen Regierung über diese Frage einzuholen.

Da Grey erst heute zurückgekehrt ist, hat sich Cambon an Nicolson gewandt. Der Unterstaatssekretär hat als seine persönliche Ansicht geäußert, daß der Standpunkt des englischen

Kabinetts sich seit 1908 nicht geändert habe. Er bezweifelt jedoch, daß der Augenblick günstig gewählt sei, namentlich in Anbetracht des Umstandes, daß die Türkei sich in einem Kriege befindet und das Schicksal des türkischen Ministeriums noch nicht entschieden ist.

Da die Zeitungen Telegramme über Verhandlungen zwischen Rußland und der Türkei veröffentlichen, habe ich geglaubt, von der in Ihrem Briefe enthaltenen Ermächtigung Gebrauch machen zu können, um so mehr, als mir Cambon auf Grund des Berichtes des französischen Geschäftsträgers erklärt hat, ich würde Instruktionen erhalten, der Londoner Regierung diesbezügliche Mitteilungen zukommen zu lassen.

Ein längerer Verzug hätte hier überrascht und wäre um so unangebrachter gewesen, als die englische Regierung mit dieser Frage befaßt worden war. Ich glaube jedoch nicht, daß Cambon den Bericht Bompards Nicolson vorgelesen hat.

Sofort nach seiner Rückkehr hat Grey mich gebeten, ihn aufzusuchen. Er hat mit mir zuerst über persische Fragen gesprochen, und ich habe Ihnen über diesen Teil unserer Unterredung soeben telegraphisch berichtet.

Sodann entschloß ich mich, die Frage der Meerengen anzuschneiden, um so mehr, als ich mich im Laufe unserer Unterhaltung über Persien deutlich davon hatte überzeugen können, wie hoch Sir Edward die Entente einschätzt und wie fest entschlossen er ist, sie zu erhalten und alles zu vermeiden, was ihrem Bestehen hinderlich sein könnte.

Ich habe es für angezeigt gehalten, fürs erste nur die rein politischen Seiten dieser Frage zu berühren und die ökonomischen Fragen einstweilen beiseite zu lassen, da sie die Interessen Englands weniger direkt berühren.

Ich erklärte Sir Edward, ich ware zu einer vertraulichen Mitteilung ermächtigt worden, ganz ebenso wie unser Botschafter in Paris der französischen Regierung gegenüber. Er werde wahrscheinlich nicht erstaunt sein zu hören, daß die russische Regierung den Augenblick für gekommen hält, zwischen Rußland und der Türkei bessere Beziehungen als bisher herzustellen, daß die allgemeine Lage dies nötig mache und daß übrigens, wenn eine solche Annäherung stattfände, die ersten Mächte,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

die hieraus in Konstantinopel Nutzen ziehen würden, England und Frankreich seien. Die russische Regierung sei entschlossen, nur mit der größten Zurückhaltung vorzugehen; Euere Exzellenz sei nicht ganz überzeugt, daß der jetzige Augenblick hierfür geeignet sei, weshalb unser Botschafter einstweilen nur beauftragt worden wäre, Said Pascha in einer ganz persönlichen Weise mit unserem Vorschlage zu befassen.

Ich teilte Sir Edward mit, daß unser Botschafter diesen Auftrag ausgeführt habe, und daß die hauptsächlichsten Bestimmungen des Übereinkommens, bezüglich dessen Tcharykoff die türkische Regierung sondiert hätte, folgende seien:

Energische Schritte Rußlands bei den Balkanstaaten, um auf der Grundlage des jetzigen status quo einen dauernden Friedenszustand zwischen diesen Staaten und der Türkei zu schaffen.

Rußland würde vielleicht so weit gehen, der Türkei die Stadt Konstantinopel und das umliegende Gebiet zu garantieren.

Dafür erwarte Rußland, daß der Sultan aus eigener Autorität ein für allemal die freie Durchfahrt der russischen Kriegsschiffe durch den Bosporus gestattet, ohne daß letztere die Möglichkeit haben, sich im Bosporus aufzuhalten. Ich erklärte Sir Edward, daß wir diese Form gewählt hätten, weil eine jede andere eine langwierige Revision der Traktate und die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten nach sich gezogen hätte. Auch fügte ich hinzu, daß wir auf die Zustimmung Englands und seiner Unterstützung in Konstantinopel rechnen zu können hofften; soviel ich wisse, habe die französische Regierung ein ähnliches Ansuchen günstig aufgenommen und uns der vollen Sympathie Frankreichs mit dem russischen Plane versichert.

Sir Edward hat mich mit sichtlichem Interesse angehört. Er erwiderte sofort, daß er bereit sei, das Projekt, so wie es in dem am 18. Oktober 1908 Iswolsky übergebenen Memorandum dargelegt ist, in Konstantinopel zu unterstützen. Dieses Projekt ist seinerzeit vom englischen Kabinett gebilligt worden und er habe infolgedessen die Möglichkeit, sofort zu handeln.

Ohne direkt die Form dieses Memorandums auszuschließen, bemerkte ich Sir Edward, daß das Projekt, von dem ich ihm jetzt spreche, ein anderes sei. Er antwortete, daß er bereit sei, im Sinne des Memorandums zu handeln, daß er mir aber keine

sofortige Antwort auf ein Projekt geben könne, welches vom Standpunkte der bestehenden Traktate aus geprüft und der Billigung des Kabinetts unterbreitet werden müsse.

Sir Edward fügte hinzu, daß die Absicht einer Annäherung an die Türkei an und für sich äußerst wichtig sei und vom Kabinett reiflich erwogen werden müsse. Ich habe ihm für seine Mitteilung gedankt und hinzugefügt, daß ich durchaus nicht die Absicht habe, auf einer schnellen Erledigung dieser Frage zu bestehen; ich sei vor allem beauftragt worden, in Erfahrung zu bringen, welches der heutige Standpunkt der englischen Regierung in der Meerengenfrage sei.

Die einzige persönliche Bemerkung Sir Edwards ging dahin, daß es der englischen Regierung nicht leicht sein werde, der Türkei einen Teil ihres Territoriums zu garantieren.

Ich glaube nicht, daß Sir Edward in irgendeiner Weise für diese Unterhaltung vorbereitet worden war. Er war soeben erst angekommen und hatte vor mir schon verschiedene andere Diplomaten empfangen. Aus seinen Worten kann man den Schluß ziehen, daß, wenn England im Jahre 1908 im Prinzip eine Modifikation der Lage der Meerengen, so wie sie sich aus den Traktaten ergibt, zuließ, aber den Augenblick für ungeeignet hielt, das Londoner Kabinett heute die Einwendungen nicht mehr erhebt, daß unser Vorhaben nicht zeitgemäß sei. Es erklärt sich bereit, im Sinne der damals festgelegten Formel zu handeln, wünscht aber, daß die neue, von der russischen Regierung vorgeschlagene Formel geprüft werde.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 11./24. Oktober 1911. — Nr. 655.

Vertraulich. Ich danke Ihnen für die Hinweise, die ich bei meinen weiteren Verhandlungen mit Said Pascha berücksichtigen werde, und werde Ihnen dann ein möglichst vollständiges Tatsachenmaterial mitteilen. Auch bin ich Ihnen sehr dankbar, daß Sie Grey von unsern Verhandlungen Kenntnis gegeben haben, wovon ich heute durch den englischen Botschafter unterrichtet worden bin. Dieser hat hinzugefügt, daß Grey seine Erklärungen des Jahres 1908 bestätigt hat. Infolgedessen habe ich Lowther in demselben Maße wie Bompard informiert, wo-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

bei ich den vertraulichen und privaten Charakter meiner Gespräche mit dem Großwesir betont habe, wodurch der russischen Regierung die volle Freiheit gewährleistet wird, das Programm und den Inhalt eventueller offizieller Verhandlungen später zu bestimmen, ebenso wie den Wortlaut der Vereinbarungen, über die dann beraten werden wird. Augenblicklich ist zwischen den hiesigen Vertretern der drei Ententemächte ein völliges freundschaftliches Einvernehmen hergestellt worden. Lowther hat mir anvertraut, daß bis jetzt von seiten der türkischen Regierung keine Schritte im Sinne einer Annäherung an England unternommen worden sind. Es stellt sich jedoch heraus, daß zum Ausgangspunkte eines derartigen Einvernehmens ein Abkommen zwischen England und der Türkei unter Beitritt Frankreichs und Rußlands dienen könnte, welches für den östlichen Teil des Mittelmeeres eine ähnliche Lage schaffen würde, wie das Abkommen zwischen England, Frankreich und Spanien hinsichtlich des westlichen Teiles. Die lokale Presse bespricht die Möglichkeit einer Annäherung an England und durch letzteres an Rußland. Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß Said Pascha jetzt mit Deutschland unterhandelt.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 12./25. Oktober 1911. — Nr. 1589.

Ihr Telegramm 245 erhalten. Persönlich. Von der ersten Erklärung Greys sind wir im allgemeinen angenehm berührt, doch bitte ich Sie, mir über die Tragweite der von ihm gemachten Einschränkungen Mitteilung zu machen. Was versteht er unter der von uns vorgeschlagenen „neuen" Formel und um welche „Traktate" im besonderen handelt es sich?

Auszug aus einem sehr vertraulichen Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 12./25. Oktober 1911.

. . . . . .

Ich fragte Nicolson, was er über meine Unterredung mit Grey hinsichtlich des Bosporus und der Türkei denke. Er antwortete, es sei sehr interessant, wichtig und an und für sich sehr

gut. Er sagte mir, Grey habe an Lowther telegraphiert, sich mit Tcharykoff zu verständigen, damit die drei Botschafter sich ins Einvernehmen setzen. Nicolson fragte mich, ob in dem von Tcharykoff an Said Pascha gerichteten persönlichen Briefe ein vollständiges Projekt enthalten wäre. Ich sagte, ich wüßte dies nicht genau, und fügte hinzu, daß ich der Klarheit halber in meiner Unterredung mit Grey die weniger wichtigen ökonomischen Fragen nicht erwähnt hätte; ich hielte es jedoch für gut, ihn zu benachrichtigen, daß die 4prozentige Zollerhöhung, über die mit England und Frankreich ein Einvernehmen besteht, nicht den Gegenstand von Verhandlungen bilde. Nicolson war ebenso wie Cambon für diese Mitteilung sehr dankbar, denn der Brief Bompards enthält einen in dieser Hinsicht wenig klaren Satz. Sodann fragte mich Sir Arthur, wie ich mir eine derartige Verhandlung vorstelle, da es sich um eine territoriale Garantie handele, während die Türkei einen Krieg führt; wenn die Verhandlungen zu einem Resultate führen, wann würde das Übereinkommen in Kraft treten? Dies sei vom italienischen Standpunkte aus wichtig und könne zwischen uns und Italien Schwierigkeiten schaffen. Ich antwortete, ihm keinen genauen Bescheid geben zu können, doch sei ich überzeugt, daß unsere augenblicklichen Beziehungen zu Italien jede Möglichkeit irgendwelcher Feindseligkeiten gegen dieses Land ausschlössen.

Nicolson ist nicht überzeugt, daß der jetzige Augenblick gut gewählt sei, und er fürchtet, daß die Türkei unsere Verhandlungen gegen Italien ausspielen wird. Übrigens bestand er nicht auf dieser Ansicht, und ich erwähne sie nur, weil diese Erwägung Berücksichtigung verdient. Dies gilt auch von einer anderen Frage, die nicht Nicolson, aber Cambon erwähnte — die Kapitulationen. Er glaubt nicht, daß Frankreich und England heute ihre Zustimmung zur Abschaffung der Kapitulationen geben könnten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 13./26. Oktober 1911. — Nr. 250.

Ihr Telegramm Nr. 1589 erhalten. Ich habe den Ausdruck „neue Formel" gebraucht, um die freie Durchfahrt unserer

Schiffe durch die Meerengen zu bezeichnen, so wie sie jetzt von Ihnen beschrieben wird. Grey hat sich bereit erklärt, wenn wir es wünschen sollten, die Durchfahrt, so wie sie in seinem Memorandum beschrieben wird, zu unterstützen. Da unser jetziger Vorschlag von seinem Memorandum abweicht, so bittet er um Zeit, diese Frage vom Standpunkte der Traktate, durch welche die jetzige Lage der Meerengen bestimmt wird, zu prüfen. In diesem Sinne habe ich von „Traktaten" gesprochen.

Privatbrief des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 20. Oktober/2. November 1911. — Nr. 692.

Sowohl aus Ihren als auch aus Iswolskys Berichten ersehen wir mit Befriedigung, daß unsere Absichten in der Meerengenfrage in London und Paris eine günstige Aufnahme gefunden haben; der englische Botschafter in Konstantinopel hat sogar schon die Instruktion erhalten, die Schritte Tcharykoffs zu unterstützen.

Es ist jedoch möglich, daß sich diese Verhandlungen aus örtlichen Gründen hinziehen oder hinausgeschoben werden müssen. Es erscheint uns nun wünschenswert, die jetzige politische Lage zu benutzen, um die französische und englische Regierung zu veranlassen, uns in ganz konkreter und zwar schriftlicher Form ihren Standpunkt in der Meerengenfrage darzulegen und dies ausschließlich uns gegenüber, unabhängig von den Vereinbarungen, die wir eventuell mit der Türkei treffen werden.

Bezüglich Englands wäre noch speziell zu bemerken: Aus Ihren Berichten glauben wir schließen zu dürfen, daß Grey seine Einwilligung von einer „vorhergehenden" Einigung mit der Türkei abhängig machen will. Uns erscheint eine derartige Bedingung nicht recht verständlich, denn ohne daß sie England eine „neue" Garantie bei einem für England vielleicht unbequemen Abkommen bietet, bedeutet sie für die Türkei einen Stützpunkt für etwaige Einwendungen. Wir wollen ja die Meerengenfrage nicht unbedingt „augenblicklich" lösen, sondern die „Bedingungen" feststellen, unter denen diese Frage gelöst werden kann.

Wir hoffen also, daß England im Rahmen dieser Ein-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

schränkungen uns seinen Standpunkt in ganz bestimmter schriftlicher Form wird darlegen können; und wenn Sie glauben, daß dies ein Fortschritt gegenüber dem Memorandum des Jahres 1908 sein würde, so bitten wir Sie, mit den englischen Ministern Rücksprache zu nehmen.

Auszug aus einem Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 26. Oktober/ 8. November 1911.

Ich habe Ihnen telegraphisch über die Eröffnungen Tewfik Paschas berichtet, die er in diesen Tagen im Auftrage seiner Regierung Grey gemacht hat. Sie stellen einen Vorschlag einer Annäherung zwischen der Türkei, England, Rußland und Frankreich dar, unter der Bedingung jedoch, daß diese drei Mächte die Türkei bei den Friedensverhandlungen mit Italien unterstützen. Die Antwort Greys ist dem Gedanken einer Annäherung an und für sich günstig (Grey sagt mir, er habe diesen Gedanken in Anbetracht der von uns in Konstantinopel geführten Verhandlungen ausgedrückt), schließt jedoch das Versprechen einer direkten Unterstützung des türkischen Standpunktes dem römischen Kabinett gegenüber aus.

Ich sehe keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die Türkei, vielleicht in ihren Hoffnungen auf Deutschland und Österreich enttäuscht, ernstlich an eine Annäherung an die Ententemächte denkt. Sie nennt aber gleich ihren Preis. In dieser Hinsicht muß man annehmen, daß der Schritt der Pforte in London durch die Eröffnungen Tcharykoffs in Konstantinopel hervorgerufen worden ist.

Seitdem hat der italienische Botschafter Grey das italienische Annexionsdekret mitgeteilt.

. . . . . .

Die von der Türkei gestellte Bedingung, die bereits vor dem italienischen Dekret unannehmbar war, ist es jetzt in noch größerem Maße geworden. Die Bedingung wird allerdings England gestellt, richtet sich aber wahrscheinlich hauptsächlich an Rußland, und durch diesen Umstand scheinen unsere Verhandlungen in Konstantinopel einstweilen vertagt werden zu sollen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die Instruktionen, die Sie mir in Ihrem Briefe Nr. 692 haben zukommen lassen, sind daher um so zeitgemäßer.

Die Unterbrechung unserer Verhandlungen in Konstantinopel gibt mir Gelegenheit, die Meerengenfrage Ihren Instruktionen gemäß in einer andern Form wieder aufzuwerfen, d. h. unabhängig von unseren Verhandlungen in Konstantinopel.

Ich werde mich bemühen, ein Resultat zu erreichen, welches dem Memorandum des Jahres 1908 gegenüber einen Fortschritt bedeutet — obwohl es immer schwierig ist, die englische Regierung zu prinzipiellen Verpflichtungen zu bewegen, die sich auf zukünftige Eventualitäten beziehen.

Ich will aus diesem Anlasse auf einen Gedanken Ihres Briefes 692 zurückkommen. Es ist mir nicht erinnerlich, daß Grey die Bedingung einer vorhergehenden Einwilligung der Pforte gestellt hat. Wie Sie ganz richtig bemerken, wird eine derartige Einwilligung natürlich notwendig werden. Aber soviel ich weiß, ist zwischen Grey und mir hiervon nicht die Rede gewesen. Dies Mißverständnis hat vielleicht dadurch entstehen können, daß ich bis jetzt mit Grey über die abstrakte Frage der Meerengen nicht gesprochen habe. Ich habe dem Minister die Verhandlungen zwischen Tcharykoff und Said Pascha in allgemeinen Umrissen geschildert und hierbei die Frage der freien Durchfahrt unserer Schiffe durch die Meerengen als eine der Bedingungen erwähnt, von denen wir ein Übereinkommen mit der Pforte abhängig machen — eine Bedingung, die ich ganz besonders betont habe und die zu der Frage meinerseits geführt hat, ob die englische Regierung bereit sei, diese Bedingung in Konstantinopel zu unterstützen.

So wie ich die Frage gestellt hatte, handelte es sich um eine Aktion in Konstantinopel, natürlich nachdem England uns das Prinzip zugestanden hatte, aber nicht um eine neue prinzipielle Verpflichtung Englands uns gegenüber.

In diesem neuen Sinne werde ich die Unterredung mit Grey wieder aufnehmen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Privatbrief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 26. Oktober/ 8. November 1911.

Seitdem Ihr Brief 692 geschrieben worden ist, haben die Ereignisse Ihre Voraussage über die Verhandlungen in Konstantinopel bestätigt. Ich will Ihnen nicht verheimlichen, daß dies eine Schwierigkeit für eine schnelle Lösung der Meerengenfrage bedeutet. Ich will einen Versuch machen, bin aber nicht sicher, daß ich Erfolg haben werde. Aber selbst dann bedeutet dies keineswegs, daß die Stimmung in England erkaltet. Seit zwei Jahren ist hier ein Fortschritt zu verzeichnen. Solange unsere Beziehungen bleiben, wie sie jetzt sind, wird sich die öffentliche Meinung nicht über etwas aufregen, was eigentlich schon der historischen Vergangenheit angehört. Den Beweis finden Sie in der Antwort Greys. Im Jahre 1908 sagte Grey: „Dies muß und wird eines Tages geschehen, heute ist es zu früh." Er sagt heute nicht mehr, es sei zu früh. Er sagt: Ich bin bereit, zu handeln. Man kann aber nur handeln, wenn die Umstände günstig sind. Er hofft, dies würde der Fall sein. Jetzt ist diese Frage aber aufgeschoben. Es wird schwer sein, ihn von diesem Standpunkte abzubringen — er wird weder die Nützlichkeit noch die praktische Notwendigkeit einsehen. Es ist dies eine Frage einer gewissen traditionellen Methode, die in allem zum Ausdruck kommt.

Es gibt immerhin ein Mittel, um die Frage aufzuwerfen, und ich will es versuchen; man muß aber Einwendungen gegen unsere jetzige Formel voraussehen. Ich glaube, die Einwendungen werden sich in folgender Weise äußern, und zwar weniger von seiten Englands, als von seiten Europas überhaupt. Unser Ziel ist die freie Durchfahrt in beiden Richtungen. In dieser Beziehung erblicke ich kein ernstliches Hindernis. Aber das Schwarze Meer im Kriegsfalle in einen großen Zufluchtshafen für die russische Flotte verwandeln, ist eine andere Frage; in dieser Beziehung würden Schwierigkeiten entstehen.

Wie Sie, so erblicke auch ich häufig Anzeichen, daß die englische Regierung unsere Entente befestigen, ja sie sogar ausdehnen will. Man fühlt, daß in allen europäischen Tagesfragen, besonders im nahen Osten, unsere Ansichten vollkommen über-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

einstimmen. Aber wie soll man diese Gemeinsamkeit unserer Aktion noch weiter ausdehnen? Vielmehr, in welche Form soll man sie kleiden? Ich gebe mir hierüber noch nicht ganz Rechenschaft.

Ich höre, daß in meiner Umgebung manchmal von dem Gedanken eines defensiven Bündnisses gesprochen wird. Dies ist eine zu schwerwiegende Frage, als daß ich mich an sie heranwage. Für den Augenblick schließe ich sie aus. Ich glaube, daß Buchanan hieran denkt. Bleibt also ein mehr allgemeines Übereinkommen, welches Konstantinopel, den Balkan, vielleicht Kleinasien betreffen könnte. Es würde sich darum handeln, England zur Annahme unseres Standpunktes zu bewegen, was ich für möglich halte; wir unsererseits würden ihm Ägypten usw. zugestehen.

Aber ein neues Abkommen dieser Art müßte notwendigerweise auch den fernen Osten einbeziehen. Diese Schwierigkeit ist meiner Ansicht nach, wenn nicht unüberwindlich, so doch viel größer. England ist mit Kolonien gesättigt, es will keine Neuerwerbungen; folglich will es keine Teilung und folglich hat es sich das Prinzip der territorialen Integrität zu eigen gemacht. Dies bezieht sich auf China, auf Persien, auf alle Punkte, wo wir uns in Berührung befinden; außerdem liegt England daran, nicht gegen Amerika vorzugehen. Ich will nicht mehr in einem in letzter Stunde improvisierten Briefe sagen.

In Wirklichkeit hat die englisch-russische Konvention unerwartete Resultate gezeitigt. Da unser Übereinkommen Persien zur Grundlage hatte, hat man lange geglaubt, daß, wenn in Persien nicht alles klappt, die Entente verschwinden würde. In Wirklichkeit stellt sich heraus, daß unser Einvernehmen sich immer mehr befestigt — trotz der Schwierigkeiten, die in Persien entstehen. Ich glaube aber, daß man die Folgerungen aus dieser Beobachtung, die ich an und für sich für richtig halte, nicht zu weit treiben darf. Ein ernstes Zerwürfnis in Persien müßte für die Entente verhängnisvoll werden. Die einzige Gefahr jedoch, die ein solches Zerwürfnis herbeiführen könnte, ist diejenige, welche keine andere Lösung als eine Aufteilung Persiens zuläßt. Dies müssen wir im Auge behalten, jedesmal wenn es sich um Besetzung persischen Territoriums handelt. Der-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

artige militärische Besetzungen führen direkt zu diesem Ziel; alles andere hat nur nebensächliche Bedeutung. Der Zwischenfall Stokes ist eine Lehre gewesen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 11./24. November 1911. — Nr. 1862.

Zu Ihrer persönlichen Information. Unser Botschafter in Berlin telegraphiert am 10./23. November: Das Berliner Kabinett widersetzt sich in keiner Weise unserm Übereinkommen mit der Türkei hinsichtlich der Öffnung der Meerengen. Was die Initiative Kiderlens anbelangt, unsern Standpunkt in Wien zu vertreten, so hat der Staatssekretär den Eindruck gewonnen, daß man in Wien Einzelheiten über unser in Aussicht genommenes Abkommen mit der Türkei kennen möchte. Man scheint in Wien sogar anzunehmen, daß das Übereinkommen bereits mit der Pforte unterzeichnet worden ist, was ich in Abrede gestellt habe.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister Sasonow vom 13./26. November 1912. — Nr. 394.

Poincaré hat mir ein sehr unklares Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg über die Dardanellenfrage vorgelesen. Georges Louis berichtet, Sie hätten in letzter Zeit Ihren Standpunkt verändert und seien jetzt mit dem ursprünglichen Prinzip „der Neutralisierung der Meerengen" nicht mehr einverstanden. Ich sagte Poincaré, daß, soviel mir bekannt, von „einer Neutralisierung der Meerengen" nie die Rede gewesen sei und daß die von uns im Jahre 1908 vorgeschlagene Lösung einen ganz andern Charakter hatte. Poincaré erklärte mir, daß, wenn wir beabsichtigen diese Frage aufzuwerfen, Frankreich uns hierbei natürlich aufs energischste unterstützen wird, doch muß es uns bitten, ihm unsere Pläne und Absichten rechtzeitig mitzuteilen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 17./30. November 1912. — Nr. 2764.

Der französische Botschafter hat mich, augenscheinlich im Auftrage Poincarés, gefragt, ob wir nicht beabsichtigen, auch die Meerengenfrage den in Aussicht genommenen Pariser Vorberatungen[1]) zu unterbreiten. Ich habe geantwortet, daß wir dieser Frage nicht vorgreifen wollen, und uns vorbehalten, diesen Gegenstand wenn nötig zur Erörterung zu bringen, um so mehr, als wir die Möglichkeit haben, von einer genauen Aufzählung aller Fragen, mit denen sich die Vorberatungen befassen werden, abzusehen. Unsere Erwägungen betreffend die Meerengen sind in einem an Sie adressierten Briefe enthalten, den Sie mit dem nächsten Kurier erhalten werden.

Sehr geheimer Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Paris vom 15./28. November 1912. — Nr. 787.

In Ihrem Briefe vom 7./20. November haben Sie die Frage berührt, ob es nicht zeitgemäß wäre, uns mit Frankreich über diejenigen Veränderungen auseinanderzusetzen, welche wir in das rechtliche und tatsächliche Regime der Meerengen im Zusammenhang mit der jetzigen Krise auf dem Balkan eingeführt zu sehen wünschen. Gleichzeitig hat der französische Botschafter bei uns angefragt, wie wir uns zu irgendwelchen Forderungen von seiten Bulgariens in dieser Frage stellen würden. Infolgedessen halte ich es für meine Pflicht, Sie vor allen Dingen mit jenen Erwägungen bekannt zu machen, von denen unser Ministerium in der letzten Zeit in dieser wichtigen Frage geleitet worden ist.

Vom ersten Anfange der Krise an haben wir nicht aus den Augen gelassen, daß der Krieg eine Veränderung des Regimes der Meerengen nach sich ziehen kann. Gleichzeitig fürchteten wir jedoch diese Frage anzuregen, ehe der Umfang der Erfolge der Balkanstaaten, die Wahrscheinlichkeit der Einnahme von

[1]) Gemeint ist die Londoner Botschafter-Konferenz.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Konstantinopel durch ihre Truppen und der Standpunkt der andern Großmächte bezüglich der Ereignisse auf dem Balkan klar in die Erscheinung getreten wären. Diese Erwägung hat uns eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dem englischen Vorschlage auferlegt, die Frage einer eventuellen Internationalisierung Konstantinopels und neuer Garantien für das Regime der Meerengen zu beraten. Unserer Ansicht nach können die Grundinteressen Rußlands in den Meerengen nicht durch irgendwelche vertragliche Garantien und Klauseln geschützt werden, da diese immer umgangen werden könnten, sondern wir müssen stets bedenken, welche tatsächliche Gewalt wirklich imstande ist, ein gegebenes Regime der Meerengen vor irgendwelchen Verletzungen zu bewahren.

Selbstverständlich haben wir uns noch ablehnender gegenüber aus Wien ausgehenden Bestrebungen verhalten, einen gewissen Parallelismus unserer Interessen mit denen der Donaumonarchie herzustellen: Rußland sollte sich hinsichtlich des westlichen Teiles der Balkanhalbinsel uninteressiert erklären, während Österreich uns volle Handlungsfreiheit in Konstantinopel gewähren würde. Von der Annahme ausgehend, daß etwaige Veränderungen im Regime der Meerengen nur nach Beendigung des Krieges zutage treten können und daß andererseits wir uns auf Kompensationen nicht einlassen können, da dies den Interessen der Balkanstaaten schaden würde, haben wir bis jetzt eine abwartende Haltung beobachtet, ohne jedoch den günstigen Zeitpunkt versäumen zu wollen, um unsere Wünsche genau zum Ausdruck zu bringen.

Obwohl die weitere Entwicklung des Krieges noch nicht vorausgesehen werden kann, so läßt sich doch annehmen, daß das Vordringen der Alliierten augenblicklich bereits seinen Höhepunkt erreicht hat und die Wahrscheinlichkeit der Einnahme Konstantinopels nur noch sehr gering ist. Infolgedessen bleibt unsere ursprüngliche Annahme bestehen, daß Konstantinopel und ein genügend großes Gebiet auf dem europäischen Festlande zum Besitz der Türkei gehören werden. Man kann annehmen, daß, selbst nach einem siegreichen Kriege, Bulgarien ziemlich lange Zeit brauchen wird, um sich von seinen Verlusten zu erholen und sich in den eroberten Gebieten endgültig festzu-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

setzen. Nicht weniger schwierige Aufgaben erwarten die geschwächte und besiegte Türkei.

Rußland, welches sich am Kriege nicht beteiligt hat, besitzt nun die Möglichkeit, einerseits seinen Einfluß unter den Balkanstaaten, zu denen wenn möglich auch Rumänien gerechnet werden muß, zu erweitern, und andererseits seine Stellung in der Türkei zu befestigen, welche mehr denn je auf gute Beziehungen zu Rußland bedacht sein muß.

Alles dies veranlaßt uns, augenblicklich mit ganz besonderer Vorsicht an diejenigen Vorschläge heranzutreten, welche uns von andern Staaten in der Meerengenfrage gemacht werden könnten. Wir müssen uns davor hüten, der Errichtung irgendwelcher einengender Garantien zuzustimmen, welche in Zukunft ein Hindernis bilden könnten, die Frage der Meerengen endgültig unsern Interessen gemäß zu lösen. Andererseits können wir den günstigen Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne einige weniger radikale, aber immerhin bedeutsame Modifikationen durchzuführen. Am praktischsten scheint es uns, die Meerengenfrage wie im Jahre 1908 zu behandeln, d. h. die Uferstaaten des Schwarzen Meeres in Friedenszeiten unter gewissen Bedingungen, welche die Sicherheit Konstantinopels garantieren, zu ermächtigen, ihre Kriegsschiffe ein- und auslaufen zu lassen.

Natürlich kann augenblicklich nicht die Rede davon sein, zwischen Rußland und der Türkei ein einseitiges Übereinkommen in dieser Frage zu treffen; ein derartiges Übereinkommen würde unsern Beziehungen zu den Balkanstaaten zuwiderlaufen. Es wäre wohl auch kaum notwendig, denn statt freundschaftlicher Versicherungen, welche seinerzeit wegen des Selbstbewußtseins der Türken erfolglos geblieben sind, haben wir jetzt viel wirksamere Mittel in unserer Hand, um auf die Türkei einzuwirken, namentlich augenblicklich, da ein Teil der türkischen Truppen von unserer Grenze nach dem Kriegsschauplatz übergeführt worden ist. Die größte Bedeutung müssen wir natürlich der Haltung der Großmächte beilegen, und wir können nur feststellen, daß in den letzten Jahren der Boden für eine uns günstige Lösung gut vorbereitet worden ist. Wie Ihnen bekannt, können unsere Wünsche für keine einzige europäische Regierung un-

erwartet sein, und eine jede von ihnen hat seinerzeit ihre bedingte Zustimmung ausgedrückt. Wir haben durchaus nicht den Wunsch, uns Österreich gegenüber auf den Standpunkt eines Übereinkommens oder einer Kompensation zu stellen; wir haben aber von jeher nicht geleugnet, daß man die österreichischen Interessen ökonomischen und politischen Charakters auf dem Balkan in Berechnung ziehen muß. Wir haben infolgedessen dem Prinzip eines autonomen albanischen Uferstaates zugestimmt. In der Frage des Zuganges Serbiens zur Adria haben wir ebenfalls dem Belgrader Kabinett geraten, den Interessen seines Nachbarstaates Rechnung zu tragen. Wir halten uns deshalb für berechtigt, zu erwarten, daß das Wiener Kabinett sich zu unseren Interessen in der Meerengenfrage ähnlich stellen wird. Auf alle Fälle glauben wir, daß der Widerstand der österreichischen Diplomatie in dieser Frage wohl kaum ein ernstliches Hindernis zur Erfüllung unserer mehr als mäßigen Wünsche sein könnte.

Dies sind die allgemeinen Erwägungen, von denen wir uns in der Meerengenfrage leiten lassen. Indem ich sie Ihnen für den Fall einer Aussprache mit Poincaré mitteile, halte ich es für nötig, hinzuzufügen, daß wir es nicht für richtig halten, augenblicklich mit irgendwelchen unabhängigen Vorschlägen hervorzutreten, da, wie oben ausgeführt, der Kompensationsweg nicht in unserem Interesse liegt. Sollten sich jedoch die Verhältnisse ändern und diese Frage von selbst auf die Tagesordnung gestellt werden, so wäre es uns interessant, den Standpunkt der französischen Regierung kennenzulernen, damit wir Zeitpunkt und Mittel zur Erreichung unseres Ziels genau bestimmen können.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 20. November/2. Dezember 1912.

Ich habe mit dem größten Interesse von Ihrem Briefe an unseren Botschafter in Paris vom 15./28. November Nr. 787 Kenntnis genommen. Da dieses wichtige Schriftstück die Meerengenfrage erschöpfend behandelt, glaube ich keine weiteren Bemerkungen hinzufügen zu müssen. Euere Exzellenz kennt den jetzigen Standpunkt des Londoner Kabinetts. Ohne daß

ich diese Frage angeregt habe, hat Grey sich mit vollkommener Offenheit ausgesprochen. Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen des Jahres 1908 hat er mir gesagt, daß das Londoner Kabinett unserer Absicht, das Regime der Meerengen zu verändern, zwar zugestimmt, aber die Einschränkung gemacht hatte, daß er den Boden nicht für genügend vorbereitet und die Umstände nicht für günstig halte. Er hat hinzugefügt, daß sich die Umstände heute verändert hätten. Ebenso hat er angedeutet, daß diese Frage eine von denen sei, die Rußland anläßlich der Beendigung der Balkankrise zur Diskussion vorschlagen könnte. In beiden Fällen dachte Grey an unseren Plan, so wie er damals von Ihnen ausgearbeitet worden war. Sie werden sich erinnern, daß dieser Plan in dem Memorandum enthalten ist, das uns Grey zu jener Zeit übergeben hatte. Diese Verhandlungen setzten damals übrigens ein vorheriges Einvernehmen mit der Türkei voraus. Ich glaube nicht, daß sich diese Voraussetzung verändert hat. In der Tat, wenn das türkische Reich aus der jetzigen Krise so geschwächt hervorgehen wird, wie sich heute voraussehen läßt, so ist damit doch noch nicht gesagt, daß es in den Augen Englands alle Bedeutung verloren hat.

Von der Berührung mit seinen christlichen Untertanen befreit — der beständigen Ursache aller Unruhen, Schwierigkeiten und Gefahren —, ist die Türkei jetzt ein ausschließlich mohammedanisches und asiatisches Reich geworden und stellt eine für England äußerst wichtige Macht dar.

Wie dem auch sei, wenn die Meerengenfrage, der natürlichen Entwicklung der Ereignisse folgend, auf die Tagesordnung gestellt wird, so können wir auf die Unterstützung Englands zählen. Wir sind hierzu sogar von seiten Englands ermutigt worden, denn, wie gesagt, ich habe diese Frage weder mit Grey noch mit Nicolson aus eigenem Antriebe besprochen. Aber natürlich urteilt der englische Minister von seinem und nicht von unserem Standpunkte.

Was letzteren anbelangt, so teile ich ganz Ihre Ansicht, die in Ihrem Briefe an Iswolsky zum Ausdruck gekommen ist. Es ist natürlich unmöglich vorauszusehen, wie die Balkankrise enden wird, aber ich bin immerhin schon heute überzeugt, daß in einem Augenblicke, wo alle Mächte an der Erhaltung des all-

gemeinen Gleichgewichtes arbeiten und, abgesehen von Österreich, keine andere Macht irgendwelche spezielle Fragen aufzuwerfen gedenkt, wir nicht auf der Lösung einer direkten russischen Frage bestehen können; wir würden eines großen Teiles unseres moralischen Einflusses verlustig gehen und wir würden vor allem der Kompensationstheorie die Tür öffnen, die für uns und für alle Balkanstaaten am gefährlichsten werden kann.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 18. April/1. Mai 1913. — Nr. 381.

In Verbindung mit dem bevorstehenden Beginn der Arbeiten der Pariser Finanzkommission halte ich es für nötig, Ihnen einige Erwägungen mitzuteilen, die sich auf bestimmte Fragen unserer Politik beziehen.

. . . . . .

Soweit wir uns ein Bild von dem Standpunkte der englischen Regierung machen können, welche übrigens unlängst geäußert hat, daß bei Erörterung der Beziehungen der Großmächte zur Türkei Rußland sich als erste zu äußern hat, — vertritt Grey die Ansicht, daß man in Zukunft die türkischen Finanzen einer europäischen Kontrolle unterwerfen muß. Diese würde sich nicht bloß auf die Regelung der Einnahmen, sondern auch auf die Zweckmäßigkeit der Ausgaben erstrecken, wobei man eine Einschränkung der türkischen Rüstungen erzielen und den sich etwa ergebenden Überschuß zur Verbesserung der türkischen Administration verwenden könnte.

Dies Programm hat viel Verlockendes, umgeht aber die Beantwortung einer Frage: Wenn die türkischen Rüstungen eingeschränkt werden, welches ist die Garantie, daß Konstantinopel und die Meerengen wirksam geschützt werden können? Da die Landgrenze zwischen der Türkei und Bulgarien eine sehr lange sein wird, muß nicht die Türkei die größten Anstrengungen machen, um die Hauptstadt verteidigen zu können?

Wenn wir eine derartige Frage stellen, so wird dies wohl diejenigen in Erstaunen versetzen, welche Rußland im Verdacht von Eroberungsplänen haben. Wir wollen natürlich der Zukunft nicht vorgreifen, können aber nicht umhin zu bemerken,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

daß, wenn die Verteidigung Konstantinopels und der Meerengen im letzten Augenblick nicht genügend gesichert ist, diese Tatsache, weit entfernt, unseren Interessen zu dienen, nur eine gefährliche Versuchung für die Bulgaren bedeutet, da eine vorzeitige Aufrollung der Meerengenfrage uns in eine äußerst schwierige Lage bringen könnte. Wenn wir also einerseits keinen Grund haben, die Türkei daran zu hindern, die nötigen Maßregeln zu ergreifen, um einem Angriffe auf Konstantinopel und die Meerengen vorzubeugen, so brauchen wir andererseits kaum eine allzu große Erstarkung der Türkei zu befürchten, da ihr ja soeben eine beispiellose Niederlage zugefügt worden ist. Und wenn die Meerengenfrage eine ganze Reihe anderer Probleme nach sich zieht, deren Lösung eine planmäßige Vorbereitung erfordert, so wäre es gefährlich und übereilt, jetzt schon, ehe dieses ganze Programm ausgeführt ist, von einer Verminderung der Verteidigungsmöglichkeiten der an und für sich schwachen Türkei zu sprechen.

Außerdem liegt in jenem Zusammenhange, den die englische Regierung zwischen der ökonomischen Gesundung der Türkei und der Einschränkung ihrer Rüstungen herstellen will, ein gewisser innerer Widerspruch: denn wenn das erste Ziel erreicht ist und die finanzielle Lage der Türkei sich bessern wird, könnte kein von außen ausgeübter Druck die Pforte mehr hindern, militärische Rüstungen vorzunehmen. Dies ist unser erster Einwand gegen die Errichtung einer europäischen Finanzkontrolle in der Türkei. Was die Frage der technischen Gestaltung dieser Kontrolle anbelangt, so haben wir gleichfalls eine ganze Reihe von Bedenken. Die Erfahrung hat bestätigt, daß ein finanzielles oder politisches Kondominium die Staatsgewalt nicht ersetzen kann. Man muß daher befürchten, daß die in Aussicht genommene internationale Kontrolle entweder ihren Zweck nicht erreichen oder zur Hegemonie irgendeiner Macht führen wird, wie z. B. Deutschlands. Die neue Behörde wird nicht nur ausschließlich finanzielle, sondern auch politische Funktionen besitzen und wird daher dieselben Eigentümlichkeiten bieten wie eine jede Konferenz der Vertreter der Großmächte. Wenn es in der Praxis oft sehr schwer fällt, alle Mächte auf eine gemeinsame Formel zu vereinigen, und dies nur dadurch erreicht wird, daß die For-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

mel in möglichst unbestimmten Ausdrücken gehalten ist, so läßt sich dies um so mehr von der Tätigkeit des projektierten Kontrollorganes behaupten, wobei in dem letzteren die mannigfaltigsten und oft auch sich widersprechende Interessen der Mächte sich kreuzen müßten.

Andererseits haben wir unwillkürlich Bedenken, die Handlungsfreiheit Rußlands der Türkei gegenüber durch die Errichtung einer europäischen Kontrolle allzusehr einzuschränken. Die Ereignisse gestalten sich derart, daß wir, ohne irgendwelchen nicht zu verwirklichenden Utopien nachzujagen, dennoch damit rechnen dürfen, mit der Türkei bessere Beziehungen herstellen zu können, als sie bis jetzt bestanden haben. Die Türkei muß sich darüber Rechenschaft geben, daß Konstantinopel und die Meerengen in Zukunft ernstlich bedroht sind. Diese Gefahr wird in den Augen der Türken schwerer wiegen als ihr traditionelles Mißtrauen zu Rußland; das uns bis zu einem gewissen Grade gemeinsame Interesse, zu verhindern, daß die Meerengen unter die Herrschaft einer andern Macht kommen, wird uns der Türkei nähern. Hierbei wird es den Türken zum Bewußtsein kommen, daß das beste Mittel, sich gegen Bulgarien zu schützen, darin besteht, den Einfluß zu benutzen, über den Rußland in Sofia verfügt. Dies setzt durchaus nicht eine feindselige Haltung Rußlands Bulgarien gegenüber voraus. Letzteres weiß sehr gut, daß die Meerengen in die unbestreitbare Interessensphäre Rußlands gehören und daß in dieser Hinsicht kein Nachgeben und kein Zaudern unsererseits möglich ist.

Telegramm des russischen Botschafters in Konstantinopel an den russischen Außenminister vom 27. April/10. Mai 1913. — Nr. 341.

Obwohl ich persönlich überzeugt bin, daß die Türkei sich dem allgemeinen Verfalle nähert, muß ich doch betonen, daß die türkischen Politiker die Lage des Reiches durchaus nicht für so hoffnungslos halten, als daß sie eine weitgehende internationale Vormundschaft zulassen würden. Außerdem können sie in dieser Hinsicht auf die Unterstützung einiger Großmächte rechnen. Die Ententemächte müssen dieses im Auge behalten, um nicht mit Vorschlägen hervorzutreten, über die keine Einigung erzielt werden kann. Wenn ich diese Frage vom Stand-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

punkte unserer eigenen Interessen betrachte, so kann ich mich der Einsicht nicht verschließen, daß die Einführung eines internationalen Elementes in unsere bisherigen direkten Beziehungen zu der Türkei unser historisches Streben, uns der Meerengen zu bemächtigen, nur hindern und verzögern kann. Soweit die Türkei nicht ein großer Markt für den Absatz unseres Handels ist, sind wir an ihrer Wiedergeburt durchaus nicht interessiert. Das Vorteilhafteste wäre für uns, wenn in der Türkei zeitweilig genügend Ordnung wiederhergestellt würde, um die persönliche und materielle Sicherheit der Einwohner ohne Unterschied der Konfession und der Nationalität zu ermöglichen. Dies würde uns erlauben, die Liquidation der Türkei bis zum Augenblicke hinauszuschieben, in dem unsere Teilnahme die größten Vorteile versprechen würde. Wie Sie in Ihrem Briefe 381 bemerken, können wir damit rechnen, bessere Beziehungen als bisher zur Türkei herzustellen. Um aber den Widerstand der Türken gegen uns zu schwächen, müssen wir uns bemühen, aus unseren Beziehungen zur Türkei Organisationen auszuschalten, welche es unseren Rivalen ermöglichen würden, darauf hinzuweisen, daß wir den eigenen Interessen der Türkei mit Vorbedacht entgegenarbeiten, wie dies z. B. anläßlich der türkischen Zollerhöhung geschieht.

Neunzehntes Kapitel.

Deutsch-russische Beziehungen 1909—1914.

Vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 20. März/2. April 1909.

In Deutschland herrscht augenblicklich eine gehobene Stimmung, da man allgemein überzeugt ist, daß dank der Energie der deutschen Politik und ihrer unerschütterlichen Treue zum Bundesgenossen die Balkankrise eine friedliche Lösung gefunden hat.

Deutschland atmet frei auf. Österreich ist durch neue Bande der Dankbarkeit verpflichtet. Die Beziehungen zu Frankreich haben sich seit dem Abschlusse des letzten Marokkoabkommens befriedigender gestaltet, und die Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und dem Präsidenten der Französischen Republik schwebt der deutschen Einbildungskraft vor Augen. Die Furcht vor Isolierung beginnt zu weichen. Deutschland fängt an, sich aus der schwierigen Lage zu befreien, in die es sich nach Algeciras gestellt glaubte.

Die Befriedigung ist hier um so größer, als man der Ansicht ist, daß die Stellungnahme Deutschlands während der bosnischen Krise die beste Antwort auf die Bestrebungen seiner Feinde gewesen ist, den deutschen Einfluß im Rate der europäischen Mächte zu untergraben. Um sein Prestige wiederherzustellen, hat Deutschland nicht gezögert, sich auf seiten Österreichs zu stellen mit der Bereitschaft, sich, wenn nötig, auf Waffengewalt zu stützen.

Nachdem die Gefahr beseitigt ist, versucht die offiziöse Presse diese Entschlossenheit nicht weiter zu betonen, obwohl sich in der letzten Kanzlerrede die Andeutung findet, daß Deutschland

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

vor dem letzten Mittel nicht zurückgeschreckt hätte, wenn seine eigenen Interessen und diejenigen Österreichs es erfordert hätten.

Die Theorie des bewaffneten Friedens ist die Grundlage der deutschen Realpolitik, und dieses Prinzip wendet Deutschland hauptsächlich England gegenüber an, wie dies die Debatten über die Flottenbauten gezeigt haben. Unter dem Schatten friedlicher Erklärungen arbeitet man ohne Unterlaß, die Seebereitschaft zu vergrößern. Diese Arbeit verfolgt jedoch bis jetzt hauptsächlich Verteidigungsziele und soll zur Erhaltung des deutschen Ansehens dienen. Die furchtbare Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes mit allen seinen Folgen einsehend, haben die verantwortlichen Führer der deutschen Politik in letzter Zeit im Grunde genommen große Zurückhaltung bewiesen, und der Versuch des Berliner Kabinetts, seine Vermittlerrolle in den Hintergrund zu rücken und die friedliche Lösung der bosnischen Krise der Initiative der russischen Politik zuzuschreiben, ist in dieser Hinsicht bedeutsam.

Allen Anzeichen nach richtet sich das Hauptstreben der deutschen Regierung darauf, die vertraulichen Beziehungen zu Rußland wiederherzustellen und gleichzeitig zu beweisen, daß Deutschland ein wichtiger Faktor der Weltpolitik ist.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Berlin Osten-Sacken vom 18. Juni/2. Juli 1909.

Ich will Ihnen in wenigen Worten über den Eindruck berichten, den ich während der letzten Zusammenkunft zwischen unserem Monarchen und Kaiser Wilhelm in den finnländischen Gewässern empfangen habe.

Vor allem will ich Ihnen sagen, wie sehr mich die große Veränderung in der Haltung des deutschen Monarchen überrascht hat: während der ganzen Zeit hat er es aufs sorgfältigste vermieden, sowohl mit mir als auch mit unserem Ministerpräsidenten über auswärtige Politik zu sprechen; desgleichen in den Gesprächen mit Seiner Majestät; erst im letzten Augenblicke, nach dem Abschiedsfrühstück auf der „Hohenzollern", als unser Monarch ihn fragte, welche politische Frage ihn in diesem Augenblicke am meisten beschäftige, hat Kaiser Wilhelm ausführlich über die Bewegung gesprochen, welche die Araber des Yemen

gegen das Kalifat des Sultans ergriffen hat — was seiner Ansicht nach alle Staaten mit mohammedanischer Bevölkerung interessieren muß. Aber kein Wort über die Beziehungen zwischen England und Deutschland. Und das erstemal haben wir Kaiser Wilhelm einen Toast in französischer Sprache ablesen sehen, der vorbereitet war und beinahe den Inhalt der Ansprache unseres Monarchen wiederholte, um dessen Wortlaut man uns gebeten hatte.

Aber obwohl er sich augenscheinlich zwang, in politischen Fragen die größte Zurückhaltung zu bewahren, hat Kaiser Wilhelm seiner guten Laune und seiner Herzlichkeit freien Lauf gelassen, indem er jeden Augenblick zu beweisen suchte, daß seine persönlichen Gefühle zu unserem Monarchen sich in keiner Weise verändert hätten. Mir war übrigens von General Tatischtschew gesagt worden, daß dies wahrscheinlich die Haltung Kaiser Wilhelms sein würde, da er laut in Gegenwart des Generals Baron Schön unmittelbar vor der Abfahrt aus Berlin gesagt hat: Ich bin ein konstitutioneller Souverän, Ihre Pflicht ist es, die politischen Unterredungen zu führen.

Baron Schön hat in der Tat eine lange Besprechung mit mir gehabt. Wir haben natürlich die durch Österreich-Ungarn hervorgerufene Krise besprochen, ebenso wie die Rolle, die Deutschland dabei gespielt hat, und die Beschwerden Berlins über die Haltung der öffentlichen Meinung und Presse in Rußland.

Wie zu erwarten war, hat Schön versucht, das, was die deutsche Diplomatie die Legende eines deutschen Druckes auf Rußland nennt, zu zerstören, und er hat mich überzeugen wollen, daß im Streite zwischen uns und Österreich Deutschland nur aus freundschaftlichen Gefühlen für uns gehandelt hat. Ohne mich in eine Polemik über diese Frage einzulassen, habe ich versucht, die Aufmerksamkeit des deutschen Ministers auf die Folgen der letzten Krise zu lenken. Wenn Europa, habe ich gesagt, am Vorabende eines allgemeinen Krieges stand, und wenn unsere traditionellen Beziehungen zu Deutschland eine zeitweilige Trübung gefunden haben, so ist ausschließlich Aehrenthal daran schuld. Solange das Wiener Kabinett den mit uns getroffenen Übereinkommen treu blieb, ging alles gut. Unglück-

licherweise hat Aehrenthal es sich in den Kopf gesetzt, die zeitweiligen Schwierigkeiten Rußlands auszunützen, um eine ehrgeizige und, ich zögere nicht es zu sagen, uns gegenüber wenig loyale Politik zu führen. Darf man daher erstaunt sein, daß die Unzufriedenheit der öffentlichen Meinung und der Presse in Rußland sich gegen Deutschland wendet, welches zweimal seine völlige Solidarität mit der österreichischen Politik erklärt und dadurch ihren Erfolg gesichert hat? Was vor allen Dingen beunruhigt, ist die Ungewißheit, ob nicht neue Überraschungen von seiten Aehrenthals zu erwarten sind. Aber jedes weitere Vordringen Österreichs auf dem Balkan kann einen noch schärferen Konflikt als vorigen Winter hervorrufen, und wenn die Donaumonarchie auch dieses Mal von Deutschland unterstützt wird, so wird es schwerfallen, den Frieden Europas zu erhalten.

Baron Schön hat versucht, die Haltung Deutschlands damit zu erklären, daß es einer neuen Gruppierung der Mächte in Europa gegenübersteht und daß es deshalb seine Bande zu Österreich-Ungarn noch enger knüpfen muß. Ich habe die Gelegenheit benutzt, um ihm nochmals positive Zusicherungen hinsichtlich der Natur unseres Übereinkommens mit England zu geben, eines Übereinkommens, welches keinen allgemeinen Charakter und keine gegen Deutschland gerichtete Spitze besitzt. Ich fügte hinzu, daß man sowohl in Petersburg als auch in Paris fest überzeugt ist, daß jeder Versuch, die gegenwärtigen Ententen in Allianzen umzuwandeln, eine ernste Gefahr für den Frieden bedeute, und daß deshalb Deutschland nicht das geringste Mißtrauen zu Rußland oder Frankreich zu hegen brauche. Schön versicherte mir seinerseits, daß Deutschland durchaus nicht wünsche, Österreich-Ungarn zu neuen Unternehmungen auf dem Balkan zu veranlassen, und daß er die persönliche Überzeugung habe, daß Aehrenthal keinen neuen abenteuerlichen Plan hege. Er sagte, mit der größten Befriedigung feststellen zu können, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sich seit dem letzten marokkanischen Abkommen bedeutend gebessert hätten. Die einzige Wolke seien die Beziehungen zu England: in dieser Richtung sei die Atmosphäre mit Elektrizität geladen; Deutschland könne natürlich nicht zu-

lassen, daß eine ausländische Macht den Umfang seiner maritimen Rüstungen vorschreibt; aber auf die Dauer wäre die gegenwärtige Lage gefährlich, und eine freundschaftliche Lösung müsse deshalb gefunden werden.

Diese Unterredung hat beinahe zwei Stunden gedauert, ist aber aus dem Rahmen der Allgemeinheiten nicht herausgetreten, und von keiner Seite ist ein konkreter Vorschlag gemacht worden. Der kurze Bericht, der am nächsten Tage in der Presse erschienen ist, war von mir vorgeschlagen und von Baron Schön angenommen worden. Dieser hatte übrigens selbst eine ganz ähnliche Redaktion vorbereitet.

Ich will noch eine Einzelheit hinzufügen. Ohne Fragen der auswärtigen Politik zu berühren, hat Kaiser Wilhelm sehr ausführlich mit unserem Ministerpräsidenten über verschiedene ökonomische und soziale Fragen gesprochen. Er hat es versucht, die Gerüchte zu entkräften, die ihn als einen Feind der innern Politik Stolypins und als einen Freund der russischen reaktionären Partei hinstellen. Diese Absicht tritt auch deutlich im letzten Satze seiner Ansprache hervor.

Es scheint mir, daß im großen und ganzen das Resultat der Begegnung ein sehr befriedigendes ist. Ich glaube, die Unzufriedenheit, die man in Berlin gegen uns empfand, ist beseitigt worden, und wir haben Europa den Beweis geliefert, daß Deutschland nach wie vor gute Beziehungen zu Rußland unterhält — dies war besonders wichtig in Anbetracht der bevorstehenden Besuche unseres Monarchen in Frankreich und England. Es ist übrigens wahrscheinlich, daß die beiden Monarchen sich auf der Rückreise aus England noch einmal im Kieler Kanal treffen werden.

Hinsichtlich Persiens hat mir Baron Schön wiederholt, daß Deutschland in diesem Lande nur ökonomische Ziele verfolge und daß der deutsche Gesandte in Teheran beauftragt worden sei, sich jeder Handlung zu enthalten, die uns politische Schwierigkeiten verursachen könnte. Ich habe keinerlei Klagen gegen den Grafen Quadt und seine Untergebenen laut werden lassen und habe mich darauf beschränkt, die Zusicherungen Baron Schons mit Befriedigung zur Kenntnis zu nehmen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bericht des russischen Botschafters in Berlin Osten-Sacken an den russischen Außenminister Iswolsky vom 12./25. Juni 1909. — Nr. 41.

Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen den vollen Text der Rede zu übersenden, die Kaiser Wilhelm Dienstag abend auf der „Deutschland" in der Nähe von Hamburg über seine Begegnung mit dem russischen Kaiser gehalten hat. Die Worte des deutschen Monarchen sind so bedeutsam, daß alle Zeitungsartikel, die in den letzten Wochen erschienen sind, daneben erblassen Die Ausdrücke, in denen Kaiser Wilhelm von seiner eigenen Friedensliebe und derjenigen des russischen Kaisers gesprochen hat, sind von hohen Gefühlen eingeflößt. Ohne auf die Einzelheiten der jetzigen politischen Lage einzugehen, hat Kaiser Wilhelm erklärt, daß „alle Völker des Friedens bedürfen". Deshalb werden beide Monarchen mit Gottes Hilfe an der Kräftigung und Erhaltung des Friedens arbeiten. Derartige Worte sind schon lange nicht mehr ausgesprochen worden, und das lebhafte Interesse, mit dem sie in allen Schichten der deutschen Bevölkerung aufgenommen worden sind, ist völlig verständlich. Obwohl schon früher die Zeitungen der verschiedenen politischen Parteien ihre Befriedigung mit der letzten Kaiserzusammenkunft ausgedrückt haben, so hat sich dieses Gefühl jetzt bedeutend erhöht, und bei Beurteilung der heutigen politischen Lage macht sich ein allgemeiner Optimismus bemerkbar.

Auszug aus einem vertraulichen Brief des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 30. Oktober/12. November 1909.

Obwohl der Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand einen ausschließlich privaten Charakter trägt, kann man doch nicht leugnen, daß die allgemeine Lage diesem Ereignis eine ernste politische Bedeutung beilegt, welche in der äußerst nervösen Stimmung Kaiser Wilhelms deutlich zum Ausdruck gekommen ist.

In der allgemeinen Entwicklung der europäischen Politik erblickt Kaiser Wilhelm gewisse Bestrebungen, Deutschland zu isolieren, und er ist immer mehr bemüht, das Bündnis mit Österreich fester zu gestalten und die Macht der habsburgischen Monarchie zu kräftigen.

. . . . . .

Jeder, der die politische Stimmung Kaiser Wilhelms bei seiner Thronbesteigung kannte, nämlich seine Entschlossenheit, das letzte Vermächtnis seines Großvaters auszuführen und die Beziehungen zu Rußland noch enger und freundschaftlicher zu gestalten, kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß in den letzten Jahren in dieser Hinsicht eine große Veränderung mit Kaiser Wilhelm vorgegangen ist. Er scheint nicht mehr zu glauben, daß von unserer Seite der Wunsch besteht, die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland weiter zu erhalten. Trotz aller beruhigenden Erklärungen gibt er immer mehr den Bestrebungen Österreichs nach, welches das Vertrauen seines Bundesgenossen dazu benutzen will, um die innere und äußere Macht der Donaumonarchie wiederherzustellen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Kaiser Wilhelm in seinem Innern noch kämpft, und dies kommt öfters in seiner Haltung General Tatischtschew und unserem Militäragenten gegenüber zum Ausdruck.

Ich halte es für meine Pflicht, Sie von obigem in Kenntnis zu setzen.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 5./18. März 1910.

Obwohl die führenden Kreise Deutschlands wiederholt erklärt haben, daß die deutsche Regierung die Wiederaufnahme nachbarlicher Beziehungen zwischen Österreich und Rußland wünscht, so läßt doch die kalte Zurückhaltung Baron Schöns anläßlich der zwischen Petersburg und Wien schwebenden Verhandlungen auf einen ganz andern Standpunkt der deutschen Regierung schließen.

Den Grund hierzu muß man in jenem Argwohn suchen, den man in letzter Zeit in Deutschland zu unserer äußern Politik hegt, da man immer wieder Bestrebungen der Feinde Deutschlands, dieses zu isolieren, zu befürchten scheint.

Der Abschluß einer ganzen Reihe internationaler Vereinbarungen, an denen Deutschland nicht teilgenommen hat, zusammen mit der Befürchtung eines Konfliktes mit England, welche sich nach der russischen Annäherung an England noch

erhöht hat, haben in Deutschland dieses Mißtrauen hervorgerufen. Dies ist besonders stark nach der Zusammenkunft von Racconigi zutage getreten, da man in Deutschland der Ansicht zu sein scheint, daß wir einen seiner Bundesgenossen von ihm loslösen wollen. Es besteht kein Zweifel, daß unsere Verhandlungen mit Österreich dasselbe Gefühl des Argwohnes wachrufen. Unser Bestreben, zu diesen Verhandlungen auch die andern Mächte hinzuzuziehen und auf diese Weise Österreich bis zu einem gewissen Grade von neuen Abenteuern Aehrenthals zurückzuhalten, wird in Deutschland als ein von England eingegebener Versuch unsererseits betrachtet, Österreich durch ein formales Abkommen zu binden, dadurch die Bande mit Deutschland zu lockern und dieses seines zweiten Bundesgenossen zu berauben. Dieser Gedanke findet in den Arti eln der Vossischen Zeitung und der Germania deutlichen Ausdruck, in denen der englische Botschafter in Wien beschuldigt wird, alles zu tun, um das deutsch-österreichische Bündnis zu sprengen. Auch die Reisen der Balkansouveräne nach Petersburg und Konstantinopel rufen Beunruhigung hervor. Man erblickt in der demonstrativen Zurückhaltung der bulgarischen und serbischen Minister eine gegen Österreich gerichtete Spitze und befürchtet die Bildung eines Balkanblockes unter türkischer Beteiligung.

Bericht des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 23. Juli/5. August 1910.

Der neue deutsche Staatssekretär ist in Berlin angekommen und hat sein Amt noch am selben Tage übernommen. Auf der Reise aus Bukarest ist Herr von Kiderlen-Wächter nach Marienbad gefahren, um sich mit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen zu besprechen. Die hiesige öffentliche Meinung betont die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ministern und begrüßt den Entschluß Kiderlens, mit Aehrenthal persönlich Fühlung zu nehmen, ehe er die ihm anvertrauten Funktionen übernimmt. Eine ähnliche Bedeutung ist seinerzeit der Begegnung zwischen dem österreichischen Außenminister und dem Deutschen Reichskanzler beigelegt worden.

Die Verschärfung der Balkanfragen, als deren genauer Kenner Herr von Kiderlen gilt, die Ankunft des türkischen Groß-

wesirs in Marienbad und die Möglichkeit einer aktiveren Politik Rußlands auf dem Balkan haben, wie man hier annimmt, persönliche Verhandlungen zwischen den beiden Ministern notwendig gemacht.

Gerüchten zufolge sind diese Verhandlungen in eine bestimmte Form gekleidet worden und lassen die Möglichkeit einer gemeinsamen Politik der beiden verbündeten Mächte auf dem Balkan voraussehen.

Bericht des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 29. Oktober/11. November 1910. — Nr. 103 [1]).

Der Besuch unseres Kaisers in Potsdam hat auf alle Kreise der hiesigen öffentlichen Meinung einen großen Eindruck gemacht. Nicht nur in Hof- und Regierungskreisen drückt man seine Freude über dieses Ereignis aus, sondern auch alle Zeitungen legen ihm historische Bedeutung bei.

Infolge der erhaltenen Weisung wurde zuerst der verwandtschaftliche Charakter des Besuches betont. Später jedoch kam eine richtigere Einschätzung dieses Ereignisses zum Ausdruck, und einige Zeitungen, wie z. B. das Berliner Tageblatt und die Frankfurter Zeitung, beeilten sich, den unangenehmen Eindruck zu verwischen, den ihre unangebrachte Beurteilung russischer Verhältnisse bei uns hervorgerufen hatte. Ohne irgendeine Andeutung hinsichtlich einer bestimmten politischen Frage zu machen, spricht die Norddeutsche Allgemeine Zeitung nur von dem Einflusse, den die persönlichen Beziehungen der beiden Monarchen auf die weitere Erhaltung des Friedens haben werden.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 22. Mai/4. Juni 1912. — Nr. 1062.

Ich telegraphiere nach Paris: Sie können Poincaré vertraulich von der in Aussicht genommenen Zusammenkunft zwischen unserem Monarchen und Kaiser Wilhelm in den Finnischen Schären Kenntnis geben. Fügen Sie hinzu, daß die Bande, die uns an Frankreich binden, zu fest sind, als daß es noch nötig

[1]) Die politischen Folgen der Kaiserbegegnung in Potsdam werden in Kap. IX behandelt.

wäre, darauf hinzuweisen, daß die französische Regierung oder die öffentliche Meinung die geringste Beunruhigung anläßlich dieses Ereignisses empfinden könne. Was die Vorbereitung der öffentlichen Meinung Frankreichs anbelangt, so bitte ich Sie, dieses der französischen Regierung zu übertragen, um auf die beste Art und Weise, je nach den örtlichen Verhältnissen, der Presse zu erklären, daß die in Frage kommende Zusammenkunft unsere Beziehungen zu Frankreich in keiner Weise beeinträchtigen könne.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 22. Mai/4. Juni 1912. — Nr. 1061.

Persönlich. Da Ende Juli eine Zusammenkunft zwischen unserm Monarchen und Kaiser Wilhelm in den Finnländischen Schären stattfinden wird, so wäre es nützlich, wenn Sie Grey hiervon rechtzeitig verständigen und ihm erklären würden, daß dieses Ereignis natürlich keine Besorgnis in England hervorzurufen brauche, da wir die in den letzten Jahren mit dem Londoner Kabinett hergestellten herzlichen Beziehungen weiterzuführen fest entschlossen sind. Wenn Sie es aus örtlichen Erwägungen für notwendig halten, die öffentliche Meinung und Presse vorzubereiten, so bitte ich Sie, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Abschrift nach Paris.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 24. Juni/7. Juli 1912. — Nr. 1260.

Ich telegraphiere nach Paris: Die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Baltischport hat einen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Bei großer Herzlichkeit der gegenseitigen Beziehungen haben offene Erklärungen in politischen Fragen deutlich bewiesen, daß keinerlei Absicht besteht, irgendwelche Veränderung in der Gruppierung der europäischen Staaten vorzunehmen. In der Frage der Beendigung des italienisch-türkischen Krieges sind gleichfalls von deutscher Seite keinerlei Vorschläge erfolgt. Dieses zusammen mit der völlig richtigen offiziösen Veröffentlichung in der Presse ist der beste Beweis, wie recht wir hatten, als wir den Franzosen sagten, daß die von ihnen

gehegten Befürchtungen jeder Begründung entbehren. Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne mit Poincaré auszusprechen.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 25. Juni/8. Juli 1912.

Die Zusammenkunft der beiden Monarchen in Baltischport ist in jeder Beziehung befriedigend gewesen. In meinen Unterredungen mit Kaiser Wilhelm und dem Reichskanzler sind natürlich die wichtigsten politischen Fragen berührt worden, und ich habe über die Stimmung und Absichten der höheren Regierungskreise Deutschlands einen günstigen Eindruck empfangen. Sowohl der Kaiser als auch der Kanzler haben dem Wunsche Ausdruck verliehen, die traditionellen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu befestigen, da dieses nicht nur zum Wohle der beiden Länder, sondern auch zur Erhaltung des Friedens in Europa dient. Hierbei hat mir Bethmann Hollweg deutlich erklärt, daß er unter Anerkennung des Nutzens, den die bestehenden internationalen Gruppen der Erhaltung des Friedens gebracht haben, durchaus nicht bestrebt ist, irgendeine Veränderung in dieser Hinsicht hervorzurufen oder irgendeine Macht von derjenigen Gruppe loszulösen, der sie infolge der historischen Notwendigkeit beigetreten ist. Er sagte mir, daß Deutschland nur den Wunsch hegt, daß das Verhältnis der Mächte zueinander sie nicht daran hindert, gute Beziehungen auch zu den Mächten der anderen Gruppe zu unterhalten. Obwohl er also zugibt, daß die bestehenden Gruppierungen, die sich in Wirklichkeit bewährt haben, den Anforderungen der jetzigen Zeit entsprechen und deshalb keine Veränderungen nötig machen, hält Bethmann Hollweg es für wünschenswert, alles zu vermeiden, was unter Betonung der äußeren Scheidung der beiden europäischen Mächtegruppen als ein Verzicht auf jede Möglichkeit einer Umgruppierung in Zukunft ausgelegt werden kann, falls die künftigen Ereignisse eine derartige Revision der gegenwärtig bestehenden Beziehungen nötig machen sollten. Kaiser und Kanzler haben wiederholt darauf hingewiesen, daß Deutschland des Friedens bedarf, um die außerordentlich wichtigen Resultate der zehnjährigen Entwicklung der deutschen Industrie und des allgemeinen Wohlstandes zu befestigen. Ich habe dem Kanzler

gesagt, daß ich an der Friedensliebe der deutschen Regierung nicht zweifle, jedoch wissen wolle, ob sie bereit sei, auch dort in diesem Sinne einzuwirken, wo Deutschland gegen seinen Willen in europäische Verwicklungen hineingezogen werden könnte. Im besonderen habe ich ihn gefragt, ob das Berliner Kabinett seinen Einfluß in Wien zur Geltung bringen will, um Österreich, wenn dies nötig sein sollte, von einem weiteren Vordringen auf dem Balkan zurückzuhalten. Bethmann Hollweg hat dies ohne Zögern zugesagt und darauf hingewiesen, daß er seine mir schon in Potsdam gegebenen Zusicherungen bedingungslos erneuern kann. Seinerseits hat er der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch wir, wie schon früher, die Bestrebungen der kleinen Balkanstaaten mäßigen werden, indem wir ganz besonders in Sofia zur Ruhe raten.

Hinsichtlich des italienisch-türkischen Krieges hat man von deutscher Seite, entgegen den in Paris und London vor der Zusammenkunft gehegten Befürchtungen, keinerlei Vorschläge gemacht, auf welche Weise dieser Krieg beendigt werden könnte. Sich mit dem Hinweis auf den Schaden begnügend, den der deutsche Handel durch den langen Krieg erleide, hat der Kanzler mir seine Befriedigung ausgesprochen, daß wir versucht haben, mit Hilfe aller europäischen Großstaaten die beiden kriegführenden Parteien zu versöhnen, und er hat mir versichert, daß jeder weitere Schritt unsererseits in dieser Richtung die völlige Zustimmung Deutschlands finde. Ich muß jedoch hinzufügen, daß, obwohl die deutsche Regierung sich bereit erklärt hat, an einem gemeinsamen Schritte zur Beendigung des Krieges teilzunehmen, ich dennoch den Eindruck gewonnen habe, daß man es in Berlin vorziehen würde, wenn der Friede infolge direkter Verhandlungen zwischen den Kriegführenden ohne fremde Einmischung geschlossen würde. Hierbei habe ich den Kanzler darauf aufmerksam gemacht, daß die Mächte sich über das Schicksal der von Italien besetzten Inseln zu äußern haben würden, da man dieselben nach erfolgter Zurückerstattung an die Türkei kaum ihrem eigenen Schicksal überlassen könne. Ich habe darauf hingewiesen, daß diese Frage unbedingt allgemeineuropäische Bedeutung hat und daß deshalb Deutschland dieses Mal sich einer gemeinsamen Beratung mit den andern Mächten nicht

entziehen kann, wie es dies bis jetzt hinsichtlich Kretas getan hat. Bethmann Hollweg hat nichts dagegen erwidert. Hierauf habe ich die Frage der deutsch-englischen Beziehungen und die von beiden Seiten unternommenen Versuche einer Besserung berührt. Nachdem er sich über Lord Haldane sehr lobend geäußert hatte, wies der Kanzler darauf hin, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern augenblicklich weniger gespannt seien, doch gab er zu, daß man in dieser Hinsicht noch viel tun müsse, um ein greifbares Resultat zu erreichen. Hinsichtlich der chinesischen Anleihe hat sich eine gewisse Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und uns herausgestellt. Dieser Unterschied ist die natürliche Folge unseres verschiedenen Standpunktes. Deutschland erblickt in China vor allem einen großen Markt für seine eigenen Waren und ist natürlich daran interessiert, die Kaufkraft dieses Marktes zu erhalten, und muß daher die Möglichkeit eines Zerfalls des chinesischen Reiches befürchten. Deshalb wünscht man in Berlin den Abschluß einer großen chinesischen Anleihe, welche dem Lande die Möglichkeit geben würde, aus der jetzigen schwierigen Lage herauszukommen. Rußland dagegen als Nachbarstaat, und zwar mit einer langen, nicht genügend geschützten Grenze, kann die Erstarkung dieses Nachbars nicht wünschen. Deshalb würde ein Mißerfolg der in Aussicht genommenen Anleihe uns nicht beunruhigen, und wir würden sogar dem erwähnten Zerfalle des jetzigen chinesischen Reiches gleichgültig gegenüberstehen. Ich habe dies Kaiser Wilhelm und dem Reichskanzler mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben.

Was die Meerengen, die Bagdadbahn und Persien anbelangt, so sind diese Fragen nicht besprochen worden. Keinerlei Abkommen in irgendeiner besonderen Frage ist von uns abgeschlossen oder irgendwie in Aussicht genommen worden.

Folglich hat die Zusammenkunft in Baltischport zwar unsere Beziehungen zum Berliner Kabinett befestigt, aber gleichzeitig nichts in unsern Beziehungen zu den andern Mächten geändert, und deshalb liegt auch nicht der geringste Grund zu einer eifersüchtigen Beunruhigung in Paris und London vor.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister Sasonow vom 5. 18. Juli 1912.

Nachdem ich meine Kur in Contrexeville bereits begonnen hatte, habe ich sie auf ein paar Tage unterbrochen, um Poincaré zu sprechen und um Ihnen über meine Eindrücke mit dem heute abreisenden Kurier zu berichten. Leider ist der Vetter Poincarés gestern plötzlich gestorben, und ich habe den Minister nicht sehen können. Ich habe aber eine lange Unterredung mit Paléologue gehabt, der alle Einzelheiten der schwebenden politischen Fragen gut kennt und der mir folgendes mitgeteilt hat:

Die französische Regierung ist mit den in Baltischport erreichten Resultaten durchaus zufrieden. Sowohl die Mitteilungen in der Presse als auch ganz besonders die von unserem Außenminister und unserm Ministerpräsidenten dem französischen Botschafter abgegebenen Mitteilungen und Erklärungen haben die französischen Minister davon überzeugt, daß die genannte Zusammenkunft die Garantien der Erhaltung des europäischen Friedens erhöht und gleichzeitig die Beziehungen der Mächte zueinander in keiner Weise verändert. Meinerseits habe ich es für möglich gefunden, Paléologue einige Einzelheiten aus dem Briefe Sasonows vom 25. Juni mitzuteilen, wobei ich diejenigen auswählte, welche ganz besonders geeignet sind, den Optimismus der hiesigen Regierung hinsichtlich der stattgefundenen Zusammenkunft zu bestärken. Im allgemeinen habe ich den Eindruck, daß dank den rechtzeitigen Erklärungen, die dem französischen Botschafter in Petersburg und durch meine Vermittlung Poincaré gegeben worden sind, die von den französischen Ministern im Anfang gezeigte Nervosität und ihr Mißtrauen vollständig beseitigt sind und daß wir die Wiederholung jener Mißverständnisse nicht zu befürchten brauchen, die sich nach der Potsdamer Zusammenkunft fühlbar gemacht hatten. Dieses Mal ist es auch gelungen, das französische Publikum vor einer falschen Auffassung der Ereignisse zu bewahren. Dies Resultat ist durch meine energische persönliche Einwirkung auf die hauptsächlichsten französischen Zeitungen erreicht worden, wobei von seiten Poincarés ebensolche und natürlich noch wirksamere Schritte erfolgten. Diese Anstrengungen haben um so leichter zu einem

Resultate geführt, als die sofort nach der Zusammenkunft in den Zeitungen veröffentlichte Mitteilung sehr geschickt abgefaßt ist und den hiesigen Zeitungen das nötige Material für ihre Artikel geliefert hat. Sehr wichtig war auch gerade zur Zeit der Kaiserzusammenkunft die Anwesenheit des Chefs unseres Generalstabes und unseres Admiralstabes in Paris, welcher Umstand einen deutlichen Beweis der Dauerhaftigkeit des russisch-französischen Bündnisses lieferte. . . .

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 15./28. Februar 1913. — Nr. 184.

Persönlich und sehr vertraulich. Cambon teilt mir mit, daß Bethmann Hollweg seinem Bruder in privater Weise gesagt hat, die Vermehrung der deutschen Armee habe keine aggressive Bedeutung, sei aber dadurch notwendig geworden, daß das plötzliche Entstehen von sehr bedeutenden Militärstaaten auf dem Balkan dazu geführt habe, daß Österreich, vom Bündnisstandpunkte aus, nicht mehr als derselbe wichtige Faktor wie bisher betrachtet werden könne.

Vertraulicher Bericht des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister Sasonow vom 1./14. März 1913.

Mit Telegramm Nr. 37 hatte ich Ihnen über diejenigen außerordentlichen Geldopfer berichtet, welche die deutsche Regierung den privilegierten Klassen zur Verstärkung der deutschen Heeresmacht glaubt auferlegen zu müssen, ferner auch darüber, daß die geplante einmalige Besteuerung, die annähernd eine Milliarde Mark bringen soll, hier anscheinend keine ernste Unzufriedenheit hervorrufen wird.

Gestern hat der Ministerrat ein neues Gesetzprojekt über die Kriegsbedürfnisse und ihre Deckung gutgeheißen; an dem Ministerrat haben unter Vorsitz des Reichskanzlers sämtliche preußische Minister sowie die Finanzminister der Bundesstaaten teilgenommen; das Projekt gelangte sodann zur Begutachtung an entsprechende Kommissionen. Die Ergebnisse der Beurteilung sind bisher allerdings noch in strenges Geheimnis gehüllt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die „Kölnische Zeitung" erklärt in einem offiziösen Telegramm aus Berlin die Unaufschiebbarkeit der außerordentlichen militärischen Maßregeln einerseits durch den Umstand, daß infolge des kriegerisch-nationalen Aufschwungs der slawischen Reiche sowie infolge der zeitweiligen Ausschaltung des politischen Einflusses der Türkei auf der Balkanhalbinsel das Kräfteverhältnis sich zugunsten des Slawentums verschoben hat, und — andererseits — durch die bedeutende numerische Verstärkung der französischen und russischen Armee. Das Gespenst oder noch eher das Auftauchen eines möglichen österreichisch-russischen Zusammenpralls hat in Rußland eine starke Bewegung zugunsten einer Verstärkung seiner militärischen Bereitschaft ausgelöst. Wenn auch die österreichisch-ungarische Armee nach wie vor volles Vertrauen verdient, so sind dafür Stärke und Macht ihrer möglichen Feinde erheblich gestiegen. In Anbetracht alles dessen ist die deutsche Regierung zu der Überzeugung gekommen, daß es ihrerseits ein unverzeihlicher Fehler wäre, nicht die ganze militärische Kraft auszunutzen, über welche sie verfügt, aber da sie in diesem Falle dem Beispiele Frankreichs folgt, so verlieren hierdurch die von der Regierung in Aussicht genommenen Heeresreformen jeden aggressiven Charakter.

Wie Euerer Exzellenz bekannt, wurde bisher in Deutschland zum tatsächlichen Heeresdienst nur ein gewisser Teil der hierzu aufgerufenen jungen Leute herangezogen, die übrigen in Höhe von 50—60 000 Mann wurden der sogenannten Ersatzreserve überwiesen, wo sie sogar nicht einmal ausgebildet wurden. Jetzt sieht die Regierung vor, ohne Ausnahme alle aufgerufenen jungen Leute zum tatsächlichen Dienst heranzuziehen, wodurch sich der Heeresbestand jährlich um 50—60 000 Mann erhöht und in zwei Jahren, bei der hiesigen zweijährigen aktiven Dienstzeit, um 100 000 oder 120 000.

In einer meiner freundschaftlichen und privaten Unterhaltungen mit dem Staatssekretär habe ich nebenbei die Frage der ungeheuren und anscheinend durch nichts erklärlichen militärischen Maßregeln berührt, zu deren Deckung ein Aufwand von Hunderten von Millionen erforderlich ist.

Jagow antwortete mir, daß die jährliche Heeresvermehrung um 50 000 Mann so teuer kommen wird, daß die gewöhnlichen,

wenngleich bedeutend erhöhten Haushaltsbeträge nicht reichen würden; daher sieht sich die Regierung — ob sie will oder nicht — gezwungen, zu einer einmaligen Besteuerung der vermögenden Bevölkerungsklassen zu greifen. Der Staatssekretär fügte hinzu, daß sich eine ähnliche Maßnahme nicht wiederholen könne. Die neuen jährlichen Kredite für die Heeresbedürfnisse werden nach Jagows Worten nur 200, aber nicht 250 Millionen erfordern.

Die Notwendigkeit der Auffüllung des Heeresbestandes begründet der Staatssekretär damit, daß die gegenwärtige numerische Stärke des französischen Heeres nur wenig hinter der des deutschen Heeres zurückbleibt, sowie mit der äußerst ungünstigen geographischen Lage Deutschlands, die es zwingt, seine westliche und östliche Grenze zu schützen.

Zu den Gründen, die die deutsche Regierung um die Verstärkung ihrer Kampfkraft besorgt sein lassen, muß man nach meiner Ansicht auch das hier ständig wachsende Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn zählen, das seinerseits mit der Unterstützung, die man in Berlin seiner egoistischen Politik zuteil werden läßt, schwerlich völlig zufrieden sein mag. In diesem Gedankengang bin ich mit meinem französischen Kollegen einig, der gleichfalls zu der Überzeugung neigt, daß die Beziehungen zwischen Berlin und Wien mit jedem Tage kühler — ja man kann sogar sagen: gespannter werden.

In Frankreich steht man in Sachen der nationalen Verteidigung Deutschland sicherlich nicht nach; ohne aber von den Schwierigkeiten zu reden, mit denen dort die Einführung der dreijährigen Dienstzeit verknüpft war, wird eine weitere französische Heeresvermehrung mit Rücksicht auf den Menschenmangel unmöglich. Es steht außer Zweifel, daß die deutschen außerordentlichen militärischen Maßnahmen auch in Rußland einen ernsten Widerhall finden werden, und zwar um so mehr, als doch bei uns das Argument des Menschenmangels zur Ausfüllung unseres Heeres nicht gelten kann. Dabei erhebt sich unwillkürlich die Frage, welches die Lage Europas sein wird, das von Kopf bis zu Fuß mit einer Stahlrüstung gepanzert ist und das unter der unerträglichen Bürde der Kriegslasten stöhnt. Die Spannung wird, scheint's, solchen Umfang erreichen, daß zu guter Letzt der Krieg unvermeidlich wird. Aber wie schrecklich

in seinen Folgen der allgemeine Zusammenstoß auch sein würde, so würden nach meiner Ansicht alle Vorteile auf unserer Seite sein, besonders unter der Bedingung, daß der Bund der Balkanmächte nicht nur die gegenwärtige Krisis überlebt, sondern noch fester wird im Bewußtsein der Bedeutung, welche er in der Frage des europäischen Gleichgewichts erlangen würde, und im Bewußtsein der Kraft, welche er dem Angriff Österreich-Ungarns gegenüberstellen könnte. Und wenn es uns gelänge, Rumänien zum Anschluß an das Bündnis zu bringen, so würde das Übergewicht des Dreiverbandes über den Dreibund noch offensichtlicher werden.

Man darf nicht die Erbitterung übersehen, mit der viele deutsche Preßorgane jetzt auf Frankreich als den Schuldigen an den künftigen kriegerischen Verwickelungen hinweisen. Frankreichs neue Rüstungen werden aus seinem Haß gegen Deutschland und der mit neuer Kraft erwachten Revancheidee abgeleitet. Gewisse Zeitungen beschuldigen auch Rußland aggressiver Absichten gegen Deutschland, aber die Regierung, die all diesen Ausfällen völlig fernsteht, verurteilt sie streng in einem in der gestrigen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichten hochoffiziösen Artikel, der im Ausschnitt beiliegt.

Indem ich auf die deutscherseits geplante einmalige Besteuerung der besitzenden Klassen für Heeresbedürfnisse zurückkomme, werde ich kaum fehlgehen, wenn ich sage, daß diese Art einmaliger Abgabe sich sehr nachteilig in der ganzen wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes widerspiegeln wird. Die Entziehung einer Milliarde aus dem Nationalvermögen kann bei der gedrängten Lage des Geldmarktes leicht zu einer Störung des regelmäßigen Ganges des deutschen Wirtschaftslebens führen.

Auszug aus einem ganz vertraulichen Berichte des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. Februar/12. März 1914.

. . . . . .

Nach mir aus ganz vertraulicher Quelle zugegangenen Nachrichten löst die wachsende militärische Kraft Rußlands in Berlin immer ernstere Befürchtungen aus. Nach der Ansicht

hiesiger Regierungskreise wird im Jahre 1916 die russische Belagerungsartillerie fertiggestellt sein, und von diesem Augenblicke an wird Rußland als furchtbarer Gegner auftreten, mit dem Deutschland den Kampf aufzunehmen haben wird.

Kein Wunder, daß man bei dieser Überzeugung sich in Deutschland mit allen Kräften bestrebt zeigt, für den Kriegsfall mit uns bereit zu sein, und kein Wunder, wenn man versucht, uns einzuschüchtern und damit zugleich den Verdacht abzuwehren, als ob Rußland von Deutschland gefürchtet wird. Nach meiner Überzeugung spricht trotzdem aus allen Zeilen, die in letzter Zeit gedruckt worden und den russisch-deutschen Beziehungen gewidmet sind, einzig und allein nur diese Furcht vor Rußland. Ich erlaube mir zum Schlusse die Hoffnung auszudrücken, daß man sich in Berlin hierin nicht irrt und daß wir tatsächlich alle Maßregeln zur Stärkung unserer Heeresmacht ergreifen, einer Stärkung, die Deutschland zwingen muß, weder Mittel noch Energie zu scheuen, um die vollkommene Kriegsbereitschaft Deutschlands bis zum äußersten zu treiben.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. März 9. April 1914.

Die unfreundliche Haltung Rußland gegenüber, die sich seit Beginn des Zwischenfalles Liman von Sanders bemerkbar machte, hat sich in letzter Zeit bedeutend gebessert. Die Presse hat ihre täglichen Angriffe gegen Rußland eingestellt, obwohl sie nie eine Gelegenheit versäumt, um ihren Lesern die eine oder andere für Rußland ungünstige Tatsache mitzuteilen, wobei der Sachverhalt wenn nicht frei erfunden, so doch wenigstens stark entstellt wird. Diese Haltung der deutschen Presse läßt die Erregung nicht erkalten, die im Laufe des Winters zutage getreten war. Die verhältnismäßige Ruhe ist jedoch, wie ich beständig aus vertrauenswürdiger Quelle höre, nur eine scheinbare und die öffentliche Meinung Deutschlands ist nach wie vor gegen Rußland stark erregt, wobei die Militärs und die preußischen Junker ihre kriegerische Stimmung nicht verheimlichen. Diese Erregung und die kriegerische Stimmung findet ihren Grund augenscheinlich in der Furcht Deutschlands vor dem An-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

wachsen unserer militärischen und wirtschaftlichen Macht, wobei man glaubt, daß der jetzige Augenblick, da die von uns getroffenen militärischen Vorbereitungen noch lange nicht beendigt sind, für Deutschland der günstigste Zeitpunkt für einen Zusammenstoß mit seinem östlichen Nachbar ist; daß früher oder später ein solcher Zusammenstoß erfolgen muß, scheint man hier nicht zu bezweifeln.

In Süddeutschland macht sich diese Feindseligkeit Rußland gegenüber, wahrscheinlich unter dem Einflusse Österreichs, noch bemerkbarer, und die hier durchreisenden Landsleute haben mir schon öfters hierüber berichtet. Ich habe natürlich nicht die Möglichkeit, dies persönlich nachzuprüfen: vielleicht sind diese Erzählungen stark übertrieben, aber einen Kern von Wahrheit müssen sie enthalten, um so mehr, als die deutsche Regierung selbst, wie ich Ihnen in meinem Briefe vom 27. Februar/12. März berichtet habe, meiner festen Überzeugung nach durch die Maßregeln außerordentlich beunruhigt wird, die in Rußland zur zahlenmäßigen Entwicklung der Armee als auch zur Vergrößerung ihrer Kriegsbereitschaft getroffen werden. Es besteht außerdem kein Zweifel, daß die Erneuerung unseres Handelsvertrages im Jahre 1917, wobei für Deutschland vielleicht eine weniger günstige Konjunktur bestehen wird, das Berliner Kabinett stark beschäftigt, welches infolgedessen wahrscheinlich vorziehen würde, den bestehenden Handelsvertrag noch möglichst lange in Kraft zu lassen.

Trotzdem bin ich der Ansicht und werde in derselben durch die Informationen aus obiger geheimer Quelle bestärkt, daß das Berliner Kabinett den Standpunkt der kriegerischen Elemente Deutschlands nicht teilt, welche angeblich einen sofortigen bewaffneten Zusammenstoß mit Rußland hervorrufen wollen, sondern es vorzieht, ehe es den entscheidenden Schritt tut, alle friedlichen Mittel zu versuchen, um eine Versöhnung der beiderseitigen Interessen zu erzielen. Eines der hauptsächlichsten Mittel ist der Handelsvertrag, und man bereitet sich hier mit besonderer Energie und nach einem genau ausgearbeiteten Plane für die diesbezüglichen Verhandlungen vor.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Zwanzigstes Kapitel.

Deutsch-englische Beziehungen 1908 bis 1914.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 12./25. November 1908.

Meinem gestrigen Briefe glaube ich einige persönliche Bemerkungen hinzufügen zu müssen. Euere Exzellenz wird bemerkt haben, daß Sir Edward Grey im Laufe seiner Unterredung über Persien einen Ausweg zu finden bestrebt war, der jede Möglichkeit einer bewaffneten Intervention ausschließt. Eine solche befürchtet er erstens, weil er sie nicht für ein wirksames Mittel hält, und dann vor allem, weil er wegen der Folgen, die eine derartige Intervention für das englisch-russische Übereinkommen haben würde, Besorgnisse hegt.

. . . . . .

Diese Frage einer bewaffneten Intervention in Persien erscheint mir so wichtig, daß ich mir Vorwürfe machen müßte, wenn ich nicht nochmals die Aufmerksamkeit des Kaiserlichen Ministeriums auf die Folgen lenken würde, die sich für uns aus einem Bruche unseres Übereinkommens mit England und einer neuen Orientierung der englischen Politik ergeben würden.

Ich gebrauche absichtlich diese Ausdrucksweise, die, wie ich weiß, in Rußland gewöhnlich nicht angewandt wird. Man stellt sich bei uns gern auf den Standpunkt, daß man zwischen einer Annäherung an England und zwischen einer solchen an Deutschland wählen kann. In Wirklichkeit haben wir zwischen einer Isolierung, die ein deutsch-englisches Übereinkommen hervorrufen wird, und einer Annäherung an England zu wählen. Aus politischen Gründen hat England niemals von einem Über-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

einkommen mit Deutschland sprechen wollen und hat seine Sicherheit in den Ententen mit Frankreich und Rußland gesucht.

Andererseits erscheint es mir unmöglich, die deutsche Politik anders als damit zu erklären, daß das Berliner Kabinett jede Gelegenheit benutzt, sie vielleicht erst schafft, um einen Versuch zu machen, die beiden Ententen Englands zu sprengen. Ich komme täglich mehr zu der Überzeugung, daß zwischen dem beständigen Entgegenkommen Deutschlands uns gegenüber und dem immer wieder unterbrochenen und mit Drohungen vermischten Entgegenkommen England gegenüber ein Unterschied besteht, und zwar in der Weise, daß das Entgegenkommen Deutschlands England gegenüber ernsterer Natur ist. Ich brauche nicht davon zu sprechen, was in einem solchen Falle aus den politischen und nationalen Interessen Rußlands werden würde.

Ich glaube, man kann nur in London beurteilen, wie nachdrücklich die Bestrebungen Deutschlands sind, zu einem Einvernehmen mit England zu kommen, namentlich die Bestrebungen Kaiser Wilhelms, welcher einen Fehler nach dem andern begangen hat, hauptsächlich weil seine persönlichen Schritte resultatlos verlaufen sind und er sich in London einer Mauer gegenüber befunden hat. Aber die Fehler des Kaisers bedeuteten ebenso viele neue Schwierigkeiten, die er sich selbst schaffte. Wenn man annimmt, daß die letzten Ereignisse in Berlin dem Kaiser eine größere Zurückhaltung auferlegen werden, so müßte die deutsche Politik, in dieser Richtung gesteuert, uns um so gefährlicher werden.

Man gibt sich hier nicht klar Rechenschaft darüber, was zwischen Österreich und Deutschland vorgeht. Noch neulich hatte Sir Edward die Hoffnung, daß der Besuch des deutschen Monarchen der österreichischen Politik einen versöhnlicheren Geist einflößen würde. In Wirklichkeit hat gerade das Gegenteil stattgefunden. Dieser Umstand hat auf die englischen Minister und auf ihre allgemeine Haltung einen bedeutsamen Einfluß ausgeübt, vielleicht auch auf ihre persönlichen Gefühle.

Es ist aber trotzdem richtig, daß, wenn man die englische Mentalität so nimmt, wie sie tatsächlich ist, Deutschland als Land und als Nation günstiger als früher beurteilt wird. Man hat Achtung vor seiner Kraft, seiner Energie, vor den durch seine

Arbeit erzielten Resultaten. Man mißtraut noch entschieden der deutschen Regierung, dem Lande selbst aber weniger. Und von Zeit zu Zeit lassen sich viele Stimmen hören, die behaupten, daß im Grunde genommen Kaiser Wilhelm England gegenüber aufrichtig zu sein scheint. Derartige Stimmen finden sich in der Presse, und die beiden politischen Parteien enthalten nicht unwichtige Elemente, die sich einem solchen Gedankengange anschließen. Keine einzige dieser Stimmen folgert jedoch die Möglichkeit einer Entente mit Deutschland. Nicht nur weil die schon bestehenden Abkommen, von denen das eine jedoch nicht ebenso populär wie das andere ist, dem Engländer genügen, sondern weil die Flottenfrage eine unüberwindliche Schranke bildet.

Ich kann nicht umhin zu glauben, daß diese Schranke schwächer ist, als man annimmt. Es liegt nicht in meiner Kompetenz, über die Stimmung in Deutschland zu sprechen, aber es will mir scheinen, daß dort etwas Ähnliches wie hier vor sich geht.

Sir Edward hat mir gesagt, er sei betroffen und sehr erstaunt gewesen, als anläßlich der Diskussion im Reichstage, als die Haltung des Monarchen zur Zielscheibe heftiger Angriffe diente, hierbei kein chauvinistischer Ton laut wurde, trotz der außerordentlichen Spannung der Geister in diesem Augenblicke. Sir Edward schließt hieraus auf eine ernste politische Reife.

Der Schluß, den ich aus obigem ziehen will, ist der, daß, wenn aus irgendeinem Grunde unser Übereinkommen mit England gebrochen würde, trotz der hohen Bedeutung, die England seinen Abmachungen mit Frankreich beilegt, der Boden für ein englisch-deutsches Einvernehmen viel besser geebnet wäre, als man gewöhnlich annimmt.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 21. Januar/3. Februar 1909.

Am 8. Februar verläßt König Eduard und die Königin London, um sich nach Berlin zu begeben, von wo Ihre Majestäten wieder direkt hierher zurückkehren. Dieser Besuch gewinnt infolge der jetzigen politischen Lage eine besondere Bedeutung. Indem er auf die Beziehungen zwischen Deutschland

und England zurückwirkt, soll er auch die allgemeine Lage beeinflussen; man muß annehmen, daß dies im Sinne einer Entspannung geschehen wird, wobei ich jedoch den Grad der Entspannung von hier aus nicht beurteilen kann.

Dies ist das Resultat, welches sowohl das Publikum als auch die Presse vor Augen hat und welches sie um so mehr erwarten, als sie haben erkennen müssen, welchen Gefahren der Friede in letzter Zeit ausgesetzt gewesen ist, wobei die Schuld in großem Maße der englisch-deutschen Spannung zugeschrieben wird.

Das Kabinett scheint denselben Wunsch zu hegen, ohne sich jedoch große Illusionen hinsichtlich des erzielbaren Resultates zu machen. Einerseits durch seine Beziehungen zu Frankreich gebunden, die neulich anläßlich des Casablanca-Zwischenfalles eine ernste aber überzeugende Probe bestanden haben, andererseits durch seine Beziehungen zu Rußland, hat England gewiß kein Programm aufgestellt, welches in Berlin zwischen ihm und Deutschland allein zu erörtern wäre. Ich zweifle sogar, daß es beabsichtigt, in eine Diskussion derjenigen Punkte einzutreten, die ihm von seiten Deutschlands unterbreitet werden werden. Ich glaube, daß in dieser Hinsicht sich dasselbe wiederholen wird, wie in London anläßlich des Besuches Kaiser Wilhelms und in Kronberg anläßlich des Besuches König Eduards.

In einer Hinsicht jedoch ist die Stimmung der englischen Regierung eine andere und eine bessere. Welches immer die Haltung der deutschen Politik beim Ausbruch der jetzigen Balkankrise gewesen sein mag, so hat doch die englische Regierung heute die Überzeugung gewonnen, daß seit einiger Zeit wenigstens das Berliner Kabinett in Wien zu Mäßigung rät. Dem Kabinett von London liegt zuviel daran, daß Deutschland diese Haltung auch in Zukunft beibehält, um diese Frage nicht zu berühren, und ich glaube sogar, daß eine ernstliche Anstrengung in dieser Hinsicht gemacht werden wird.

Dies ist vielleicht die einzige Frage, über die König Eduard persönlich sprechen wird. Ich glaube, Seine Majestät ist wenig geneigt, auf die Frage des „Eisernen Ringes" zurückzukommen, der Deutschland angeblich umgibt, wie übrigens auch nicht auf andere Fragen der allgemeinen Politik. Wie ich die Sache ver-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

stehe, geht König Eduard nach Berlin, um die Art und Weise, wie er vom Hofe und von der Bevölkerung in Berlin empfangen werden wird, genau zu beobachten und bei seiner Rückkehr ebenso genau zu beobachten, welchen Eindruck der Berliner Empfang in England hervorgerufen haben wird. Und ich bin geneigt anzunehmen, daß der König hofft, dieser Empfang in Berlin werde besser sein, als man gewöhnlich in England annimmt, und daß folglich auch die moralische Entspannung eine größere sein wird. Aber der König wünscht nicht selbst über Politik zu sprechen. Ich denke, mehr denn je fehlt das gegenseitige Zutrauen, welches für ganz intime politische Gespräche notwendig ist. Und auch der Augenblick scheint ihm für offizielle Unterredungen, was seine eigene Persönlichkeit anbelangt, schlecht gewählt. Daher überläßt er das Wort seinen Ministern.

Ich glaube, ich habe Eurer Exzellenz bereits in privater Weise mitgeteilt, warum König Eduard sich so viel Zurückhaltung auferlegt. Selbst vor der Veröffentlichung im Daily Telegraph und den sich hieraus für die Haltung und Stellung Kaiser Wilhelms ergebenden Folgen hatte man in England, obwohl mit großer Mäßigung, darauf hingewiesen, daß die Rolle des englischen Souveräns zu markant und zu persönlich sei, um mit der Konstitution des Landes in völligem Einklange zu sein. Die Kritik, der Kaiser Wilhelm in Deutschland unterworfen worden ist, hat augenscheinlich auch auf König Eduard gewirkt, und er wird sicherlich alles tun, um derartige oder vielmehr ähnliche Kundgebungen zu verhindern, denn es ist ausgeschlossen, daß solche Kundgebungen hier dieselbe Form wie in Deutschland annehmen könnten.

Die erste Folge ist die, daß der König aus diesem Grunde, und nur aus diesem Grunde, von einem verantwortlichen Mitgliede des Kabinetts begleitet sein wird.

Wenn man die Lage von London aus beurteilt, so erscheint es wichtig, daß dieser Besuch stattfindet. Wenn er aus dem einen oder andern Grunde unmöglich gewesen wäre, so hätte sich die allgemeine Lage sehr wahrscheinlich in viel größerem Maße verschlechtert, als sie sich durch diesen Besuch verbessern wird. In diesem umgekehrten Sinne ist der Besuch gewiß wichtig und unsern Interessen dienlich.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ohne mir ein Urteil über die Stimmung Kaiser Wilhelms und der deutschen Regierung erlauben zu wollen, scheinen jedoch alle Nachrichten über seinen moralischen Zustand darauf hinzuweisen, daß er diesmal weniger Entschlossenheit und persönliche Tätigkeit zeigen wird, als dies sonst anläßlich von Monarchenbesuchen der Fall gewesen ist. Was mich anbelangt, so hoffe ich es, denn im entgegengesetzten Falle, d. h. wenn der Kaiser seine frühere Haltung wiederaufnehmen sollte, als er während der drei in England zugebrachten Wochen beständig und fieberhaft eine englisch-deutsche Annäherung auf Kosten der Übereinkommen Englands mit Frankreich und Rußland herbeizuführen sich bemühte — Bemühungen, welche die Veröffentlichung im Daily Telegraph nur teilweise wiedergibt —, so würde die Enttäuschung, die er unabwendbar erleben müßte, nicht zur Beruhigung der Lage beitragen. Dies hängt ausschließlich von der inneren Lage in Deutschland ab, die ich von hier aus nicht beurteilen kann.

Dieser Brief war geschrieben, ehe ich noch einmal mit Sir Charles Hardinge gesprochen hatte. Ich habe ihn soeben gesehen. Ich fragte ihn, was ich Eurer Exzellenz über den Besuch König Eduards in Berlin mitteilen solle. Er antwortete mir, daß dieser Besuch stattfinden würde, weil der König ihn schuldig sei, und daß man hoffen dürfe, daß die Zusammenkunft einen beruhigenden Einfluß auf die öffentliche Meinung in beiden Ländern ausüben werde; daß der König dieses Mal von einem Mitgliede des Kabinetts begleitet sein würde, da ein derartiger Wunsch in englischen Kreisen ausgesprochen worden ist; daß Lord Crewe die Weisung erhalten habe, nur gewisse afrikanische Fragen zu besprechen und auf die Rüstungsfrage nur einzugehen, wenn sie von den deutschen Ministern erwähnt würde, dies aber nicht selbst zu tun; daß alle andern diplomatischen Fragen, die die deutsche Regierung aufwerfen würde, von ihm, Hardinge, behandelt werden würden: so z. B. die Balkanfrage, die in dem uns bekannten Sinne erörtert werden würde, die Bagdadbahn oder andere; daß dieser Besuch die allgemeine Politik Englands in keiner Weise verändern könne; daß alles beim alten bleiben würde.

Ganz vertraulich fügte Sir Charles hinzu, daß ein Teil

des englischen Publikums Hoffnungen hege, die er für übertrieben hält. Ich kann Ihnen nur erklären, sagte er mir, daß nach unserer Meinung im Foreign Office, solange eine Frage der Flottenrüstungen besteht, das an und für sich wünschenswerte Resultat ganz normaler Beziehungen zwischen Deutschland und England unerreichbar sein wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 28. Januar/10. Februar 1909.

Grey sagt mir, er sähe keine Anzeichen, daß die deutsche Regierung anläßlich des Berliner Besuches auf die Frage der Bagdadbahn zurückzukommen gedenkt. Wenn dies dennoch geschehen sollte, so würde Hardinge bei der schon gegebenen Antwort verharren, daß das Londoner Kabinett bereit ist, zu vieren zu verhandeln, nicht aber zu zweien. Grey hält es jedoch nicht für völlig ausgeschlossen, daß Deutschland diesmal Verhandlungen zu vieren annimmt, was eine Feststellung unseres Standpunktes notwendig macht. Grey hat mir die Instruktionen, die Crewe und Hardinge gegeben worden sind, wiederholt. Er hat Metternich erklärt, daß das Londoner Kabinett die Frage des Flottenbudgets nicht anregen werde, aber bereit sei, über dasselbe zu sprechen, wenn Deutschland die Initiative dazu ergreife. Im Laufe dieser Unterredung mit Metternich ist die Bagdadbahn nicht erwähnt worden.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 2./15. Februar 1909.

Ihr Telegramm Nr. 183 erhalten. Nachdem Grey ein Telegramm ähnlichen Inhaltes vom englischen Botschafter in Petersburg erhalten hatte, hat er mich zu sich gerufen und mir erklärt, er bedaure aufrichtig, daß die russische Regierung die Meinung hegen könne, daß in der Orientierung der englischen Politik im nahen Osten eine Änderung eingetreten sei. Das Pressecommuniqué über die Resultate des Berliner Besuches ist in den gewöhnlichen wohlwollenden Ausdrücken gehalten, aber es wird in demselben direkt darauf hingewiesen, daß die

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Gemeinsamkeit der Ansichten der englischen und deutschen Regierung in Balkanfragen sich auf die Erhaltung des Friedens, des status quo und des neuen Regimes in der Türkei bezieht. Grey erklärt auf das entschiedenste, daß die Politik Englands noch immer dieselbe ist wie bei Ihrem letzten Besuche in London, daß England gemeinsam mit Rußland im nahen Osten vorzugehen wünscht und wie früher bereit ist, uns seine diplomatische Unterstützung zugunsten Serbiens zuteil werden zu lassen. Andererseits erblicke ich keine Anzeichen irgendeiner Änderung in der englischen Politik, es sei denn, daß England jetzt mehr denn je die Erhaltung des Friedens wünscht. Mit dem nächsten Kurier schreibe ich Ihnen Einzelheiten über den Berliner Besuch, dessen Hauptergebnis darin besteht, daß England die Überzeugung gewonnen hat, Deutschland wolle keinen Krieg und sei bereit, nach Maßgabe seiner Kräfte der Sache des Friedens zu dienen. Hinsichtlich der Mittel und Wege, einen österreichisch-serbischen Konflikt zu verhindern, hat Grey mir gesagt, er werde mir seine Antwort in der allernächsten Zeit zukommen lassen.

Brief des russischen Geschäftsträgers in London Poklewski-Koziell an den russischen Außenminister vom 3./16. Februar 1909.

Am 31. Januar/13. Februar sind Ihre Majestäten aus Berlin zurückgekehrt, und dieser Besuch ist in der Presse fast der ganzen Welt als sehr befriedigend bezeichnet worden.

Soviel ich gehört habe, hat diese Reise bei dem Könige und der Königin den allerangenehmsten Eindruck hinterlassen, und Sir Charles Hardinge hat mir bestätigt, daß der Empfang sowohl von seiten des deutschen Kaiserpaares als auch der Berliner Bevölkerung ein sehr warmer und herzlicher gewesen ist und daß die wenigen politischen Gespräche, die er mit dem Reichskanzler und Baron Schön geführt hat, einen liebenswürdigen und versöhnlichen Charakter hatten.

Aus meinen weiteren Fragen hat sich jedoch ergeben, daß diese Unterredungen nur einen ganz allgemeinen Charakter hatten, daß man sich sorgsam gehütet hat, solche Fragen zu erwähnen, in denen sich in letzter Zeit ein Gegensatz zwischen

den beiden Regierungen gezeigt hatte, und daß deshalb Sir Charles selbst zugibt, dieser Besuch habe zu keinen greifbaren Resultaten geführt.

Von seiten der deutschen Regierung ist die Frage der Flottenrüstungen und der Bagdadbahn gar nicht erwähnt worden, weshalb sie, wie hier vorher beschlossen worden war, auch von englischer Seite nicht aufgeworfen wurde.

Fürst Bülow hat viel davon gesprochen, daß er niemals die Ansicht des Wiener Kabinetts geteilt habe, England wolle allgemeine Verwicklungen hervorrufen und benutze zu diesem Zwecke die durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina hervorgerufene Krise. Er hat hierbei Aehrenthal nicht geschont, hat seine Handlungsweise verurteilt und sich über die schwierige Stellung Deutschlands beklagt, welches verpflichtet sei, seinen Bundesgenossen und dessen Politik, welcher es nicht immer zustimmen könne, zu unterstützen. Der Reichskanzler hat auch seiner lebhaften Freude anläßlich des Marokko-Übereinkommens mit Frankreich Ausdruck verliehen; er beteuerte die Friedensliebe der deutschen Politik und wies darauf hin, daß man von Berlin aus schon oft beruhigende Ratschläge in Wien erteilt habe. Er sprach sich für die Erhaltung des status quo auf dem Balkan aus, und als Sir Charles auf die Sympathien Englands zum neuen türkischen Regime hinwies, beteuerte er, daß Deutschland der neuen Ordnung der Dinge in Konstantinopel ebenso wohlwollend gegenüberstehe. Mit einem Wort, Fürst Bülow sagte solche Dinge, die bei seinen englischen Zuhörern nur das allerangenehmste Echo finden konnten.

Eine beunruhigende Note in den Ergüssen des Deutschen Reichskanzlers war nur die Erwähnung des Umstandes, daß Österreich augenscheinlich Serbien gegenüber die Geduld zu verlieren beginnt. Er drückte hierbei den Gedanken aus, daß, wenn serbische Banden in Bosnien einbrechen sollten und Österreich hierdurch veranlaßt würde, in Serbien einzurücken, die Mächte vom Wiener Kabinett die Zusicherung erhalten müßten, daß die Unabhängigkeit und jetzigen Grenzen des slawischen Königreiches unberührt bleiben würden, was Rußland beruhigen und ihm erlauben würde, neutral zu bleiben.

Ich bemerkte hierauf Hardinge, daß die letzten Worte des

Fürsten Bülow vielleicht den Zweck verfolgten, England auf einen bevorstehenden bewaffneten Zusammenstoß zwischen Serbien und Österreich vorzubereiten; Hardinge war jedoch mit mir nicht einverstanden, indem er mir erklärte, der Reichskanzler sei äußerst besorgt, daß ein derartiges Ereignis, selbst wenn die geeigneten Garantien vorlägen, Rußland zu einer Einmischung veranlassen könne. Fürst Bülow hat gleicherweise erklärt, daß Österreich bereit sein wird, Serbien vorteilhaftere Handelsbedingungen und einen Zugang zur Adria zu gewähren; er bestritt aber die Möglichkeit, z. B. Spizza an Montenegro zu überlassen, da Kaiser Franz Joseph fest entschlossen sei, auch nicht einen Zoll österreichisch-ungarischen Territoriums abzutreten. Den Worten Sir Charles' zufolge ist hiermit der Inhalt seiner politischen Unterredungen mit den Führern der deutschen Politik erschöpft, und das Hauptergebnis besteht darin, daß die englische Regierung die Überzeugung gewonnen hat, daß Deutschland den Frieden wünscht und daß es bereit ist, im kritischen Augenblicke sein ganzes Gewicht auf die Seite derjenigen Mächte zu stellen, die die Erhaltung des europäischen Friedens erstreben. England ist natürlich gewillt, diese Stimmung Deutschlands auszunutzen, und vielleicht schon in allernächster Zeit wird es sich erweisen, ob die Worte des Fürsten Bülow aufrichtig gemeint waren.

Die öffentliche Meinung Englands hat die Berliner Begegnung mit der größten Sympathie verfolgt, und sowohl in der Presse als auch in politischen Kreisen wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Beziehungen zu Deutschland sich ernstlich bessern werden. Aber die rauhe Wirklichkeit schont keine Illusionen, und schon heute wird in der englischen Thronrede die Notwendigkeit erwähnt, die Kredite für die Flottenrüstungen zu erhöhen. In kurzer Zeit wird das radikale Kabinett vorschlagen und das friedlich gestimmte Parlament bewilligen, daß die Steuern zur Deckung dieser Ausgabe bedeutend erhöht werden, und dies wird in dem Bewußtsein geschehen, daß die neuen schweren Opfer die Folge der maritimen Rüstungen Deutschlands sind. Derartige Argumente machen tieferen Eindruck auf die öffentliche Meinung als schöne Worte und aufrichtige Liebenswürdigkeiten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief des russischen Botschafters in Berlin Osten-Sacken an den russischen Außenminister Iswolsky vom 6./19. Februar 1909.

In meinem Telegramm vom letzten Dienstag habe ich Euerer Exzellenz einen kurzen Bericht meiner Unterredung mit dem Staatssekretär über die politischen Resultate des Besuches König Eduards in Berlin mitgeteilt.

Sie wissen bereits, daß kein schriftliches Übereinkommen unterzeichnet worden ist. Alles hat sich auf Unterredungen zwischen dem Reichskanzler und Sir Charles Hardinge beschränkt. Baron Schön hat mir versichert, daß selbst zwischen den beiden Monarchen kein Wort über Politik gesprochen worden ist, und erst im Augenblicke der Abfahrt auf dem Bahnhofe habe König Eduard Kaiser Wilhelm gesagt, er finde die Erregung in der öffentlichen Meinung und der Presse in England anläßlich der progressiven Vermehrung der deutschen Flotte lächerlich. Der König hätte hinzugefügt: Du hast die Zustimmung des Reichstages zu dem Programm erhalten, das du für die Deutschland notwendige Seestreitkraft aufgestellt hast, und du mußt dieses Programm ausführen. Was die Unterredungen zwischen Sir Charles Hardinge und dem Fürsten Bülow anbelangt, so bezogen sie sich ausschließlich auf Balkanfragen.

Baron Schön zufolge ist weder von der Bagdadbahn, noch von Persien, noch von der Erwerbung von Kohlenstationen in afrikanischen oder asiatischen Gewässern die Rede gewesen. Was den Balkan anbelangt, so ist ein völliges Einvernehmen des beiderseitigen Standpunktes festgestellt worden, nämlich die Notwendigkeit, den status quo zu erhalten und vor allem einen Bruch zwischen Österreich, Serbien und Montenegro zu vermeiden. Dies hält Hardinge für die größte Gefahr auf dem Balkan. Nachdem Hardinge sich überzeugt hatte, daß Österreich jede territoriale Kompensation verweigere, hat er auf der Notwendigkeit bestanden, Serbien und Montenegro ökonomische Vorzüge zu gewähren. Er habe sich sogar bereit erklärt, als Vermittler, allerdings nur als offiziöser, zwischen Österreich und Serbien aufzutreten, um von letzterem zu erlangen, daß das Belgrader Kabinett sich jeder Handlung enthält, die von der Donaumonarchie als Provokation betrachtet werden könnte.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Mit einem Worte, alle beide haben sich bereit erklärt, gemeinsam an der Beruhigung des Balkans zu arbeiten.

Hardinge hat den Reichskanzler zum Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko beglückwünscht. Das Londoner Kabinett erblickt hierin ein wertvolles Unterpfand für den Frieden und ist bereit, alle weiteren derartigen Bestrebungen zu unterstützen. Diesen Zweck verfolge auch der Besuch König Eduards in Berlin. Die Anwesenheit Seiner Majestät in der deutschen Hauptstadt sei nicht nur ein Beweis seiner freundschaftlichen Gefühle für Kaiser Wilhelm, sondern sei auch ein Deutschland gegebenes Pfand, daß das englische Volk keine Feindschaft ihm gegenüber hege. England wünsche zwischen den beiden Ländern gutnachbarliche Beziehungen zu unterhalten. Der englische Staatssekretär hat hinzugefügt, daß König Eduard durch die Haltung der Berliner Bevölkerung sehr gerührt sei und an den Empfang im Rathause die beste Erinnerung bewahren werde.

Dies ist der Inhalt der Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem englischen Unterstaatssekretär, des einzigen politischen Gespräches während des Besuches.

Die Presse glaubt mehr zu wissen, und ich habe Ihnen bereits einige Beispiele zukommen lassen. Es ist schwer zu bestimmen, ob die Quelle dieser Enthüllungen Zutrauen verdient. Sollte ich später noch irgendeine Einzelheit erfahren, so werde ich sie Ihnen mitteilen.

Die Beziehungen des Fürsten Bülow zum Kaiser bleiben dieselben: eine korrekte und etwas reservierte Haltung von seiten des Monarchen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 28. Januar/10. Februar 1909.

Grey hat mir gegenüber seine Befriedigung mit dem deutsch-französischen Marokko-Abkommen ausgedrückt. Er ist der Ansicht, daß das Verschwinden dieser Frage aus der Reihe derjenigen, welche den Frieden beständig bedroht haben, ein wichtiges Unterpfand zur Erhaltung des Friedens ist. Dieses unerwartete Übereinkommen scheint ihm eine Änderung in der Art und Weise des deutschen Vorgehens zu bedeuten, was allen

zugute kommen würde. Sein vollständiges Vertrauen in die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und England läßt bei ihm keine Besorgnis wegen eines möglichen Hintergedankens Deutschlands aufkommen. Grey hofft, daß das Gefühl der Isolierung, welches sich in Deutschland immer mehr verbreitete, jetzt nicht mehr so stark sein wird. Er ist damit durchaus zufrieden. Denn obwohl seiner Ansicht nach dieses Gefühl nicht berechtigt war, so hat es doch der deutschen Politik eine Haltung eingeflößt, welche zu einer wirklichen Isolierung hätte führen können. Er sagt mir, der Krieg wäre unvermeidlich geworden erstens, wenn Deutschland wirklich isoliert wäre, und zweitens, wenn es die Hegemonie in Europa erlangt hätte. Da die letzte Gefahr nicht mehr besteht, so begrüßt er alles, was die erstere vermindert.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 15./28. Mai 1909.

Der Besuch Kaiser Wilhelms in Wien und die Herzlichkeit der Monarchenzusammenkunft wird immer noch von den hiesigen Zeitungen besprochen, welche betonen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn durch neue Bande gekräftigt worden sind. Die Zeitungen sind mit der Festigkeit des Dreibundes zufrieden und weisen auf seine friedlichen Ziele und seine Bedeutung für die Erhaltung des allgemeinen Gleichgewichtes in Europa hin. Das Bestreben, der letzten Monarchenzusammenkunft in Wien besondere politische Bedeutung beizulegen, erklärt sich einerseits aus dem Wunsche der deutschen offiziösen Presse, die Aufmerksamkeit von der ziemlich verwickelten inneren Lage abzulenken, die durch die Durchführung der Finanzreform hervorgerufen worden ist, und andererseits besteht augenscheinlich der Wunsch, in Anbetracht der sich immer schwieriger gestaltenden Beziehungen zu England zu beweisen, daß Deutschland nicht isoliert sei.

Trotz aller Versuche einer Annäherung, wie die Entsendung von Deputationen und Austausch von Begrüßungen und Reden zwischen verschiedenen englischen und deutschen Gesellschaften, wobei die Gemeinsamkeit der kulturellen Interessen beider Länder betont wird, scheint das gegenseitige Mißtrauen zwischen

England und Deutschland nicht zu verschwinden, sondern immer tiefere Wurzeln zu schlagen.

Symptomatisch ist einerseits die englische Furcht eines deutschen Angriffes auf England, wie dies in den phantastischen Gerüchten über deutsche Spione und Luftschiffe zum Ausdruck kommt. Andererseits sind für die deutsche Stimmung die beständigen Hinweise auf die Feindseligkeit der englischen Politik Deutschland gegenüber bedeutsam, ohne von der fieberhaften Tätigkeit der deutschen Behörden zu sprechen, um die Flotte für den Fall eines Zusammenstoßes mit England zu verstärken.

Unter dem Einflusse dieses Gedankens sucht Deutschland seine Beziehungen zu Frankreich zu verbessern und befürchtet die Möglichkeit einer noch weiteren Annäherung der russischen und englischen Politik, nicht nur in den speziell orientalischen Fragen, sondern auch in solchen, die die Weltpolitik betreffen.

Bemerkenswert ist das Urteil der deutschen Presse über unsere Handlungsweise in Persien, denn die Zeitungen suchen zu beweisen, daß die von uns getroffenen Maßnahmen den Wünschen Englands kaum entsprechen dürften.

Brief des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister vom 28. Oktober/10. November 1909.

Einige englische Minister haben gestern während des Bankettes im Guildhall politische Reden gehalten. Nachdem Asquith darauf hingewiesen hatte, daß in einigen Fragen der imperialistischen Politik bedeutende Fortschritte erzielt worden sind, hat er über die allgemeine internationale Lage ein optimistisches Urteil geäußert. Nachdem er die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen England, Japan und Amerika berührt hatte, betonte er die Tatsache, daß das Übereinkommen Englands mit einigen andern Staaten bewiesen hat, daß es keine selbstsüchtigen oder aggressiven Ziele verfolgt, und daß jetzt kein Hindernis besteht, die Beziehungen zu Deutschland zu regeln, was im Interesse beider Staaten liege.

Ohne für die Richtigkeit meiner Angaben bürgen zu können, glaube ich annehmen zu dürfen, daß der sich hier schon zwei Wochen aufhaltende deutsche Kolonialminister Dernburg in seinen Unterredungen mit den hiesigen politischen Führern die

Frage einer Regelung der deutsch-englischen Beziehungen angeregt hat und daß der englische Ministerpräsident nur nach diesem Meinungsaustausche seinem Wunsche, die Beziehungen der beiden Länder gebessert zu sehen, so offen hat Ausdruck geben können.

Bericht des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 30. Oktober/12. November 1909.

In Deutschland macht sich in letzter Zeit immer mehr das Bestreben bemerkbar, bessere und aufrichtigere Beziehungen zu England herzustellen. Diese Bestrebungen finden sowohl in der Presse als auch in den Reden des deutschen Kolonialministers in England nach seiner Rückkehr aus Afrika Ausdruck.

Man muß annehmen, daß diese neue anglophile Strömung von der Regierung gefördert wird, und sie bildet vielleicht eine Antwort auf die kürzlichen Erklärungen Asquiths, das Londoner Kabinett habe seinerzeit Deutschland einen Vorschlag gemacht, sich über die Einschränkung der Rüstungen zur See zu einigen.

Auf alle Fälle erklärt die Presse einstimmig, daß der Kanzlerwechsel ein Einverständnis mit England erleichtert habe, und daß, seitdem der englandfreundliche Bethmann Hollweg sein Amt angetreten habe, in dieser Hinsicht schon ein großer Schritt vorwärts getan worden sei. Der glänzende Empfang, der Dernburg in England zuteil geworden ist, die deutsch-englischen Verhandlungen über den Kongo, die Reden der Admirale Köster und Seymour anläßlich der Anwesenheit der deutschen und englischen Flotte bei den Hudson-Feierlichkeiten, alle diese Ereignisse beweisen die freundschaftlichen Gefühle, die wieder im deutschen und im englischen Volke zum Ausdrucke kommen.

Die Eile und die Bestimmtheit, mit der die „Enthüllungen" des früheren Diplomaten vom Rath offiziell dementiert worden sind, beweisen, wie sehr man in Berlin das Wohlwollen Englands schätzt und wie sehr man alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen sucht, die eine Verzögerung oder Verlangsamung der Herstellung besserer Beziehungen bedeuten könnten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 23. Dezember 1909/5. Januar 1910.

So nahe auch die allgemeinen Wahlen bevorstehen, so schwer ist es, ihr Ergebnis vorauszusehen. Die Reden folgen aufeinander, ohne daß sie ein neues Licht auf die Lage werfen. Alles ist schon gesagt worden, und man beschränkt sich auf Wiederholungen, welche natürlich eine immer schärfere Form annehmen. Die Frage des Oberhauses, vielmehr seine legislative Gewalt, tritt immer deutlicher in den Vordergrund, aber selbst in dieser Hinsicht gibt es weder ein Programm noch eine vorgeschlagene Lösung. . . .

Der jetzige Wahlkampf wird jedoch, abgesehen von diesen rein inneren Fragen, durch das Wiederaufflackern eines unerwarteten Chauvinismus gekennzeichnet. Dies findet seinen Ausdruck in dem Gespenst der deutschen Gefahr, welche ein wenig von allen Parteien betont wird, aber ganz hauptsächlich von den Konservativen. Es handelt sich nicht mehr allein um mehr oder weniger sensationelle Zeitungsartikel, sondern um ernste Redner wie Lord Cromer, Lord Curzon und andere.

Ich habe neulich den deutschen Botschafter gefragt, was er über die Haltung der englischen Parteien während des Wahlkampfes vom Standpunkte der englisch-deutschen Beziehungen aus halte. Er hat mir geantwortet, daß trotz des Deutschland feindlichen Lärmes, den wir um uns hörten, er sich nicht besserer Beziehungen zwischen den beiden Regierungen erinnere; wenn die konservative Partei ans Ruder gelange, so werde man sie zuerst an der Arbeit sehen müssen; eine Versammlungs- und Pressepolemik wie die jetzige habe natürlich sehr schlechte Seiten, er könne ihr aber keine übertriebene Bedeutung beimessen und sei durch sie nicht allzusehr beunruhigt.

Mein deutscher Kollege glaubt, daß die konservative Partei das Land überzeugen will, daß es für alle Ereignisse gerüstet sein muß — und dieser Standpunkt wird vom ganzen Lande geteilt; aber wenn die einflußreichen Persönlichkeiten wirklich ehrgeizige oder sogar aggressive Ziele verfolgten, so würden sie sich hüten, so oft und so laut über dieselben zu sprechen. Dem Grafen Metternich zufolge handelt es sich um ein Wahlmanöver einer Partei, die, abgesehen von der sehr strittigen Frage der

Tarifreform, kein bestimmtes Programm besitzt, was immer eine Schwäche bedeutet.

Was mich anbelangt, so teile ich vollkommen die Ansicht meines deutschen Kollegen. Ich glaube sogar, daß diese ganze Agitation nicht sehr weit geht, da sie vor allem durch die Reden eines glänzenden populären und erfahrenen, aber auch eines unzufriedenen Parteiführers genährt wird — ich meine Admiral Lord Charles Beresford.

Meiner Ansicht nach liegt dieser Agitation der verborgene Wunsch zugrunde, wenn nicht ein Übereinkommen zu erzielen, so doch beruhigt zu werden, und ein greifbarer Beweis einer Entspannung würde von der großen Masse des Publikums mit Freuden begrüßt werden.

Ohne besonders optimistisch zu sein, was das Resultat der Bagdadbahn-Verhandlungen anbelangt, glaube ich dennoch, daß diese Annäherungsbestrebungen sofort nach Beendigung der Wahlen auf die eine oder andere Art und Weise wiederaufgenommen werden werden. Ich glaube, dies ist der Wunsch Englands, und ich glaube mich nicht zu irren, daß dies auch von Deutschland gilt. In dieser Hinsicht kann ich nicht die Meinung Pichons teilen, die in einem Briefe unseres Botschafters in Paris erwähnt wird. Diese Ansicht stützt sich auf das Phänomen, daß auf dem Kontinent die radikalen Parteien und noch mehr die Sozialisten sich für ausländische Politik wenig interessieren und gegen Rüstungen sind. Eine derartige Verallgemeinerung trifft auf dieser Seite des Kanals nicht zu.

Es besteht kaum ein Unterschied zwischen dem Interesse der Konservativen und der Radikalen an der auswärtigen Politik, und was die Notwendigkeit von Rüstungen anbelangt, so stimmen beide Parteien überein. Die Ansicht Pichons trifft jedoch für Wahlperioden zu; die ausländische Politik ist nichts anderes als eine Wahlparole. Dies ist meine Auffassung von der jetzigen antideutschen Agitation.

Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 18./31. März 1911.

Der englische Außenminister hat dem Gedanken eines englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages zugestimmt, wel-

cher sich nicht in den bisher üblichen Grenzen halten, sondern sich auf alle Fragen erstrecken würde. Diese Erklärung hat sowohl in hiesigen Regierungskreisen, als auch in der öffentlichen Meinung ein gewisses Aufsehen erregt.

In dieser Erklärung Greys ist man geneigt den ersten Schritt zu einer Annäherung zwischen England und Amerika zu erblicken, welch letztere in der deutschen Presse einen für die deutschen Interessen bedrohlichen Charakter annimmt — eine Koalition Englands und Amerikas unter möglicher Beteiligung Frankreichs. Diese Befürchtungen schwächen den Eindruck der Rede Greys ab, welche die Hoffnung auf eine Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und England erweckt hatte.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 1./14. März 1911.

Grey hat mir erklärt, er habe mir eine sehr vertrauliche Mitteilung zu machen. Die deutsche Regierung hat soeben einen Schritt erneuert, der bereits im Laufe der beiden letzten Jahre erfolgt war, ohne zu irgendwelchen praktischen Folgen zu führen. Es handelt sich um einen Vorschlag, in direkte Verhandlungen über näher zu bestimmende Fragen einzutreten. Das Berliner Kabinett hat hinzugefügt, es würde nützlich sein, eine allgemeine Formel zu finden, um die zukünftigen Beziehungen zwischen beiden Staaten näher zu bestimmen.

Sir Edward hat mir erklärt, daß gewisse Interessen Englands und die Interessen des allgemeinen Friedens eine Verbesserung der Beziehungen zwischen England und Deutschland wünschenswert erscheinen lassen, indem ein Übereinkommen getroffen wird, welches das deutsch-französische Marokko-Abkommen und die augenblicklichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland ergänzt.

Das Londoner Kabinett hat folglich drei Punkte angedeutet, die die Grundlagen eines Übereinkommens bilden könnten: 1. die Bagdadbahn, 2. die Eisenbahnen in Südpersien, 3. die Rüstungen. Ich fragte den Minister, ob er den Ausdruck Bagdadbahn näher bestimmt habe. Er sagte, er habe die Frage mit diesem einen Worte ohne weitere Erläuterungen bezeichnet.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Dasselbe könne auch von der Eisenbahn in Südpersien gesagt werden, und er fügte hinzu, es handele sich für England hauptsächlich darum, sich gegen die Gefahr deutscher Eisenbahnkonzessionen in diesen Gebieten zu sichern, da England die ausschließliche Kontrolle über diejenigen Linien haben müsse, deren Konzession es in Zukunft für sich verlangen werde. Dies bedeute nicht, daß England sich in rein finanzieller Hinsicht einer deutschen Teilnahme widersetzen werde, ebenso nicht wie einer französischen und russischen Teilnahme, falls dies gewünscht werden sollte.

Sir Edward sagte nichts über die Rüstungen. Seine Ansicht in dieser Hinsicht ist Ihnen bereits bekannt. Ich glaube nicht, daß er an die unmittelbare Verwirklichung dieses Gedankens glaubt, aber es liegt ihm daran, ihn zur Diskussion zu bringen.

Über die Frage einer allgemeinen Formel, die Deutschland vorgeschlagen hat, hat der Minister sich ausführlich geäußert. In seiner ersten Antwort an die deutsche Regierung habe er einen derartigen Gedanken nicht völlig von sich gewiesen, aber bemerkt, daß die Übereinkommen Englands mit Rußland und Frankreich keine derartige allgemeine Formel enthalten, daß auf alle Fälle das Londoner Kabinett keine annehmen könne, welche die jetzigen Beziehungen zu den Kabinetten Petersburgs und Paris beeinträchtigen würde, daß er aber eventuelle Vorschläge der deutschen Regierung prüfen wolle.

Als Erläuterung fügte Sir Edward hinzu, daß er den Nutzen einer derartigen allgemeinen Formel nicht einsehe und daß eine solche nur möglich wäre, wenn sie so abgefaßt würde, daß Rußland und Frankreich ihr beitreten könnten; dies würde zu einem gewissen allgemeinen Abkommen führen, welches jedoch den jetzigen Zustand nicht verändern könnte.

Ich dankte Sir Edward für seine Mitteilungen und fügte hinzu, daß Euere Exzellenz den ganz besonders freundschaftlichen und vertraulichen Charakter derselben schätzen würden.

Die in Aussicht genommenen Verhandlungen beziehen sich also nicht auf drei, sondern auf vier Punkte: die drei von England vorgeschlagenen und die allgemeine Formel des Kabinetts von Berlin.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 15./28. März 1911.

Infolge der Abreise unseres letzten Kuriers habe ich noch nicht Zeit gefunden, Ihnen meine Ansicht über die mir von Grey gemachten Mitteilungen zukommen zu lassen. . . .

Ich brauche nicht ausführlich über die Frage der Rüstungen zu sprechen, die, wie mir scheint, mehr eine Formsache ist; selbst wenn diese nicht gelöst werden könnte, würde es nicht bedeuten, daß die in Aussicht genommenen Verhandlungen zu keinem praktischen Resultate geführt haben. Es bleibt mir nur übrig, den Punkt zu erwähnen, der auf die Initiative Deutschlands zurückzuführen ist — die allgemeine Formel, die die zukünftigen Beziehungen der beiden Mächte umfassen soll. In politischer Hinsicht scheint mir dies der wichtigste Punkt zu sein. Er würde ein englisch-deutsches Übereinkommen über alle uns direkt interessierenden Fragen bedeuten — Türkei, Persien und überhaupt den Osten.

Sie werden bemerkt haben, daß Grey in seiner Antwort seiner festen Absicht Ausdruck verliehen hat, auf dem Boden der Entente der drei Mächte zu bleiben, wodurch also jedes Projekt eines ausschließenden Abkommens zwischen England und Deutschland abgelehnt wird.

Ich kann jedoch nicht leugnen, daß die öffentliche Meinung Englands heute weniger abgeneigt ist, Deutschland Zugeständnisse zu machen und die Beziehungen zwischen beiden Ländern inniger zu gestalten, als dies bis jetzt der Fall war, und ich muß hinzufügen, daß der Schleier, der in den Augen des großen Publikums unsere Verhandlungen mit Deutschland zudeckt, hier wie eine ätzende Lösung wirkt und daß es in unserem Interesse liegt, diesem Zustande so bald wie möglich ein Ende zu machen.

Wie allgemein bekannt, ist aus besonderen Gründen die englisch-russische Entente in den parlamentarischen Kreisen der äußersten Linken nie beliebt gewesen. Die deutschfreundliche Propaganda hat sich zuerst an diese Partei gewandt und hat dann unsere jetzigen Verhandlungen mit Deutschland dazu benutzt, um weitere Kreise der liberalen Partei an sich zu ziehen. Das Ziel ist noch lange nicht erreicht, aber gewisse Blätter, wie

die Westminster Gazette, widersetzen sich nicht mehr systematisch dem Gedanken besserer Beziehungen zu Deutschland. Ich weiß nicht, ob Euere Exzellenz sich eines Berichtes erinnert, den ich vor zwei Jahren über eine Unterredung mit Lord Curzon eingeschickt habe. Dieser Staatsmann hat mir erklärt, daß seiner Ansicht nach die Bedingungen der über Persien abgeschlossenen Konvention für England unvorteilhaft seien, und daß er deshalb gegen die Konvention gewesen sei; prinzipiell jedoch befürworte er so sehr eine Entente zwischen England und Rußland, daß er sich mit diesen Fehlern gern aussöhnen wolle, wenn es gelänge, die Entente während der schwierigen ersten Jahre aufrechtzuerhalten.

Dies ist bis jetzt der Fall gewesen, ist es aber heute nicht mehr ganz. Ich habe nicht gehört, daß die Erhaltung der Entente in Frage gestellt wäre — man spricht jetzt aber weniger von der Entente, trotz der Reden Greys im Parlamente.

Eine derartige Stimmung unterstützt die Annäherungsbestrebungen an Deutschland, und diese werden erst eine Schwächung erfahren, nachdem man sich über die Tragweite unserer Verhandlungen mit Deutschland klar geworden sein wird.

Der wichtigste Punkt ist unsere Aktionsfreiheit in der Frage der türkischen vierprozentigen Zollerhöhung. Steht diese einmal fest, so wird England wissen, bis zu welchem Grade es auf unsere Unterstützung bei den Bagdadbahn-Verhandlungen wird rechnen können, und dadurch wird der Eindruck verhindert werden, daß die russische Politik an den Zugeständnissen schuld sei, die England in dieser Frage wird machen müssen.

Ich glaube nicht, daß es ihm möglich sein wird, alle seine Ansprüche hinsichtlich Koweits und der Linie Bagdad nach dem Persischen Golfe aufrechtzuerhalten. Es wird sich vielmehr darum handeln, den türkischen Vorschlag in einem für England günstigen Sinne abzuändern.

Auch scheint es mir dringend notwendig, im jetzigen Augenblick jeden Gegensatz zwischen russischen und englischen Interessen in den persischen Eisenbahnfragen zurücktreten zu lassen, indem wir uns mit denjenigen Linien einverstanden erklären, deren Bau unabwendbar ist. Auch sollten wir alle andern Fragen im Geiste des größten Entgegenkommens erledigen, wie z. B.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

die Frage der Grenze der territorialen Gewässer. Sonst dürfte es für Deutschland allzu vorteilhaft werden, mit uns und mit England getrennt zu verhandeln. Jeder Anschein eines Gegensatzes zwischen uns und England würde Deutschland unmittelbar nützen.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 9./22. November 1911.

In einem meiner vorherigen Briefe habe ich Euerer Exzellenz berichtet, daß im Parlamente die Opposition gegen die Politik Sir Edward Greys wächst. Da ich vollkommenes Zutrauen zu seinem Einflusse auf das Parlament habe, würde ich diesem Umstande keine besondere Bedeutung beilegen, wenn ich nicht auch an andern Orten gewisse Beobachtungen gemacht hätte, über die ich Ihnen einige Einzelheiten mitteilen will.

In der öffentlichen Meinung und der Presse sowohl Deutschlands als auch Englands herrscht die bestimmte Ansicht, daß die Beziehungen beider Länder vielleicht noch niemals so gespannt gewesen sind wie soeben, und wie dies bis zu einem gewissen Grade auch jetzt noch der Fall ist. Ich bin der Ansicht, daß man dieser Tatsache keine allzu große Bedeutung beilegen darf, wenigstens was die Zukunft anbelangt.

Es ist allerdings wahr, daß die Annäherungsversuche, von denen ich Euerer Exzellenz gesprochen habe, plötzlich zu einem Stillstand gekommen, vielmehr unterbrochen worden sind; es ist wahr, daß die Leidenschaften sich erhitzt haben und daß die Sprache nicht nur der Presse, sondern auch der Diplomatie eine bis jetzt unbekannte Schärfe angenommen hat. Aber gerade dieses ruft bei mir gewisse Erwägungen hervor.

Denn wenn man in England einerseits unbedingtes Vertrauen in die Zukunft des ungeheuren russischen Reiches hat, was uns hier stärkt, so läßt sich andererseits nicht leugnen, daß England und Deutschland eine gewisse Achtung voreinander haben, so daß sie sich in gewissen Fragen nachahmen und in vielen Punkten bewundern. Um meine Gedanken klarer auszudrücken — weder das eine noch das andere Land hegt diese Bewunderung für Frankreich.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die letzten Ereignisse haben es mit sich gebracht, daß sich die beiden Staaten plötzlich einander gegenübergestanden sind. Man konnte nicht weiter gehen. Sie haben sich gegenseitig gemessen. Daß hierbei der Gegensatz verschärft werden mußte, ist klar, doch kann sich dieses leicht ändern. Das öffentliche Leben in England ist schwer zu verstehen und zu beurteilen, aber die vollkommene Freiheit seiner Entwicklung bringt es mit sich, daß gewisse Strömungen schneller als anderswo entstehen.

Ich wäre erstaunt, wenn aus dieser selben Krise nicht eine Reaktion im Sinne einer Annäherung hervorgehen würde, und zwar könnte dies schneller eintreten, als man allgemein glaubt. Ich glaube, daß die parlamentarische Opposition, die ich erwähnt habe, ein gewisses Anzeichen ist. Andererseits haben die Versuche, eine Versöhnung herbeizuführen, ohne Zweifel bereits eingesetzt, und zwar kommen sie aus Deutschland. Ich will keine übertriebenen Folgerungen aus dem Gesagten ziehen. Da die parlamentarische Opposition die Ententepolitik Sir Edward Greys unterstützt, welcher der König ebenso zugetan ist wie sein verstorbener Vater, so bildet dies eine Gewähr für die Dauer der Greyschen Politik. Es besteht für mich aber kein Zweifel, daß, wenn diese Politik aus dem einen oder andern Grunde aufgegeben werden müßte, die Isolierung Englands zu seiner Versöhnung mit Deutschland führen würde.

In diesen Erwägungen ist der Grund zu suchen, weshalb es Grey so sehr daran gelegen ist, alle Interpellationen beantworten und den Erfolg seiner Politik im Interesse des allgemeinen Friedens betonen zu können. Deshalb habe ich auch mit großer Beunruhigung in Persien einen Zwischenfall entstehen sehen, der in einem politisch so ungünstigen Zeitpunkte leider größere Bedeutung angenommen hat.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 26. Januar/8. Februar (?) 1912.

Ich bitte um die Erlaubnis, meine Beobachtungen über die Politik Englands, über die ich Euerer Exzellenz schon oft, aber nur fragmentarisch geschrieben habe, jetzt in einem Briefe zusammenfassen zu dürfen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich kann keinen bessern Ausgangspunkt finden, als Sie an die Worte zu erinnern, die Grey vor ein paar Wochen an mich gerichtet hat.

Den Gedankengang entwickelnd, wie wichtig es sei, unsere Kooperation in Persien aufrechtzuerhalten, fügte der Minister fast wörtlich hinzu: „An dem Tage, an dem unsere Kooperation, eine gegenseitige Unterstützung, schwer aufrechtzuerhalten wäre, würde auch unsere Konvention hinfällig werden. Der Bruch dieser Konvention würde auch den Zusammenbruch der Entente nach sich ziehen. Und verschwindet die Entente, so müßte die englische Politik an eine neue Orientierung denken, und man müßte dabei über die Schnelligkeit des Umschwunges in der öffentlichen Meinung nicht erstaunt sein." Der Minister fügte hinzu: „In diesem Falle würde ich mich zurückziehen, denn es würde nicht wünschenswert sein, daß ich im Amte bliebe."

Diese letzten Worte konnten nur bedeuten, daß er, was seine Person anbelangt, diesen eventuellen Umschwung nicht billige; daß er ihn für die englischen Interessen schädlich halte und denselben nicht unterstützen würde.

Mit der ihm eigentümlichen Klarheit hatte Sir Edward Grey mit wenigen Worten eine Lage charakterisiert, die sich übrigens auf den damaligen Zeitpunkt nicht bezog. Wir haben es noch nicht mit diesem Umschwunge zu tun, und die Konvention und die Entente können nicht nur erhalten bleiben, sondern können noch tiefere Wurzeln fassen unter der Bedingung, daß die jetzige persische Krise in einer Weise gelöst wird, die den beiderseitigen Interessen Rußlands und Englands entspricht, und daß diese Lösung möglichst schnell gefunden wird — eben um die Entente zu erhalten.

Nicht über persische Fragen jedoch will ich heute Euerer Exzellenz schreiben. Ich wiederhole: wir haben es heute noch nicht mit dem Umschwunge zu tun, den Sir Edward befürchtete. Man darf sich jedoch nicht einer Tatsache verschließen, die hier in London in die Augen fällt: die öffentliche Meinung beginnt die politische Bilanz der Ententen zu ziehen. Trotz der politischen Reife und Erfahrung ist das englische Publikum dasselbe wie überall: sein Urteil geht nicht tief, es bleibt auf der Oberfläche. Es handelt sich hier nicht nur um einige Sozialisten und Ra-

dikale, noch um eine beständige Beeinflussung der Presse von der andern Seite des Meeres. Es handelt sich um ein Gefühl, das sich in ganz andern Kreisen bemerkbar macht, selbst in konservativen.

Man sieht nicht mehr klar, was unsere Politik in Persien will; ebenso versteht man nicht ganz unsere Beziehungen zu Deutschland. Diese Ungewißheit läßt manchmal wieder die Frage des Weges nach Indien aufleben. Man denkt an den Islam; man befürchtet den Eindruck einiger von uns getroffener Maßnahmen.

Was Frankreich anbelangt, so haben die Umstände, die den Fall des Kabinetts Cailleaux herbeigeführt haben, obwohl sie übertrieben werden, die englische öffentliche Meinung erstaunt und das bisherige unerschütterliche Zutrauen zu der Loyalität Frankreichs zur Entente einigermaßen in Frage gestellt.

Vor allem aber ist das englische Publikum jetzt, da die europäischen Krisen ein Ende gefunden und die Gemüter sich beruhigt haben, erstaunt, feststellen zu müssen, daß England sich zweimal am Vorabend eines fürchterlichen Krieges befunden hat, und zwar aus Gründen, die es in übrigens kurzsichtiger Weise nur indirekt mit den englischen Interessen in Verbindung bringen kann, während anläßlich der Balkankrise die Rolle Frankreichs etwas zweifelhaft schien, ebenso wie Rußlands Stellung anläßlich der Marokko-Frage nicht ebenso deutlich zutage getreten ist wie die Haltung Englands.

Die Ententen, die man bis jetzt für Friedensgarantien hielt, sind dies nicht mehr in demselben Maße, wie man im Anfange geglaubt hatte. Und der Gedanke: „Wäre ein Übereinkommen mit Deutschland nicht doch vorteilhafter für England?" dringt zu mir wie ein Echo aus einer Richtung, die ich nie erwartet hätte, und drückt eine Meinung aus, die noch vor sechs oder acht Monaten ganz unmöglich gewesen wäre.

Die von mir angeführten Worte gehen übrigens über den Instinkt des Publikums und vor allem über die öffentlichen Äußerungen hinaus. Es ist wahr, daß sich bereits verschiedene wichtige Komitees gebildet haben, ebenso wie es richtig ist, daß bereits die gesamte liberale und ein Teil der konservativen Presse offen für eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

eintritt. Diese gewünschte Verbesserung bedeutet natürlich ein gewisses Übereinkommen, ohne jedoch die schon bestehenden Übereinkommen ausschalten zu wollen. In diesem Sinne hat sich Lloyd George in einer öffentlichen Rede ausgesprochen. Dies würde aber gleichzeitig bedeuten, daß, wenn die Entente mit Rußland oder mit Frankreich (und die Entente mit Rußland gilt als entscheidend) versagen sollte, das Übereinkommen mit Deutschland weiter ausgebaut werden würde.

Erlauben Sie mir, hier eine Erwägung einzuschalten. Es kann auf den ersten Anschein merkwürdig erscheinen, daß die Feindseligkeit gegen Deutschland, die vor ein paar Monaten noch so stark war, daß sie im Augenblicke, als der Krieg drohte, fast einstimmig wurde, sich jetzt so schnell beruhigt hat. Die Feindseligkeit besteht, Deutschland ist noch immer, wenn nicht der Feind, so doch die Gefahr. Deutschland ist schuld daran, daß die Flotten beständig verstärkt werden müssen. Die Gemüter haben sich jedoch genügend beruhigt, um die Möglichkeit einer Veränderung zuzugeben, wenigstens in genügendem Maße, um den Bau von überzähligen Dreadnoughts unnötig zu machen. Der Grund, weshalb die Gemüter sich hier schneller als in Deutschland beruhigt haben, wo die antienglische Stimmung noch immer auf dem Höhepunkt steht, ist darin zu suchen, daß man hier in England das Gefühl hat, einen Erfolg errungen zu haben, während in Deutschland eher das Gegenteil der Fall ist. England wird dort beschuldigt, einen Mißerfolg Deutschlands herbeigeführt zu haben, der seither diplomatisch verschleiert worden ist. Der Erfolg beruhigt, der Mißerfolg erregt.

Abgesehen hiervon scheint mir die Erregung in Deutschland dadurch hervorgerufen zu werden, daß England hartnäckig auf dem Boden der Entente mit Rußland und Frankreich geblieben ist. Als Österreich die russischen Interessen auf dem Balkan unter dem Schutze Deutschlands bedrohte, hat England uns unterstützt und hat ebenfalls Deutschland die Zähne gezeigt, als letzteres in der übrigens unbegründeten Hoffnung auf eine englische Neutralität gegen die französischen Interessen in Marokko vorgegangen ist. Man wiederholt immer wieder in Deutschland: „Immer ist England gegen uns.“ Man will nicht zugeben, daß England seine eignen Interessen in Konstantinopel und in

Saloniki, ebenso wie an den marokkanischen Küsten zu verteidigen hatte.

Diese antienglische Stimmung in Deutschland bedeutet natürlich selbst für ein bedingtes Übereinkommen zwischen beiden Staaten eine große Schwierigkeit. Was würde aber geschehen, wenn eine der beiden Ententen, hauptsächlich die mit Rußland, gelöst werden sollte? Die Antwort ergibt sich von selbst. Ich bin überzeugt, daß die Feindseligkeit gegen England verschwinden und sich ebenso schnell in eine versöhnliche Stimmung verwandeln würde, wie dies heutzutage bei einem Teile der englischen öffentlichen Meinung der Fall ist.

Man sagt, daß die persönlichen Gefühle Kaiser Wilhelms ganz besonders verletzt worden sind. Wenn dies der Fall ist, und ich glaube, es trifft zu, so ist dies dem soeben angeführten Grunde zuzuschreiben.

Wenn ein Bruch in einer der englischen Ententen eintreten sollte, so würde die Politik Deutschlands einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen haben, denn dies ist ein Ziel, welches sie seit dem Bestehen dieser Ententen verfolgt. Deutschland sucht die schwache Stelle der Rüstung, und ich bin nicht abgeneigt, anzunehmen, daß es sie in Persien gefunden zu haben glaubt. Wenn mich nicht schon die Art und Weise, in der die deutsche Presse unsere Schwierigkeiten ausbeutet und übertreibt, hiervon überzeugen würde, so beweisen es mir meine Unterredungen mit dem Grafen Metternich und sein Urteil über diese Schwierigkeiten.

Ein offensichtlicher Gegensatz zwischen uns und England in Persien, eine unglückliche Abstimmung im englischen Parlamente, durch den Zufall unserer Verhandlungen hervorgerufen, würde der politischen Karriere Sir Edward Greys ein Ende setzen und gleichzeitig die Erbitterung Kaiser Wilhelms besänftigen. Er könnte dann seine persönliche Aktion in England wiederaufnehmen, die stets der öffentlichen Meinung seines eignen Landes vorausgeeilt ist. Ich glaube mich in dieser Hinsicht nicht zu irren. Dies wäre aber auch die natürlichste Sache der Welt. Deutschland hat sich über den sogenannten aggressiven Zweck der Politik der Entente geirrt. „Der eiserne Ring", der sprichwörtlich geworden ist, beruht auf einem Irrtum. Soviel ich weiß, hat

die russische Regierung nicht versucht, sich berechtigten Interessen Deutschlands, wenn sie nicht auf die unsrigen hinübergreifen, zu widersetzen. Andererseits hat Sir Edward Grey, sowohl öffentlich als auch mir gegenüber, stets in Abrede gestellt, daß er Deutschland isolieren wolle. Jeder Versuch, hat er mir wiederholt, den Dreibund zu zerstören, wäre ein Fehler. Seiner Ansicht nach würde die Isolierung Deutschlands eine tatsächliche Gefahr für den Frieden bedeuten.

Es ist aber trotzdem richtig, daß jedesmal, wenn die deutsche Regierung ihre Interessen in Gebiete tragen wollte, in denen Interessen anderer Mächte bestanden, sie sich nicht der einen oder andern Macht gegenübergestellt sah, sondern einer Mächtegruppe.

Ist diese Gruppe einmal aufgelöst, so verändert sich die ganze Lage. Deutschland könnte dann wählen, und dank seiner geographischen Lage und der ihm innewohnenden Kraft würde dies in Wirklichkeit die Vorherrschaft bedeuten.

Das Vorausgehende genügt, um meinen Zweck zu erreichen, die allgemeine Stimmung in England in der Frage der Ententen und der zukünftigen Beziehungen zu Deutschland so genau wie möglich zu schildern. Um mich zusammenzufassen — es besteht allgemein der Wunsch, die Beziehungen zu verbessern, ohne weiterzugehen. Die Notwendigkeit des Fortbestehens der Ententen wird zugegeben; diejenige mit Rußland, von der man mit weniger Nachdruck spricht, ist jedoch die wirkliche Grundlage. Ich glaube, daß die Entente mit Frankreich für England nicht mehr dieselbe Bedeutung haben würde, wenn die unsrige ausgeschaltet würde.

Aber es läßt sich nicht bestreiten, daß man allgemein das Gefühl hat, daß diese Ententen bis jetzt nicht zu dem Resultate geführt haben, auf das man gehofft hatte, und vor allen Dingen nicht genug Ruhe und völlige Sicherheit geboten haben.

Wenn ich mich so ausführlich über diesen Gegenstand verbreitet habe, so ist es aus dem Grunde geschehen, weil die englischen Regierungen, so treu sie den von ihnen übernommenen Verpflichtungen nachkommen — und ich glaube, dies gilt von keinem mehr als vom jetzigen Kabinett —, letzten Endes doch von der öffentlichen Meinung abhängen. Die Entscheidung

liegt in den Händen der letzteren. Und wenn auch die öffentliche Meinung in England ihrer Regierung einen höheren Grad von Vertrauen entgegenbringt als in andern Ländern, so muß man diese Tatsache nicht für allzu dehnbar halten. Deshalb habe ich auch immer betont, wie wichtig es ist, Grey stets die Möglichkeit zu geben, die von uns getroffenen Maßregeln öffentlich erklären und beweisen zu können, daß die Interessen Englands in Berücksichtigung gezogen worden sind. Unsere eigene Handlungsfreiheit wird dadurch natürlich durchaus nicht beeinträchtigt, ist aber, wie ich meine, die natürliche Folge einer jeden Entente und einer jeden Konvention.

Ich will diesen Brief nicht schließen, ohne einen Blick auf die Lage zu werfen, die sich für Rußland und seine internationalen Beziehungen ergeben würde, wenn entgegen allen Erwartungen das Abkommen über Persien und die Entente mit England gelöst werden sollte. Es will mir scheinen, daß man sich in Rußland über diese Frage nicht genügend Rechenschaft gibt: ich glaube, man nimmt allzu leicht an, daß wir immer noch Deutschland haben, wenn wir England oder sogar Frankreich verlassen. Ich darf Euerer Exzellenz meine feste Überzeugung nicht verhehlen, daß dies nicht zutreffend ist, was wenigstens die Zukunft anbelangt. Deutschland würde sich endgültig auf die Seite Englands stellen. Für Rußland würde sich eine Isolierung und eine Mächtegruppierung ergeben, deren Kern aus England und Deutschland bestehen würde, was wiederum zur unausbleiblichen Folge führen müßte, daß die russischen Interessen nicht mehr berücksichtigt werden würden.

Ich will nicht übertreiben und niemandem machiavellistische Absichten zuschreiben. Ich habe stets geglaubt, daß übertriebener Argwohn in der Politik ein schlechter Berater ist. Ich glaube nicht, daß England absichtlich seine Lage schwieriger gestalten würde, indem es sofort zur Politik der beständigen Reibungen mit uns zurückkommen würde; dies ist der spezielle Charakter der englischen Politik gewesen, ist es jetzt aber nicht mehr.

Andererseits habe ich Zutrauen zu den traditionellen und persönlichen Gefühlen Kaiser Wilhelms uns gegenüber. Bleiben die Ententen bestehen und werden unsere früheren Beziehungen zu Deutschland bis zu einem gewissen Grade wiederhergestellt,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

so könnte es uns nur nützen, wenn zwischen Deutschland und England ein modus vivendi besteht. Selbst im Falle eines völligen Umschwunges, welcher einem Bruch zwischen England und Rußland folgen müßte, würde meiner Ansicht nach Kaiser Wilhelm bestrebt sein, die Beziehungen zu uns aufrechtzuerhalten.

Welches wäre aber unsere wirkliche Lage? Ich kann in diesem schon allzu langen Briefe nur eine allgemein gehaltene Antwort geben:

England befindet sich an der Spitze eines ungeheuren Kolonialreiches, welches seiner Tätigkeit, seinem Unternehmungsgeiste und seinem Kapital genügt; dieses Reich steht mitten in der Umformung und inneren Entwicklung, die oft mit außerordentlicher Geschwindigkeit vor sich geht, wie z. B. in Kanada und in Indien. England ist mit Ländereien gesättigt, so daß es, kaum daß es ein neues Gebiet erworben hat, und wir wissen um den Preis welcher Anstrengungen, sich beeilt, ihm seine Autonomie zurückzugeben. England hat in Wirklichkeit kein anderes Ziel im Auge, als seine Verbindungswege und Handelsstraßen zu sichern, was oft ungeheure Schwierigkeiten bietet. Als Mittel hierzu hat es sehr weise den Frieden mit seinen frühern Rivalen Frankreich und Rußland gewählt. Sollte dieses Mittel versagen, so bleibt ihm nur übrig, mit seinem hauptsächlichsten Nebenbuhler, d. h. Deutschland, ein Übereinkommen zu treffen, sozusagen auf Grund eines Kompromisses mit ihm zu teilen. Wie ich darauf hingewiesen habe, scheint sich die englische öffentliche Stimmung Deutschland zuzuwenden.

Deutschlands Lage ist bis zu einem gewissen Grade derjenigen Englands entgegengesetzt. Als anläßlich der Marokko-Krise der deutsche Botschafter dem englischen Minister erklärte: „Man teilt die Welt, wir sind mehr eingeengt als alle andern, wir haben auch ein Anrecht auf einen Teil der Beute", so war in diesen Worten ein Teil Wahrheit enthalten.

Es ist kein Geheimnis, mit welchem Erfolge Deutschland nach seinen Siegen und der Konsolidierung seiner Macht seine innern Kräfte entwickelt hat. Sehr reich, ist es noch energischer und unternehmender als reich, es braucht Kapital. England kann ihm dieses nur in unzulänglichem Maße zur Verfügung

stellen; aber Frankreich wird es können, und wenn England sich diesem einmal nicht mehr widersetzt, so würde der französische Markt für Deutschland nicht lange mehr verschlossen bleiben. Nicht ohne Ehrgeiz, seine kolonialen Besitzungen zu vergrößern, geht Deutschland doch eher auf dem Wege der Durchdringung vor, indem es sich hauptsächlich großartigen Unternehmungen zuwendet, bei denen es jedoch stets auf den Widerstand Englands stößt. Es ist wahr, daß Rußlands Gewicht außerordentlich bedeutend ist, aber in überseeischen Fragen ist England, selbst allein, das größte Hindernis.

Der schlagendste Beweis scheint mir die Bagdadbahn zu sein. Meiner Ansicht nach ist die Rolle, die dieses Unternehmen in der Weltpolitik spielt, viel bedeutender, als man auf den ersten Blick glauben könnte. Das Interesse, welches es in Deutschland hervorruft, umfaßt das ganze Land. Die Finanz fast ganz Europas, selbst Englands, beteiligt sich an diesem Projekte. Und doch ist es hauptsächlich England, welches Schwierigkeiten in den Weg legt.

Man wiederholt oft in England — und dies ist die Ansicht seiner führenden Politiker, sowohl der konservativen als auch der liberalen Partei, sowohl der jetzigen Machthaber als auch der früheren —, daß eine der größten Schwierigkeiten bei einem englisch-deutschen Übereinkommen in dem Mangel einer Basis, in der Abwesenheit von Verhandlungsgegenständen besteht. Diese Ansicht scheint mir übertrieben; ich glaube, daß die Bagdadbahn leicht eine solche Basis bilden könnte. Es haben bereits verschiedene Ansätze zu Verhandlungen stattgefunden; die internationalen Verpflichtungen Englands, aber vor allem sein Mangel an gutem Willen haben niemals erlaubt, diese Verhandlungen weiter fortzuführen. Es wäre anders wenn England, unserer Unterstützung beraubt, sich entschließen würde, den nötigen guten Willen zu zeigen und seine jetzigen Ansprüche zu mäßigen, indem und weil es in einem Übereinkommen mit Deutschland eine jener Sicherungen erblicken würde, die es nötig zu haben glaubt.

Dies könnte sich auch ohne einen Bruch der Tripelentente ereignen, aber unter andern Bedingungen und ohne die obengeschilderten Folgen für uns nach sich zu ziehen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ist aber einmal die Entente gesprengt, so bedeutet dies für Deutschland, daß das eine Übereinkommen auch noch andere nach sich ziehen wird. Persien wird seinem Kapital und seiner Industrie geöffnet; Kleinasien fällt in seine Einflußsphäre. Es würde notwendigerweise auf den Widerstand Rußlands stoßen, aber diesmal wäre Rußland isoliert, und so mächtig es auch sein mag, so muß man doch zugeben, daß es einstweilen für einen ökonomischen Wettkampf noch schlecht gerüstet ist.

Durch ein Übereinkommen mit England würde der deutsche Einfluß in Konstantinopel einen Zuwachs erfahren; es ist wahr, Deutschland müßte diesen Einfluß mit England teilen, doch würde ihm immerhin der Löwenanteil zufallen, und es wäre erstaunlich, wenn die Türkei sich nicht ganz auf seine Seite stellen würde.

Ich möchte die Aufmerksamkeit Eurer Exzellenz durch eine Weiterführung dieser Parallele nicht ermüden, die man überall dort ziehen kann, wo englischer und deutscher Unternehmungsgeist aufeinanderstoßen und wo Raum für Kompromisse ist.

Man muß endlich auch berücksichtigen, wie wichtig in den Augen der öffentlichen Meinung beider Länder die Frage der beständigen Vergrößerung der beiden Flotten ist. Es ist wahr, es handelt sich um eine rein finanzielle Frage, aber gerade diese finanzielle Seite beschäftigt die deutschen und englischen Steuerzahler beständig und richtet ihre Aufmerksamkeit immer wieder auf denselben Punkt zurück. Ich glaube, daß die Flottenfrage einen großen Einfluß auszuüben berufen ist. Ich glaube, sie kann durch kein diplomatisches Dokument eine direkte Lösung erhalten. Eine Verbesserung der Beziehungen der beiden Länder zueinander würde nicht genügen. Ich glaube, Sie kann restlos nur als Folge eines vollständigen Einvernehmens gelöst werden.

Dies alles würde einen Vorteil Deutschlands bedeuten; für England ist das Geschäft schlecht. Auch würde es sich nur gezwungenermaßen hierzu entschließen.

Zwei Ursachen bestimmen hauptsächlich in den Augen des vernünftigen Teiles der englischen öffentlichen Meinung den Wert der Entente mit Rußland: ein tiefgewurzeltes Vertrauen in Rußlands Zukunft und der zweifelhafte Vorteil einer Entente mit Deutschland.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vom deutschen Standpunkte aus ist das Verhältnis ein anderes, und dieser Umstand wird den Gang der Ereignisse bestimmen, wenn die jetzige politische Konstellation sich verschieben sollte.

Dies war stets meine Ansicht, ich bin aber in derselben durch die Beobachtung der öffentlichen Strömungen in beiden Ländern seit den letzten Krisen noch bestärkt worden.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 26. Januar/8. Februar 1912. — Nr. 27.

Infolge eines Unwohlseins habe ich erst heute einer Aufforderung Greys Folge leisten können. Er hat mir ein Telegramm vorgelesen, das er an den englischen Botschafter in Petersburg anläßlich der Reise Haldanes nach Berlin richtet. Grey hat weiter keine Kommentare hinzugefügt. Er hat nur gesagt, er glaube, daß eine Entspannung zwischen England und Deutschland dem allgemeinen Frieden nur dienen könne; daß die große Schwierigkeit, die sich einer solchen Entspannung entgegenstellt, die periodisch anwachsenden Flottenrüstungen seien; daß in dieser Frage schon mehrfach ein Gedankenaustausch zwischen den beiden Regierungen stattgefunden habe, ohne jedoch zu einem praktischen Resultate zu führen. Die letzte Eröffnung Deutschlands ist kurz vor dem Zwischenfalle Agadir nach London gelangt, was notwendigerweise eine längere Verzögerung der englischen Antwort nach sich gezogen hat. Diese Antwort ist im Januar nach Berlin abgegangen. Sie bezog sich auf untergeordnete Fragen. Aber diese gegenseitigen Mitteilungen bedeuteten einen so geringen Fortschritt, daß sich immer noch kein Material für diplomatische Verhandlungen durch die Botschafter finden ließ; er, Grey, mache sich keine Illusionen über die Schwierigkeit einer Lösung, doch habe es dem Londoner Kabinett immerhin geschienen, daß die Stimmung in Berlin derart sei, daß ein privater Meinungsaustausch mit einem der hervorragendsten englischen Staatsmänner anläßlich einer zufälligen Reise nützlich sein und keine Einwendungen hervorrufen könne. Grey sagte mir, Haldane sei beauftragt worden, in Berlin zu erklären, was man in London über die Frage der Rüstungen

denke, und die ihm gegebene Antwort nach London ad referendum mitzuteilen. Ich fragte Grey, ob Haldane nur diese eine Frage berühren würde. Grey erwiderte, daß, wenn Bethmann andere Fragen aufwerfe, Haldane beauftragt sei, ihn anzuhören und dann hierüber zu berichten. Grey fügte hinzu, daß diese Mitteilungen als streng vertraulich betrachtet werden müßten. Er hat in demselben Sinne mit Cambon gesprochen.

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. Januar/9. Februar 1912.

Unser Marineagent begibt sich morgen nach Petersburg. Es fehlt mir die Zeit, Ihnen über den Inhalt meiner gestern abgeschickten Telegramme einen genaueren Bericht zu erstatten. Unter diesen Telegrammen verdient hauptsächlich dasjenige, welches sich auf die Reise Lord Haldanes nach Berlin bezieht, einige erläuternde Bemerkungen.

Zwei Tage nacheinander hatte Grey mich gebeten, ihn aufzusuchen. Infolge eines Unwohlseins war mir dies unmöglich, und ich habe ihn erst gestern sprechen können.

Der Minister sagte mir sofort, daß er mit mir über diese Reise sprechen wolle, wie er es vor zwei Tagen mit Cambon getan habe. Er las mir hierauf sein Telegramm an Buchanan vor.

Sodann hat er mir über verschiedene Mitteilungen berichtet, die in langen Zwischenräumen mit dem Berliner Kabinette hinsichtlich der Flottenrüstungen gewechselt wurden. Die letzte englische Antwort, durch die Marokko-Krise verzögert, ist vor zwei Wochen abgeschickt worden. Sie betraf, wie mir Sir Arthur Nicolson später sagte, die Frage der „Naval intelligence". Sir Edward sagte mir, die Flottenfrage trete immer wieder in den Vordergrund und errege die öffentliche Meinung sowohl Englands als auch Deutschlands. Die soeben erwähnten Mitteilungen hatten kein Resultat gezeitigt, welches zum Ausgangspunkte diplomatischer Verhandlungen hätte genommen werden können. Außerdem hatte sich in Deutschland eine ganze Legende über die wahren Absichten der englischen Politik gebildet, ebenso wie über die Mittel, zu denen die englische Re-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gierung greifen wolle, wie ein plötzlicher Angriff auf die deutsche Flotte — eine Stimmung, die den gewöhnlichen diplomatischen Weg verlegte.

Andererseits lenkte der Minister meine Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß es sowohl im englischen Publikum als auch im Parlamente gewisse Einflüsse gäbe, die eine solche Spannung unbegründet und schädlich finden. Um einen Ausweg zu finden, habe man sich an einen berufenen und kompetenten Vermittler halten müssen, der außerhalb der gewöhnlichen Diplomatie stand, um in Berlin die englische Politik in ihrem wahren Lichte zu zeigen und um zu erklären, wie verderblich das beständige Anwachsen der Rüstungen werden könne.

Die letzte englische Mitteilung hatte in Berlin einen ermutigenden Empfang gefunden, und das englische Kabinett hat sich deshalb entschlossen, Lord Haldane, der mit seinem Bruder wegen Unterrichtsfragen nach Berlin zu gehen beabsichtigte, zu beauftragen, sich mit Herrn von Bethmann Hollweg auseinanderzusetzen und ihm die Absichten und Beweggründe der englischen Regierung zu erklären, aber nicht in offizieller Weise.

Lord Haldane, so sagte mir Sir Edward, wird den Standpunkt des Londoner Kabinetts in der Flottenfrage mit aller Offenheit entwickeln und die ihm zuteil werdende Antwort entgegennehmen. Ich fragte Sir Edward, ob es sich dabei um keine andere Frage handeln würde. Der Minister erwiderte, daß, wenn der Reichskanzler eine andere Frage besprechen wolle, Lord Haldane ihn anhören und die deutschen Ansichten ad referendum nach London berichten würde.

Sir Edward fügte hinzu, daß er in Anbetracht der jetzigen Beziehungen zwischen England, Rußland und Frankreich unsere beiden Regierungen genau über die wahre Sachlage unterrichten wolle, um das Ziel, das vom Londoner Kabinett verfolgt wird, deutlich zu erklären — nämlich zu versuchen, einer schädlichen Spannung der beiderseitigen Beziehungen ein Ende zu setzen, und ferner einen Versuch zu machen, neue Beziehungen zu Deutschland herzustellen, ähnlich denen, die zwischen Rußland und Deutschland und zwischen Frankreich und Deutschland bestehen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Persönlicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 28. Januar/10. Februar 1912.

Ich glaube mich nicht mit meinem offiziellen Berichte über die Mission Haldanes begnügen zu müssen, welche natürlich das Tagesereignis bildet. Die Ankunft Sir E. Goschens in London mit Ermutigungen von seiten Deutschlands hat den ersten Anstoß zu dieser Angelegenheit gegeben, noch ehe der König und der erste Minister in die Stadt zurückgekehrt waren. Noch am selben Tage der Rückkehr des Königs und Asquiths, am letzten Montag, hat ein Beschluß gefaßt werden müssen. Dienstag hat Grey Cambon und mich zu sich gebeten. Ich kenne nicht den Inhalt der Mitteilung, die Goschen aus Berlin hierher gebracht hat, aber der Sachverhalt, der in Berlin vielleicht mehr zu Herzen genommen wird als in London und welcher hier ein Echo gefunden hat, ist folgender:

In Wirklichkeit befand man sich zwischen Berlin und London schon seit langem, aber namentlich seit dem letzten Juni, in diplomatischer Hinsicht nicht mehr „on speaking terms". Weder spezielle noch allgemeine Fragen bildeten den Gegenstand von Verhandlungen. Selbst die Bagdad-Frage hat keinen Anlaß zu diplomatischen Verhandlungen gegeben und ist bis jetzt nur von Vermittlern besprochen worden. Eine derartige Spannung hätte ohne unmittelbare Gefahr weiter andauern können, wenn nicht zwei Erwägungen hinzugekommen wären, einmal die England feindliche Stimmung in Deutschland, die sich vielleicht noch gesteigert hatte, hauptsächlich, wie ich glaube, weil Deutschland unter dem Eindrucke eines Mißerfolges steht, für den es England verantwortlich macht. Hier hatte eine ähnliche Stimmung, unter dem Eindrucke des Erfolges, bedeutend abgenommen.

Aber die hauptsächlichste und unmittelbarste Erwägung war die, daß bei Beginn der parlamentarischen Session in London und in Berlin die Frage einer weiteren Vergrößerung der Flotten in äußerst scharfer Form auf die Tagesordnung gestellt werden mußte, wobei die Gefahr nicht ausgeschlossen war, daß eine bedeutende Verstärkung der Flotten bei der jetzigen erregten Stimmung zu ernsten Verwicklungen hätte führen können.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich weiß nicht, ob dies der in Deutschland eingenommene Standpunkt ist; dagegen bin ich sicher, daß die Sache so in London aufgefaßt worden ist, nicht anders und nicht darüber hinausgehend. Es ist möglich, daß der neue Reichstag nicht mehr ein so willfähriges Instrument in den Händen der deutschen Regierung ist und daß man doch vielleicht allzusehr mit einer zeitlich unbegrenzten Dauer der persischen Schwierigkeiten gerechnet hatte. Wie dem auch sei, ehe man in Verhandlungen eintrat, schien eine private Aussprache sehr angezeigt und war vielleicht notwendig, um das Terrain zu ebnen. Tatsache ist, daß man sich in Berlin eines noch indirekteren Weges bedient hat, und ich erfahre aus guter Quelle, man habe zu verstehen gegeben, daß Kaiser Wilhelm Lord Haldane gern in Berlin sehen würde. Wie immer diese Wahl zustande gekommen sein mag, es kann nicht geleugnet werden, daß sie ausgezeichnet ist.

Kein Deutscher wäre in England mehr am Platze gewesen als Lord Haldane in Berlin. Alle politischen Parteien Englands haben Zutrauen zu ihm. Man weiß dies in Berlin, und man schätzt ihn seiner persönlichen Eigenschaften wegen, welche Kaiser Wilhelm gut bekannt sind. Dieser Vorteil hat wahrscheinlich in London veranlaßt, sich über eine Schwierigkeit hinwegzusetzen, die übrigens hier nur untergeordnete Bedeutung hat: die Schwierigkeit der Eigenliebe — man nahm den Anschein auf sich, den ersten Schritt getan zu haben.

Ich muß noch hinzufügen, daß Grey zu jener beschränkten Anzahl politischer Führer gehört, die die Ansicht vertreten, daß die Rüstungsfrage durch ein direktes Übereinkommen geregelt werden kann. Bleibt nur zu wissen, auf welche Weise. Ich kann natürlich das Resultat nicht vorhersagen, doch wird vielleicht eine Möglichkeit durch die gestrige Rede Churchills angedeutet. Die Rede bedeutet, daß, wenn England verhandelt, es dies nur auf der Basis desjenigen Verhältnisses zwischen beiden Flotten tun wird, welches es für seine Sicherheit als notwendig bezeichnet hat — auf keiner andern Basis. Ist dieses Verhältnis erzielt und anerkannt, so braucht man keine weiteren Schiffe zu bauen. So aufgefaßt ist die Frage eine außerordentlich verwickelte. Denn in dieser Hinsicht will man in England weder Trinkgelder geben noch annehmen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Es besteht ein Hindernis recht ernstlicher Natur. Meiner Ansicht nach hat man den Anfang dieser ganzen Angelegenheit zu sehr in die Öffentlichkeit gezerrt, so daß im Falle eines Mißerfolges die Lage schlechter als bisher sein würde. Sollte sie ein Ergebnis zeitigen, so erblicke ich hierin nichts — und dies ist auch die Ansicht Cambons —, was uns beunruhigen könnte. Eher das Gegenteil; die Welt wird ruhiger sein. Wenn ich einen weiteren Beweis brauche, so finde ich ihn in der offensichtlichen Erleichterung, die Grey und Nicolson durch die Wiederherstellung unserer Übereinstimmung in Persien empfinden. Sie haben mir dies ohne Umschweife gesagt und haben Cambon erklärt, sie seien ganz außerordentlich zufrieden. Man muß aber sagen, daß dieses Übereinkommen nicht einen einzigen Tag zu früh erzielt worden ist. Wir dürfen uns keine Illusionen machen. Die öffentliche Meinung würde schwanken und es wäre wichtig, daß sich die Dinge jetzt normal entwickeln.

In dieser Hinsicht wird die der Politik der Regierung gemachte Opposition nur eine Schikane sein und braucht nicht weiter befürchtet zu werden. Die Mission Haldane wird Grey mit seiner eigenen Partei aussöhnen, welche vor allem pazifistisch ist. Dagegen wird diese Mission den Widerstand der konservativen Partei hervorrufen. Sie gefällt ihr nicht. In mäßigen, aber klaren Ausdrücken findet sich dies in der Times zum Ausdruck gebracht.

Aber unter den obwaltenden Verhältnissen werden die Konservativen, selbst wenn sie es könnten, die Regierung aus diesem Grunde nicht zu Falle bringen wollen. Sie werden sich bei ihren entscheidenden Angriffen auf innere Fragen beschränken, deren es nur allzu viele gibt. Eine Ministerkrise, die ich übrigens aus irgendeinem anderen Grunde als dem der auswärtigen Politik nicht für nahe bevorstehend halte, bedeutet für uns keine Gefahr.

Die Frage der Rüstungen zur See ist derartig in den Vordergrund gerückt worden, daß es nicht wahrscheinlich erscheint, daß andere Fragen in Berlin gründlich geprüft werden werden. Ich glaube jedoch, daß man vielleicht über Bagdad sprechen wird, und ich erblicke in der Reise Cassels nach Berlin ein Anzeichen hierfür.

Es ist außerordentlich schwer zu sagen, ob die englische Re-

gierung recht oder unrecht gehabt hat, sich auf diese ganze Angelegenheit einzulassen. Gibt es eine Aussicht auf Erfolg? Fast jedermann zweifelt daran. Die Öffentlichkeit ist in solchen Fällen fast stets ein Nachteil. Man muß unwillkürlich an ein friedliches Agadir denken. Man müßte vielleicht befürchten, daß die ganze Angelegenheit von der öffentlichen Meinung und der Presse in Rußland und Frankreich falsch ausgelegt wird. Cambon hat mir seine Befürchtungen mitgeteilt. Es wäre natürlich sehr unzeitgemäß.

Andererseits ist es vielleicht möglich, Deutschland zu beruhigen und in einem gewollten Maße die chinesische Mauer zwischen England und Deutschland einzureißen, — dies würde vielleicht auch den Frieden zwischen Italien und der Türkei beschleunigen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 31. Januar/13. Februar 1912. — Nr. 35.

Ich erfahre von Cambon, daß Haldane seinem Bruder Jules Cambon erzählt hat, gleich bei Beginn der Unterredung mit Kaiser Wilhelm und Bethmann habe er erklärt, es müsse wohl verstanden sein, daß die Entente mit Frankreich und Rußland die Grundlage der englischen Politik bleibe. Hierauf hat Jules Cambon Haldane gesagt: „Es handelt sich folglich um eine Détente, nicht um eine Entente." Haldane erwiderte: „Ganz richtig."

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 31. Januar/13. Februar 1912. — Nr. 36.

Grey hat mich heute gebeten, ihn aufzusuchen. Er hat mir gesagt, daß Haldane, wie abgemacht, keine Vereinbarungen in Berlin getroffen habe und daß sich seine Unterredung mit Bethmann auf drei Fragen bezogen hätte, die später in diplomatischen Verhandlungen zum Ausdruck gebracht werden könnten. 1. Die Rüstungen zur See. England besteht endgültig auf dem Verhältnis zwischen beiden Flotten, so wie es neulich von Churchill in einer öffentlichen Rede festgelegt worden ist.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Wenn aber später infolge von gegenseitigen Erklärungen die Beziehungen zwischen beiden Ländern gebessert worden wären, könnte das proportionelle Anwachsen der beiden Flotten verlangsamt werden. 2. Bagdadbahn. Man hat ausschließlich von der Linie südlich Bagdad gesprochen. England ist zu Verhandlungen bereit und will über eine Kombination verhandeln, welche ihm eine genügende Anteilnahme sichert, um ihm die Kontrolle über diese Linie zu verschaffen, und welche seinen Standpunkt in der Frage von Koweit und im Persischen Golfe anerkennt. Es ist ausdrücklich betont worden, daß, wenn ein derartiges Übereinkommen zwischen England und Deutschland erzielt wird, ersteres hinsichtlich der vierprozentigen Zollerhöhung gebunden ist und nur mit Zustimmung Rußlands und Frankreichs seine Einwilligung zu dieser Erhöhung geben kann, so daß der Widerstand einer der drei Mächte die beiden anderen an einer Zustimmung verhindern würde. 3. Die Ententen mit Rußland und Frankreich. England bestätigt, daß keine von ihnen einen aggressiven Charakter gegen Deutschland habe. Es würde einer derartigen Entente nicht zustimmen. Wenn dagegen ein aggressiver Schritt Deutschlands gegen Rußland oder Frankreich vorliegt, so behält sich England seine Handlungsfreiheit vor.

Dies sind die Grundlagen, auf denen, wie Haldane gesagt hat, sich die Beziehungen der beiden Länder bessern könnten.

Haldane ist mit dem ihm von Bethmann Hollweg zuteil gewordenen Empfange zufrieden. Er hat nur mit ihm und Herrn von Stumm über politische Fragen verhandelt. Kiderlen hat sich nicht direkt beteiligt.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 31. Januar/13. Februar 1912. — Nr. 37.

Am Ende der Unterredung sagte mir Grey, es sei ihm daran gelegen, daß Sie wüßten, daß die Initiative der Verhandlungen von Berlin ausgegangen ist; nach der prinzipiellen Annahme hatte das Berliner Kabinett den Wunsch geäußert, daß Grey selbst komme, was er aber nicht für möglich gehalten habe. Dann sei die Wahl auf Haldane gefallen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 4./17. Februar 1912. — Nr. 44.

Nicolson hat mir gesagt, Grey schätze ganz besonders die freundschaftliche und versöhnliche Haltung der russischen Regierung während der letzten Verhandlungen über Persien. Er hat mir eine kurze Inhaltsangabe der Rede gegeben, die Grey am selben Abend in Manchester halten sollte. Ich benutzte diese Gelegenheit, um Nicolson zu fragen, ob seiner Ansicht nach die durch die Mission Haldanes geschaffene Lage irgendeinen Einfluß auf die jetzigen Beziehungen zwischen Rußland und England haben könne. Als Antwort erinnerte er mich an meine Unterredung mit Grey, der er beigewohnt hatte, und an die Erklärung Asquiths im Parlamente. Ich sagte ihm, daß ich von der öffentlichen Meinung in England spreche. Er erwiderte, daß trotz der ziemlich allgemeinen Befriedigung über die Entspannung der Beziehungen zu Deutschland sich die hiesigen Besorgnisse wegen Persiens, abgesehen von einigen unversöhnlichen Kreisen, bereits vollständig beruhigt hätten. Das Foreign Office habe vom persischen Komitee einen in einem ganz andern Tone als bisher verfaßten Brief erhalten. Dies sei symptomatisch.

Nicolson sprach mit Bedauern von den Bedenken, die in Frankreich zum Ausdruck gekommen wären. Er befürchtet, dasselbe könne in Rußland der Fall sein. Er hofft jedoch, daß dies nur von ganz vorübergehender Dauer sei und durch öffentliche Erklärungen berichtigt werden würde. Er fügte hinzu, daß in der öffentlichen Meinung Englands die Ansicht vorherrsche, daß die Reise Lord Haldanes nach Berlin keine Modifikation der englisch-russischen Entente bedeute.

Persönlicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Februar 1912.

Ich habe Ihnen gestern mit der Post den Wortlaut einer Rede zugeschickt, die Sir Edward Grey in Manchester gehalten hat. Er hat daselbst gestern eine zweite Rede gehalten. Diese

beiden Reden richteten sich an eine Zuhörerschaft, die an dem Handel in Südpersien ganz besonders interessiert ist und für die daher die englisch-russischen Beziehungen große Bedeutung haben. Die beiden Reden beanspruchen auch insofern eine gewisse Beachtung, als sie in einem freieren Tone gehalten werden konnten, als dies im Parlamente möglich ist. Auch finde ich beide insofern bedeutsam, als sie die Mission Lord Haldanes in Berlin in die richtige Perspektive rücken. Denn obwohl mir der Besuch Haldanes keine direkte Beunruhigung eingeflößt hatte, so mußte ich doch die Strömung in der öffentlichen Meinung Englands mit erhöhter Aufmerksamkeit verfolgen.

Ich kann Ihnen nicht verheimlichen, daß die ersten Äußerungen in der Presse und im Publikum mir über das hinauszugehen schienen, was ich erwartet hatte, obwohl ich mir Rechenschaft gab, daß die beständige und zunehmende Spannung mit Deutschland die Stimmung hier in England niederdrückte. Ich wußte und habe es Ihnen auch gesagt, daß dieses Gefühl, mit einer Verminderung des Zutrauens zu Rußland parallel gehend, für uns gefährlich werden konnte.

Es ist richtig, daß die Nachrichten aus Persien eine beruhigende Wirkung ausgeübt hatten. Ebenso ist es richtig, daß die Rückkehr des Hofes und aller andern politischen und publizistisch tätigen Persönlichkeiten aus Indien eine ähnliche Wirkung hervorgerufen hatte, da sie alle von den Vorzügen des Einvernehmens mit Rußland überzeugt sind. Der Hosenbandorden, der Sir Edward Grey verliehen worden ist, sollte nichts anderes bedeuten, als daß der König auf eine möglichst deutliche Art seine Zustimmung zu der Greyschen Politik und seiner Solidarität mit dem Kabinett zum Ausdruck bringen wollte. Ferner ist es richtig, daß während der Debatten über die Thronrede derjenige Teil der Asquithschen Rede, welcher sich auf die ausländische Politik bezog, von der ungeheuren Majorität der Kammer mit Beifall begrüßt wurde, wobei die Worte, die er mit erhöhter Stimme über die Erhaltung der alten Ententen sprach, ganz besondere Beifallsstürme loslösten. Und endlich ist es richtig, daß die Erklärungen Sir Edward Greys, über die ich Ihnen berichtet habe, nichts an Klarheit und Entschiedenheit zu wünschen übrigließen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Aber um ganz offen zu sein, diese Erklärungen konnten nur dann Wert für uns haben, wenn sie von der öffentlichen Meinung bestätigt wurden. Ich konnte mich der Tatsache nicht verschließen, daß die Mission Haldanes im ganzen Lande keinerlei ernste Opposition gefunden hatte. Publikum und Presse hatten sich eine Zeitlang ausschließlich mit dieser Frage beschäftigt, und in der Parlamentssitzung, die ich soeben erwähnte, hat man viel mehr von Deutschland als von Rußland und Frankreich gesprochen. Dies alles gab zu Bedenken Anlaß.

In dieser Hinsicht sind die beiden erwähnten Reden Sir Edward Greys in Manchester von hoher Bedeutung. Sehr einfach, sehr klar und sehr bestimmt, sind sie alle beide mit allgemeinem Beifalle aufgenommen worden. Der einfache Sinn dieser Reden ist folgender: Aufrechterhaltung der Ententen und der Rüstungen Englands, Entspannung der Beziehungen zu Deutschland — soweit dies mit den beiden ersten Bedingungen vereinbar ist.

Dies ist der Sinn und dies ist auch der allgemeine Eindruck. Selbst in den Zeitungen und Revuen, die am eifrigsten für eine grundlegende Änderung der deutsch-englischen Beziehungen eingetreten waren, nimmt die Frage der Entente wieder den ihr gebührenden Teil ein; so z. B. in der Westminster Gazette, dem Daily Telegraph, dem Spectator und anderen, heute auch in den Sonntagsblättern. Ganz dasselbe wird mir auch von allen Seiten mündlich wiederholt. Sir Arthur Nicolson hat mir vorgestern ganz dasselbe gesagt, und zwar mit so viel Nachdruck, daß ich Ihnen hierüber telegraphischen Bericht erstatten zu müssen geglaubt habe. Ich gebe zu, die Schnelligkeit dieses Umschwunges, vielmehr diese Rückkehr zur alten Politik Englands, so wie sie in den letzten Jahren gewesen ist, hat mich einigermaßen erstaunt, und doch glaube ich mich nicht zu irren, wenn ich behaupte, daß dieser Umschwung ein dauernder sein wird, weil er in Wirklichkeit natürlich und logisch ist. Über die Entente mit Rußland beruhigt, kommt das englische Publikum zu ihr zurück, gleichzeitig auch zu der Entente mit Frankreich. Die Grundlage ist wiederhergestellt.

Man spricht hierüber noch nicht so offen, wie es Sir Edward Grey getan hat, und doch liegt die Sache klar zutage. Sir Ed-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

ward hätte nicht zu dieser Steigerung seiner öffentlichen Erklärungen gegriffen, wenn er nicht die innere Überzeugung von dieser Umkehr in der öffentlichen Meinung gehabt hätte.

Es erübrigt nur eine Erklärung der fast allgemeinen Billigung der Mission Haldanes zu finden. Es wird dies nicht besonders schwerfallen: der Besuch Haldanes in Berlin entsprach der wirklichen Lage. Die öffentliche Meinung Englands ließ sich von zwei Erwägungen lenken: über Rußland und Frankreich hingen, wenigstens in der Einbildung, Wolken, und dann hatte man die feste Überzeugung, daß die Erbitterung in Deutschland auf einer falschen Auffassung der englischen Politik beruhte, was nicht nur gefährliche, sondern eingebildete und unnötige Folgen nach sich ziehen konnte.

Dieses erklärt den gemäßigten Ton der englischen Presse Deutschland gegenüber. Aber einen Schritt weiter zu tun, als erster die Hand auszustrecken, war ebenso unmöglich, als es unmöglich war, eine deutsche Initiative zurückzuweisen. Lord Haldane ist unter diesen Bedingungen nach Berlin gegangen, und keine andere Basis hätte besser sein können. Die Öffentlichkeit dieses Ereignisses ist jedoch so groß gewesen, daß die öffentliche Meinung während 10 Tage sich ausschließlich mit diesem Besuche beschäftigt und die Klarheit seines Urteiles eingebüßt hatte.

Die richtige Erkenntnis ist schneller gekommen, als ich ursprünglich glaubte. Dies will nicht bedeuten, daß Grey nicht noch heftigen Angriffen in Parlamemte ausgesetzt sein wird, aber wie die Sachen jetzt liegen, werden diese Angriffe wahrscheinlich nur von einer Seite des Hauses erfolgen, der Ecke der unversöhnlichen Radikalen, und werden sonst kein Echo finden. Die Haltung des persischen Komitees ist bedeutsam; es fühlt, daß ihm der Boden unter den Füßen weggezogen worden ist.

Lassen Sie mich jetzt noch auf eine früher geäußerte Ansicht zurückkommen, daß ein Mißerfolg der Mission Haldanes eine schlimmere Lage schaffen würde, als sie vorher gewesen ist. Ich habe keinen Grund anzunehmen, daß die Mission zu gar keinem Resultate geführt hat. Wenn die deutsche Regierung beabsichtigte, die Ententen Englands zu sprengen, mit der natürlichen Folge eines allgemeinen englisch-deutschen Abkommens, so handelt es sich allerdings um einen völligen Mißerfolg. So-

weit teile ich die Ansicht meines französischen Kollegen, denn Cambon scheint zu glauben, daß die Mission Haldanes zu gar keinem Resultate führen wird. Letzteres halte ich für übertrieben.

Ist es Lord Haldane gelungen, in Berlin zu überzeugen, daß der englischen Ansicht nach weder die Tripelentente noch irgendeine andere englische Entente einen aggressiven Charakter gegen Deutschland hat? Ist es ihm geglückt zu überzeugen, daß, wenn England im vorigen Sommer sich zum Kriege vorbereitet hat, dies nicht mit aggressiven Zielen geschehen ist, sondern nur um seine eigenen Interessen und diejenigen Frankreichs im Falle eines deutschen Angriffes zu verteidigen? Ich weiß es nicht und kann mir von hier aus kein Urteil erlauben. Alles in allem genommen, neige ich jedoch der Ansicht zu, daß die Bestrebungen des englischen Staatsmannes nicht ganz ergebnislos gewesen sind.

Ein anderer Umstand kommt hinzu. England — allerdings unter Aufrechterhaltung all seiner Bedingungen und auf dem alten Standpunkte verharrend — hat sich bereit gezeigt, die Verhandlungen über die Bagdadbahn wiederaufzunehmen. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu, und ich halte dies für ganz besonders wichtig, weil es sich auf die Beschwerde Deutschlands bezieht, daß England seiner kolonialen Expansion überall Schwierigkeiten in den Weg legt. Wie wir anläßlich der Potsdamer Verhandlungen erklärt haben, daß wir auf unseren prinzipiellen Widerstand gegen die Bagdadbahn verzichten, so hat England jetzt durch Lord Haldane erklärt, daß es sich einer Ausdehnung der deutschen Kolonien im tropischen Afrika nicht widersetzt.

Diese beiden Fragen, die zweite nicht weniger als die erste, erscheinen mir von Bedeutung. Ich erinnere mich, in diesem Sinne während des letzten Sommers, als die Krise ganz besonders akut war, mit einflußreichen Persönlichkeiten in Deutschland gesprochen zu haben, da ich der Ansicht Greys in dieser Frage sicher war. Man ist mir mit völligem Unglauben begegnet. Ich nehme an, daß dieses jetzt in Berlin nicht mehr der Fall sein wird.

Diese beiden Fragen würden genügen, um eine Entspannung herbeizuführen, denn ich halte sie immer noch für möglich. Auf

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

alle Fälle entspricht sie den Absichten Englands und würde hier mit Befriedigung begrüßt werden. Ich glaube keineswegs, daß unsere Interessen in diesem Falle leiden würden, doch müssen wir diesen Umstand im Auge behalten, wenn wir darangehen, unsere Beziehungen zu England weiterzuentwickeln. Unter dieser Bedingung, glaube ich, wird man diese Beziehungen enger gestalten können, als sie es bis jetzt gewesen sind. Wenn ich so ausführlich über diesen Gegenstand geschrieben habe, so werden Sie hoffentlich in der außerordentlich wichtigen politischen Bedeutung dieser Frage eine Entschuldigung erblicken. Vielleicht werden Sie meine Schlußfolgerungen für übereilt halten. Aber die Anzeichen sind deutlich, und wenn mich nicht alles täuscht, so sind sie auch richtig.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 16. Februar/1. März 1912.

Obwohl die Reise Lord Haldanes nach Berlin ziemlich plötzlich erfolgt war, so kam sie doch für die französische Regierung nicht unerwartet, wie mir Poincaré mitteilt. In Paris wußte man schon seit längerer Zeit, daß man sowohl in Deutschland als auch in England ein Mittel zu finden wünschte, um die gefährliche Spannung zwischen beiden Ländern zu mildern. Wenn man hier trotzdem im ersten Augenblicke eine gewisse Nervosität gezeigt hatte, so ist dieses Gefühl durch die öffentliche Erklärung der englischen Regierung völlig beruhigt worden — daß nämlich die Reise Haldanes in keiner Weise die engen Beziehungen Englands zu Frankreich und Rußland erschüttern könne und daß sowohl das Pariser als auch das Petersburger Kabinett über ihre Ergebnisse genau unterrichtet werden würden. Seitdem hat Poincaré, wie mir bekannt, von dem französischen Botschafter in London mehrere Mitteilungen über den Inhalt der Unterredungen zwischen Haldane und den deutschen Ministern erhalten. Diese Informationen stimmen genau mit dem überein, was Ihnen Graf Benckendorff telegraphisch mitgeteilt hat. Man hat über die Flottenrüstungen, die Bagdadbahn, einige koloniale Fragen und endlich über den allgemeinen Charakter der Beziehungen Englands zu Deutschland, Rußland und Frankreich gesprochen. In keiner dieser Fragen ist ein konkretes

Übereinkommen in Aussicht genommen, geschweige denn abgeschlossen worden; die schwierigste Frage, die Rüstungen zur See, ist augenscheinlich keinen Schritt weitergekommen. Immerhin haben beide Seiten aus den Gesprächen einen günstigen Eindruck gewonnen und halten es für nötig und wünschenswert, den Gedankenaustausch fortzusetzen.

Poincaré hat mir gegenüber geäußert, daß die französische Regierung den Versuch Englands und Deutschlands, normalere Beziehungen herzustellen, nur begrüßen könne und daß dieser Versuch in Frankreich weder beunruhigt noch Zweifel an der Loyalität der englischen Regierung hervorgerufen hat. Man muß vielmehr befürchten, daß diese Verhandlungen zu einem Mißerfolge führen werden, da nach einem solchen sich die englisch-deutschen Beziehungen noch weiter verschlechtern könnten, was eine neue Bedrohung des europäischen Friedens bedeuten würde. Die Erklärungen Poincarés scheinen mir aufrichtig gemeint zu sein, und ich bemühe mich meinerseits, ihn in seiner optimistischen Auffassung zu bestärken. Doch kann ich nicht umhin zu bemerken, daß man in hiesigen militärischen Kreisen anderer Ansicht ist, und zwar befürchten die Militärs, daß, wenn zwischen England und Deutschland ein Übereinkommen über das Aufhören oder wenigstens über eine Abschwächung des Wettrüstens zur See getroffen werden sollte, die deutsche Regierung über verdoppelte Mittel zur Erhöhung seiner Armee verfügen würde, was die nötigen Gegenmaßregeln von seiten Frankreichs und Rußlands hervorrufen muß.

Was die französische Presse anbelangt, so schreibt sie nach wie vor in einem mäßigen und ruhigen Tone, während die Börse den Verhandlungen mit einer aufwärts gerichteten Bewegung gefolgt ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 2./15. März 1912. — Nr. 67.

Nr. 1. Grey hat mich gebeten, ihn zu besuchen, und mir erzählt, der deutsche Botschafter habe ihm gestern erklärt, daß das eventuelle Flottenbauprogramm notwendigerweise von der englischen Politik Deutschland gegenüber abhängen werde, und daß die öffentliche Meinung in Deutschland immer noch der

Ansicht sei, daß diese Politik einen Angriff gegen Deutschland im Auge habe. Grey hat geantwortet, daß, wenn die deutsche Regierung zur Beruhigung der öffentlichen Meinung einer Bestätigung der friedlichen Absichten Englands bedürfe, er hierzu bereit sei, unter der Bedingung jedoch, daß die deutsche Regierung sich keinen Zusatzkredit für spätere Rüstungen sichere und daß in diesem letzteren Falle die englische Regierung zu dem in der Rede Churchills dargelegten Programm zurückgreifen müsse.

Grey übergab mir dann ein Memorandum, welches er Metternich überreicht hat, indem er mir sagte, daß das Memorandum in einer Form abgefaßt sei, welche es ihm ermöglichen würde, von demselben in einer öffentlichen Rede Gebrauch zu machen, wenn keine weitere Verstärkung der deutschen Flotte stattfindet. Nachdem ich das Memorandum gelesen, sagte ich Grey, daß es die Erklärungen Haldanes in Berlin wiederhole. Grey gab mir recht und fügte hinzu, daß Haldane die Aktionsfreiheit Englands als selbstverständlich hingestellt hatte, wenn Deutschland eine aggressive Politik gegen diejenigen Mächte führe, mit denen England Ententen abgeschlossen hat; dies bleibt natürlich in voller Kraft. Grey hat Cambon dieselbe Mitteilung gemacht. Er bat uns alle beide, in unseren Berichten zu betonen, daß seine Mitteilung eine streng vertrauliche sei.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 2./15. März 1912. — Nr. 68.

Nr. 2. Wortlaut des in meinem Telegramm Nr. 1 erwähnten Memorandums: „England wird keinen unprovozierten Angriff auf Deutschland machen und keine aggressive Politik letzterem gegenüber verfolgen. Ein Angriff auf Deutschland ist nicht der Zweck noch ein Bestandteil irgendeines Vertrages, Übereinkommens oder einer Verabredung, an denen England sich jetzt beteiligt, noch wird es sich an irgendeinem derartigen Vorhaben beteiligen."

Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 16./29. März 1912.

Die Rede, die Churchill am 5./18. März anläßlich der Beratungen über das Marinebudget gehalten hat, hat in Deutsch-

land große Erregung hervorgerufen. Ganz besonders unangenehm hat sie in denjenigen politischen Kreisen berührt, welche dem Besuche Lord Haldanes übertriebene Bedeutung beigelegt hatten und an eine ernste Annäherung an England dachten.

Die genannte Rede des englischen Marineministers und die vom Bundesrate soeben angenommene neue Gesetzvorlage über die Erhöhung der Land- und Seestreitkräfte Deutschlands sind der beste Beweis, daß augenblicklich von keiner Einschränkung der Rüstungen, weder Englands noch Deutschlands die Rede sein kann.

Nicht nur die alldeutschen Kreise, die wie gewöhnlich ihrem Unmute anläßlich der Herausforderung Deutschlands lauten Ausdruck verliehen haben, sondern auch liberale Blätter und sogar die offiziöse Kölnische Zeitung haben in maßvollen Ausdrücken ihr Erstaunen über die Rede des ersten Lords der Admiralität ausgedrückt, welche offen zugibt, daß die Flotte nicht der Verteidigung des Landes überhaupt dienen soll, sondern dazu bestimmt ist, den Kampf mit der Flotte einer Macht aufzunehmen, zu welcher England durchaus freundschaftliche Beziehungen unterhält.

Der Inhalt der Rede des englischen Marineministers ist in Berlin gleichzeitig mit der Nachricht bekanntgeworden, daß die Abreise Kaiser Wilhelms nach Korfu auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist. Hierzu kamen Gerüchte über den Rücktritt des Reichskanzlers und Kiderlen-Wächters, ebenso wie über eine angebliche Verschlechterung der Beziehungen Rußlands zur Türkei. Alles dies hat im Publikum und auf der Börse eine solche Erregung hervorgerufen, daß die Regierung es für nötig befunden hat, beruhigende Erklärungen abzugeben, daß die Reise Kaiser Wilhelms nur auf ein paar Tage verschoben worden sei, und zwar ausschließlich, weil die nötigen Schritte wegen des Bergarbeiterstreiks getan werden müßten. In der Tat ist der Kaiser zwei Tage später nach Wien abgereist, und die Erregung hat sich einigermaßen gelegt, obwohl sich das Gerücht erhält, daß nach der Rückkehr des Kaisers wichtige Veränderungen in höheren Regierungskreisen bevorstehen, und in wohlunterrichteten Kreisen hält man die Stellung des Reichskanzlers und des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten für stark erschüttert.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 25. April/ 8. Mai 1912.

Ich bedauere, Ihnen noch keine bestimmten Nachrichten über die Berufung Baron Marschalls auf den Posten des deutschen Botschafters in London geben zu können. Ich weiß, daß Graf Metternich Sir Edward Grey gestern gesprochen hat und noch am selben Tage vom Könige in Audienz empfangen worden ist. Ich kenne noch nicht den Gegenstand dieser Audienz, doch glaube ich, daß ein Entschluß bereits gefaßt ist.

Ich hätte Ihnen hierüber vor der vollendeten Tatsache nicht berichtet, wenn ich Ihnen nicht sagen könnte, daß dieser Botschafterwechsel weder der Regierung noch dem Könige angenehm ist. Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß der König sogar den Wunsch äußern will, Graf Metternich möge in London bleiben. Ein derartiger Schritt müßte natürlich als eine reine Formalität aufgefaßt werden, hat aber doch symptomatische Bedeutung. Seinerseits sagt mir Sir Arthur Nicolson, er habe noch keine offizielle Bestätigung; er fügt hinzu, daß Sir Edward Grey die gerade und loyale Haltung des Grafen Metternich sehr hoch schätze und ihn nur mit Bedauern aus London scheiden sehen werde. Dann fügte Sir Arthur hinzu: „Wenn die deutsche Regierung sich einbildet, daß sie einen großen Coup macht indem sie Baron Marschall hierher schickt, so irrt sie sich, und wenn der zukünftige Botschafter es sich zur Aufgabe macht, England von seinen Freunden zu trennen, so befindet er sich auf dem Holzwege." Ich bitte Euere Exzellenz, diese Mitteilung als ganz vertraulich zu betrachten.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Mai 1912.

Ich erinnere mich nicht, daß irgendein diplomatischer Personenwechsel die Presse so nachhaltig beschäftigt hätte wie die Ernennung Baron Marschalls an Stelle des Grafen Metternich zum Botschafter Deutschlands in London.

Unser Botschafter in Berlin wird Ihnen besser als ich über die Beweggründe dieser Ernennung berichten können. Ich weiß

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

in dieser Hinsicht nur, was mir Graf Metternich selbst in vertraulicher und privater Weise gesagt hat, und bitte Sie daher, meiner Mitteilung diesen Charakter bewahren zu wollen.

Ich beeile mich hinzuzufügen, daß ich absolutes Zutrauen zu den Worten meines deutschen Kollegen habe. Seit einem Jahre denkt er daran, sich von der diplomatischen Tätigkeit zurückzuziehen. Er hat diesen Wunsch schon lange geäußert. Bis jetzt hier zurückgehalten, ist sein Rücktrittsgesuch anläßlich seines letzten Aufenthaltes in Berlin bewilligt worden. Die Sache sollte geheimgehalten werden, bis die Ernennung Baron Marschalls offiziell bekannt wurde. Jedoch schon ein paar Tage, nachdem der betreffende Beschluß gefaßt war, ist die offiziöse Presse Deutschlands mit der Angelegenheit befaßt worden, und von diesem Zeitpunkte an hat eine für den Grafen Metternich äußerst peinliche Pressekampagne eingesetzt. Es hat sich mit dieser Kampagne dasselbe zugetragen wie bei allen ähnlichen Gelegenheiten. Sie hat mehr geschadet als genützt, und es wird Baron Marschall sehr schwerfallen, hier zu überzeugen, daß er nicht nach London kommt, um allem Widerstand zum Trotz allein durch sein Erscheinen eine englisch-deutsche Entente herbeizuführen.

In London ist diese Pressekampagne von den radikalen und unter jüdischem Einflusse stehenden Blättern unterstützt worden. Beide Richtungen verfolgen den einen Zweck: Bruch der englisch-russischen Entente und selbst der englischen Entente mit Frankreich.

Ich weiß, daß einer der Gründe des Rücktrittes des Grafen Metternich diese beständige und bedauerliche Beeinflussung der englischen Presse gewesen ist. Wie immer in ähnlichen Fällen, ist das englische nationale Gefühl nur verletzt worden, da man hierin einen Versuch erblickt hat, einen diplomatischen Personenwechsel und ein ganzes Programm aufzuzwingen, selbst ehe die englische Regierung hierüber befragt worden war. Baron Marschall wird nicht ohne ein gewisses Mißtrauen empfangen werden.

Der König hat, wie ich weiß, in privater Form dem Grafen Metternich sein sehr lebhaftes Bedauern über seinen Rücktritt ausgesprochen. Sir Edward Grey hat zu mir über Metternich

mit der größten Sympathie für seinen persönlichen Charakter und seine loyale und offene Haltung gesprochen; der Rücktritt des deutschen Botschafters hat ihn zu einer öffentlichen Kundgebung im Unterhause veranlaßt — ein für die englischen Gebräuche äußerst seltenes Ereignis.

Ich kann jedoch nicht verhehlen, daß diese Pressekampagne, so künstlich sie auch hervorgerufen ist, trotzdem beweist, daß die Sympathien für Deutschland in England ernstliche Fortschritte gemacht haben. Und Graf Metternich hat recht, als er mir vor einigen Tagen sagte: „Ich hinterlasse meinem Nachfolger eine so gute Situation, wie sie es schon lange nicht mehr gewesen ist."

Der Glaube an die Entente mit Frankreich und Rußland besteht weiter, sowohl in dem gemäßigten Teile der liberalen Partei, welcher durch das jetzige Kabinett vertreten wird, als auch in der konservativen Partei.

Was aber speziell Rußland anbelangt, so ist insofern eine Schwierigkeit entstanden, als in letzter Zeit eine ganze Reihe von Zwischenfällen, die einen politischen, die andern vor allem moralischen Charakters, sich einer intimeren Gestaltung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern in den Weg gestellt haben — zum Vorteile Deutschlands, welches diese Zwischenfälle mit besonderer Vorliebe betont. Diese Zwischenfälle wurden zuerst von radikaler, dann von jüdischer, selbst konservativer Seite ausgebeutet und zuungunsten Rußlands ausgelegt. Euere Exzellenz kennt England aus eigener Erfahrung und weiß, daß dies nicht anders sein kann. Ich brauche deshalb auf die Erklärung derartiger sentimentaler Regungen nicht weiter einzugehen; ich will nur die Tatsache feststellen.

Bericht des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 11./24. Mai 1912. — Nr. 27.

Der Lärm, der in der deutschen Presse durch die Versetzung Baron Marschalls aus Konstantinopel nach London hervorgerufen worden war, entspricht in keiner Weise der Bedeutung dieses Ereignisses und ist nur ein Beweis dafür, wie sehr sich die öffentliche Meinung Deutschlands für alles interessiert, was die geringste Beziehung zu dem Verhältnisse Deutschlands zu England hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die deutsche Re-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gierung wichtige Gründe haben mußte, um Marschall in dem jetzigen schwierigen Augenblicke aus Konstantinopel abzuberufen, wo er eine so große Rolle spielte und sich eine ganz außergewöhnliche Stellung geschaffen hatte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die regierenden Kreise Deutschlands hierbei von dem Wunsche beseelt waren, wenn nicht ein Übereinkommen, so doch eine gewisse Annäherung an England zu erzielen, indem die diesbezüglichen Verhandlungen dem auf einem andern Posten so erprobten Diplomaten anvertraut wurden; aber es ist fraglos richtig, daß alles, was in letzter Zeit in dieser Hinsicht von Zeitungen aller politischen Richtungen und Schattierungen geschrieben wurde, und auch die Hoffnungen, die sich auf die angebliche neue Mission des deutschen Botschafters in London gründeten — der soliden Grundlage entbehren und nur beweisen, mit welcher Beunruhigung die gespannten Beziehungen zu England in Deutschland betrachtet werden. Diese Beziehungen, welche in unseren Tagen eines der hauptsächlichsten Momente, wenn nicht das hauptsächlichste, in der Weltpolitik sind, sind die Folge der ungewöhnlichen ökonomischen Erstarkung Deutschlands und der entsprechenden Entwicklung seiner Land-, aber vor allen Dingen seiner Seestreitkräfte. In letzterem Umstande erblickt England eine Bedrohung nicht nur seiner Seeherrschaft, sondern gleichzeitig seiner eignen Existenz als Weltmacht. Diese Lage ist nicht mit einem Male entstanden und kann nicht von heute auf morgen verändert werden, sosehr dieses von der einen und sogar von allen beiden Seiten gewünscht werden sollte und so fähig auch die Staatsmänner sein mögen, welche die Aufgabe, ein englisch-deutsches Übereinkommen herbeizuführen, auf sich nehmen. Eine derartige Aufgabe ist nicht leicht; denn um ein solches Resultat zu erreichen, müßte England ein für allemal auf den Gedanken verzichten, sich der wirtschaftlichen Ausbreitung Deutschlands in allen Weltteilen und dem damit verbundenen Anwachsen seiner Handels- und Kriegsflotte zu widersetzen.

Baron Marschall ist zu klug, um sich nicht von der Schwierigkeit der ihm bevorstehenden Aufgabe Rechenschaft zu geben, und wenn er trotz seines hohen Alters den ihm angetragenen Posten des deutschen Vertreters in London gern angenommen

hat, so muß man glauben, daß das von ihm in Aussicht genommene Programm viel bescheidener als dasjenige ist, welches ihm von der deutschen Presse vom ersten Augenblicke des Bekanntwerdens seiner Ernennung in so aufdringlicher Weise zugeschrieben wird.

Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin Schebeko an den russischen Außenminister vom 25. Mai/7. Juni 1912.

Die Frage der Umwandlung des freundschaftlichen Übereinkommens zwischen England und Frankreich in ein Bündnis ruft in Deutschland großes Interesse hervor und beunruhigt die hiesigen politischen Kreise. Obwohl die Presse laut behauptet, daß diese Frage für Deutschland keine Bedeutung habe, da die Ereignisse des letzten Jahres bewiesen hätten, daß, im Falle eines Zusammenstoßes zwischen Deutschland und Frankreich, England sich sowieso auf die Seite des letzteren stellen würde, einerlei ob es mit Frankreich durch ein Bündnis oder durch ein Übereinkommen verbunden ist — so wird doch das Gegenteil durch jene Leidenschaftlichkeit bewiesen, mit der diese Frage erörtert wird, und durch den Raum, den sie in allen Zeitungen einnimmt. Hier spricht nicht nur die Tatsache des Abschlusses eines Bündnisses zwischen England und Frankreich mit, sondern vielmehr der Umstand, daß die Deutschen jetzt endgültig überzeugt sind, daß England sich von der Möglichkeit einer Annäherung an Deutschland abwendet — einer Annäherung, die man in Deutschland im Grunde genommen leidenschaftlich herbeisehnt. Jetzt ist allen zur Erkenntnis gekommen, daß das letzte Marokko-Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich nicht nur zu keiner Annäherung zwischen beiden Ländern geführt hat, sondern im Gegenteil auf beiden Seiten der Vogesen eine derartige politische Stimmung, eine derartige Erregung hervorgerufen hat, daß sie in jedem Augenblicke zu den allerbedauerlichsten Folgen für die Erhaltung des europäischen Friedens führen kann.

Die elsaß-lothringische Frage, in welcher in den letzten Jahren eine Beruhigung eingetreten zu sein schien, hat sich wieder ganz außerordentlich verschärft, und auf Anweisung aus Berlin ergreifen die örtlichen Behörden eine Reihe von Maß-

regeln, die für die Bevölkerung sehr unbequem sind und in Frankreich große Erregung hervorrufen.

Die Haltung chauvinistischer Zeitungen, z. B. von „La France militaire", welche Deutschland alle möglichen Niederträchtigkeiten vorwerfen, hat in der offiziösen Kölnischen Zeitung eine Warnung in dem Sinne hervorgerufen, daß, wenn Frankreich die Klinge mit Deutschland zu kreuzen wünscht, letzteres bereit sei, was durch die schnelle Annahme der Erhöhung der Streitkräfte des Reiches von seiten der Volksvertreter am besten bewiesen werde.

Derartige Beziehungen zum Nachbarstaate veranlassen natürlich Deutschland, jeden Schritt der anderen ihm feindselig gesinnten Macht, d. h. Englands, mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen. So z. B. werden die Beratungen Churchills und Asquiths mit Lord Kitchener auf Malta so gedeutet, daß dies ein vorbereitender Schritt zum Abschlusse eines Bündnisses mit Frankreich ist, wobei letzteres die beiderseitigen Interessen im Mittelmeere zu verteidigen haben würde.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 23. November/6. Dezember 1912. — Nr. 373.

Der Schweizer Gesandte in London Carlin hat mir gesagt, der russische Gesandte in Bern habe dem Staatsdepartement in Bern mitgeteilt, daß die Rede Bethmann Hollwegs und die ununterbrochenen Rüstungen Österreichs die politische Lage als gespannt erscheinen lassen und daß die russische Regierung die föderalen Behörden hiervon mit Rücksicht auf die Verteidigung der Schweizer Neutralität benachrichtigen wolle. Carlin sagt mir, er sei von seiner Regierung beauftragt worden, Grey zu fragen, welche Haltung England im Falle eines Konfliktes einnehmen würde. Grey hat ihm geantwortet, daß Englands Haltung von den Umständen und von der Zahl der sich am Konflikte beteiligenden Mächte abhängen würde. Dies bedeutet, daß Grey die mir und Cambon gegebene Antwort Carlin gegenüber wiederholt hat. Carlin zufolge hat der Schweizer Gesandte in Paris denselben Auftrag erhalten.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 21. Dezember 1912/3. Januar 1913. — Nr. 465.

Persönlich. Grey hatte mir gesagt, er würde Buchanan ein Telegramm bezüglich der Unterstützung Englands zukommen lassen, welches uns die diplomatische Unterstützung des Londoner Kabinetts zusichert. Er hat mir jetzt eine Abschrift dieses Telegramms zugeschickt. Ich habe es Cambon gezeigt und um seine Ansicht gefragt. Cambon ist der Meinung, daß es nicht notwendig sei, zu verallgemeinern; daß, wenn es sich um spezielle Fragen handelt, die England betreffen, das Londoner Kabinett derartige bedingte Zusicherungen gebe; daß dies anläßlich des Zwischenfalles in Agadir und auch schon früher ihm selbst gegenüber der Fall gewesen sei. Aus meinem Bericht werden Sie sehen, daß Grey sich mir gegenüber etwas anders ausgedrückt hat. Dies scheint die persönliche Ansicht Cambons zu bestätigen. Meine persönliche Ansicht bleibt die, daß die militärische Unterstützung Englands von den allgemeinen Umständen abhängen wird, die im voraus nicht bestimmt werden können.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 27. Januar/9. Februar 1913. — Nr. 91.

Die unerwarteten Erklärungen des Admirals Tirpitz in der Reichstagskommission werden hier so verstanden, daß Deutschland die Vorherrschaft Englands zur See anerkennt; ohne vollkommenes Zutrauen zu finden, haben diese Erklärungen doch großen Eindruck auf die englische Presse gemacht. Die Times und die hauptsächlichsten Blätter betonen dieses Ereignis, zwar nicht ohne einige Einwendungen zu erheben, aber doch mit Befriedigung.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 30. Januar/12. Februar 1913. — Nr. 276.

Persönlich. Wir glauben, in der letzten Rede des Admirals Tirpitz und in dem Bestreben der deutschen Diplomatie, eine

Annäherung an England herbeizuführen, ein beunruhigendes Symptom erblicken zu müssen. Wir würden gern wissen, bis zu welchem Grade derartige Umtriebe in London günstiges Terrain finden und auf die Haltung der englischen Regierung in der jetzigen Krise zurückwirken können.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 31. Januar/13. Februar 1913. — Nr. 105.

Ihr Telegramm 276 erhalten. Die Anstrengungen, die die deutsche Diplomatie macht, sind augenscheinlich; aber die Rede Tirpitz', die anfangs als Anerkennung der Vorherrschaft Englands zur See mit Befriedigung aufgenommen wurde, hat nach reiflicher Prüfung nur einen ephemeren Eindruck gemacht. Man ist hier immer noch überzeugt, daß das Berliner Kabinett aufrichtig an der Erhaltung des Friedens arbeitet. Dies hat eine wirkliche Entspannung herbeigeführt, die, wie ich berichtet habe, jene Zusammenarbeit der Kabinette von London und Berlin zur Folge gehabt hat. In diesem Augenblicke halte ich sie für uns nicht nur nicht für schädlich, sondern für vorteilhaft, indem Grey die Möglichkeit gegeben wird, auf Berlin einzuwirken und darauf zu bestehen, daß das Berliner Kabinett auf Wien einwirkt. Grey glaubt, daß Sie dasselbe mit Vorteil tun könnten, obwohl er sich der Schwierigkeiten bewußt ist. Dies ist der Charakter der Annäherung, von welcher die deutsche Diplomatie so laut und öffentlich spricht. Ihre friedliebende Tendenz verbürgt dieser Annäherung einen gewissen Erfolg. Die homogene Haltung der Botschafter des Dreibundes während der Sitzungen der Londoner Botschafterkonferenz ist aber in Wirklichkeit nicht so vollständig, wie aus meinen telegraphischen Protokollberichten über die Sitzungen hervorzugehen scheint.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 28. März/10. April 1913. — Nr. 906.

Ich bitte Sie, mir möglichst genaue Einzelheiten über den Zweck der Reise des Prinzen Heinrich von Preußen nach England mitzuteilen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 29. März/11. April 1913. — Nr. 330.

Ihr Telegramm 906 erhalten. Einer der Gründe, die mich entgegen meiner ursprünglichen Absicht veranlaßt haben, die Mitteilung Ihres Telegramms 894 an Grey zu beschleunigen, ist die Ankunft des Prinzen Heinrich. Diese Ankunft ist so unerwartet, daß das Foreign Office erst gestern hiervon Kenntnis erhalten hat. Indem ich Nicolson das in Frage kommende Telegramm vorlas, sagte ich ihm, daß die Ankunft des Prinzen Heinrich diese Mitteilung sehr zeitgemäß erscheinen lasse. Cambon hat Grey eine ähnliche Bemerkung gemacht. Grey, der noch in keine Beziehungen zum Prinzen Heinrich oder zu Lichnowsky in dieser Frage getreten war, hat Cambon geantwortet: „Wenn Prinz Heinrich hierher gekommen ist, um den im vorigen Winter gemachten Schritt zu erneuern, so wird ihm genau dieselbe Antwort zuteil werden."

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 1./14. April 1913. — Nr. 344.

Persönlich. Nicolson hat mir gesagt, daß Prinz Heinrich mit dem Könige über keine politischen Fragen gesprochen habe. Es hat sich hauptsächlich um die Cumberlandsche Hochzeit und um die Reise König Georgs nach Berlin gehandelt, welch letztere keinen offiziellen, sondern nur Familiencharakter haben wird. Prinz Heinrich hat weder Grey noch irgendeinen andern Minister gesehen. Er ist heute wieder abgereist. Nicolson sagt mir, daß dieses Mal die Reise des Prinzen Heinrich nur wegen privater Angelegenheiten und der Bestellung von Automobilen erfolgt sei. Sonnabend und Sonntag hat er bei dem Fürsten Münster zugebracht. Die Mitteilung Nicolsons bestätigt meine persönliche Beobachtung.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 6./19. April 1913. — Nr. 355.

Nicolson teilt mir mit, daß, da die Reise des Königs nach Berlin ein Familienbesuch sei, Seine Majestät von keinem Minister begleitet sein wird.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London Benckendorff vom 3./16. Mai 1913. — Nr. 1263.

Ist es richtig, daß die Reise Morleys nach Berlin im Zusammenhang mit einem politischen Auftrage hinsichtlich englisch-deutscher Verhandlungen über ihre Interessen in Kleinasien steht?

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 6./19. Mai 1913. — Nr. 450.

Ihr Telegramm 1263 erhalten. Aus privaten Informationen und der kategorischen Erklärung Nicolsons geht hervor, daß die Reise Morleys in keinem Zusammenhang mit kleinasiatischen Fragen steht. Die Reise hat durchaus privaten Charakter, obwohl unser hiesiger Marineagent behauptet, daß die Frage der Seerüstungen in Berlin erörtert worden wäre.

Brief des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister vom 31. Januar/13. Februar 1914.

In meinem Telegramm Nr. 19 habe ich die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz auf die Mitteilung der russischen Telegraphenagentur in Berlin gelenkt, Staatssekretär von Jagow habe in der Budgetkommission erklärt, daß die englisch-deutschen Beziehungen sich ständig besserten. In demselben Telegramm wurden auch die Erklärungen des deutschen Marineministers erwähnt, die sich auf das Verhältnis der englischen und deutschen Flotte zueinander beziehen.

Wie Ihnen bekannt, hat Tirpitz gesagt, daß das von Churchill vorgeschlagene Verhältnis der englischen zu der deutschen Flotte 16 : 10 für Deutschland durchaus annehmbar sei. Was den Gedanken eines „Freijahres" betreffe, so könne dieser Vorschlag nicht angenommen werden. Jagow erklärt, daß das Kabinett von St. James einstweilen mit einem solchen Vorschlage noch nicht hervorgetreten sei. Ich fragte meinen englischen Kollegen, wie man sich die beständig wiederkehrenden Beteuerungen der hiesigen Staatsmänner erklären könne, daß eine Besserung in den englisch-deutschen Beziehungen eingetreten sei, da dies unwillkürlich den Gedanken hervorrufe, daß zwischen London

und Berlin beständige Verhandlungen stattfinden, welche letzten Endes zu einer Annäherung zwischen beiden Ländern führen könnten.

Goschen antwortete mir wie immer, nämlich daß alle diese Beteuerungen gar keinen Wert haben und daß der Meinungsaustausch zwischen Berlin und London sich auf die gegenseitigen ökonomischen und Eisenbahninteressen in Afrika beschränkt.

Was den Vorschlag Churchills anbelangt, ein Verhältnis von 16 : 10 festzusetzen, so bestätigte mein englischer Kollege meine Annahme, daß die kanadischen Dreadnoughts aus dieser Proportion ausgeschlossen sind, womit Deutschland kaum einverstanden sein kann. Was den Vorschlag anbelangt, im Laufe eines Jahres keine Kriegsschiffe zu bauen, so entsprechen diese Erklärungen des Staatssekretärs, wie mir Goschen sagt, nicht ganz den Tatsachen, denn er, Goschen, ist aus London beauftragt worden, die Ansicht Jagows einzuholen, doch habe letzterer ihm eine ausweichende Antwort gegeben. Der englische Botschafter ist jedoch der Ansicht, wie er mir streng vertraulich mitteilte, daß dieser Gedanke unausführbar und für Deutschland um so unannehmbarer ist, als alle Arbeiter der deutschen Schiffswerften in diesem Falle jede Beschäftigung verlieren müßten, während die englischen Arbeiter leicht von den Privatwerften übernommen werden könnten, um die zahlreichen kleineren Schiffe zu bauen, deren die englische Flotte beständig bedarf. Außerdem, fügte der englische Botschafter hinzu, genügt es nicht, die Schiffsbauten in England und Deutschland zu unterbrechen — dasselbe müßten auch alle anderen Großmächte tun.

Mein französischer Kollege, dessen Ansicht Goschen hinsichtlich des „Freijahres" befragt hatte, erwiderte ihm, daß er diesen Gedanken in keinem Falle billigen könne, da alle Ersparnisse, die Deutschland infolge der Unterbrechung der Schiffsbauten machen würde, zur Verstärkung der Landarmee verwendet werden würden, und diese würde beim zukünftigen Zusammenstoße hauptsächlich gegen Frankreich gerichtet werden.

Cambon blickt sehr trübe auf die beständigen Gerüchte einer Besserung in den englisch-deutschen Beziehungen, da er die Möglichkeit irgendeiner Annäherung zwischen diesen beiden Ländern in Zukunft zuläßt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Obwohl ich diese Befürchtungen nicht völlig teile, so kann ich mich doch nicht ganz dem Gedanken verschließen, daß Deutschland und England, nachdem sie damit angefangen, ihre ökonomischen Interessen in Afrika zu regeln, mit der Zeit zu wichtigeren Verhandlungen übergehen werden, welche letzten Endes zu einem gewissen Abkommen auch in politischen Fragen führen können. Ich kann von hier aus verfolgen, wie die deutsche Regierung bestrebt ist, der englischen entgegenzukommen, — aber ich habe natürlich nicht die Möglichkeit, zu beurteilen, welchen Eindruck diese Bemühungen auf die führenden Kreise Englands machen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Einundzwanzigstes Kapitel.

England, Frankreich, Rußland.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London vom 5./18. Juni 1908.

Während der Zusammenkunft unseres Kaisers mit König Eduard auf der Reede von Reval bin ich von Seiner Majestät empfangen worden und habe mit dem englischen Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Sir Charles Hardinge eine ganze Reihe längerer Unterredungen gehabt. Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen zu Ihrer persönlichen Information vertraulich von einigen Einzelheiten dieses Gedankenaustausches Kenntnis zu geben.

Der allgemeine Eindruck, den diese Zusammenkunft hinterlassen hat, ist in politischer Hinsicht ein äußerst günstiger; König Eduard hat seine Genugtuung offen zum Ausdruck gebracht und erblickt in der Zusammenkunft eine Bestätigung und Befestigung des zwischen Rußland und England erzielten Übereinkommens, sowie ein Pfand für die weitere Solidarität der beiden Regierungen. Mit besonderer Genugtuung betonte Seine Majestät die glückliche Wendung in unserer inneren Politik und die Zustimmung, die die Tätigkeit des Staatssekretärs Stolypin in ernsten Kreisen Englands findet.

Die verschiedenen Erklärungen Hardinges zusammenfassend, muß ich vor allem betonen, daß seinerseits kein Versuch gemacht worden ist, den Boden konkreter Abmachungen, sowohl der schon bestehenden, als der in Aussicht genommenen, zu verlassen und uns in allgemeine politische Kombinationen zu ziehen. Sir Charles bestätigte, daß das Londoner Kabinett unsere Ansicht durchaus teile, daß die Entrevue in Reval den anderen

Staaten keinerlei Beunruhigung einzuflößen brauche; was speziell Deutschland anbelangt, so wünscht die englische Regierung aufrichtig, die allerbesten Beziehungen zu ihm zu unterhalten, und glaubt nicht, daß in allernächster Zukunft diese Beziehungen sich aus irgendeinem Grunde verschärfen werden. „Trotzdem", sagte mir Sir Charles Hardinge, „kann man sich nicht der Einsicht verschließen, daß, wenn Deutschland in demselben beschleunigten Tempo seine Rüstungen zur See fortsetzen wird, in sieben oder acht Jahren in Europa eine äußerst beunruhigende und gespannte Lage entstehen kann; dann wird zweifelsohne Rußland der Schiedsrichter der Lage sein; und aus diesem Grunde wünschen wir im Interesse des Friedens und der Erhaltung des Gleichgewichts, daß Rußland zu Lande und zu Wasser möglichst stark ist." Diesen Gedanken hat Sir Charles mehrere Male wiederholt, wobei er augenscheinlich zu verstehen geben wollte, daß er nicht seine persönliche Meinung, sondern die bestimmte politische Überzeugung des Londoner Kabinetts zum Ausdruck bringt.

Zu den einzelnen Rußland und England interessierenden Fragen übergehend, sprach Sir Charles in warmen Ausdrücken von dem glücklichen Resultat der im vorigen Jahre unterzeichneten Übereinkommen, dank denen keine einzige in letzter Zeit zwischen Rußland und England entstandene Frage einen gefährlichen oder akuten Charakter angenommen habe. Seinen Worten zufolge hat nur dank der Konvention und der absoluten Loyalität, mit der Rußland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, der Zwischenfall an der afghanischen Grenze nicht zum Einrücken der indischen Truppen in Afghanistan geführt; das Londoner Kabinett schätzt unsere Haltung um so mehr, als von rein formaler Seite betrachtet die Konvention über Afghanistan, welche bis jetzt vom Emir nicht anerkannt wurde, noch nicht in Kraft getreten ist; die Handlungsweise Rußlands hat der englischen Zentralregierung die Möglichkeit gegeben, den Eifer der angloindischen Behörden zu dämpfen; jetzt ist das Londoner Kabinett ganz sicher, daß die Ereignisse an der afghanischen Grenze nicht zum Einrücken in Afghanistan führen werden. In einigen Wochen hofft er das formale Einverständnis des Emirs zu erhalten und uns mitteilen zu können.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Was Persien anbelangt, so hat mir Sir Charles noch einmal wiederholt, daß seine Regierung fest entschlossen sei, in völligem Einvernehmen mit uns zu handeln. Unser Grenzzwischenfall flößt dem Londoner Kabinett keinerlei Beunruhigung ein, und es erkennt vollkommen die Zweckmäßigkeit unserer Handlungen an.

Besonders sorgsam ist die Frage der mazedonischen Reformen geprüft worden. Der lebhafte Gedankenaustausch hat zu einem Ergebnis geführt, das einer endgültigen Lösung sehr nahe scheint. Auf diese Weise sind die ursprünglichen Vorschläge Englands auf ein Maß beschränkt worden, welches, wie man hoffen darf, von den übrigen Mächten angenommen und der Pforte gemeinsam zur Kenntnis gebracht werden wird. Nachdem ein Einvernehmen mit England erzielt ist, wird das Petersburger Kabinett ein genaues Schema der Reformen ausarbeiten, welches dann gemeinsam von allen Staaten beraten und zum Ausgangspunkte eines gemeinsamen Schrittes der Botschafter in Konstantinopel gemacht werden soll.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in Rom vom 20. November/3. Dezember 1908.

Ich glaube Ihnen über eine Unterredung berichten zu müssen, die ich mit dem hiesigen französischen Botschafter gehabt habe. Admiral Touchard hat mir, augenscheinlich im Auftrage seiner Regierung, vertraulich mitgeteilt, daß anläßlich des letzten Casablanca-Zwischenfalles der französische Botschafter in Rom, Barrère, aus sehr sicherer Quelle erfahren habe, Fürst Bülow und Baron Schön hätten in Rom zu verstehen gegeben, Deutschland habe von Rußland die Zusicherung erhalten, daß es sich in keinem Falle an einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich beteiligen würde.

Touchard zufolge hätten auch Sie davon gehört, es aber nicht für nötig befunden, diese Angaben zu widerlegen; die französische Regierung, fügte der Botschafter hinzu, schenkt natürlich derartigen Insinuationen keinen Glauben, hält es aber für ihre Pflicht, uns hiervon Mitteilung zu machen, falls wir es für nötig finden, die Sprache unserer Vertreter im Auslande in dieser wichtigen Frage festzulegen.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Ich erwiderte Admiral Touchard, daß ich bis jetzt in Ihrer Korrespondenz keine Hinweise auf diese Angelegenheit gefunden habe; daß weder unsere allgemeine Haltung noch die unseres Botschafters in Berlin den geringsten Anlaß zu den von Barrère berichteten Insinuationen gäbe. „Sie wissen," sagte ich, „daß die genauen Bestimmungen unseres Abkommens mit Frankreich niemand bekannt sind; man weiß wohl, daß dieses Übereinkommen vor allem einen defensiven Charakter hat, aber der casus foederis kann nur den Gegenstand von Mutmaßungen bilden; andererseits muß man in Berlin wissen, daß die Vereinbarungen zwischen Rußland und Frankreich nicht verändert worden sind und immer noch die unveränderliche Grundlage unserer Politik bilden; dies ist noch einmal öffentlich in Reval diesen Sommer bestätigt worden und Deutschland hat von uns keinerlei Erklärungen, weder vor noch während des letzten Zwischenfalles verlangt. Es scheint mir übrigens, daß die deutschen Staatsmänner das Bündnis zwischen Rußland und Frankreich als einen wichtigen Faktor des europäischen Gleichgewichtes betrachten; Fürst Bülow hat diesen Gedanken öffentlich im Parlament zum Ausdruck gebracht; was in Deutschland viel mehr beunruhigt und erregt, ist der Verdacht, daß unsere kürzliche Annäherung an England die Gefahr einer schon abgeschlossenen oder noch abzuschließenden Tripelallianz gegen Deutschland in sich birgt. Ich habe es stets für nötig gehalten, gegen einen derartigen Verdacht einzuwirken; ich habe anläßlich meines letzten Besuches in Berlin nicht verfehlt, noch einmal zu wiederholen, daß unsere Abmachungen mit dem Londoner Kabinett nichts enthalten, was nicht öffentlich bekannt ist, und daß wir nicht die Absicht haben oder gehabt haben, einem „neuen" Bündniß gegen irgend jemand beizutreten; ich bin nicht sicher, das Berliner Kabinett überzeugt zu haben, denn auf der Tatsache einer „neuen Gruppierung der Mächte" und der sich hieraus ergebenden Notwendigkeit, das Bündnis mit Österreich enger zu gestalten, basiert die deutsche Regierung ihre Haltung in der bosnisch-herzegowinischen Frage."

Indem ich obiges zu Ihrer Kenntnis bringe, bitte ich Sie, mich zu benachrichtigen, was zu der von Barrère mitgeteilten Information hat Anlaß geben können. Ich brauche Ihnen nicht

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zu sagen, daß es nicht unseren Absichten entsprechen kann, daß an eine Schwächung unserer Bande mit Frankreich geglaubt wird, und bin ich ganz überzeugt, daß auch Sie von diesem Gedanken durchdrungen sind und ihn wenn nötig in entschiedenster Weise betonen werden.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 27. April/10. Mai 1910.

Der König hat mir die Ehre erwiesen, mich heute morgen nach Marlborough House einzuladen. Seine Majestät hat ebenfalls die andern Botschafter in ganz privater Audienz empfangen.

Der König war sehr bewegt. Nach einigen kurzen Worten über seinen persönlichen Schmerz und einigen mir gegenüber geäußerten Liebenswürdigkeiten sagte mir der König, als ich die Beziehungen zwischen England und Rußland erwähnte, daß selbst zur Zeit, als diese Beziehungen lange nicht das waren, was sie hätten sein sollen, er stets gewünscht habe, daß die Schwierigkeiten beigelegt würden. Mit der größten Genugtuung habe er gesehen, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt hätten; er hat auch jetzt den Wunsch, daß unsere Beziehungen in Zukunft freundschaftlich und vertraulich wie augenblicklich bleiben. Er wünscht vor allem, daß dieser befriedigende Zustand ein dauernder werde. „Was mich anbelangt," sagte der König, „werde ich mein ganzes Leben an der Erreichung dieses Resultats arbeiten."

Ich sagte Seiner Majestät, daß ich es sehr schätzen würde, wenn ich die Erlaubnis hätte, diese Worte meiner Regierung zu übermitteln. Der König gab seine Zustimmung. Die persönlichen Gefühle des Königs, solange er noch Thronfolger war, sind mir stets bekannt gewesen; jetzt aber, da sie am Tage nach seiner Thronbesteigung in überaus feierlicher Form wiederholt werden, scheinen mir seine Worte eine ganz besondere Bedeutung zu haben.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. Mai/11. Juni 1910. — Nr. 125.

Hardinge hat mir heute morgen seine Ernennung zum Vizekönig von Indien mitgeteilt und hinzugefügt, daß, wenn

er auf seinem jetzigen Posten den Beziehungen zwischen Rußland und England habe nützen können, er jetzt mit dem festen Entschlusse nach Indien gehe, im selben Sinne weiterzuarbeiten, und daß er dort noch erfolgreicher zu sein hoffe. Hardinge wäre dankbar, wenn seine Worte unserem Kaiser unterbreitet werden würden.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 2./15. Juni 1910. — Nr. 134.

Anläßlich der wahrscheinlichen Abberufung Nicolsons aus Petersburg sagte mir Grey gestern abend, er hoffe, daß das Petersburger Kabinett davon überzeugt sei, daß die Ernennung des Vizekönigs von Indien und der Botschafterwechsel in Petersburg hauptsächlich die Konsolidierung der Beziehungen zwischen Rußland und England im Auge haben. Er glaubt, daß die Lage es verlangt, daß sich jemand in London im Amte befindet, der die einschlägigen Fragen so gut kennt wie Hardinge und Nicolson. Grey sagte mir, er bestehe auf dieser Erwägung, weil vielleicht der Kaiser sich nur ungern von einem Botschafter trennen würde, dem er stets einen so gnädigen Empfang erwiesen habe. Hardinge sagte mir, der König habe von den unserem Kaiser geschuldeten Rücksichten gesprochen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 25. Juni/8. Juli 1910. — Nr. 178.

Ich bin heute morgen vom Könige empfangen worden, um ihm mein Beglaubigungsschreiben zu übergeben. Seine Majestät hat mir erklärt, er wolle mir wiederholen, was Grey mir wahrscheinlich schon gesagt habe, daß nämlich die Abberufung Nicolsons nur aus einem einzigen Grunde erfolgt sei — um die zwischen Rußland und England so glücklich bestehenden Beziehungen zu erhalten und sie noch enger zu gestalten. Der König fügte hinzu, daß er hierüber unserem Souverän geschrieben habe.

Brief des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 20. Januar/2. Februar 1911.

Ich habe Ihnen bis jetzt noch nichts über die Frage der Befestigung Vlissingens geschrieben, die in der französischen

Presse so große Erregung hervorgerufen hat, da ich mich zuerst in den zahlreichen diesbezüglichen Gerüchten zurechtfinden und die Haltung der französischen Regierung in dieser Frage feststellen wollte. Nachdem ich die Erklärung Pichons im Parlamente in Beantwortung der Interpellation des bekannten Chauvinisten De la Fosse gelesen habe, komme ich zu der Überzeugung, daß der französische Außenminister überrascht worden ist und daß ihm selbst seine Erklärungen später allzu kategorisch erschienen sind. Am Tage nach der soeben erwähnten Sitzung hat Pichon in einer Unterredung mit einem holländischen Korrespondenten den Sinn seiner Erklärungen bedeutend abgeschwächt. Hierauf hat er es für nötig befunden, den französischen Vertretern bei den Signatarmächten des Traktates von 1839 ein Zirkulartelegramm zu schicken, in denen der genaue Sinn seiner Rede erklärt wird. Ich habe den Wortlaut dieses Telegramms nicht gesehen, doch hat mir Pichon seinen Inhalt mitgeteilt. Der Gedanke einer Einmischung in die Frage der Befestigung Vlissingens wird in Abrede gestellt und betont, er habe im Parlamente nicht von Verhandlungen, sondern von „freundschaftlichen Unterredungen" zwischen den Garantiemächten der Neutralität Belgiens gesprochen. Aus verschiedenen Unterredungen, die ich mit Pichon gehabt habe, schließe ich, daß er dieser Frage kaltblütig gegenübersteht und ihr nicht allzu große Bedeutung beilegen will. Er hat bis jetzt noch nicht die juristische Seite der Frage prüfen können. Ihm persönlich scheint es jedoch, daß Holland das unbestreitbare Recht hat, die Mündung der Schelde zu befestigen. Andererseits haben weder Pichon noch die französische Regierung Zweifel, daß der Gedanke der in Frage kommenden Befestigungen von Deutschland ausgeht, und daß die niederländische Regierung wenn nicht auf Grund eines direkten Vertrages, so doch aus Furcht für die Unabhängigkeit Hollands im Fall eines europäischen Krieges handelt. Wenn Pichon und seine Kollegen trotzdem ihre Ruhe bewahren, so ist dies augenscheinlich damit zu erklären, daß man hier schon längst die Überzeugung gewonnen hat, daß Deutschland im Falle eines neuen französisch-deutschen Krieges jedenfalls und unbedingt die belgische Neutralität verletzen wird. Deshalb hält man die Befestigung von Vlissingen für eine weniger wichtige Einzelheit des

allgemeinen deutschen Angriffplanes gegen Frankreich. Trotzdem ist, wie ich erfahren habe, die Zeitungskampagne, welche zuerst von einigen belgischen Zeitungen aufgenommen wurde, mit französischen Geldmitteln und unter geheimer Beteiligung des französischen Militärattachés in Belgien geführt worden, in der Hoffnung, auf diese indirekte Weise die Ausführung des holländischen Planes vereiteln zu können. Soviel ich beurteilen kann, rechnet man hier immer noch mit der Möglichkeit eines Erfolges dieser Pressekampagne und hofft, daß Holland, wenn auch nicht völlig auf diesen Plan verzichten, ihn doch wenigstens aufschieben oder abändern wird.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 18. Februar/3. März 1911.

Der neue französische Minister des Auswärtigen ist heute gleich nach seiner Ernennung und vor jeder anderen Visite bei mir gewesen und versicherte mir in den allerkategorischsten Ausdrücken, daß die neue Regierung in auswärtigen Fragen unbeugsam die Politik des vorigen Kabinetts fortsetzen und daß er selbst alle seine Bemühungen daransetzen werde, die Bundes- und engsten Freundschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Rußland zu erhalten und zu fördern. In einem langen Gespräche suchte er die dem neuen Kabinett zugeschriebenen radikalen Tendenzen zu widerlegen und erklärte, daß er und seine Kollegen höher als alles übrige die Ordnung im Innern und die Macht Frankreichs nach außen stellten. Das neue Kabinett wird in verständigen und gemäßigten Kreisen sehr stark kritisiert; persönlich hat Cruppi auf mich einen guten Eindruck gemacht.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 18. Februar/3. März 1911. — Nr. 26.

Nach Cruppi besuchte mich der neue Marineminister Delcassé, das hervorragendste Mitglied des Kabinetts, dessen Rückkehr zur Macht so lebhaft von der europäischen Presse besprochen wird. Delcassé hat mir alles von Cruppi über die Unerschütterlichkeit der äußern Politik Frankreichs und die dem Kabinett zu Unrecht zugeschriebenen radikalen Tendenzen Gesagte wieder-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

holt. Außerdem hat er mir erklärt, daß sein Eintritt in das Kabinett eine Garantie bilde, daß man ganz besondere Sorgfalt auf die militärische Kraft Frankreichs verwenden werde. Seine nächste Aufgabe sei die Erschaffung einer starken Flotte, und nicht später als im August oder September hofft er über sechs neue Panzerschiffe verfügen zu können. Er bürgt auch dafür, daß das neue Kabinett hinsichtlich der Landarmee seine Anstrengungen verdoppeln wird. Er hat durchaus nicht die Absicht, aus der Kompetenz seines Ressorts hinauszutreten und Mißtrauen von seiten Deutschlands zu erwecken, doch hat er mich versichert, daß er seinerseits alles tun werde, um die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland möglichst eng zu gestalten, und hat mich gebeten, seine Gefühle aufrichtiger Ergebenheit für Rußland an den Stufen des Thrones niederzulegen. Von mir ist Delcassé zu einem Besuche des deutschen Botschafters gefahren.

Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 1./14. März 1911.

. . . . . .

Was die ausländischen Beziehungen anbelangt, so habe ich Ihnen bereits kurz über die mir von Cruppi und Delcassé gemachten Mitteilungen berichtet. Seitdem habe ich auch lange Unterredungen mit Monis und Cailleaux gehabt. Sie alle haben mich von der Unerschütterlichkeit der auswärtigen Politik Frankreichs und der absoluten Loyalität des neuen Kabinetts hinsichtlich des Bündnisses mit Rußland versichert. Wenn hierbei auch eine gewisse Kritik der Politik Pichons hörbar wurde, so geschah dies nur im Sinne jener Zeitungsartikel, in denen der Vorgänger Cruppis beschuldigt wurde, den Dreiverband zur Förderung der Interessen Frankreichs, Rußlands und Englands nicht genügend ausgenutzt zu haben. Obwohl Delcassé betonte, daß er die Kompetenz des Marineministeriums nicht überschreiten wolle, so wird doch allgemein angenommen, daß er auf die Tätigkeit Cruppis Einfluß haben werde, da letzterer in auswärtigen Fragen wenig bewandert ist. Delcassé hat mich zu überzeugen gesucht, daß die neue Regierung nicht bloß keine Schwächung der militärischen Kraft Frankreichs zulassen

wird, sondern noch bestimmter die Land- und Seestreitkräfte weiterentwickeln will. Delcassé erklärte mir, daß, obwohl wieder Zivilpersonen an der Spitze der beiden Militärressorts stehen, doch die frühere Organisation der höheren militärischen Institutionen, wie sie von General Brenne und dem Admiral Boué eingeführt wurde, auch in Zukunft beibehalten werden wird. Was speziell die Flotte anbelangt, so sei seine, Delcassés, Ernennung zum Marineminister eine Garantie, daß man ihr ganz besondere Bedeutung beilegen wird, und nicht später als im August oder September hofft er über ein neues Geschwader von Panzerschiffen verfügen zu können.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 12./25. April 1911.

In einer meiner Unterredungen mit Cruppi habe ich die Frage der soeben in Frankreich abgeschlossenen Anleihe der Stadt Budapest erwähnt. Diese Finanzoperation ist mit Hilfe der Gruppe des Crédit Lyonnais durchgeführt worden. Derartige Städteanleihen bedürfen gewöhnlich nicht der Genehmigung der Regierung, um auf der Pariser Börse kotiert zu werden. Auf diese Weise hatte das französische Außenministerium offiziell nicht die Möglichkeit, die Anleihe zu verhindern. Immerhin besteht kein Zweifel, daß der Crédit Lyonnais in dieser Frage nicht ohne die stillschweigende Einwilligung der französischen Regierung gehandelt hat. Ich habe Cruppi nicht verheimlicht, daß die Gewährung einer Anleihe durch französische Banken einen unangenehmen Eindruck in Rußland hervorrufen wird, wo man dies natürlich als den ersten Schritt zur Finanzierung auch anderer ungarischer Anleihen betrachten muß. Um auf Cruppi den nötigen Eindruck zu machen, habe ich ihm anläßlich dieses besonderen Falles folgende Erwägungen allgemeiner Natur unterbreitet.

„In letzter Zeit", sagte ich, „habe ich schon mehrmals die ernstliche Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf die Schädigung vitaler Interessen Rußlands durch Finanzprojekte französischer Banken lenken müssen. Infolge seiner ungeheuren Ausdehnung und der Besonderheiten seiner geographischen Lage

kann Rußland an verschiedenen Punkten seiner Peripherie angegriffen werden und ist nicht auf allen Fronten gleich stark. Derartige Unternehmungen, z. B. wie die Eisenbahn Chinchou—Aigun oder das Eisenbahnnetz in Kleinasien, würden uns ungeheure Ausgaben bei der Befestigung unserer asiatischen Grenzen auferlegen, und dies würde unsere militärische Stellung an unserer Westgrenze schwächen, was den gemeinsamen Interessen Frankreichs und Rußlands widerspricht. Jede Österreich-Ungarn oder sogar nur Ungarn gewährte Anleihe schwächt gleichfalls die Lage Rußlands und folglich auch des Zweibundes. Es ist äußerst gefährlich, sich der hier verbreiteten Illusion hinzugeben, als ob Ungarn ein Gegengewicht gegen den Einfluß Deutschlands bilden könne. Die letzte bosnische Krise hat gezeigt, daß im entscheidenden Augenblicke Ungarn sich stets auf die Seite Österreichs und Deutschlands stellen wird. Erst in den letzten Tagen haben wir im Parlamente Ribot in beredter Weise von der Notwendigkeit einer einheitlicheren und logischeren Politik der drei Ententemächte sprechen hören, und Cruppi selbst hat darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, diese politische Kombination in Wirklichkeit und sozusagen jeden Tag in Anwendung zu bringen. Mir scheint es, daß ausländische Anleihen und Finanzierungen ein Gebiet darstellen, in dem die höheren politischen Interessen Frankreichs und Rußlands in Einklang gebracht werden müssen, und es wäre im höchsten Grade bedauerlich, wenn das Streben französischer Finanzleute nach persönlichem Gewinn die Oberhand über die höheren Ziele der beiden verbündeten Mächte gewinnen sollte."

Der Minister hat mir erwidert, daß er meine Ansicht durchaus teile und bereit sei, diesen Standpunkt in jedem einzelnen Falle zu vertreten. Was die Budapester Anleihe anbelangt, so habe diese sozusagen einen speziell privaten Charakter, und die französische Regierung habe nicht die Möglichkeit gehabt, sich dieser Anleihe zu widersetzen. Doch bürge er dafür, daß dieselbe der Frage der Finanzierung Ungarns für allgemeinstaatliche Bedürfnisse in keiner Weise vorgreift. „Ich bin sehr froh," sagte er, „daß Sie diese Frage berührt und mir Argumente geliefert haben, von denen ich zur rechten Zeit Gebrauch machen kann."

Trotz dieser kategorischen Erklärung Cruppis erlaube ich mir dem Gedanken Ausdruck zu verleihen, daß vielleicht die größte Schwierigkeit der russisch-französischen Beziehungen darin besteht, die Interessen der hier so einflußreichen Finanzkreise mit der allgemeinen Richtung der Politik des Zweibundes in Einklang zu bringen. In diesem speziellen Falle ist es wohl kaum möglich gewesen, die französischen Banken daran zu verhindern, sich an der Budapester Anleihe zu beteiligen, da sie ein schon so bedeutendes Kapital in verschiedenen ungarischen Unternehmungen angelegt haben. Die französischen Ersparnisse, die eine Anlage in auswärtigen Anleihen und Unternehmungen suchen, machen den Kampf mit den kosmopolitischen Tendenzen des hiesigen Kapitals außerordentlich schwer. Wir haben daher die Aufgabe, die Projekte der französischen Finanzkreise aufmerksam zu verfolgen, und in denjenigen Fällen, in denen unsere Interessen ernstlich bedroht sind, müssen wir rechtzeitig einen energischen Druck auf die französische Regierung ausüben, um die Verwirklichung dieser Pläne zu verhindern.

Auszug aus einer Denkschrift N. N. Rafalowitschs über den österreichischen Einfluß in französischen Banken vom 14. Mai 1914.

. . . . . .

Was die Beziehungen zwischen den hauptsächlichsten Pariser Banken und der österreichischen Finanzwelt anbelangt, so fallen zwei Umstände ins Auge: erstens der allgemeine Charakter dieser Beziehungen und zweitens ihre beständige Abschwächung.

In den letzten Jahren hat Österreich infolge der politischen Ereignisse keinen Zugang zum Pariser Markte gehabt, und in dieser Beziehung haben ihm weder die Anstrengungen seiner Vertreter noch die nahen Beziehungen zur französischen Finanzwelt nützen können. Die Banque de Paris et des Pays-Bas hat ihre Vertreter in der Verwaltung der österreichischen Bodenkreditgesellschaft, an deren Spitze der bekannte politische Finanzmann Sieghardt steht. In der Österreichischen Länderbank sind gleichfalls französische Vorstandsmitglieder, unter anderm der frühere französische Botschafter in Wien Crozier, der ebenfalls im Verwaltungsrate der Société Générale sitzt, in dem

auch der Österreicher Adler eine bedeutende Rolle spielt. Dieser ist in Wirklichkeit der Leiter einer der Abteilungen dieses Unternehmens, obwohl er nicht diesen offiziellen Titel führt. Im Crédit Lyonnais nimmt der frühere deutsche Untertan Ullmann einen wichtigen Posten ein, welcher zwar nicht in unmittelbaren Beziehungen mit Österreich ist, aber der Berliner Diskontogesellschaft sehr nahesteht, welch letztere großen Einfluß in Wien hat. Der Crédit Lyonnais hat bereits mehrfach österreichische und ungarische Werte auf dem Pariser Markte verbreitet und hat unter seinen Klienten Schatzscheine dieser beiden Staaten untergebracht. Rothschild braucht man nicht zu erwähnen, denn obwohl er in österreichischen Geschäften sehr interessiert ist, wird sein Einfluß in Paris immer schwächer. Endlich hat die Union Parisienne eine balkanische Bank, welche direkt von Wiener und Budapester Finanzhäusern abhängt und an Ort und Stelle vom Österreicher Donner geleitet wird. Überhaupt muß man bemerken, daß bis zur letzten Zeit die französischen Banken auf dem Balkan gemeinsam mit den Österreichern vorgegangen sind, welche es verstanden haben, das französische Kapital hierbei auszunutzen. Die grundlegenden Veränderungen in der politischen Struktur der Balkanhalbinsel müssen die bisherigen französisch-österreichischen finanziellen Beziehungen ungünstig beeinflussen.

Um dies Ziel zu erreichen, bedarf es unsererseits eines ganz planmäßigen Vorgehens. Hierbei müssen wir zwischen den Bestrebungen der Österreicher unterscheiden, ihre Werte auf der Pariser Börse unterzubringen und Hand in Hand mit den französischen Banken auf dem Balkan vorzugehen. Was erstere Bestrebungen anbelangt, so brauchen sie uns nicht ernstlich zu beunruhigen, da sie „ein Attentat mit unzulänglichen Mitteln" darstellen. Die französischen Banken befürchten allzusehr die Einmischung ihrer Regierung und den Protest der öffentlichen Meinung, um sich leichten Herzens zu einer solchen Operation zu entschließen, welche durch einen einzigen Zeitungsartikel oder durch einen einzigen Schritt von seiten Rußlands zunichte gemacht werden kann. Als Beispiel hierfür kann der erfolglose Versuch gelten, für das österreichische Schatzamt eine ziemlich bedeutende Summe dadurch zu realisieren, daß die alte Streit-

frage der österreichischen Südbahnen in einem für die französischen Inhaber der Aktien günstigen Sinne gelöst wurde. Dieser Versuch ist im vorigen Jahre verhindert worden, wenn er überhaupt ausführbar war, indem im Echo de Paris ein entsprechender Zeitungsartikel veröffentlicht wurde.

Was die Zusammenarbeit der französischen und österreichischen Banken anbelangt, so können wir auch hier eine sehr nützliche Rolle spielen. Als z. B. neulich die österreichischen Banken sich wegen einer eventuellen Beteiligung an die französische Gruppe wandten, welche die Frage der Internationalisierung der Ostbahn in Serbien prüft, genügte die Erklärung des russischen Vertreters, daß die russische Gruppe sich an einer derartigen Kombination nicht beteiligen werde, um die Franzosen zu veranlassen, den Österreichern einen abschlägigen Bescheid zu geben.

Wenn eine französische Gruppe einer anderen vorwirft, den Österreichern nahezustehen, so ist dies gewöhnlich nur ein Kampfmittel. Wir unsererseits müssen uns sagen, daß die hauptsächlichsten französischen Gruppen alle Österreich sehr nahestehen, und es ist sehr schwer zu sagen, welche von ihnen sich am meisten unter österreichischem Einflusse befindet. Wir müßten als allgemeine Regel aufstellen, daß man in uns interessierenden Fragen und Ländern die Franzosen nie allein mit den Österreichern lassen darf. Wo die Franzosen zusammen mit russischen Elementen arbeiten werden, dort wird es für Österreicher keinen Platz mehr geben. Außerdem bedeutet dies für uns die einzige Möglichkeit, rechtzeitig über alles unterrichtet zu sein, was wir verhindern wollen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 5./18. Mai 1912. — Nr. 74.

Heute beschäftigt sich die Presse immer noch mit dem gestrigen Zwischenfalle. Die bedeutenderen Organe, die ihre Weisungen vom Außenministerium erhalten, wie der Temps, Journal des Débats, Matin usw., bewahren die Ruhe und beschränken sich darauf, Widerlegungen zu veröffentlichen. Einige Zeitungen, hauptsächlich die extremen und oppositionellen, welche Rußland immer feindlich gesinnt waren, wiederholen ihre Angriffe auf Rußland und persönlich auf mich. Hierbei ist deutlich

das Bestreben bemerkbar, dem Zwischenfalle einen politischen Charakter zu verleihen und unsere Unzufriedenheit mit dem französischen Botschafter in Petersburg Georges Louis damit zu erklären, daß Rußland augenscheinlich eine aggressive Politik gegen die Türkei befolgen will und hierbei auf Widerstand von seiten des französischen Botschafters gestoßen ist. Von einigen Zeitungen, die in diesem Sinne schreiben, ist bekannt, daß sie Subsidien von der türkischen Botschaft erhalten, welche unter der hiesigen Presse bedeutende Geldmittel verteilt. Ich ergreife Maßregeln, um die Wahrheit in den Zeitungen wiederherzustellen, da ich aber über kein Geld verfüge, ist dies sehr schwer.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 20. Juli/2. August 1912. — Nr. 136.

Hinsichtlich der Enthüllungen des Temps über die Marinekonvention sagte mir Paléologue, daß dies dem Ministerpräsidenten sehr unangenehm gewesen wäre, daß man sich aber wegen der Folgen nicht weiter zu beunruhigen brauche. Er meint, man wird sich sowohl hier als auch im Auslande sehr wundern, daß eine derartige Konvention erst jetzt abgeschlossen worden ist. Der Ministerpräsident nimmt an, daß die Zeitung diese Information zu verschiedenen Zeiten aus den betreffenden Ressorts erhalten hat. Die Neugierde der Journalisten über die Marinekonventionen war schon längst durch das Gerücht erregt worden, daß ein das Mittelmeer betreffendes Übereinkommen abgeschlossen worden sei, und dies hat dann zufällig zur russisch-französischen Marinekonvention geführt.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Juli/6. August 1912. — Nr. 141.

Paléologue bedauert ganz außerordentlich den Artikel im Echo de Paris und hat durch die Agentur Havas eine Mitteilung in Form eines Telegramms aus London veröffentlichen lassen. Auf meine Bemerkung, daß die Widerlegung noch mehr Gewicht gehabt hätte, wenn sie in Form einer gewöhnlichen offiziösen Mitteilung erschienen wäre, erklärte er, daß dieses zu

Angriffen der ganzen Presse auf das Echo de Paris geführt hätte, welches seinerseits antworten würde, und daß dies zu einer unerwünschten Zeitungspolemik führen müßte. Er fügte hinzu, daß auf seine Veranlassung hin der Temps und das Journal des Débats Kommentare veröffentlichen werden, die den Eindruck der Widerlegung verstärken sollen.

Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an den russischen Geschäftsträger in London vom 28. Juli/10. August 1912. — Nr. 1520.

Ich telegraphiere nach Berlin. Ihr Telegramm Nr. 80 erhalten. Auf eine Anfrage des deutschen Botschafters habe ich geantwortet, daß unsere sogenannte Marinekonvention mit Frankreich sich auf einen unter Verbündeten durchaus natürlichen Entschluß beschränkt, zwischen den Chefs der beiden Marinestäbe unmittelbare Beziehungen herzustellen, ähnlich wie sie schon längst zwischen den beiden Generalstäben bestehen.

Regen Sie diese Frage nicht selbst an; sollte man aber im Auswärtigen Amte wieder eine diesbezügliche Frage an Sie stellen, so können Sie in obigem Sinne antworten.

Bericht des russischen Außenministers Sasonow über die Verhandlungen mit dem französischen Außenminister Poincaré anläßlich seines Besuches in Petersburg im August 1912.

Anläßlich des Besuches des französischen Ministerpräsidenten und auswärtigen Ministers Poincaré in Petersburg habe ich mit ihm mehrfache Unterredungen gehabt.

Während eines unserer ersten Gespräche haben wir gegenseitig unserer Befriedigung Ausdruck verliehen, daß die soeben zwischen den Chefs der beiden Admiralstäbe geführten Verhandlungen zu einem glücklichen Resultate geführt haben. Das in Paris von Admiral Aubert und dem Fürsten Lieven unterschriebene Projekt einer Marinekonvention ist von unserem Kaiser gebilligt worden, und ich habe die Vollmacht erhalten, diese Konvention zu unterzeichnen. Da die ungefähr vor 20 Jahren zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossene Militärkonvention von den beiden Regierungen durch einen Notenaustausch be-

stätigt worden war, so haben wir mit Poincaré beschlossen, dasselbe Verfahren auch bei der Marinekonvention anzuwenden. Wir haben infolgedessen am 2. und 3. August mit Poincaré Briefe gewechselt, in denen bestätigt wird, daß die Marinekonvention in Kraft getreten ist.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien berührend, habe ich Poincaré meine aufrichtige Freude geäußert, daß diese Beziehungen, die eine Zeitlang so gespannt schienen, sich augenscheinlich bessern, was namentlich am Vorabend der Erneuerung des Dreibundes ganz besonders wichtig sei. Ich lenkte hierbei seine Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß es für Frankreich ganz besonders wichtig sei, Italien streng im Rahmen der formalen Erfüllung seiner Verpflichtungen seinen Bundesgenossen gegenüber zu halten, ohne ihm Grund zu geben, sich letzteren enger anzuschließen, da dieses für den Fall eines Zusammenstoßes zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich unvorteilhaft wäre.

Unter der Bedingung, daß zwischen Italien und den drei Ententemächten freundschaftliche Beziehungen bestehen und gegenseitiges Zutrauen herrscht, ist das Verbleiben Italiens als totes Gewicht im Dreibunde nicht nur Frankreich und Rußland, sondern sogar Italien nützlich, da dies eine Garantie gegen einen italienisch-österreichischen Krieg bedeutet, in den auf die eine oder andere Weise auch die anderen Staaten hineingezogen werden könnten.

Poincaré sagte mir, er mache sich diese Ansicht durchaus zu eigen und tue alles mögliche, um dieses Ziel zu erreichen. Er hofft, daß seine Anstrengungen nicht ergebnislos verlaufen werden und daß es ihm gelingen wird, die guten nachbarlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Italien auf eine solide Basis zu stellen. In dieser Hinsicht sind bereits gute Resultate erzielt worden.

Anläßlich des italienisch-türkischen Krieges bedauert Poincaré, daß er unsere Versuche, eine Versöhnung herbeizuführen, nicht in dem gewünschten Maße habe unterstützen können. Eine gewisse Zurückhaltung Frankreichs findet erstens darin ihre Erklärung, daß es auf die Gefühle der mohammedanischen Bevölkerung seiner französischen Besitzungen Rücksicht nehmen

muß, unter denen ein jeder Druck auf die Türkei Erregung hervorrufen würde, was besonders jetzt gefährlich sei, da die Errichtung des französischen Protektorates in Marokko auf so große Schwierigkeiten stößt; zweitens wurde das Pariser Kabinett dadurch zu einer gewissen Zurückhaltung veranlaßt, daß weder Deutschland noch natürlich Österreich irgend etwas getan hätten, um unsere Aufgabe durch eine Einwirkung in Konstantinopel zu unterstützen. Gleichzeitig erklärte mir Poincaré, daß er mehr denn je eine Beendigung des Krieges herbeisehne, und daß er die Hoffnung hege, daß Rußland und Frankreich die erste Gelegenheit ergreifen werden, um dieses Ziel zu erreichen und auch die anderen europäischen Großmächte zu dieser Aufgabe heranzuziehen. Einen solchen Anlaß bieten die noch jetzt zwischen den Türken und Italienern in der Schweiz geführten Verhandlungen, um so mehr als die türkische Regierung beabsichtigt, im Einvernehmen mit Italien eine besondere Mission nach Tripolis zu schicken, welche den Übergang zum neuen Regime vorbereiten und die Araber an den Gedanken einer möglichen Aussöhnung gewöhnen soll. Im Zusammenhang mit dem Kriege sprach Poincaré auch über das weitere Schicksal der von Italien besetzten Inseln des Ägäischen Meeres. Diese Frage beunruhigt die französische Regierung ganz außerordentlich, denn sie befürchtet, daß Italien sich nicht damit begnügen wird, sie als ein Pfand zur Beendigung des Krieges zu betrachten, sondern die Besetzung so lange aufrechterhalten wird, bis von der Türkei Garantien einer gewissen Autonomie gegeben sein werden. Frankreich beabsichtigt hiergegen energisch zu protestieren, denn es erblickt in einer derartigen Lage der Dinge eine Bedrohung des politischen Gleichgewichts im östlichen Teile des Mittelmeeres. Auf die Frage Poincarés, wie Rußland sich zu einer Festsetzung Italiens im Archipel verhalte, erwiderte ich, daß wir uns ebenfalls nicht mit einem derartigen Versuche aussöhnen könnten. Ich benutzte diese Gelegenheit, um dem Wunsche des hiesigen italienischen Geschäftsträgers entsprechend den französischen Minister zu fragen, ob die Möglichkeit bestehe, daß noch vor Beendigung des Krieges der Türkei eine Anleihe in Frankreich gewährt werden würde. Poincaré verneinte dies ohne Zögern, fügte jedoch hinzu, daß nach Friedensschluß die

Türkei unter ernsten Garantien die zur Liquidation des Krieges notwendigen Mittel in Frankreich erhalten kann. Poincaré glaubt, daß auch Italien mit einer derartigen Bitte an Frankreich herantreten wird.

Uns gegenseitig versichernd, daß wir die Ereignisse auf dem Balkan aufmerksam verfolgen und uns unsere Gedanken und Informationen mitteilen werden, verabredeten wir mit Poincaré, im Falle von Verwicklungen einen den Umständen angepaßten gemeinsamen Plan zu vereinbaren, um auf diplomatischem Wege einer weiteren Verschärfung der Lage vorzubeugen. Hierbei hielt Poincaré es für nötig zu betonen, daß die französische öffentliche Meinung der Regierung der Republik nicht erlauben wird, wegen rein balkanischer Fragen zu den Waffen zu greifen, wenn Deutschland sich nicht beteiligen und nicht selbst die Anwendung des casus foederis herbeiführen wird, in welch letzterem Falle Rußland natürlich auf die volle und genaue Erfüllung der Frankreich mit uns verbindenden Verpflichtungen rechnen kann. Meinerseits habe ich dem Minister gesagt, daß wir stets bereit sind, uns entschieden auf die Seite Frankreichs zu stellen, wenn die in unserm Bündnisse vorhergesehenen Ereignisse eintreten, daß wir aber gleichfalls vor der öffentlichen russischen Meinung unsere aktive Beteiligung an einem Kriege nicht rechtfertigen können, der durch irgendwelche außereuropäische koloniale Fragen hervorgerufen wird, solange die vitalen Interessen Frankreichs in Europa dadurch nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Nachdem wir die hauptsächlichsten politischen Fragen gemeinsam erörtert, gingen wir auf die Besprechung einzelner Gegenstände über, so vor allem auf die Eisenbahnbauten in Kleinasien und die chinesische Anleihe.

. . . . . .

Zum Schlusse will ich bemerken, daß ich außerordentlich erfreut war, die Bekanntschaft Poincarés zu machen und mit ihm in persönliche Beziehungen zu treten, um so mehr als ich bei meinem Meinungsaustausche den Eindruck gewonnen habe, daß Rußland in Poincaré einen sicheren und verläßlichen Freund besitzt, der über eine außergewöhnliche staatsmännische Klugheit und einen unbeugsamen Willen verfügt. Wenn der kritische

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Moment in den internationalen Beziehungen eintritt, so wäre es sehr wünschenswert, daß an der Spitze der uns verbündeten Regierung wenn nicht derselbe Poincaré, so doch eine andere Persönlichkeit steht, welche einen ebenso energischen Charakter hat und ebensowenig Furcht vor Verantwortlichkeit hegt wie der jetzige französische Ministerpräsident.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 18./31. Mai 1912.

Ich habe Ihnen in letzter Zeit verschiedene Zeitungsartikel übersandt, die eine an und für sich sehr wichtige Frage behandeln, welche aber meines Wissens bis jetzt nur von der Presse besprochen worden ist: die Frage einer Allianz zwischen England und Frankreich.

Ich glaube, daß diese Pressekampagne das indirekte Resultat verschiedener in der Times erschienener Arkitel des militärischen Berichterstatters dieser Zeitung, des Obersten Repington, ist, welcher selbst einer der überzeugtesten Anhänger der Entente Englands mit Frankreich und Rußland ist. Diese Artikel bezogen sich auf die militärische Lage Englands im Mittelmeere, welche seit der Zurückziehung der englischen Flotte ziemlich geschwächt ist und, wie ein ziemlich großer Teil des Publikums glaubt, durch den Ersatz der französischen Flotte so lange nicht genügend gesichert erscheint, als die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich auf eine Entente und nicht auf ein Bündnis stützen. Die Reise Asquiths in Begleitung von Churchill nach Malta, ihre Zusammenkunft mit Lord Kitchener und ein beabsichtigter Besuch in Biserta haben diese Diskussion noch weiter angeregt.

Obwohl die soeben erwähnte Reise einen durchaus privaten Charakter trägt, so ist, wie ich sicher glaube, die Aufmerksamkeit dieser beiden Minister auf die für England entstandene Lage gelenkt worden. Außerdem sind in der letzten Zeit von seiten der englischen öffentlichen Meinung gewisse Zweifel über die endgültigen Absichten Italiens geäußert worden, welches verschiedene Inseln besetzt hält, u. a. auch Rhodos. Ich will nur im Vorübergehen erwähnen, daß diese Frage der griechischen Inseln, der Türkei gehörend und von Italien besetzt, die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf sich lenkt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Nicolson hat zu mir hierüber nur ganz kurz und in privater Form gesprochen, aber er denkt augenscheinlich an die Rückerstattung dieser Inseln an die Türkei bei Friedensschluß. Er sieht Schwierigkeiten voraus. Cambon ist in einer privaten Unterredung noch weiter gegangen. Seiner Ansicht nach muß man mit Verwicklungen rechnen: eine einfache Zurückerstattung, wie sie die Logik verlangt, würde sofort Unruhen und eine gewisse Agitation in Griechenland hervorrufen, da die Türkei bisher stets ein von Christen bewohntes Gebiet verloren hat, wenn es einmal von einer christlichen Macht besetzt worden war — ein Argument, welches Griechenland vielleicht anrufen wird und welches ein gewisses Echo in gräkophilen Kreisen, die ja inallen Ländern vertreten sind, finden dürfte.

Cambon ist der Ansicht, daß eine einfache Zurückerstattung nicht gefahrlos wäre. Verschiedene dieser Inseln haben früher mehr oder weniger bestätigte Privilegien gehabt, die die jungtürkische Partei jetzt nach Möglichkeit einzuschränken trachtet. Diese Inseln haben, teilweise wenigstens, die italienischen Garnisonen als ihre Befreier begrüßt; folglich könnte die Wiederherstellung der türkischen Autorität, ohne jede Bedingung, zu Unruhen führen, vor allem zu Racheakten von seiten der Türken, und hieraus könne sich eine ernste internationale Schwierigkeit ergeben.

Ich bitte Euere Exzellenz, diese längere Abschweifung zu entschuldigen, aber sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Inhalte des Briefes. Ich besuchte gestern Sir Arthur Nicolson und berührte die Zeitungsartikel über eine englisch-französische Allianz. Ich sagte ihm ganz offen, daß ich diesen Gegenstand in meiner Korrespondenz mit Ihnen erwähnen müßte und daß ich ihm für Aufklärung dankbar wäre.

Sir Arthur erwiderte, daß zwischen den beiden Regierungen kein Gedankenaustausch stattgefunden, daß keine von ihnen in dieser Hinsicht eine Initiative ergriffen hat und daß er auch nicht glaube, daß dies zurzeit der Fall sein werde, da ein derartiger Schritt zum mindesten unzeitgemäß wäre, weil der jetzige Zeitpunkt kein ruhiger sei und infolge des Krieges eigentlich eine Krise herrsche, so daß ein derartiger Schritt in Deutschland wahrscheinlich als eine sehr bedauerliche Provokation aufgefaßt wer-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

den würde. Sir Arthur teilte mir dieses als seine ganz persönliche Ansicht mit. Er hatte um so mehr Grund, diesen Umstand zu betonen, als ich mich nicht zu irren glaube, wenn ich behaupte, daß er in der Frage eines Bündnisses zwischen England und Frankreich sehr bestimmte Ansichten hat. Wenn er auch zu erfahren ist, um anders als mit der größten Vorsicht zu handeln, scheint er mir doch im Grunde seines Herzens nicht bloß ein Anhänger eines englisch-französischen Bündnisses, sondern eines neuen Dreibundes zu sein, dessen Aufgabe es wäre, das Gegengewicht gegen den schon bestehenden Dreibund zu bilden, da eine derartige Kombination den Frieden sicherer als irgendeine andere gewährleisten würde.

Ich wäre Euerer Exzellenz sehr dankbar, diese Vermutung über die Ansichten Nicolsons als sehr vertraulich zu betrachten, denn seine Worte erlauben mir nicht, irgendeine positive Behauptung auszusprechen. Übrigens, so groß sein Einfluß auch ist, so weit geht er nicht.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 20. Mai/2. Juni 1912.

Ich glaube die besondere Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz auf den beigelegten Leitartikel lenken zu müssen, der heute im Observer erschienen ist, ebenso auch auf eine ziemlich wichtige Korrespondenz aus Petersburg in derselben Zeitung.

Diese beiden Artikel verdienen deshalb eine besondere Aufmerksamkeit, weil sie besser als alles andere, was ich bis jetzt gelesen habe, den Standpunkt der öffentlichen Meinung und die Stimmung, in der diese Fragen erörtert werden, wiedergeben. Ich will nicht behaupten, daß die Majorität jetzt schon für den Gedanken eines Bündnisses mit Frankreich gewonnen ist. Es geht nicht so schnell in England, aber, angestachelt durch einen bestimmten Teil des englischen Publikums, das zu Deutschland hinzuneigen beginnt, und zwar aus verschiedenen unbestimmten und nicht immer patriotischen Gründen, beginnt diese Majorität eine gewisse Beunruhigung zu empfinden und glaubt, daß eine sich ausschließlich auf Ententen stützende Politik nicht vollständig genügt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Observer gehört zu einer Gruppe von Zeitungen, die seit kurzem unter der Leitung eines talentvollen Publizisten Garvin vereinigt worden sind. Ich kenne ihn persönlich und ich glaube, daß er manchmal vom englischen Auswärtigen Amte Direktiven erhält. Es ist selbstverständlich, daß er den so empfangenen Hinweisen größeres Relief verleiht, als in der wirklichen Stimmung der Leiter der englischen Politik zum Ausdruck kommt.

Es besteht kein Zweifel, daß die Ernennung Baron Marschalls zum deutschen Botschafter in London diese Agitation verschärft hat. Die übertriebenen Presseäußerungen, die diese Ernennung begleitet haben, haben bereits zu den vorauszusehenden Resultaten geführt: eine ziemlich starke Reaktion macht sich bemerkbar und findet zuerst in den zahlreichen Sympathiebeweisen Ausdruck, die dem sich zurückziehenden Botschafter, dem Grafen Metternich, von seiten des Publikums und selbst von seiten der Regierung erwiesen werden.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister Sasonow vom 24. Mai/6. Juni 1912.

Die von der englischen Presse aufgeworfene Frage der Umwandlung der Entente zwischen Frankreich und England in ein formales Bündnis hat natürlich sowohl in den hiesigen Regierungskreisen als auch in der Presse das lebhafteste Interesse hervorgerufen.

In einer Unterredung mit mir hat Poincaré seine Ansicht in dieser Frage ganz bestimmt geäußert:

Seiner Überzeugung nach brauchen weder Frankreich noch England eine Änderung des jetzigen Verhältnisses zu wünschen. Die Ereignisse der letzten Zeit haben bewiesen, daß bei der augenblicklichen europäischen Lage diese Interessengemeinschaft zwischen Frankreich und England und das hierauf beruhende Übereinkommen so groß und so unbestreitbar ist, daß hierdurch die Gemeinsamkeit der Politik beider Staaten im Falle irgendwelcher ernster Verwicklungen in völlig genügender Weise gewährleistet wird. Die Unterzeichnung des einen oder andern formalen Aktes, selbst wenn man annimmt, daß diese mit der französischen oder englischen Staatsform vereinbar wäre, würde

diese Garantie in keiner Weise verstärken. Denn selbst im Falle des Bestehens eines derartigen Abkommens behält doch die neuliche öffentliche Erklärung Asquiths seine volle Kraft, daß die englische Regierung im entscheidenden Augenblicke nur diejenige Entscheidung treffen kann, welche ihr von der englischen Nation vorgeschrieben werden wird. Was die von der Presse gleichzeitig berührte Frage einer eventuellen Veränderung der militärischen Organisation Englands und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht anbelangt, so ist Poincaré der Ansicht, daß es von seiten Frankreichs sehr leichtsinnig wäre, diese Frage selbst in der allervorsichtigsten Weise zu berühren, da sie eine rein nationale englische Frage bedeutet. Was die französische Presse betrifft, so haben die hauptsächlichsten Zeitungen in dieser Frage viel Takt gezeigt und haben in der Mehrzahl der Fälle den Standpunkt eingenommen, daß die Frage eines Bündnisses und einer militärischen Reorganisation Englands vor allem von den Engländern selbst entschieden werden muß, und daß sich die französische Presse eines jeden Druckes in der einen oder andern Richtung zu enthalten habe.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 28. Juni/11. Juli 1912.— Nr. 187.

Ich glaube Ihre Aufmerksamkeit auf die folgende Stelle in der Rede Bonar Laws im Unterhause, als für die Zukunft wichtig, lenken zu müssen: „Grey hat heute abend gesagt, daß ein gutes Einvernehmen mit Frankreich und Rußland den Ausgangspunkt unserer Politik bilden solle. Ich ziehe es vor zu erklären, daß es die Grundlage unserer äußeren Politik ist. Grey hat eine offizielle Mitteilung verlesen, welche meiner Ansicht nach Zeugnis von großer staatsmännischer Weisheit ablegt. Ich will sie noch einmal lesen." Zum Schlusse erklärte Bonar Law: „Dies ist die Politik unseres Landes, und wenn diejenige politische Partei, in deren Namen ich spreche, zur Regierung gelangen sollte, so wird dies auch die Politik dieser Partei sein."

Nichts Positiveres ist seit dem Entstehen der Entente erklärt worden.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 3./16. Juli 1912.

Meinem Berichte über die Parlamentssitzung, den ich Ihnen mit der Post habe zukommen lassen, habe ich nicht viel hinzuzufügen. Diese Sitzung ist sowohl für das Kabinett als auch persönlich für Grey ein großer Erfolg gewesen.

Wie Eure Exzellenz weiß, hatte sich eine Zeitlang eine gewisse Opposition von verschiedenen Seiten aus fühlbar gemacht. Ohne so weit zu gehen, die ganze Richtung der jetzigen Politik der englischen Regierung zu verurteilen, fanden sich doch in den verschiedenen Parteien des Parlamentes Stimmen, die dem Minister vorwarfen, durch eine allzu unnachgiebige Haltung eine Entspannung mit Deutschland unmöglich gemacht zu haben, und daß infolgedessen eine derartige Politik eine Bedrohung des Friedens bedeute. Am Tage der Debatte jedoch ist keine derartige Äußerung laut geworden, da die Reden Ponsonbys und eines irländischen Deputierten keinerlei Bedeutung haben.

In seiner sehr gemäßigten und Deutschland gegenüber sogar versöhnlichen Rede hat Sir Edward die Basis seiner Politik auf das bestimmteste aufrechterhalten. Er hat, was selten ist, nicht bloß die Aufmerksamkeit, sondern auch die Zustimmung der ganzen Kammer gefunden, und Bonar Law als Führer der Opposition hat die Argumente und Schlußfolgerungen des Ministers sogar noch erweitert.

Ich glaube bemerken zu müssen, daß diese Sitzung zeitlich mit der Kaiserzusammenkunft in Baltischport zusammenfiel, deren Resultate durch die Zeitungsberichte schon bekannt waren. Die Art und Weise, wie diese Berichte von den einzelnen Rednern beurteilt worden sind, ist der beste Beweis, daß die Zusammenkunft der beiden Monarchen weder bei der Regierung noch bei der öffentlichen Meinung eine ernstliche Beunruhigung, geschweige denn Mißtrauen hervorgerufen hat.

Ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß die letzthin bekannt gewordene Nachricht, daß Rußland in wenigen Jahren über eine mächtige Flotte verfügen wird, viel zu dem englischen Urteile über den Wert einer Annäherung Englands an uns beigetragen hat.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den stellvertretenden russischen Außenminister vom 4./17. Juli 1912. — Nr. 191.

Grey hat mir von dem Telegramm gesprochen, in dem O'Beirne über seine Unterredung mit unserem Minister nach dessen Rückkehr aus Baltischport berichtet. Er hat mir seine große Dankbarkeit ausgedrückt und erklärt, daß er die offenen Erklärungen Sasonows sehr hoch schätze. Grey sagte, er teile vollkommen den Standpunkt, daß man vor allem zueinander Zutrauen haben müsse, daß keine Entente ohne ein solches Zutrauen möglich sei; daß sein Zutrauen zu unserer Entente ein vollkommenes sei und daß er auch nicht zweifle, daß dasselbe von Paris gesagt werden könne.

Grey hat mir erklärt, daß Baron Marschall bis jetzt ihm gegenüber das allgemeine Terrain nicht verlassen und keine besonderen Fragen aufgeworfen habe mit Ausnahme einiger Angelegenheiten, die Südafrika betreffen. Er glaubt, daß Marschall einstweilen beobachtet und sich auf seinem neuen Posten zu orientieren sucht, eine Haltung, die Grey für sehr richtig hält.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 23. November/6. Dezember 1912. — Nr. 372.

Ich erfahre vertraulich von Cambon, daß er zuerst in seinem eigenen Namen und dann im Auftrage Poincarés die Aufmerksamkeit Greys auf gewisse Pressegerüchte gelenkt habe, denen zufolge eine gewisse Annäherung zwischen England und Deutschland erfolgt sei, woraus sich eine Lockerung der Entente und der Tripelentente ergäbe. Cambon ist beauftragt worden zu erklären, daß diese Gerüchte in Paris sehr verbreitet seien, dort einen sehr schlechten Eindruck machten und Poincaré veranlassen würden, eine diesbezügliche Interpellation in der Kammer zu beantworten. Grey hat geantwortet, daß diese Gerüchte jeglicher Grundlage entbehrten; daß sich zwischen England und Deutschland nichts Neues ereignet habe, daß die beiden Regierungen nur koloniale und andere ganz nebensächliche Fragen in versöhnlicher und liebenswürdiger Weise erörtert hätten. Cambon hat gefragt, ob er Poincaré ermächtige,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

diese Worte von der Tribüne aus zu wiederholen. Grey gab seine Zustimmung. Cambon hat mir gesagt, daß dem Brauche gemäß dieser Teil der Rede Poincarés der Zustimmung Greys unterbreitet werden wird.

Derartige Gerüchte haben vor allem Verbreitung gefunden, seitdem Lichnowsky in einer in London gehaltenen öffentlichen Rede erklärt hat, daß die Beziehungen zwischen England und Deutschland ausgezeichnet seien und niemals besser gewesen sind, und seitdem eine ähnliche Äußerung in einer Rede des Deutschen Reichskanzlers gefallen war. Diese Behauptungen waren ohne Antwort geblieben und hatten auf das Publikum Eindruck gemacht.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 28. November/11. Dezember 1912.— Nr. 381.

Ich erhalte von Cambon folgende vertrauliche Mitteilung: Der französische Botschafter ist von Poincaré beauftragt worden, Grey den Wortlaut einer Rede zu unterbreiten, die der französische Außenminister in der Kammer über die englische Politik halten wird. Der Inhalt dieser Rede ist ungefähr folgender: Da in der öffentlichen Meinung gewisse Zweifel über die gegenwärtige Orientierung der englischen Politik entstanden seien, habe Grey die Initiative ergriffen, um dem französischen Botschafter in London zu erklären, daß sich nichts in der Politik Englands geändert habe, daß keine neuen Beziehungen zu andern Mächten geknüpft worden wären und daß die enge Entente mit Frankreich in vollem Umfange weiterbestehe.

Grey hat sich sofort mit diesem Wortlaut einverstanden erklärt und nur gebeten, diesen Text Asquith zu lesen zu geben. Letzterer erklärte sich ebenfalls vollkommen einverstanden mit Ausnahme einer einzigen Abänderung: in dem französischen Texte hieß es: „öffentliche Meinung", Asquith zog vor zu sagen: „die öffentliche Meinung in Frankreich".

Ferner hat Grey dem französischen Botschafter erklärt, daß bei der englischen Regierung keinerlei Absichten auf Syrien bestehen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister Sasonow vom 14./27. Juni 1913. — Nr. 572.

Grey bat mich, ihn aufzusuchen. Er erklärte mir, er sei von den Resultaten des Besuches Poincarés und Pichons in London außerordentlich befriedigt. Dasselbe ist mir gestern von Pichon gesagt. worden, der mir erklärte, die Kabinette von London und Paris seien in allen Punkten vollkommen einig. Grey erzählte mir, daß, abgesehen von Erwägungen der allgemeinen Politik und der Entente zwischen den drei Mächten, die Unterredungen zwischen ihm und Pichon und später zwischen ihm und Poincaré im Beisein Nicolsons und Cambons sich hauptsächlich auf schwebende Tagesfragen bezogen hätten. Was Albanien anbelangt, hat man über die Notwendigkeit gesprochen, eine provisorische Organisation zu schaffen, ohne die Möglichkeit einer definitiven Regelung in Zukunft auszuschließen, die jedoch jetzt auf der Botschafterkonferenz zu erreichen unmöglich sei. Hinsichtlich der südlichen Grenze Albaniens sind die englischen und französischen Minister übereingekommen, daß keine der beiden Mächte geneigt ist, die Überlassung Koritzas an Griechenland mit Waffengewalt zu unterstützen, und daß man daher auf den Greyschen Vorschlag einer internationalen Kommission zurückgreifen müsse; da aber Österreich diesen Vorschlag abgelehnt habe, so müsse man beim Wiener Kabinett anfragen, unter welchen Bedingungen es diesen Vorschlag anzunehmen geneigt wäre. Der französische Standpunkt geht dahin, daß, wenn Österreich auf der Überlassung Koritzas an Albanien besteht, man auf dieser Basis verhandeln müsse. Grey ist diesem Standpunkte beigetreten und hat ein dementsprechendes Telegramm nach Wien abgeschickt.

Ihrem Wunsche gemäß haben Grey und Pichon beraten, welche Haltung wir einnehmen sollten, wenn Feindseligkeiten zwischen den Balkanalliierten ausbrechen. Keiner von beiden sieht ein anderes Mittel, einen allgemeineren Krieg zu vermeiden, als das Prinzip der Intervention, wenn Österreich hiermit einverstanden ist. Grey glaubt, Österreich werde möglicherweise die Bedingung stellen, daß die von den Mächten getroffenen Entscheidungen auf alle Fälle aufrechterhalten werden müssen;

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

er glaubt ebenso wie Pichon, daß eine derartige Bedingung annehmbar und vielleicht sogar nützlich sei.

Die Minister haben sich auch noch mit der asiatischen Türkei beschäftigt. Sie sind übereingekommen, daß eine Teilung in Einflußsphären nicht möglich sei, da diese erstens die Einmischung auch anderer Mächte als derjenigen der Tripelentente nach sich ziehen würde und dann zu der Aufteilung der Türkei führen müsse, was eine neue Krise ohne jede Hoffnung, diesmal einen Krieg zu vermeiden, herbeiführen würde. Sie sind folglich übereingekommen, daß es nötig sei, die Türkei in einem gewissen Maße zu stützen, und zwar durch Mittel, über die zwischen allen Mächten eine Einigung erzielt werden muß.

Grey ist mit seinen Auseinandersetzungen mit Poincaré und Pichon ganz außerordentlich zufrieden, da sie, ebenso wie der den französischen Ministern von der englischen Bevölkerung erwiesene Empfang, die Entente ganz besonders gekräftigt hätten. Es besteht kein Zweifel, daß der Poincaré erwiesene Empfang an Wärme die Besuche Loubets und Fallières' übertroffen hat. Dies ist stark zum Ausdruck gekommen. Cambon hat mir gegenüber alles von Grey Gesagte bestätigt und nur hinzugefügt, daß Ihr Argyrokastro betreffender Vorschlag erörtert worden sei, daß man aber zu der Überzeugung gelangt sei, daß Griechenland auf keinen Fall auf Argyrokastro rechnen könne und daß Italien sich in dieser Hinsicht mit der Unterstützung Österreichs und Deutschlands ebenso unnachgiebig zeigen wird, wie Österreich hinsichtlich Koritzas. Die Minister haben außerdem über Marokko und Kolonialfragen gesprochen, doch habe ich nicht weiter auf Einzelheiten bestanden.

Telegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in London vom 30. Januar/12. Februar 1914. — Nr. 252.

Abschrift nach Paris. In letzter Zeit haben wir uns öfters überzeugen können, daß uns ein Organ fehlt, welches die Ansichten und gemeinsamen Schritte der Mächte vereinigt, wie dieses im vorigen Jahre die Botschafterkonferenz in London war. Die sich hieraus ergebende Korrespondenz führt zu Verzögerungen, die den Gang der Geschäfte benachteiligen. Da das Londoner Kabinett eine Wiedereinberufung der vorjährigen

Konferenz nicht wünscht, wollen wir auf dieser nicht weiter bestehen, doch wird vielleicht Grey keine Einwendungen dagegen erheben, daß wenigstens die drei Mächte der Entente durch ihre Vertreter in London die Gemeinsamkeit ihrer Ansichten herstellen. Denn während die Mächte der uns entgegengesetzten Gruppe handeln, beraten wir nur, und unser an und für sich schwacher Zusammenhang verliert dadurch noch mehr an Kraft. Ich bitte Sie, in diesem Sinne mit Grey zu sprechen, wenn Ihr französischer Kollege diesbezügliche Instruktionen erhält.

Telegramm des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Februar 1914. — Nr. 39.

Ihr Telegramm Nr. 252 erhalten. Cambon hat gestern die nötigen Instruktionen erhalten, und ich habe Grey heute Ihren Vorschlag mitgeteilt. Ich habe ihm gesagt, daß mangels eines vollständigen Organes, wie es die vorjährige Botschafterkonferenz war, Sie es für nötig halten, zu einem Meinungsaustausche über die schwebenden Fragen zu schreiten, um auf diese Weise ein vorheriges Einvernehmen zwischen den drei Ententemächten zu erzielen: dadurch würden die Verzögerungen einer telegraphischen Korrespondenz vermieden und der Einfluß und das Gewicht der Entschlüsse der drei Mächte gestärkt werden. Als Beispiel führte ich Albanien an, wohin Prinz Wied sich begeben werde, ohne daß verschiedene wichtige Fragen vorher gelöst worden wären. Grey antwortete, daß in dem von mir angeführten Falle der Dreibund den Vorzug habe, handeln zu können, während die Tripelentente sich gegen Übergriffe zu verteidigen habe. Immerhin machte Grey keine Einwendungen gegen Ihren Vorschlag; er sagte mir, daß er ihn gern annähme, und schlug mir vor, morgen, Donnerstag, zusammenzukommen. Er hat dies bereits Cambon mitgeteilt, der ihm heute morgen eine ähnliche Erklärung abgegeben hatte.

Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Paris Iswolsky vom 20. März/2. April 1914. — Nr. 23.

In dem Schreiben vom 5./18. März berührten Sie die Frage eines engeren Zusammenschlusses zwischen Rußland und

England und drückten den Wunsch aus, meine Ansicht über den Gegenstand zu erfahren, um so mehr als die Möglichkeit vorläge, daß diese Frage bei dem bevorstehenden Besuch König Georgs in Paris von den Führern der französischen und englischen auswärtigen Politik berührt werden würde. Ich halte es deshalb für meine Pflicht, Ihnen zu erklären, daß eine weitere Festigung und Ausgestaltung der sogenannten Tripelentente und wenn möglich Ihre Umwandlung in einen neuen Dreibund mir als eine Aufgabe der Gegenwart erscheint. Die internationale Stellung Frankreichs, Rußlands und Englands vollständig sichernd, würde ein derartiges Bündnis wegen des Fehlens von Eroberungsgedanken der genannten Mächte niemanden bedrohen, aber die beste Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens in Europa bedeuten.

Zwischen Frankreich und England sind schon einige Schritte zwecks Ausarbeitung möglichst einheitlichen Handelns und genauerer Präzisierung der beiderseitigen Verpflichtungen getan worden. Augenscheinlich müssen auch wir in derselben Richtung arbeiten, wobei hierauf bezügliche Fragen vielleicht mit einer ganzen Reihe von verhandlungsreifen Gegenständen verbunden werden könnten, welche die russischen und englischen Interessen in zahlreichen Gebieten nahe berühren.

Wie Sie wissen, ist leider die innere Lage in England zur Zeit derart, daß sie die Aufmerksamkeit der königlichen Regierung und der Öffentlichkeit völlig absorbiert. Unter diesen Umständen ist der Boden für internationale Abmachungen, bezüglich deren die Engländer ihrer ganzen Natur nach so empfindlich sind, recht ungünstig, und wir müssen daher dieses Ziel nolens volens nur mit der größten Vorsicht verfolgen.

Trotzdem teile ich Ihre Ansicht, daß es nicht unzweckmäßig sein würde, wenn Poincaré und Doumergue anläßlich der Zusammenkunft mit König Georg und seinem Minister sie vertraulich darauf hinweisen würden, daß ein engeres Abkommen zwischen Rußland und England auch in Frankreich als ein freudiges Ereignis begrüßt werden würde, welches für alle drei Teilhaber der gegenwärtigen Tripelentente gleichermaßen erwünscht sei. Die Festsetzung der Bedingungen, unter welchen ein derartiges politisches Abkommen zustande kommen könnte, würde

natürlich unmittelbaren Verhandlungen zwischen Petersburg und London vorzubehalten sein; aber vielleicht hält es die französische Regierung für nützlich, Grey vorzuschlagen, uns den Inhalt des von Ihnen erwähnten, zwischen England und Frankreich abgeschlossenen politischen Abkommens gemeinsam mitzuteilen, welches dann als Grundlage für die Ausarbeitung eines ähnlichen Abkommens zwischen Rußland und England dienen könnte.

Brief des russischen Botschafters in Paris Iswolsky an den russischen Außenminister vom 27. März/9. April 1914.

Nach Empfang Ihres Briefes vom 20. März/2. April, Nr. 23, habe ich die erste Gelegenheit benutzt, um noch einmal, im Gespräche mit Doumergue die Frage eines engeren Einvernehmens zwischen Rußland und England zu berühren. Doumergue bestätigte mir in bestimmtester Weise seine Absicht, sich bei der bevorstehenden Zusammenkunft mit Grey dahin auszusprechen, daß ein derartiges Abkommen erwünscht sei. Er meint, daß es ihm sehr leicht sein werde, überzeugende Argumente zugunsten dieses Gedankens anzuführen, weil es ganz augenscheinlich ist, daß, da Frankreich besondere militärisch-maritime Vereinbarungen mit Rußland und England habe, dieses System durch entsprechende Vereinbarungen zwischen Rußland und England koordiniert und ergänzt werden müsse. Doumergue glaubt, daß das russisch-englische Abkommen die Form einer Marinekonvention annehmen müßte und daß dabei vielleicht technische Beratungen zwischen den drei Admiralstäben erforderlich sein würden.

Was die nach Abmachung mit Grey uns mitzuteilende politische Vereinbarung zwischen England und Frankreich anbetrifft, so bestätigte mir Doumergue, daß Frankreich und England nicht durch positive politische Verpflichtungen gebunden sind, daß aber, wenn durch den Verlauf der Ereignisse beide Mächte zu gemeinsamem aktiven Handeln geführt werden, sie sich an die von den Generalstäben ausgearbeiteten technischen Abmachungen halten werden. Doumergue fügte hinzu, er erinnere sich nicht, ob obiges in eine bestimmte Formel gefaßt

sei, er verspricht aber, im Archiv des Ministeriums nachzuforschen und die von uns ausgesprochenen Wünsche im Auge zu behalten.

Bisher hatte ich nicht die Möglichkeit, das Gespräch über diesen Gegenstand mit Poincaré zu erneuern; er ist noch in Eze. Aber ich werde mich bemühen, ihn sofort nach seiner Rückkehr zu sehen und mit ihm den Inhalt Ihres Schreibens zu besprechen.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 29. April/12. Mai 1914.

Sir Edward Grey ließ mich bitten, zu ihm zu kommen, und sagte mir, als er mich empfing, daß er seit seiner Rückkehr aus Paris keine andere Gelegenheit gehabt habe, mich zu sehen, als in Gegenwart des französischen Botschafters, was ihm nicht gestattet habe, mir, wie er es für nötig halte, darzulegen, wie tief die Eindrücke seien, die er auf dieser Reise empfangen habe. Er sagte mir, er glaube nicht nur seine persönlichen Eindrücke wiederzugeben, sondern auch die des Königs und aller derer, die an dem Besuche teilgenommen hatten.

Grey sagte mir, daß diese Eindrücke seine Erwartungen bei weitem übertroffen hätten, daß er sich zu dem Empfange durch den Präsidenten der Republik und durch Doumergue nicht genug beglückwünschen könne, mit denen eine völlige Übereinstimmung über die laufenden Fragen und die allgemeine politische Lage erzielt worden sei; daß darüber hinaus die Aufnahme Ihrer Majestäten überall, wo sie erschienen wären, und bei allen Gelegenheiten das Gepräge aufrichtiger Sympathie gehabt habe. Die englische Regierung hat hieraus den Schluß gezogen, daß der Grundgedanke der Entente in Frankreich ebenso tief Wurzel gefaßt habe wie in England und daß er infolgedessen auf einer ganz besonders festen und dauerhaften Grundlage ruhe.

Grey sprach bei dieser Gelegenheit mit einer Wärme, die ihm für gewöhnlich nicht eigen ist und die bewies, daß er seine Folgerungen aus einem festgegründeten Urteile zieht. Die Absicht, die ihn leitete, als er mich zu sich bat, um mir eine solche Mitteilung zu machen, ist völlig klar. Er wollte mir den Beginn einer Phase einer noch stärkeren Annäherung an Frankreich ankündigen. Diese Absicht trat für mich noch deutlicher in die

Erscheinung, als er ohne weiteren Übergang bemerkte, daß ich zweifellos von der Unterredung, die er mit Doumergue über Rußland gehabt habe, unterrichtet worden sei. Er sagte mir, es sei ihm in Paris, fern von seinen Kollegen, unmöglich gewesen, mehr als seine persönliche Zustimmung zu dem Plane auszusprechen, daß die Regierungen Englands und Frankreichs der russischen Regierung von allen zwischen England und Frankreich bestehenden militärischen Abmachungen Mitteilung machen sollten. Heute könne er mir sagen, daß er gleich nach seiner Rückkehr nach London mit dem Premierminister hierüber gesprochen habe; dieser pflichte seiner Ansicht bei und habe keine Einwendungen gegen den in Aussicht genommenen Plan zu erheben; die ganze Angelegenheit sei aber naturgemäß zu wichtig, um ohne Zustimmung des Ministerrates entschieden werden zu können.

Grey sagte mir, es sei ihm zu seinem Bedauern in dieser ersten Woche nicht möglich gewesen, das Kabinett zu diesem Zwecke zu versammeln; die Ulster-Frage und das Budget beanspruchten die ganze Aufmerksamkeit der Minister.

Ich habe nur wenige Worte erwidert. Ich dankte Sir Edward für seine Mitteilung und sagte ihm, daß ich ihre ganze Tragweite zu würdigen wisse. Ich faßte die Lage dahin zusammen, daß, wenn die beiden Regierungen uns ihre militärischen Abmachungen mitteilen, es der russischen Regierung vorbehalten sein würde, der englischen einen entsprechenden Vorschlag auf analoger Basis zu machen. Ich sagte ihm, ich nehme an, daß er die Ansicht Eurer Exzellenz über die Notwendigkeit eines noch engeren Zusammenschlusses der Tripelentente kenne, wobei selbst ein Bündnis nach dem Beispiele der drei andern Mächte nicht ausgeschlossen sei. Sir Edward erwiderte, ein Bündnis halte er nicht für möglich. Ich erwiderte, daß ich persönlich die Schwierigkeiten eines derartigen Bündnisses auch zugäbe. Er fügte nur noch hinzu: „Sie sehen ja, daß wir sogar heute kein Bündnis mit Frankreich haben."

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 3./16. Mai 1914.

Der französische Botschafter teilt mir mit, Grey habe ihn gestern abend davon verständigt, daß er dem Ministerrate die

Antwort unterbreitet habe, die er in Paris Herrn Doumergue in seinem eigenen Namen gegeben hat, als der französische Minister ihm darlegte, wie angezeigt es sei, die russische Regierung von dem Briefwechsel zu verständigen, der zwischen der französischen und englischen Regierung stattgefunden hat, damit das Petersburger Kabinett Verhandlungen auf derselben Grundlage zum Abschlusse eines Abkommens über das eventuelle Zusammenwirken der russischen und englischen Flotte einleiten könne. Sir Edward habe hinzugefügt, der Ministerrat habe diese Antwort gebilligt. Er behalte sich vor, mich davon zu benachrichtigen; da aber der Vorschlag von Doumergue ausgegangen sei, halte er es für nötig, zunächst diesen von der Entscheidung des englischen Kabinettes zu verständigen.

Nach Ansicht Sir Edwards könnten die Dinge folgendermaßen vor sich gehen:

Nach Ermächtigung durch seine Regierung würde mir Cambon von den ausgetauschten Noten Kenntnis geben, während gleichzeitig Sir Edward seinerseits mir dieselben zur Mitteilung an die russische Regierung bekanntgeben würde. Ebenso wie die einen Kriegsfall betreffenden Abmachungen mit Frankreich in erster Linie das Zusammenwirken der Armeen zum Gegenstand haben, erfordert nach Sir Edwards Ansicht die Natur der Dinge, daß sich die eventuellen Abmachungen mit Rußland auf die Marine beziehen. Die Verhandlungen wären infolgedessen zwischen dem russischen und englischen Admiralstabe zu führen. Die Verhandlungen mit Frankreich haben seinerzeit in London stattgefunden, und die französischen Militär- und Marineattachés in London sind nach Paris gefahren, um sich die jeweilig notwendig werdenden Instruktionen zu holen. Schließlich hat sich Prinz Ludwig von Battenberg ganz inoffiziell nach Paris begeben, um die Abmachungen zu paraphieren.

Cambon meinte, daß es sich nach erfolgter Mitteilung des Schriftwechsels darum handeln würde, das weitere Verfahren zu bestimmen. Er sagte mir, daß nach der Ansicht Sir Edward Greys die Dinge sich genau so abspielen könnten wie mit Frankreich, d. h. daß unser Marineattaché in London ermächtigt werden würde, in Verhandlungen mit dem englischen Admiral-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

stab zu treten, nachdem er sich in Petersburg Instruktionen geholt hätte; denn selbst wiederholte Reisen des Marineattachés könnten in der Öffentlichkeit keineswegs auffallen, während die Ankunft höherer russischer Marineoffiziere in London sicherlich bekannt werden würde und zu unerwünschten Kommentaren Anlaß geben könnte.

Vertraulicher und persönlicher Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister Sasonow vom 5./18. Mai 1914.

Bei meiner Rückkehr von Paris nach London hatte mir Cambon mitgeteilt, Grey habe ihm das bestätigt, was er in seinem eigenen Namen Poincaré und Doumergue gesagt hatte. Grey hat hinzugefügt, das Kabinett sei seit seiner Rückkehr täglich wegen der Schwierigkeiten in Irland und wegen des Budgets zusammengekommen, so daß es ihm noch nicht möglich gewesen sei, mit seinen Kollegen an die wichtigen Tagesfragen heranzutreten, die die auswärtigen Angelegenheiten und die Pariser Besprechungen beträfen. Er habe diese Fragen 8—10 Tage zurückstellen müssen. Grey hat jedoch Asquith von seiner Reise Bericht erstattet. Ohne bisher das Kabinett zu verpflichten, hat dieser geantwortet, er sehe keine unüberwindlichen Schwierigkeiten gegen die Ausführung des in Paris in Aussicht genommenen Planes. Dasselbe hat Asquith seither Cambon selbst wiederholt. Letzterer hat feststellen können, daß der Ministerpräsident derartigen Plänen sehr wohlwollend gegenübersteht. Es handelt sich demnach um eventuelle militärische Abmachungen zwischen Rußland und England, analog den zwischen Frankreich und England bestehenden. Letztere würden uns vertraulich mitgeteilt werden, worauf die russische Regierung der englischen analoge Vorschläge zu machen hätte, welche sich der Natur der Sache nach mehr auf die Marine als auf das Landheer beziehen würden.

Es ist nicht anzunehmen, daß alle Mitglieder des Kabinetts von vornherein ohne jeden Widerstand ihre Zustimmung geben werden. Immerhin wird sich der feste Entschluß der wirklichen Führer des Kabinetts durchsetzen, woran ich durchaus nicht

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zweifle, und dann werden die eigentlichen Verhandlungen beginnen können.

Wenn das soeben geschilderte Resultat erzielt sein wird, werden wir, glaube ich, die Hauptsache erreicht haben, nämlich die bisher allzu theoretischen und friedlichen Grundgedanken der Entente durch etwas Greifbareres zu ersetzen. Mein Aufenthalt in Paris und das Schauspiel, dem ich dort beigewohnt habe, haben mich von neuem in der Ansicht bestärkt, daß ein Bündnis oder irgendeine sonstige öffentliche Abmachung nicht möglich ist und daß, selbst wenn die englische Regierung sich dazu bestimmen ließe, das Resultat ein ganz anderes als das erwartete sein würde.

Ohne Zweifel ist der Empfang, der dem König und der Königin bereitet wurde, außerordentlich herzlich gewesen; viel herzlicher, sagte man mir dort, als bei früheren englischen Besuchen. Wenn man trotzdem die Unmöglichkeit erkannt hat, ein formelles Bündnis zwischen England und Frankreich abzuschließen, so wird das in noch viel höherem Grade zwischen Rußland und England der Fall sein.

Ich zweifle, ob sich eine stärkere Garantie für gemeinsame militärische Operationen im Kriegsfalle finden ließe, als der Geist dieser Entente, so wie er sich jetzt zeigt, verstärkt durch die bestehenden militärischen Abmachungen.

Wenn man auf die verschiedenen Phasen der Entente zurückblickt, wird sich nicht leugnen lassen, daß England in bedrohlichen Augenblicken niemals gezögert hat, sich auf Frankreichs Seite zu stellen; dasselbe gilt für Rußland jedesmal, wenn die englischen und russischen Interessen zugleich betroffen wurden, und dies trotz der Schwierigkeit, die Politik beider Länder in allen täglich auftauchenden Fragen auszugleichen, und trotz der Gründe, auf die einzugehen hier zu weit führen würde und wegen deren die Entente zwischen Rußland und England nicht so tiefe Wurzeln geschlagen hat wie zwischen Frankreich und England.

Der Grund ist darin zu suchen, daß ein noch so vorsichtiges, aber öffentliches Bündnis in England, vornehmlich, aber nicht ausschließlich, bei der liberalen Partei, auf eine so starke und

unverhüllte Opposition stoßen würde, daß ein großer Teil der beabsichtigten politischen Wirkung dadurch vereitelt werden würde. Ich glaube, daß unter solchen Umständen ein Bündnis nicht viel Wert hätte — es würde nur sehr wenig die Garantien erhöhen, die Frankreich und Rußland von England geboten werden, und würde andererseits ein sehr viel günstigeres Terrain für die Agitation zugunsten Deutschlands bieten, auf die Deutschland mehr Gewicht legt als je zuvor.

Um mich kurz zu fassen, möchte ich sagen, daß selbst derjenige Engländer, der fest davon überzeugt ist, daß ein Konflikt mit Deutschland früher oder später unvermeidlich ist, vor dem Gedanken zurückschrecken wird, England durch bestimmte Bündnisverträge zu binden, die ihm Verpflichtungen auferlegen würden, deren Bedingungen und Folgen sich jetzt noch nicht voraussehen lassen.

Brief des russischen Botschafters in London Benckendorff an den russischen Außenminister vom 10./23. Mai 1914.

Sir Edward berief gestern Cambon und mich zu sich. Wie es mir mein französischer Kollege schon gesagt hatte, bestätigte mir der Staatssekretär, daß der englische Ministerrat die Antwort gebilligt hat, die er in seinem eignen Namen Doumergue in Paris gegeben hatte, als der französische Minister mit ihm von den Beziehungen zwischen Rußland und England sprach und darauf hinwies, wie nützlich gegebenenfalls vorherige militärische Abmachungen zwischen den Regierungen sein würden. Es handele sich nun zunächst darum, der russischen Regierung von seiten Englands und Frankreichs die beiden vertraulichen und geheimen Schriftstücke mitzuteilen, die im Jahre 1912 zwischen der französischen und englischen Regierung ausgetauscht worden sind.

Sir Edward hob hervor, daß der Wortlaut dieser Schriftstücke zeige, daß zwischen den beiden Mächten kein Bündnis geschlossen sei. Sie bezweckten vielmehr vor allem, den Inhalt der militärischen Abmachungen in das rechte Licht zu setzen, welche zwischen den Armee- und Marinebehörden für den Fall vereinbart worden sind, daß die Notwendigkeit eines aktiven

Zusammenwirkens der englischen und französischen See- und Landstreitkräfte entsteht.

Sir Edward betonte, daß ohne solche vorherige Abmachungen ein sofortiges Zusammenwirken, selbst beim besten Willen und trotz der engen politischen Entente zwischen beiden Regierungen, ernsten technischen Schwierigkeiten begegnen würde.

Er fügte hinzu, England habe keine Einwendungen dagegen, daß ein Abkommen in demselben Geiste, wie er in dem Schriftwechsel zwischen Cambon und ihm zum Ausdruck komme, zwischen dem russischen und englischen Admiralstabe vereinbart und abgeschlossen wird. Er erblicke in einem derartigen Abkommen dieselben praktischen Vorteile, die sich aus den Abmachungen mit Frankreich ergeben. Er teilte uns mit, daß er an ein Marineabkommen denke, weil dieses nach Lage der Verhältnisse das Gegebene sei und weil er im übrigen zu wissen glaube, daß dieses auch den Wünschen der Kaiserlichen Regierung entspreche.

Darauf übergab mir Sir Edward Grey eine Abschrift des Schreibens, das er am 22. November 1912 dem französischen Botschafter ausgehändigt hat, und Cambon übergab mir seinerseits mit Ermächtigung seiner Regierung eine Abschrift der Antwort, die er am folgenden Tage an Sir Edward Grey gerichtet hat.

Auf meine Frage erklärte Sir Edward, das zweckmäßigste wäre, unseren Marineattaché in London zu ermächtigen, sich mit dem englischen Admiralstabe in Verbindung zu setzen. Der Erste Lord der Admiralität sei ebenso wie die englischen Minister von unserm Plane unterrichtet. Der englische Admiralstab besitzt die die Marine betreffenden Abkommen, die von Frankreich und England gemeinsam ausgearbeitet worden sind. Was die übrigen Abmachungen betreffe, so könne das uns verbündete Frankreich den ihm nötig scheinenden Gebrauch von ihnen machen.

Indem ich Sir Edward für seine freundschaftliche Gesinnung dankte, beschränkte ich mich darauf zu erwidern, daß ich Euere Exzellenz sofort die Abschriften der beiden Schriftstücke übermitteln und Ihnen genau berichten würde, was er mir bei Überreichung der Abschrift gesagt habe.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Brief Sir Edward Greys an den französischen Botschafter in London Paul Cambon vom 22. November 1912.

Von Zeit zu Zeit haben während der letzten Jahre die Sachverständigen der französischen und englischen Militär- und Marinebehörden miteinander beraten. Es war stets ausgemacht, daß solche Beratungen die Entschlußfreiheit jeder der beiden Regierungen nicht einschränken sollten, in Zukunft zu entscheiden, ob sie der andern mit den Waffen beistehen solle oder nicht. Wir haben hierbei angenommen, daß derartige Beratungen von Sachverständigen kein Übereinkommen darstellen und als solches nicht angesehen werden sollen, durch das die eine oder die andere Regierung zum Eingreifen in eine Eventualität verpflichtet werden sollte, die noch nicht eingetreten ist und vielleicht niemals eintreten wird. So z. B. beruht die gegenwärtige Verteilung der Flotten Frankreichs und Englands nicht auf einer Verpflichtung, im Kriegsfalle gemeinsam zu operieren.

Sie haben indessen darauf hingewiesen, daß, wenn die eine oder die andere Regierung schwerwiegende Gründe haben sollte, einen unverschuldeten Angriff von seiten einer dritten Macht zu befürchten, man wissen müsse, ob sie in einem solchen Falle auf die bewaffnete Hilfe der anderen rechnen könne. Ich bin ganz der Ansicht, daß, wenn die eine oder andere Regierung schwerwiegende Gründe haben sollte, einen unverschuldeten Angriff einer dritten Macht oder eine andere drohende Friedensstörung zu erwarten, diese Regierung sich sogleich mit der anderen verständigen solle, ob beide Regierungen gemeinsam vorgehen werden, um den Angriff gemeinsam abzuwehren und den Frieden zu wahren und um zu erwägen, welche Maßnahmen gemeinsam ergriffen werden sollten. Wenn diese Maßnahmen eine militärische Aktion einschließen, sollen die Pläne der Generalstäbe sofort berücksichtigt werden, und die Regierungen hätten hierauf zu entscheiden, wie weit ihnen Folge zu geben wäre.

Brief des französischen Botschafters in London Paul Cambon an Sir Edward Grey vom 23. November 1912.

Durch Ihren gestrigen Brief vom 22. November haben Sie mich daran erinnert, daß in den letzten Jahren die Militär-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

und Marinebehörden Frankreichs und Englands von Zeit zu Zeit miteinander beraten haben; daß es stets ausgemacht war, diese Beratungen sollten keiner Regierung die Freiheit nehmen, in Zukunft zu entscheiden, ob sie der andern bewaffnete Hilfe leisten wolle oder nicht; daß beiderseits diese Beratungen zwischen den Sachverständigen keine Verpflichtung bildeten und nicht als solche angesehen werden sollten, welche die beiden Regierungen zwingen würde, in gewissen Fällen handelnd einzugreifen; daß ich Sie indessen darauf hingewiesen hätte, daß, wenn die eine oder die andere der Regierungen schwerwiegende Gründe haben sollte, einen unverschuldeten Angriff von seiten einer dritten Macht zu befürchten, es von Wichtigkeit wäre zu wissen, ob sie auf die bewaffnete Hilfe der andern rechnen könne.

Ihr Brief beantwortet diesen Punkt, und ich bin ermächtigt zu erklären, daß, im Falle eine der beiden Regierungen schwerwiegenden Grund hat, den Angriff einer dritten Macht oder eine Störung des allgemeinen Friedens zu befürchten, die betreffende Regierung sogleich mit der anderen die Frage prüfen solle, ob ein gemeinsames Vorgehen der beiden Regierungen angezeigt wäre, um den Angriff zu verhindern oder den Frieden zu erhalten. In diesem Falle würden die beiden Regierungen über die gemeinsam zu unternehmenden Maßnahmen beraten; wenn diese Maßnahmen eine militärische Aktion bedingen, würden die beiden Regierungen sofort die Pläne ihrer Generalstäbe berücksichtigen, und es würde entschieden werden, wie weit diesen Plänen Folge zu geben sei.

Sehr geheimer Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 15./28. Mai 1914. — Nr. 47.

Die Bereitwilligkeit der englischen Regierung, ohne Aufschub die Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens zwischen Rußland und England zu beginnen, welches die gemeinsamen Operationen unserer Seestreitkräfte im Falle einer gemeinsamen militärischen Aktion betrifft, ist von unserer Seite mit dem Gefühle größter Befriedigung entgegengenommen worden. Abgesehen davon, daß eine derartige Vereinbarung vom speziell militärischen Standpunkte aus zu wünschen ist, legen wir ihr in allgemeinpolitischer Hinsicht eine besonders

große Bedeutung bei. Im Abschluß einer derartigen Vereinbarung erblicken wir einen wichtigen Schritt, um England dem frankorussischen Bündnisse enger anzuschließen, und ein wirksames Mittel, um die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen Englands und Rußlands zu festigen, was, wie wir überzeugt sind, alle englische und russische Interessen betreffenden Fragen günstig beeinflussen wird. Ich habe die Aufmerksamkeit sowohl unseres Marineministeriums als auch besonders unseres Marineagenten in London vor allem darauf gelenkt, wie groß die politische Bedeutung der bevorstehenden Verhandlungen ist, die letzterer mit dem englischen Admiralstabe zu führen haben wird. Der von der englischen Regierung gemachte Vorschlag bezüglich der Form, in der die Vereinbarung abzuschließen ist, wird von uns als durchaus zweckmäßig anerkannt, und Kapitän Wolkow ist beauftragt, mit der englischen Regierung in Verhandlungen zu treten. Die Prinzipien, die bei den bevorstehenden Verhandlungen in Betracht gezogen werden sollen, sind Gegenstand einer Beratung gewesen, die am 13./26. Mai beim Chef des Admiralstabes stattgefunden hat.

Zu Ihrer persönlichen Orientierung füge ich ein Exemplar der in dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse bei.

Anlage zu obigem Briefe.

Am 13./26. Mai 1914 fand beim Chef des Marinestabes eine Beratung statt zum Zwecke eines Gedankenaustausches über die bevorstehenden Verhandlungen wegen eines Abkommens zwischen Rußland und England, das das operative Zusammenwirken ihrer maritimen Streitkräfte betrifft, wenn vereinbarte kriegerische Operationen Rußlands und Englands unter Teilnahme Frankreichs stattfinden. Nachdem vor allem bemerkt wurde, wie erwünscht ein derartiges Abkommen sowohl vom speziell maritimen Standpunkte aus als ganz besonders in allgemeinpolitischer Hinsicht sei, gelangte die Beratung nach allseitiger Prüfung der Frage zu den unten folgenden Beschlüssen:

Vor allem wurde anerkannt, daß unser Marineabkommen mit England wie die frankorussische Marinekonvention zwar vereinbarte, aber gesonderte Aktionen unserer und der englischen Kriegsmarine ins Auge zu fassen hat.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Im Hinblick auf die strategischen Ziele, die von unserem Standpunkte aus für den Fall eines Krieges der Mächte der Tripelentente mit den Mächten des Dreibundes geltend zu machen sind, muß man unterscheiden: einerseits die Operationen in der Ostsee und der Nordsee, andererseits im Mittelmeer. In beiden müssen wir versuchen, von England Kompensationen dafür zu erhalten, daß wir einen Teil der deutschen Flotte auf uns abziehen. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatze verlangen unsere Interessen, daß England einen möglichst großen Teil der deutschen Flotte in der Nordsee festhält. Dadurch würde die erdrückende Übermacht der deutschen Flotte über die unsrige ausgeglichen werden und es vielleicht gestattet sein, im günstigsten Falle eine Landung in Pommern zu unternehmen. Sollte es möglich sein, diese Operation zu unternehmen, so würde die Ausführung wegen mangelnder Transportschiffe in der Ostsee außerordentlich erschwert werden. Die englische Regierung könnte uns daher wesentlich helfen, wenn sie es ermöglichen würde, vor Beginn der kriegerischen Operationen eine bestimmte Anzahl von Handelsschiffen in unsere baltischen Häfen zu schicken, damit der Mangel an Transportschiffen auf diese Weise ausgeglichen wird.

Die Lage im Mittelmeere berührt auch unsere Interessen sehr wesentlich, da, falls die österreichisch-italienischen Streitkräfte in diesem Meer die Oberhand haben, ein Angriff der österreichischen Flotte im Schwarzen Meer möglich wird, was für uns einen gefährlichen Schlag bedeuten würde. Von unserem Standpunkt aus ist es daher höchst wichtig, daß ein sicheres Übergewicht der Streitkräfte der Entente über die österreichisch-italienische Flotte im Mittelmeer hergestellt wird. Da die österreichisch-italienischen Seestreitkräfte den französischen überlegen sind, so ist es wünschenswert, daß England durch Belassung der notwendigen Zahl von Schiffen im Mittelmeer das Übergewicht der Ententemächte wenigstens so lange sicherstellt, als die Entwicklung unserer eignen Flotte uns nicht gestattet, diese Aufgabe zu übernehmen. Erwünscht wäre auch die Zustimmung Englands dazu, daß unsere Schiffe die englischen Häfen im östlichen Mittelmeere als Basis benutzen können, ähnlich wie die französische Marinekonvention uns gestattet, uns im westlichen Mittelmeer auf die französischen Häfen zu stützen.

Sollte im Zusammenhang mit der Lage im Mittelmeer die Rede auf die Meerengen kommen (Bosporus und Dardanellen), so wären die politischen Fragen nicht zu berühren, sondern nur zeitweilige Operationen in den Meerengen als eine unserer strategischen Maßnahmen im Kriegsfalle ins Auge zu fassen.

Außerdem erkannte die Konferenz als wünschenswert an, daß im geplanten Marineabkommen zwischen uns und England die Beziehungen zwischen den russischen und englischen Flotten in allen Einzelheiten festgesetzt werden. Zu diesem Zwecke wird es notwendig sein, sich über Signale und Spezialchiffren, über Radiotelegramme und die Beziehungen zwischen dem englischen und russischen Marinestabe zu verständigen.

Es ist außerdem notwendig, daß Informationen über die Flotten anderer Mächte, wie auch über die eigene Flotte, und besonders über technische Einzelheiten, Instrumente und Erfindungen zwischen den beiden Marineressorts ausgetauscht werden.

Nach Ansicht der Konferenz müßte nach dem Beispiele der frankorussischen Marinekonvention auch ein periodischer Meinungsaustausch zwischen den Chefs des russischen und des englischen Admiralstabes vereinbart werden.

Geheimer Bericht des russischen Marineagenten in London an den Chef des russischen Admiralstabes vom 24. Mai/6. Juni 1914. — Nr. 182.

Ich habe die Ehre, Euerer Exzellenz über den Ankauf des Chile gehörigen Dreadnought sowie über das mit England in Aussicht genommene bedingte Abkommen zu berichten.

Vor meiner Abreise nach Petersburg schien es festzustehen, daß die Regierung von Chile dem Verkaufe endgültig zustimmt und daß daher ein solcher in allernächster Zeit abgeschlossen werden könnte.

Nach meiner Rückkehr hierher und nach einer Besprechung mit der Firma Armstrong ergibt sich folgende Lage: obwohl der Marinerat in Chile den Verkauf beider Dreadnoughts gebilligt hatte, hat es die Regierung nicht für möglich befunden, diesen Beschluß zu bestätigen, obwohl bis jetzt noch keine end-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

gültige Absage von ihrer Seite erfolgt ist. Dieser Umschwung ist ausschließlich auf den hiesigen chilenischen Gesandten zurückzuführen.

Letzterer hat noch vor Beginn unserer Verhandlungen einmal geäußert, daß er es für möglich halte, die Schiffe nur an England zu verkaufen. Da Armstrong dies weiß, so ist er der Ansicht, daß das einzige Mittel, uns wenigstens ein Schiff zu sichern, darin besteht, daß unser Botschafter Grey bittet, dem Gesandten von Chile zu bedeuten, daß England den Verkauf gern sehen würde. Es ist noch zweifelhaft, ob Grey sich zu einem solchen Schritte entschließen wird. Sollte dies der Fall sein, so können wir damit rechnen, wenn nicht alle beide, so doch wenigstens ein Schiff kaufen zu können. Nachdem Grey nach London zurückgekehrt sein wird, werde ich diese Erwägungen unserem Botschafter unterbreiten und ihn um seine Unterstützung bitten.

Was das in Aussicht genommene Marineabkommen mit England betrifft, so habe ich nach einer Unterredung mit dem Prinzen Battenberg folgendes feststellen können: Die englische Regierung eilt nicht mit dieser Frage, und die Beschleunigung geht von Frankreich aus. Der Prinz beabsichtigt, mit seiner Gemahlin im kommenden August nach Rußland zu reisen, und er ist beauftragt, diese Frage mit dem Marineminister und mit Ihnen zu besprechen. Vor seiner Abreise wird er mich zu einem Meinungsaustausche zu sich bitten, um sich zu den weiteren Verhandlungen vorzubereiten, die dann in Petersburg stattfinden werden. Seine Hoheit ist mit diesen Verhandlungen vollkommen einverstanden.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 29. Mai/11. Juni 1914.

Ich habe gestern Grey benachrichtigt, daß Kapitän Wolkow aus Petersburg zurückgekehrt sei und die Ermächtigung erhalten habe, die Verhandlungen mit der Admiralität aufzunehmen. Grey antwortete, daß er den Ersten Lord der Admiralität hiervon sofort in Kenntnis setzen werde. Bei dieser Gelegenheit bemerkte Grey, daß bedauerlicherweise gewisse Indiskretionen in dieser Angelegenheit gemacht worden wären und daß sich zuerst

deutsche und dann auch andere Zeitungen mit dieser Frage befaßt haben. Er bedauert dies um so mehr, als er eine an ihn im Unterhause gestellte diesbezügliche Frage zu beantworten haben wird.

Ich antwortete ihm, daß ich meinerseits diese Indiskretionen außerordentlich bedauere, die sich nur allzuhäufig wiederholten, ich sei überzeugt, daß Euere Exzellenz diesen Standpunkt teile, und ich teilte ihm mit, daß die Nowoje Wremja eine Widerlegung veröffentlicht habe. Grey wußte dies nicht und war hiermit sehr zufrieden. Er bat mich, ihm den Text zukommen zu lassen. Er teilte mir hierauf in allgemeinen Umrissen die Antwort mit, die er im Parlamente zu geben gedenkt und die unsere Verhandlungen ebenso wie die mit Frankreich stattgefundenen decken würde. Ich antwortete ihm, daß es mir zweckmäßig erscheine, die Sache von diesem Standpunkte aus anzufassen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 30. Mai/12. Juni 1914. — Nr. 149.

Grey sagte mir, daß er Ihre offenen und freundschaftlichen Erklärungen hinsichtlich der türkischen Marine sehr hoch schätze. Wenn die englische Regierung geglaubt hätte, daß die Entwicklung der türkischen Flotte eine Gefahr für Rußland bedeute, so hätte man den englischen Offizieren nicht erlaubt, in türkische Dienste zu treten. Da diese Erlaubnis jedoch nur erteilt worden ist, um es der türkischen Flotte zu ermöglichen, die Unabhängigkeit der Türkei zu verteidigen, so würde jede Verschiebung des in Aussicht genommenen Zieles von der englischen Regierung nicht gebilligt werden. Grey fügte hinzu, daß eine Absage dazu geführt hätte, daß die türkische Regierung sich an Deutschland gewandt hätte, was den Interessen Rußlands und Englands in gleicher Weise zuwiderlaufe. Was die Bestellung und den Kauf von Schiffen in England anbelange, so verfügt die Regierung über kein legales Mittel, sich diesen zu widersetzen. Immerhin ist der englische Botschafter in Konstantinopel beauftragt worden, bei der Pforte vorstellig zu werden, und in mehr indirekter Weise sollen auch die englischen Offiziere in Konstantinopel sich in demselben Sinne aussprechen. Diese Erklärungen haben jedoch zu dem Resultate geführt, daß ohne vorherige

Benachrichtigung der englischen Regierung und ohne jede Mitwirkung der englischen Marinemission zwischen der türkischen Regierung und den englischen Schiffswerften direkte Kontrakte unterzeichnet worden sind, die sich dem Einflusse der Regierung durchaus entziehen. Grey teilt Ihre Ansicht, daß man Verwicklungen mit Griechenland zu befürchten habe, wenn die Türkei besser gerüstet sein wird; doch hofft er immer noch, daß in Konstantinopel die Vorsicht die Oberhand behalten wird. Sollte die Krise akut werden, so ist die Londoner Regierung bereit, sich ohne Verzug mit uns zu verständigen und über die zu beobachtende Haltung zu beraten.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 31. Mai/13. Juni 1914. — Nr. 150.

Ihr Telegramm Nr. 1137 erhalten. Ich habe dieser Tage mehrfach mit dem Auswärtigen Amte verhandelt. Die Schwierigkeit besteht darin, daß der Gesandte von Chile sich nicht nur einem Verkaufe an Rußland, sondern überhaupt jedem Verkaufe widersetzt. Vorgestern sagte mir Grey, er werde eine günstige Gelegenheit benutzen, um dem Gesandten gegenüber soweit wie möglich zu gehen.

Telegramm des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 12./25. Juni 1914. — Nr. 167.

Grey sagte mir heute, er sei durch die in der deutschen Presse zirkulierenden falschen Gerüchte über den Inhalt der angeblichen Marinekonvention zwischen England und Rußland in Verbindung mit der Meerengenfrage sehr beunruhigt; er habe es für nötig gehalten, hierüber vertraulich mit Lichnowsky zu sprechen, der sich nach Kiel begibt, wo er den Kaiser sehen wird. Grey hat dem Botschafter versichert, daß seit fünf Jahren die Frage der Meerengen zwischen England und Rußland nicht erörtert worden ist; er hat versichert, daß zwischen England einerseits und Frankreich und Rußland andererseits weder ein Bündnis noch eine Konvention besteht. Er hat ihm jedoch gesagt, er wolle ihm keineswegs verheimlichen, daß die Intimität zwischen den drei Regierungen in diesen letzten Jahren so groß

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

geworden ist, daß sie sich bei allen Gelegenheiten über alle Fragen verständigt hätten, ganz als ob sie Verbündete wären. Andererseits bestätigte er, daß im Laufe dieser Jahre solche Verhandlungen niemals einen gegen Deutschland gerichteten Charakter angenommen, noch sich auf die sogenannte Einkreisungspolitik bezogen hätten [1]).

Sehr vertraulicher Brief des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 12./25. Juni 1914.

Unmittelbar vor der Abreise unseres Kuriers beeile ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich gestern wieder eine lange Unterredung mit dem englischen Botschafter gehabt habe, den ich auf

---

[1]) An dieser Stelle ist die Beantwortung der Anfragen King und Byles durch Sir Edward Grey im englischen Unterhause im Juni 1914 zu erwähnen:

Mr. King fragt, ob in letzter Zeit irgendein Marineabkommen zwischen Rußland und England abgeschlossen worden ist, oder ob irgendwelche Verhandlungen, die sich auf ein Marineabkommen beziehen, in letzter Zeit stattgefunden haben oder augenblicklich zwischen Rußland und England stattfinden.

Sir William Byles fragt den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, ob er irgendeine Mitteilung bezüglich eines angeblichen neuen Marineabkommens zwischen England und Rußland machen kann; wie weit ein derartiges Abkommen unsere Beziehungen zu Deutschland beeinflussen würde; und ob er dem Hause Dokumente vorlegen will.

Sir Edward Grey: Der Vertreter von North Sommerset hat im letzten Jahre eine ähnliche Anfrage, die sich auf militärische Kräfte bezog, gestellt, und der Vertreter von North Salford hat an demselben Tage eine ähnliche Frage wie heute gestellt. Der Premierminister hat damals geantwortet, daß, wenn ein Krieg zwischen europäischen Staaten ausbrechen sollte, es keine unveröffentlichten Verträge gibt, welche die Freiheit der Regierung oder des Parlaments beeinträchtigen oder einschränken könnten, zu beschließen, ob England an einem Kriege teilnehmen solle oder nicht. Diese Antwort deckt beide auf der Tagesordnung stehenden Fragen. Sie bleibt heute ebenso richtig, wie sie es vor einem Jahre war. Keine Verhandlungen mit irgendeiner Macht sind seither zu irgendeinem Abschlusse gebracht worden, welche die Erklärung weniger richtig machen würden. Keine derartige Verhandlungen finden augenblicklich statt, und soweit ich urteilen kann, ist es nicht wahrscheinlich, daß man in solche Verhandlungen eintreten wird. Sollte jedoch ein Abkommen getroffen werden, welches es nötig machen sollte, die letztjährige Erklärung des Premierministers zurückzuziehen, so müßte meiner Ansicht nach ein derartiges Abkommen dem Parlamente mitgeteilt werden, und ich nehme an, daß dies auch in der Tat der Fall sein würde.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

die ernste Gefahr einer Erkaltung unserer Beziehungen zu England wegen der persischen Frage hinwies. Ich setzte hierbei voraus, daß die in letzter Zeit in England bemerkbare Beunruhigung und Erregung wahrscheinlich darauf zurückzuführen sei, daß in diesem Lande wieder Befürchtungen hinsichtlich der Stellung Englands in Indien laut werden. Sir George Buchanan gab zu, daß meine Annahme zum großen Teile zutrifft. Infolgedessen habe ich ihm nochmals alle Argumente wiederholt, die beweisen, wie unbegründet derartige Befürchtungen seien, und ich habe sogar angedeutet, daß wir, wenn dies erwünscht sein sollte, der englischen Regierung und der öffentlichen Meinung diesbezügliche beruhigende Erklärungen in der allerbestimmtesten Form abgeben könnten.

Ich habe mich einstweilen mit diesen Andeutungen begnügt, doch erscheint es mir durchaus möglich, später im Zusammenhang mit unseren weiteren Verhandlungen England vorzuschlagen, ihm eine ebenso wirksame Garantie seiner indischen Besitzungen zu geben, wie dies im Jahre 1902 von seiten Japans erfolgt ist.

Im jetzigen Zeitpunkte scheint es mir notwendig, die in Aussicht genommene Marinekonvention so schnell wie möglich abzuschließen. Es ist wichtig, den Abschluß dieser Vereinbarung nicht hinauszuschieben, und Seine Majestät hat geruht, sich gestern dem englischen Botschafter gegenüber in meinem Beisein in diesem Sinne auszusprechen. Zum Schlusse will ich erwähnen, daß Sir George Buchanan gestern vom Kaiser in spezieller Audienz empfangen worden ist, um einen eigenhändigen Brief König Georgs zu übergeben. Dieser Brief ist in sehr freundschaftlichen Ausdrücken abgefaßt und drückt die Hoffnung Seiner Majestät aus, daß die Beziehungen Rußlands und Englands wegen der persischen Fragen keine Trübung erleiden werden.

Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 19. Juni/2. Juli 1914.

Ich habe Ihren sehr vertraulichen Brief vom 12./25. Juni erhalten. Die Antwort, die Ihnen Sir George Buchanan auf Ihre Erklärung, daß es sich in England um ein Wiederaufleben der alten Befürchtungen für Indien handelt, gegeben hat, ist

zwar richtig, muß jedoch durch einige weitere Worte ergänzt werden.

Da die Sicherheit Indiens eine Folge der politischen Entente zwischen Rußland und England ist, so ergibt sich hieraus, daß sowohl die öffentliche Meinung als auch die Regierung Englands in völligem Vertrauen zu unseren Absichten keinerlei Befürchtungen hegen, solange diese Entente besteht. Sollte letztere aufhören, so würden natürlich auch jene Befürchtungen wiederaufleben. Es handelt sich also nur um eine Hypothese, an die man jedoch nur dann denkt, wenn die Entente durch die Ereignisse in Persien bedroht zu sein scheint. Es scheint mir wichtig, diesen Unterschied zu betonen, denn die englischen Befürchtungen gehen nicht weiter, als ich eben angedeutet habe.

Dies schließt jedoch nicht aus, daß man anläßlich bestimmter Modifikationen unserer jetzigen Vereinbarungen eine Formel finden könnte, die die Sicherheit Indiens in noch unmittelbarerer Weise zum Ausdruck bringt; dies würde unsere Entente nur noch enger gestalten.

Die Unterredungen, die ich in den letzten Tagen mit Grey gehabt habe, beweisen dies in ebenso deutlicher wie überzeugender Weise. Ich werde alles in meinen Kräften Stehende tun, um die Verhandlungen zwischen Kapitän Wolkow und der englischen Admiralität zu beschleunigen. Ich sehe keinen Hinweis darauf, daß die englische Regierung die geringsten Bedenken hegt, das in Paris beschlossene Projekt auszuführen. Ich glaube im Gegenteil, daß diese Frage seither in den Augen der englischen Regierung eine noch größere Bedeutung angenommen hat: sie erblickt hierin eine praktische Notwendigkeit und eine natürliche Folge der Entente. Wenn die Sache sich bis jetzt hingezogen hat, so ist dieses dem Umstande zuzuschreiben, wovon man mich übrigens gleich zu Anfang verständigt hatte, daß die Regierung den Prinzen Louis von Battenberg beauftragen will, die Verhandlungen in Petersburg zum Abschlusse zu bringen. Das genaue Datum dieses ganz privaten Besuches, über den nichts in die Öffentlichkeit dringen sollte, ist noch nicht bestimmt. Natürlich hängt der Zeitpunkt dieses Besuches nur in geringem Maße von dem Prinzen Louis selbst ab.

Ein Umstand, der auf den ersten Blick hin nur untergeordnete

Bedeutung hat, in Wirklichkeit aber viel wichtiger ist, als man anzunehmen geneigt ist, hat bis jetzt bis zu einem gewissen Grade die vorbereitenden Verhandlungen Kapitän Wolkows beeinträchtigt. Ich spreche von den begangenen Indiskretionen. Es ist richtig, daß diese, wahrscheinlich in Paris begangen, nicht weiter verwundern. Immerhin muß bemerkt werden, daß niemals etwas über das englisch-französische Abkommen bekannt geworden ist.

Es scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen, daß dieses Mal die Beunruhigung in Berlin eine sehr große gewesen ist. Vielleicht will Sir Edward Grey, daß diese Beunruhigung sich etwas legt, bevor er weiter verhandelt. Es ist in der Tat richtig, daß es ihm schwerfallen würde, gleichzeitig zu dementieren und zu verhandeln — eine Rolle, die er sowohl Deutschland als auch einem sehr beträchtlichen Teile seiner eigenen Partei und der englischen Presse gegenüber spielen müßte.

Selbstverständlich wird Ihre Aussprache mit dem englischen Botschafter einen guten Einfluß ausüben.

Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in London an den russischen Außenminister vom 3./16. Juli 1914.

Ich habe Ihnen heute nur wenig Interessantes zu berichten.

Gestern sagte mir Grey, er habe in den letzten Tagen weiter keine beunruhigenden Nachrichten aus Wien und Berlin erhalten. Immerhin schien er nicht sehr beruhigt. Er hält den Ausbruch nationaler Leidenschaften für recht gefährlich, um so mehr als es nur wenig Elemente gibt, die imstande wären, diese Leidenschaften zurückzudämmen. Er sagt, daß wir nicht mehr darauf rechnen können, daß Deutschland unter allen Umständen der „Friedensstifter" ist. Nicolson ist weniger beunruhigt. Sein Standpunkt ist der, daß Kaiser Franz Joseph noch weniger als im vorigen Jahre kriegerische Verwicklungen wünschen kann und daß der Erzherzog Franz Ferdinand, welcher der Aktionspartei als Führer hätte dienen können, nicht mehr da ist. Ich habe keinen Zweifel, daß Grey in Berlin und Wien eine sehr deutliche Sprache geführt hat. . . . . .

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

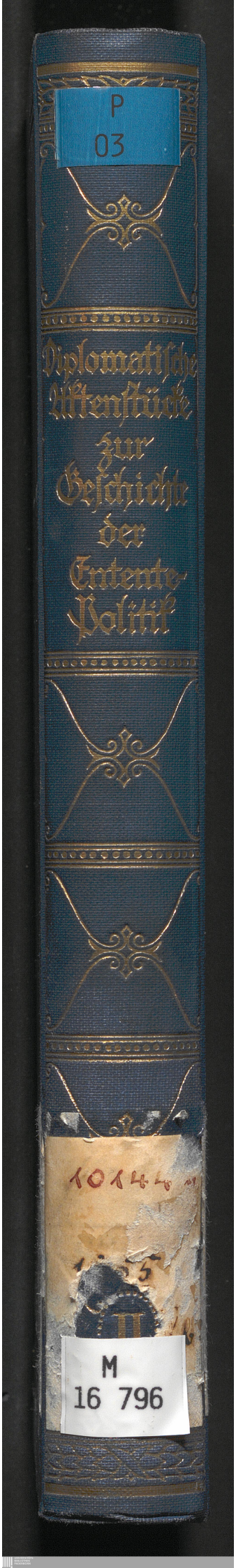
UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

PAD: 03M16796

<14+>0413E51597656

GHP: 03 M16796

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN


P
03
Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente-Politik
M
16 796